

Sanne Ziethen, Nina Peter (Hg.)

WÄHRUNG KRISE EMOTION

Kollektive Wahrnehmungsweisen
von Wirtschaftskrisen



[transcript] Edition Kulturwissenschaft

Sanne Ziethen, Nina Peter (Hg.)
Währung – Krise – Emotion

Sanne Ziethen (Dr. phil.), geb. 1977, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Als Kulturwissenschaftlerin promovierte sie über deutsch-französische Feindbilder (1807-1930) und forscht und lehrt im Bereich Wirtschaftskrisen und Emotionsgeschichte.

Nina Peter (Dr.), geb. 1985, ist Assistentin am Institut für Germanistik der Universität Bern und promovierte dort mit einer Arbeit über »Poetiken der Ökonomie. Finanzkrisen und Spekulation in der Literatur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert«.

Sanne Ziethen, Nina Peter (Hg.)

Währung - Krise - Emotion

Kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen

[transcript]

Das Symposium hätte nicht ohne finanzielle Unterstützung stattfinden können. Wir danken der Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-Pattensen, der Universitätsgesellschaft der Stiftung Universität Hildesheim und dem Institut für Geschichte für die Bereitstellung von Mitteln aus dem Programm Erasmus+ der Europäischen Union.



**Volksbank eG
Hildesheim-Lehrte-Pattensen**

Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird. (Lizenz-Text:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© Sanne Ziethen, Nina Peter (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagcredit: Collage unter Verwendung des Bildes: Berlin, Bankenkrach, Andrang bei der Sparkasse, 1932, Bundesarchiv Bild 102-12023, CC BY-SA 3.0 de

Lektorat: Sanne Ziethen und Nina Peter

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5504-9

PDF-ISBN 978-3-8394-5504-3

<https://doi.org/10.14361/9783839455043>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Einleitung

Sanne Ziethen und Nina Peter 7

Die Bedeutung ›technologischer Visionen‹ in der kapitalistischen Entwicklung

Christoph Deutschmann 25

Die Sozialität und Emotionalität des Geldes

Ein mikrosoziologischer Blick auf die Geldkrisen des Alltags

Christian Thiel 39

Thesen zur Ir/Rationalität des Geldes

Jochen Hörisch 71

Geld aus dem Nichts: Geldschöpfung der Banken und ihre Folgen für die Wirtschaft

Mathias Binswanger 89

Vom Trauma der Hyperinflation oder Der Schilling als ›heilige Kuh‹

Währung und Wirtschaft in Krisenzeiten – das Fallbeispiel Österreich

Walter M. Iber 109

Die Währungskrise als emotionale Krise

Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937)

und Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* (1925)

Nina Peter 137

Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen

Beobachtungen zu drei Wirtschaftskrisen im 20. Jahrhundert

Kristoffer Klammer 165

Vom »Wunder« zur »Zahl«?

Überlegungen zu Kontinuität, Wandel und emotionaler Umwertung
des »Mythos vom risikolosen Kapitalismus« in der Rezession 1966/67

Sanne Ziethen 203

Von der Großen Depression zur Großen Rezession

Emotionen und Illusionen im transatlantischen Kontext 1929-2019

Hans-Jürgen Schröder 235

Narrative in der Eurokrise – Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Jens Boysen-Hogrefe und Ulrich Stolzenburg 281

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Ulrike Herrmann 299

Biographische Informationen und Abstracts 309

Einleitung

Sanne Ziethen und Nina Peter

*»Kommt zur Coronakrise nun der wirtschaftliche Absturz – oder geht es noch einmal glimpflich aus? Und falls es schlecht läuft: Wie kommen wir aus der ökonomischen Depression wieder heraus?«¹ fragt die Zeitschrift *Spiegel Geschichte* in der Maiausgabe 2020 unter dem Titel »Crashs & Krisen. Wie sie Revolutionen auslösten und Diktatoren hervorbrachten«. »Der Blick in die Geschichte tröstet und warnt zugleich. Wirtschaftskrisen gab es schon immer, und irgendwie ging es jedes Mal weiter. Doch jede Krise hinterließ Spuren«, fährt das Magazin fort, bevor es sich an historische Vergleiche und Untersuchungen der aktuellen Situation macht.*

Den emotionalen Spuren von Wirtschafts- und Währungskrisen in der kollektiven Wahrnehmung nachzuspüren – das war das Ziel des 2019 veranstalteten Symposiums »Währung – Krise – Emotion. Eine interdisziplinäre Diskussion über kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen«. Wer hätte zu dieser Zeit gedacht, dass das Vorwort für die dazugehörige Publikation zu einem Zeitpunkt verfasst wird, an dem eine Krise die Wirtschaft weltumspannend lahmlegt und enorme Investitionen notwendig macht? Zu einem Zeitpunkt, zu dem innerhalb Europas Grenzen geschlossen werden, nationale Alleingänge keine Ausnahme sind und populistisch-abgrenzende Gedanken erstarken? Zu einem Zeitpunkt, zu dem der weitere Verlauf der Krise sich mit der Entwicklung eines Impfstoffs zwar hoffnungsvoll zu wenden scheint, aber keineswegs abschätzbar ist? Zu einem Zeitpunkt, zu dem Forschung und Wissenschaft höchst emotional und kontrovers sein und abgewertet werden und »alternative Fakten« Konjunktur haben?

Es scheint: Das Thema des Symposiums wurde von den aktuellen Geschehnissen eingeholt, wenn nicht gar überholt. Wieder einmal finden nicht nur in der Wissenschaft, in der Finanzwelt und in der Politik, sondern auch in der Presse, in den (sozialen) Medien und in privaten Gesprächen erhitzte und emotionale, aber auch beschwichtigende und sachliche Diskussionen über das Wirtschaftsgeschehen statt. Politische und ökonomische Maßnahmen werden debattiert und grundlegende Fragen gestellt. Ist der Kapitalismus schuld? Die globalisierte Wirtschaft?

1 N.N.: »Hausmitteilung«, in: SPIEGEL GESCHICHTE 5/2020: Crashs & Krisen. Wie sie Revolutionen auslösten und Diktatoren hervorbrachten, S. 1.

Sind Maßnahmen übertrieben? Die vielfältig miteinander verflochtenen Krisen-diskurse, -dynamiken und -rhetoriken lassen offenbar werden, dass das 2019 mit dem Symposium angestrebte Ziel, den emotionalen Dimensionen von Krisendiskursen interdisziplinär nachzuspüren, viele höchst aktuelle Anknüpfungspunkte aufweist. Diese Beobachtung hat die Herausgeberinnen dazu angeregt, die Beiträger/-innen um aktuelle Anmerkungen zur Corona-Krise zu bitten. Ihre Rückmeldungen schließen einerseits an die in diesem Band versammelten Aufsätze an und eröffnen andererseits Perspektiven für zukünftige Forschungen. Daher sind sie in knapper Form jeweils im Anschluss an die Zusammenfassung der Beiträge am Ende dieser Einleitung zu finden. Bereits diese kurzen Skizzen bestätigen die Einschätzung, dass der ›Wirtschaftskrisenforschung‹ mit der Corona-Pandemie ein weiteres Kapitel hinzugefügt werden sollte – und sicher wird.

Emotionen führen in der Forschung über Wirtschaftskrisen und Währung bisher ein Nischenleben: Die Wechselwirkung zwischen ›Geldwesen‹ und kollektiver Identität eines Volkes sowie die Schnittstellen zwischen Ökonomie, Staat, Wissenschaft, kulturellen Normen, historischen Erfahrungen und Emotionen werden erst nach und nach interdisziplinär auf nationaler oder transnationaler Ebene untersucht.

Die vielfältigen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrisen und die derzeitigen europäischen und globalen Herausforderungen machen jedoch die Notwendigkeit deutlich, die nach wie vor häufig als ausschließlich rational geltende Ökonomie auf ihre parallel ausgebildete »stark spezialisierte emotionale Kultur«² zu untersuchen. Diese zeigt sich vor allem in den Krisendiskursen in Politik, Presse, Wirtschaft oder Literatur, in denen Emotionen besonders deutlich als kollektive Form der Geisteshaltung bzw. der Einstellung zur Welt³ sichtbar werden.

Die drei Konzepte Währung, Krise und Emotion, mit denen sich die Autor/-innen in ihren Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven beschäftigen, eröffnen jeweils zentrale Themenfelder der geistes-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Ökonomie. Die hier angestrebte Erforschung ihrer Zusammenhänge und Wechselwirkungen ermöglicht neue Perspektiven auf bislang meist getrennt erforschte Fragestellungen und Themenbereiche.

Mit dem Konzept der *Währung* sind Fragen verknüpft, die das ökonomische Handeln und seine Organisation auf grundsätzliche Art betreffen. Die Etablierung anerkannter Währungen ist die Voraussetzung für unser heutiges Wirtschaftssystem, in dem Zahlungen bzw. Zahlungsversprechen das Handeln bestimmen.⁴ Wäh-

2 Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 12.

3 Wollheim, Richard: Emotionen. Eine Philosophie der Gefühle, München: Beck 2001.

4 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988, S. 15.

rungen können ganz unterschiedliche Formen haben, ihre gemeinsame Voraussetzung ist die kollektive Beglaubigung, das Vertrauen darauf, dass sie mehr oder minder stabil als Zahlungsmittel einsetzbar sind und als wertvoll anerkannt werden. Gerade dies macht Währungen besonders krisenanfällig. Die Diskussion darüber, wie sein Wert zustande kommt und wodurch er gewährleistet wird, begleitet das Geld seit seiner Entstehung und kulminierte immer wieder bei einschneidenden Entwicklungen des Geldmediums wie beispielsweise der Einführung des Papiergelds, der Auflösung des Goldstandards oder der Einführung digitaler Zahlungsmethoden.⁵ Der performative Glaube an die Werthaftigkeit des Geldes, der sich besonders deutlich an der Geldschöpfung, der Kreation von Buchgeld »aus dem Nichts« zeigt (vgl. dazu Binswanger in diesem Band), vereint rationale und irrationale Momente (vgl. Hörisch in diesem Band). Als gemeinschaftliches Zahlungsmittel, das nur durch die Anerkennung in einer Gruppe, einem Staat oder einer Währungsunion als solches funktioniert, wohnt Währungen ein gemeinschaftsstiftendes Potential inne,⁶ das sich im Falle von Währungskrisen ins Negative wenden und kollektive Emotionen der Verunsicherung begründen kann (vgl. Peter in diesem Band). Umgekehrt kann eine gemeinsame Währung statt des Gefühls der Zusammengehörigkeit auch Gegenbewegungen auslösen – man denke z.B. an den Ursprung der AfD als »Anti-Euro-Partei« – und zu nationalen und internationalen Konflikten und Krisen führen (vgl. Boysen-Hogrefe/Stolzenburg in diesem Band).⁷ Aber nicht nur kollektive Emotionen verknüpfen sich mit Währungen. Auch und gerade im Privaten ist Geld emotional konnotiert und der Umgang mit ihm krisenanfällig (vgl. Thiel in diesem Band).

Sogenannte **Krisen** wiederum sind aus der Wirtschaftsgeschichte nicht wegzudenken: Ohne Schwierigkeiten ließe sich die Geschichte der Ökonomie als eine

5 Diese Frage steckt schon in der Etymologie des Begriffs der Währung, der sich vom mittelhochdeutschen *werunge* für »Gewährleistung« herleitet. Vgl. z.B. van der Spek, Robartus Johannes/van Leeuwen, Bas (Hg.): *Money, Currency and Crisis. In Search of Trust, 2000 BC to AD 2000* (= Routledge Explorations in Economic History, Band 80), London: Routledge 2018; Sherman, Sandra: *Finance and Fictionality in the Early Eighteenth Century. Accounting for Defoe*, Cambridge: Cambridge University Press 1996; Vogl, Joseph: *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich: Diaphanes 2010; Finel-Honigman, Irene: *A Cultural History of Finance* (= Routledge Explorations in Economic History, Band 46), London/New York: Routledge 2010; Vief, Bernhard: »Digitales Geld«, in: Florian Rötzer (Hg.), *Digitaler Schein. Ästhetik der elektronischen Medien*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1991, S. 117-146.

6 Vgl. von Braun, Christina: *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin: Aufbau Verlag 2012, S. 16ff.

7 Vgl. z.B. Jonung, Lars/Nautz, Jürgen (Hg.): *Conflict Potentials in Monetary Unions* (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 108), Stuttgart: Steiner 2007.

Geschichte der Krisen erzählen.⁸ Eine genaue Definition, wann von einer Wirtschaftskrise zu sprechen ist, gibt es nicht, auch unterscheiden sich die als ›Krise‹ bezeichneten ökonomischen Geschehnisse in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Auswirkungen grundlegend voneinander. Wie sogenannte ökonomische Krisen zu interpretieren sind – z.B. als ›normale‹ Phase eines Zyklus, als durch exogene Eingriffe provozierte Phänomene oder als Symptom eines in sich instabilen Systems –, wird auch in der Wirtschaftswissenschaft kontrovers diskutiert. Häufig gibt es divergierende Einschätzungen sowohl über Krisenursachen als auch darüber, wie angemessen auf eine krisenhafte Wirtschaftslage reagiert werden sollte – ein umso größeres Gewicht kommt der diskursiven Hervorbringung und Deutung von Krisensituationen zu.⁹ Bereits die Bezeichnung eines Ereignisses als ›Krise‹ ist eine Interpretation, die das Geschehen einem Erzählmuster unterwirft: Es wird als einschneidendes Ereignis, als Ausnahmeerscheinung und Moment der Entscheidung gekennzeichnet.¹⁰ Eine Auseinandersetzung mit dem Geschehen erscheint damit als besonders dringlich. Eine Ausnahme von der Charakterisierung der Krise als bedrohliche Extremsituation findet sich lediglich im Krisenbegriff der Konjunkturtheorie: Hier werden sogenannte Krisen als zyklisch auftretende Phasen in einem regelhaften Verlauf häufig normalisiert.¹¹ Meist geht die Wahrnehmung einer Situation als Krise jedoch mit einem Verlust des Regelvertrauens einher: Gewissheiten werden in Frage gestellt und Etabliertes steht zur Disposition.¹² So kommt es in Krisensituationen besonders häufig zu generellen Diskussionen über

-
- 8 Vgl. z.B. Kindleberger, Charles P./Aliber, Robert Z.: *Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2005; Plumpe, Werner: *Wirtschaftskrisen in Geschichte und Gegenwart*, München: C.H. Beck 2011.
 - 9 Vgl. z.B. Borchardt, Knut: »Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen«, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* (= Themenheft: Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich) 3:6 (1993), S. 9-31.
 - 10 Vgl. z.B. Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Otto Brunner/Werner Konze/Ders. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617-650; Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Krisen« als diskursgeschichtlicher Gegenstand: Zugänge, Fragestellungen, Konzepte«, in: Dies. (Hg.), *Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Phänomen* (= *Sprache – Politik – Gesellschaft*, Band 12), Bremen: Hempen 2013, S. 1-16.
 - 11 Vgl. z.B. Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Dommann/Daniel Speich Chassé (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie*, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153-181, hier S. 162; Rossfeld, Roman: »Fieberkurven« und »Finanzspritzen«. Plädoyer für eine Kultur- und Wissensgeschichte wirtschaftlicher Krisen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook* 57:2 (2016), S. 305-332, hier S. 307.
 - 12 Vgl. Siegenthaler, Hansjörg: »Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Konjunkturgeschichte als Gegenstand der Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte«, in: Thomas David et al. (Hg.), *Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen* (= *Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Band 27), Zürich: Chronos 2012, S. 31-44.

Wirtschaftssysteme und zur Suche nach Alternativen zum als inhärent krisenhaft wahrgenommenen kapitalistischen Wirtschaften (vgl. Herrmann in diesem Band). Auf das ›Diagnostizieren‹ einer ›Krise‹ folgt üblicherweise die Formulierung von Deutungen und Einschätzungen der Situation, die als potentiell bedrohliche, aber ergebnisoffene charakterisiert wird. Kaum eine Darstellung eines als krisenhaft bewerteten ökonomischen Geschehens beschränkt sich auf die Wiedergabe von ›Fakten‹, sondern in der Regel wird dieses interpretiert und bewertet (bisweilen höchst emotional) und häufig mit als problematisch bewerteten Umständen des Zeitgeschehens moralischer, politischer oder gesellschaftlicher Art verknüpft (vgl. Klammer in diesem Band). Krisen können so als kollektive Wahrnehmungsphänomene betrachtet werden, die vor allem auch medial konstruiert und verbreitet werden.¹³

Emotionen spielen in der Entstehung und Wahrnehmung von Krisen sowie in den Reaktionen auf sie eine zentrale Rolle. Die öffentliche Berichterstattung über Wirtschaftskrisen ist häufig stark emotional geprägt. Über die Finanzkrise heißt es beispielsweise 2008 im *Spiegel*: »die Krise ist eine Zeit der Emotionen, der Ängste und Aufwallungen«.¹⁴ Krisen lösen nicht nur Emotionen aus und werden im öffentlichen Diskurs emotional konnotiert oder verbildlicht,¹⁵ Emotionen tragen umgekehrt auch einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsgeschehen bei und können eine diagnostizierte Krise perpetuieren oder zu ihrer Überwindung beitragen, ebenso wie wirtschaftspolitische Entscheidungen legitimieren (vgl. Schröder in diesem Band) oder einen Einfluss auf die Wahrnehmung, Bewertung und Akzeptanz ganzer Wirtschaftssysteme nehmen (vgl. Ziethen in diesem Band). Wirtschaftliches Handeln und Emotionalität stehen grundsätzlich in einem engen Zusammenhang. Sei es die Hoffnung auf zukünftige Gewinne, die emotionale Verheißung von Innovationen (vgl. Deutschmann in diesem Band), die Unsicherheit als Grundbedingung ökonomischer Entscheidungen, das Vertrauen in Währungen oder Interaktionspartner/-innen, die emotionale Konnotation von Produkten als Konsumanreiz (*emotional branding*), das ›Gefühl‹ für den Markt, die ›ansteckende‹ Angst in der Krise: In ganz unterschiedlichen Bereichen entfalten Emotionen in der Ökonomie ihre Wirkung, bilden Handlungsmotivationen, tragen zur Interpretation wirtschaftlicher Ereignisse bei oder werden gezielt im Dienste ökonomischer Interessen eingesetzt.

13 Vgl. Mergel, Thomas (Hg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a.M.: Campus 2011.

14 Feldenkirchen, Markus et al.: »Madame No«, in: DER SPIEGEL 49/2008, S. 22-36, hier S. 24.

15 Vgl. z.B. Peter, Nina et al.: »Sprachbilder der Krise. Metaphern im medialen und politischen Diskurs«, in: Anja Peltzer/Kathrin Lämmle/Andreas Wagenknecht (Hg.), Krise, Cash & Kommunikation. Analysen zur Darstellung der Finanzkrise in den Medien, Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft 2012, S. 49-69; von Scheve, Christian/Zink, Veronika/Ismer, Sven: »The Blame Game: Economic Crisis Responsibility, Discourse and Affective Framings«, in: Sociology 50:4 (2016), S. 635-651.

mischer Interessen evoziert.¹⁶ Die Beobachtung, dass insbesondere ökonomische Krisen Ereignisse sind, die starke Emotionen auslösen und umgekehrt von Emotionen ausgelöst werden können, hat bereits im 19. Jahrhundert große Aufmerksamkeit erfahren und zu kontroversen Diskussionen über das richtige ökonomische Handeln insbesondere an der Börse sowie über massenpsychologische Phänomene ausgelöst. Eine Kontrolle der Emotionen galt lange als Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und ist nach wie vor ein dominanter Topos in der Finanz-Ratgeber-Literatur: Rationalität galt und gilt als zentrales Leitprinzip ökonomischer Entscheidungen.¹⁷ Die damit verbundene »Denk-Figur« des *homo oeconomicus*, des rational handelnden Nutzenmaximierers als wirtschaftlichem Modellakteur, dient in der Ökonomik dazu, wirtschaftliches Verhalten vorhersagbar und berechenbar zu machen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaft.¹⁸ Dass das individuelle Handeln häufig keineswegs mit dieser heuristischen »Akteursfiktion«¹⁹ übereinstimmt, gibt Anlass zur Erforschung genau dieser nicht-operationalisierbaren, erratischen, irrationalen oder emotionalen Momente wirtschaftlicher Entscheidungen beispielsweise in der Verhaltens- oder Neuroökonomik. In jüngerer Zeit lieferten Emotionen auch Konzepte, um einen Wandel in der systemisch fundierten Handlungsorientierung innerhalb von Institutionen zu beschreiben.²⁰ Und schließlich brachte

-
- 16 Vgl. z.B. Pixley, Jocelyn: *Emotions in Finance. Distrust and Uncertainty in Global Markets*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2004; Lange, Markus: *Affekt, Kalkulation und soziale Relation. Ungewissheitsarrangements beim Finanzmarkthandel*, Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- 17 Vgl. z.B. Stäheli, Urs: *Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007; Lange, Markus/von Scheve, Christian: »Wie fühlen sich Zahlungsverprechen an? Impressionen aus den digitalen Emotionsratgebern der Finanzbranche«, in: Jörg Metelmann/Timon Beyes (Hg.), *Die Macht der Gefühle. Emotionen in Management, Organisation und Kultur*, Berlin: Berlin University Press 2012, S. 67-85.
- 18 Vgl. z.B. Tietzel, Manfred: »Die Rationalitätsannahme in den Wirtschaftswissenschaften oder Der homo oeconomicus und seine Verwandten«, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 32:2 (1981), S. 115-138; Kirchgässner, Gebhard: *Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 4., ergänzte und aktualisierte Auflage, Tübingen: Mohr 2013. Zum Begriff der wirtschaftlichen Rationalität vgl. Engels, Anita/Knoll, Lisa: »Einleitung: Wirtschaftliche Rationalität«, in: Dieselben (Hg.), *Wirtschaftliche Rationalität. Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS 2012, S. 9-22.
- 19 Hutter, Michael/Teubner, Gunther: »Der Gesellschaft fette Beute«. *Homo juridicus und homo oeconomicus als kommunikationserhaltende Fiktionen*, in: Peter Fuchs/Andreas Göbel (Hg.), *Der Mensch – das Medium der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994, S. 110-145, hier S. 118.
- 20 Vgl. z.B. Neckel, Sigward: »Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als »ruhiger Leidenschaft««, in: *Leviathan* 39 (2011), S. 39-53.

die durch ihre Forschung über die Geschichte der Emotionen bekannte Historikerin Ute Frevert jüngst den Gedanken in die Debatte ein, dass es die moralischen Gefühle sind, die die Grundlage für eine Transformation des Kapitalismus und eine Lösung seiner Krisen bilden könnten.²¹ Bereits diese knappe Skizzierung einiger mit den drei zentralen Konzepten dieses Bandes verknüpften Themen, Frage- und Problemstellungen sowie ihrer Schnittmengen lässt das Potential deutlich werden, das die Erforschung ihrer Wechselwirkungen mit sich bringt.

Die Beiträge dieses Bandes basieren auf Vorträgen, die im Rahmen eines Symposiums vom 14.-16. Februar 2019 gehalten wurden. Seiner interdisziplinären Ausrichtung entsprechend wurden Referent/-innen verschiedenster Provenienz aus Wirtschaftssoziologie, Kultur- und Literaturwissenschaft, Geschichte, Ökonomik, Journalistik und Bankenwesen eingeladen.

Anders als das Symposium, das thematisch die Sektionen »*Glaube und Rationalität*«, »*Politik und Gesellschaft*«, »*Krise und Reform*« und »*Kultur und Nation*« unterschied, haben sich die Herausgeberinnen in der Publikation für eine Neuordnung entschieden. Der erste Teil des Bandes versammelt theoretische Überlegungen und Reflexionen zur Wirtschaft, ihren Krisen und Emotionen. Die Beiträge des zweiten Teils untersuchen historische Krisen, wobei die Euro-Schuldenkrise, mit deren Narrativen sich Boysen-Hogrefe und Stolzenburg beschäftigen, wohl eher noch immer der Gegenwart als der »Geschichte« zuzurechnen ist. Am Ende des Bandes steht unter der Frage »Die kommende Krise?« der Beitrag von Ulrike Herrmann, den sie auf dem Symposium als öffentlichen Abendvortrag gehalten hat und mit dem der Band den Blick in die Zukunft – und ihre Krisen – eröffnet. Die folgenden Kurzdarstellungen der Beiträge sind mit Anmerkungen der Autoren zur aktuellen Situation ergänzt.

Der Soziologe **Christoph Deutschmann** beschäftigt sich in seinem Beitrag »Die Bedeutung ›technologischer Visionen‹ in der kapitalistischen Entwicklung« mit dem Einfluss von technologischen Zukunftsentwürfen für die Entwicklung von Innovationen im Kontext der Wirtschaft. Emotional positiv konnotierte Vorstellungen technologischer Möglichkeiten wirken, wie Deutschmann an verschiedenen Beispielen zeigt, als »Innovationsmotor« und können bisweilen zur *selffulfilling prophecy* werden, indem sie das von ihnen Entworfenen überhaupt erst hervorbringen. Innerhalb der entgrenzten Märkte des modernen Kapitalismus und der mit ihm einhergehenden Unsicherheit kommt technologischen Visionen eine Orientierungsfunktion zu: Wirtschaftliche Akteure sind insbesondere hinsichtlich der ökonomisierten kreativen Potentiale menschlicher Arbeit, deren zukünftige »Einlösung« nicht garantiert werden kann, mit hohen Unwägbarkeiten konfrontiert. Vor allem in diesem Zusammenhang reduzieren und bewältigen technologische

21 Frevert, Ute: Kapitalismus, Märkte und Moral, Wien/Salzburg: Residenz-Verlag 2019.

Visionen Komplexität und Unsicherheit und ermöglichen damit rationale ökonomische Entscheidungen, die zugleich untrennbar mit den emotional konnotierten Zukunftsentwürfen verknüpft sind.

Genau dieser Prozess erfährt durch die ›Corona-Krise‹ eine Unterbrechung, wie Deutschmann anmerkt: »Eine Gesellschaft, deren Reproduktionsprinzip die Erzeugung und Realisierung immer neuer Technik- und Konsumvisionen ist, macht dabei eine stillschweigende Voraussetzung: die als gegeben und selbstverständlich unterstellte Kontinuität des ›normalen‹ menschlichen Lebens. Die Corona-Krise macht deutlich, wie leicht diese Selbstverständlichkeit durch das Auftauchen eines bislang unbekannten Virus erschüttert und damit die auf Eroberung immer neuer Horizonte gepolte Produktionsweise aus dem Tritt gebracht werden kann.« Dabei sind ›neue Horizonte‹ in einem anderen Sinne dringend erforderlich, da die Welt durch den Klimawandel mit einer Vielzahl weiterer lokaler und globaler Krisen konfrontiert ist. Bereits das Virus Covid-19 führt Deutschmann zufolge vor Augen, »wie wenig der gegenwärtige globale Kapitalismus auf ›ökologische‹ Gefahren im weitesten Sinne, d.h. einschließlich der Gefährdungen der menschlichen Gesundheit, eingestellt ist. Der Schutz der Gesellschaft gegen diese Gefahren wird weitreichende Strukturveränderungen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in vielen anderen Teilsystemen der Gesellschaft notwendig machen. Diese Veränderungen vorauszudenken, sollten Sozialwissenschaftler/-innen heute als ihre Hauptaufgabe betrachten.«

Nicht die ›großen‹, sondern die ›kleinen‹ Krisen stehen im Mittelpunkt des Beitrags »Die Sozialität und Emotionalität des Geldes. Ein mikrosoziologischer Blick auf die Geldkrisen des Alltags« von **Christian Thiel**. Er richtet den Blick auf individuelle alltägliche Geldpraktiken, die zu zahlreichen krisenhaften Situationen führen können. In diesen Krisen offenbaren sich die zumeist unbewussten und unreflektierten Bedeutungen und Regeln, die das Geldhandeln im Alltag steuern. Geld wird nicht nur als Zahlungsmittel betrachtet, sondern von seinen Benutzer/-innen je nach Situation, sozialem Kontext, psychischen Dispositionen usw. mit verschiedenen symbolischen Bedeutungen aufgeladen; es kommt als Selbsttechnik oder als Mittel zur Aushandlung von Beziehungen zum Einsatz. Krisen ergeben sich im alltäglichen Geldhandeln, so die Schlussfolgerung von Thiel, vor allem durch Grenzüberschreitungen und Regelbrüche, die die oft nicht explizit formulierten individuellen Geldverständnisse häufig überhaupt erst vor Augen führen.

Dass Geld und seine Erzeugung insgesamt auf Wert- und Bedeutungszuschreibungen beruhen, thematisieren die folgenden zwei Beiträge aus je unterschiedlichen fachlichen Perspektiven. In seinen »Thesen zur Ir/Rationalität des Geldes« reflektiert der Germanist **Jochen Hörisch** den janusköpfigen Charakter des Geldmediums: Während es einerseits auf (quasi-)religiöse Beglaubigung und kollektiv geteiltes Vertrauen angewiesen ist, die dem *an sich* wertlosen Zahlungsmittel irrational Wert zuschreiben, so realisiert sich andererseits diese Zuschreibung per-

formativ und erweist sich damit als rational, denn schließlich lässt sich mit Geld in der Regel zahlen, rechnen und planen. Lediglich in seinen Krisen wird diese – wirtschaftswissenschaftlich mit dem Begriff der »Geldillusion« bezeichnete – Problemdimension des Geldes akut. Geld, so zeigt es Hörisch, funktioniert dann besonders gut, wenn intransparent bleibt, was an ihm Illusion ist. Literarische Texte, die *qua definitione* Vieldeutigkeit und Fiktionalität verhandeln, erweisen sich als besonders sensibles Reflexionsmedium für die u.a. religiös und sexuell konnotierten Irrationalismen unseres Wirtschafts- und Geldsystems – eines Systems, das, so Hörisch, rational genug ist, die Irrationalitäten des Geld- und Finanzwesens nicht nur zuzulassen, sondern ihre produktive Wirkmacht zur Entfaltung kommen zu lassen.

Mit den institutionellen Akteuren, die einen Großteil unseres Geldes hervorbringen, beschäftigt sich der Ökonom **Mathias Binswanger** in seinem Beitrag »Geld aus dem Nichts: Geldschöpfung der Banken und ihre Folgen für die Wirtschaft«. Geschäftsbanken benötigen eine gewisse Menge an Reserven – also Giroguthaben bei den Zentralbanken bzw. Zentralbankgeld – für die Auszahlung von Bargeld, Zahlungen an andere Banken und zur Abdeckung der gesetzlichen Anforderungen. Durch Kreditvergabe in Form von Buch- bzw. Giralgeld – also Geld, das nicht als Bargeld, sondern als »Buchung« auf einem Konto existiert – können Banken jedoch auch selbst Geld schaffen und zwar um ein Vielfaches mehr als ihnen an Eigenkapital zur Verfügung steht. Auf diese Weise nehmen Banken direkt Einfluss auf die im Umlauf befindliche Geldmenge. Binswanger zeigt auf, wie dieses System einerseits selbst Krisen befördert, indem Buchgeld spekulativen Zwecken zugeführt wird, und wie andererseits die Finanzkrise 2007/2008 zu einer Schwächung des Kontrollmechanismus geführt hat, mit dem Zentralbanken die Geldschöpfung der Banken regulieren, da viele Banken durch Aktien- und Devisenkäufe der Zentralbanken nun über mehr als genug Reserven verfügen.

Während der erste Teil des Buches Wirtschafts- und Geldsysteme theoretisch perspektiviert, stehen im zweiten Teil historische – und zum Teil weiterhin aktuelle – Krisen im Mittelpunkt.

Der Beitrag des österreichischen Historikers **Walter M. Iber** »Vom Trauma der Hyperinflation oder Der Schilling als ›heilige Kuh‹. Währung und Wirtschaft in Krisenzeiten – das Fallbeispiel Österreich« analysiert den Weg Österreichs vom Kriegsende bis in die Hyperinflation, die nicht allein durch die Fortsetzung der bereits während des Krieges praktizierten Erhöhung der Geldmenge, sondern auch durch psychische Folgen des Zerfalls der Monarchie befördert wurde. Iber zeigt anschließend, wie stark die Erfahrungen der Hyperinflation das öffentliche Bewusstsein und die Finanz- und Wirtschaftspolitik der folgenden Jahrzehnte prägte. Das Argument des »nationalen Traumas« wurde aus den Reihen von Politik, Interessenvertretung, Nationalbank, aber auch den Medien immer wieder vorgebracht und beeinflusste die wirtschaftspolitischen Entscheidungen insbesondere

in Krisenzeiten. Es erweist sich als konstanter Topos und kam beispielsweise im Zuge der »Ölpreisschocks« in den 1970er Jahren erneut zum Tragen.

In der aktuellen Corona-Krise zeigt sich, so Iber, eine doppelte Geschichtsvergessenheit der Politik und Öffentlichkeit: Historische Pandemien wie die »Asiatische Grippe« 1957/58 und die »Hongkong-Grippe« 1968-1970 scheinen wenig Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen zu haben, was ein Muster bestätigt: »Vergangene Krisen werden verharmlost, die gegenwärtige jedoch wird überhöht und als gleichsam einzigartige Katastrophe dargestellt.«²² Vergleiche mit zurückliegenden ökonomischen Krisen würden zwar angestellt, ohne aber Lehren aus den Folgen historischer Entscheidungen zu ziehen: »Erst Protektionismus und nationalstaatliche Egoismen ließen die ›Große Depression‹ zur schlimmsten Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts ausufern – mit all den verheerenden sozialen und politischen Auswirkungen, die sich daraus ergaben. Die Staatengemeinschaft ist gerade dabei, dieselben Fehler wieder zu begehen.«²³

Die Literaturwissenschaftlerin **Nina Peter** untersucht in ihrem Beitrag »Die Währungskrise als emotionale Krise. Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937) und Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* (1925)« zwei literarische Texte über die deutsche Hyperinflation. Obwohl die Texte sich deutlich unterscheiden – Falladas Text entwirft ein Gesellschaftspanorama der Inflationszeit, die Handlung von Manns Novelle hingegen entfaltet sich ausschließlich im privaten Raum – lässt sich in beiden die Beschreibung einer gemeinsamen »emotionalen Stimmung« (de Rivera/Páez) aufzeigen. Die von der Inflation ausgelöste kollektive Emotionalität der Verunsicherung, die nicht nur durch die häufig existentiellen ökonomischen Folgen und die veränderten Alltagspraktiken, sondern auch durch die Destabilisierung des gemeinsamen Wertmaßstabs Geld ausgelöst wird, erstreckt sich dabei über Belange des Ökonomischen hinaus in alle Lebensbereiche.

Auch im Diskurs über die Corona-Krise kommt eine kollektive Verunsicherung zum Ausdruck, die sich auf zahlreiche Lebensbereiche erstreckt, insbesondere auch bedingt durch veränderte Alltagspraktiken sowie Regeln und Vorschriften, die das individuelle Handeln in außergewöhnlichem Maße regulieren. Im Unterschied zu den Beschreibungen der Hyperinflation scheint die Ursache der aktuellen Krise – und auch ihre Lösung zunächst durch Hygiene- und Abstandsregeln und schließlich durch die Impfung – klarer fassbar, so dass die »Rückkehr zur Normalität« in weit höherem Maße als Ziel und Perspektive adressierbar ist und sich die in den 1920er Jahren präsenten Untergangsszenarien sowie der Fokus auf ein unbedingtes Leben im Hier und Jetzt weniger stark ausprägen. Hinzu kommt, dass die aktuellen ökonomischen Problemlagen im Unterschied zur Währungskrise und beson-

22 Iber, Walter M.: »Wenn die Politik historisches Gespür vermissen lässt«, in: Die Presse vom 01.10.2020, S. 31.

23 Ebd.

ders auch zur Finanzkrise 2008 nicht durch wirtschaftsinterne Prozesse ausgelöst wurden, sondern ihre Ursache jenseits des Ökonomischen haben. Während die Finanzkrise 2008 im öffentlichen Diskurs häufig metaphorisch als eine Krankheit der Wirtschaft beschrieben wurde,²⁴ auf die mit ›Finanzspritzen‹ und ›Notoperationen‹ reagiert wurde, haben wir es aktuell mit einem buchstäblichen Virus zu tun, der weniger Grundsatzdiskussionen über wirtschaftliche Praktiken und ein ›krankes Wirtschaftssystem‹ auslöst, als vielmehr Diskussionen und Abwägungen darüber, in welchem Maße Einschränkungen im Bereich der Wirtschaft nötig und vertretbar sind. Wut – die neben der Angst dominierende Emotion im Diskurs über die Finanzkrise 2008²⁵ – richtet sich daher nicht auf wirtschaftliche Praktiken und Akteure,²⁶ sondern allenfalls auf Politiker/-innen und den politischen Prozess der Entscheidungsfindung. Beobachtbar ist außerdem, dass Empörung und Wut in extremem Maße sich lediglich in der von den öffentlichen Medien durchgehend verurteilten Gruppe der sogenannten ›Corona-Leugner/-innen‹ und ›Impfgegner/-innen‹ bemerkbar macht, so dass hier gerade nicht von einer gesamtgesellschaftlichen emotionalen Stimmung die Rede sein kann.

Mit drei zentralen Diskursbausteinen des öffentlichen Sprachgebrauchs in Wirtschaftskrisen beschäftigt sich der Beitrag »Erfahrungen, Erwartungen und Emotionen. Historisch-semantische Beobachten zu drei ›Wirtschaftskrisen‹ im 20. Jahrhundert« des Historikers **Kristoffer Klammer**. An den Beispielen der folgenschwere Weltwirtschaftskrise 1929, der ›Wachstumsdelle‹ 1966/67 und der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹ der 1970er Jahre arbeitet Klammer an einem bereitgefächerten Quellenkorpus die diskursiven Muster und Variationen im Sprechen über Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen heraus. Während sich in den ersten beiden Bereichen eine historische Konstanz der Topoi beobachten lässt (charakteristisch für die Krisendiskurse sind zunächst die Verkürzung und im Laufe der Krise die erneute Erweiterung des Erwartungshorizonts sowie das *Framing* der jeweiligen Krise als singulär und ›nie dagewesenes‹ Ereignis), konstatiert Klammer für das Sprechen über Emotionen eine zunehmende Sensibilität für die performative Dimension des Sprachhandelns. Klammer führt nicht nur vor Augen, wie mit dem Sprechen über Erfahrungen, Erwartungen und Emotionen Politik gemacht wird, sondern auch wie dieser Prozess an reflexiven Momenten gewinnt.

24 Vgl. Peter, Nina/Lubrich, Oliver: »Die Krise als Krankheit. Medizinische Metaphern in aktuellen Darstellungen von Finanzkrisen«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook 57:2 (2016) (= Themenheft Wirtschaftskrisen und Krisendiskurse, hg. von Roman Rossfeld/Ingo Köhler), S. 519–544.

25 Vgl. N. Peter et al.: Sprachbilder.

26 Zum ›Banker‹ als ›Sündenbock‹ im Diskurs über die Finanzkrise 2008 vgl. Peter, Nina: Poetiken der Ökonomie. Finanzkrisen und Spekulation in der Literatur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Würzburg: Königshausen & Neumann (im Erscheinen).

Dass Klammers konzeptioneller Versuch aufgeht, Historische Semantik, Emotions- und Wirtschaftsgeschichte miteinander zu verbinden, zeigt sich nicht zuletzt an der Übertragbarkeit seiner Beobachtungen auf die Diskussion im Lauf der Covid-19-Pandemie. Wie in den untersuchten Krisen ging auch in der aktuellen Situation die Krisensemantik den tatsächlich beobachtbaren ökonomischen Indikatoren einer Krise voraus, gesprochen wurde über »künftig drohende Problemlagen, die Handlungsdruck erzeugen«. Dabei kam es Klammer zufolge zu einer schlagartigen diskursiven Verknappung im Spektrum möglicher Aussagen zu Krisenursachen und unmittelbar notwendigen Reaktionen und zu einer zunächst drastischen Verkürzung und im Laufe der Krise wieder schrittweisen Erweiterung des Zeitraums, für den prognostische Aussagen getroffen wurden. Schließlich bedient sich der Corona-Krisendiskurs wie die von Klammer untersuchten drei historischen Krisen ebenfalls des Singularitätstopos und beschreibt die aktuelle Situation als eine »nie dagewesene«, für die keine historischen Referenzen in Anschlag gebracht werden könnten.

Die Kulturwissenschaftlerin und Historikerin **Sanne Ziethen** führt in ihrem Beitrag »Vom ›Wunder‹ zur ›Zahl? Überlegungen zu Kontinuität, Wandel und emotionaler Umwertung des ›Mythos vom risikolosen Kapitalismus‹ in der Rezession 1966/67« zusammen, was bislang eher unverbunden erscheint: den höchst emotionalen und identitätsstiftenden Diskurs über das Wirtschaftswunder und die Soziale Marktwirtschaft in der jungen BRD, die ersten wirtschaftlichen Krisenerfahrungen, die das »Wunder« fragil erscheinen lassen, und die Auswirkungen dieser Erfahrungen auf die Wirtschaftsform Soziale Marktwirtschaft. Am Beispiel eines Textes des Wirtschaftsjournalisten Walter Wannenmacher weist Ziethen nach, wie die in den 1950er Jahren etablierte Vorstellung der Planbarkeit von Wirtschaft in einer als Krise erlebten Rezession zunächst in Frage gestellt, dann aber umgewertet und in neuer Form weitergeführt wird. Deutlich wird, wie weitreichend Emotionalität ein integraler Bestandteil nationaler Geschichte, Politik und wirtschaftspolitischer Überzeugungen ist und wie ertragreich es sein kann, diese untergründigen emotionalen Konnotationen und Unterschiede von nationalen Wirtschaftskulturen weiter herauszuarbeiten – gerade auch in der gegenwärtigen Krise, in dem ein »risikoloser Kapitalismus« erneut auf dem Prüfstand steht.

Die großen Wirtschaftskrisen des 20. und 21. Jahrhunderts nimmt der Beitrag »Von der Großen Depression zur Großen Rezession. Emotionen und Illusionen im transatlantischen Kontext 1929-2019« des Historikers **Hans-Jürgen Schröder** in den Blick. Schröder unternimmt einen Vergleich der kollektiven emotionalen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929-1939, des Zusammenbruchs und Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft 1945-1952 und der Großen Rezession 2008 zwischen Deutschland und den USA. Die Ende der 1920er Jahre beginnende Weltwirtschaftskrise bildete eine Zäsur im internationalen System. Der Beitrag zeigt auf, wie sich hieraus das spätere Engagement der USA in der europäischen Wirtschaft herleitet

und der Erfolg des Marshallplans und der mit ihm einhergehenden subtilen Propaganda zu einer verklärten und stark emotionalen Bindung Deutschlands an die USA geführt hat. Die Finanzkrise 2008 hat die Illusion dieser engen Bindung offenbar werden lassen. Die Gefahr des Umschlags positiver emotionaler Bindung in das komplette Gegenteil lässt sich spätestens mit der Politik Donald Trumps nachvollziehen. Mit der Hoffnung, die Entlarvung der Führungsdefizite der Autokraten in Washington und London könnte schließlich zu einer Zurückdrängung des Populismus und zu einer Stärkung der liberalen Demokratien führen, schließt Schröders Beitrag.

In der Covid-19-Pandemie sieht Schröder eine doppelte globale Gefahr: Neben der unmittelbaren Gefährdung durch das potentiell tödliche Virus geht »die sekundäre Gefahr von der durch die Pandemie ausgelösten Weltwirtschaftskrise aus, weil sie einem großen Teil der Weltbevölkerung die materiellen Lebensgrundlagen entziehen könnte.« Für Schröder ergeben sich dabei Parallelen zwischen der aktuellen Situation und der Großen Depression in den 1930er Jahren hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen insbesondere in den USA. Dies gelte »auch für die Zunahme von Armut und Hunger in der amerikanischen Bevölkerung. Die inzwischen alltäglichen langen Warteschlangen vor den Tafeln (*food banks*) erinnern an die *breadlines* während der Großen Depression.« In Deutschland hingegen habe sich die politische Stabilität durch eine bisher beispiellose Politik des *deficit spending* erhalten können. In den USA gelte Deutschland daher bei liberalen Ökonomen und der liberalen Presse sogar als Vorbild: »Bezeichnenderweise hat das Wort ›Kurzarbeit‹ inzwischen Eingang in den englischen Sprachgebrauch gefunden.« Insgesamt haben die ökonomischen Folgen der Pandemie Schröder zufolge die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten deutlich vor Augen geführt und drastisch verschärft. Dies führt für ihn zu der Frage, ob *American Dream* und »Wohlstand für alle« weiterhin als gesellschaftlich integrative Faktoren gelten können. Mit der Krise als Disruptionsmoment verbindet Schröder aber auch eine Hoffnung: »Die nach der Großen Rezession vor zehn Jahren verfolgte Politik des ›Weiter so‹ würde aus der Perspektive von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in eine gesellschaftspolitische Sackgasse führen und dürfte politische Widerstände provozieren. Möglicherweise liegt daher gerade in der während der Pandemie verstärkten Ungleichheit eine Chance zu deren Abmilderung durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reformen: eine Art *New Deal 2.0.*«

In ihrem Beitrag »Narrative in der Eurokrise – Implikationen für die Wirtschaftspolitik« beschäftigen sich die Ökonomen **Jens Boysen-Hogrefe** und **Ulrich Stolzenburg** mit konkurrierenden Krisennarrativen in der Europäischen Union und deren Folgen für die Wirtschaftspolitik. Krisennarrative können unterschiedliche Funktionen haben: Sie transportieren Werte und Emotionen, wirken identitäts- und gemeinschaftsstiftend und bilden nicht zuletzt eine Grundlage für die Art

und Weise, wie Krisenprävention und -bekämpfung betrieben wird. In der Europäischen Union fehlt, so konstatieren Boysen-Hogrefe und Stolzenburg, ein gemeinsames (Krisen-)Narrativ. Das Euro-Projekt sei zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten, da es von verschiedenen Ländern als Geschichte der gegenseitigen Unterwerfung und Übervorteilung erzählt werde. Und auch die Euro-Schuldenkrise werde konkurrierend entweder als Solvenz- oder als Liquiditätskrise interpretiert. Da beide Narrative ganz unterschiedliche wirtschaftspolitische Entscheidungen nahelegen – die Schaffung von Kontrollinstanzen und Regeln sowie ein Verzicht auf sogenannte Rettungsschirme einerseits, andererseits gerade die Sicherung von Zahlungsfähigkeit durch Rettungsmaßnahmen und Kreditvergabe –, stehen sie einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik entgegen. Wie diese Narrative sowie unterschiedliche ideengeschichtlicher Traditionen die europäische Wirtschaftspolitik beeinflussen, zeigen die beiden Autoren im Detail auf und nehmen dabei insbesondere den deutschen Diskurs genauer in den Blick.

Die Corona-Krise verschärft die in diesem Beitrag skizzierte Konfliktlinie: Wie Boysen-Hogrefe und Stolzenburg erläutern, sind viele stark verschuldete Länder der Peripherie besonders stark von Corona betroffen und es ist – zusätzlich befördert durch die Nervosität an den Finanzmärkten – mit einem weiteren sprunghaften Schuldenanstieg zu rechnen. Diese Aussicht bricht »die alte Konfliktlinie zwischen einer stärkeren finanzpolitischen Integration in Europa einerseits und einer Rückkehr zum Geiste des Vertrags von Maastricht andererseits wieder auf«. In den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU angesichts der Corona-Krise zeige sich das auch im Beitrag schon thematisierte Fehlen eines integrativen gemeinschaftlichen Narrativs, das eine langfristig angelegte und kohärente Wirtschaftspolitik ermöglichen würde: »Die Einrichtung des Erholungsfonds, der eine gemeinschaftliche Schuldenaufnahme und Netto-Finanztransfers – zunächst begrenzt und ausschließlich zur Bewältigung der Krise – vorsieht, folgt dabei dem Muster der bisherigen Krisenpolitik, Konflikte mit einem gewissen Pragmatismus kurzfristig zu befrieden. Langfristige Fragen werden jedoch ausgeblendet und vertagt, Festlegungen vermieden.«

Den Abschluss des Bandes bildet der Beitrag der der Wirtschaftsjournalistin und Publizistin **Ulrike Herrmann**, der in einem großen analytischen »Blick zurück nach vorn« »Vom Anfang und Ende des Kapitalismus« handelt. Herrmann zeigt, wie die vergleichsweise hohen Löhne im England des 18. Jahrhunderts den Anstoß zur Industrialisierung und der Entstehung des Kapitalismus gaben. Für unseren heutigen Konsumkapitalismus und seine Krisen spielen die Löhne der Beschäftigten wiederum eine zentrale Rolle: Steigen die Reallöhne nicht mit der Produktivität, so fehlen die Absatzmöglichkeiten und der Kapitalismus kriselt. Besonders die aktuell wieder zu beobachtende extrem ungleiche Verteilung von Vermögen und Löhnen hat das Potential die kapitalistische Wirtschaft in eine Krise zu stürzen. Das von Herrmann prognostizierte Ende des Kapitalismus wird ihr zufolge jedoch aus sei-

nem Wachstumszwang resultieren: Um stabil zu bleiben brauche der Kapitalismus Wachstum und unbegrenztes Wachstum sei nicht möglich in einer endlichen Welt. Erforderlich sei es deshalb, sich mehr als bisher mit Szenarien und Möglichkeiten eines Übergangs in eine Postwachstums- und Kreislaufökonomie zu befassen. So lange hierfür eine vor allem auch ökologisch nachhaltige Lösung fehlt, bleibe lediglich ein pragmatisches ›trotzdem möglichst nachhaltig leben‹ als Antwort auf die inhärente Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems.

Das Symposium hätte nicht ohne finanzielle Unterstützung stattfinden können. Wir danken der Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-Pattensen, die nicht nur finanziell großzügig unterstützte, sondern auch die Tagungsräumlichkeiten zur Verfügung stellte und alle Tagungsteilnehmer/-innen aufs Beste versorgte. Ebenfalls danken wir für die Unterstützung der Universitätsgesellschaft der Stiftung Universität Hildesheim sowie für die Bereitstellung von Mitteln aus dem Programm Erasmus+ der Europäischen Union seitens des Instituts für Geschichte.

Dank gilt auch den Kolleg/-innen des Instituts für Geschichte, die Sektionsleitungen übernahmen, den studentischen Hilfskräften, die bei der Durchführung unterstützten, und den Studierenden des Radio-Seminars von Dr. Sanne Ziethen, die mit begleitenden Radiobeiträgen Öffentlichkeitsarbeit leisteten. Sie alle haben zum Erfolg des Symposiums beigetragen.

Die Herausgeberinnen, Januar 2021, im *Home Office*.

Literatur

- Borchardt, Knut: »Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen«, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* (= Themenheft: Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich) 3:6 (1993), S. 9-31.
- Engels, Anita/Knoll, Lisa: »Einleitung: Wirtschaftliche Rationalität«, in: *Dieselben* (Hg.), *Wirtschaftliche Rationalität. Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS 2012, S. 9-22.
- Feldenkirchen, Markus et al.: »Madame No«, in: *DER SPIEGEL* 49/2008, S. 22-36, hier S. 24.
- Frevert, Ute: *Kapitalismus, Märkte und Moral*, Wien/Salzburg: Residenz-Verlag 2019.
- Finel-Honigman, Irene: *A Cultural History of Finance* (= *Routledge Explorations in Economic History*, Band 46), London/New York: Routledge 2010.
- Hutter, Michael/Teubner, Gunther: »Der Gesellschaft fette Beute«. *Homo juridicus und homo oeconomicus als kommunikationserhaltende Fiktionen*«, in: *Pe-*

- ter Fuchs/Andreas Göbel (Hg.), *Der Mensch – das Medium der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994, S. 110-145, hier S. 118.
- Iber, Walter M.: »Wenn die Politik historisches Gespür vermissen lässt«, in: *Die Presse* vom 01.10.2020, S. 31.
- Illouz, Eva: *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007.
- Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Otto Brunner/Werner Konze/Ders. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617-650.
- Jonung, Lars/Nautz, Jürgen (Hg.): *Conflict Potentials in Monetary Unions* (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 108), Stuttgart: Steiner 2007.
- Kindleberger, Charles P./Aliber, Robert Z.: *Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2005.
- Kirchgässner, Gebhard: *Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 4., ergänzte und aktualisierte Auflage, Tübingen: Mohr 2013.
- Lange, Markus: *Affekt, Kalkulation und soziale Relation. Ungewissheitsarrangements beim Finanzmarkthandel*, Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- Lange, Markus/von Scheve, Christian: »Wie fühlen sich Zahlungsverprechen an? Impressionen aus den digitalen Emotionsratgebern der Finanzbranche«, in: Jörg Metelmann/Timon Beyes (Hg.), *Die Macht der Gefühle. Emotionen in Management, Organisation und Kultur*, Berlin: Berlin University Press 2012, S. 67-85.
- Mergel, Thomas (Hg.): *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2011.
- Luhmann, Niklas: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988.
- Neckel, Sigward: »Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als »ruhiger Leidenschaft««, in: *Leviathan* 39 (2011), S. 39-53.
- Peter, Nina: *Poetiken der Ökonomie. Finanzkrisen und Spekulation in der Literatur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, Würzburg: Königshausen & Neumann (im Erscheinen).
- Peter, Nina et al.: »Sprachbilder der Krise. Metaphern im medialen und politischen Diskurs«, in: Anja Peltzer/Kathrin Lämmle/Andreas Wagenknecht (Hg.), *Krise, Cash & Kommunikation. Analysen zur Darstellung der Finanzkrise in den Medien*, Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft 2012, S. 49-69.
- Peter, Nina/Lubrich, Oliver: »Die Krise als Krankheit. Medizinische Metaphern in aktuellen Darstellungen von Finanzkrisen«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook* 57:2 (2016) (= Themenheft Wirtschaftskrisen und Krisendiskurse, hg. von Roman Rossfeld/Ingo Köhler), S. 519-544.
- Pixley, Jocelyn: *Emotions in Finance. Distrust and Uncertainty in Global Markets*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2004.

- Plumpe, Werner: Wirtschaftskrisen in Geschichte und Gegenwart, München: C.H. Beck 2011.
- Rossfeld, Roman: »Fieberkurven« und »Finanzspritzen«. Plädoyer für eine Kultur- und Wissensgeschichte wirtschaftlicher Krisen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook 57:2 (2016), S. 305-332.
- Sherman, Sandra: Finance and Fictionality in the Early Eighteenth Century. Accounting for Defoe, Cambridge: Cambridge University Press 1996.
- Siegenthaler, Hansjörg: »Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Konjunkturge-schichte als Gegenstand der Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte«, in: Thomas David et al. (Hg.), Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen (= Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 27), Zürich: Chronos 2012, S. 31-44.
- Stäheli, Urs: Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007.
- Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Dommann/Daniel Speich Chassé (Hg.), Auf der Suche nach der Ökonomie, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153-181.
- Tietzel, Manfred: »Die Rationalitätsannahme in den Wirtschaftswissenschaften oder Der homo oeconomicus und seine Verwandten«, in: Jahrbuch für Sozi-alwissenschaft 32:2 (1981), S. 115-138.
- Vief, Bernhard: »Digitales Geld«, in: Florian Rötzer (Hg.), Digitaler Schein. Ästhetik der elektronischen Medien, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1991, S. 117-146.
- Vogl, Joseph: Das Gespenst des Kapitals, Zürich: Diaphanes 2010.
- van der Spek, Robartus Johannes/van Leeuwen, Bas (Hg.): Money, Currency and Crisis. In Search of Trust, 2000 BC to AD 2000 (= Routledge Explorations in Economic History, Band 80), London: Routledge 2018.
- von Braun, Christina: Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte, Berlin: Aufbau Verlag 2012.
- von Scheve, Christian/Zink, Veronika/Ismer, Sven: »The Blame Game: Economic Crisis Responsibility, Discourse and Affective Framings«, in: Sociology 50:4 (2016), S. 635-651.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Krisen« als diskursgeschichtlicher Gegen-stand: Zugänge, Fragestellungen, Konzepte«, in: Dies. (Hg.), Sprachliche Kon-struktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend ak-tuelles Phänomen (= Sprache – Politik – Gesellschaft, Band 12), Bremen: Hem-pen 2013, S. 1-16.
- Wollheim, Richard: Emotionen. Eine Philosophie der Gefühle, München: Beck 2001.

Die Bedeutung ›technologischer Visionen‹ in der kapitalistischen Entwicklung

Christoph Deutschmann

I. Technologische Visionen: drei Beispiele

Was sind ›technologischer Visionen‹? Ich erläutere es zunächst an drei aktuellen Beispielen und beginne mit *smart home*. Hierbei handelt es sich um ein Konzept für die Anwendung künstlicher Intelligenz auf den Haushalt, d.h. um Software-Systeme, die die Steuerung der im Haushalt eingesetzten Technik (Heizungsanlage, Türsicherung, Haushaltsgeräte u.a.) auf ›intelligente‹ Weise miteinander verknüpfen. Derartige Systeme, deren Steuerung über Apps auf dem Smartphone, zunehmend aber auch durch Sprache oder Gesten erfolgen kann, befinden sich bereits auf dem Markt; es wird ihnen jedoch noch ein beträchtliches Entwicklungspotential zugeschrieben. Es geht nicht nur darum, die Regulierung von Heizung oder Lüftung zu optimieren, oder das Haus bzw. die Wohnung besser gegen Einbrüche zu schützen. Ziel ist es auch, eine ›Wohlfühlatmosphäre‹ im Haus zu verbreiten, z.B. indem sich morgens, punktgenau nach dem Aufstehen der Bewohner, die Kaffeemaschine einschaltet und angenehmen Kaffeeduft verbreitet, indem unabhängig von Jahreszeit und Wetter die Beleuchtung so gedimmt wird, dass der Eindruck eines Sommermorgens entsteht, oder indem die Lieblingsmusik der Bewohner gespielt wird. Die intelligente Steuerung von Kühlschränken erspart das Einkaufen, indem die fehlende Milch automatisch nachbestellt wird; der Putzroboter setzt sich bei Bedarf selbsttätig in Bewegung, ebenso der automatische Rasenmäher usw. – was will man mehr?

Ein zweites Beispiel ist das Konzept des selbstfahrenden Autos. Ziel ist hier die Automatisierung der Arbeit des Fahrens, also eine Anwendung künstlicher Intelligenz auf die individuelle Mobilität. Der Platz am Lenkrad des Autos kann leer bleiben. Im Prinzip sind sogar nicht einmal mehr Lenkrad und Bedienungspedale nötig; das Auto kann ferngesteuert werden (eine Idee, die sich insbesondere für Lastwagen anbietet) oder selbst seinen Weg zu einem einprogrammierten Ziel finden. Sowohl die Automobil- als auch die Software-Industrie haben bereits viel in dieses Projekt investiert; die Anwendung ist bisher allerdings über Versuche mit Prototypen noch kaum hinausgekommen. Nicht nur soll Autofahren auf

diese Weise viel sicherer gemacht werden; auch Staus sollen durch die intelligente Lenkung der Verkehrsströme und bessere Ausnutzung des Wagenparks vermieden werden. Man braucht auch viel weniger Parkplätze: Wenn Autos nicht mehr in privaten Garagen stehen, sondern nur noch geleast werden, wird ein viel geringerer Wagenbestand benötigt, der sich idealerweise beständig in Bewegung befindet. Das soll auch – in Verbindung mit Elektro-Antrieben – zu einer Reduzierung der Abgasemissionen führen. Autofahren soll wieder zu einem Erlebnis werden; man würde es nicht mehr mit Stress und Hetze assoziieren, sondern könnte während der Fahrt arbeiten oder auch lesen, fernsehen, sich erholen; man gewänne mehr ›Zeitsouveränität‹.

Schließlich mein drittes Beispiel: die ›Industrie 4.0‹. Bei diesem Konzept geht es um die Anwendung künstlicher Intelligenz auf die industrielle Produktion, und nicht nur auf die eigentliche Produktion, sondern auch auf die Instandhaltung, die Logistik und sogar die Produktentwicklung. Der Begriff ›Industrie 4.0‹ umschreibt eine technologische Vision, die erstmals von Experten auf der Hannover-Messe 2011 vorgestellt wurde. Die Bundesregierung hat sich das Konzept seit 2012 zu eigen gemacht und entwickelt es gemeinsam mit beteiligten Unternehmen, Branchenverbänden, Gewerkschaften weiter. Es geht, wie der Zusatz 4.0. andeutet, längst nicht mehr um die bloße ›Automatisierung‹ der Produktion. Das gilt als schon abgehakt und war Thema der schon Ende des 20. Jahrhunderts abgeschlossenen ›dritten‹ industriellen Revolution. In den Blick genommen wird vielmehr eine neue, ›vierte‹ industrielle Revolution, in der Maschinen lernen, selbständig miteinander und mit dem Menschen zu kommunizieren und sich selbst zu steuern. Fehler werden durch die in den Maschinen installierte Software erkannt und behoben, Wartungsarbeiten automatisch und präventiv durchgeführt, logistische Abläufe optimiert, ja, die Software entwickelt sogar ›kreative Fähigkeiten‹, indem sie selbständig lernt und neue, bessere Produkte entwickelt. Was so am Horizont aufscheint, sind nicht nur phantastische Produktivitäts- und Wohlfahrtssteigerungen, sondern auch eine dramatische Steigerung der Lebensqualität durch weitgehende Beseitigung undankbarer und unbefriedigender Tätigkeiten.

Was ist das Gemeinsame an den drei Beispielen? Es handelt sich um Zukunftsvisionen, die die Möglichkeiten einer noch im Gang befindlichen technischen Entwicklung – in diesem Fall die der künstlichen Intelligenz – vorwegnehmen. Dabei geht es im Kern nicht um das Weiterdenken technischer Möglichkeiten, d.h. um die Entwicklung von Algorithmen, Speicherkapazitäten o.Ä. Vielmehr wird um antizipierte technische Möglichkeiten herum eine oft bunt ausgemalte Arbeits- und Lebenswelt imaginiert, in der die neue Technik eine unentbehrliche Rolle spielt. Die neue Technik bietet innovative Problemlösungen und macht im Grunde schon immer gehegte Wünsche und Träume wahr – so wird uns jedenfalls suggeriert. Das Phänomen solcher ›Visionen‹ ist selbst nicht neu. Die Geschichte des modernen Kapitalismus ist eine Geschichte industrieller Revolutionen und von Innovatio-

nen, die sich auf alle Bereiche des Lebens von der Arbeit bis zum Konsum erstrecken. Die Schlüsselinnovationen waren auch in der Vergangenheit schon immer von einer Aura phantastischer Zukunftsprojektionen umgeben, man denke nur an die Aufregung, die um Fords Modell T4 gemacht wurde, oder an die allgemeine Euphorie, die die Flüge der ersten Zeppeline auslösten. Schon im 19. Jahrhundert machte Jules Verne technologische Visionen als Literaturgenre populär und wurde damit zum Pionier des bis heute anhaltenden Erfolges von *Science fiction*.

Wie lassen sich diese Visionen näher beschreiben? Wir sind daran gewöhnt, dass wir heute in fast allen Lebenslagen von Werbung und den rosigen Phantasien, die sie zu wecken versucht, überflutet werden. Das Besondere an technologischen Visionen ist, dass hier überwiegend nicht ein schon existierendes Produkt vermarktet wird. Es geht vielmehr um ein bestimmtes technisches Paradigma, in den oben erwähnten Fällen um das der künstlichen Intelligenz, dessen Entwicklung sich aber noch im Fluss befindet und noch nicht restlos absehbar ist. Visionen können in einer solchen Situation orientierend und strukturierend wirken: Sie wecken Erwartungen und schaffen Akzeptanz bei potentiellen Nutzern und Kunden; sie fokussieren die Kooperation der Entwickler auf spezifische Anwendungen und Projekte. Wie wird Akzeptanz geschaffen? Auf den ersten Blick scheinen rationale Argumente den Ausschlag zu geben. *Smart home* z.B. soll uns helfen, den Energieverbrauch im Haushalt zu senken und die Einbruchssicherheit zu erhöhen, das selbstfahrende Auto soll helfen, Verkehrsunfälle zu vermeiden, Industrie 4.0 soll einen industriellen Produktivitätsschub bringen usw. Aber die rationalen Argumente sind nicht alles; fast immer gibt es auch schwerwiegende Gegenargumente, die aber in der Vision entweder heruntergespielt oder gänzlich ausgeblendet werden. Verlieren wir mit *smart home* oder mit dem selbstfahrenden Auto nicht die Kontrolle über unser eigenes Leben? Was passiert, wenn die Software nicht funktioniert, wenn Hacker eingreifen? Kann man dann noch einfach den Stecker ziehen? Könnten die Roboter sich nicht eines Tages gegen uns selbst wenden? Wäre es nicht viel sinnvoller, den Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme zu fördern, anstatt die individuelle Mobilität durch selbstfahrende Autos noch weiter zu forcieren? Wird Industrie 4.0 nicht zu einem Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen führen?

Faktisch handelt es sich bei unternehmerischen Förderungen der Entwicklung einer Technologie immer um Entscheidungen unter Unsicherheit. Niemand kann im Voraus wissen, ob die negativen oder die positiven Folgen technischer Entwicklungen letztlich überwiegen werden. Auch vergangene Schlüsselinnovationen hatten bekanntlich nicht nur die zunächst vorausgesagten positiven Wirkungen, sondern auch höchst fragwürdige Nebeneffekte, die aber erst später zu Tage traten. Ich gehöre zum Jahrgang 1946 und erinnere mich noch gut an die buchstäblich strahlende Aura, die den Begriff des »Atomzeitalters« in den 1950er Jahren umgab; es gab sogar eine progressive intellektuelle Zeitschrift, die sich mit diesem Titel

schmückte.¹ In der Öffentlichkeit herrschte Euphorie über die friedliche Nutzung der sauberen, sicheren, modernen, effizienten Kernenergie – Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima kamen erst später. Ein anderes Beispiel ist das Internet, das in den 1990er Jahren als Weg hin zum »globalen Dorf« gefeiert wurde, das den herrschaftsfreien Diskurs aller mit allen ermögliche. Dank der Beseitigung aller technischen Kommunikationsbarrieren schien die allgemeine kommunikative Vernetzung der Menschheit in Reichweite. Heute müssen wir uns mit Bedrohungen der Demokratie durch Filterblasen und Meinungsroboter herumschlagen, und mit immer ungenierteren Zugriffen der Medienkonzerne auf unsere Daten und unsere Privatsphäre.

Visionen strukturieren die Inkubationsphase einer neuen Technologie, indem sie eine emotionale Vorfestlegung auf den Positivwert der gerade in dieser Phase besonders ausgeprägten Unsicherheiten bewirken. Im Kern geht es eben nicht um Rationalität, sondern um die Mobilisierung positiver Gefühle, mit dem Ergebnis, dass Zweifel an dem Projekt unterdrückt werden und seine Zukunft in ein rosiges Licht getaucht wird. Neue Visionen werden nicht nur durch die unmittelbar beteiligten Firmen und Erfinder, sondern auch durch Managementgurus, Medien und Journalisten in Umlauf gebracht. So wird versucht, eine soziale Agenda zu inszenieren, die möglichst viele wichtige Akteure einbezieht und die Weiterentwicklung des Projekts wünschenswert, dringlich oder gar unvermeidlich erscheinen lässt. Gelingt das, dann wirken Visionen wie eine *self-fulfilling prophecy*: Was vorher nur als eine vage Utopie erschien, wird zu einem realistischen Projekt. Wenn alle – Erfinder, Experten, Finanziers, Unternehmer, potentielle Kunden und Kundinnen – nur fest an das Vorhaben glauben und in es investieren, dann kann es praktisch wahr werden. Visionen leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur praktischen Durchsetzung wirtschaftlicher Innovationen. Aber: Ob und wie weit der Erfolg eintritt, und mit welchen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten, lässt sich kaum voraussagen.

II. Die Fragwürdigkeit neoklassischer Rationalitätsfiktionen

Festzuhalten ist zunächst, dass es bei den in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder neu auftauchenden technologischen Visionen letztlich nicht um Rationalität, sondern um die Mobilisierung von Emotionen geht. Das scheint dem rationalistischen Bild, das die Wirtschaft von sich selbst hat und das auch die Wirtschaftswissenschaften von ihr zeichnen, diametral zu widersprechen. Wie kommt es zu einem so tiefgreifenden Widerspruch zwischen Theorie und Praxis? Wie kommt

1 Die Zeitschrift *Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik, Information und Meinung* erschien von 1959 bis 1968 in der Europäischen Verlagsanstalt (Frankfurt a.M.).

es, dass unsere Gesellschaft ungeachtet der oft beschworenen ›Rationalität‹ wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse so leicht bereit ist, sich durch technologische Visionen faszinieren zu lassen? Darauf möchte ich im Folgenden eine Antwort versuchen.

Die Vorstellung von der Wirtschaft als einer Sphäre, in der Entscheidungen nach ›rationalen‹ Prinzipien getroffen werden, geht bekanntlich auf die neoklassische Tradition der Wirtschaftswissenschaften und ihr Konzept des *homo oeconomicus* zurück. Wirtschaftliches Handeln wird danach als rationales Entscheiden zur Verwirklichung gegebener Zwecke unter der Bedingung knapper Mittel begriffen.² Diese Definition ist rein analytisch und stellt nicht etwa eine empirische Hypothese dar, die das reale Verhalten der Wirtschaftssubjekte beschreibt und daran überprüft werden müsste. Die Wirtschaftswissenschaften untersuchen wirtschaftliches Handeln nicht, wie es real abläuft, sondern wie es im Modell unter spezifischen Annahmen funktioniert (die man immer modifizieren und möglichst realitätsnah ausgestalten kann). Dieser »Modell-Platonismus«³ wird mit dem Argument gerechtfertigt, dass es ja um Handeln in einer ganz bestimmten sozialen Sphäre gehe, um das Handeln auf Märkten. Märkte stellen eine soziale Arena dar, in der Käufer und Verkäufer aufeinandertreffen und Verträge unter dem Gesichtspunkt des beiderseitigen Vorteils abschließen. Beliebt in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern ist das Beispiel von der Hausfrau, die Äpfel oder Bananen auf dem Wochenmarkt einkauft und ihre Entscheidungen nach Maßgabe sorgfältiger Preisvergleiche trifft. Das ist jedem Laien aus der alltäglichen Erfahrung vertraut, und so bietet es sich an, die Logik von Marktentscheidungen in eine idealisierte Form zu bringen und damit komplexe Zusammenhänge sichtbar zu machen, die einer bloß empirischen Analyse unzugänglich bleiben müssten. Die Wirtschaft wird, mit anderen Worten, so modelliert, als ob alle Teilnehmer der Maxime rationalen Markthandelns folgten, auch wenn niemand genau weiß, wie weit das tatsächlich der Fall ist. Dabei macht es keinen prinzipiellen Unterschied, ob nur Produkte oder Dienstleistungen oder auch Produktionsfaktoren (›Arbeit‹ und ›Kapital‹) getauscht werden. Immer lassen sich Entscheidungen als rationale Wahl fassen, entweder als Minimierung des Mitteleinsatzes zur Verwirklichung gegebener Zwecke, oder als Maximierung der Zweckerreichung mit gegebenen Mitteln.

Dieser bekannte klassische bzw. neoklassische Ansatz ist heute freilich wie nie zuvor in Kritik geraten, nicht nur von Seiten der Wirtschaftssoziologie und Wirtschaftsgeschichte, sondern auch innerhalb der Wirtschaftstheorie selbst.

2 Vgl. Robbins, Lionel: *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, London: Macmillan 1932.

3 Vgl. Albert, Hans: »Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung«, in: Ernst Topitsch (Hg.), *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1967, S. 406-434.

Ich verzichte auf eine detaillierte Wiedergabe der verschiedenen Positionen und beschränke mich auf eine knappe Rekapitulation der Einwände aus dem Kreis der Wirtschaftssoziologie. Wirtschaftssoziologische Autoren – Mark Granovetter, Richard Swedberg, Jens Beckert – haben darauf aufmerksam gemacht, dass das Konzept der rationalen Wahlhandlung auf der impliziten Annahme einer sozial immer schon »strukturierten« Situation aufbaut. Die Marktakteure handeln, so die Annahme der Wirtschaftssoziologen, in einer Welt, die jenseits des Marktes durch Institutionen, soziale Konventionen, Organisationen und Netzwerke immer schon so geordnet ist, dass »rationale« Entscheidungen möglich werden. Das heißt: Die Akteure kennen erstens ihre eigenen Präferenzen; zweitens kennen sie ihre Tauschpartner gut genug, um zu wissen, wem sie vertrauen können; schließlich gelten gewisse Regeln wie Zugangsbedingungen und Qualitätsstandards, die es Käufern wie Verkäufern ermöglichen, die Folgen und Nebenfolgen ihrer Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt des jeweiligen Vorteils realistisch abzuschätzen. In der Praxis wird rationales Handeln an Märkten erst dank der »sozialen Einbettung«⁴ von Märkten in Vertrauensbeziehungen, Konventionen, Institutionen möglich. Die oben erwähnten Wochenmärkte stellen einen solchen Fall sozial »eingebetteter« Märkte dar: Anbieter und Nachfrager kennen sich oft sogar persönlich; Ort, Zeit und Warenangebot sind durch Konventionen und lokale Ordnungen geregelt; schließlich weiß die Hausfrau selbst ziemlich genau, was sie braucht.

Trotz der Betulichkeit des Beispiels ist nicht zu leugnen, dass es auch heute noch Märkte dieser Art gibt. Aber offensichtlich ist das nicht mehr der für die heutige gesellschaftliche Wirklichkeit typische Fall. Was heute vorherrscht, sind nicht länger mehr eingebettete, sondern entgrenzte Märkte – Märkte, die nicht nur territorial über alle Grenzen hinweg gewachsen sind (Stichwort »Globalisierung«), sondern auch in sozialer, sachlicher und zeitlicher Hinsicht. Wo, bei wem, was und wann sie kaufen, steht den Kunden so frei wie nie, sofern sie nur zahlungsfähig sind; spiegelbildlich gilt das auch für die Produzenten bzw. Anbieter.⁵ Das heißt nicht, dass es nicht weiterhin Institutionen, Konventionen, Organisationen und Netzwerke als Mechanismen der Regulierung von Märkten gäbe. Aber diese überwiegend nur auf lokaler, sektoraler oder nationaler Ebene wirksamen Mechanismen sind ihrerseits in den größeren Zusammenhang des entgrenzten Marktes »eingebettet«, der letztlich durch nichts anderes reguliert wird als durch sich selbst. Der verselbständige, von allen Seiten her auf die Akteure einwirkende

4 Vgl. Granovetter, Mark: »Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness«, in: American Journal of Sociology 91:3 (1985), S. 481–510.

5 Vgl. ausführlicher: Deutschmann, Christoph: Disembedded Markets. Economic Theory and Global Capitalism, London: Routledge 2019.

Konkurrenzdruck arbeitet unablässig daran, ›Wettbewerbshindernisse‹ zu beseitigen und vermeintlich Stabilität bietende Institutionen, Regeln und soziale Einbettungen zu unterhöhlen, die damit ihre Funktion als Ankerpunkte individueller Rationalität immer mehr einbüßen.

Unter solchen Bedingungen haben die Marktakteure erst einmal mit einem viel grundlegenden Problem zu tun als dem der rationalen Optimierung von Entscheidungen: mit Unsicherheit. Der Begriff ›Unsicherheit‹ ist, wie schon der Chicagoer Ökonom Frank Knight in den 1920er Jahren herausgearbeitet hatte,⁶ von dem des ›Risikos‹ zu unterscheiden. In einer Situation des Risikos kennen die Akteure die möglichen Folgen einer Entscheidung und sind in der Lage, die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens mathematisch abzuschätzen. In einer Situation der Unsicherheit dagegen sind weder die Gesamtheit der möglichen Handlungsfolgen bekannt noch die Wahrscheinlichkeit, mit der die bekannten Handlungsfolgen eintreten. Noch nicht einmal ihre eigenen Präferenzen sind den Akteuren ohne weiteres klar. Natürlich stellt sich die Frage, wie in einer solchen Situation Entscheidungen überhaupt möglich sind. Die von wirtschaftssoziologischer Seite vorgeschlagene Antwort darauf ist: Entscheidungen werden dadurch möglich, dass die Akteure die Wirklichkeit nicht in ihrer ganzen Komplexität wahrnehmen, sondern bewusst oder unwillkürlich auf vereinfachende Bilder – Jens Beckert spricht von »fiktionalen Erwartungen«⁷ – zurückgreifen. Diese Fiktionen können sich im Nachhinein als falsch oder stark verzerrend erweisen; das Wichtige ist aber, dass sie die Wahrnehmung erst einmal so filtern, dass Entscheidungen und Handeln überhaupt möglich werden. Derartige Fiktionen bzw. Visionen kommen nicht nur im Bereich der Technologie vor, sondern in allen Handlungsfeldern der Wirtschaft, vom Konsum bis hin zu den Finanzmärkten. Das gemeinsame Merkmal dieser kognitiven Konstruktionen ist ihre Zukunftsorientierung, ihre Funktion, eine von möglichst vielen Akteuren geteilte gemeinsame Wahrnehmung einer Zukunft zu erzeugen, die andernfalls völlig offen bliebe. Im Erfolgsfall wird diese Wahrnehmung zu einer *self-fulfilling prophecy* – die Wirklichkeit wird dann so, wie sie ist, weil die Leute glauben, sie sei so. Aber natürlich ist der Erfolg niemals garantiert; fiktionale Erwartungen können scheitern und dann schwere wirtschaftliche Krisen nach sich ziehen.

6 Knight, Frank: Risk, Uncertainty, and Profit, Boston/New York: Mifflin 1921.

7 Beckert, Jens: Imagined Futures. Fictional Expectations and Capitalist Dynamics, Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press 2016.

III. Der doppelte Zeitbezug technologischer Visionen

Wir haben es mit einem auf den ersten Blick schwer verständlichen, paradoxen Sachverhalt zu tun: Kaum etwas ist charakteristischer für die Entwicklung des modernen Kapitalismus als die durch liberale Politiken und Erzählungen vorangetriebene langfristige Tendenz zur Entgrenzung der Märkte. Die Märkte überwinden lokale und nationale Grenzen und gewinnen transnationale und globale Dimensionen; sie durchdringen immer weitere Bereiche der sozialen Beziehungen (z.B. im Konsum oder heute in den sogenannten »sozialen Medien«). Darüber hinaus erweitert sich das Spektrum dessen, was für Geld zu haben ist, in spektakulärer Weise; schließlich löst sich der Zeithorizont von Markttransaktionen von der zyklischen Form vorkapitalistischen Wirtschaftens ab und erweitert sich auf eine offene Zukunft hin. Alle diese Veränderungen bedeuten aber nicht etwa, wie man zunächst vermuten könnte, den endgültigen Triumph des der Marktlogik ja abgeschauten Rationalitätsprinzips wirtschaftlichen Entscheidens. Im Gegenteil, gerade sie konfrontieren die Akteure mit einem wachsenden Ausmaß an Komplexität und Unsicherheit. Dies wiederum lässt einen Bedarf nach Visionen, Narrativen, sogar »Mythen« als kognitive Entscheidungshilfen entstehen. Dieser Zusammenhang ließe sich für alle Dimensionen der Entgrenzung aufzeigen; ich will mich hier auf den allerdings zentralen Aspekt der sachlichen Entgrenzung der Märkte beschränken.

Historisch gesehen bestand der entscheidende Schritt in der sachlichen Entgrenzung der Märkte in jenem Prozess, für den Marx den Begriff der »ursprünglichen Akkumulation« geprägt hat, das heißt in dem Übergreifen der Märkte von Produkten und Dienstleistungen auf die Produktionsbedingungen (Arbeit, Land, hergestellte Produktionsmittel). Im Zuge der Bodenreformen und der sogenannten »Befreiung« der Bauern, die in Großbritannien schon im 16. Jahrhundert einsetzten, auf dem europäischen Kontinent erst nach der Französischen Revolution, wurden die Bauern ihrer landwirtschaftlichen Subsistenzquellen beraubt und damit mehr und mehr auf den entstehenden industriellen Arbeitsmarkt als Subsistenzquelle verwiesen. Das Neue an diesen Entwicklungen bestand darin, dass man nun sowohl Land als auch freie Arbeitskräfte in großem Stil kaufen konnte, vor allem: separat kaufen konnte (Grund und Boden waren auch früher schon in einem gewissen Ausmaß käuflich, allerdings hatte der Erwerber die mit dem Boden verknüpften Lasten und Verpflichtungen, auch gegenüber den auf ihm lebenden Bauern, zu übernehmen). Auf eine sachliche Entgrenzung der Märkte lief dies in einem doppelten Sinn hinaus: Erstens wurden die Produktionsbedingungen systematisch dem Zugriff des Geldes geöffnet; zweitens entstand damit auch indirekt ein privater Eigentumsanspruch auf das, was durch den organisierten Einsatz freier Arbeit und ihrer Fähigkeiten erst hergestellt werden *könnte*. Und diese Fähigkeiten sind unermesslich, denn Menschen können im Gegensatz zu Maschinen etwas Neues erdenken und praktisch hervorbringen. Die Ausschöpfung dieser kreativen

Fähigkeiten, die Entwicklung und Vermarktung immer neuer Techniken und Produkte, wurde zur Mission des neu entstehenden industriell-kapitalistischen Unternehmertums. Das Spektrum dessen, was für Geld zu haben ist, erweiterte sich in einer für frühere Zeitalter unvorstellbaren Weise. Eine ›industrielle Revolution‹ folgte auf die andere, mit der Folge einer regelrechten ›Wachstumsexplosion‹ der Wirtschaft. Folgt man den Schätzungen des Wirtschaftshistorikers Angus Maddison, so nahm das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Westeuropa im Zeitraum von 1500 bis 1820 um 60 Prozent zu, in dem deutlich kürzeren Zeitraum zwischen 1820 und 1998 dagegen um den Faktor 14,5.⁸ Wachstum, statt stationärer Reproduktion, wurde zum zentralen Imperativ der Wirtschaft und ist es bis heute geblieben.

Mit dem Direktzugriff des Geldes auf die kreativen Potentiale freier Arbeit entstand ein Dorado unermesslicher neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten, mit der Kehrseite dramatisch gestiegener Unsicherheit. Das ist die Situation, die, wie oben schon gezeigt, bei den Akteuren, und zwar bei Anbietern wie Nachfragenden, Produzenten wie Konsumenten einen Bedarf nach gemeinsam geteilten Visionen bzw. fiktionalen Erwartungen als Entscheidungshilfen entstehen lässt. Solche Visionen fallen nicht vom Himmel. Sie entwickeln sich charakteristischerweise um eine Basisinnovation herum und werden von beteiligten Unternehmern oder Erfindern in die Welt gesetzt; Intellektuelle und Journalisten spielen dabei oft eine verstärkende Rolle. In dem Maße, wie Visionen soziale Resonanz finden, wirken sie strukturierend auf die Entwicklung der Märkte. Sie ermöglichen damit rationales Handeln, sind aber ihrerseits nicht rational begründbar. Ich will das an einem prominenten historischen Beispiel, nämlich Henry Fords Vision der Massenproduktion von Automobilen kurz verdeutlichen.

In seiner Autobiographie erzählt Ford, wie er sich kurz nach der Jahrhundertwende selbständig machte und die Idee entwickelte, ein preiswertes, alltagstaugliches Automobil für den Massengebrauch zu bauen. Bei seinen Freunden und Bekannten stieß er damit zunächst nur auf Kopfschütteln. »Anfangs galten die pferdelosen Wagen nur als Ausgeburten einer tollen Laune; es gab viele kluge Leute, die einem haarklein auseinandersetzen, warum sie immer nur ein Spielzeug bleiben müssten. Kein wohlhabender Mann erwog auch nur die Möglichkeit, diesen Gedanken kommerziell auszubeuten.«⁹ Es war nicht ›der Markt‹, der die Massenproduktion von Automobilen in Gang setzte, sondern die Tatsache, dass Ford als Visionär auftrat, der eine Botschaft vom guten Leben anzubieten hatte und diese Botschaft äußerte und wirksam unters Volk brachte. Diese Botschaft lockte mit Arbeitsplätzen und einem guten Lohn für einen Achtstundentag, mit dem der Arbeiter nicht nur sich selbst, sondern auch Frau und Kinder ernähren konnte. So-

8 Vgl. Maddison, Angus: *The World Economy. A Millennial Perspective*, Paris : OECD 2001.

9 Ford, Henry: *Mein Leben und Werk*, unter Mitarbeit von Samuel Crowther, aus dem Englischen von Curt und Marguerite Thesing, Leipzig: List 1923, S. 41.

gar einen Ford-Wagen konnte er sich kaufen und am Wochenende mit der Familie ins Grüne fahren. Das rosige Ideal der heilen Kernfamilie leistete einen nicht unwichtigen Beitrag dazu, Fords Botschaft emotional zu fundieren. Ford selbst versuchte übrigens, seinem Familienideal auch damit Nachdruck zu verleihen, dass verheiratete Frauen systematisch von der Beschäftigung in den Ford-Werken ausgeschlossen wurden. Kein utopisches Wolkenkuckucksheim wurde hier verkündet, sondern ein realistisches Programm, das dem kleinen Mann (weniger der Frau) eine Perspektive bot. Der »Fordismus« war nicht nur eine Produktionstechnik, sondern ein Lebensmodell, das in der Bevölkerung breiten Anklang fand und sozialistische Klassenkampfparolen alt aussehen ließ. Fords Botschaft setzte einen vorher von den meisten Zeitgenossen für unmöglich gehaltenen Aufschwung von Märkten und Investitionen in Gang. So geriet ein ursprünglich abenteuerlich anmutendes Konzept *ex post* in ein gänzlich anderes Licht und stellte sich nun als Inkarnation von wirtschaftlicher Rationalität und Effizienz dar.

Der Zeitbezug technologischer Visionen ist, wie dieses Beispiel deutlich macht, ein doppelter. Er besteht zunächst in ihrer Funktion, eine offene, unbeherrschbar komplexe Zukunft durch Vorgabe klarer Alternativen zu ordnen und dadurch rationale Entscheidungen erst möglich zu machen. Im Fall Fords ging es um die Entscheidung zwischen zwei alternativen Visionen: Entweder konnte man das Automobil als exotisches Steckenpferd für eine kleine Szene von Snobs und Sportfreunden betrachten, oder als Vehikel für eine »mobile« Lebensführung breiter Massen. Man musste sich für eine der beiden Visionen entscheiden; erst dann ergab sich eine konsistente Investitionsstrategie und damit auch die Chance »rationalen« Handelns. Nicht »Rationalität« lässt sich für die eine oder andere Vision geltend machen, sondern ihre Funktion, zukünftige Marktentwicklungen und Investitionen in der einen oder anderen Weise zu strukturieren.

Visionen strukturieren Zeit jedoch nicht nur, sondern sind – zum anderen – *selbst* dem Fluss der Zeit unterworfen. Weil keine Vision menschliche Kreativität in ihrer Grenzenlosigkeit erschöpfend abbilden kann, können Visionen sich nicht auf Dauer etablieren; sie unterliegen vielmehr einem Zyklus von Aufstieg und Niedergang. Die empirische Innovationsforschung hat diese Entwicklungen eingehend analysiert und in Zyklusmodellen zusammengefasst. Überblickshaft lassen sich danach in der Karriere von Innovationen vier Phasen unterscheiden: Pfadkreation, Pfadausbildung, Institutionalisierung und Schließung (*lock-in*).

Die erste Phase, in der eine grundlegende Entdeckung oder Innovation hervorgebracht wird, wird in der Regel als *Pfadkreation* bezeichnet.¹⁰ Die »Produktion«

10 Vgl. Windeler, Arnold: »Kreation technologischer Pfade: ein strukturationstheoretischer Analyseansatz«, in: Georg Schreyögg/Jörg Sydow (Hg.), Strategische Prozesse und Pfade (=Managementforschung, Band 13), Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 295-328.

einer Erfindung ist ein sozialer Prozess, in dessen Verlauf soziale Relevanzstrukturen neu arrangiert werden: Ursprünglich als ›zufällig‹ oder ›bedeutungslos‹ geltende Phänomene bzw. Ereignisse finden neue Aufmerksamkeit. Der Ausgangspunkt ist eine »mindful deviation«¹¹ von routinisierten Praktiken. Bedeutungsvoll ist in dieser Phase nicht allein die Erfindung selbst. Noch wichtiger sind die Ideen, Visionen und Utopien, die die Erfindung einrahmen, ihr einen ›Sinn‹ geben und einen Horizont zukünftiger Anwendungen und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Die individuelle Kreativität von Erfindern und Unternehmern spielt eine zentrale Rolle und zugleich ihre »social skills«,¹² d.h. ihre Fähigkeit, Andere zu überreden, zu überzeugen und zu mobilisieren. Die Risiken sind hoch in dieser Phase, die potentiellen Profite aber auch. Die Verfügbarkeit von Risikokapital und die Bereitschaft der Investoren, auch in schwierigen Phasen durchzuhalten und das Projekt zu unterstützen, sind kritische Faktoren auf der monetären Seite.

Gelingt es den Pionieren, eine kritische Masse anderer wichtiger Akteure für die Kooperation und für Investitionen in das ursprünglich meist sehr vage Paradigma zu gewinnen, beginnt die zweite Phase der *Pfadausbildung*. In dieser Phase nährt der Erfolg des Paradigmas sich selbst. Es entsteht das, was der Managementjargon eine ›Win-win-Situation‹ nennt: Mehr und mehr Akteure wechseln von der Rolle der distanzierten Beobachtenden in die der engagierten Teilnehmenden. Sie investieren frisches Kapital und neue Ideen in die Weiterentwicklung des Paradigmas, mit der Folge, dass neue Chancen für weitere Akteure entstehen. Was ursprünglich als vage Utopie erschien, stellt sich zunehmend als realistisches Projekt dar. Das stimuliert weitere kreditfinanzierte Investitionen, die zu einer ausgedehnten neuen Phase wirtschaftlichen Wachstums führen können.

Schließlich tritt das Paradigma in die dritte Phase der *Institutionalisierung* ein. Das Paradigma ist nun weitgehend ›ausgereift‹, die Technologie ist entwickelt und ausgearbeitet, sie repräsentiert nun den ›Stand des Wissens‹, der in Hochschulen und Ausbildungsstätten gelehrt wird. Das Potential der Technologie erscheint prinzipiell ›ausgereizt‹ und lässt nur noch Raum für kleinere und kosmetische Verbesserungen; die gegenwärtige Situation am Markt für Flugreisen mag als Beispiel dienen. Da ein Qualitäts- und Innovationswettbewerb in dieser Phase kaum mehr stattfindet und die Marktkonkurrenz sich auf die Dimension der Preise und Kosten reduziert, ähnelt der Markt zunehmend einem neoklassischen Wettbewerbsmarkt. Hier kommt die Vorstellung von der ›Rationalität‹ wirtschaftlicher Entscheidungen

11 Garud, Raghu/Karnoe, Peter (2001): »Path Creation as a Process of Mindful Deviation«, in: Raghu Garud/Peter Karnoe (Hg.), *Path Dependence and Creation*, New York: Mahwah 2001, S. 1-40.

12 Fligstein, Neil: »Social Skill and the Theory of Fields«, in: *Sociological Theory* 19 (2001), S. 105-125.

endlich zu ihrem Recht, denn die Marktbewegungen werden immer kalkulierbarer. Aber gleichzeitig schwinden die Profitchancen. Die Technologie ist alltäglich und damit grau geworden; ihre innovative Aura verblasst, gleichzeitig treten die negativen Effekte immer deutlicher hervor.

Die Institutionalisierung kann am Ende in eine Phase der *Schließung* bzw. des *lock-in* münden, in der die ursprüngliche Erfindung sich völlig verknöchert und jede Weiterentwicklung blockiert wird. Die Folge ist, dass die in der Phase der Institutionalisierung ohnehin zurückgehende Kreditschöpfung zum Stillstand kommt und das System in eine Rezession fällt. Paradoxerweise ist es jedoch gerade die Phase des *lock-in*, die Raum für gänzlich neue pfaderzeugende Innovationen schaffen kann. Sie macht die strukturellen Grenzen des alten Paradigmas überdeutlich und bereitet so den Boden für die Entstehung neuer Ideen. Was eine Sackgasse für die Mehrheit der Akteure bedeutet, kann sich für Minderheiten als Chance darstellen – mit der möglichen Folge, dass ein neuer Zyklus beginnt.

IV. Zusammenfassung

Im ersten Teil des Beitrages habe ich den Begriff der »technologischen Visionen« und die Wirkungsweise solcher Visionen an einigen aktuellen Beispielen illustriert. Im zweiten Teil ging es dann um einen verallgemeinernden Blick auf die Funktionen technologischer Visionen in der kapitalistischen Entwicklung. Visionen leisten – so lautete die These – einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Unsicherheiten wirtschaftlichen Entscheidens, die als Folge der modernen Entgrenzung der Märkte entstehen. Von besonderer Bedeutung dabei ist das, was ich als »sachliche Entgrenzung« der Märkte bezeichnet habe, d.h. der Übergreif der Märkte von fertigen Produkten oder Dienstleistungen auf die sachlichen und menschlichen Produktionsbedingungen. Mit der modernen Lohnarbeit entsteht ein privater Eigentumsanspruch auf die niemals definitiv einlösbaren kreativen Potentiale menschlicher Arbeit. Selbst die heutigen Techniken künstlicher Intelligenz, die die Logik menschlichen Handelns ungeachtet ihrer Fähigkeit zu komplexer Informationsverarbeitung nur aus der Retrospektive erfassen können, sind bei der Antizipation genuin kreativer Leistungen überfordert und bleiben damit hinter den Potentialen freier Arbeit zurück. Daraus ergibt sich die Funktion von Bildern, Visionen und Mythen für die kapitalistische Dynamik. Sie bewirken einerseits eine kognitive und soziale Strukturierung der Zukunft und ermöglichen damit rationales Handeln, sind aber ihrerseits nicht rational fundiert. Visionen sind auf der anderen Seite selbst der Zeit unterworfen und unterliegen einem Zyklus, der sich analytisch in die Phasen Pfadkreation, Pfadausbildung, Institutionalisierung und *lock-in* gliedern lässt. Niemand kann wissen, wohin dieser Prozess immer neuen Entstehens und Vergehens technologischer Visionen, in dem auch die viel diskutier-

ten Wachstumszwänge des Kapitalismus Gestalt gewinnen, letztlich führen wird. In der aktuellen Diskussion werden die negativen ökologischen Folgen kapitalistischen Wachstums stark betont. Aber es ist keineswegs ausgemacht, ob die Überwindung der Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energien nicht ihrerseits zum Gegenstand neuer technologischer Visionen werden könnte, die das Potential für einen neuen Wachstumsschub bergen.

Literatur

- Albert, Hans: »Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung«, in: Ernst Topitsch (Hg.), *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1967, S. 406-434.
- Beckert, Jens: *Imagined Futures. Fictional Expectations and Capitalist Dynamics*, Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press 2016.
- Deutschmann, Christoph: *Disembedded Markets. Economic Theory and Global Capitalism*, London: Routledge 2019.
- Fligstein, Neil: »Social Skill and the Theory of Fields«, in: *Sociological Theory* 19 (2001), S. 105-125.
- Ford, Henry: *Mein Leben und Werk*, unter Mitarbeit von Samuel Crowther, aus dem Englischen von Curt und Marguerite Thesing, Leipzig: List 1923.
- Garud, Raghu/Karnoe, Peter (2001): »Path Creation as a Process of Mindful Deviation«, in: Raghu Garud/Peter Karnoe (Hg.), *Path Dependence and Creation*, New York: Mahwah 2001, S. 1-40.
- Granovetter, Mark: »Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness«, in: *American Journal of Sociology* 91:3 (1985), S. 481-510.
- Knight, Frank: *Risk, Uncertainty, and Profit*, Boston/New York: Mifflin 1921.
- Maddison, Angus: *The World Economy. A Millennial Perspective*, Paris: OECD 2001.
- Robbins, Lionel: *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, London: Macmillan 1932.
- Windeler, Arnold: »Kreation technologischer Pfade: ein strukturationstheoretischer Analyseansatz«, in: Georg Schreyögg/Jörg Sydow (Hg.), *Strategische Prozesse und Pfade (= Managementforschung, Band 13)*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 295-328.

Die Sozialität und Emotionalität des Geldes

Ein mikrosoziologischer Blick auf die Geldkrisen des Alltags

Christian Thiel

I. Einführung

Die Währung in der Krise – das ist ein bedrohliches Szenario, ganz im Sinne von Lenins angeblichem Ausspruch: »Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten«. Eine Krise des Geldes erscheint als etwas Großes, Übergeordnetes, etwas, das ganze Gesellschaften betrifft, sich tief in kollektive Identitäten einschreibt und mitunter ganz eigene nationale Wirtschaftskulturen hervorbringt. Eine solche Sichtweise läuft allerdings Gefahr, das ›Kleine‹ – also das individuelle Erleben und die alltagsweltliche Rolle des Geldes – zu übersehen. Doch genau dort konkretisieren sich geldbezogene Wahrnehmungen, Emotionen und Handlungen. Der vorliegende Beitrag möchte deshalb einen Blick auf den Nexus Geld und Krise im konkreten Erleben und Handeln der Menschen werfen. Dabei gilt es, zwei Aspekte zu betrachten: Zum einen kann das Geld – als Geldsystem und damit der geldvermittelte gesellschaftliche Austausch – in eine Krise geraten, was Auswirkungen auf den Alltag der Menschen hat. Zum anderen hat Geld immer Auswirkungen auf den Alltag der Menschen und damit auch eine potentiell krisenhafte Komponente.

II. Geld in der Krise

Monetäre Krisen gibt es seit der Erfindung des Geldes. Allein zwischen 1970 und 2018 verzeichnete der IWF weltweit 151 systemische Bankenkrisen, 236 Währungskrisen und 74 Regierungskrisen mit monetären Auswirkungen.¹ Darunter waren

¹ Vgl. Laeven, Luc/Valencia, Fabian: »Systemic Banking Crises Revisited«, in: IMF Working Papers 18/206 (2018).

auch etliche Geldkrisen, die den Alltag extrem beeinflussten, nämlich Hyperinflationen. Nach Cagans Faustregel reden wir hier von einer jährlichen Inflationsrate von mindestens 13.000 Prozent.² Derartige Währungskrisen gab es beispielsweise in Deutschland, Ungarn, Russland, Bolivien, Nicaragua, Argentinien, Jugoslawien, Simbabwe und Venezuela. Da letzteres zum Zeitpunkt der Niederschrift (Februar 2019) gerade in einer massiven Währungsinflation steckt, möchte ich es als Beispiel heranziehen, um die Alltagskonsequenzen von Geld-Krisen zu verdeutlichen.

Venezuelas Währung befindet sich seit Jahren in einer ständigen Abwertung und das, obwohl das Land über die größten Erdölreserven der Welt verfügt. Die Inflationsraten wachsen ins Gigantische – für dieses Jahr prognostiziert der IWF eine Inflation von 1,3 Millionen Prozent.³ Währungsreformen verpufften: Weder der 2008 eingeführte ›Bolívar Fuerte‹ (der ›Starke‹) noch der 2018 zum Kurs von 1:100.000 eingeführte ›Bolívar Soberano‹ (der ›Souveräne‹) konnten die Inflation bremsen. Die dauerhafte schwere Wirtschaftskrise, politische und geldpolitische Fehlentscheidungen sowie korrupte Eliten machten die Krise zu einer Dauersituation. Eine derartige monetäre Krise hat extreme Auswirkungen auf den Alltag und ist für die meisten Betroffenen mit großen Entbehrungen verbunden. Viele Venezolaner/-innen essen oft nur noch einmal am Tag. Knapp 75 Prozent der Bevölkerung hat mittlerweile im Durchschnitt rund 8,7 Kilogramm an Körpergewicht verloren.⁴ Es gibt massive Angebotslücken im Lebensmittelbereich und die meisten Löhne und Gehälter reichen für den alltäglichen Bedarf nicht mehr aus. Für den Mindestlohn, von dem zwei Drittel der Venezolaner/-innen leben müssen, bekommt man gerade einmal vier Rollen Klopapier und um eine fünfköpfige Familie zu ernähren, bräuchte man gegenwärtig 25 Mindestlöhne.⁵ Aber das ›zu wenig‹ ist nur eine Facette einer solchen Krisensituation.

Es ändert sich nämlich auch der Geldumgang, etwa hinsichtlich des *Bargelds*. Vor der Währungsreform im Sommer 2018 hatte der größte im Umlauf befindliche Geldschein (ein 100.000er) gerade einmal eine Kaufkraft von 2 Eurocent: Eine Rolle Toilettenpapier musste beispielsweise mit einem viermal so großen Banknotenstapel bezahlt werden. Dementsprechend wurde das Bargeld schnell knapp

-
- 2 Vgl. Cagan, Phillip D.: »The Monetary Dynamics of Hyperinflation«, in: Milton Friedman (Hg.), *Studies in the Quantity Theory of Money*, Chicago: University of Chicago Press 1956, S. 25-117.
 - 3 Vgl. IMF: »República Bolivariana de Venezuela«, <https://www.imf.org/en/Countries/VEN> (letzter Abruf 20.06.2020); Werner, Alejandro: »Outlook for the Americas«, in: IMF Blog (2018), <https://blogs.imf.org/2018/07/23/outlook-for-the-americas-a-tougher-recovery/> (letzter Abruf 20.06.2020).
 - 4 Vgl. Baudzus, Roman: »Venezuela: Wie sieht der Alltag in der Inflation aus?«, in: *Cashkurs* (2017), <https://www.cashkurs.com/beitrag/Post/venezuela-wie-sieht-der-alltag-in-der-hyperinflation-aus/> (letzter Abruf 20.06.2020).
 - 5 Vgl. CENDA (Centro de Documentación y Análisis para los Trabajadores), <http://cenda.org.ve/default.asp> (letzter Abruf 20.06.2020).

und es entwickelte sich ein Schwarzmarkt für Geldscheine. Und obwohl die Notenbank fortwährend neue Scheine druckt und die Summen, die man abheben kann, ständig reduziert werden, bleibt das Bargeld knapp – und wird zu einer begehrten Handelsware. Weil es schwierig ist, die Unmengen an Geldscheinen zu besorgen, sicher zu verwahren und zu transportieren, lassen sich die Geldscheinverkäufer auf den Schwarzmärkten oft ein Vielfaches des Betrags überweisen. Das ist vor allem in ländlichen Regionen der Fall, wo das Bargeld bei Kaufvorgängen inzwischen abgewogen wird. In den Städten hingegen ist es fast völlig aus dem Alltag verschwunden. In der Hauptstadt Caracas laufen Einkäufe und Geschäfte jeder Art fast nur noch mittels Kartenzahlung. Selbst Kleinunternehmer wie Hotdog-Verkäufer oder Taxifahrer haben inzwischen ein »Punto de venta«, ein Kartenterminal. Einen Großeinkauf im Supermarkt muss man mit bis zu drei Bank- oder Kreditkarten bezahlen, weil die millionenschweren Rechnungssummen die Limits sprengen

Die Krise führt dazu, dass die lokale Währung, der Bolívar, nicht nur als *Zahlungsmittel* seinen Nutzen verliert, sondern auch als *Recheneinheit*. Die Venezolaner/-innen verwenden inzwischen andere, stabilere Währungen – allen voran den Dollar – um Preise festzulegen und Transaktionen zu tätigen.⁶ Seit Jahren werden hochpreisige Produkte wie Immobilien oder Autos fast nur noch mit Dollar gehandelt, inzwischen hat sich das auch auf die Güter des täglichen Lebens ausgeweitet. Der Dollar ist schon lange (inoffizielle) Zweitwährung des Landes und seit 2005 durch einen festen Wechselkursatz (10:1) an den Bolívar gebunden. Allerdings ist der Eintausch von Bolívars in Dollar strikt reglementiert. Die Folge: Ein ausufernder Schwarzmarkt, der manche immens begünstigt. Denn wer Kontakt zum System hat, kann Dollar zum offiziellen Kurs eintauschen. Er zahlt dabei zehn Bolívars für einen Dollar – und verkauft ihn auf dem Schwarzmarkt für 1000 Bolívars.⁷

Die Dollarisierung, die Bargeldknappheit und die Mangelwirtschaft führen zu großen sozialen Verwerfungen. Einige leben wie die Könige, weil sie Zugang zu Vorzugsdollars und Schwarzmarktaustausch haben, während die Mehrheit der Venezolaner/-innen auf den staatlichen Mindestlohn angewiesen ist und hungert.⁸ In

-
- 6 Vgl. Käufer, Tobias: »Leben in Zeiten der Hyperinflation«, in: Welt.de vom 02.12.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/plus171177833/Leben-in-Zeiten-der-Hyperinflation.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
 - 7 Vgl. Ehringfeld, Klaus: »Geld gibts nur kiloweise«, in: Spiegel.de vom 04.07.2020, www.spiegel.de/wirtschaft/service/inflation-in-venezuela-geld-wie-wackerstein-a-1101154.html (letzter Abruf 20.06.2020).
 - 8 Vgl. Anliker, Nicole: »Wie funktioniert ein Land ohne funktionierende Währung? Ein Erfahrungsbericht aus Venezuela«, in: NZZ vom 12.10.2018, <https://www.nzz.ch/vertrauen/venezuela-wenn-vertrauen-in-waehrung-und-institutionen-zerbricht-ld.1426671> (letzter Abruf 20.06.2020).

der Folge emigrieren Tausende und viele Menschen protestieren.⁹ Die Situation wird in absehbarer Zeit wohl nicht besser werden. Bei der Währungsreform im Sommer 2018 wurden zwar fünf Nullen gestrichen, doch innerhalb nur einer Woche hatte der neue ›Bolívar soberano‹ 40 Prozent gegenüber dem Dollar verloren. Und die Inflationsspirale dreht sich weiter – Banknoten und Geldpapier sind inzwischen die wichtigsten Importgüter Venezuelas. Es hilft auch nicht viel, dass die Währung an eine neu gegründete staatliche Kryptowährung, den ›Petro‹, gekoppelt wurde. Diese dürfte vor allem der korrupten Kaste von Militärs, Regierungsvertreter/-innen und ihnen verbundenen Unternehmern nutzen, indem sie es ihnen ermöglicht, Geld anonym außer Landes zu bringen.¹⁰ Wie sich die Krise weiterentwickelt, lässt sich derzeit kaum sagen und hängt auch davon ab, wie der Machtkampf zwischen Maduro und Guaidó ausgeht.

Verlassen wir an dieser Stelle Venezuela und ziehen ein kurzes Zwischenfazit. Was passiert im Alltag, wenn Geld in der Krise ist? Antwort: Der monetäre Austausch bleibt bestehen, wird aber um ein Vielfaches komplizierter. Die Menschen verwenden zwar weiterhin Geld im wirtschaftlichen Austausch, stehen jedoch vor der Frage, wo sie in der Mangelsituation überhaupt noch Waren erwerben können. Es kommt zu Hamsterkäufen und Tauschhandel. Die Preise werden ständig verändert, Bargeld wird zur begehrten Handelsware und der elektronische Bankverkehr nimmt immens zu: Ständig wird Geld von einem Konto zum anderen geschoben. Wer kein Konto hat, leiht sich Debitkarten oder Kartenlesegeräte von anderen. Dabei entstehen informelle Schuld- und Kreditbeziehungen, die oft nur auf Vertrauen basieren.¹¹ Der Dollar hat sich in die monetären Praktiken eingeschrieben und dient nicht nur zunehmend als Referenzmaß und Zahlungsmittel, sondern auch als Objekt ständiger alltäglicher Spekulation.¹²

Das heißt, einerseits bleibt der monetäre Austausch und damit die geldvermittelte soziale Ordnung bestehen, auch wenn ständig Anpassungen an die krisenbedingten Verwerfungen nötig sind. Andererseits kommen neue Praktiken und Strukturen hinzu – Praktiken wie Währungstausch und -spekulation, informelle Kreditvergabe oder Tauschhandel; Strukturen wie Schwarzmärkte oder Mittelsmänner, die Güter schmuggeln, Geld wechseln, Dollar besorgen, Waren beschaffen

9 Vgl. Käufer, Tobias: »Überleben in Venezuela: Ein Handy für 95 Millionen Bolivar«, in: kurier.at vom 02.12.2017, <https://kurier.at/politik/ausland/ueberleben-in-venezuela-ein-handy-fuer-95-millionen-bolivar/300.368.703> (letzter Abruf 20.06.2020).

10 Vgl. Busch, Alexander: »Venezuelas Kryptowährung Petro ist ein verzweifelter Versuch an ausländische Gelder zu kommen«, in NZZ vom 21.02.2018, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/po-temkinscher-petro-ld.1359430> (letzter Abruf 20.06.2020).

11 Vgl. N. Anliker: Land ohne Währung.

12 Vgl. Luzzi, Mariana/Wilkis, Ariel: »Financial Repertoires in the Making: Understanding the US Dollar's Popularization in Argentina«, in: economic sociology_the european electronic newsletter 20:2 (2018), S. 18–26.

und handeln. Manche profitieren von diesen neuen Handlungsspielräumen. Das sind zum einen jene, die Teil der Machtelite sind (etwa ranghohe Militärs). Und zum anderen – das kennen wir auch aus anderen Währungskrisen – bestimmte monetäre Sozialcharaktere, die die Krise in ihrem Sinne zu nutzen wissen: Spieler, Spekulanten, Schieber und Raffkes.¹³

Interessant dabei ist vor allem, dass die Menschen das Geld – obwohl es derart extrem an Wert verliert – weiterhin haben und benutzen wollen. Dabei heißt es doch immer, das Geld, gerade unser modernes Fiat-Geld, würde auf *Vertrauen* basieren. Oder, wie der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer einmal sagte: »Credibility is the name of the game«.¹⁴ Dementsprechend müssten sich die Menschen in einer Hyperinflation eigentlich von der betroffenen Währung abwenden, weil sie aufgrund des rapiden Wertverfalls das Vertrauen verloren haben. Dass sie das nicht tun, zeigt, dass dieser behauptete Zusammenhang von Geld und Vertrauen zu kurz greift. Soziologisch gesehen sind für Vertrauen nämlich zwei Dinge wichtig: Erstens, dass man Alternativen hat, sich also auch anders entscheiden könnte.¹⁵ Zweitens, dass die Vertrauensgabe eine bewusste Entscheidung ist. Beides ist beim Geldgebrauch nicht gegeben, denn dieser ist alternativlos. Waren, die man nicht selber herstellen kann, sind nur gegen Geld erhältlich und auch Zahlungsforderungen von staatlichen oder privaten Akteuren können nicht in Naturalleistungen beglichen werden. Wir haben es hier also eher mit einer »alternativlose[n] Zwangskonstellation«¹⁶ und einem vertrauensreduzierten Gewohnheits-handeln zu tun, das von Kindheit an eingeübt und durch tausendfach bestätigte Erfahrungen bestärkt wird.¹⁷ Selbst wenn das Geld einmal in der Krise ist – und die Geschichte des Geldes ist voll von Fälschungen und verantwortungslosen Überemissionen –, wird diese diffuse Geldvertrautheit schnell wiederhergestellt.

13 Heisterhagen, Tilman/Hoffmann, Rainer-W.: Lehrmeister Währungskrise?! Drei Familien-Generationen zwischen Gold, Mark und Euro, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 70ff.

14 Zitiert nach Löffler, Bernhard: »Währungsgeschichte als Kulturgeschichte? Konzeptionelle Leitlinien und analytische Probleme kulturhistorischer Ansätze auf wirtschafts- und währungsgeschichtlichem Feld«, in: Ders. (Hg.), Die kulturelle Seite der Währung. Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbanksysteme im 20. Jahrhundert (= Historische Zeitschrift/Beihefte, Band 50), München: De Gruyter Oldenbourg 2010, S. 3-35, hier S. 23.

15 Vgl. Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart: UTB 1988, S. 97.

16 Kraemer, Klaus: »Kommt es bei der Geldverwendung auf Vertrauen an? Eine populäre Annahme auf dem soziologischen Prüfstand«, in: Ders./Sebastian Nessel (Hg.), Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen, Frankfurt a.M.: Campus 2015, S. 187-220, hier S. 214.

17 Vgl. ebd., S. 210f.

Der alltägliche Geldgebrauch scheint also ziemlich *enttäuschungs*fest zu sein. Natürlich kommt es je nach Krise zu Bargeldhortungen oder umgekehrt zu Vermögensumschichtungen.¹⁸ Die meisten Geldbesitzer/-innen reagieren allerdings eher behäbig auf Geldkrisen, und die alltägliche Verwendung des Geldes, die hier ja im Fokus steht, ändert sich kaum. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Eurokrise 2010. Zwar gab es in der Hochphase eine Flucht von Geldbesitzer/-innen in Immobilien, Edelmetalle und Fremdwährungen sowie rapide steigende Zinsen für Anleihen notleidender Länder, die Geldverwendung im Alltag blieb jedoch relativ unverändert.¹⁹

Damit stellt sich die Frage: Ist der alltägliche Geldumgang nur in solchen Extremsituationen wie in Venezuela krisenhaft und sonst eine stabile Routine oder kann Geld auch unter der ›Normalbedingung‹ einer funktionierenden, stabilen Währung krisenhafte Aspekte haben? Betrachten wir im Folgenden kurz einige potentielle ›Krisen des Geldes‹ im normalen Alltag.

III. Krisen des Geldes

1. Individuelle Krisen: Geld, Psyche und Gefühl

Der plötzliche Verlust von Vermögen macht krank – so das Ergebnis einer aktuellen Studie. Wer binnen zwei Jahren drei Viertel seines Vermögens verliert, verdoppelt demnach sein Risiko, in den kommenden zwei Jahrzehnten zu sterben. Das ist eine vergleichbare Bedrohung der Lebenserwartung wie lebenslange Armut.²⁰

Geld scheint sich also sehr nachhaltig auf die individuelle *Psyche* niederzuschlagen. Aber wie und warum tut es das? Für Weber war Geld das »Abstrakteste und ›Unpersönlichste«, was es im Menschenleben gibt«,²¹ und der Umgang mit ihm einfach nur zweckrational und rechenhaft. Ganz so einfach ist es natürlich nicht. Schon Simmel hat festgestellt, dass Menschen unterschiedliche *Beziehungen* zum Geld haben. Abhängig davon, wie viel Geld man hat und wie man zu seinem generalisierten Machtpotential steht, gibt es Geizige und Verschwender, Asketen, Bla-

18 Vgl. Kraemer, Klaus/Nessel, Sebastian: »Einleitung – Geld, Krise und soziale Ordnung: Ein problemorientierter Aufriss«, in: Dies. (Hg.), Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen, Frankfurt a.M.: Campus 2015, S. 9-39, hier S. 10.

19 Vgl. K. Kraemer, Geldverwendung.

20 Vgl. Pool, Lindsay R./Burgard, Sarah A./Needham, Belinda L./Elliott, Michael R./Langa, Kenneth M./Mendes de Leon, Carlos F.: »Association of a Negative Wealth Shock with All-Cause Mortality in Middle-Aged and Older Adults in the United States«, in: JAMA 319:13 (2018), S. 1341-1350.

21 Weber, Max: »Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen«, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Band 1, Tübingen: Mohr Siebeck 1986, S. 237-573, hier S. 544.

sierte und Zyniker.²² Die individuelle Beziehung zum Geld kann dabei durchaus auch krisenhaft und krankhaft sein.²³ Eine Möglichkeit ist, dass man dem Geld rastlos hinterherjagt, weil man denkt, »dass alles Glück und alle definitive Befriedigung des Lebens mit dem Besitze einer gewissen Summe Geldes [...] verbunden wäre«.²⁴ Ein Trugschluss, denn mit Geld allein verbindet sich kein sinnhafter und befriedigender Lebensinhalt, nur die Sehnsucht nach immer mehr und damit eine tiefe Unruhe und Unzufriedenheit. Gerade Männer scheinen häufig auf diese Weise vom Geld »besessen« zu sein.²⁵ Frauen hingegen scheinen damit eher negative Gefühle wie Angst, Depression, Ärger und Hilflosigkeit zu verbinden.²⁶ Damit kommen wir zu einem weiteren Aspekt eines krisenhaften Erlebens von Geld: der damit verbundenen Angst und Sorge. In Luhmanns Worten: »Die Geldwirtschaft etabliert das Prinzip der Dauersorge um die Sicherung des eigenen Vermögens«.²⁷ Ein Beispiel wären Sorgen der Mittelschicht wie finanzielle Absicherung im Alter, Anlageentscheidungen oder die Finanzierung der Ausbildung der Kinder.²⁸ Sorgen haben natürlich nicht nur die, die etwas zu verlieren haben, sondern auch jene, die nichts haben.

Derartige Geldkrisen wurzeln darin, dass Geld und *Identität* eng miteinander verknüpft sind.²⁹ »Identität« in einer modernen Gesellschaft setzt voraus, dass man »existiert« und wahrgenommen wird. Dazu muss man seiner Umwelt mithilfe eines allgemein verständlichen Codes mitteilen, was man »ist«. Viele dieser Codes sind Konsumartikel und diese kosten Geld. Das heißt: Identität, Gemeinschaft, soziales Leben sind auf Geld angewiesen.³⁰ Geld zu haben bedeutet, dass ich meine

-
- 22 Simmel, Georg: Philosophie des Geldes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, S. 318ff.
 - 23 Vgl. Lane, Robert E.: »Money Symbolism and Economic Rationality«, in: Mary Zey (Hg.), Decisionmaking: Alternatives to Rational Choice Models, London: Sage 1992, S. 233-254.
 - 24 Simmel, Georg: »Das Geld in der modernen Kultur«, in: Ders., Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl, hg. u. eingeleitet von Heinz-Jürgen Dahme/Ottheim Rammstedt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983, S. 78-94, hier S. 87.
 - 25 Vgl. Furnham, Adrian: »Many Sides of the Coin: The Psychology of Money Usage«, in: Personality and Individual Difference 5:5 (1984), S. 501-509, hier S. 505; Furnham, Adrian/Argyle, Michael: The Psychology of Money, London/New York: Routledge 1998, S. 49f.
 - 26 Vgl. Rubinstein, Carin: »Money and Self-esteem, Relationships, Secrecy, Envy, Satisfaction«, in: Psychology Today, Mai 1981, S. 29-44, hier S. 39.
 - 27 Zitiert nach Flam, Helena: Soziologie der Emotionen. Eine Einführung, Konstanz: UVK 2002, hier S. 218.
 - 28 Vgl. Wuthnow, Robert: Poor Richard's Principle. Recovering The American Dream Through the Moral Dimension of Work, Business, and Money, Princeton: Princeton University Press 1996.
 - 29 Vgl. Krisch, Pia: Alltag, Geld und Medien. Die kommunikative Konstruktion monetärer Identität, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.
 - 30 Vgl. Prisching, Manfred: »Geld und Geldkrisen: Zeitdiagnostische Einblicke«, in: Kraemer/Nessel: Geld und Krise, S. 155-183, hier S. 164f.

vielfältigen Bedürfnisse auf dem ebenso vielfältigen Gütermarkt befriedigen kann, dass ich mir identitäts- und reputationsträchtige Erlebnisse leisten kann und dass ich mich über einen derartigen demonstrativen Konsum in der Statushierarchie der Gesellschaft verorten kann.³¹ Geld macht somit vielleicht nicht glücklich, aber es beruhigt ungemein, da es ein Gefühl der Handlungsmacht und Kontrollierbarkeit der Umwelt vermittelt.³² Weil Geld dies alles leisten kann, wird es als ein Teil der persönlichen Identität wahrgenommen³³ und dabei »in einem gesellschaftlich geförderten Kurzschluss von ökonomischem und psychischem Wertmaßstab symbolisch mit Selbstwert gleichgesetzt«.³⁴ Denn Zeit, Arbeit, Status, Prestige werden alle in monetären Kategorien gedacht. Geld ist quasi die ultimative Formel für das, was ich bin, was ich habe, wo ich gesellschaftlich stehe und was ich vermag. Deswegen reagieren wir auch auf Gewinne und Verluste von Geld so, als fänden diese Wechsel in uns selbst statt.³⁵ Geld – so ein Ergebnis von neurowissenschaftlichen Hirnscans – aktiviert das menschliche Belohnungszentrum. Dieser Effekt kann so stark sein, dass das rationale Denken das Nachsehen hat.³⁶ Geld ist also mit Emotionen verknüpft, die wiederum zu irrationalem Geldumgang führen können. Die Verhaltensökonom/-innen haben eine Vielzahl derartiger Effekte identifiziert: Verlustaversion, Statusgefühle wie Überlegenheit oder Neid, Selbstüberschätzung, Vergleiche mit anderen (»Country-Club-Effekt«), Fairness-Normen oder Herdentrieb.³⁷

Fassen wir zusammen: Auf individueller Ebene ist Geld eng mit Identität und damit mit vielfältigen Emotionen verknüpft, was nicht selten auch psychische Krisen zur Folge haben kann, wenn sich der Nexus von Geld und Persönlichkeit entgrenzt, d.h. das Geld eine zu wichtige Rolle für die eigene Persönlichkeit zu spielen beginnt. Kommen wir zum nächsten Bereich, wo Geld im Alltag Krisen hervorrufen kann – den sozialen Nahbeziehungen.

31 Vgl. ebd., S. 158ff.

32 Vgl. Kushlev, Kostadin/Dunn, Elizabeth W./Lucas, Richard E.: »Higher Income Is Associated with Less Daily Sadness but not More Daily Happiness«, in: *Social Psychological and Personality Science* 6:5 (2015), S. 483-489.

33 Vgl. Keul, Alexander/Kühberger, Anton: »Zur Psychologie des Geldes – Sicherheit und Illusion«, in: Ulrike Aichhorn (Hg.), *Geld- und Kreditwesen im Spiegel der Wissenschaft*, Wien/New York: Springer 2005, S. 1-22, hier S. 4.

34 Haubl, Rolf: *Geld, Geschlecht und Konsum. Zur Psychopathologie ökonomischen Alltagshandelns*, Gießen: Psychosozial 1998, S. 12.

35 Vgl. Lindgren, Henry Clay: *Psychologie des Geldes: Unabhängigkeit, Anerkennung, Schuldgefühle, Geiz, Verschwendungssucht, normaler Umgang mit Geld*, Zürich: Conzett 1999, S. 119.

36 Vgl. Kuhnen, Camelia M./Knutson, Brian: »The Neural Basis of Financial Risk Taking«, in: *Neuron* 47:5 (2005), S. 763-770.

37 Vgl. etwa Fehr, Ernst/Fischbacher, Urs: »Human Altruism – Proximate Patterns and Evolutionary Origin«, in: *Analyse & Kritik* 27 (2005), S. 6-47.

2. Soziale Krisen: Geld und Gemeinschaft

Sprechen wir zunächst über *Geld und Liebe*. Studien und Umfragen zufolge ist Geld eines der häufigsten Streitthemen in Partnerschaften.³⁸ Geld ist für Liebende dabei emotionaler Zankapfel und Tabuthema zugleich. In der Literatur findet sich immer wieder die Behauptung, dass Geld und Liebe inkommensurabel seien – Liebe oder Freundschaft könne man nicht kaufen.³⁹ Geld und Liebe, die beide in gewisser Hinsicht Kommunikationsmedien sind, sind hinsichtlich ihrer spezifischen Semantiken absolut gegensätzlich.⁴⁰ Dem Geld wird dabei vorgeworfen, dass es in seiner ›diabolischen Eigenschaft‹ intime Beziehungen mit seiner ökonomischen Rationalität und Marktlogik durchdringe und letzten Endes auflöse.⁴¹ Diese These einer ›commodification of romance‹ vertritt besonders prominent Eva Illouz.⁴²

Es stellt sich hier allerdings die empirische Frage, wann Geld einmal *keine* Rolle in Liebesbeziehungen gespielt hat. Zumindest seit die Geldwirtschaft ein nennenswertes Ausmaß erreicht hat (und das ist lange her), ist Geld auch aus intimen Beziehungen nicht wegzudenken.

Sehen wir uns ein Beispiel an. Junge trifft Mädchen, man geht das erste Mal miteinander aus und verbringt einen schönen Abend in einer Cocktailbar. Doch am Ende kommt die Krise, und zwar in Gestalt des Kellners mit der Rechnung. Wer zahlt jetzt? Der Mann, die Frau, beide? Diese Frage ist inzwischen gar nicht mehr einfach zu beantworten. Keineswegs ist es immer angemessen, dass der Mann in gönnerhafter Ritterlichkeit die Rechnung übernimmt. Dies kann schnell als symbolische Unterdrückung und Käuflichkeit der Frau gewertet werden. Die sich verändernden Geschlechterrollen und Muster der Partnersuche⁴³ machen das Bezahl-

38 Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage aus diesem Jahr hat sich jedes dritte Paar schon einmal über Ausgaben gestritten, die aus Sicht des einen Partners unnötig waren. Und die etwas ältere Allensbach-Studie hat ergeben, dass Geldfragen zu den häufigsten Konfliktauflösern in Beziehungen gehören. Vgl. Brzoska, Maïke: »Wieviel mein Partner verdient? Keine Ahnung!«, in: Zeit.de vom 06.12.2018, <https://www.zeit.de/arbeit/2018-11/geld-partnerschaft-liebe-finanzen-konto-beziehung> (letzter Abruf 20.06.2020).

39 Vgl. dazu entsprechende Austauschtheorien: Foa, Edna B./Foa, Uriel G.: »Resource Theory. Interpersonal Behavior as Exchange«, in: Kenneth J. Gergen/Martin Greenberg/Richard Willis (Hg.), Social Exchange. Advances in Theory and Research, New York: Plenum 1980, S. 77–94; Lea, Stephen E.G./Tarpay, Roger M./Webley, Paul: The Individual in the Economy. A Textbook of Economic Psychology, Cambridge: Cambridge University Press 1987.

40 Vgl. Wimbauer, Christine: Geld und Liebe. Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Paarbeziehungen, Frankfurt a.M.: Campus 2003.

41 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988, S. 245.

42 Vgl. etwa Illouz, Eva: Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus 2003.

43 Vgl. Kaufmann, Jean-Claude: Sex@mour: Wie das Internet unser Liebesleben verändert, Konstanz: UVK 2011.

len der gemeinsamen Aktivitäten zu einer potentiell krisenträchtigen Situation.⁴⁴ Zwar wünschen sich laut einer Studie⁴⁵ fast die Hälfte der Frauen, dass die Männer die Rechnung übernehmen. Aber fast genauso viele der Befragten stört es, wenn ›Mann‹ es nicht akzeptieren will, dass ›Frau‹ sich an der Rechnung beteiligt. Der simple Akt des Bezahlers wird hier zu einer symbolischen, hochkomplexen Situation. Abhängig von der Höhe der Rechnung, des Settings usw. sind bestimmte Bedeutungen und Erwartungen damit verbunden, die Geschlechternormen und -verständnisse zum Vorschein bringen⁴⁶ oder signalisieren, wie attraktiv man für den anderen ist bzw. ob man die beginnende Beziehung eher freundschaftlich oder intim konnotiert.⁴⁷

Nun, irgendwann wird das Paar sein gemeinsames Ausgehen schon finanziell regeln. Doch damit sind die Geldkrisen nicht vom Tisch – im Gegenteil. Geld, respektive der Streit ums Geld, ist nirgendwo so heftig wie in *Partnerschaften*. Das Interessante ist nun, dass Geld einerseits aus Partnerschaften nicht wegzudenken ist – die uralte Institution der Ehe ist seit jeher auch dafür gedacht, das Materielle zu regeln –, dass aber andererseits das Sprechen über Geld in Partnerschaften stark tabuisiert ist. Die Tabuisierung resultiert aus dem im Zuge der Modernisierung entstandenen Konzept der bürgerlichen Kleinfamilie, die entsprechend des neuen Ideals der Partnerwahl aus »romantischer Liebe«⁴⁸ als ein nach außen abgeschot-

44 Dies spiegelt sich auch in den Medien wider; vgl. etwa Safdar, Khadeeja: »Who Pays on the First Date? No One Knows Anymore, and It's Really Awkward«, in: *The Wall Street Journal* vom 22.06.2017, <https://www.wsj.com/articles/who-pays-on-the-first-date-no-one-knows-anymore-and-its-really-awkward-1498488525> (letzter Abruf 20.06.2020); Carpentier, Megan: »Who pays for a date in this ›sexually liberated‹ era?«, in: *The Guardian* vom 09.09.2013, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/09/men-still-pay-for-dates> (letzter Abruf 20.06.2020); Pfeuffer, Charyn: »It's 2018, And There Are Still No Rules On Who Pays For The First Date«, in: *Forbes* vom 16.07.2018, <https://www.forbes.com/sites/charynpfeuffer/2018/07/16/its-2018-and-there-are-still-no-rules-on-who-pays-for-the-first-date/#bc9c7b329740> (letzter Abruf 20.06.2020).

45 Vgl. Lever, Janet/Frederick, David A./Hertz, Rosanna: »Who Pays for Dates? Following Versus Challenging Gender Norms«, in: *SAGE Open* 5:4 (2015), S. 1-14.

46 Interessant sind hierbei auch Selbstdarstellungstaktiken wie eine angedeutete, aber nicht beabsichtigte Übernahme der Rechnung (›fake wallet reach‹), vgl. Lafata, Alexia: »What Men Think About the ›Fake Reach‹ on a Date«, in: *elite daily* vom 07.12.2016, <https://www.elitedaily.com/dating/sex/men-think-fake-reach-date/1711072> (letzter Abruf 20.06.2020).

47 Vgl. Cohen, Marisa T.: »It's Not You, It's Me... No, Actually It's You: Perceptions of What Makes a First Date Successful or Not«, in: *Sexuality & Culture* 20:1 (2016), S. 173-191. Vgl. auch C. Pfeuffer: *No Rules*; Patrick, Wendy L.: »Who Pays for a First Date? Why It Matters«, in: *Psychology Today* vom 02.09.2017, <https://www.psychologytoday.com/us/blog/why-bad-looks-good/201709/who-pays-first-date-why-it-matters> (letzter Abruf 20.06.2020).

48 Luhmann, Niklas: *Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1982.

teter Ort emotionaler, *personalisierter* Vergemeinschaftung gesehen wird.⁴⁹ Diese bürgerliche Privatheits-Ideologie blendet die ökonomischen Fundamente, Abhängigkeiten und Zwänge aus, die Partnerschaften und Familien immer schon geprägt haben. Schließlich findet auch hier ›Wirtschaft‹ statt – es wird Arbeit geleistet und es werden Ressourcen, nicht zuletzt Geld, verteilt. In der ersten Moderne wurde dieses Spannungsfeld – also öffentliche, geldvermittelte Vergesellschaftung auf der einen und private, emotional-affektive Vergemeinschaftung auf der anderen Seite – gewissermaßen *institutionell eingehegt*, und zwar im »male breadwinner/female housekeeper-Modell«.⁵⁰ Der Mann leistete Erwerbsarbeit und die Frau die Versorgungsarbeit im Haushalt. Damit war festgelegt, wem das Geld gehört, wozu es beiträgt und was es ermöglichen soll. Trotzdem waren die tatsächliche Verteilung und Verwendung des Geldes in der Praxis auch damals kompliziert. Es gab vielfältige Bedeutungsformen und Verteilungsmodi des Familieneinkommens, etwa das Haushaltsgeld, mit dem die Frau zu wirtschaften hatte; das ›Nadelgeld‹ (das Geld, das der Mann seiner Ehefrau für persönliche Zwecke und Anschaffungen gab und über das sie frei verfügen durfte);⁵¹ unterschiedliche ›Geldtöpfe‹, wo Geld, teils in Blechdosen oder Briefumschlägen, für bestimmte Ausgaben wie Hypothek, Krankheit, Kinder usw. zurückgelegt wurde und vieles mehr.⁵² Konfliktfrei verlief das nicht.⁵³ Nicht selten gab es familieninternes Gerangel und Gestreite zwischen Ehemännern, Ehefrauen und Kindern. Es wurde gelogen und betrogen, geschmeichelt und gebettelt und mit allen Bandagen – von Sexverweigerung bis hin zu Diebstahl und frisierten Rechnungen – um Geld gerungen.⁵⁴ Heutzutage hat sich einiges geändert, was vor allem daran liegt, dass Frauen inzwischen zu meist eigenes Geld verdienen. Hat das diese Krisenkonstellation entschärft? Kann sich die Liebe jetzt frei von materiellen Abhängigkeiten und Ungleichheiten entfalten? Oder dringt das Geld mit seiner ›diabolischen‹ rationalen Marktlogik noch stärker in die Beziehung ein? Die Antwort lautet: Es ist kompliziert.

49 Vgl. Schneider, Werner/Hirsland, Andreas/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Allmendinger, Jutta: »Macht und Ohnmacht des Geldes im Privaten. Zur Dynamik der Individualisierung von Paarbeziehungen«, in: Soziale Welt 56 (2005), S. 99-120.

50 Vgl. C. Wimbauer: Geld und Liebe, S. 129ff.

51 Vgl. Brockhaus: »Nadelgeld«, in: Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk. Band 3, Leipzig: Brockhaus 1839, S. 235.

52 Vgl. Zelizer, Viviana A.: The Social Meaning of Money, New York: Basic Books 1994.

53 Nicht zu vergessen sind die rechtlichen Kämpfe über die angemessene Bewertung von Hausarbeit; vgl. dazu etwa Siegel, Reva B.: »Valuing Housework. Nineteenth-Century Anxieties About the Commodification of Domestic Labour«, in: American Behavioral Scientist 41:10 (1998), S. 1437-1451.

54 Vgl. Zelizer, Viviana A.: »The Social Meaning of Money: ›Special Monies‹«, in: Geoffrey K. Ingham (Hg.), Concepts of Money. Interdisciplinary Perspectives from Economics, Sociology and Political Science, Cheltenham: Edward Elgar 2005, S. 575-605, hier S. 585ff.

Zur Frage, wie Paare und Familien mit Geld umgehen, was es für sie bedeutet und welche Auswirkungen es auf sie hat, wird seit etlichen Jahrzehnten intensiv geforscht. Die wichtigste Erkenntnis: Geld ist innerhalb von Paaren und Familien weder neutral, noch wird es gleich bzw. bedarfsgerecht verteilt (das sog. ›pooling‹).⁵⁵ Stattdessen werden Gelder vielfach symbolisch differenziert und in komplexen Aushandlungs-, Kontroll- und Entscheidungsfindungsprozessen verwaltet. Jan Pahl etwa unterscheidet in ihren Referenzstudien die Dimensionen ›Kontrolle‹ (wer entscheidet über die Verteilung) und ›Management‹ (wer verwaltet das Geld) und beschreibt auf Grundlage dessen mehrere typische ›Geldverwaltungsarrangements‹.⁵⁶ Diese bestimmen in hohem Maße das Ausgabeverhalten eines Haushalts und damit den Lebensstandard und die Lebenschancen der einzelnen Haushaltsmitglieder.⁵⁷ Welche Geldarrangements ein Paar wählt, ist abhängig von vielen Faktoren: von der Höhe des Haushaltseinkommens,⁵⁸ von Effizienzüberlegungen,⁵⁹ Geschlechterstereotypen,⁶⁰ Beziehungsstatus (Eheschließung

-
- 55 Vgl. Bennett, Fran: »Researching Within-Household Distribution. Overview, Developments, Debates, and Methodological Challenges«, in: *Journal of Marriage and Family* 75:3 (2013), S. 582-597; Lundberg, Shelly J./Pollak, Robert A./Wales, Terence J.: »Do Husbands and Wives Pool Their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit«, in: *The Journal of Human Resources* 32:3 (1997), S. 463-480; Thomas, Duncan: »Intra-Household Resource Allocation: An Inferential Approach«, in: *The Journal of Human Resources* 25:4 (1990), S. 635-664.
- 56 Beim ›whole wage/wife management system‹ wird das gesamte Einkommen von einer Person, in der Regel der Frau, verwaltet, die damit haushaltet. Im ›allowance system‹ kontrolliert der Hauptverdiener – in der Regel der meist alleinverdienende Ehemann – das Einkommen, teilt der Frau einen von ihm selbst bestimmten Anteil zur Haushaltsführung zu und verwendet den Rest (meist intransparent für die Frau) nach seinem Gutdünken. Beim ›pooling/shared management‹, das sich oft bei Doppelverdienern findet, wird das Einkommen auf ein gemeinsames Konto eingezahlt, welches auch gemeinsam kontrolliert und teils von einem, teils von beiden Partnern verwaltet wird. Beim ›independent management system‹ verfügen und kontrollieren beide Partner über ihr je eigenes Einkommen und bestreiten gemeinsam diverse Kosten des Zusammenlebens. Vgl. Pahl, Jan: *Money and Marriage*, Basingstoke: Macmillan 1989; Pahl, Jan: »Power, Ideology and Resources Within Families. A Theoretical Context for Empirical Research on Sleep«, in: *Sociological Research Online* 12:5 (2007), S. 92-103; Pahl, Jan: »Family Finances, Individualisation, Spending Patterns and Access to Credit«, in: *Journal of Socio-Economics* 37:2 (2008), S. 577-591.
- 57 So gilt das Ausgabenverhalten als ›highly gendered‹, d.h. Frauen geben mehr für Nahrungsmittel, Kleidung und Kinderbedarf, Männer mehr für Alkohol, Autos, Reparaturen, Glücksspiel und Urlaub aus (vgl. ebd.).
- 58 Vgl. Edwards, Meredith: »Financial Arrangements Made by Husbands and Wives: Findings of a Survey«, in: *Australian and New Zealand Journal of Sociology* 18:3 (1982), S. 320-338.
- 59 Vgl. Treas, Judith: »Money in the Bank: Transaction Costs and the Economic Organization of Marriage«, in: *American Sociological Review* 58:5 (1993), S. 723-734.
- 60 Vgl. Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang: »Geldverwaltung und -verteilung in Paarbeziehungen«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 52:4 (2006), S. 467-491.

fördert etwa die gemeinsame Geldverwaltung⁶¹), Einkommensverteilung (Gehaltssteigerungen bei Frauen führen zu mehr getrennter Geldverwaltung⁶²), sozialem Wandel,⁶³ öffentlichen Diskursen⁶⁴ sowie länderspezifischen strukturellen oder institutionellen Charakteristika.⁶⁵ Wichtig ist dabei, dass Geldarrangements immer auch potentiell krisenträchtig sind. Denn Geld hat Machtpotential und damit kann es – je nach Konstellation – paarinterne *Ungleichheiten* bewirken.

Es ist allerdings keineswegs so, dass der, der das Geld verdient bzw. über es verfügt, automatisch die Macht in der Partnerschaft hat. Die Geldarrangements setzen der generalisierten Macht des Geldes Grenzen. Beispielsweise gibt es schon lange, v.a. in den unteren Einkommensgruppen, das Modell, dass die Frau das gesamte Familieneinkommen verwaltet. Der Mann ist hier Alleinverdiener und gibt das Einkommen seiner Frau, die damit nicht nur haushalten, sondern ihrem Mann, dem ›Verdiener‹, auch noch ›Taschengeld‹ zuweisen muss. Eine Machtstellung in der Partnerschaft ist damit nicht verbunden – eher im Gegenteil. Die Frau muss das viel zu knappe Budget verwalten und ihr selbst bleibt oft nichts.⁶⁶ Diese Ungleichheit ändert sich nicht zwangsläufig, wenn ›Frau‹ eigenes Geld verdient und das Paar seine Konten trennt. Denn häufig wird von Frauen erwartet, bestimmte Ausgaben – vor allem für die Kinder – zu tragen. Nicht zuletzt deswegen haben Frauen durchschnittlich niedrigere Sparguthaben und Altersversorgungen als die Männer.⁶⁷ Ungleichheiten zeigen sich auch in der Aufteilung der *Hausarbeit*. Grundsätzlich gilt: Je mehr Frauen verdienen, desto weniger Hausarbeit machen sie. Sobald sie jedoch mehr verdienen als ihr Mann, kehrt sich dieser Effekt um.⁶⁸ Das hat möglicherweise mit immer noch gültigen gesellschaftlichen Bildern männlicher Dominanz zu tun. Der Mann gilt als Familiernährer und eine Abweichung von dieser Geschlechternorm wird mit einer umso traditionelleren Haushaltsaufteilung ausgeglichen. Interessant sind in diesem Zusammenhang Studien über

-
- 61 Vgl. Hamplová, Dana/Le Bourdais, Céline/Lapierre-Adamcyk, Évelyne: »Is the Cohabitation-Marriage Gap in Money Pooling Universal?«, in: *Journal of Marriage and Family* 76:5 (2014), S. 983-997.
 - 62 Vgl. Lott, Yvonne: »When My Money Becomes Our Money: Changes in Couples' Money Management«, in: *Social Policy and Society* 16:2 (2017), S. 199-218.
 - 63 Vgl. J. Pahl: *Family Finances*.
 - 64 Vgl. Kenney, Catherine T.: »The Power of the Purse: Allocative Systems and Inequality in Couple Households«, in: *Gender and Society* 20:3 (2006), S. 354-381.
 - 65 Vgl. Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Allmendinger, Jutta/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner: »The Power of Money in Dual-Earner Couples. A Comparative Study«, in: *Acta Sociologica* 54:4 (2011), S. 367-383.
 - 66 Vgl. M. Edwards: *Financial Arrangements*; J. Pahl: *Money and Marriage*.
 - 67 Vgl. J. Pahl: *Family Finances*, S. 585.
 - 68 Vgl. Bittman, Michael/England, Paula/Sayer, Liana/Folbre, Nancy/Matheson, George: »When Does Gender Trump Money? Bargaining and Time in Household Work«, in: *American Journal of Sociology* 109:1 (2003), S. 186-214.

Paare und Familien, in denen die Frau Alleinverdienerin und damit Familienernährerin ist.⁶⁹ Diese zeigen, dass der alleinige Verdienst der Frau durchaus mit einem Machtpotential verbunden ist, das jedoch – je nach Milieu – nicht immer offen zum Ausdruck gebracht werden darf.⁷⁰ Diese geldbedingten Machtdynamiken innerhalb von Beziehungen verlaufen mal stillschweigend, mal als offener Konflikt. Manche Frauen agieren als ›Bestimmerinnen‹ und verwandeln ihre erarbeiteten Ressourcen in mehr Macht in der Partnerschaft; andere sind eher ausgleichend und versuchen ihre Ressourcen nicht offen in Macht umzusetzen.⁷¹ Beruht Letzteres auf traditionellen Geschlechterrollenvorstellungen, hat es mitunter einiges von einer Art wechselseitiger Selbsttäuschung, etwa wenn ›Frau‹ dem Partner immer wieder Geld zukommen lässt, ihm teure Geschenke macht oder ›stillschweigend‹ duldet, dass er über ihr Geld verfügt. Oder wenn sie sich demonstrativ von Geldangelegenheiten distanziert und ihn in der Rolle des ›Buchhalters‹ die Finanzen verwalten lässt.⁷²

Man sieht: Geld in Partnerschaften ist ein hochkomplexes Thema. Die Partner verstehen es mit verschiedenen Bedeutungen – ›mein‹, ›dein‹, ›unser‹ Geld, Geld für das gemeinsame Leben und Geld für individuelle Selbstentfaltung. Sie handhaben es mit unterschiedlichen Modellen – gemeinsamen Kassen, getrennten Kassen oder Mischformen. Und sie ›verrechnen‹ es teilweise mit anderen paarrelevanten Aspekten wie Zeit, Liebe, Anerkennung, Hausarbeit. Damit nutzen sie Geld als eine Art flexible Technik des Selbst, um ihre Beziehung zu formen und zu artikulieren.⁷³ Geld reflektiert jedoch nicht nur die jeweilige Beziehungskonstellation, es beeinflusst sie auch: Je nachdem, welche symbolischen Grenzen dem Geld durch das Geldarrangement des Paares gezogen werden, kann es mal mehr, mal weniger stark seine Marktlogik, sein Macht- und Herrschaftspotential und seine individualisierende Wirkung entfalten.

Wenn nun *Kinder* hinzukommen, wird das alles noch komplizierter – und mitunter krisenträchtiger. Denn Kinder bedeuten Herausforderungen – in ökonomi-

69 Vgl. Klammer, Ute/Neukirch, Sabine/Weßler-Poßberg, Dagmar: Wenn Mama das Geld verdient. Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern, Berlin: edition sigma 2012; Klenner, Christina/Menke, Katrin/Pfahl, Svenja: Flexible Familienernährerinnen – Prekarität im Lebenszusammenhang ostdeutscher Frauen?, Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung/SowiTra 2011; Koppetsch, Cornelia/Speck, Sarah: Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten, Berlin: Suhrkamp 2015.

70 Vgl. ebd. S. 166.

71 Vgl. C. Klenner/K. Menke/S. Pfahl: Flexible Familienernährerinnen, S. 170.

72 Vgl. C. Koppetsch/S. Speck: Ernährer, S. 169f.

73 Vgl. Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Wimbauer, Christine: »Paare und Geld. Zur Ökonomisierung der Beziehungskultur«, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 2:1 (2005), S. 108-118.

scher Hinsicht muss man sie versorgen, in moralischer Hinsicht muss man sie entsprechend den familialen Normen pflegen und erziehen (was auch eine Neuaufteilung von Sorge- und Hausarbeit zwischen den Eltern bedeutet) und in emotionaler Hinsicht muss man ihnen Zuwendung geben und ihre Bedürfnisse erfüllen.⁷⁴ Geld spielt in all diesen Aspekten eine Rolle. Das heißt, Geld ist nicht nur ein externes Medium, mit dem eine Familie sich als Haushalt versorgt, sondern erfüllt in der Familie diverse, auch »nicht-ökonomische Funktionen«.⁷⁵ Geld kann ein Mittel sein, um die *gemeinschaftlichen Bindungen* innerhalb der Familie symbolisch zu bezeugen – Beispiele hierfür sind das Urlaubsgeld, das für gemeinsame Aktivitäten angespart wird, Erbschaftsansprüche bzw. Lebensversicherungen, die das künftige Wohl der Kinder sichern sollen oder die vielfältigen Geldgeschenke, die im Zusammenhang mit Feiern oder Übergangsriten (Geburtstag, Taufe, Einschulung, Kommunion, 18. Geburtstag, Hochzeit usw.) gemacht werden. Geld kann in Familien weiterhin ein *Vehikel der individuellen Freiheit* sein. So soll Taschengeld Kindern nicht nur den Umgang mit Geld beibringen,⁷⁶ sondern insbesondere Jugendlichen auch Individualität und Selbstständigkeit ermöglichen. Hier kann es zu Krisen kommen, etwa wenn die Eltern nicht genug Taschengeld zur Verfügung stellen können, um den Anforderungen einer »kommerzialiserten Kindheit«⁷⁷ zu genügen. Oder wenn der Konsum⁷⁸ der Jugendlichen den Eltern missfällt oder gar ausufert – Stichwort: Verschuldung.⁷⁹ Des Weiteren kann Geld in Familien als *Mittel der Verhaltenssteuerung*,⁸⁰ also zur Kontrolle und Disziplinierung benutzt werden und so gewünschte Handlungen motivieren (etwa: Geld-Prämien für gute Schulnoten) oder unerwünschte Handlungen sanktionieren (etwa: Streichen von Taschengeld; Kürzen des Haushaltsgeldes). Kurzum: Geld schreibt sich in das komplexe Interaktionsgefüge einer Familie ein und bringt ihre Beziehungen, ihre Rollen und Hierarchien, ihre Überzeugungen und Wertesysteme zum Ausdruck. Geld wird dabei nicht nur praktisch, sondern auch diskursiv gebraucht. Man redet über Geld,

74 Vgl. J. Pahl: Power, Ideology and Resources.

75 K. Kraemer: Geldverwendung, S. 198.

76 Vgl. Rosendorfer, Tatjana: »Kinder und Geld. Zur Konsum- und Gelderziehung von Heranwachsenden«, in: Diskurs 7:2 (1997), S. 68-75.

77 Vgl. Feil, Christine: »Mythen und Fakten zur Kommerzialisierung der Kindheit«, in: ZSE: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 24:1 (2004), S. 33-48.

78 Zum Geldausgabeverhalten Jugendlicher entlang verschiedener Konsummuster vgl. Lange, Elmar/Fries, Karin: Jugend und Geld 2005. Eine empirische Untersuchung über den Umgang von 10-17-jährigen Kindern und Jugendlichen mit Geld, Münster/München: IJF Institut für Jugendforschung 2006; Tully, Claus/van Santen, Eric: »Das verfügbare Geld im Jugendlalltag von 13- bis 17-jährigen Schülern und Schülerinnen. Empirische Ergebnisse«, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 2 (2012), S. 197-211.

79 Vgl. Kranz-Kuljic, Nataša/Lanzen, Vera/Schweppe, Cornelia/Sieker, Nele: »Jugend, Geld und Schulden. Der kostenpflichtige Jugendlalltag«, in: unsere jugend 69:2 (2017), S. 57.

80 Vgl. K. Kraemer: Geldverwendung, S. 204.

macht klar, was es in der Familie bedeutet, wie man zu ihm steht, wie man damit umgeht und wofür man es verwendet.⁸¹

All das macht die *Sozialität des Geldes* aus. Damit ist gemeint, dass Geld in Gemeinschaften nicht einfach nur homogenes Zahlungsmittel ist. Im Gegenteil, es hat vielfältige symbolische Bedeutungen, die daraus resultieren, dass Geld in diesen nicht-ökonomischen Bezügen (wie Liebesbeziehungen oder Familien) Regeln auferlegt, dass ihm Bedeutungen zugeschrieben und symbolische Grenzen gezogen werden. Mit anderen Worten: Das ›Soziale‹ versucht das Geld an seine Logik und Wertvorstellungen anzupassen. Das funktioniert oft, aber keineswegs immer.

Kommen wir abschließend zu den gesellschaftlichen Krisen des Geldes. Hier könnte und müsste man vieles ansprechen – allen voran die soziale Ungleichheit. Aus Platzgründen beschränke ich mich auf das Beispiel der Kommodifizierung.

3. Gesellschaftliche Krisen: Kommodifizierung und Moral

Wir leben in einer Zeit, in der fast alles gekauft werden kann.⁸² Das Problem dieser ausufernden Kommodifizierung ist folgendes: Wenn etwas mit einem Preis versehen wird, behandeln wir es fortan als Ware, als Werkzeug für den Profit und den Gebrauch. Doch nicht alle Güter werden angemessen bewertet, wenn man sie als Ware betrachtet. Wir erlauben beispielsweise nicht, dass Kinder auf dem Markt gehandelt werden. Denn das wäre Ausdruck einer falschen Wertschätzung der Kinder. Sie als Ware zu betrachten, ist nicht angemessen – sie sind als Wesen zu sehen, die der Liebe und Fürsorge bedürfen. Oder nehmen wir die Rechte und Pflichten als Staatsbürger. Es ist aus gutem Grund nicht erlaubt, bei einer Wahl seine Stimme zu verkaufen. Warum nicht? Weil wir glauben, dass Bürgerpflichten nicht als Privateigentum betrachtet werden sollen.⁸³

Ein Aspekt dieser Kommodifizierung ist der zunehmende Einsatz des Geldes als ein Mittel der Verhaltenssteuerung, auch ›Incentivierung‹⁸⁴ genannt. Diese hat sich in den letzten Jahrzehnten im Zuge der neoliberalen Wende flächendeckend als Prinzip durchgesetzt. Entsprechend der dahinterstehenden individualistischen *Rational-Choice-Theorie* geht man davon aus, dass die grundsätzlich nutzenmaximierend handelnden Individuen relativ simpel durch monetäre Reize gesteuert

81 Vgl. Sellerberg, Ann Mari: »Family Money« and »Business Money«: Bankrupt Entrepreneurs in a »Question Situation«, in: *Community, Work & Family* 12:2 (2009), S. 355-367.

82 Vgl. Sandel, Michael J.: Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin: Ullstein 2012.

83 Vgl. ebd., S. 17.

84 Vgl. Dix, Guus: »A Genealogy of the Incentive«, in: *economic sociology_the european electronic newsletter* 17:2 (2016), S. 24-31.

werden können.⁸⁵ Die hierfür maßgeblichen ökonomischen Modelle – vom *Homo oeconomicus* bis zur *Principle-Agent-Theorie*⁸⁶ – werden, wo sie für die Praxis individualisierter Steuerung zu ungenau scheinen, durch eine Vielzahl von verhaltensökonomischen und experimentell-psychologischen Studien verfeinert, um so die Effektivität von zur Erzeugung erwünschter Reaktionen eingesetzten Reizen immer weiter zu verbessern. Die konkreten Umsetzungen des Prinzips der monetären *Incentivierung* firmieren unter Bezeichnungen wie ›conditional cash transfers‹, ›target payments‹, ›results based financing‹ oder ›performance-based financing‹. Anwendung finden sie im Gesundheitsbereich,⁸⁷ in der Familienplanung,⁸⁸ im Arbeitsbereich⁸⁹ und in der Sozial- und Entwicklungshilfe⁹⁰. Gerade der Einsatz in nicht-ökonomischen Bereichen wirkt nicht selten moralisch zweifelhaft, beispielsweise wenn in den USA drogensüchtigen Frauen 300 Dollar gezahlt werden, wenn sie sich sterilisieren lassen⁹¹ oder Schüler mit Geldprämien zum Bücherlesen ›motiviert‹ werden. Abseits von der moralischen Anrührigkeit – man ersetzt ja letztlich höhere Normen (also Lesen um seiner selbst willen) durch niedrigere (Lesen, um Geld zu verdienen) – zeigt sich in der Praxis, dass das häufig nicht richtig funktioniert.⁹² Stattdessen führen versuchte Verhaltenssteuerungen durch Geld nicht selten zu unerwünschten Nebenfolgen. Dies gilt für Gesundheitsprämien oder Ehrenamtsentlohnungen ebenso wie für handelbare Verschmutzungsrechte.

Halten wir deswegen fest: Die Kommodifizierung und die Praxis der *Incentivierung* können zu Krisen führen, insbesondere zu einer krisenhaften Zersetzung der für das soziale Miteinander so wichtigen Normen. Zur Veranschaulichung sei

-
- 85 Vgl. Streeck, Wolfgang: »Von der Gesellschaftsteuerung zur sozialen Kontrolle. Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Soziologie in Theorie und Praxis«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2015, S. 63–80.
- 86 Vgl. Fehrenbacher, Dennis D. (Hg.): *Design of Incentive Systems*, Berlin/Heidelberg: Springer 2013.
- 87 Vgl. Witter, Sophie/Fretheim, Atle/Kessy, Flora L./Lindahl, Anne Karin: »Paying for Performance to Improve the Delivery of Health Interventions in Low- and Middle-Income Countries«, in: The Cochrane Database of Systematic Reviews 2/2012, S. CD007899.
- 88 Vgl. Blacklock, Claire/MacPepple, Ekelechi/Kunutsor, Setor/Witter, Sophie: »Paying for Performance to Improve the Delivery and Uptake of Family Planning in Low and Middle Income Countries: A Systematic Review«, in: Studies in Family Planning 47:4 (2016), S. 309–324.
- 89 Vgl. Shen, Gordon C./Nguyen, Ha Thi Hong/Das, Ashis/Sachingongu, Nkenda/Chansa, Collins/Qamruddin, Jumana/Friedman, Jed: »Incentives to Change. Effects of Performance-Based Financing on Health Workers in Zambia«, in: Human Resources for Health 15:1 (2017), S. 20.
- 90 Vgl. Brenzel, Logan: *Taking Stock: World Bank Experience with Results-Based Financing (RBF) for Health*, Washington D.C.: World Bank 2009; Fiszbein, Ariel/Schady, Norbert: *Conditional Cash Transfer. Reducing Present and Future Poverty*, Washington D.C.: World Bank 2009.
- 91 Vgl. M.J. Sandel: Was man für Geld nicht kaufen kann, S. 57.
- 92 Vgl. ebd., S. 67ff.

ein simples Beispiel genannt: In einem Kindergarten verspäten sich die Eltern immer mal wieder bei der Abholung ihrer Kinder und die Erzieher müssen deswegen länger bleiben. Um das Problem zu lösen, legt man eine Geldbuße für verspätetes Abholen fest. Das Resultat ist, dass die Eltern sich fortan noch viel öfter verspäten. Denn die Einführung der Strafgebühr hat die Normen geändert. Zuvor mussten verspätete Eltern ein schlechtes Gewissen haben; jetzt können sie die verspätete Abholung als einen Service betrachten, für den sie bezahlen.⁹³

IV. Theoretische Reflexionen

1. Ausdifferenzierungen des Geldes

Wie lässt sich die Krisenhaftigkeit des Geldes erklären? Dazu müssen wir zunächst klären, was Geld ist, und zwar nicht in theoretischer (etwa ob Geld allgemeines Tauschmittel oder Schuldbeziehung ist), sondern in phänomenologischer Hinsicht. Abstrakt betrachtet durchzieht ›Geld‹ als mysteriöse und allgegenwärtige Institution die gesamte Gesellschaft. Es ermöglicht den Austausch von Waren und Dienstleistungen, es ordnet die Gesellschaft räumlich, zeitlich, sozial und sachlich. Man kann es als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium sehen, das Handlungskordinierung ermöglicht, d.h. Menschen handeln (tauschen, arbeiten usw.), um Geldsymbole zu erhalten. Dabei ist das Wertsymbol ›Geld‹, wie Luhmann feststellt, binär codiert, d.h. es kennt nur die Operationen ›Zahlung/Nichtzahlung‹. Dadurch unterwirft es (mit Weber, Habermas und Simmel gesprochen⁹⁴) alles, mit dem es in Berührung kommt, seiner rechenhaften, quantifizierenden und inhaltsleeren Logik. Hinzu kommt, dass Geld ein verallgemeinertes soziales Machtpotential besitzt – Deutschmann nennt das mit Bezugnahme auf Simmel die »Vermögenseigenschaft des Geldes«.⁹⁵ Dadurch kann Geld zum Herrschaftsmittel werden, als ›Kapital‹ Ausbeutungsverhältnisse etablieren und sich im Sinne seines impliziten Wachstumsimperativs immer weiter vermehren.⁹⁶ Dies alles schlägt sich in der imaginären Dimension des Geldes nieder, die es zur Religion der Moderne erhebt.⁹⁷

93 Vgl. ebd., S. 57.

94 Vgl. Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr 1972; Habermas, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987; G. Simmel: *Philosophie des Geldes*.

95 Deutschmann, Christoph: *Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 45.

96 Vgl. Marx, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Band I (= Marx-Engels-Werke, Band 23), Berlin: Dietz 1962.

97 Vgl. C. Deutschmann: *Die Verheißung des absoluten Reichtums*.

Phänomenologisch betrachtet zerfällt Geld aber im Alltag in viele Gelder und teils in sehr unterschiedliche ›Spezialgelder‹. Es gibt zwei Formen dieser monetären Ausdifferenzierung: eine materiale und eine symbolische.

Die *materiale Ausdifferenzierung* ist angesichts der unzähligen Gestalten des Geldes leicht nachvollziehbar. ›Geld‹ erscheint in Form von Banknoten, Münzen, Giralgeld, Kreditkarten, Gutscheinen, Kryptowährungen, *Loyalty-Tokens*, Tauschwährungen oder Regionalgeldern. Es ist also keineswegs homogen und ›das‹ Geld im Sinne eines überall gültigen und absolut generalisierten Tauschmittels gibt es aus phänomenologischer Perspektive nicht. Es gibt nur viele verschiedene Geldformen, die in unterschiedlichen Bereichen akzeptiert und verwendet werden. Meine GEZ-Gebühr kann ich nicht mit Bargeld begleichen, auf dem Flohmarkt kann ich nicht mit Karte zahlen und für den Einkauf im Darknet brauche ich Bitcoin. Aus diesem Grund sind wir auch ständig dabei, Gelder in andere Gelder zu transformieren. ›Das‹ Geld zerfällt also in unzählige monetäre Sphären, die voneinander abgegrenzt sind. Die Grenzen können dabei mehr oder weniger durchlässig – im Sinne einer wechselseitigen Konvertibilität – sein. Entscheidend ist, dass diese monetären Sphären je eigenen Spielregeln folgen sowie unterschiedliche Symboliken und Handlungsrationitäten beinhalten. Das nationalstaatliche Bargeld etwa konstituiert einen eigenen Wirtschaftsraum und vermittelt symbolisch als ›Visitenkarte des Staates‹ nationale Identität und Werte.⁹⁸ Die Kreditkarte wiederum ermöglicht mir Zugriff auf Geld, das ich im Moment vielleicht gar nicht habe. Sie symbolisiert und ermöglicht damit Verfügungstotalität und Zukunftsdiskontierung. Einen Einkaufsgutschein hingegen kann ich nur eingeschränkt als Zahlungsmittel verwenden, dafür wirkt er beispielsweise als Geschenk nicht so unpersönlich wie Bargeld. Es sind sogar in den letzten Jahrzehnten weltweit Tausende Komplementärwährungen wie Tauschringe, Zeitwährungen oder Regionalgelder entstanden, die aus ideellen, sozialen oder ökologischen Intentionen als ›Spezialgelder‹ herausgegeben werden, die einer ganz eigenen Symbolik und Handlungsrationität folgen.⁹⁹ Allerdings muss man auch konstatieren, dass sich das Geld in der fortschreitenden Moderne zunehmend *virtualisiert* und dadurch in seiner Erscheinung vereinheitlicht. Und für den alltäglichen Umgang spielt es keine Rolle, ob meine Zahlung von der Sparkasse, VISA oder Apple abgewickelt wird. Die materialen Geldobjekte verschwinden und werden ersetzt von unsichtbaren, abstrakten Kreditbeziehungen.

Die *symbolische Ausdifferenzierung* wiederum beruht darauf, dass Geld (wie die Sprache) indexikal ist, d.h. seine Bedeutung hängt vom Kontext sowie von seinem

98 Vgl. Thiel, Christian: »Banknoten im Blickpunkt der Wissenschaft: Fragen – Perspektiven – Desiderata«, in: Stefan Hartmann/Christian Thiel (Hg.), *Der schöne Schein. Symbolik und Ästhetik von Banknoten*, Regensburg: Gietl 2016, S. 21–51.

99 Vgl. Thiel, Christian: *Das ›bessere‹ Geld. Eine ethnographische Studie über Regionalwährungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011.

Gebrauch in der alltäglichen Praxis ab. So bringt Geld zum einen immer bestimmte Bedeutungen mit sich, abhängig von seiner Form, seiner Quelle (dem Emittenten), seiner Herkunft usw. Man sieht dies schön an der Geldwäsche, bei der man versucht, die illegale Herkunft des Geldes durch aufwendige Transformationen in andere Geldarten sowie durch Einschleusen in reale und fiktive Wirtschaftskreisläufe zu verschleiern. Zum anderen wird Geld immer auch Bedeutung zugewiesen, je nachdem in welchem sozialen Kontext und mit welcher Absicht es verwendet wird. Ein äußerlich ununterscheidbarer Euro kann Lohnzahlung oder Zuwendung, Haushalts- oder Urlaubsgeld, Trinkgeld oder Geschenk sein. Es macht einen gravierenden Unterschied, ob Geld hart erarbeitet, gewonnen, geschenkt oder geraubt wurde, ob es für den Haushalt, den Urlaub, die Altersvorsorge oder für Vergnügungen vorgesehen ist. Im Alltag ist Geld eben nicht einfach abstraktes Marktgeld, sondern es ist sozial und kulturell geprägt, es zerfällt in zahlreiche symbolische Spezialgelder,¹⁰⁰ die je spezifische Einflüsse auf die Umgangsweise mit Geld, auf soziale Beziehungen sowie auf kulturelle Werte haben. Dies ist die Kernthese des *kulturalistischen Geldverständnisses*, das seit Viviana Zelizers Referenzstudie vor über 20 Jahren¹⁰¹ die geldsoziologische Forschung nachhaltig beeinflusst hat.¹⁰² Unzählige Studien dieser Forschungsrichtung haben aufgezeigt, wie Menschen das scheinbar homogene Zahlungsmittel ›Geld‹ durch ausgeklügelte Geldmarkierungssysteme in unterschiedliche Kategorien teilen. Sie begrenzen es damit auf bestimmte Verwendungsmöglichkeiten, sie regulieren seine Verteilung, sie ritualisieren seinen Austausch, sie versehen es mit bestimmten Bedeutungen usw.¹⁰³ Zelizer nennt diese Bedeutungsaufladung ›*earmarking*‹. Dieses findet sich auf allen Ebenen, etwa wenn der Einzelne beschließt, sein Weihnachtsgeld zu verjubeln; wenn Familien oder Paare ihre Beziehungskonzepte und Rollenverteilungen durch verschiedene Spezialgelder wie Haushaltsgeld, Taschengeld oder Urlaubsgeld zum Ausdruck bringen; oder wenn Organisationen Geld budgetieren und damit für bestimmte Verwendungen reservieren.¹⁰⁴

Diese Spezialgelder finden sich vor allem dort, wo Geld in nicht-ökonomische Wertsphären eindringt. Sie setzen dem Geld symbolische Grenzen, indem sie es mit einem ganzen Set an *Regeln und Bedeutungen* verknüpfen. Dadurch ist es mög-

100 Vgl. Zelizer, Viviana A.: »Die Farben des Geldes. Vielfalt der Märkte, Vielfalt der Kulturen«, in: Berliner Journal für Soziologie 10 (2000), S. 315–332.

101 Vgl. V.A. Zelizer: Social Meaning of Money.

102 Vgl. Carruthers, Bruce G.: »The Meanings of Money: A Sociological Perspective«, in: Theoretical Inquiries in Law 11:1 (2010), S. 51–74; Dodd, Nigel: The Social Life of Money, Princeton: Princeton University Press 2014.

103 Vgl. V.A. Zelizer: Farben des Geldes.

104 Vgl. B.G. Carruthers: Meanings of Money, S. 64.

lich, dass Geld auch *Werte nicht-ökonomischer Wertsphären* repräsentiert.¹⁰⁵ Nehmen wir als Beispiel das Rechtssystem: Auch hier spielt Geld eine Rolle und dient etwa – je nach Rechtstyp – der Bestrafung oder der Kompensation einer verursachten Schädigung. Es wird also Recht wiederhergestellt, nicht aber Geld für Unschuld getauscht. Derartige Geldzahlungen sind symbolisch und institutionell klar festgelegt und entsprechen der internen Logik des Rechtssystems. Etwas ganz anderes wäre der Versuch, den Richter mit einer Geldzahlung zu beeinflussen.¹⁰⁶ Derartige Regeln und Bedeutungszuweisungen werden teilweise innerhalb gesellschaftlicher Alltagsdiskurse ausgehandelt und mitunter auch institutionell fixiert. Die diskursiv und praktisch konstituierten Spezialgelder können sich mit moralisch und ethisch aufgeladenen spezifischen nicht-kommerziellen Tauschsphären verbinden, die sowohl gesellschaftlich als auch individuell bedeutungsvoll sein können. Als Beispiel hierfür sei die Praxis des Vererbens genannt, die immense soziale und gesellschaftliche Bedeutung hat.¹⁰⁷ Rein individualistisch-ökonomisch gedacht ist es ja an und für sich unsinnig, das eigens verdiente Geld nicht selbst zu Lebzeiten zu verjubeln. In moralisch-ethischer Hinsicht gilt Vererben jedoch als letzter Akt der Elternschaft.¹⁰⁸ Es ist mit Emotionen wie Liebe, mit Erwartungen und Hoffnungen verknüpft – im Sinne einer intergenerationalen Reziprozität hofft man inständig, dass der Erbe dieses Geld weise einsetzt.

An diesem Beispiel lässt sich auch gut die *Kritik* an dem kulturalistischen Geldverständnis illustrieren. Es ist zwar richtig und wichtig, dass Geld in bestimmten Kontexten interpretationsoffener verwendet und mit allerlei sozialen, nicht-kalkulatorischen Erwartungen aufgeladen werden kann, man kann diese Grenzen des Geldes, v.a. wenn sie nur symbolisch und nicht institutionell fixiert sind, aber natürlich auch ignorieren. Sicherlich kann die Oma kommunizieren, dass die Enkel mit ihrem Erbe eine Familie und bürgerliche Existenz aufbauen mögen. Diese können es aber auch einfach verjubeln – ganz nach dem Motto »Wir versaufen unsrer Oma ihr klein Häuschen« (dieser 1922 veröffentlichte Gassenhauer gilt übrigens als Hymne der deutschen Inflation in den 1920ern und zeigt, was die Lebensleistung der Alten damals symbolisch und tatsächlich noch wert war). Dies bedeutet: Geld

105 Vgl. Schrader, Heiko: »Und es stinkt doch!«. Eine verstehende Analyse von Geld in der Alltagsökonomie«, in: Susanne Peters (Hg.), Geld. Interdisziplinäre Sichtweisen, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 49-74.

106 Vgl. ebd., S. 62.

107 Vgl. Beckert, Jens: »Erbschaft als unverdientes Vermögen und als Kapital für Investitionen und Arbeitsplätze«, in: Ders./Andreas Richter (Hg.), Verdient – unverdient. Unternehmerische Arbeit und Vermögen, Köln/München: Otto Schmidt 2008, S. 4-12.

108 Vgl. Schaeffer, Merlin: »The Social Meaning of Inherited Financial Assets. Moral Ambivalences of Intergenerational Transfers«, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 15:1 (2013).

kann sowohl sozial spezifisch als auch sozial indifferent verwendet werden.¹⁰⁹ Dies bedeutet ferner, dass die Symbolik des Geldes in den Bezahlketten verschwinden kann. Und es bedeutet, dass Geld bei aller Bedeutungsaufladung seine Rationalität, sein Machtpotential und seine Vermögenseigenschaft nicht einfach verliert. Die dem Geld gesetzten Grenzen sind immer auch brüchig – und so entstehen Krisen.

2. Grenzen & Krisen

Krisen können also durch Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen zustande kommen. Diese These wurde vor allem in Hinblick auf die Rolle des Geldes in nicht-ökonomischen Bereichen formuliert, könnte aber durchaus auch auf den *wirtschaftlichen Bereich* zutreffen.

Schließlich haben auch hier viele Krisen mit Entgrenzungen zu tun, etwa, wenn wie bei Inflationen das Verhältnis von Geldmenge und Warenangebot aus dem Ruder läuft oder die eine Währung im Verhältnis zu einer anderen extrem abgewertet wird (importierte Inflation). Das Geld insgesamt scheint sich zu entgrenzen – man schaue nur auf die ungeheuren Mengen an volatilem Kapital, das weltweit auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten ist und ständig mittels *High-Frequency-Trading* verschoben und in immer noch komplexere Finanzprodukte investiert wird. Grenzkrisen gibt es auch im Kleinen, etwa wenn der Zugriff zu bestimmten Geldarten für einige Menschen schwierig oder gar ausgeschlossen ist. Denn wer keinen Zugang zu Konten, Krediten oder elektronischen Bezahlverfahren hat – und das sind gar nicht mal wenige in Deutschland –, der ist aus großen Bereichen der Gesellschaft ausgegrenzt. Ein letztes Beispiel: Die zunehmende Virtualisierung des Geldes stellt sich ebenfalls als eine Form der Entgrenzung dar. Ein derart abstraktes Geld ist für viele »unvorstellbar« und dementsprechend steigt die Verschuldung durch Abzahlungsgeschäfte oder Kreditkartenüberziehungen.¹¹⁰ Schon Simmel hat festgestellt, dass der Kredit uns vom Geld distanziert, weswegen wir ein solches Geld leichter, schneller und in größeren Mengen ausgeben.¹¹¹ Eine ganze Reihe von Studien zeigt, wie sich die USA dadurch innerhalb einer Generation von einer Gesellschaft der Sparer zu einer der Schuldner entwickelt hat.¹¹²

109 Vgl. K. Kraemer/S. Nessel: Einleitung, S. 18.

110 Vgl. M. Prisching: Geld und Geldkrisen, S. 169ff.

111 Vgl. G. Simmel: Philosophie des Geldes, S. 667.

112 Auch in Deutschland steigt seit gut zwanzig Jahren aus verschiedenen Gründen (verändertes Konsumverhalten, Prekarisierung, Wandel der Arbeitswelt, Abbau des Sozialstaats, zunehmende Ungleichheit und Armut) die Ver- und Überschuldung an. Nicht nur die Kreditkarte, sondern auch das starke Wachstum der Verbraucherkredite haben dies ermöglicht. Für die USA vgl. Ritzer, George: *Expressing America – A Critique of the Global Credit Card Society*, Thousand Oaks/London/New Delhi: Pine Forge Press 1995.

Aber kommen wir zurück zu jenen *nicht-ökonomischen Wertsphären*, in denen das Geld durch symbolische Grenzziehungen mit den Werten der jeweiligen Sphäre kompatibel gemacht werden soll. Die These lautet hier wie folgt: Die materialen und symbolischen Ausdifferenzierungen des Geldes dienen häufig als ›Grenzziehungen‹ – sie begrenzen die Verwendbarkeit und die ›Logik‹ des Geldes auf bestimmte Kontexte und Zwecke und sie bestimmen Bereiche, in denen Geld nicht oder nur mit nicht-ökonomischen Intentionen verwendet werden kann. Krisen können hier aus verschiedenen Gründen entstehen.

Sie können entstehen, wenn Grenzen *überschritten* werden. Es gibt Bereiche, in denen Geld gar nicht oder nur mit einer ganz bestimmten Konnotation verwendet werden kann, etwa den sozialen Nahbereich. Wer die Hilfe des Nachbarn mit einer schnöden Geldzahlung vergilt, seiner Mutter zum Geburtstag einen 50-Euro-Schein überreicht oder seiner Frau als ›Liebesbeweis‹ regelmäßig Geld zusteckt, der verletzt in den meisten Fällen soziale Konventionen und überschreitet die symbolischen Grenzen des Geldes.¹¹³

Krisen können auch entstehen, wenn Grenzen *unklar* sind. Viele geldbezogene Regeln sind klar und vieles muss situativ ausgehandelt werden. Beispielsweise werden Geld- und Marktbeziehungen in unserer Gesellschaft weitgehend aus Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen herausgehalten. Ist dies einmal nicht möglich, dann müssen die Beteiligten ›lokale Regeln‹ aushandeln, um ihren Alltag zwischen Markt und Moral leben zu können. Wenn ein Familienmitglied etwa einen Kredit braucht, darf ich dann Zinsen dafür verlangen oder muss ich dieses Geld ›entkommerzialisieren‹, indem ich es als reziproke Hilfeleistung verstehe und zinsfrei sowie zeitlich unbefristet vergebe? Und inwieweit darf ein Familienmitglied für praktische und emotionale Dienstleistungen ›entschädigt‹ werden – zum Beispiel bei der häuslichen Pflege? Kann, darf hier intergenerationale Reziprozität bepreist werden? Teilweise sind solche Regeln gesellschaftlich oder sogar per Verordnungen vorgegeben, in anderen Fällen sind sie zwischen den Interaktionspartnern auszuhandeln und auch dem sozialen Umfeld gegenüber zu rechtfertigen, damit Alltagshandeln regelgebunden möglich ist.¹¹⁴

Krisen können des Weiteren entstehen, wenn Grenzen *als ungerecht wahrgenommen* werden. Die dem Geld zugeschriebenen Bedeutungen und auferlegten Regeln resultieren in verschiedenen sozialen Effekten, die auch nicht jedem der Beteiligten gefallen müssen. Mitunter werden dadurch Ungleichheiten produziert oder moralische Hierarchien etabliert.¹¹⁵ Schon deswegen kommt es häufig zur Neu-

113 Vgl. Webley, Paul/Lea, Stephen E.G.: »The Partial Unacceptability of Money in Repayment of Neighbourly Help«, in: Human Relations 46:1 (1993), S. 65-76.

114 Vgl. H. Schrader: Geld in der Alltagsökonomie, S. 69.

115 Vgl. Wilkis, Ariel: The Moral Power of Money: Morality and Economy in the Life of the Poor, Stanford: Stanford University Press 2018.

aushandlung von Bedeutungen und Regeln. Auch der soziale Wandel trägt hierzu bei. Wir hatten das Beispiel der zunehmenden Erwerbsarbeit der Frauen, die eine Anpassung der früher geltenden Grenzen erforderlich gemacht hat. Diese war nicht nur zwischen den Partnern auszuhandeln, sondern erforderte auch gesetzliche Anpassungen: Erst 1976 wurde das Eherecht reformiert und die sogenannte ›Hausfrauen-Ehe‹ abgeschafft, nach der der Mann alleinig über das Geld – auch das seiner Frau – verfügen durfte und die Frau nur dann berufstätig sein durfte, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war.

Es ist also eine ständige Bekräftigung und teils auch Neuaushandlung der symbolischen und institutionellen Begrenzungen des Geldes erforderlich. Dies findet auf allen Ebenen des Sozialen statt – bis hin zu großen gesellschaftlichen Debatten darüber, wer über welches Geld in welchem Umfang verfügen darf und in welchen nicht-ökonomischen Bereichen man Geld unter welchen Bedingungen Einfluss gewähren sollte und wo nicht.

Als *Fazit* wäre somit festzuhalten: Geld ist letztendlich janusköpfig: es ist makrosoziologisch betrachtet ein symbolisch generalisiertes, wertfreies Kommunikationsmedium, phänomenologisch betrachtet je nach Kontext emotional und moralisch aufgeladenes ›Spezialgeld‹, das zuvorderst nicht den kommerziellen Wert repräsentiert, sondern den Wert der spezifischen Wertsphäre.¹¹⁶ Dies gelingt durch – materiale wie symbolische – Grenzziehungen. Diese reichen dabei von situativ, in der spontanen Interaktion ausgehandelten symbolischen Grenzen bis zu in langen gesellschaftlichen Debatten ausdiskutierten, institutionalisierten und rechtlich-organisatorisch fixierten Grenzen. An diesen und durch diese Grenzen entzündeten sich die alltäglichen Geld-Krisen.

Literatur

- Anliker, Nicole: »Wie funktioniert ein Land ohne funktionierende Währung? Ein Erfahrungsbericht aus Venezuela«, in: NZZ vom 12.10.2018, <https://www.nzz.ch/vertrauen/venezuela-wenn-vertrauen-in-waehrung-und-institutionen-zerbricht-ld.1426671> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Baudzus, Roman: »Venezuela: Wie sieht der Alltag in der Inflation aus?«, in: Cashkurs (2017), <https://www.cashkurs.com/beitrag/Post/venezuela-wie-sieht-der-alltag-in-der-hyperinflation-aus/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Beckert, Jens: »Erbschaft als unverdientes Vermögen und als Kapital für Investitionen und Arbeitsplätze«, in: Ders./Andreas Richter (Hg.), *Verdient – unverdient. Unternehmerische Arbeit und Vermögen*, Köln/München: Otto Schmidt 2008, S. 4–12.

116 Vgl. H. Schrader: *Geld in der Alltagsökonomie*, S. 70.

- Bennett, Fran: »Researching Within-Household Distribution. Overview, Developments, Debates, and Methodological Challenges«, in: *Journal of Marriage and Family* 75:3 (2013), S. 582-597.
- Bittman, Michael/England, Paula/Sayer, Liana/Folbre, Nancy/Matheson, George: »When Does Gender Trump Money? Bargaining and Time in Household Work«, in: *American Journal of Sociology* 109:1 (2003), S. 186-214.
- Blacklock, Claire/MacPepple, Ekelechi/Kunutsor, Setor/Witter, Sophie: »Paying for Performance to Improve the Delivery and Uptake of Family Planning in Low and Middle Income Countries: A Systematic Review«, in: *Studies in Family Planning* 47:4 (2016), S. 309-324.
- Brenzel, Logan: *Taking Stock: World Bank Experience with Results-Based Financing (RBF) for Health*, Washington D.C.: World Bank 2009.
- Brockhaus: »Nadelgeld«, in: *Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk*. Band 3, Leipzig: Brockhaus 1839, S. 235.
- Brzoska, Maike: »Wieviel mein Partner verdient? Keine Ahnung!«, in: *Zeit.de* vom 06.12.2018, <https://www.zeit.de/arbeit/2018-11/geld-partnerschaft-liebe-finanzen-konto-beziehung> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Busch, Alexander: »Venezuelas Kryptowährung Petro ist ein verzweifelter Versuch an ausländische Gelder zu kommen«, in *NZZ* vom 21.02.2018, <https://www.nz.ch/wirtschaft/potemkinscher-petro-ld.1359430> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Cagan, Phillip D.: »The Monetary Dynamics of Hyperinflation«, in: Milton Friedman (Hg.), *Studies in the Quantity Theory of Money*, Chicago: University of Chicago Press 1956, S. 25-117.
- Carpentier, Megan: »Who pays for a date in this ›sexually liberated‹ era?«, in: *The Guardian* vom 09.09.2013, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/09/men-still-pay-for-dates> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Carruthers, Bruce G.: »The Meanings of Money: A Sociological Perspective«, in: *Theoretical Inquiries in Law* 11:1 (2010), S. 51-74.
- CENDA (Centro de Documentación y Análisis para los Trabajadores), <http://cenda.org.ve/default.asp> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Cohen, Marisa T.: »It's Not You, It's Me... No, Actually It's You: Perceptions of What Makes a First Date Successful or Not«, in: *Sexuality & Culture* 20:1 (2016), S. 173-191.
- Deutschmann, Christoph: *Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1999.
- Dix, Guus: »A Genealogy of the Incentive«, in: *economic sociology_the european electronic newsletter* 17:2 (2016), S. 24-31.
- Dodd, Nigel: *The Social Life of Money*, Princeton: Princeton University Press 2014.
- Edwards, Meredith: »Financial Arrangements Made by Husbands and Wives: Findings of a Survey«, in: *Australien und New Zealand Journal of Sociology* 18:3 (1982), S. 320-338.

- Ehringfeld, Klaus: »Geld gibts nur kiloweise«, in: Spiegel.de vom 04.07.2020, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/inflation-in-venezuela-geld-wie-wackerstein-a-1101154.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Fehr, Ernst/Fischbacher, Urs: »Human Altruism – Proximate Patterns and Evolutionary Origin«, in: *Analyse & Kritik* 27 (2005), S. 6-47.
- Fehrenbacher, Dennis D. (Hg.): *Design of Incentive Systems*, Berlin/Heidelberg: Springer 2013.
- Feil, Christine: »Mythen und Fakten zur Kommerzialisierung der Kindheit«, in: *ZSE: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 24:1 (2004), S. 33-48.
- Fiszbein, Ariel/Schady, Norbert: *Conditional Cash Transfer. Reducing Present and Future Poverty*, Washington D.C.: World Bank 2009.
- Flam, Helena: *Soziologie der Emotionen. Eine Einführung*, Konstanz: UVK 2002.
- Foa, Edna B./Foa, Uriel G.: »Resource Theory. Interpersonal Behavior as Exchange«, in: Kenneth J. Gergen/Martin Greenberg/Richard Willis (Hg.), *Social Exchange. Advances in Theory and Research*, New York: Plenum 1980, S. 77-94.
- Furnham, Adrian: »Many Sides of the Coin: The Psychology of Money Usage«, in: *Personality and Individual Difference* 5:5 (1984), S. 501-509.
- Furnham, Adrian/Argyle, Michael: *The Psychology of Money*, London/New York: Routledge 1998.
- Habermas, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Hamplová, Dana/Le Bourdais, Céline/Lapierre-Adamcyk, Évelyne: »Is the Cohabitation-Marriage Gap in Money Pooling Universal?«, in: *Journal of Marriage and Family* 76:5 (2014), S. 983-997.
- Hauß, Rolf: *Geld, Geschlecht und Konsum. Zur Psychopathologie ökonomischen Alltagshandelns*, Gießen: Psychosozial 1998.
- Heisterhagen, Tilman/Hoffmann, Rainer-W.: *Lehrmeister Währungskrise?! Drei Familien-Generationen zwischen Gold, Mark und Euro*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.
- Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Wimbauer, Christine: »Paare und Geld. Zur Ökonomisierung der Beziehungskultur«, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 2:1 (2005), S. 108-118.
- Illouz, Eva: *Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2003.
- IMF: »República Bolivariana de Venezuela«, <https://www.imf.org/en/Countries/VEN> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Käufer, Tobias: »Leben in Zeiten der Hyperinflation«, in: *Welt.de* vom 02.12.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/plus171177833/Leben-in-Zeiten-der-Hyperinflation.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

- Ders.: »Überleben in Venezuela: Ein Handy für 95 Millionen Bolivar«, in: *kurier.at* vom 02.12.2017, <https://kurier.at/politik/ausland/ueberleben-in-venezuela-ein-handy-fuer-95-millionen-bolivar/300.368.703> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Kaufmann, Jean-Claude: *Sex@mour: Wie das Internet unser Liebesleben verändert*, Konstanz: UVK 2011.
- Kenney, Catherine T.: »The Power of the Purse: Allocative Systems and Inequality in Couple Households«, in: *Gender and Society* 20:3 (2006), S. 354-381.
- Keul, Alexander/Kühberger, Anton: »Zur Psychologie des Geldes – Sicherheit und Illusion«, in: Ulrike Aichhorn (Hg.), *Geld- und Kreditwesen im Spiegel der Wissenschaft*, Wien/New York: Springer 2005, S. 1-22.
- Klammer, Ute/Neukirch, Sabine/Weßler-Poßberg, Dagmar: *Wenn Mama das Geld verdient. Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern*, Berlin: edition sigma 2012.
- Klenner, Christina/Menke, Katrin/Pfahl, Svenja: *Flexible Familienernährerinnen – Prekarität im Lebenszusammenhang ostdeutscher Frauen?*, Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung/SowiTra 2011.
- Koppetsch, Cornelia/Speck, Sarah: *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*, Berlin: Suhrkamp 2015.
- Kraemer, Klaus: »Kommt es bei der Geldverwendung auf Vertrauen an? Eine populäre Annahme auf dem soziologischen Prüfstand«, in: Ders./Sebastian Nessel (Hg.), *Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2015, S. 187-220.
- Kraemer, Klaus/Nessel, Sebastian: »Einleitung – Geld, Krise und soziale Ordnung: Ein problemorientierter Aufriss«, in: Dies. (Hg.), *Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2015, S. 9-39.
- Kranz-Kuljic, Nataša/Lanzen, Vera/Schweppe, Cornelia/Sieker, Nele: »Jugend, Geld und Schulden. Der kostenpflichtige Jugendalltag«, in: *unsere jugend* 69:2 (2017), S. 57.
- Krisch, Pia: *Alltag, Geld und Medien. Die kommunikative Konstruktion monetärer Identität*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.
- Kuhnen, Camelia M./Knutson, Brian: »The Neural Basis of Financial Risk Taking«, in: *Neuron* 47:5 (2005), S. 763-770.
- Kushlev, Kostadin/Dunn, Elizabeth W./Lucas, Richard E.: »Higher Income Is Associated with Less Daily Sadness but not More Daily Happiness«, in: *Social Psychological and Personality Science* 6:5 (2015), S. 483-489.
- Laeven, Luc/Valencia, Fabian: »Systemic Banking Crises Revisited«, in: *IMF Working Papers* 18/206 (2018).
- Lafata, Alexia: »What Men Think About the ›Fake Reach‹ on a Date«, in *elite daily* vom 07.12.2016, <https://www.elitedaily.com/dating/sex/men-think-fake-reach-date/1711072> (letzter Abruf 20.06.2020).

- Lane, Robert E.: »Money Symbolism and Economic Rationality«, in: Mary Zey (Hg.), *Decisionmaking: Alternatives to Rational Choice Models*, London: Sage 1992, S. 233-254.
- Lange, Elmar/Fries, Karin: *Jugend und Geld 2005. Eine empirische Untersuchung über den Umgang von 10-17-jährigen Kindern und Jugendlichen mit Geld*, Münster/München: IJF Institut für Jugendforschung 2006.
- Lea, Stephen E.G./Tarpy, Roger M./Webley, Paul: *The Individual in the Economy. A Textbook of Economic Psychology*, Cambridge: Cambridge University Press 1987.
- Lever, Janet/Frederick, David A./Hertz, Rosanna: »Who Pays for Dates? Following Versus Challenging Gender Norms«, in: *SAGE Open* 5:4 (2015), S. 1-14.
- Lindgren, Henry Clay: *Psychologie des Geldes: Unabhängigkeit, Anerkennung, Schuldgefühle, Geiz, Verschwendungssucht, normaler Umgang mit Geld*, Zürich: Conzett 1999.
- Löffler, Bernhard: »Währungsgeschichte als Kulturgeschichte? Konzeptionelle Leitlinien und analytische Probleme kulturhistorischer Ansätze auf wirtschafts- und währungsgeschichtlichem Feld«, in: Ders. (Hg.), *Die kulturelle Seite der Währung. Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbanksysteme im 20. Jahrhundert (= Historische Zeitschrift/Beihefte, Band 50)*, München: De Gruyter Oldenbourg 2010, S. 3-35.
- Lott, Yvonne: »When My Money Becomes Our Money: Changes in Couples' Money Management«, in: *Social Policy and Society* 16:2 (2017), S. 199-218.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang: »Geldverwaltung und -verteilung in Paarbeziehungen«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 52:4 (2006), S. 467-491.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Allmendinger, Jutta/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner: »The Power of Money in Dual-Earner Couples. A Comparative Study«, in: *Acta Sociologica* 54:4 (2011), S. 367-383.
- Luhmann, Niklas: *Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1982.
- Ders.: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988.
- Ders.: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart: UTB 1988.
- Lundberg, Shelly J./Pollak, Robert A./Wales, Terence J.: »Do Husbands and Wives Pool Their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit«, in: *The Journal of Human Resources* 32:3 (1997), S. 463-480.
- Luzzi, Mariana/Wilkis, Ariel: »Financial Repertoires in the Making: Understanding the US Dollar's Popularization in Argentina«, in: *economic sociology_the european electronic newsletter* 20:2 (2018), S. 18-26.
- Marx, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band I (= Marx-Engels-Werke, Band 23)*, Berlin: Dietz 1962.
- Pahl, Jan: *Money and Marriage*, Basingstoke: Macmillan 1989.

- Dies.: »Power, Ideology and Resources Within Families. A Theoretical Context for Empirical Research on Sleep«, in: *Sociological Research Online* 12:5 (2007), S. 92-103.
- Dies.: »Family Finances, Individualisation, Spending Patterns and Access to Credit«, in: *Journal of Socio-Economics* 37:2 (2008), S. 577-591.
- Patrick, Wendy L.: »Who Pays for a First Date? Why It Matters«, in: *Psychology Today* vom 02.09.2017, <https://www.psychologytoday.com/us/blog/why-bad-look-s-good/201709/who-pays-first-date-why-it-matters> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Pfeuffer, Charyn: »It's 2018, And There Are Still No Rules On Who Pays For The First Date«, in: *Forbes* vom 16.07.2018, <https://www.forbes.com/sites/charynpfeuffer/2018/07/16/its-2018-and-there-are-still-no-rules-on-who-pays-for-the-first-date/#bc9c7b329740> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Pool, Lindsay R./Burgard, Sarah A./Needham, Belinda L./Elliott, Michael R./Langa, Kenneth M./Mendes de Leon, Carlos F.: »Association of a Negative Wealth Shock with All-Cause Mortality in Middle-Aged and Older Adults in the United States«, in: *JAMA* 319:13 (2018), S. 1341-1350.
- Prisching, Manfred: »Geld und Geldkrisen: Zeitdiagnostische Einblicke«, in: Klaus Kraemer/Sebastian Nessel (Hg.), *Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2015, S. 155-183.
- Ritzer, George: *Expressing America – A Critique of the Global Credit Card Society*, Thousand Oaks/London/New Delhi: Pine Forge Press 1995.
- Rosendorfer, Tatjana: »Kinder und Geld. Zur Konsum- und Gelderziehung von Heranwachsenden«, in: *Diskurs* 7:2 (1997), S. 68-75.
- Rubinstein, Carin: »Money and Self-Esteem, Relationships, Secrecy, Envy, Satisfaction«, in: *Psychology Today*, Mai 1981, S. 29-44.
- Safdar, Khadeeja: »Who Pays on the First Date? No One Knows Anymore, and It's Really Awkward«, in: *The Wall Street Journal* vom 22.06.2017, <https://www.wsj.com/articles/who-pays-on-the-first-date-no-one-knows-anymore-and-its-really-awkward-1498488525> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Sandel, Michael J.: *Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes*, Berlin: Ullstein 2012.
- Schaeffer, Merlin: »The Social Meaning of Inherited Financial Assets. Moral Ambivalences of Intergenerational Transfers«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 15:1 (2013).
- Schneider, Werner/Hirsland, Andreas/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Allmendinger, Jutta: »Macht und Ohnmacht des Geldes im Privaten. Zur Dynamik der Individualisierung von Paarbeziehungen«, in: *Soziale Welt* 56 (2005), S. 99-120.
- Schrader, Heiko: »Und es stinkt doch!«. Eine verstehende Analyse von Geld in der Alltagsökonomie«, in: Susanne Peters (Hg.), *Geld. Interdisziplinäre Sichtweisen*, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 49-74.

- Sellerberg, Ann Mari: »Family Money« and »Business Money«: Bankrupt Entrepreneurs in a »Question Situation«, in: *Community, Work & Family* 12:2 (2009), S. 355-367.
- Shen, Gordon C./Nguyen, Ha Thi Hong/Das, Ashis/Sachingongu, Nkenda/Chansa, Collins/Qamruddin, Jumana/Friedman, Jed: »Incentives to Change. Effects of Performance-Based Financing on Health Workers in Zambia«, in: *Human Resources for Health* 15:1 (2017), S. 20.
- Siegel, Reva B.: »Valuing Housework. Nineteenth-Century Anxieties About the Commodification of Domestic Labour«, in: *American Behavioral Scientist* 41:10 (1998), S. 1437-1451.
- Simmel, Georg: *Philosophie des Geldes*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989.
- Ders.: »Das Geld in der modernen Kultur«, in: Ders., *Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl*, hg. u. eingeleitet von Heinz-Jürgen Dahme/Otthein Rammstedt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983, S. 78-94
- Streeck, Wolfgang: »Von der Gesellschaftssteuerung zur sozialen Kontrolle. Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Soziologie in Theorie und Praxis«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2015, S. 63-80.
- Thiel, Christian: *Das »bessere« Geld. Eine ethnographische Studie über Regionalwährungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011.
- Ders.: »Banknoten im Blickpunkt der Wissenschaft: Fragen – Perspektiven – Desiderata«, in: Stefan Hartmann/Christian Thiel (Hg.), *Der schöne Schein. Symbolik und Ästhetik von Banknoten*, Regensburg: Gietl 2016, S. 21-51.
- Thomas, Duncan: »Intra-Household Resource Allocation: An Inferential Approach«, in: *The Journal of Human Resources* 25:4 (1990), S. 635-664.
- Treas, Judith: »Money in the Bank: Transaction Costs and the Economic Organization of Marriage«, in: *American Sociological Review* 58:5 (1993), S. 723-734.
- Tully, Claus/van Santen, Eric: »Das verfügbare Geld im Jugendalltag von 13- bis 17-jährigen Schülern und Schülerinnen. Empirische Ergebnisse«, in: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* 2 (2012), S. 197-211.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr 1972.
- Ders.: »Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen«, in: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Band 1*, Tübingen: Mohr Siebeck 1986, S. 237-573.
- Webley, Paul/Lea, Stephen E.G.: »The Partial Unacceptability of Money in Repayment of Neighbourly Help«, in: *Human Relations* 46:1 (1993), S. 65-76.
- Werner, Alejandro: »Outlook for the Americas«, in: *IMF Blog* (2018), <https://blogs.imf.org/2018/07/23/outlook-for-the-americas-a-tougher-recovery/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Wilks, Ariel: *The Moral Power of Money. Morality and Economy in the Life of the Poor*, Stanford: Stanford University Press 2018.

- Wimbauer, Christine: Geld und Liebe. Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Paarbeziehungen, Frankfurt a.M.: Campus 2003.
- Witter, Sophie/Fretheim, Atle/Kessy, Flora L./Lindahl, Anne Karin: »Paying for Performance to Improve the Delivery of Health Interventions in Low- and Middle-Income Countries«, in: The Cochrane Database of Systematic Reviews 2/2012, S. CD007899.
- Wuthnow, Robert: Poor Richard's Principle. Recovering The American Dream Through the Moral Dimension of Work, Business, and Money, Princeton: Princeton University Press 1996.
- Zelizer, Viviana A.: The Social Meaning of Money, New York: Basic Books 1994.
- Dies.: »Die Farben des Geldes. Vielfalt der Märkte, Vielfalt der Kulturen«, in: Berliner Journal für Soziologie 10 (2000), S. 315-332.
- Dies.: »The Social Meaning of Money: »Special Monies««, in: Geoffrey K. Ingham (Hg.), Concepts of Money. Interdisciplinary Perspectives from Economics, Sociology and Political Science, Cheltenham: Edward Elgar 2005, S. 575-605.

Thesen zur Ir/Rationalität des Geldes

Jochen Hörisch

Der folgende Text ist die Transkription eines frei gehaltenen Vortrags.

Vielen Dank für die Einladung, die hochgradig willkommene! Sehr geehrte Damen und Herren, man sagt es immer so konventionell – aber ich bin wirklich dankbar, weil es so selbstverständlich gar nicht ist, dass man einen Germanisten einlädt zu einer Tagung mit diesem Thema. Ich will Ihnen daher gleich zu Beginn die recht abstrakte Überlegung zumuten, warum man möglicherweise zu diesem Thema als Literaturwissenschaftler etwas zu sagen hat.

Eine anekdotische Antwort, oder mehr als eine anekdotische Antwort wäre: Ihr verehrter Vater, lieber Herr Binswanger, hat mit seiner *Faust*-Interpretation¹ mein Fach beschämt – beschämt, weil keinem Germanisten die hohe Plausibilität der Interpretation von Hans Christoph Binswanger aufgefallen ist. Seine Anregung war ungeheuer: Wir haben bei den ganzen *turns* in den Geisteswissenschaften – wir sind ange->turnt< durch den *colonial*, *gender*, *spatial* oder *iconic turn* – den entscheidenden Dreh übersehen. Doch der *economic turn* ist nicht nur in der Germanistik, sondern in der Literaturwissenschaft überhaupt, der produktivste. Er war auch ein Schub, der uns genötigt hat, heilige Texte wie Goethes *Faust* anders zu lesen. Die große These von Hans Christoph Binswanger war ja, dass Goethe die großartige Vermutung formuliert, dass Geld der Sphäre der Alchemie sehr nahe ist und man schlecht beraten sei, wenn man versucht, ökonomische und vor allen Dingen finanzökonomische Prozesse mathematisch oder am Paradigma des Physikstudiums zu entwickeln, sondern dass wir beim Geld in einer Sphäre einer irrationalen Zauberei sind, die produktive Nebeneffekte freisetzen kann. Wir alle wissen, dass wir der Alchemie beispielsweise das Porzellan zu verdanken haben. Also: Es kann aus Falschheiten und Verrücktheiten etwas Produktives, Konstruktives, eine technische Innovation – Herr Deutschmann, um mit Ihnen zu sprechen² – entstehen. Das wäre die anekdotische Geschichte, die uns am Beispiel der Binswanger-

1 Vgl. Binswanger, Hans Christoph: Geld und Magie. Eine ökonomische Deutung von Goethes Faust, 2. vollständig überarbeitete Ausgabe, Hamburg: Murmann 2005.

2 Vgl. den Beitrag von Christoph Deutschmann in diesem Band.

Interpretation gezeigt hat, dass wir Germanisten wirklich geldblind waren, obwohl es so überaus evident ist, dass der ganze *Faust* um Geldthemen kreist: »Nach Golde drängt/Am Golde hängt/Doch alles! Ach, wir Armen«³ – vor allen Dingen in *Faust II*, erster Aufzug.⁴

So viel zum Anekdotischen. Die zweite Überlegung ist weitaus abstrakter: der Untertitel unserer Tagung verweist auf die kollektive Wahrnehmung von Problemen, die mit der Geldsphäre verbunden sind. Und da ist natürlich das Eigentümliche, dass – wenn man Literatur als ein Medium des Wissens begreift – wir es hier mit einer hochgradig nicht-kollektiven, sondern vielmehr mit einer individualisierten, einer idiosynkratischen, ja, hochgradig unplausiblen Wahrnehmung zu tun haben. Literatur, die ›schöne Literatur‹, ist ja nicht verpflichtet, die Wahrheit zu sagen – im Gegenteil: Literatur hat die Lizenz zur Lüge, Literatur hat die Lizenz zur Fantasie, zum abwegigen Gedanken, also genau zu dem, was der kollektiven Wahrnehmung und eingespielten Verständigungsfiguren widerspricht. Ich mute Ihnen ganz schlicht – aber Sie kennen das ja schon – die systemtheoretische Grundsatzüberlegung zu, dass wir in ausdifferenzierten, modernen Gesellschaften Teilsysteme haben, die jeweils auf ein Problem spezifisch reagieren, nämlich mit einem binären Code und autopoietisch.⁵ Die Alternative wäre, dass man ein hierarchisiertes, stratifiziertes System hat, dessen Spitze glaubt, für alle Probleme zuständig zu sein. Um das geschwind durchzudeklinieren: Es gibt Konflikte, die Leute streiten sich, ein Maschendrahtzaun wird zwischen Nachbarn gezogen. Weil es Konflikte gibt, brauchen wir ein Justizsystem, das mit der binären Codierung ›Recht‹ und ›Unrecht‹ arbeitet. Und wenn die Angeklagte, die den Liebhaber umgebracht hat, eine schöne Angeklagte ist, dann darf der Richter gerade eben nicht den ganzen Menschen im Blick haben und sagen: »Ich spreche sie frei, weil sie so unwiderstehlich schön ist«, sondern: »Sie hat ihren Lover umgebracht, das ist verboten, der ganze Mensch kann bei diesem Urteil keine Rolle spielen«. Oder: »Sie spielt so wunderbar die *Mondscheinsonate*, deshalb erlasse ich ihr fünf Jahre vom Strafraumen«. Nein, so geht das nicht in modernen ausdifferenzierten Gesellschaften – und das ist auch gut so. ›Autopoietisch‹ heißt, es sprechen nur die Paragraphen der Justiz dafür, ob die Frau jetzt ins Gefängnis kommt oder nicht, ob sie schuldig oder nicht schuldig ist. Also: Ohne Probleme keine Systeme. Konflikte sind das Problem, die Justiz das es bearbeitende System. Knappheit ist ein

3 Goethe, Johann Wolfgang von: *Faust. Der Tragödie Erster Teil*, in: Ders., *Faust. Texte* (= Frankfurter Ausgabe, Band 7,1), herausgegeben von Albrecht Schöne, Frankfurt a.M.: Deutscher Klassiker Verlag 1994, S. 33-199, hier V. 654ff.

4 Vgl. Goethe, Johann Wolfgang von: *Faust. Der Tragödie Zweiter Teil*, in: Ders., *Faust. Texte* (=Frankfurter Ausgabe, Band 7,1), herausgegeben von Albrecht Schöne, Frankfurt a.M.: Deutscher Klassiker Verlag 1994, S. 201-464.

5 Vgl. Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1984.

Problem, die Wirtschaft das sich an ihm abarbeitende System. Ihr binäres Schema ist »kaufen«/»nicht kaufen«; »zahlen«/»nicht zahlen«. Das Wirtschaftssystem spezialisiert sich auf Bewältigung von Knappheiten und versucht das spezifisch mit diesem Code »zahlen«/»nicht zahlen« zu machen.⁶

Das Religionssystem wiederum arbeitet sich ab am Problem der Kontingenz. Warum bin ich 1951 und nicht zur Goethezeit geboren? Warum als Mann und nicht als Frau? Es gibt zigtausend Antworten auf die Problemfrage: »Warum ist überhaupt Seiendes und nicht vielmehr Nichts?«. Lauter Fragen, die schwer zu beantworten sind, weil sie das Problem der kleinen oder der absoluten Kontingenz fragen. Darauf spezialisiert sich das Religionssystem, und das macht es, indem es mit der Unterscheidung arbeitet: »immanent«/»transzendent«.⁷ Mir hat diese These Niklas Luhmanns immer sehr eingeleuchtet. Der Pfarrer darf eben in aufgeklärten Gesellschaften dem Wissenschaftler nicht reinreden und Vorschriften machen. Er kann zwar sagen: »Was Du als Wissenschaftler machst, hat enorme Folgen für die Glaubensbereitschaft der Leute.« Er darf aber nicht sagen: »Einstein, Du hast Unrecht, weil das alte theologische Weltbild kollabiert.« Und die große Rätselfrage ist: Wenn jetzt Kunst und Literatur auch ein System sind – man kann das ja infrage stellen, aber ich denke, sie sind auch ein System –, das systematische Leistungen erbringt, was ist dann das Problem, auf das Kunst, Literatur, und so weiter, Musik, Bildende Kunst reagieren? Es ist das Problem der Vieldeutigkeit. Man kann etwas so oder anders sehen. Das Glas ist halb voll oder halb leer. Das sind sachlich beides haltbare Aussagen, aber für die Lebenshermeneutik macht das eben einen Unterschied. Und die binäre Codierung, mit der das Kunstsystem auf solche Vieldeutigkeits-Probleme reagiert, ist die von »kohärent«/»inkohärent«, »gut gesagt«/»schlecht gesagt«, »stimmig«/»nicht stimmig«. »Ist das Metrum in Ordnung?«, »Ist das ein Reim, der uns überrascht?«.

»Die schönsten Gedichte der Menschen, /– nun finden Sie schon einen Reim!«, dichtet Peter Rühmkorf und umkreist damit das Problem, warum es in der deutschen Sprache auf »Mensch« kein Reimwort gibt. Dann kommt Rühmkorf und hat diese geniale Idee zu sagen: »Die schönsten Gedichte der Menschen, /– nun finden Sie schon einen Reim! –/sind die Gottfried Bennschen.«⁸ Und dann kommen Verse, die Schleim, sinkende Euphrat-Throne und Epigonen umkreisen. Ihm gehen die poetischen Pegasus-Pferde durch – und wir alle gehen auf die Knie und sagen: »geistreich, gut gesagt.« Ob das sachlich stimmt, steht auf einem ganz anderen und weniger wichtigen Blatt. Um die übliche Provokation zu verwenden:

6 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988.

7 Vgl. Luhman, Niklas: Die Religion der Gesellschaft, herausgegeben von André Kieserling, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2000.

8 Rühmkorf, Peter: Irdisches Vergnügen in g. Reinbek: Rowohlt 1959, S. 60.

Wenn Gottfried Benn dichtet: »Der soziologische Nenner,/der hinter Jahrtausenden schlief,/heißt: ein paar große Männer/und die litten tief«,⁹ sag nicht nur ich allein: »das ist ja fürchterlich politisch inkorrekt, wissenschaftlich nicht haltbar, absoluter Blödsinn«, aber es gibt da eine Ecke in unserem Herzen, wo wir sagen: »Der Sound ist gut, bekämpft das in der Sache, aber bewahrt euch ein bisschen Respekt vor dem Einfall, vor der These, vor dem Sound, vor dem Gottfried-Benn-Sound dieser Geschichte.«

Worauf will ich hinaus? Hochgradig idiosynkratische Wahrnehmungen, schwer haltbare Thesen, abweichende Wahrnehmungen, keine kollektiven, sondern gerade eben etwas, was der kollektiven, der eingefahrenen Wahrnehmung radikal widerspricht, macht Kunst so interessant und zu so einem spannenden Subsystem von Gesellschaften. Die Leistung, die Kunst im Allgemeinen erbringt, besteht darin – um im Luhmann-Slang zu sprechen –, dass man alternative Realitätswahrnehmungen kopräsent hält zu den eingespielten.¹⁰ Auch eine extreme Unwahrscheinlichkeit, wie dass der soziologische Nenner ein paar große Männer sind, wird als Denkmodell, auch wenn es falsch ist, weiter kopräsent gehalten, weil es gut gesagt ist. Man kann sagen, der Preis ist zu groß, wenn man das durchhält, aber das will ich jetzt gar nicht vertiefen.

Abweichende Wahrnehmung: Das, was Goethe im *Faust* über Geld zu sagen hat, über seine Rationalität und Irrationalität, über die emotionalen, theologischen und sexuellen Dimensionen des Geldes, widerspricht all dem, was ein Betriebswirt, was ein Volkswirt, was ein Soziologe in aller Regel – es sei denn, er ist so originell wie Deutschmann¹¹ – über Geld ausführen würde. Es entspricht nicht dem, was man im Einführungskurs Soziologie, BWL oder VWL hört. Das ist auch nicht der Sinn literarischer Äußerungen über Geld, sondern, ich wiederhole mich: dagegen zu halten und eine absolut unwahrscheinliche Wahrnehmung gegen eine Lehrmeinung zu halten (und hinterhältig darauf hinzuweisen, dass sich BWL und VWL sinnvollerweise nicht als Wissenschaften, sondern als Lehren bezeichnen). Ich will meine von Goethe und Binswanger inspirierte These zur Irrationalität des Geldes illustrieren. Wir haben es alle noch im kollektiven Gedächtnis: Daimler und Chrysler fusionieren, und der damalige Vorstandssprecher von Mercedes, Schrempf, gibt ein legendäres Interview, in dem er sagt: »Was wir mit der Fusion von Daimler und Chrysler machen, ist eine Hochzeit im Himmel«. ¹² Da klingen natürlich beim Philosophen alle Glocken: Hochzeit ist ein erotischer, emotional besetzter Begriff,

9 Benn, Gottfried: Sämtliche Werke. Band I. Gedichte 1, herausgegeben von Gerhard Schuster, Stuttgart: Klett-Cotta 2007, S. 174.

10 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Kunst der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997.

11 Vgl. z.B. Deutschmann, Christoph: Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus, 2., überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M./New York: Campus 2001.

12 Vgl. z.B. Bertram, Brigitte/Jocham, Andrea: »Ehe auf Rädern«, in: Handelsblatt vom 07.05.2003, [http://www.handelsblatt.com/archiv/fuenf-jahre-daimler-chrysler-ehe-auf-](http://www.handelsblatt.com/archiv/fuenf-jahre-daimler-chrysler-ehe-auf)

und Himmel ist ein theologischer Begriff. Da haben wir also einen Spitzenmanager, der extrem mit sexualisierten und religiös aufgeladenen Begriffen arbeitet. Meine Kollegen in Mannheim aus der BWL und aus der VWL sagen: »Also bitte, wenn du das so wahrnimmst, völliger Blödsinn. McKinsey und andere haben die beraten, es gibt Skaleneffekte, die sparen so und so viel ein, es ist eine absolut rationale Entscheidung«. Als Philologe würde ich umgekehrt sagen: »Man merkt schon an dieser Äußerung Schrempps: Da ist einer durchgeknallt, das ist ein hochgradig irrationales Investment.«

Leider hat der Philologe in dem Fall auch einmal Recht, war ja wohl keine so gute Idee, die Sache ist ziemlich dumm gelaufen. Aber wie gesagt, aus BWL-Sicht und auch aus volkswirtschaftlicher Sicht hieß es zumeist: ein *joint venture*, das sich lohnt, es rechnet sich, es ist darstellbar und dergleichen mehr. Dies nur, um deutlich zu machen, wie weit man möglicherweise auch diagnostisch und prognostisch kommen kann, wenn man abweichenden, aber literarisch alimentierten Wahrnehmungsmodellen verpflichtet ist. Und insofern freue ich mich, lieber Herr Deutschmann, natürlich auch sehr, dass Sie den Begriff der Fiktion mit verwendet haben.¹³ Dem Literaturwissenschaftler fällt wiederum auf, dass mehrere Begriffe aus der Finanz- und aus der Börsensphäre genuin poetische Begriffe sind. Ich denke, wenn ich zu einer Bank gehe und frage: »Könnt Ihr mir eine Hypothek geben?«, dann rechnen die das durch und wollen ein paar Unterlagen haben, und die Antwort ist dann: »Das ist darstellbar, oder nicht darstellbar«. Das ist doch offenbar ein Banker-Begriff, nicht? Die Darstellbarkeit der Kreditanfrage. Darstellbarkeit ist aber natürlich ein ästhetischer Begriff. Kann man es darstellen? Wie kann man es darstellen? Wenn Sie jung sind und wollen an die Börse gehen, dann brauchen Sie eine *Story*. Eine *Story*, mit der Sie beim Börsengang mögliche Kunden einigermaßen überzeugen können. Und heute ist das Wort »Narrativ« – die Europäische Union braucht ein neues Narrativ, weil sie in der Krise ist und so weiter – in aller Munde. Es ist ein Modewort, aber ja ein außerordentlich erfolgreiches und verbreitetes Modewort.

Die hohe Frequenz ästhetischer Begriffe im Finanzsektor ist schon auffallend. Sie gibt dem Vertreter eines Faches, das aus gutem Grund legitimieren muss, warum es von Steuerzahlern alimentiert wird, Selbstvertrauen. Zum Teufel, wozu brauchen wir Fächer wie Literatur- und Kulturwissenschaft? Brauchen wir die wirklich? Und natürlich wäre meine Antwort: »Ja.« Wenn denn die Literaturwissenschaft so gut beraten ist, etwa Binswanger zu lesen und das Potential an Wissen, das in Kunst angelegt ist, auch wirklich abzurufen, thesenförmig zu machen, kompatibel zu machen mit konkurrierenden, wissenschaftlichen Einwänden. So

raedern/2244874.html?ticket=ST-2757397-th0o6FuY9bn5SSQkDSDN-ap3 (letzter Abruf 20.06.2020).

13 Vgl. den Beitrag von Christoph Deutschmann in diesem Band.

viel als abstrakte Vorbemerkung methodischer Art. Ich hoffe, ich werde nicht gleich unterbrochen und rausgeworfen aus der Tagung, weil ich bewusst nicht auf kollektive Wahrnehmung, sondern auf kritische, literarische, ästhetische, abweichende Wahrnehmungen setze. Das gilt auch für den Theorieteil, den ich jetzt einschalten möchte.

Die beiden Mega-Diagnosen dessen, was in der, ich sage mal getrost: bürgerlichen Moderne geschieht, stammen von Max Weber und Karl Marx. Da wäre die berühmte Max Weber-Diagnose, dass wir in der Moderne in einem »stählernen Gehäuse« leben.¹⁴ Stählernes Gehäuse – das heißt: funktionierende Verwaltung, rechenhaftes Wirtschaften, Walten von Sachzwängen aller Art. Das alles ist kalkuliert und kalt, es bleibt kein Platz für die großen Gefühle und den Heroismus. Das alles ist gut so, aber es ist zugleich eine große Zumutung. So lautet bis hin zu dem Kultbuch von Helmut Lethen *Verhaltenslehre der Kälte*¹⁵ die verbreitete Diagnose über das, was uns in der Neuzeit und Moderne zugestoßen ist. Wir überleben im Zeitalter der Verdinglichung, der Entfremdung, der Rechenhaftigkeit, der Kalkulierbarkeit, des stählernen Gehäuses. Die Gegendiagnose, das macht man sich eigentlich selten klar, ist schon ein paar Jahrzehnte vor Max Weber ausgesprochen worden, sie stammt von keinem anderen als von Karl Marx, dessen zweihundertsten Geburtstag wir ja im letzten Jahr gefeiert haben. Marx hatte ein sehr feines Sensorium dafür, dass der Kapitalismus gerade keine Rationalitätsveranstaltung ist, sondern die inkarnierte Irrationalität darstellt, die verkehrte Welt, die man vom Kopf auf die Füße stellen muss. Wie in einer *Camera Obscura* ist im Kapitalismus alles verdreht und verrückt, nicht an seinem Platz – so lautet Marxens Gegendiagnose. Die Moderne ist das Zeitalter – ich zitiere aus dem *Kapital* – »der theologischen Spitzfindigkeiten und der metaphysischen Mucken«,¹⁶ die in der Waren- und in der Geldform stecken. Die Moderne ist verzaubert, sie ist verrückt, sie ist magisch, sie ist irrational, die Vormoderne war mit ihrem Ordo-Denken hingegen rational gegliedert und verlässlich. Mir hat das immer eingeleuchtet. Denken Sie einfach daran, wie ökonomisch geregelt und durchkalkuliert vormoderne Hochzeiten waren. In Gesellschaften, die wir als vormodern oder nicht richtig in der Moderne angekommen wahrnehmen, gilt das ja immer noch. Sie gucken sich vormoderne, traditionelle Bräuche an – ich hoffe, dass ich nicht nur Klischees bediene, oder ich hoffe, dass ich nur Klischees bediene und dass alles faktisch ganz anders ist – und stellen fest, da spielen der Brautpreis und die rationalen Aushandlungen

14 Vgl. z.B. Weber, Max: »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen: Mohr Siebeck 1988, S. 17–206, hier S. 204.

15 Vgl. Lethen, Helmut: *Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994.

16 Marx, Karl: *Das Kapital. Erster Band* (= Marx Engels Werke, Band 23), Berlin: Dietz 2013, S. 85.

zwischen Familien, die die Hochzeit arrangiert haben, also rationale Erwartungen und Einstellungen eine extrem große Rolle.

Liebesheiraten sind ein Produkt der Moderne. Dass man sich die Verrücktheit einer Liebesheirat leisten kann, auch gegen den Widerstand des Herkommens, auch gegen ökonomische Überlegungen beider Familien, aus denen die Liebenden kommen, das ist ein Produkt der Moderne. Die Moderne kann sich Romantik leisten, weil sie so sehr auf Verrücktheit setzt und weil sie mit dem Setzen auf Verrücktheit, auf Irrationalität eine ungeheure Produktivität freisetzt. Ein anderes Beispiel: Gucken Sie sich den Umgang mit Tieren im Mittelalter und in vormodernen Gesellschaften an – war der liebevoller als er unter Tierschutzbedingungen heute ist? Sie gucken sich die Frauenemanzipation an, den Umgang mit Kindern, wer nimmt wen ernst? Ist ein empathischer Umgang miteinander im Spätmittelalter oder im frühen Mittelalter oder in der Antike häufiger oder ist das stärker in modernen Gesellschaften vertreten? Und wir merken, dass Sensibilität, Romantik, Gefühlswerte, Umweltbewusstsein und dergleichen mehr eben ein Produkt der Moderne sind. Die Moderne ist romantisch, sie ist sensibel in ihren besten Dimensionen. Dass es Gegentendenzen gibt, Faschismus, Krieg, und so weiter, brauchen wir hier nicht zu erörtern, aber dass romantische Ideen als regulative Ideen in die Welt kommen, denen sich so gut wie alle mehr oder weniger verpflichtet fühlen, das ist eben das große Novum der Moderne.

Nun war Marx, wie Sie alle wissen, ein Hegelianer, der in seiner Geld- und Warenanalyse ja eine sehr, sehr weitreichende These entwickelt, nämlich die, dass im Geldverkehr selbst eine Irrationalität steckt. Warum? Weil das Geld interessanterweise ja gerade eben nicht rational in dem Sinne ist, dass es evidente Identitätsbeziehungen herstellt. 20 Ellen Leinwand = 1 Rock, beide sind äquivalent, kosten dieselbe Geldsumme.¹⁷ Eine solche Gleichung bedeutet ja, dass man Dinge, die nicht identisch sind, gleichsetzt. Tautologien sind langweilig. Dieser Stein ist dieser Stein, dieser Pullover ist dieser Pullover, diese Brille ist diese Brille – das wirft analytisch wenig ab. Spannend ist vielmehr festzustellen und festzusetzen: »Diese Lesebrille kostet 10 Euro und dieser Besuch im Café mit der Liebsten kostet ebenfalls 10 Euro – beide Werte sind äquivalent.« Was hat die Brille mit dem Cafébesuch zu tun? Gar nichts. Beides wird aber über Geld äquivalent gesetzt. Wir können das Wort »äquivalent« – ich bin wieder auf der Philologenseite – ins Deutsche übersetzen und sagen: »Es ist gleich-gültig.« Es ist in der Tat eine coole Operation, die aber als coole Operation einen sehr heißen Kern hat, nämlich die Identifikation des nicht Identischen. Im Hegel-Slang gesprochen: »Es ist eine Identität von Identität und Differenz.«¹⁸

17 Vgl. ebd., S. 63.

18 Abgewandeltes Zitat; für die entsprechende Textpassage vgl. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: »Differenz des Fichte'schen und Schelling'schen Systems der Philosophie«, in: Ders., Ge-

Wir setzen im Geldverkehr gleich, was nicht gleich ist. Und ich denke – aber das wäre Nebenthema –, dass Leute wie Adorno und Sohn-Rethel, in gewisser Weise auch Simmel mit seiner *Philosophie des Geldes*¹⁹ einfach Recht haben, wenn sie darauf aufmerksam machen, dass wir im heißen Zentrum eines vermeintlich rationalen Geldverkehrs die Irrationalität einer systematischen Identifikation des definitiv Nichtidentischen haben – Identifikation natürlich im Sinne von Äquivalenz. Wenn man dann noch einen Schritt weiter geht und die Marx'sche Semantik ernst nimmt und das weiter spinnt, zum Beispiel mit einem bedeutenden Buch von Herrn Deutschmann,²⁰ merkt man sehr schnell, wie viele theologische Momente in der Finanzsphäre stecken. Ich schlüpfte wieder in das Gewand des Philologen und mache ganz geschwind eine Werbeblock Einblendung und verweise auf meinen kleinen Essay *Die Theologie der Märkte – Man muss dran glauben*.²¹ Es fällt auf, wie viele theologische Begriffe die Geldsphäre grundieren und mit Konnotationen und *vibrations* versehen. Sie nehmen bei der Volks- und Raiffeisenbank einen Kredit auf, das kommt von *credo*, dann sind Sie Schuldner und haben in der Volks- und Raiffeisenbank einen Gläubiger. Wenn Sie den Kredit deutlich und gut umsetzen, können Sie damit ein Produkt platzieren, auf einer Messe. Dann meinen Sie aber nicht mehr das katholische Hochamt, sondern eben die Industriemesse, wo Sie Ihre Innovation ausstellen und die ist dann erfolgreich. Wenn sie erfolgreich ist, dann gibt es eine Wertschöpfungskette, da ist der Schöpfungsbegriff mit drin. Wenn Sie nicht erfolgreich sind und pleite gehen, müssen Sie einen Offenbarungseid machen. Auch Banken müssen ab und an einen Offenbarungseid leisten – bei den seriösen Volks- und Raiffeisenbanken war das noch nie der Fall; es gibt aber das hartnäckige Gerücht, dass bei der Lehmann Brothers-Pleite ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank mit seinem Depot von der Deutschen Bank zur Volks- und Raiffeisenbank gegangen ist. Ich habe das nicht verifizieren können, ich halte es aber für eine absolut plausible Geschichte. Klammer zu. Um unserem Gastgeber mit Überzeugung zu huldigen: Ich bin originellerweise als badischer Beamter bei der Badischen Beamtenbank, obwohl die ja glaube ich auch zum Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken gehört. Ich kriege keine Provision für das, was ich gerade gesagt habe gerade, leider. Also, wir merken: Theologische Begrifflichkeiten finden sich in der Finanzsphäre zuhauf. Je höherstufig wir sind bei den Problemen, die die Geldsphäre umgeben, desto stärker ist die theologische Aufladung dieser Begriffe. Denken Sie etwa an den technischen Begriff des *fiat money*, das die EZB

sammelte Werke. Band 4 (= Jenaer Kritische Schriften), herausgegeben von Hartmut Buchner/Otto Pöggeler, Hamburg: Meiner 1968, S. 1-92, hier S. 64.

19 Vgl. Simmel, Georg: *Philosophie des Geldes* (= Gesamtausgabe Band 6), Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2011.

20 Vgl. C. Deutschmann: *Verheißung*.

21 Vgl. Hörisch, Jochen: *Man muss dran glauben. Die Theologie der Märkte*, München: Fink 2013.

schöpft. Sie schöpft Geld, ein Schöpfungsakt. *Fiat lux*, es werde Licht, sagt der Gott der Genesis. »Es werde Licht. Und es ward Licht«. »Es werde Geld. *Fiat money*«, sagt die EZB, und es wird Geld. Übrigens sind die Umstände dieser Geldschöpfung so konklavenhaft unöffentlich wie nur irgendetwas, keine Pressekonferenz, keine Beobachtung durch die Öffentlichkeit. Ich glaube, noch nicht einmal ein Protokoll, in dem mehr drin steht als »der Zinssatz wurde erhöht oder gesenkt« oder dergleichen mehr. Ein Satz, Schluss, aus, alle. Anders als in weiten Sphären demokratischer Gesellschaften ist die EZB-Sphäre eine Sphäre, die radikal der Beobachtung entzogen wird. Was da geschieht, darf keiner verraten, so wenig, wie man beim Konklave verraten darf, wem man seine Stimme als zukünftigem Papst gegeben hat.

Nun könnten Sie sagen: Aber hinter den theologischen Grundbegrifflichkeiten steckt ein sachlich-funktionales Konzept, das ersichtlich an der Religion orientiert ist. Wir alle wissen, dass wir die Geldillusion brauchen. Wenn Religion funktionieren soll, muss Gott beglaubigt werden; wenn das kollektiv nicht der Fall ist, klappen Religionen nicht. Und wir alle wissen, dass, wenn wir Geld nicht beglaubigen, die Geldillusion nicht beglaubigen, Banken kollabieren würden. Ich habe übrigens großen Respekt vor der politischen Sphäre, viele von den ein wenig Älteren werden auch das noch vor Augen haben, wie bei der Lehmann Brothers-Pleite damals noch Steinbrück als Finanzminister und Merkel als Kanzlerin aufgetreten sind und gesagt haben: »Wir beide garantieren Euch: Eure Einlagen sind sicher.« Für diesen Sprechakt gab es keine institutionelle Legitimation. Zwei individuelle Personen in hohen Ämtern können das nicht garantieren. Sie haben nicht das Instrumentarium, und, und, und. Es hat komischerweise geklappt, es waren Worte, die beglaubigt wurden und die wahrscheinlich eine mittlere Katastrophe, wenn nicht eine große Katastrophe verhindert haben. Es waren Zauberworte. Man muss daran glauben, und wenn man nicht daran glaubt, dann hätte man eben eine Finanz- und Wirtschaftskrise vom Allerfeinsten gehabt. So hatten wir nur eine sehr ordentliche, aber unter uns gesagt, für Leute, die gut situiert sind, für unsereins also, handelte es sich um eine erstaunlich gut gelaufene Krise – gerade auch im Vergleich zu 1929. Auch wenn Sie fragen: »Wie ist Geld gedeckt? Wie ist das, was der Pfarrer in der Kirche erzählt, gedeckt?« Durch eine heilige Schrift und so weiter. Wir alle wissen, dass das nicht sehr seriöse wissenschaftliche Begründungs- und Falsifikations- oder Verifikationsprogramme sind. Auch da haben wir also eine ganz, ganz starke Parallele zwischen Ökonomie und Religion. Die stärkste Parallele ist wohl die Hand-Metaphorik. Wir sind, wenn wir gläubig sind, alle in Gottes Hand. Gott ist allmächtig, wir durchschauen seine höhere Intelligenz nicht, wir sind nicht auf seinem Niveau, aber wir haben eben »Gottvertrauen«. Wir können – Bonhoeffers Wort – »nicht tiefer fallen, als in Gottes Hand«. Die Gotteshand hält alles zusammen und die faustische Frage, was die Welt im Innersten zusammenhält, kann man dann eben sehr eindeutig beantworten, eben mit Gott. Die Neuzeit

stellt von der Hand Gottes auf die *invisible hand* des Marktes um, der eine Superintelligenz ist, der wir kleinen Konsum- und Produktionssubjekte nicht das Wasser reichen können. Der Markt weiß alles, alles ist schon eingepreist, das ist eine Superintelligenz, auf deren Höhe sind wir nicht. Joseph Vogl spricht sehr schön von der Parallele zwischen der Theodizee-Frage:²² Wenn der liebe Gott allmächtig und ein guter Gott ist, wie kann dann das Erdbeben von Lissabon stattfinden? Wenn der Markt alles weiß, wie kann dann die Oikodizee-Frage beantwortet werden? Also parallel zur Theodizee-Frage. Es gibt Krisen, ja, was sich der liebe Gott, was sich der Markt dabei denkt, wir wissen es nicht, aber *in the long run* wird es schon wieder zu stabilisierten Gleichgewichtszuständen kommen, so die religiöse und so die ökonomische Antwort.

Ein weiterer Punkt, den ich für den allerheißesten halte: Wenn man Kapitalismus und Geldwirtschaft als irrational religiöse Veranstaltung begreift, so kreist diese Veranstaltung eindeutig um den Prozess der Wandlung. Und ich verwende ganz bewusst dieses Wort aus der Theologie im Lateinischen: Transsubstantiation. Wenn Sie gut katholisch sozialisiert worden sind, ist das Wort Ihnen vertrauter als Protestanten: Klingelingelingeling, und aus dem Esspapier ist dann der Leib Christi geworden und aus dem Wein eben das Blut Christi. Das ist ein Transsubstantiations-, ein Wandlungsakt, den viele so recht nicht mehr beglaubigen wollen. Nicht zuletzt an der Frage nach dem Abendmahl und wie es beglaubigt werden soll, haben sich Protestantismus und Katholizismus dann entscheidend unterschieden. Aber, wie auch immer, gerade wenn diese Diskussion stattfindet, setzt sich ein neues Medium, das beglaubigt wird, universal durch als ein Tausch und als ein ökonomische Prozesse zusammenhaltendes Medium, das Geldmedium.²³ Und das große Versprechen des Geldmediums ist: »Die Wandlung klappt.« Das ist uns so selbstverständlich geworden, dass wir den großen Zauber, den großen magischen Zauber, der vom Geld als Wandlungsmedium ausgeht, gar nicht mehr wahrnehmen. Sie alle haben heute schon Wandlungen vollzogen, weil Sie eben im Hotel eing_checked haben oder einkaufen gewesen sind oder bei der Fahrt mit dem Bus hierher bezahlt haben und dergleichen mehr. Und auf einmal kriegen Sie ein Hotelzimmer und Sie kriegen eine Busfahrt und Sie kriegen ein Essen und so weiter. Das heißt, Sie schieben etwas Symbolisches rüber, keine Hostie, sondern ein Stück Papier, das bedruckt ist oder Sie zahlen mit Ihrer Unterschrift, oder, oder, oder und es kommt ein wertvolles Gut, eine wertvolle Dienstleistung dabei heraus: eine Form der Wandlung, die buchstäblich funktioniert. Das scheint mir der eigentliche Zauber des Kapitalismus zu sein.

Dass der kapitalistische Wandlungszauber nicht selbstverständlich ist, sieht man ja immer wieder. Blicken wir nach Venezuela, dann weiß man, was es heißt,

22 Vgl. Vogl, Joseph: Das Gespenst des Kapitals, Zürich: Diaphanes 2010.

23 Vgl. Hörisch, Jochen: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996.

wenn dieses Wandlungsversprechen nicht mehr funktional ist. Dann gibt es Probleme, wie man sie bei Hyperinflationen hat. Vertrauen in die Wandlungskraft des Geldes ist eben nicht irgendeine Frage, an der das Funktionieren von Gesellschaften hängt, sondern *die* absolut entscheidende Frage. Also, *invisible hand*, Hand Gottes, Transsubstantiation, die wandelnde Kraft des Geldes, Theodizee, Oikodizee und die ganzen anderen Begrifflichkeiten, die ich genannt habe, sprechen kräftig mit, wenn man sagt: Es ist kein Wortgeklingel, es ist eine sachlich belastbare Strukturäquivalenz zwischen der Religionssphäre und der finanzökonomischen Sphäre vorhanden.

Ein weiterer Aspekt ist nicht minder emotional besetzt als glaubensintensive religiöse Fragen: Es ist die erotisch-sexuelle Dimension des Geldes. Man hat eine ›Stange Geld‹, man hat ein erfolgreiches Unternehmen gegründet, aber die Bilanz knickt ein und dann muss man sie wieder aufrichten. Und wenn es gelingt, sie wieder aufzurichten, dann ist das Unternehmen *potent*. Eine völlig verbreitete Sprechweise, ein potentes Unternehmen. Woran merkt man, dass ein potentes Unternehmen da ist und nicht ein in Insolvenzgefahr geratenes Unternehmen? Weil es in der Lage ist, die Gläubiger zu ›befriedigen‹. Der potente Unternehmer befriedigt den Gläubiger. Auch die große Vorstellung, dass Geld sich vermehren kann, ist sexy. Im Altgriechischen ist ja der Begriff für Geld unter anderem *Token*, was zugleich auch »Kinder« heißt. Es gibt Kinder und Kindeskind, die hat man gemacht, man vermehrt sich, Geld vermehrt sich. So wie es Kinder und Kindeskind gibt, gibt es Zinsen und Zinseszinsen. »Geld heckendes Geld«,²⁴ würde Marx sagen. Es pflanzt sich fort, es vermehrt sich, es ist sexuell produktiv, es wird mehr. Also auch da merken wir, dass wir es sehr deutlich mit sexuellen *vibrations* in der Geldsphäre zu tun haben. Das gilt natürlich gerade in der Sphäre, die man in alter, linker Tradition das »ganz große Geld« nennt. Natürlich wissen wir alle, dass, wenn Sie nicht ordentlich alimentierter Beamter wie unsereins sind, in der erhabenen Geldsphäre andere Regeln gelten. Ich will übrigens der Letzte sein, der über höhere Beamtenbesoldung klagt, ich bin vielmehr sehr dankbar dafür, dass ich mein Berufsleben mit Ihren Steuerzahlerkosten verbringen konnte, auf eine Art und Weise, in der ich Leidenschaft und Hobby auf der einen Seite und Beruf auf der anderen Seite zusammenkriegen konnte – aber es gibt noch andere, wesentlich höhere Verdienstsphären als die eines deutschen Professors. Das schöne bzw. abgründige Problem beim großen Geld ist schnell benannt man merkt sehr schnell, dass das keine Entsprechung mehr haben kann auf der Realienseite, dass Sie nicht in bessere Restaurants oder Hotels gehen, Sie auch nicht mehr bessere Autos kaufen können oder auch die Möbel nicht mehr wertvoller sind, wenn Sie

24 Marx, Karl: Das Kapital. Dritter Band (= Marx Engels Werke, Band 25), Berlin: Dietz 1983, S. 405.

in der Sphäre sind, ob Sie, ich sage mal, 500.000 im Jahr machen oder eine Million. Und ob Sie eine Million machen oder fünf oder zehn Millionen im Jahr, wirkt sich ja auf den alltäglichen Lebensstandard nicht ansatzweise aus. Es ist dann – entschuldigen Sie, wenn ich so männlich sexistisch spreche – wie bei Yachten. Ich habe nicht den Längeren, sondern die Längere.

Ich will jetzt nicht »altlinks« auf Superreiche einschlagen, ich komme aus der Kurpfalz, wo wir sehr viele sehr beachtliche Mäzene haben, etwa aus dem Umkreis der SAP-Gründer, großartig, wie die mäzenatisch damit umgehen und etwa die neue Mannheimer Kunsthalle mal geschwind privat finanzieren und dergleichen mehr segensreiche Tätigkeiten ausgeübt haben. In dieser Sphäre spielt das symbolische Kapital eine entscheidende Rolle; es ist die pseudorationale Variante der Irrationalität des Geldes. Wer hat das teurere Bild zuhause hängen? Wer hat sich das kaufen können? Und natürlich weiß man, dass es nicht rational ist, wenn man für ein Bild, das Leonardo Da Vinci zweifelhafter Weise zugesprochen wird 450 Millionen zahlt, wie für »Salvator Mundi«. ²⁵ Das »Salvator Mundi«-Bild, Da Vinci zugesprochen, wurde in der Sektion für Gegenwartskunst versteigert. Warum? Weil kein einziges Farbsegment mehr aus der Zeit von Leonardo stammt, das ist zu Tode restauriert. Es ist auf Holz gemalt; das Holz ist authentisch aus der Leonardo-Zeit, das ist leicht heute rauszukriegen. Was macht den Wert von 450 Millionen aus? Eine Äquivalenz für eine erhabene Geldsumme finden! Es muss auch für Supervermögen im Bereich der wertvollen Dinge noch Äquivalente geben. Das scheint mir die wichtige Funktion, die magische, die verrückte Funktion des Kunstmarkts zu sein. Er erhält die Vision aufrecht, dass es Äquivalente zu Geld geben muss. Die gibt es aber sonst – ich wiederhole mich – im privaten Bereich nicht, es gibt nicht etwas, was man im Wert von einer Milliarde konsumieren kann. Aber da ist dann eben der hoch aufgeheizte, irrationale, magische, fetischistisch besetzte Kunstmarkt. Kein Wunder, dass Marx den Fetischbegriff, der ja sowohl ein religiöser als auch ein sexueller Begriff ist, rein kopiert hat in die Analyse von Finanzkapitalismus.

Ganz kurz nur als Hinweise für eine mögliche Dimension: Marx sagt: Der Kapitalismus ist verrückt. Er ist magisch. Er ist fetischistisch. Er zaubert. Er ist alchemistisch, mit Binswanger zu sprechen. Er ist nicht rational kalkulatorisch, sondern in seiner Basis wirklich von allerstärksten religiösen und sexuellen Impulsen her aufgeladen. Das hat enorme praktische Konsequenzen und Effekte. In der

25 Vgl. z.B. Zöllner, Frank: »Der teuerste Flop der Welt?«, in: Die Zeit vom 03.01.2019, <https://www.zeit.de/2019/02/salvator-mundi-leonardo-da-vinci-gemaelde-verkauf> (letzter Abruf 20.06.2020).

Polanyi-Perspektive²⁶ will ich das andeuten, nicht ausführen. Es gibt drei Größen, die eigentlich nicht waren- und geldtauglich sind. Land wäre das erste Paradigma, das klassische Beispiel. Land ist in dem Sinne keine klassische Ware, dass man es nicht produzieren kann. Wenn wir großes Bedürfnis haben, nach Kühlschränken oder Autos oder Computern oder Smartphones, dann produzieren wir eben mehr Smartphones. Mehr Land können Sie (von kleinen, sophistischen Ausgestaltungen wie der am Ende von *Faust II*, 5. Akt einmal abgesehen) nicht so produzieren, wie man Smartphones produziert. Land wird aber wie eine Ware behandelt, die man für Geld bekommen kann. Bis heute ein aktuelles Problem. Wir schauen uns den Wohnungsmarkt und Betongeld an, das ist keine Kleinigkeit, was wir da als Problem haben. Ist Land eine Ware wie andere? Definitiv nicht. Sollen wir Land trotzdem so behandeln, als sei es eine Ware wie andere? Lange Diskussion, ich will sie nicht entscheiden. Zweitens das klassische Marx-Argument: Ist Arbeit eine Ware wie andere? Also kann man sagen, Mindestlohn, aha, Erhöhung von 8,40 auf 10,50. Eine Stunde Arbeitskraft ist dann soviel wert wie eine Kinokarte – wiederum die Äquivalenzsuggestion. Ist das, was Waren schafft, selbst als Ware behandelbar? Die Antwort ist: Ja, der Kapitalismus macht das. Aber ist das gewissermaßen koscher? Ist das eine Operation, die man analytisch, intellektuell, ethisch und so weiter rechtfertigen kann? Oder ist das eine Äquivalenzsetzung, die abgründige Dimensionen hat? Auch da will ich einfach nur das Problem in aller Knappheit exponieren. Der dritte Punkt ist eben das Geld selbst. Ist das Medium, das Tauschprozesse ermöglicht, erleichtert, Wandlungsprozesse ermöglicht, selbst wie eine Ware behandelbar? Kann man so tun, als sei Geld eine Ware wie andere Waren auch? Also: Land, Arbeit und Geld zu »commodifizieren«, um mit Polanyi zu sprechen, ist eine magische Grundoperation des Kapitalismus. Ich erwähne das nur, um deutlich zu machen, dass ich hoffentlich nicht bei philologischen Spintisierungen bin, sondern bei tiefen, strukturalen, sachlich relevanten Problemen, wenn ich den Kapitalismus mit Marx als verrückt erkläre.

Und jetzt kommt die Volte, die Sie überraschen mag, sie ist auch nicht ironisch gemeint, sondern mit Marx, zur Hälfte von mir aus auch von Hörisch, authentisch gemeint. Marx fängt ja das *Kapital* an mit einer großen Kapitalismushuldigung: »Der Kapitalismus ist eine ungeheure Warenansammlung.«²⁷ Auch im *Kommunistischen Manifest* fällt er ja erstmal auf die Knie und betet die unglaubliche Produktivität des Kapitalismus im Vergleich zu anderen Wirtschaftsformen wie Merkantilis-

26 Vgl. Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, übersetzt von Heinrich Jelinek, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973.

27 K. Marx: *Das Kapital*. Erster Band, S. 49.

mus, Feudalismus usw. an.²⁸ Und nicht ernsthaft bestreiten kann man ja bis heute, dass die Produktivität dieses magischen, irrationalen, finanzgesteuerten Kapitalismus ungleich größer ist als die etwa von zentralen Kommandowirtschaften, wie wir sie im Staatssozialismus haben. Es lässt sich dies nicht ernsthaft bestreiten. Und also würde ich Marx noch ein bisschen radikalisieren – und mich zugleich mit bestimmten Spätmarxisten anlegen wie mit meinen Kollegen in Mannheim aus der neoorthodoxen BWL- und VWL-Richtung – und sagen: Der Kapitalismus ist so erfolgreich, weil er mit der irrationalen, emotional unglaublich aufgeladenen Form des Geldes arbeitet und also bewusst auf Irrationalismus setzt. Der Kapitalismus ist produktiv aufgrund der Zulassung von sexuell und religiös aufgeladenem Irrationalismus – und weil er unkritisch ist. Er ist unkritisch gegenüber alten Tugendformen. Mit Marx zu sprechen – Lieblingszitat Ihres Vaters, lieber Mathias Binswanger: Faust taucht auf, Faust will wissen, wer Mephisto ist, und dann sagt Mephisto: »[Ich bin] [e]in Teil...« – Sie kennen es alle, bürgerliches Prunkzitat – »...von jener Kraft,/Die stets das Böse will und stets das Gute schafft«.²⁹ Das ist eine glatte Adam Smith-Paraphrase, *private vices*, das böse Wollen, *become public benefits*,³⁰ werden öffentliche Reichtümer, Tugenden, also Produktivitäten, wie immer Sie *benefits* übersetzen wollen. »[D]er Teufel ist ein Egoist«, sagt dann Faust zu Mephisto, »Und tut nicht leicht um Gottes willen,/Was einem andern nützlich ist«.³¹ Die große Einsicht ist, dass das Böse (Eigennutzenmaximierung, Ausbeuten, Ungerechtigkeit, Egoismus und dergleichen mehr) zuzulassen, also all das, was in der aristotelischen oder christlichen oder islamischen oder jüdischen Tradition, also in der religiösen, ethischen Traditionslinie diskriminiert ist und klein gehalten wird, hinzunehmen und zu lizenzieren, gute Effekte freisetzt. Diese mephistophelische Volte wird vom kapitalistischen Wirtschaftssystem und nur vom Wirtschaftssystem lizenziert – und das ist auch gut so.

Ich komme zum Schluss, ich bin emeritiert, genieße das, habe aber immer noch Kontakt zu einigen wenigen BWL- und VWL-Lehrern meiner Uni – man sagt

28 Vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich: »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: Marx Engels Werke. Band 4, Berlin: Dietz 1977, S. 459-493, hier S. 463f.

29 J.W. Goethe: Faust. Der Tragödie Erster Teil, V. 1335f.

30 Ursprünglich stammt diese Formulierung aus dem Untertitel von Bernard Mandevilles Bienenfabel (vgl. Mandeville, Bernard: *The Fable of the Bees: Or, Private Vices, Publick Benefits. The First Volume*, Oxford: Clarendon 1924), mit der sich Adam Smith in verschiedenen Schriften auseinandergesetzt hat. Vgl. Smith, Adam: *The Theory of Moral Sentiments* (= *The Glasgow Edition of the Works and Correspondance of Adam Smith*, Band 1), herausgegeben von David D. Raphael/Alexander L. Macfie, Oxford: Clarendon 1976; Smith, Adam: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (= *The Glasgow Edition of the Works and Correspondance of Adam Smith*, Band 2), 2 Bände, herausgegeben von Roy H. Campbell/Andrew S. Skinner/William B. Todd, Oxford: Clarendon 1976.

31 J.W. Goethe: Faust. Der Tragödie Erster Teil, V. 1651ff.

immer interdisziplinär und wann ist man es schon mal? –, die mich schwer traumatisiert und angeregt haben. Wenn ich die Frage: »Was ist denn sozusagen Eure Philosophie, Euer Theorierahmen, wenn Ihr das so ein bisschen explizit machen wollt?«, dann sagen sie alle: »Kritischer Rationalismus.« Der Name Albert fiel ja schon, Albert als deifizierte Figur der Mannheimer Theorieszene, kritischer Rationalismus.³² Und wenn ich dann sage: »Ich finde das aber unplausibel, weil Kapitalismus unkritisch ist«, also unkritisch gegenüber dem Bösen, Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, weil sie weiß, dass man damit das Gute schafft, reagieren die irritiert. Wenn ich sage: Kapitalismus, geldfixierter Kapitalismus ist unkritischer Irrationalismus und genau deshalb so produktiv und so überzeugend, kriege ich wenig Zustimmung von BWL- und VWL-Professoren, auch wenig Zustimmung von Theologen und Soziologen und, ich bin mir sicher, auch wenig Zustimmung von Ihnen. Aber ich denke, dass ich einigermaßen zäh – es sei denn, Sie haben wirklich sehr gute Argumente – bei dieser These bleiben werde. Ich schließe also mit der Feststellung, dass der Kapitalismus in seinem Verhältnis zum Steuermedium Geld nur (deshalb) als rational dargestellt werden kann, weil er rational und aufgeklärt genug ist, den unkritischen Irrationalismus, der im Finanzwesen und im Geldverkehr steckt, zuzulassen. Das ist die Rationalität des Kapitalismus: Irrationalität zu lizenzieren. Vielen Dank, dass Sie meine Zumutungen ertragen haben, ich bin gespannt auf Ihre Fragen.

Literatur

- Albert, Hans: Kritischer Rationalismus, Tübingen: Mohr Siebeck 2000.
- Benn, Gottfried: Sämtliche Werke. Band I. Gedichte 1, herausgegeben von Gerhard Schuster, Stuttgart: Klett-Cotta 2007, S. 174.
- Bertram, Brigitte/Jocham, Andrea: »Ehe auf Rädern«, in: Handelsblatt vom 07.05.2003, <https://www.handelsblatt.com/archiv/fuenf-jahre-daimler-chrysler-ehe-auf-raedern/2244874.html?ticket=ST-2757397-th006FuY9bn5SSQkDSDN-ap3> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Binswanger, Hans Christoph: Geld und Magie. Eine ökonomische Deutung von Goethes Faust, 2. vollständig überarbeitete Ausgabe, Hamburg: Murmann 2005.
- Deutschmann, Christoph: Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus, 2., überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M./New York: Campus 2001.

32 Vgl. z.B. Albert, Hans: Kritischer Rationalismus, Tübingen: Mohr Siebeck 2000.

- Goethe, Johann Wolfgang von: Faust. Der Tragödie Erster Teil, in: Ders., Faust. Texte (= Frankfurter Ausgabe, Band 7,1), herausgegeben von Albrecht Schöne, Frankfurt a.M.: Deutscher Klassiker Verlag 1994, S. 33-199.
- Goethe, Johann Wolfgang von: Faust. Der Tragödie Zweiter Teil, in: Ders., Faust. Texte (= Frankfurter Ausgabe, Band 7,1), herausgegeben von Albrecht Schöne, Frankfurt a.M.: Deutscher Klassiker Verlag 1994, S. 201-464.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: »Differenz des Fichte'schen und Schelling'schen Systems der Philosophie«, in: Ders., Gesammelte Werke. Band 4 (= Jenaer Kritische Schriften), herausgegeben von Hartmut Buchner/Otto Pöggeler, Hamburg: Meiner 1968, S. 1-92.
- Hörisch, Jochen: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996.
- Hörisch, Jochen: Man muss dran glauben. Die Theologie der Märkte, München: Fink 2013.
- Lethen, Helmut: Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994.
- Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1984.
- Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988.
- Luhmann, Niklas: Die Kunst der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997.
- Luhmann, Niklas: Die Religion der Gesellschaft, herausgegeben von André Kieserling, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2000.
- Mandeville, Bernard: The Fable of the Bees: Or, Private Vices, Publick Benefits. The First Volume, Oxford: Clarendon 1924.
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band (= Marx Engels Werke, Band 23), Berlin: Dietz 2013.
- Marx, Karl: Das Kapital. Dritter Band (= Marx Engels Werke, Band 25), Berlin: Dietz 1983.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: Marx Engels Werke. Band 4, Berlin: Dietz 1977, S. 459-493, hier S. 463f.
- Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, übersetzt von Heinrich Jelinek, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973.
- Rühmkorf, Peter: Irdisches Vergnügen in g, Reinbek: Rowohlt 1959.
- Simmel, Georg: Philosophie des Geldes (= Gesamtausgabe Band 6), Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2011.
- Smith, Adam: The Theory of Moral Sentiments (= The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Band 1), herausgegeben von David D. Raphael/Alexander L. Macfie, Oxford: Clarendon 1976.
- Smith, Adam: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (=The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Band 2),

- 2 Bände, herausgegeben von Roy H. Campbell/Andrew S. Skinner/William B. Todd, Oxford: Clarendon 1976.
- Vogl, Joseph: *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich: Diaphanes 2010.
- Weber, Max: »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«, in: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen: Mohr Siebeck 1988, S. 17-206.
- Zöllner, Frank: »Der teuerste Flop der Welt?«, in: *Die Zeit* vom 03.01.2019, <https://www.zeit.de/2019/02/salvator-mundi-leonardo-da-vinci-gemaelde-verkauf> (letzter Abruf 20.06.2020).

Geld aus dem Nichts: Geldschöpfung der Banken und ihre Folgen für die Wirtschaft

Mathias Binswanger

I. Der Prozess der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken

Wenn es darum geht, die Tätigkeit von Banken zu beschreiben, dann stellen sich die meisten Menschen Folgendes vor: Banken sammeln die Ersparnisse von Haushalten oder Unternehmen, die in einer bestimmten Periode mehr Geld verdienen als sie ausgeben wollen und vergeben diese dann wiederum als Kredite an Unternehmen oder ebenfalls Haushalte, die in einer bestimmten Periode mehr Geld ausgeben wollen, als sie verdienen, und sich deshalb Geld ausleihen. Je mehr also in einer Wirtschaft gespart wird und die Menschen Geld auf ihren Bankkonten lassen, umso mehr können die Banken dann Kredite vergeben. Die Geschäftsbanken können gemäß dieser Sichtweise nicht mehr Kredite vergeben, als das Publikum willens ist, ihnen an Ersparnissen zur Ausleihung zur Verfügung zu stellen. Banken sind somit Finanzintermediäre, deren Tätigkeit in erster Linie darin besteht, Geld von Sparern (Einlegern) zu Investoren (Kreditnehmern) zu transferieren. Dafür verlangen sie von den Kreditnehmern einen Zins, welcher den Zins, den sie selbst an die Einleger zahlen, übersteigt. Diese Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen macht die Bankentätigkeit profitabel und sorgt dafür, dass sich Banken stets darum bemühen, weitere Ersparnisse zu akquirieren.¹

Diese traditionelle Vorstellung der Bankentätigkeit ist in der Abbildung 1 zusammengefasst.

Diese Sichtweise erscheint auf den ersten Blick plausibel und wird in vielen Lehrbüchern zu Banken auch noch so dargestellt. Wären Banken allerdings tatsächlich Finanzintermediäre im eben beschriebenen Sinn, dann müsste man in der Realität damit rechnen, dass ihnen immer wieder die Ersparnisse ausgehen, und sie dann keine Kredite mehr vergeben können. Die Banken wären dann vergleichbar mit einer Blutbank in einem Krankenhaus. Die Bank müsste ihren Kun-

1 Eine ausführliche Darstellung des Themas dieses Aufsatzes findet sich in Binswanger, Mathias: Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen, Weinheim: Wiley-VCH 2015.

Abbildung 1: Falsche Vorstellung der Banken als Intermediäre.



den dann genau wie eine Blutbank von Zeit zu Zeit mitteilen: ›Leider haben wir im Moment keine Ersparnisse (Blut) mehr, aber Sie können sich in eine Warteliste eintragen, und wir benachrichtigen Sie dann, wenn wieder Ersparnisse bei uns eingetroffen sind.‹ Eine solche Mitteilung hat aber wohl noch kaum jemand von seiner Bank erhalten, aus dem einfachen Grund, weil Banken für die Kreditvergabe unmittelbar keine Ersparnisse brauchen. Sie haben stets die Möglichkeit, weitere Kredite zu vergeben, solange weitere Nachfrage nach Krediten existiert und die potentiellen Kreditnehmer als kreditwürdig eingestuft werden. Ein Finanzintermediär, der nur Ersparnisse sammelt und diese dann wieder ausleiht, wäre dazu nicht in der Lage.

Von der lieb gewonnenen Vorstellung einer Bank als Finanzintermediär müssen wir uns deshalb lösen. Andernfalls können wir weder die Tätigkeit von Banken noch die Wirkung des Geldes in einer modernen Wirtschaft verstehen. Banken wirken zwar auch als Finanzintermediäre, wenn Investment-Banken Unternehmen dabei helfen, Käufer für die von den Unternehmen emittierten Wertpapiere zu finden. Sobald es aber um die Kreditvergabe selbst geht, ist eine Bank ›Geldproduzent‹ und nicht Finanzintermediär. Auch einzelne Zentralbanken haben dies mittlerweile erkannt. Die Deutsche Bundesbank betont in der auf ihrer Homepage zu findenden Broschüre *Geld und Geldpolitik*² ausdrücklich die Rolle der Banken als geldschöpfende Institutionen. Und die Bank of England erklärt in einem Beitrag in ihrer Zeitschrift *Quarterly Bulletin* zu Beginn des Jahres 2014 ausführlich, wie Geschäftsbanken über Kreditvergabe Geld schaffen.³ Dieser Prozess wird im folgenden Kapitel beschrieben.

Der Prozess der Geldschöpfung in der heutigen Wirtschaft wird im Wesentlichen durch den Satz ›Kredite schaffen Einlagen‹ beschrieben oder, wie es im englischen Original heißt: ›Loans make deposits‹. In einer modernen Wirtschaft entsteht Geld hauptsächlich durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken. Wann

2 Deutsche Bundesbank: *Geld und Geldpolitik*, Frankfurt a.M.: Deutsche Bundesbank 2019, <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/schule-und-bildung/geld-und-geldpolitik-k-606038> (letzter Abruf 20.06.2020).

3 McLeay, Michael/Radia, Amar/Thomas, Ryland: »Money Creation in the Modern Economy«, in: Bank of England *Quarterly Bulletin* Q1 (2014), S. 14-27.

immer eine Geschäftsbank entscheidet, dass ein Bankkunde kreditwürdig ist und sie ihm deshalb einen Kredit gibt, dann wird der entsprechende Betrag dem Konto des Bankkunden gutgeschrieben. In dem Moment, wo die Gutschrift erfolgt, erhöht sich dann entsprechend auch die Geldmenge, die heute zum größten Teil aus Einlagen auf Bankkonten besteht. Diese Einlagen bilden das Giralgeld, welches materiell gar nicht in Erscheinung tritt und nur als Zahl auf einem Konto existiert. Aus diesem Grund kann man auch von ›Geldschöpfung aus dem Nichts‹ sprechen, da es keine physische Produktion braucht, um dieses Geld zu schaffen. Das heißt nicht, dass eine Geschäftsbank Geld ohne irgendwelche Kosten herstellen kann. Sie muss einerseits die Kreditwürdigkeit eines potenziellen Kunden abklären und auch die ganze Infrastruktur für Zahlungsvorgänge zur Verfügung stellen. Aber die Geldschöpfung selbst erfolgt ohne unmittelbaren Ressourcen- und Arbeitsaufwand. Der britische Ökonom und Staatsmann Lawrence Lee Bazley Angas schrieb deshalb schon 1937: »Das moderne Bankensystem erzeugt Geld aus dem Nichts. Dieser Prozess ist vielleicht der erstaunlichste Taschenspielertrick, der jemals erfunden wurde.«⁴ Und die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrer schon erwähnten Broschüre *Geld und Geldpolitik*: »Der Geldschöpfungsprozess erscheint wie Zaubererei.«

Allerdings handelt es sich bei der Geldschöpfung um einen letztlich leicht nachzuvollziehenden Prozess, der sich in wenigen Sätzen beschreiben lässt. Banken zahlen den Kredit an einen Kunden mit Sichteinlagen (Forderung gegenüber der Bank), die nicht vorher von Sparern bei ihnen deponiert wurden, sondern die sie selbst schaffen. Dieses Geld wird, wie wir gesehen haben, nicht physisch produziert, sondern virtuell einem Bankguthaben gutgeschrieben. Wird nun umgekehrt ein Kredit zurückgezahlt, verringert sich die Geldmenge wieder um den entsprechenden Betrag, da das Geld dann wieder vom Guthaben des Bankkunden abgebucht wird. Worauf es letztlich ankommt, ist die Nettokreditvergabe. Werden mehr neue Kredite vergeben, als Kredite zurückbezahlt werden, dann erhöht sich die Geldmenge. Und in einer wachsenden Wirtschaft ist das längerfristig immer der Fall, da ständig mehr Kredite für die Finanzierung von Investitionen gebraucht werden.

Physisch in Erscheinung tritt Geld erst dann, wenn wir es bar in Form von Banknoten vom Konto abheben bzw. am Bankomat beziehen, worauf wir als Besitzer eines Sichtguthabens ein Recht haben. Solange wir einer Bank vertrauen, Geld bei Bedarf in bar auszahlen zu können, wollen wir Bargeld kaum in großen Mengen beziehen. Wir ziehen es oft vor, die Guthaben selbst als Zahlungsmittel zu verwenden, weil dies einfacher und sicherer ist. So nimmt der bargeldlose Zahlungsverkehr immer mehr zu, während Barzahlungen über lange Zeit rückläufig

4 Angas, Lawrence Lee Bazley: *Slump Ahead in Bonds*, New York: Somerset Publishers 1937, S. 2.

waren. Da sie aber den Vorteil der Anonymität besitzen, haben sie in neuester Zeit wieder etwas an Attraktivität gewonnen.

Anerkennen wir die Rolle der Banken als geldschöpfende Institutionen, dann lässt sich der Prozess der Kreditvergabe wie in Abbildung 2 darstellen.

Abbildung 2: Richtige Vorstellung von Banken als geldschöpfende Institutionen.



Die Kreditvergabe beginnt nicht mit dem Sparer, der sein Geld bei der Bank vorbeibringt, sondern mit der Bank selbst, die durch die Vergabe eines Kredites neues Geld schafft und auf diese Weise das Konto des Kreditnehmers füllt. Dieser verwendet das Geld dann wiederum, um damit Güter oder Dienstleistungen zu kaufen bzw. Projekte zu finanzieren, wobei das Geld von seinem Konto abgebucht und den Konten der Verkäufer der Güter und Dienstleistungen gutgeschrieben wird. Auch die neuen Geldbesitzer werden das Geld zumindest teilweise wieder ausgeben, so dass die Konten immer neuer Zahlungsempfänger gefüllt werden, während es von den Konten der Zahler jeweils wieder verschwindet. Am Ende des Jahres ist das Geld dann auf dem Guthaben irgendeines Zahlungsempfängers, der es nicht im gleichen Jahr wieder ausgeben wird. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird dieser Betrag als Ersparnis verbucht. Diese Ersparnis hat aber nicht die Finanzierung des Kredits ermöglicht, sondern es ist gerade umgekehrt. Die Vergabe des Kredits durch die Geschäftsbank hat neues Geld geschaffen, welches am Ende des Jahres dann als Ersparnis gezahlt wird, da es sich um Einnahmen in einem Jahr handelt, die nicht im gleichen Jahr wieder ausgegeben werden. Dies entspricht der Definition von Sparen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Vergibt eine Geschäftsbank einen Kredit an einen Kunden, dann ist dieser Vorgang in der Bankbilanz und in der Bilanz des Kunden folgendermaßen verbucht:

Tabelle 1: Eine Bank vergibt einen Kredit in der Höhe von 100.000 Euro an einen Kunden.

Bilanz der Geschäftsbank	
Aktiven:	Passiven:
Kredit +100.000	Einlagen +100.000
Bilanz des Bankkunden	
Aktiven:	Passiven:
Einlagen +100.000	Kredit +100.000

Zeitgleich mit der Entstehung des Kredits auf der Aktivseite der Bankbilanz entsteht eine neue Einlage von 100.000 Euro auf dem Konto des Kreditnehmers, die auf der Passivseite der Bankbilanz aufgeführt ist. Diese neu geschaffenen Einlagen von 100.000 Euro erhöhen die Geldmenge um denselben Betrag. Der Kreditnehmer hat jetzt 100.000 Euro mehr auf seinem Bankguthaben, was sich auf der Aktivseite seiner Bilanz niederschlägt. Allerdings schuldet er diesen Betrag gleichzeitig der Bank, da er den Kredit irgendwann zurückzahlen muss, so dass der Kredit auf der Passivseite seiner Bilanz steht.

Wird nun umgekehrt der Kredit von 100.000 Euro wieder an die Geschäftsbank zurückbezahlt, dann verschwindet sowohl der vergebene Kredit als auch die damit verbundene Einlage auf dem Konto des Kreditempfängers und die Geldmenge schrumpft um die 100.000 Euro. In der Bankbilanz und in der Bilanz des Kunden wird dies folgendermaßen verbucht:

Tabelle 2: Rückzahlung eines Kredits in der Höhe von 100.000 Euro von einem Kunden.

Bilanz der Geschäftsbank	
Aktiven:	Passiven:
Kredit -100.000	Einlagen -100.000
Bilanz des Bankkunden	
Aktiven:	Passiven:
Einlagen -100.000	Kredit -100.000

Werden also innerhalb eines Zeitraums mehr neue Kredite vergeben, als umgekehrt zurückbezahlt werden, dann erhöht sich die Geldmenge in diesem Zeitraum.

Geld entsteht allerdings nicht nur durch die Vergabe von Krediten. Geschäftsbanken schaffen auch Geld durch den Kauf von Aktiven wie Wertpapieren, Devisen, Gold oder Grundstücken bei Nichtbanken. Verkauft zum Beispiel ein Unternehmen

Obligationen an eine Bank, dann bezahlt die Bank diese Wertpapiere wiederum mit Geld, das sie im Moment der Bezahlung selbst schafft. Das heißt, sie schreibt dem Konto des Unternehmens einen Betrag gut, genauso wie sie dies tun würde, wenn sie dem Unternehmen einen Kredit vergäbe. Auf diese Weise steigt die Geldmenge um den Betrag an, der für den Kauf der Obligationen bezahlt wurde. Umgekehrt wird Geld vernichtet, wenn die Bank dem Unternehmen Obligationen verkauft. In diesem Fall bezahlt das Unternehmen für die Obligationen mit seinem Konto bei der Bank, wo der Betrag entsprechend abgebucht wird und die Geldmenge sinkt. Solange also Banken mehr Aktiven von Nichtbanken kaufen, als sie umgekehrt Aktiven an diese verkaufen, wird netto Geld geschöpft und die Geldmenge steigt. Aus diesem Grund stehen die Kredite in den Bankbilanzen nicht immer in einem exakten Verhältnis zu den Einlagen und damit zur Geldschöpfung, da diese auch durch Kauf und Verkauf von Aktiven beeinflusst wird.

Im folgenden Beispiel nehmen wir an, dass ein Kunde seiner Bank ein Wertpapier im Wert von 100.000 Euro verkauft. Dieser Vorgang wird folgendermaßen bilanziert:

Tabelle 3: Eine Bank kauft ein Wertpapier im Wert von 100.000 Euro von einem Kunden.

Bilanz der Geschäftsbank	
Aktiven:	Passiven:
Wertpapiere +100.000	Sichtguthaben +100.000
Bilanz des Bankkunden	
Aktiven:	Passiven:
Wertpapiere -100.000	Sichtguthaben +100.000

Verkauft die Geschäftsbank im Gegensatz zum eben dargestellten Fall das Wertpapier an einen Kunden, dann kehren sich in dem eben dargestellten Fall alle Vorzeichen um.

II. Die Rolle der Zentralbank im Geldschöpfungsprozess

Aus den bisherigen Ausführungen geht klar hervor, dass Geschäftsbanken unmittelbar keine Ersparnisse brauchen, um Kredite zu vergeben oder Aktiven käuflich zu erwerben. Aber warum sind dann die einzelnen Banken doch daran interessiert, dass wir Konten gerade bei ihnen eröffnen und nicht bei einer anderen Bank? Warum bezahlen sie uns im Normalfall sogar noch einen Zins dafür, obwohl sie diese bei ihnen deponierten Gelder scheinbar gar nicht brauchen?

Hier müssen wir unterscheiden zwischen einer einzelnen Geschäftsbank und dem Bankensystem als Ganzes. Für das gesamte Bankensystem spielt es keine Rolle, bei welcher Bank die Kunden ein Konto haben. Aus der Perspektive einer einzelnen Bank sieht dies aber ganz anders aus. Werden beispielsweise verstärkt Konten bei einer Bank A aufgelöst und wird das Geld dann stattdessen auf Konten einer anderen Bank B einbezahlt, dann wird dies für die Bank A schnell zu einem Problem, da sie die entsprechenden Beträge an die Bank B überweisen muss. Diese Schuld kann aber nicht mit Geldschöpfung beglichen werden, indem die Bank A der Bank B einfach den entsprechenden Betrag auf einem Konto gutschreibt. Die Zahlungen der Banken untereinander müssen mit einem Zahlungsmittel erfolgen, welches die Geschäftsbanken nicht selbst schaffen können. Dieses Zahlungsmittel sind die Reserven, womit die Beträge bezeichnet werden, welche sich auf den Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank befinden.

Die Konten der Geschäftsbanken bei der Zentralbank dienen als *Clearing*-System zwischen den Geschäftsbanken. Täglich nehmen viele Bankkunden Zahlungen vor, bei denen sie Geld von ihren Konten bei einer bestimmten Geschäftsbank auf die Konten anderer Geschäftsbanken überweisen. So werden etwa Gelder von Konten bei der Bank A auf Konten bei der Bank B überwiesen und genauso auch von Konten bei der Bank B auf Konten bei der Bank A. Am Ende des Tages wird dann der Saldo aus den Überweisungen zwischen den beiden Banken ermittelt. Wurde mehr Geld von Bank A an die Bank B überwiesen als umgekehrt, dann muss die Bank A die Differenz dadurch begleichen, dass sie entsprechend Reserven von ihrem Konto bei der jeweiligen Nationalbank an die Bank B überweist. Und je mehr bei einer Bank Gelder an andere Banken abfließen, umso mehr Reserven braucht sie, um die durch den Abfluss entstandenen Verpflichtungen an andere Banken begleichen zu können. Umgekehrt erhält eine Bank, der Giralgeld zufließt, auf diese Weise zusätzliche Reserven, die sie dann zum Bezug von Bargeld oder zur Erfüllung der Mindestreservepflicht verwenden kann.

Damit wird klar, warum Geschäftsbanken im Normalfall interessiert sind, dass Kunden Geld auf Guthaben bei ihnen und nicht auf Guthaben bei einer anderen Bank halten, obwohl dieses Geld für die unmittelbare Kreditvergabe nicht gebraucht wird. Ein Verlust von Kundengeldern führt zu einem zusätzlichen Bedarf an Reserven, die sich eine Geschäftsbank normalerweise nicht gratis beschaffen kann. Sie muss dafür einen Zins zahlen, egal ob sie sich die zusätzlichen Reserven durch den Verkauf von Wertpapieren an die Zentralbank beschafft oder von anderen Geschäftsbanken ausleiht (siehe weiter unten). Auf diese Weise wirkt sich ein Abfluss von Kundengeldern negativ auf die Profitabilität des Bankengeschäfts aus.

Wie wirkt es sich nun in der Bilanz einer Geschäftsbank A aus, wenn Geld von einem Konto bei dieser Bank auf das Konto einer andern Geschäftsbank B überwiesen wird? Dies zeigt die folgende Darstellung:

Tabelle 4: Überweisung von 100.000 Euro von einer Geschäftsbank A an eine Geschäftsbank B.

Bilanz der Geschäftsbank A	
Aktiven:	Passiven:
Reserven -100.000	Einlagen -100.000
Bilanz der Geschäftsbank B	
Aktiven:	Passiven:
Reserven +100.000	Einlagen +100.000

Wir sehen, dass die Überweisung von Geld von einem Konto von der Bank A zur Bank B zur Folge hat, dass die Bank A gleichzeitig denselben Betrag von ihrem Konto bei der Zentralbank an die Bank B überweisen muss. Das *Clearing*-System sorgt dafür, dass nicht jede Überweisung von Kundengeldern zwischen Bank A und B auch zu einer entsprechenden Überweisung von Reserven führt. Nur die am Ende des Tages verbleibende Differenz zwischen allen Überweisungen von Bank A zu Bank B und von Bank B zu Bank A wird dann über die Reserven beglichen.

Wir können also festhalten: Eine Geschäftsbank kann über Kreditvergabe oder den Kauf von Aktiven (insbesondere Wertpapiere) Giralgeld schaffen, ohne dass vorher Ersparnisse auf dem Konto der Bank einbezahlt wurden. Die Einlagen werden zusammen mit dem Kredit oder dem Kauf geschaffen und würden sonst gar nicht existieren. Trotzdem ist aber eine einzelne Bank daran interessiert, dass möglichst viele Kunden Geld gerade auf ihren Konten und nicht auf den Konten von anderen Banken halten. Ein Zufluss von Giralgeld von anderen Banken bedeutet nämlich gleichzeitig einen Zufluss von Reserven, für welche andernfalls Zins bezahlt werden müsste. Und umgekehrt bedeutet ein Abfluss von Kundengeldern für eine einzelne Bank einen Verlust von Reserven. Diese muss sie sich dann entweder von der Zentralbank oder von anderen Geschäftsbanken wieder beschaffen, wofür aber ein Zins fällig wird.

Wozu, wird man sich jetzt vielleicht fragen, braucht es überhaupt noch Zentralbanken, wenn doch Geschäftsbanken selbst Geld schaffen können? Und wie können Zentralbanken die Geldschöpfungstätigkeit der Banken beeinflussen?

Der Einfluss der Zentralbanken auf den Geldschöpfungsprozess ergibt sich dadurch, dass Banken Reserven, das heißt Geld auf ihren Konten bei der Zentralbank brauchen. Für diesen Bedarf an Reserven gibt es drei Gründe. Erstens verwenden Bankkunden nach wie vor Bargeld für Zahlungszwecke. Mit der Menge an Giralgeld, welches durch die Geschäftsbanken geschaffen wird, steigt deshalb auch der Bedarf an Bargeld, da im Durchschnitt ein bestimmter Prozentsatz des Giralgeldes in Form von Banknoten vom Konto abgehoben wird. Für den Bezug dieses

Bargeldes brauchen die Geschäftsbanken die Zentralbank, denn diese besitzt ein vom Staat vergebenes Monopol für dessen Herstellung. Wenn eine Geschäftsbank beispielsweise zusätzliches Bargeld im Umfang von 1 Million von der Zentralbank beziehen möchte, dann geht dies nur, wenn sie vorher auch Reserven in der Höhe von 1 Million besitzt. Denn die Bezahlung für das Bargeld erfolgt dadurch, dass die 1 Million Euro vom Konto der Geschäftsbank abgebucht werden, sobald ihr die entsprechende Menge an Bargeld geliefert wird. Der Bedarf an Bargeld führt so zu einem zusätzlichen Bedarf an Reserven.

Zweitens müssen Geschäftsbanken in vielen Ländern sogenannte Mindestreserven bei der Zentralbank halten. Schaffen Banken zusätzliches Geld, dann sind sie stets verpflichtet, den sogenannten Mindestreservesatz einzuhalten. Die Summe der Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank darf im Verhältnis zu der Summe der Guthaben der Bankkunden bei der Geschäftsbank nicht unter einen bestimmten Prozentsatz fallen. Beträgt der Mindestreservesatz für Sichtguthaben beispielsweise 2 Prozent und hat eine Geschäftsbank insgesamt Einlagen von 100 Millionen Franken auf ihren Sichtguthaben, dann muss sie mindestens 2 Millionen Reserven auf ihrem Konto bei der Zentralbank haben. Je mehr Geld die Geschäftsbanken schaffen, umso mehr Reserven müssen sie sich deshalb von der Zentralbank beschaffen.

Drittens werden Reserven auch für Zahlungen der Geschäftsbanken untereinander benötigt, welche über Konten der Geschäftsbanken bei der Zentralbank abgewickelt werden. Also braucht eine Geschäftsbank täglich ausreichend Reserven, um allfällige Zahlungen an andere Geschäftsbanken vornehmen zu können. Je mehr Giralgeld geschaffen wird, umso größere Beträge werden Bankkunden von Konten ihrer Bank auf Konten anderer Banken überweisen. Dies führt bei den Banken, die am Ende des Tages einen Nettoabfluss von Geldern zu verzeichnen haben, zu einer zusätzlichen Nachfrage an Reserven.

Aus den drei genannten Gründen führt Geldschöpfung bei den Geschäftsbanken zu einem entsprechenden Mehrbedarf an Reserven bei der Zentralbank. Zwar können Geschäftsbanken sich auch untereinander auf dem Interbankenmarkt Reserven ausleihen, und eine einzelne Geschäftsbank hat immer die Möglichkeit, sich Reserven entweder bei einer anderen Geschäftsbank oder bei der Zentralbank auszuleihen. Verzeichnet etwa die Bank A am Ende des Tages einen Nettoabfluss an Reserven, weil netto Geld von ihren Konten auf Konten anderer Banken abgebucht wurde, dann entstehen bei anderen Banken Überschussreserven, die sie dann der Bank A auf dem Interbankenmarkt gegen Zins wieder ausleihen können. Generell wird eine Geschäftsbank mit dem Bedarf an zusätzlichen Reserven diese solange bei anderen Geschäftsbanken ausleihen, wie sie dort zu einem geringeren Zinssatz als bei der Zentralbank bezogen werden können. Das Geschäftsbankensystem als Ganzes kann hingegen seinen Bestand an Reserven nur dann ausweiten, wenn die Zentralbank zusätzliche Reserven zur Verfügung stellt.

Die Reserven und das Bargeld, welche die Geschäftsbanken bei der Zentralbank beziehen können, stellen somit Formen von Geld dar, welche durch die Zentralbank und nicht durch die Geschäftsbanken geschaffen werden. Dieses Zentralbankengeld (auch als Notenbankgeldmenge oder monetäre Basis bezeichnet) setzt sich aus den Reserven (Konten der Geschäftsbanken bei der Zentralbank plus Bargeldbestand der Geschäftsbanken) und dem in der Wirtschaft umlaufenden Bargeld zusammen und wird häufiger auch als Geldmengenaggregat M_0 bezeichnet. Diese Geldmenge M_0 ist normalerweise nur ein Bruchteil der Geldmengen M_1 , M_2 und M_3 , welche die tatsächlich in der Wirtschaft für Zahlungen und Wertaufbewahrung existierende Geldmenge erfassen. Das Zentralbankengeld steht auf der Passivseite der Zentralbankenbilanz, da es eine Verbindlichkeit gegenüber den Geschäftsbanken (Reserven der Banken) oder gegenüber den Nichtbanken (Bargeld in den Händen der Nichtbanken) ist. Allerdings handelt es sich beim Bargeld (von der Zentralbank herausgegebene Banknoten) um eine nicht rückzahlbare und somit »ewige« Verbindlichkeit bzw. Schuld. Heutige Zentralbanken sind nicht mehr verpflichtet, dieses Bargeld in Gold umzutauschen, so wie dies während der Zeiten des Goldstandards der Fall war.

Die Geldschöpfung der Zentralbank selbst ist somit im Unterschied zur Geldschöpfung der Geschäftsbanken nicht durch eine Pflicht zum Umtausch in ein anderes Zahlungsmittel beschränkt. Während Geschäftsbanken verpflichtet sind, das von ihnen geschaffene Giralgeld auf Wunsch der Kunden in Bargeld umzutauschen, muss die Zentralbank das von ihr geschaffene Zentralbankengeld in nichts anderes mehr umtauschen. Allerdings hat die Zentralbank im Unterschied zu Geschäftsbanken auch keinen Anreiz, möglichst viel Geld zu schaffen, da ihr Hauptziel nicht darin besteht, Gewinne zu machen. Die Geldschöpfung der Zentralbank ist durch den in der Verfassung verankerten Auftrag beschränkt, die Inflationsrate unter zwei Prozent zu halten.

Der entscheidende Einfluss der Zentralbank auf die Geldschöpfungstätigkeit der Banken ergibt sich dadurch, dass die Zentralbank die Bedingungen festlegen kann, zu welchen Geschäftsbanken zusätzliche Reserven beziehen können. Diese erhalten sie nämlich unter normalen Bedingungen nicht gratis, sondern sie müssen der Zentralbank dafür einen Zins bezahlen. Dieser Zins wird dann ebenfalls von den Konten der Geschäftsbanken bei der Zentralbank abgebucht. Die Zinszahlung muss also mit Zentralbankengeld erfolgen, welches die Banken nicht selbst schaffen können. Ist dieser Zins hoch, dann ist die Beschaffung zusätzlicher Reserven teuer und die Geschäftsbanken geben die hohen Zinsen an ihre Kunden weiter, indem sie für ihre Kredite ebenfalls höhere Zinsen verlangen. Auf diese Weise steigen die Zinsen in der gesamten Wirtschaft, was zu einem Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit zu einer Bremsung der Geldschöpfung führt. Umgekehrt kann die Zentralbank durch eine Zinssatzsenkung Reserven für die Banken verbilligen, was tendenziell auch tiefere Zinsen für Bankkredite bewirkt. Dies kann dann

eine Mehrnachfrage nach Krediten auslösen, wodurch sich die Geldschöpfung beschleunigt.

III. Die Auswirkungen der Geldschöpfung auf die Wirtschaft

Bisher wurde dargestellt, wie Geld durch Geschäftsbanken geschaffen wird und wie Zentralbanken diesen Prozess zu kontrollieren versuchen. Im Folgenden geht es um die fundamentale Frage, welche Auswirkungen diese Geldschöpfung auf die Wirtschaft hat. Dies ist eine der umstrittensten Fragestellungen der ökonomischen Theorie, welche Ökonomen seit Hunderten von Jahren beschäftigt und häufig in die Irre geführt hat. Denn solange man den Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken nicht richtig erfasst bzw. ignoriert, lassen sich die Auswirkungen einer Erhöhung der Geldmenge in der Wirtschaft nicht nachvollziehen. Wie wir sehen werden, ist die Möglichkeit der Geldschöpfung eine Voraussetzung für andauerndes Wirtschaftswachstum, welches sonst gar nicht finanzierbar wäre.

Da Geld über die Kreditvergabe bzw. durch den Kauf von Aktiven der Geschäftsbanken geschaffen wird, hängt die Auswirkung der Geldschöpfung in der Wirtschaft ganz entscheidend davon ab, was die Kunden der Bank mit dem neu geschaffenen Geld machen. Dabei lassen sich die folgenden drei grundsätzlichen Möglichkeiten unterscheiden:

1. *Reales Wachstum: Geld wird produktiv verwendet zur Finanzierung eines Mehreinsatzes bzw. Verbesserung der Produktionsfaktoren Arbeit und Realkapital, was eine Ausdehnung bzw. Veränderung der Produktion bewirkt.*

Unternehmen, die sich von einer Geschäftsbank Geld ausleihen, verwenden das Geld dafür, neue Maschinen oder Anlagen zu kaufen, die Beschäftigung zu erweitern und die Produktionsprozesse zu verbessern, so dass sie in Zukunft mehr oder auch neue Arten von Gütern und Dienstleistungen produzieren können. Das zusätzlich in der Wirtschaft umlaufende Geld ermöglicht dann sowohl eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als auch des gesamtwirtschaftlichen Angebots. In der Realität sind allerdings nicht alle finanzierten Investitionsprojekte erfolgreich und die Finanzierung nicht erfolgreicher Investitionsprojekte führt zu Inflation, da den erhöhten Ausgaben keine Mehrproduktion gegenüber steht. Solange aber eine Mehrheit der Investitionsprojekte erfolgreich ist, bewirken Investitionen in Realkapital genauso wie die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in erster Linie reales Wirtschaftswachstum.

Nur teilweise produktiv sind Hypothekarkredite. Dienen sie der Finanzierung des Baus von Immobilien, dann führen sie über einen gewissen Zeitraum auch zu einer Zunahme der Produktion. Dienen die Hypothekarkredite hingegen

nur zum Erwerb von schon bestehenden Liegenschaften, dann führt dies nicht zu einer Zunahme der Produktion. Mehr Hypothekarkredite führen in diesem Fall tendenziell zu einer Zunahme der Immobilienpreise (siehe Punkt 3).

2. *Inflation bei Gütern und Dienstleistungen: Geld wird verwendet zur Finanzierung des Kaufes von bereits existierenden Gütern und Dienstleistungen.*

Wird neu geschaffenes Geld für den Kauf von bereits früher produzierten Gütern oder Dienstleistungen eingesetzt, dann erhöht sich die Geldmenge, ohne dass irgendetwas Zusätzliches hergestellt wird. In diesem Fall führt die Geldschöpfung zu Inflation, da sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht, aber das Angebot konstant bleibt. Eine solche nicht produktive Verwendung ergibt sich am offensichtlichsten bei Konsumkrediten, wo nur zusätzliche Nachfrage finanziert wird. Aber auch Kredite an Unternehmen und Geldschöpfung durch Aufkauf von Staatschulden können zu nicht produktiver Geldverwendung führen, wenn damit keine zusätzliche Produktion finanziert wird.

3. *Inflation auf Finanzmärkten; Geld wird zum Kauf von Wertpapieren (vor allem Aktien) oder Immobilien verwendet.*

Neu geschaffenes Geld kann auch zum Kauf von Wertpapieren oder Immobilien verwendet werden. In diesem Fall findet die Inflation auf den entsprechenden Finanzmärkten oder dem Immobilienmarkt statt, ohne dass sie in den Statistiken als Inflation gemessen wird. Sie äußert sich dann in Form von steigenden Aktienkursen oder steigenden Grundstückpreisen, da die Nachfrage nach diesen Aktiven ansteigt, ohne dass sich das Angebot verändert. Solche Preissteigerungen haben häufig spekulativen Charakter. Bei länger anhaltenden, starken Preissteigerungen spricht man von spekulativen Blasen. Diese Blasen platzen oft abrupt (es kommt zum Crash) und verursachen dann Finanzkrisen.

In der Realität können wir alle der drei beschriebenen Auswirkungen beobachten, wobei je nach wirtschaftlicher Situation die eine oder andere dominiert. So war in Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren in der Zeit des Wiederaufbaus und des Deutschen Wirtschaftswunders eindeutig die produktive Verwendung von Krediten vorherrschend. Geldschöpfung bewirkte vor allem reales wirtschaftliches Wachstum. Umgekehrt dominierte dort nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Hyperinflation im Jahre 1923 die nicht produktive Verwendung von Geld, wie dies immer der Fall ist, wenn zu schnell zu viel Geld geschaffen wird. Der Börsenboom Ende der 1990er Jahre in den USA, aber auch in europäischen Ländern, ist wiederum ein Beispiel, wie neu geschaffenes Geld zu einem großen Teil zum Kauf von Aktien verwendet wurde und zu steigenden Börsenkursen führte.

In den meisten Zeiten haben wir eine Mischung von realem Wirtschaftswachstum und Inflation, da produktive und nicht-produktive Verwendung von neu geschaffenem Geld parallel stattfinden. Die spekulativen Auswirkungen der Geld-

schöpfung auf den Finanzmärkten waren aber in der Vergangenheit meist auf bestimmte Episoden beschränkt (zum Beispiel der Börsenboom und nachfolgende Crash in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in den USA) und konnten in normalen Zeiten vernachlässigt werden. In neuester Zeit aber werden auch diese Auswirkungen zunehmend zu einem Dauerphänomen. Aus diesem Grund gewinnt die Verwendung von neu geschaffenem Geld auf Finanz- und Grundstücksmärkten immer mehr an Bedeutung.

Keine der drei beschriebenen Auswirkungen folgt allein zwingend aus der Geldschöpfungstätigkeit. Geldschöpfung führt weder automatisch zu Wirtschaftswachstum noch zu Inflation noch zu spekulativen Blasen. Sie kann die eine oder die andere Auswirkung haben. Unabhängig davon, welche Auswirkung gerade dominiert, gilt aber die Tatsache, dass keine der drei Auswirkungen längerfristig ohne entsprechende Geldschöpfung möglich ist. Geldschöpfung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Wirtschaftswachstum, für Inflation oder für spekulative Blasen.

Dabei gilt es zu beachten, dass die drei möglichen Auswirkungen der Geldschöpfung miteinander zusammenhängen und sich zum Teil gegenseitig bedingen. So wird ein Unternehmen möglicherweise gerade deshalb produktive Investitionen vornehmen, weil darauf spekuliert wird, dass Konsumenten verstärkt Konsumkredite aufnehmen und deshalb mehr kaufen. Oder es werden vermehrt Aktien auf Kredit an der Börse gekauft, weil man glaubt, dass in der Realwirtschaft neue produktive Investitionen finanziert werden, die einen neuen Boom auslösen.

Es gibt aber auch negative Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Auswirkungen der Geldschöpfung. Werden etwa zu schnell zu viele Kredite vergeben, dann dominiert die nicht-produktive Verwendung des damit geschaffenen Geldes und die Folge davon ist eine rasche Zunahme der Inflation. Diese hat aber eine abschreckende Wirkung auf Investitionen in Maschinen und Anlagen, denn in solchen Fällen besteht Unsicherheit über den Realwert zukünftiger erwarteter Erträge von Investitionen. Stattdessen wird das Geld dann oft im Ausland angelegt, wo die Geldwertstabilität eher gewährleistet ist. Dies war vor allem der Fall während sogenannter Hyperinflationen wie zu Beginn der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland.

Auch muss berücksichtigt werden, dass Geld immer wieder für andere Zwecke verwendet wird. Gehen wir beispielsweise davon aus, dass in einer Wirtschaft in einem bestimmten Jahr die Geldmenge über einen Kredit an ein Unternehmen erhöht wird. Das Unternehmen verwendet diesen Kredit produktiv, indem damit Investitionen in neues Realkapital finanziert werden. Am Ende des Jahres wird der Kredit zurückbezahlt und im nächsten Jahr vergibt die Bank einen Kredit in gleicher Höhe an ein anderes Unternehmen, welches diesen Kredit aber nicht produktiv, sondern zum Kauf von Aktien verwendet. In diesem Fall verändert sich die Geldmenge zwischen diesem und dem nächsten Jahr nicht und es lässt sich in der

Statistik keine Zunahme der Geldmenge erkennen. Was sich ändert, ist aber die Auswirkung der Geldschöpfung. Ein Teil der Geldmenge, der in diesem Jahr produktiv verwendet wurde, wird im nächsten Jahr zum Kauf von Aktien verwendet. Es wird weniger in Maschinen und Anlagen investiert, aber dafür werden mehr Aktien gekauft.

Seit englische Goldschmiede im 17. Jahrhundert die bahnbrechende Entdeckung machten, dass Geld durch die Vergabe von Krediten aus dem Nichts geschaffen werden kann, kam es immer wieder auch zu Übertreibungen bei Kreditvergabe und Geldschöpfung. Eine exzessive Kreditvergabe rächt sich aber längerfristig. Das gilt zum einen für die Geschäftsbanken selbst, wenn ein stets größerer Teil der Kreditempfänger die erhaltenen Kredite nicht mehr zurückzahlen kann. Wird dies allgemein bekannt, leidet schnell auch das Vertrauen in das von den betroffenen Banken geschaffene Geld. Es kommt zu sogenannten Bank-Runs, bei welchen viele Kunden gleichzeitig das von Geschäftsbanken geschaffene Geld in »echtes Geld« umtauschen wollen. Bis ins 19. Jahrhundert bedeutete dies, dass die Bankkunden versuchten, die von einer Geschäftsbank herausgegebenen Banknoten in Gold umzutauschen. Seit dem 20. Jahrhundert geht es hingegen darum, das auf den Konten liegende Geld abzuheben und damit das von einer Geschäftsbank geschaffene Giralgeld in von der Zentralbank stammende Banknoten umzuwandeln oder es auf Konten von anderen Geschäftsbanken zu transferieren, die weiterhin als sicher gelten. In beiden Fällen benötigt die Geschäftsbank große Mengen an zusätzlichen Reserven, entweder für den Bezug von weiterem Bargeld von der Zentralbank oder um die Geschäftsbanken zu bezahlen, auf deren Konten die Kunden jetzt ihre Gelder überweisen. Die Reserven einer Geschäftsbank sind aber begrenzt. Bei einem Bank-Run ist sie deshalb bald einmal nicht mehr in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen und wird zahlungsunfähig. Nur die Zentralbank kann sie dann noch vor dem Zusammenbruch retten, indem sie ihr als sogenannter »Lender of Last Resort« unbegrenzt Reserven zur Verfügung stellt. Oder die Banken werden verstaatlicht, was in den letzten Jahren auch in mehreren Ländern praktiziert wurde.

Zum andern führt exzessive Kreditvergabe zu Inflation in der Realwirtschaft oder auf Finanzmärkten, was ebenfalls die wirtschaftliche Stabilität gefährdet. Denn je exzessiver die Kreditvergabe wird, umso weniger werden Kredite produktiv verwendet und umso häufiger kommt es dann zu Inflation und/oder zur Bildung spekulativer Blasen. Es kommt noch hinzu, dass spekulative Blasen an der Börse oder bei Immobilien häufig einen selbstverstärkenden Effekt auf die Kreditvergabe haben. Je mehr Aktien oder Immobilien an Wert gewinnen, umso leichter ist es, weitere Kredite von den Banken zu bekommen. Denn höhere Vermögenspreise bedeuten gleichzeitig auch höhere Sicherheiten, die man wiederum zum Erhalt von neuen Krediten verwenden kann. Steigende Vermögenswerte ermöglichen

so mehr Geldschöpfung über Kredite, was zu weiter steigenden Vermögenswerten und weiterer Kreditvergabe führt.

Der Hang zum Exzess lässt sich in allen Phasen der Geschichte der Geldschöpfung seit dem 17. Jahrhundert beobachten. Das gilt auch für die uns bekannten spekulativen Blasen seit dem Ersten Weltkrieg. Sowohl der Börsenboom Ende der 1920er Jahre in den USA als auch die Blasen an verschiedenen Börsen in den 1990er Jahren waren mit exzessiver Kreditvergabe der Banken verbunden, die dann größtenteils zu spekulativen Aktienkäufen verwendet wurden. Und die jüngste Finanzkrise von 2007 bis 2009 war das Resultat von exzessiver Vergabe von Hypothekarkrediten an nicht kreditwürdige Kunden (*subprime loans*), die zum Teil weder Vermögen noch Einkommen noch Jobs hatten. Möglich wurde dies dadurch, dass die Banken diese Hypothekarkredite verbrieften, das heißt Wertpapiere aus ihnen machten (*mortgage backed securities*) und sie dann an andere Investoren weiterverkauften.

Neben den Banken war es auch häufiger der Staat selbst, der für Exzesse bei der Geldschöpfung sorgte. Verursacht wurde dies in der Vergangenheit meist durch kriegerische Auseinandersetzungen, die einen kurzfristig hohen Finanzbedarf erzeugten. So kam es bereits Ende des 18. Jahrhunderts in England zu hohen Inflationsraten als Folge der Kredite, welche die Bank of England an den Staat zur Finanzierung der Napoleonischen Kriege vergab. Die Finanzierung von Kriegen führt eben nur zu einem kleinen Teil zu produktiver Verwendung des durch Kredite geschaffenen Geldes. Der größte Teil führt einfach zu einem Anstieg der Nachfrage nach bestehenden Gütern und Dienstleistungen und damit zu Inflation.

Extreme Formen nahm die Geldschöpfung durch Verschuldung des Staates in Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkrieges an, als Deutschland zu Reparationszahlungen an die Siegermächte verpflichtet wurde, aber kaum mehr konvertibles Geld (Goldmark) hatte. Aus diesem Grund fehlte es in Deutschland selbst an Geld, welches die Zentralbank der Wirtschaft zur Verfügung stellte, indem sie immer mehr Staatsschulden diskontierte. Diese Entwicklung mündete in die berühmte Deutsche Hyperinflation des Jahres 1923, als die Preise um das 100 Milliardenfache anstiegen. Dieser Exzess in der Geldschöpfung wurde bis heute nur noch durch die Inflation in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg übertroffen. Nie zuvor hatte eine Zentralbank in so kurzer Zeit dermaßen viele Banknoten in Umlauf gebracht. Ähnliche durch den Staat verursachte Exzesse der Geldschöpfung wiederholten sich dann später in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in mehreren lateinamerikanischen Ländern, wo ebenfalls Inflationsraten von mehreren hundert Prozent pro Jahr zu verzeichnen waren. Der Grund war dann nicht mehr die Finanzierung von Kriegen gegen andere Länder, sondern wie schon 1923 in Deutschland die Finanzierung der Begleichung von Schulden im Ausland.

Der kurze Abriss über die Geschichte der Exzesse in der Geldschöpfung zeigt, dass die produktive Verwendung von Krediten immer wieder in den Hintergrund

tritt. Stattdessen dominiert dann die nicht-produktive Verwendung von Krediten zur Finanzierung von Käufen in der Realwirtschaft, ohne dass die Produktion ausgedehnt wird, oder zur Finanzierung von Wertpapieren oder Immobilien. Erstes ist oft auf eine exzessive Monetisierung von Staatsschulden zurückzuführen. In diesem Fall kaufen Banken Staatsschulden auf, was in der Wirtschaft zu einer Zunahme der Geldmenge führt, ohne dass mehr produziert wird. Staatlich initiierte Geldschöpfungsexzesse sind in letzter Zeit jedoch relativ selten. In funktionierenden Volkswirtschaften können Hyperinflationen inzwischen vermieden werden, solange die Zentralbanken als von der Regierung unabhängige Instanzen die Inflation im Zaum halten. Ganz anders verhält es sich mit der Verwendung von Krediten zur Finanzierung von Käufen von Wertpapieren und Immobilien. In den letzten Jahrzehnten ließen sich spekulative Blasen immer häufiger beobachten. Sie sind mittlerweile zum ökonomischen Alltag geworden und der Einfluss der Geldschöpfung auf Aktienkurse oder Immobilienpreise ist während dieser Episoden oftmals stärker ausgeprägt als der Einfluss auf das reale Wirtschaftswachstum oder auf das Preisniveau.

IV. Wo stehen wir heute? Die Finanzkrise von 2007/2008 und ihre Folgen

Betrachten wir die jüngste Zeit seit der Finanzkrise von 2007/2008, dann lässt sich ein weitgehender Kontrollverlust der Zentralbanken über den Prozess der Geldschöpfung feststellen. In den USA, England und der Schweiz haben die Geschäftsbanken dank massiven Kaufprogrammen der Zentralbanken seither enorme Mengen von Reserven zur Verfügung, von denen sie nur einen Bruchteil effektiv für die Geldschöpfung brauchen. Kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte, über welche die Zentralbanken bisher die Geschäftsbanken mit Reserven versorgten, finden deshalb seit 2009 kaum mehr statt und eine Geldpolitik im traditionellen Sinn gibt es nicht mehr. Zentralbanken haben nur direkten Einfluss auf die Tätigkeit der Geschäftsbanken, solange sie etwas besitzen, was diese auch brauchen. Wenn die Banken aber, wie dies heute der Fall ist, viel mehr Reserven haben, als sie zur Kreditvergabe brauchen, sind sie für die Geldschöpfung nicht mehr auf die Zentralbank angewiesen.

Ein Verlust über die Kontrolle der Geldschöpfung durch die Zentralbanken ist grundsätzlich nichts Neues. Solche Episoden konnten in der Geschichte immer wieder beobachtet werden. Die schon erwähnte Deutsche Hyperinflation zu Beginn der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist ein eindrückliches Beispiel für eine Episode völlig unkontrollierter Geldschöpfung. Den Zentralbanken gelang es allerdings jeweils, die Kontrolle über die Geldschöpfung mit mehr oder weniger

schmerzvollen Eingriffen zurückzugewinnen, notfalls auch mit einer Währungsreform wie in Deutschland im Jahre 1923 oder nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auch eine langfristige Analyse der Summe der Aktiven der acht weltweit wichtigsten Zentralbanken lässt die Zeitspanne von 2007 bis 2014 mit ihren Vervielfachungen der Aktiven noch nicht als historisch einmalig erscheinen.⁵ Setzen wir die Summe der Aktiven zum BIP in Bezug, dann zeigt sich, dass dieses Verhältnis im Jahr 2014 durchschnittlich ungefähr 30:1 betrug. In normalen Zeiten liegt dieses Verhältnis zwischen 10:1 und 20:1, doch am Ende des Zweiten Weltkrieges lag es sogar bei fast 40:1 und damit noch um einiges höher als heute. Dieses Rekordniveau wurde damals verursacht durch die massive Monetisierung von Staatsschulden bei den Zentralbanken. Um den Krieg zu finanzieren, emittierten die betroffenen Staaten Anleihen in großem Stil, die dann von der Zentralbank aufgekauft und auf diese Weise durch neu geschaffenes Zentralbankengeld finanziert wurden.

In der jüngsten Episode seit 2007 wurde die Expansion der Zentralbankenbilanzen hingegen nicht durch die Finanzierung von Schulden, sondern, wie weiter oben aufgezeigt, durch Rettungsmaßnahmen zur Erhaltung eines funktionierenden Finanzsystems ausgelöst. In beiden Fällen kam es unmittelbar zu einer massiven Zunahme der Reserven bei den Geschäftsbanken. Während des Zweiten Weltkrieges wurden diese Reserven von den Geschäftsbanken jedoch vor allem dazu genutzt, die Geldschöpfungstätigkeit weiter auszudehnen, während die Reserven in der jüngsten Episode von den Geschäftsbanken bisher kaum weiterverwendet wurden.

Obwohl also ein zeitweiser Kontrollverlust der Zentralbanken über die Geldschöpfung historisch gesehen nichts Besonderes ist und auch die Aktiven der Zentralbanken im Vergleich zum BIP gegenwärtig nicht auf einem Rekordniveau liegen, führt die jüngste Entwicklung in historisches Neuland. Dies liegt zum einen daran, dass die Kriterien zur Deckung des von der Zentralbank geschaffenen Geldes (Reserven und Bargeld) offiziell noch nie dermaßen locker waren und zum anderen an einem historisch einmalig tiefen Zinsniveau. Die heutige Situation steht am Ende einer langen Entwicklung, die mit einem stets größer werdenden Vertrauen in das von den Banken geschaffene Geld verbunden ist. Zu Beginn, als Londoner Goldschmiede im 17. Jahrhundert zum ersten Mal Geldschöpfung betrieben, wurde den von den Goldschmieden herausgegebenen Banknoten nur getraut, weil man wusste, dass man sie notfalls in Gold umtauschen konnte. Diese Golddeckung wurde dann aber nach und nach immer mehr zur Fiktion und es genügte das Wissen, dass die Banknoten durch Anleihen von sicheren Schuldnern (vor allem Staatsschulden) gedeckt waren.

5 Vgl. Ferguson, Niall/Schaab, Andreas/Schularick Moritz: Central Bank Balance Sheets. Expansion and Reduction since 1900, CESifo Working Paper No. 5379 (2015).

Inzwischen ist aber ein großer Teil des Zentralbankengeldes nicht einmal mehr durch sichere Schulden gedeckt. In den Aktiven der Zentralbanken befinden sich heute auch Aktien oder Hypothekarforderungen. Die Aufweichung der Kriterien für Sicherheiten seit dem Jahr 2007 wurde aber kaum zur Kenntnis genommen. De facto spielt es heute keine Rolle mehr, was die Zentralbank den Geschäftsbanken abkauft, damit diese an zusätzliche Reserven gelangen. Entscheidend ist der Glaube an ein längerfristig weiterhin stattfindendes Wirtschaftswachstum und damit an die produktive Verwendung eines Teils der von den Banken vergebenen Kredite. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Mehrheit der Schulden in einer Wirtschaft trotz zeitweiliger Wirtschaftskrisen langfristig doch zurückbezahlt werden können. Und dieser Glaube hat sich bis heute bestätigt.

Es scheint aber zweifelhaft, ob Zentralbanken je wieder zu einer normalen Geldpolitik zurückkehren können. Da spekulative Blasen auf Finanzmärkten in den letzten Jahren quasi zu einem Dauerphänomen geworden sind, wurden auch die »außergewöhnlichen Reaktionen« der Zentralbanken auf diese Phänomene letztlich zu einem Dauerphänomen. Ein stets größerer Teil des durch die Geschäftsbanken geschaffenen Geldes fließt heute nicht mehr in die Realwirtschaft, sondern auf den Immobilienmarkt oder auch an die Börse. Zwangsläufig kommt es dann immer wieder zu spekulativen Blasen auf diesen Märkten, ohne dass die Realwirtschaft in gleichem Ausmaß mitwächst. Diese Blasen platzen aber irgendwann und münden häufiger in Krisen, weil die auf Krediten aufbauenden Expansionen an ein Ende gelangen, wenn ein Teil der Kredite nicht mehr bedient werden kann.

Dies ist ganz besonders dann der Fall, wenn die Zentralbanken versuchen, die spekulativen Exzesse mit Zinssatzerhöhungen zu bremsen. Schon mehrere spekulative Blasen wie etwa die jüngste Immobilienblase in den USA und England im Jahre 2007 wurden so zum Platzen gebracht. Die dadurch ausgelösten Wirtschaftskrisen zwingen die Zentralbanken aber sofort dazu, die Zinsen wieder zu senken und die Geschäftsbanken großzügig mit Reserven zu versorgen, wenn sie einen Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern wollen. Wenn Zentralbanken aber fast permanent Rettungsinterventionen vornehmen müssen, können sie gleichzeitig ihre Rolle als Kontrolleure des Geldschöpfungsprozesses kaum noch wahrnehmen.

Literatur

Angas, Lawrence Lee Bazley: *Slump Ahead in Bonds*, New York: Somerset Publishers 1937.

Binswanger, Mathias: *Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen*, Weinheim: Wiley-VCH 2015.

- Deutsche Bundesbank: Geld und Geldpolitik, Frankfurt a.M.: Deutsche Bundesbank 2019, <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/schule-und-bildung/geld-und-geldpolitik-606038> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ferguson, Niall/Schaab, Andreas/Schularick Moritz: Central Bank Balance Sheets. Expansion and Reduction since 1900, CESifo Working Paper No. 5379 (2015).
- McLeay, Michael/Radia, Amar/Thomas, Ryland: »Money Creation in the Modern Economy«, in: Bank of England Quarterly Bulletin Q1 (2014), S. 14-27.

Vom Trauma der Hyperinflation oder Der Schilling als ›heilige Kuh‹

Währung und Wirtschaft in Krisenzeiten – das Fallbeispiel Österreich

Walter M. Iber

»Mit der Entwertung der Krone ging Hand in Hand die Zerrüttung des Staatshaushaltes [...]. Die Hauptcharakteristik der ganzen Epoche ist dieselbe: Der Staat hat wirtschaftlich-finanziell keinen Boden gefunden, sein Bestand ist fragwürdig, das Vertrauen auf ihn fehlt.«¹

Mit diesen Worten beschrieb der Wiener Rechtsanwalt Viktor Kienböck im Jahr 1925 jene Währungskatastrophe, die Österreich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg ereilt hatte, die im Grunde aber ein europäisches Phänomen war: Auch in anderen, nach dem Krieg instabilen Staaten wie Russland, Polen, Ungarn, Griechenland und Deutschland, brachen die Währungen völlig zusammen.

Im Hinblick auf Österreich wusste Kienböck jedenfalls wovon er sprach; immerhin war er von 1922 bis 1924 österreichischer Finanzminister² gewesen und hatte die Stabilisierungs- und Sanierungspolitik infolge der massiven Geldentwertung maßgeblich mitgeprägt. Den Weg zum Zusammenbruch der Kronenwährung, der sich, wie er richtig feststellte, etappenweise von der Kriegsinflation bis hin zur Hyperinflation der Jahre 1921/22 vollzog, hatte Kienböck als Wiener Stadtrat hautnah miterlebt. Es wird auf diese Entwicklung im Folgenden noch näher einzugehen sein.

1 Kienböck, Viktor: Das österreichische Sanierungswerk (= Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen, Band 85), Stuttgart: F. Enke 1925, S. 11.

2 Es blieb dies nicht Kienböcks letzte Karrierestation: 1926-1929 war er abermals Finanzminister, 1932-1938 Präsident der OeNB und 1952-1956 OeNB-Vizepräsident. Vgl. zu seinem Leben: Otruba, Gustav: »Kienböck, Viktor«, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 583f.

Zunächst aber sei festgehalten, dass die Ausführungen Kienböcks zugleich auf die Kernthese des vorliegenden Beitrages hinweisen: Der Frage des Zustandes der Währung hatte eine zutiefst psychologische Komponente, »Vertrauen« war ein wesentliches Schlüsselwort. Folglich brannte sich die Erfahrung der Hyperinflation besonders tief im öffentlichen Bewusstsein ein. Und, was entscheidend ist: Sie erwies sich als ein Trauma, das die Finanz- und Wirtschaftspolitik der folgenden Jahrzehnte maßgeblich mitbestimmte, wobei die Grenzen zwischen Emotion und Rationalität, zwischen Anspruch und Wirklichkeit mitunter verschwammen und sich mancher Mythos einschleichen sollte.

Ein österreichisches Alleinstellungsmerkmal ist das natürlich nicht. Vielmehr besitzt der Umstand, dass das Wesen einer Währung neben ökonomischen immer auch soziale, psychologische, kulturelle und viele weitere Aspekte in sich birgt, eine gewisse Allgemeingültigkeit. Kein Geringerer als Joseph Schumpeter hat dazu festgehalten, dass

»von der Währungspolitik und dem jeweiligen Zustand der Währung grundsätzlich stets ein wichtiger Einfluss auf alles ausgeht, was ein Volk will oder tut, auch auf alle Elemente seines sozialen und wirtschaftlichen Befindens. Das gilt sowohl in dem Sinn, dass Währungspolitik und Währungszustand jede andere Form von Politik und andere Art von Zustand sachlich mitbedingen, als auch in dem Sinn, dass die Rücksicht auf Währungspolitiken und Währungszustand das Verhalten auch auf scheinbar ganz abliegenden Gebieten mitbestimmen und Zustände, die scheinbar mit der Währung nichts zu tun haben, miterklären.«³

Wie nun am Beispiel Österreichs zu zeigen sein wird, machte sich das von Schumpeter beschriebene Phänomen, von den traumatischen Erfahrungen der Hyperinflation angetrieben, in Krisenzeiten besonders stark bemerkbar und rieb sich nicht zuletzt an wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne des (Prä-)Keynesianismus; es schlug zunächst während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre durch, zeigte aber auch bis weit in die Zweite Republik hinein seine Wirkung, zuletzt im Kontext der »Ölpreisschocks« der 1970er Jahre. Zu einem Symbol dieser Entwicklung wurde der österreichische Schilling, ein zentraler Baustein des »wirtschaftlichen Wiederaufbaus« in den 1920er Jahren. Als stabiler »Alpendollar« sorgte er in der Ersten, noch viel mehr aber in der Zweiten Republik für Furore. Im öffentlichen Bewusstsein entwickelte sich der Schilling, untrennbar mit einer zum Dogma hochstilisierten Hartwährungspolitik verbunden, zur »heiligen Kuh«.

3 Schumpeter, Joseph: Das Wesen des Geldes, aus dem Nachlass herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Fritz Karl Mann, Cöttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, S. 3.

I. »Den Nullennebel aus den Gehirnen scheuchen...«: Inflation, Hyperinflation und Sanierung

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlor die Kronenwährung kontinuierlich an Wert, ins Bodenlose fiel sie aber erst nach Kriegsende – eine Entwicklung, die sich im Wesentlichen in drei Etappen vollzog:⁴

1. Kriegs- und unmittelbare Nachkriegsinflation: Bereits im Zuge der Mobilmachung war die Österreichisch-Ungarische Bank am 4. August 1914 ihrer Verantwortung für die Währungsstabilität mittels kaiserlicher Verordnung enthoben worden. Die Kaufkraft der Krone sank während des Krieges auf ein Sechzehntel ihres Friedenswertes, ihre Golddeckung war im selben Zeitraum von 74,6 Prozent auf 0,9 Prozent gefallen.⁵ Die in Umlauf befindliche Geldmenge stieg dramatisch an: von 3,4 (31. Juli 1914) auf 42,2 Milliarden Kronen (Ende 1918). Dennoch: nach Kriegsende blieb das Inflationstempo zunächst relativ konstant, phasenweise kam es sogar zu einer Entschleunigung. Der Außenwert der Krone (Dollarkurs), der sich während des Krieges überraschend behauptet hatte, gab ab Herbst 1918 zwar deutlich nach, brach aber noch nicht völlig ein.
2. Währungstrennung und Galoppierende Inflation: Diese zweite, ungleich schärfere Phase kündigte sich im Winter/Frühjahr 1919 an, als zunächst der SHS-Staat, schließlich die Tschechoslowakei die auf ihrem Staatsgebiet zirkulierenden ›altösterreichischen‹ Kronennoten abstempelten. Als im Sommer 1919 die Friedensbedingungen von St. Germain bekannt wurden, setzte an den Börsen eine wilde Spekulation gegen die Krone ein. Scharenweise plünderten die Menschen ihre Bankkonten, um das Geld in Sachwerten anzulegen und ihr Vermögen vor der Entwertung zu schützen (was freilich bei weitem nicht allen gelang). Und hatte der Außenwert der Krone schon Herbst 1918 deutlich angezogen, so verfiel er nun endgültig: Bei Kriegsende hatte er bei einem Drittel des Vorkriegsniveaus gelegen; bis Juli 1919 sank er jedoch auf ein Siebentel, bis November 1919 gar auf ein Achtzehntel. Die Geldentwertung begann zu ›galoppieren‹: Allein im dritten Quartal des Jahres 1921 kam es zu einer Verdopplung der Preise, im vierten und letzten schließlich zu einer Verdreifachung. Verschiede-

4 Zu diesen Etappen vgl. ausführlich: Matis, Herbert: »Notleidende Funktionäre bevölkerten damals Österreich«. Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik«, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.), ...der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik. Band 2, Wien: Gerold 2008, S. 33-48, hier S. 34-38.

5 Vgl. Aussch, Karl: Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien/Frankfurt a.M./Zürich: Europa Verlag 1968, S. 6.

ne Städte und Gemeinden umgingen das Notenbankprivileg und gaben eigenes Notgeld aus.⁶

3. Hyperinflation: Die Geldentwertung hatte ab Herbst 1921 eine Dynamik angenommen, die monatliche Inflationsraten von 50 Prozent und mehr zur Regel werden ließ. Um das Ausmaß der Währungskatastrophe zu verdeutlichen, seien im Folgenden einige Eckdaten angeführt: Bis zum 30. November 1922 erreichte der Geldumlauf 3,6 Billionen Kronen; bei Kriegsende waren es noch 37,7 Milliarden gewesen, im letzten Vorkriegsjahr 1913 überhaupt nur 3,2 Milliarden Kronen. Und: Am 25. August 1922 lag der Dollarkurs der Krone bei 83.600, 1914 hatte er im Jahresdurchschnitt bei 5,6 gelegen. Die Lebenshaltungskosten waren nach Kriegsende 1918 innerhalb eines Dreivierteljahres bereits um 90 Prozent gestiegen, jetzt explodierten sie. In der Zeit zwischen Mai und September 1922 stieg der Index der Lebenshaltungskosten von 1364 auf 14.153. Für einen Laib Brot, der vor Kriegsausbruch 46 Heller und im Dezember 1921 160 Kronen gekostet hatte, mussten im September 1922 5670 Kronen bezahlt werden.⁷

Die Gründe für den massiven Währungsverfall fasste Otto Bauer, einer der führenden österreichischen Sozialdemokraten, treffend zusammen: Für ihn war der Kurssturz der Krone eine unvermeidliche Folge der Auflösung der Monarchie, bedingt durch eine politisch motivierte Kapitalflucht (Revolutionsängste, Bedingungen des Friedensvertrages) und durch den rückgestauten Importbedarf nach Kriegsende. Fortdauer und Beschleunigung der Inflation führten schließlich zur Zerrüttung des Staatshaushaltes, denn die Währungsentwertung erreichte ein derart rasant Tempo, dass die Budgetlücke rasch und unaufhörlich wuchs.⁸ Während nämlich die (im Nachhinein einfließenden) Steuereinnahmen inflationsbedingt bereits wieder in minderwertiger Münze einliefen, waren die Ausgaben im zuvor noch höherwertigen Geld zu leisten gewesen.⁹ Im Voranschlag für die zweite Jahreshälfte 1921 deckten die Einnahmen die Ausgaben nur noch zu 36 Prozent,¹⁰ 1922 war das

6 Vgl. dazu ausführlich: Schöpfer, Gerald: »Das Notgeld. Ein seltsames Phänomen der österreichischen Währungsgeschichte«, in: Karl Bachinger/Dieter Stiefel (Hg.), Auf Heller und Cent. Beiträge zur Finanz- und Währungsgeschichte, Frankfurt a.M./Wien: Ueberreuter 2001, S. 325-344.

7 Vgl. Bachinger, Karl/Matis, Herbert: Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung, Graz/Wien/Köln: Styria 1974, S. 44.

8 Vgl. Bauer, Otto: »Die österreichische Revolution«, in: Ders., Werkausgabe. Band 2, Wien: Europaverlag 1976 [1923], S. 489-866, hier S. 749.

9 Vgl. Tremel, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, Wien: Franz Deuticke 1969, S. 375.

10 Vgl. Sandgruber, Roman: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien: Ueberreuter 1995, S. 354.

Defizit des Rechnungsabschlusses fast sechsmal höher als ursprünglich berechnet.¹¹

Als wesentliche Kriterien erwiesen sich, wie bereits erwähnt, das mangelnde Vertrauen in die Lebensfähigkeit des neuen Staates und, damit eng verbunden, die Idee eines Anschlusses an Deutschland. Letztere wurde von führenden Repräsentanten der österreichischen Politik vertreten; von den Sozialdemokraten um Karl Renner und Otto Bauer, von den Christlichsozialen vor allem in den Bundesländern, von den Deutschnationalen ohnehin. Sie alle trugen ihren fehlenden Glauben in die österreichische Wirtschaftskraft mehr oder weniger unverhohlen zur Schau – und damit wesentlich dazu bei, die internationale Kreditwürdigkeit Österreichs und die Stabilität der Währung weiter zu schwächen.¹²

Dass punktuelle Sanierungsversuche scheiterten, verwundert nicht. Selbst ein brillanter Ökonom wie Joseph Schumpeter, österreichischer Staatssekretär für Finanzen 1919, musste zur Kenntnis nehmen, dass das politische Parkett unter den gegebenen Umständen nicht das seine war. Mit seinem Konzept einer Vermögenssteuer zur Sanierung der Staatsfinanzen scheiterte Schumpeter unter anderem an den Sozialdemokraten, wahrscheinlich aufgrund eines persönlichen Konflikts mit Otto Bauer.¹³ Das Scheitern Schumpeters blieb kein Einzelfall, tatsächlich wogen politische Seilschaften oft schwerer als inhaltliche Kompetenz.¹⁴

Ein weiterer Aspekt ist bemerkenswert: Die Verantwortlichen waren sich sehr wohl bewusst, was sie mit der übermäßigen Nutzung der Notenpresse bewirkten, sahen aber keine Alternativen. Alexander Spitzmüller, Gouverneur der in Liquidation befindlichen Österreichisch-Ungarischen Bank, räumte angesichts der finanziellen Zustände im Frühjahr 1920 ein: »Ich halte es für ausgeschlossen, die Ausgaben

11 Im Voranschlag wurde ein Defizit von 601,8 Millionen Kronen kalkuliert, im Rechnungsabschluss betrug es schließlich 3,5 Milliarden Kronen. Vgl. Fibich, Alexander: Die Entwicklung der österreichischen Bundesausgaben in der Ersten Republik (1918-1938). Dissertation, Wien 1977, S. 30.

12 Vgl. Iber, Walter M.: »Inflation, hyperinflation and financial reconstruction. Austria 1914-25«, in: Andrea Bonoldi/Andrea Leonardi/Cinzia Lorandini (Hg.), *Wartime and Peacetime Inflation in Austria-Hungary and Italy (1914-1925)* (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 134), Stuttgart: Steiner 2019, S. 17-31.

13 Vgl. Fritz, Wolfgang: *Für Kaiser und Republik. Österreichs Finanzminister seit 1848*, Wien: Edition Atelier 2003, S. 153f. Otto Bauer hatte Schumpeter als unabhängigen Experten in die SDAP/CSP-Regierung geholt, war sich mit ihm, wie sich bald herausstellte, jedoch in mehreren Punkten uneinig; zunächst in der Anschlussfrage, schließlich auch in der Frage der Auslandskredite und der Sozialisierung. Vgl. Hanisch, Ernst: *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2011, S. 170.

14 Vgl. insbesondere Ausch, der mit der österreichischen Finanzpolitik der Zwischenkriegszeit besonders hart ins Gericht geht: K. Ausch, *Als die Banken fielen*, S. 6-74.

unseres Budgets innerhalb der Steuerkraft zu halten, ohne Aufruhr, Anarchie und soziales Chaos in Österreich und damit in Mitteleuropa heraufzubeschwören.«¹⁵

Abgesehen davon, dass besagte Politik dabei half, die hohen Verwaltungs- und Sozialausgaben (v.a. Lebensmittelzuschüsse) zu decken und Unruhen zu vermeiden, barg sie noch einen weiteren ›Vorteil‹ in sich. Immerhin brachte die Hyperinflation dem Staatshaushalt im Hinblick auf die aus der Monarchie übernommenen Schulden (altösterreichische Staatsschuld) gewaltige Erleichterungen. Da die meisten dieser Verbindlichkeiten in Papierkronen notiert waren, sank ihr Wert gegen Null – sie wurden zu 99,7 Prozent durch die Geldentwertung ›zurückgezahlt‹. Im Umkehrschluss bedeutete das für die Bevölkerung, dass Kriegsanleihen unwiederbringlich verloren waren. Mit anderen Worten: Die von Schumpeter geplante Vermögensabgabe, die zunächst verhindert (später jedoch rudimentär umgesetzt) wurde, kam hier im Prinzip über Umwege zum Tragen – nur traf die Umverteilung nicht, wie eigentlich beabsichtigt, die ›Kriegsgewinnler‹, sondern – was zur politischen Radikalisierung maßgeblich beitragen sollte – den Mittelstand.¹⁶ Zudem währte auch der finanzielle Vorteil für den Staat nur kurzfristig: Der Wert der Krone mochte zwar ins Bodenlose gefallen sein. Jene Kredite in harten Währungen, die Österreich schon bald nach Kriegsende aufzunehmen gezwungen war, wogen dafür aber bald umso schwerer.¹⁷

Stabilisierung der Währung und Sanierung des Staatshaushaltes waren längst unumgänglich geworden. Und man war inzwischen in einem Stadium angelangt, wo dies nur noch über Auslandskredite zu bewerkstelligen war. Hilfe erhielt Österreich im Herbst 1922 vom Völkerbund, der Garantien für eine internationale Anleihe im Ausmaß von 650 Millionen Goldkronen übernahm. Paktiert wurde dies durch die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922, in denen Österreich umfangreiche Verpflichtungen übernehmen musste: Gründung einer neuen Zentralbank (Oesterreichische Nationalbank, OeNB), Durchführung einer Währungsreform und Umsetzung eines rigorosen Sparpakets im Ausgaben- (Bundesbetriebe, Hoheitsverwaltung) und Einnahmenbereich. Überwacht wurde all das durch einen vom Völkerbund eingesetzten Generalkommissär.¹⁸ Die ›Genfer Sanierung‹ war innenpolitisch

15 Zitiert nach Jobst, Clemens/Kernbauer, Alois: Die Bank. Der Staat. Das Geld. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816–2016, Frankfurt a.M.: Campus 2016, S. 154.

16 Vgl. Weber, Fritz: »Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit«, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien: Manz 1995, S. 531–551.

17 Vgl. Pammer, Michael: »Krise, Krieg, Normalisierung: die österreichische Wirtschaft 1918–1983«, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag 2008, S. 219–228, hier S. 227.

18 Vgl. Iber, Walter M.: »Währungsreform im Schatten der Sanierung. Zur Einführung des Schillings 1924/25«, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2015, S. 569–593, hier S. 574f.

heftig umstritten. Von der christlichsozial-großdeutschen Bundesregierung unter Bundeskanzler Ignaz Seipel getragen, wurde sie von den oppositionellen Sozialdemokraten heftig kritisiert. Im Nationalrat trugen Letztere die einschlägigen Reformbeschlüsse zwar mit, machten aber in der Öffentlichkeit, vor allem über ihre Parteimedien, Stimmung gegen den ›Genfer Knechtschaftsvertrag‹.

Ein wesentlicher Eckpfeiler war die Währungsreform, die 1924/25 in die Einführung des Schillings mündete. Trotz Stabilisierung hatte die Krone wegen ihrer massiven Entwertung jeden praktischen Nutzen verloren. Sie wurde im Wertverhältnis 10.000:1 (10.000 Kronen = 1 Schilling) durch die neue Währung ersetzt. Wie Viktor Kienböck rückblickend festhielt, sollte der Schilling sichtbares Zeichen eines Neuanfangs sein:

»Das Rechnen mit der Krone hatte zwei Fehler, deren Beseitigung dringend wurde. Einmal ist der Gebrauch ungeheurer Ziffern dem wirtschaftlichen Denken abträglich. Große Ziffern sollen imponieren, ein Zustand, in dem man den Wert gewöhnlicher Gegenstände mit Millionenziffern auszudrücken gezwungen ist, mindert den Respekt vor der großen Ausgabe [...]. Zweitens hatte sich, solange der Gebrauch der Krone als Einheit fort dauerte, das Gefühl, ein stabiles Niveau des Geldwertes zu besitzen, nicht festsetzen können.«¹⁹

Offenbar war diese seine Überzeugung auch der Grund dafür, warum Finanzminister Kienböck im Spätsommer 1924, zweieinhalb Monate vor der Währungsreform, eine Sistierung der Herausgabe von 1 Millionen Kronen-Noten anordnete. Der Finanzminister befürchtete, »dass die Herausgabe einer 1 Million-Note das Vertrauen in die Stabilität der Noten erschüttern könnte«.²⁰ Die OeNB und deren vom Völkerbund eingesetzter Berater aus den Niederlanden, Anton van Gyn, teilten diese Befürchtung nicht. Vor allem der Niederländer stieß sich an der Maßnahme und attestierte Kienböck eine »zu ungünstige Meinung vom Verstand der Bevölkerung«. »In einem Lande, in welchem die Löhne zwischen 400.000 und 500.000 K[ronen] schwanken, ist die Bevölkerung sicherlich mit der Millionenzahl dermaßen vertraut geworden, dass sie die Herausgabe von 1 Million-Noten für durchaus natürlich halten wird«, so van Gyn.²¹ Andererseits wurden auch zahlreiche Stimmen laut, die Kienböck beipflichteten. »Der Schilling«, so meinte etwa Otto Pfleger, Präsident der Steirischen Finanzlandesdirektion, »soll den Nullennebel aus unse-

19 V. Kienböck, Das österreichische Sanierungswerk, S. 102.

20 OeNB/BHA (Österreichische Nationalbank, Bankhistorisches Archiv): Berichte des OeNB-Beraters an Generalkommissär Zimmermann, Bd. 1.15. Bericht, 6./12.9.1924.

21 Ebd.

ren Gehirnen scheuchen«. ²² Und unmittelbar vor Weihnachten 1924 zog Jakob Ahrer, der inzwischen Kienböck als Finanzminister abgelöst hatte, zufrieden Bilanz:

»Sie müssen sich vor Augen halten, dass mit diesem Gesetze [dem Schillingeinführungsgesetz vom 20.12.1924] ein dicker Strich gegenüber der Vergangenheit inflationistischen Systems gezogen wurde. Sie müssen darüber klar sein, dass gerade mit der Festlegung der Goldrelation ein ungeheures Vertrauensmoment ins Ausland getragen wurde [...]. Man darf weiters nicht übersehen, dass ja das Wegfallen der vielen Nullen uns doch endlich klar und deutlich zeigen wird, wie arm wir geworden sind. Das wichtigste, was ein Arzt zu tun hat, wenn er jemanden heilen will, ist nun einmal die Diagnose, und die Diagnose stellen wir dadurch, dass wir uns sagen, so reich und so arm sind wir; und erst, wenn die Diagnose gestellt ist, sind wir in der Lage, den Heilungsprozess zu Ende zu führen.« ²³

Von der erfolgreichen Sanierung der Staatsfinanzen abgesehen, erzielte die Schillingeinführung samt jener Hartwährungspolitik, die Österreich im Folgenden betrieb, tatsächlich positive Effekte. Die neue Währung schuf Vertrauen – und wirkte auf den Sparwillen sichtlich positiv: Während der Hyperinflation 1922 hatten die Menschen ihr Ersparnis noch säckeweise aus den Banken getragen, nun, im Spätsommer 1925, hatten die Spareinlagen in Österreich bereits wieder beachtliche 424 Millionen Schilling erreicht. ²⁴ Der Schilling war und blieb stabil – eine Entwicklung, die ihm das (mitunter sogar religiös unterlegte) Image des »Alpendollars« einbringen sollte. ²⁵

Auf der anderen Seite kam die Wirtschaft kaum vom Fleck, die Arbeitslosenzahlen waren hoch. Die Wachstumszahlen wiesen zwar lediglich für das Jahr 1923 auf eine Stabilisierungskrise hin, blieben aber in den folgenden Jahren sehr bescheiden. Sie reichten nicht annähernd aus, die personellen Kapazitäten der Volkswirtschaft auszulasten; Konkurse und Betriebsstilllegungen waren an der Tages-

22 Zitiert nach Stefan, Gabriela: Die Einführung des Schillings in Österreich 1924 und seine Rezeption in den Massenmedien. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Graz 2003, S. 55.

23 N.N.: »Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik. Aus der Werkstätte des Finanzministers. – Finanzminister Dr. Ahrer bei der Grazer Presse«, in: Grazer Tagblatt vom 22.12.1924, S. 1.

24 OeNB/BHA (Österreichische Nationalbank, Bankhistorisches Archiv): 34. Sitzung des Generalrates am 7. Oktober 1925, Geschäftsbericht.

25 Dabei wird oft übersehen, dass diese Zuschreibung ursprünglich für die nach Genf stabilisierte Krone galt: »Nach Genf wurde die Krone zur sichersten Währung Europas, in ihrer Wertbeständigkeit gleich dem amerikanischen Dollar und im Ausland daher vielfach als »Alpendollar« bezeichnet.« (N.N.: »Wie es vor Genf war und nach Genf ist.«, in: Reichspost vom 20.10.1923, S. 1). Erst relativ spät begann sich der Begriff auch für den Schilling, der »durch Gottes und des Völkerbundes Fügung zum Alpendollar avanciert« sei, einzubürgern (N.N.: »Warum Prof. Haberer Graz verlässt«, in: Grazer Tagblatt vom 20.02.1928, S. 3).

ordnung.²⁶ Die Hartwährungspolitik trug das Ihre dazu bei: Sie hemmte den Export – ganz anders als in den Inflationsjahren, in denen die schwache Krone zumindest zwischenzeitlich gleichsam als ›Exportprämie‹ gewirkt hatte (die vielen Diskussionen, die sich rund um das Spannungsfeld Währung und Export entspannen, sollten Österreich noch lange prägen). Gegen Ende 1926 ließ die Krise zwar nach, die Wirtschaft wuchs aber (wie allerdings fast überall in Europa) nur sehr bescheiden. Ihre Entwicklung war alles andere als ›golden‹. Überhaupt schaffte es Österreich in der gesamten Zwischenkriegszeit nicht, das Niveau seiner Industrieproduktion von 1913 zu erreichen.²⁷

Im historischen Rückblick wird die Sanierungspolitik Österreichs in den 1920er Jahren mitunter als zu restriktiv gesehen. Das straffe Sparprogramm und die Vernachlässigung öffentlicher Investitionen hätten Österreich eine alles andere als günstige Ausgangslage für die bevorstehende Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verschafft, so die Meinung einiger Historiker.²⁸ Realiter blieb der Regierung angesichts der Völkerbundkontrolle aber kaum Spielraum; im Wesentlichen war der Kurs von außen vorgegeben.²⁹ Und: Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten wurden durchaus Investitionen getätigt, die Geldpolitik war – erstaunlich angesichts der eben erst überstandenen Inflation – keineswegs restriktiv.³⁰ Was zudem gerne vergessen wird: Der Primat der Währung über die Wirtschaft war ein ungeschriebenes Dogma und wurde von den damals führenden Ökonomen gestützt. In den Jahrzehnten davor hatte sich die österreichische Schule der Nationalökonomie mit so renommierten Vertretern wie Carl Menger, Eugen von Böhm-Bawerk und

26 Butschek, Felix: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Gustav Fischer/Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1985, S. 46-48.

27 R. Sandgruber: Ökonomie und Politik, S. 365, 382; Butschek, Felix: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2011, S. 218.

28 Vgl. v.a. K. Ausch: Als die Banken fielen. Vgl. auch Karner, der betont, dass der Austeritätsskurs »in dem Moment politisch an die Grundfeste des Staates ging, als Anfang der 30er Jahre ein Heer von Arbeitslosen [...] ein verstärktes staatliches Engagement bei den Auftragsvergaben erfordert hätte« (Karner, Stefan: »Problemfelder des wirtschaftlichen Aufbaus in Österreich 1918/19«, in: Ders./Gerald Schöpfer (Hg.), Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, Graz: Leykam 1990, S. 67-78, hier S. 77).

29 F. Weber: Staatliche Wirtschaftspolitik, S. 538; K. Bachinger/H. Matis: Der österreichische Schilling, S. 104f. Allerdings wird hier auch relativiert: »Die Tendenz zu einer rigorosen Einschränkung auch um den Preis einer stagnierenden Wirtschaft entsprang nicht nur dem Geist oder Ungeist von Genf, die Deflationsgesinnung selbst wurzelte auch in der österreichischen Wirtschaftspolitik.« (Ebd.). Nach Butschek hingegen wäre zwar konjunkturpolitisch die eine oder andere Akzentverschiebung möglich gewesen, blieb der Austeritätsskurs im Wesentlichen aber alternativlos. (Vgl. F. Butschek: Die österreichische Wirtschaft, S. 58).

30 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 248.

Ludwig von Mises etabliert. In ihren Vorstellungen spielten angebotsseitige Aspekte die Hauptrolle für wirtschaftliches Wachstum; der Staat sollte nicht eingreifen, würde er doch hauptsächlich »Effizienzverluste« verursachen.³¹ Den Vorrang der Währungsstabilisierung und Budgetkonsolidierung stellten indessen selbst die österreichischen Sozialdemokraten, die Schrecken der Hyperinflation noch deutlich vor Augen, im Prinzip nicht in Frage.³²

II. »Es gibt keine Verteidigung der Währung, wenn die Staatsfinanzen nicht in Ordnung sind.« Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre – »Alpindollar« oder »inflationistische Experimente«?

Als am Beginn der 1930er Jahre die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht über Österreich hereinbrach, stürzte das bis dahin mühsam Aufgebaute wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Die schwere Krise der Creditanstalt, der mit Abstand wichtigsten österreichischen Bank, brachte Politik und Wirtschaft im Jahr 1931 abermals in schwere Bedrängnis. Die Bundesregierung, zusammengesetzt aus Christlich-sozialen und Großdeutschen, sah sich vor zwei grundlegende Probleme gestellt: Erstens kontrollierte die Creditanstalt nicht weniger als 42 Prozent des gesamten Aktienkapitals der österreichischen Industrie. Zweitens galt es, das Vertrauen der Auslandsgläubiger nicht zu verlieren: Hätten diese ihre Gelder aus der Bank abgezogen, das Land wäre wohl abermals in eine Währungskrise geschlittert. Staatliche Maßnahmen zur Bankenrettung waren somit unumgänglich, brachten aber, gemeinsam mit den explodierenden Kosten für die Arbeitslosenunterstützung, das Budget erneut in eine Schieflage.³³

Trotz der Stützungsmaßnahmen gab es eine nicht unbeträchtliche Kapitalflucht. Diese ging so weit, dass es zu einer »geheimen« Schillingabwertung kam: Die österreichische Währung wurde am Schwarzmarkt für Devisen und Valuten (v.a. in Wiener Kaffeehäusern) und zum Teil auch im Ausland deutlich unter dem offiziellen Kurs gehandelt. Auch der Umstand, dass Österreich, wie andere Länder auch (z.B. Deutschland, Ungarn, Großbritannien, Schweden), im Oktober 1931 die Devisenbewirtschaftung einführte, konnte die Flucht aus dem Schilling nicht stoppen. Zu einer offiziellen Abwertung des Schillings war die Nationalbank aber

31 Vgl. dazu kurz und kompakt: Iber, Walter M./Kleinert, Jörn/Zwick, Christoph: »Land der Sparrer, schuldenreich. Österreich und seine Staatsschulden«, in: Die Presse (SPECTRUM) vom 28.2.2015. Mises nahm auf die österreichische Sanierungspolitik der 1920er Jahre direkten Einfluss, war er doch Wirtschaftsberater der Regierung und hatte zu Bundeskanzler Seipel einen engen Draht. Vgl. Hülsmann, Jörg Guido: Mises. The Last Knight of Liberalism, Auburn: Ludwig von Mises Institute 2007, S. 484f.

32 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 203.

33 Vgl. R. Sandgruber: Ökonomie und Politik, S. 387–390.

nicht bereit, sondern beharrte »auf der Fiktion, dass der Wert des Schillings unverändert sei.«³⁴ Auch weiten Teilen der Presse galt der Schilling gleichsam als nationales Heiligtum – und jeder, der aus ökonomischen Gründen für eine Abwertung eintrat, als unpatriotischer »Schillingfeind«. In die Schilling-Huldigungen stimmte auch die liberale *Neue Freie Presse* mit ein. Im Rahmen einer fiktionalen Erzählung (»Währungen untereinander«) ließ sie den Schilling zum US-Dollar sagen: »Aber schauen wir beide uns nicht ein wenig ähnlich? Darum nennt man mich wohl den Alpendollar.« Und weiter: »Ich bin kein Hochtourist. Ich steige nicht sehr hoch, aber dafür stürze ich auch nicht ab. Stabil sein ist auch eine große Tugend.«³⁵

Indessen versuchten die heimischen Banken – hier offenbar mehr die Geschäftsbanken als die Notenbank –, der prekären Währungssituation durch rigorose Krediteinschränkungen Herr zu werden. Die Deflationspolitik spiegelte sich im Geldumlauf wider, der vor allem in den Jahren 1931 und 1932 massiv zurückging.³⁶

Da die Wirtschaftskrise durch Steuereinbußen, Bankenrettung und erhöhte Sozialausgaben (Arbeitslose) den Staatshaushalt massiv belastete, versuchte die Regierung parallel zur Geldpolitik der Banken, die wachsenden Budgetdefizite mit Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu bekämpfen. Dies kam in Form des prozyklischen Budgets des Jahres 1932 zum Ausdruck – eine Maßnahme der bürgerlichen Regierung, die mit Otto Bauer selbst einer der führenden Regierungskritiker verteidigte, und zwar mit ausdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit einer stabilen Währung und auf die Zustände am Beginn der 1920er Jahre. Bauer meinte,

»dass wir das Prinzip, dass die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden müssen, und zwar ohne Säumen, ohne weiteres anerkennen müssen. Es gibt keine Verteidigung der Währung, wenn die Staatsfinanzen nicht in Ordnung sind. Kein Mensch kann mehr Geld ausgeben, als er einnimmt, auch der Staat nicht. Wenn er in die Lage kommt, durch längere Zeit mehr Geld auszugeben, als er einnimmt, dann muss er direkt oder indirekt das Geld, das ihm fehlt, drucken lassen. Das haben wir erlebt.«³⁷

Dass der Sparkurs im Kontext eines dramatischen Einbruchs der Weltkonjunktur den Schrumpfungsprozess der österreichischen Wirtschaft noch weiter beschleu-

34 Bachinger, Karl: »Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik«, in: Ders. et al.: Abschied vom Schilling, S. 11-134, hier S. 105f.

35 N.N.: »Währungen untereinander«, in: *Neue Freie Presse* vom 22.09.1931, S. 6f., hier S. 7.

36 F. Butschek: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte*, S. 246.

37 Bauer, Otto: »Das Budgetsanierungsgesetz. Vortrag, gehalten am 9. Oktober 1932 vor den Vertrauensmännern der Postgewerkschaft«, in: Ders., *Werkausgabe*. Band 3, Wien: Europa-verlag 1976, S. 695-718, hier S. 704.

nigte, steht heute außer Frage. Das Wirtschaftswachstum brach – stärker als in den meisten europäischen Industriestaaten – weiter ein. Reihenweise schlossen Fabriken ihre Pforten, was wiederum die Arbeitslosenrate dramatisch in die Höhe trieb. Wie schlecht es indessen um die Staatsfinanzen bestellt war, offenbarte sich 1932, als Österreich nicht zur Bedienung seiner Auslandsschulden in der Lage war. Schließlich kündigte man gegenüber den Auslandsgläubigern eine temporäre Aussetzung des Schuldendienstes (Transfermoratorium) an.³⁸ Einmal mehr musste sich die Alpenrepublik, basierend auf dem Lausanner Protokoll von 1932, mit einer ›Völkerbundanleihe‹ behelfen; einmal mehr stand man damit unter ausländischer Finanzkontrolle.³⁹

Immer noch hatten die Ansichten neoklassischer Ökonomen Übergewicht – die Lehrmeinungen jener Vertreter der »Wiener Schule«, die davon ausgingen, dass externe Eingriffe das wirtschaftliche Gleichgewicht nachhaltig stören und die Selbstreinigungskräfte des Marktes dafür sorgen würden, dass die Krise von selbst »ausbrenne«. Ludwig von Mises etwa trat dafür ein, nur unterstützende fiskalpolitische Maßnahmen zu setzen und die Produktion durch Steuersenkungen (bei ausgeglichenem Budget) und Senkung der Lohn(neben)kosten zu stimulieren.⁴⁰ Eines hatte man aber erkannt: Währung und Wirtschaft steckten auch deshalb in einer schweren Krise, weil es allorts an Vertrauen mangelte. Mises setzte ganz auf althergebrachte Rezepte: Eine solide Währungs- und Bankpolitik, bei gleichzeitiger Ablehnung jeglicher »inflationistischer Experimente«.⁴¹ Viktor Kienböck, inzwischen Präsident der OeNB, wollte das Vertrauen immerhin stärken, indem er im März 1932 eine Senkung des Zinsfußes bekanntgab. Dieser Beschluss sollte, so Kienböck, ein »Appell an das Publikum« sein, hatte der zuvor ungewöhnlich hohe Zinsfuß doch Misstrauen erregt – und damit dafür gesorgt, dass die Bevölkerung ihr Erspartes nicht bei den Kreditinstituten einlegte. Das wiedergewonnene Ver-

38 Vgl. März, Eduard: »Die große Depression in Österreich 1930-1933«, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 16 (1990), S. 409-438, hier S. 419f.

39 Vgl. ausführlich Klingenstein, Grete: *Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931-1934*, Wien: Stiasny 1965; Iber, Walter M.: »Rettungsschirm« für Österreich. Die Völkerbundanleihen, in: Michael Gehler et al. (Hg.), *Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs* 9:2 (2019): Der Vertrag von St. Germain 1919 im Kontext der europäischen Nachkriegsordnung, S. 384-395.

40 Vgl. dazu die unter Mises' Federführung entstandene Studie: Redaktionskomitee der Wirtschaftskommission: *Bericht über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs*, Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1931.

41 OeNB/BHA (Österreichische Nationalbank, Bankhistorisches Archiv): Protokoll der IX. Regelmäßigen Jahressitzung der Generalversammlung der Österreichischen Nationalbank am 20. März 1931, S. 1f.

trauen sollte sich somit auch in einer Vermehrung der Spareinlagen und folglich in einem Impuls für die Geldpolitik widerspiegeln.⁴²

Da sich die Wirtschaft aber nicht erholte und die Arbeitslosigkeit gewaltige Ausmaße (weit über 600.000 Arbeitslose im Jahr 1933) erreichte, begannen in Österreich – wie in anderen Ländern auch, beispielsweise in den USA, in Deutschland oder in Schweden, – (prä-)keynesianische Ideen um sich zu greifen. Den Anfang machte Otto Deutsch, ein Wirtschaftsredakteur der *Neuen Freien Presse*, der 1932 gemeinsam mit einem Ingenieur namens Alexander Vértés die Studie *Aufbau, nicht Abbau!* publizierte. Mit dem Ziel, einen vollständigen Arbeitslosenabbau zu erreichen, konzipierten die beiden darin ein zehnjähriges staatliches Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund sechs Milliarden Schilling. Aus ihrer Sicht sollte der Staat mit einer antizyklischen Konjunkturpolitik das Heft in die Hand nehmen, und anders als Vertreter der Neoklassik (Say'sches Gesetz) gingen sie, ganz den Ansichten von John M. Keynes entsprechend, nicht davon aus, dass Ersparnisbildung automatisch die Investitionstätigkeit ankurbeln müsse. Vielmehr stellten sie den Sinn klassischen Sparens in Frage:

»Der Sinn des Sparens besteht nicht darin, durch Verzicht auf Lebensnotwendigkeiten Geldmengen in den Kassen der Banken aufzustapeln, sondern durch Verzicht auf Luxusausgaben notwendige Mittel bereitzustellen. Mit diesen Ersparnissen, und nur mit diesen, müssen denn auf dem Umweg über die Banken Produktionsmittel geschaffen, es muss also investiert werden.«⁴³

Der Aufbauplan sorgte für Emotionen. In der Öffentlichkeit erntete er vernichtende Kritik, besonders durch die – sehr anerkannte und an sich ausgewogene – Wochenzeitung *Der österreichische Volkswirt*. Für deren Redakteur Karl Polanyi, einen bekennenden Sozialdemokraten, musste die – aus seiner Sicht ohnehin utopische – Durchführung des Plans »schon nach einem Jahr die Finanz-, Währungs- und Kreditkatastrophe«⁴⁴ zur Folge haben. Und der Mises-Schüler Gottfried Haberler redete in seinem Gastkommentar einer Destabilisierung des Schillings das Wort:

»Dass ein kleines, aller Währungsmittel entblößtes Land, wie Österreich, bei dem sich jede noch so kleine Geldvermehrung sofort auf den Wechselkurs überträgt, dass ein Land mit einer inflationserfahrenen Bevölkerung sich solche Experimen-

42 OeNB/BHA (Oesterreichische Nationalbank, Bankhistorisches Archiv): Protokoll der IX. Regelmäßigen Jahressitzung der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank am 18. März 1932, S. 3f.

43 Deutsch, Otto/Vértés, Alexander: *Aufbau, nicht Abbau!*, Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1932, S. 79.

44 Polanyi, Karl: »Ein gefährlicher Aufbauplan«, in: *Der österreichische Volkswirt* vom 05.11.1932, S. 133-136, hier S. 133.

te nicht gestatten kann, weil ihre bloße Ankündigung schon zu einer Flucht vor der eigenen Währung führen müsste – darüber sollte doch Einigkeit bestehen.«⁴⁵

All die negativen Stimmen vermochten aber nicht zu verhindern, dass der Plan in Teilen der Industrie durchaus Zuspruch fand. Die österreichische Politik kam daran nicht vorbei; insbesondere ab 1933 nicht mehr, als die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreichte und sich die – nunmehr autoritäre – Regierung (Dollfuß/Schuschnigg-Regime) in zunehmender Konkurrenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland befand: Der in Österreich illegalen NS-Bewegung, die in ihrer Propaganda »Arbeit und Brot« versprach, sollte der Wind aus den Segeln genommen werden.⁴⁶ Allein dies war der Grund dafür, warum auch Nationalbank-Präsident Viktor Kienböck die expansive Budgetpolitik mitrug, wiewohl er sich massiv um die Währungsstabilität sorgte und vor einer Gefährdung des Schillings warnte.⁴⁷ Die – siehe oben – längst eingetretene de facto-Abwertung des Schillings hatten Regierung und Zentralbank durch die »Goldklauselverordnung« vom März 1933 inzwischen in aller Stille hingenommen.⁴⁸

Deutsch und Vértés hatten in ihrer Studie davon gesprochen, zumindest den Anfang der Arbeitsbeschaffung durch eine innere Anleihe zu finanzieren. Eine solche wurde 1933 durch die »Trefferanleihe« auch tatsächlich aufgelegt, und ein Großteil dieser Anleihe floss schließlich in öffentliche Investitionen. Ähnlich verhielt es sich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Jahres 1935, das ein Gesamtvolumen von 215 Millionen Schilling erreichte und teilweise durch eine weitere Anleihe, namentlich die »Arbeitsanleihe 1935«, finanziert wurde. Die in diesen Jahren begonnenen Bauprojekte, etwa die Wiener Reichsbrücke oder der Ausbau der Wasserkraft, waren zum Teil ebenfalls in dem umstrittenen Deutsch/Vertés-Plan angeregt worden. Was nun die »Trefferanleihe« anbelangt, so wurde ihr Erfolg von der Regierung 1933 zur »Fahnenfrage« erklärt – auch mit der Begründung, dass es der Währungsstabilität wenig nütze, wenn die Regierung angesichts hoher Arbeitslosigkeit und nationalsozialistischer Bedrohung untergehe.⁴⁹ Freilich, als sich die Anleihe tatsächlich als Erfolg entpuppte, sah darin auch die OeNB einen Ver-

45 Haberler, Gottfried: »Mit oder ohne Inflation«, in: Der österreichische Volkswirt vom 05.11.1932, S. 136f., hier S. 137.

46 F. Weber: Staatliche Wirtschaftspolitik, S. 548f.

47 Vgl. MRP Dollfuß, Stg. 901/11, 12./13.10.1933, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918-1938. Abteilung VIII: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, Band 4: MRP Nr. 883 vom 16. Juni 1933 bis MRP Nr. 904 vom 27. Oktober 1933, bearbeitet von Eszter Dorner-Brader, Wien: Verlag Österreich 1984.

48 Vgl. C. Jobst/A. Kernbauer: Die Bank, S. 183.

49 Vgl. MRP Dollfuß, Stg. 901/11, 12./13.10.1933, in G. Enderle Burcel (Hg.), Protokolle.

trauensbeweis der Bevölkerung in die Schillingwährung.⁵⁰ Die uneingeschränkte Zustimmung der Zentralbank zu einer aktiven Konjunkturpolitik bedeutete das aber keineswegs, im Gegenteil: In weiterer Folge begannen sowohl OeNB-Präsident Kienböck als auch der Finanzminister Karl Buresch wieder zu bremsen,⁵¹ was einen abermaligen Schwenk hin zu einer restriktiven Budgetpolitik bedeutete.

Das letzte Wort war damit noch nicht gesprochen. Vielmehr wurden mit Blick auf Deutschland im Ministerrat sogar bald Stimmen laut, die einem Abweichen von der herkömmlichen österreichischen Finanzpolitik das Wort redeten und dafür eintraten, »Experimente« zu wagen.⁵² In der Tat schwenkte die Bundesregierung in der Frage Budgetdisziplin versus aktive Konjunkturbeeinflussung im Folgenden noch einmal um: Mit einer weiteren Binnenanleihe, der »Österreichischen Investitionsanleihe« von 1937, nahm man abermals vorsichtig Kurs in Richtung einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. Insgesamt blieb es in Österreich vor 1938 aber bei punktuellen, äußerst rudimentären Ansätzen eines *Deficit Spending*, die in ihrer Dimension keineswegs mit jenen expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu vergleichen waren, wie sie ab 1933 in den USA (*New Deal*) oder in NS-Deutschland gesetzt wurden. Zwar blieb der Spielraum gering, andererseits gab sich die österreichische Finanzpolitik aber auch äußerst vorsichtig. So vertraute Finanzminister Neumayer im April 1937 auf höhere Staatseinnahmen aus der sich langsam erholenden Wirtschaft. Außerdem wollte er festgehalten wissen, dass zur Herstellung des Gleichgewichts in der laufenden Gebarung weitere Ausgabenkürzungen, »wenn erforderlich auch mit schweren Opfern«, vonnöten seien.⁵³ Für die Wankelmütigkeit der Regierung sprach zudem, dass man im Ministerrat parallel zur Arbeitsbeschaffungspolitik über neue Steuerlasten debattierte.⁵⁴

50 Vgl. OeNB/BHA (Oesterreichische Nationalbank, Bankhistorisches Archiv): Jahresbericht und Vorlagen zur XI. Regelmäßigen Jahressitzung der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank am 27. April 1934, S. 15.

51 Vgl. F. Weber: Staatliche Wirtschaftspolitik, S. 549f. sowie ÖStA/AdR, BMF (Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen): Dep. 17/Frieden, Kt. 89, GZ 13.001 – 35/17, Rundschreiben BM Buresch an alle Zentralstellen und h.o. Unterbehörden, 20.05.1933.

52 Besonders deutlich äußerte sich dahingehend Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer. Vgl. MRP Schuschnigg, Stg. 991/1..3.4.1935, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938. Abteilung IX: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg, Band 2: MRP Nr. 973 vom 30. Oktober 1934 bis MRP 997 vom 24. Mai 1935, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Wien: Verlag Österreich 1993.

53 ÖStA/AdR, BMF (Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen): Dep. 17/Frieden, Kt. 90, Fasz. 74, GZ 36.900 – 17/37, Rundschreiben BM Neumayer an alle Zentralstellen und h.o. Unterbehörden, 23.04.1937.

54 Vgl. exemplarisch MRP Schuschnigg, Stg. 1007/21, 28.08.1935, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938. Abteilung IX: Kabi-

1937 war die Talsohle der Krise bereits durchschritten. Über die Nachhaltigkeit des ›österreichischen Weges‹ lassen sich jedoch keine konkreten Aussagen treffen, denn dafür endete er zu abrupt: Der politische Bruch durch den ›Anschluss‹ 1938 bewirkte, basierend auf einer dramatischen Veränderung struktureller Rahmenbedingungen, auch eine einschneidende wirtschafts- und finanzpolitische Zäsur. Während die Ökonomie von Anfang an im Dienst der deutschen Rüstungsanstrengungen stand und dementsprechend expandierte – Einflüsse des österreichischen Investitionsprogramms von 1937 waren dabei kaum zu übersehen –, hörte Österreich als eigenständiger Staat zu bestehen auf und wurde als ›Ostmark‹ (ab 1942: Alpen- und Donaureichsgaue) dem Deutschen Reich einverleibt. Die selbständige österreichische Geld- und Währungspolitik erlosch. Zentrum der Finanzverwaltung war nun nicht mehr Wien, sondern Berlin.⁵⁵ An die Stelle des Schillings trat bis 1945 die Reichsmark.

III. »...ein weiterer Beweis, wie sensibel die Bevölkerung in Sachen Geld ist.« Die Krisen der 1970er Jahre – Hartwährungspolitik und ›Schilling-Defätismus‹

Nach dem Zweiten Weltkrieg, begünstigt von den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, trat der Keynesianismus seinen eigentlichen Siegeszug an. In den 1950er und 1960er Jahren erreichte er seine Blütezeit – und damit, früher oder später, jeden westlichen Industriestaat. Seine Lehrmeinungen dominierten nicht nur an den Universitäten, sondern bildeten auch den wesentlichen Unterbau staatlicher Wirtschaftspolitik. Unerschütterlich schien der Glaube in die fiskal- und konjunkturpolitischen Fähigkeiten einer nachfrageorientierten Wachstumssteuerung (›Globalsteuerung‹). Das enorme, bis dahin so nie da gewesene Wirtschaftswachstum in den ersten Nachkriegsjahren und der damit verbundene Ausbau der sozialen Wohlfahrt galten in der Hauptsache als ihr Verdienst.⁵⁶ Die keynesianische Vorherrschaft sollte bis in die 1970er Jahre andauern.

Anfang der 1970er Jahre zerfiel mit *Bretton Woods* jenes internationale Währungssystem, das nach 1945 am Beginn eines langen wirtschaftlichen Aufschwungs gestanden hatte. Das System der fixen Wechselkurse war Geschichte, es konnte die

nett Dr. Kurt Schuschnigg, Band 3: MRP Nr. 998 vom 31. Mai 1935 bis MRP 1015 vom 30. November 1935, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Wien: Verlag Österreich 1995.

55 Vgl. W. Fritz, Für Kaiser und Republik, S. 208f. sowie Hagspiel, Hermann: Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien: Braumüller 1995, S. 132.

56 Vgl. Dudler, Hermann-Josef: »Die Erfolge und Mißerfolge des Keynesianismus in der Nachkriegszeit«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1982, S. 16-23, hier S. 17f.; Bauer, Leonhard: »Anmerkungen zu einer modernen Wirtschaftspolitik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 2/1976, S. 9-29, hier S. 10-12.

schuldenbasierte Finanzierung des Vietnamkrieges durch die USA nicht länger verkraften. Der US-Dollar, der über Jahrzehnte als ›Ankerwährung‹ gedient hatte, vermochte diese Funktion nicht mehr zu erfüllen. Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den westlichen Industrie- und Handelsnationen vergrößerten sich sukzessive und trugen das ihre zum Zusammenbruch bei. Geradezu symbolhaft verkündete der Untergang von *Bretton Woods* das Ende des ›Goldenen Zeitalters‹ nach dem Zweiten Weltkrieg – und er bildete den Prolog zu einer großen Wirtschaftskrise.⁵⁷

1973/74 brach die Ölkrise aus, die infolge des Jom-Kippur-Krieges zwischen Israel und verschiedenen arabischen Staaten die Erdölpreise explodieren ließ. Das versetzte die Weltwirtschaft in einen regelrechten Schockzustand und verursachte eine globale Rezession. Nun wurden auch jene strukturellen Krisensymptome sichtbar, die sich unter der Oberfläche des ›Goldenen Zeitalters‹ längst entwickelt und verfestigt hatten. Erst 1975, mit einiger zeitlicher Verzögerung, erfassten die Auswirkungen des ›Ölschocks‹ auch Österreich. Dem Land drohte eine ›Stagflation‹ – die Gleichzeitigkeit von hoher Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Reaktion der SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky: Sie setzte auf eine expansive Budgetpolitik und gab die Devise des »Durchtauchens« aus.⁵⁸ Die Fehler der 1930er Jahre sollten sich nicht wiederholen; zur Sicherung der Arbeitsplätze galt eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik als Gebot der Stunde. »Ein paar Milliarden mehr Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächte als hunderttausend Arbeitslose.« – Kreiskys berühmter Ausspruch wurde zum langfristigen wirtschaftspolitischen Leitsatz.⁵⁹ Es verwundert nicht, dass sich hier früher oder später Reibungen mit der durch Vizekanzler und Finanzminister Androsch forcierten ›Hartwährungspolitik‹ ergeben mussten. Deren Hauptziel bestand in der Stabilisierung des Preisniveaus, sie suggerierte aber auch das neue österreichische Selbstvertrauen: Erstmals seit 1918 sah man sich mit den europäischen OECD-Staaten wirtschaftlich auf Augenhöhe.⁶⁰

Das wirtschaftspolitische Konzept der Regierung Kreisky in den 1970er Jahren, das später als »Austro-Keynesianismus« in die Geschichte eingehen sollte, war im internationalen Vergleich zunächst durchaus erfolgreich. Bis 1983 herrschte tatsächlich ›Vollbeschäftigung‹ (danach stiegen die Arbeitslosenquoten freilich auch in Österreich deutlich an, während sich die Schuldenquote (Bundesschulden) seit

57 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 353.

58 Vgl. Kriechbaumer, Robert: Die Ära Kreisky, Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2006, S. 231f.

59 Vgl. Haber, Gottfried/Neck, Reinhard: »Sustainability of Austrian public debt: a political economy perspective«, in: *Empirica* 33 (2006), S. 141–154, hier S. 144–146.

60 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 337f.

1970 beinahe verdreifacht hatte⁶¹). Und zumindest anfänglich sah es so aus, als habe man in der alten Streiffrage ›harte Währung oder aktive Wirtschaftspolitik?‹ einen gangbaren Mittelweg gefunden. Der »Austro-Keynesianismus«, von einem namhaften österreichischen Ökonomen etwas spöttisch als »Musterbeispiel für unsere genial-schlampige Art« bezeichnet,⁶² verfolgte eine Strategie des *Muddling Through* mittels *Deficit Spending*, gestützt auf die Sozialpartnerschaft, auf den großen Komplex der verstaatlichten Industrie – und eben auf den ›harten‹ Schilling. Zwar wurde die Geldmenge bis 1977 stark ausgeweitet, währungspolitisch verzichteten Regierung und Notenbank jedoch auf das klassische keynesianische Instrumentarium: Eine Währungsabwertung, wie man sie in anderen Staaten (z.B. Schweden) vorgenommen hatte, unterblieb. Man hielt am ›harten‹ Schilling fest und setzte diesen in eine Fixrelation zur Deutschen Mark. Gegen die Abwertung sprach auch die Befürchtung, die Importverteuerung könnte zu stark auf das heimische Preisniveau durchschlagen – das wog schwer, zumal Österreich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des *Bretton Woods*-Systems, ohnehin mit relativ starken Preissteigerungsraten zu kämpfen gehabt hatte.⁶³

Dennoch sorgte die Hartwährungspolitik schon bald für hitzige Diskussionen – vor allem als klar wurde, dass die Hoffnungen auf einen kurzen Krisenzyklus illusorisch waren. Experten des Internationalen Währungsfonds und viele österreichische Ökonomen begannen das Dogma der Hartwährungspolitik zu hinterfragen und eine Währungsabwertung zu fordern – zu ihnen gesellten sich Bundeskanzler Kreisky und, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft fürchtend, Vertreter der Industrie. Dieser Achse stand ein Block der Hartwährungs-Befürworter rund um Finanzminister Hannes Androsch, den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) unter Präsident Anton Benya und die Oe-

61 Nicht ohne Häme titelte angesichts dieser Entwicklung der deutsche *Spiegel*: »Modell Österreich – abgewirtschaftet«. (Der Spiegel 3/1982, S. 92-94, hier S. 92). Zur Verschuldung und den Diskussionen rund um den ›Schuldenkanzler‹ Kreisky vgl. Iber, Walter M.: »Den Schuldenkanzler relativieren? Bemerkungen zu einem (nicht nur) österreichischen Phänomen«, in: Michaela Hohenwarter/Walter M. Iber/Thomas Krautzer (Hg.), Mensch im Mittelpunkt. Bevölkerung – Ökonomie – Erinnerung. Festschrift für Peter Teibenbacher zum 65. Geburtstag (= Wissenschaft kompakt: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Band 2), Wien: LIT 2019, S. 221-235.

62 Tichy, Gunther: »Hartwährungspolitik – ein irreführendes Schlagwort zur Maskierung einer überholten Politik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1988, S. 35-46, hier S. 35. Andere Ökonomen sprachen dem »Austro-Keynesianismus« überhaupt die keynesianische Prägung weitestgehend ab, vgl. Streissler, Erich: »Die Fiktion des Austrokeynesianismus. Zum real existierenden ›Keynesianismus‹ im Schrifttum von Hans Seidel«, in: Peter Mitter/Andreas Wörgötter (Hg.), Austro-Keynesianismus. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag (= Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Band 38), Heidelberg: Physica 1990, S. 58-75, hier S. 71f.

63 Vgl. Matis, Herbert: »Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder – Der Schilling im ›goldenen Zeitalter‹«, in: K. Bachinger et al.: Abschied vom Schilling, S. 155-286, hier S. 271.

sterreichische Nationalbank gegenüber.⁶⁴ Aus Sicht der OeNB konnte eine Abwertung konjunkturpolitisch nur sehr punktuell wirksam werden, zudem bestand das Risiko einer beschleunigten Inflation – eine Erfahrung, welche die Zentralbank in den späten 1960er Jahren gemacht hatte.⁶⁵ Ähnliches zeigten aus ihrer Sicht auch spätere Währungsabwertungen in Staaten wie Großbritannien oder Italien. Der ÖGB indes unterstützte den Hartwährungskurs insbesondere deshalb, weil er im Falle einer Abwertung einen Inflationsimport und damit negative Auswirkungen auf die Lohnentwicklung befürchtete.⁶⁶ Indessen hatte sich Finanzminister Androsch, für den die Arbeitslosenraten grundsätzlich ebenfalls ein starkes fiskalpolitisches Leitmotiv waren, schon früh positioniert und sich stolz auf den ›harten‹ Schilling gezeigt. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Währungsreform von 1925 beschrieb er den Schilling als eine Leitlinie der österreichischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte seit der Ersten Republik, und damit als ein wesentliches Identifikationssymbol:

»Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftspolitische Entwicklung eines Landes kommt in der Geschichte seiner Währung am besten zum Ausdruck. War vor fünfzig Jahren die Umstellung auf die Schillingwährung ein erster selbstbewusster Schritt eines Landes in eine ungewisse Zukunft, das nach dem Zerfall der Monarchie und den wirtschaftlichen Erschütterungen noch immer auf der Suche nach seinem Selbstverständnis war, so ist der Schilling heute Symbol eines gesunden, erstarkten, wirtschaftlich und politisch stabilen kleinen Staates im Herzen Europas.«⁶⁷

64 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 354f.

65 Regierung, OeNB und Sozialpartner hatten 1969 gemeinsam beschlossen, bei der massiven Aufwertung der Deutschen Mark (um knapp 9,3 Prozent) nicht mitzugehen und damit eine de facto-Abwertung des Schillings in Kauf genommen (vgl. C. Jobst/A. Kernbauer: Die Bank, S. 220). Hartwährungsbefürworter vertraten später die Meinung, diese seinerzeitige währungspolitische Passivität habe zu einem verstärkten Lohn- und Preisdruck in den 1970er Jahren geführt (vgl. Kausel, Anton: »Der Schilling-Defätismus. Eine Spätfolge falscher Prognosen«, in: Finanz Nachrichten vom 13.05.1977), anders als Butschek, der keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Nicht-Aufwertung und beschleunigter Inflation sieht (vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 337).

66 Vgl. ebd., S. 354f.

67 Androsch, Hannes: »Vorwort«, in: Herbert Matis/Karl Bachinger (Hg.), Schilling bleibt Schilling. Ausstellung im Bundesministerium für Finanzen: 50 Jahre Schillingwährung, Wien: Bundesministerium für Finanzen 1975, S. 3. Aus Androschs Eintreten für die Hartwährungspolitik sprachen politischer Ehrgeiz und ein Gespür für die öffentliche Meinung, aber auch ein grundlegendes Verständnis historischer und ökonomischer Abläufe. Das kam nicht nur – wie hier – im Kontext von Jubiläen, sondern auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck. Vgl. exemplarisch folgenden Beitrag: Androsch, Hannes: »Die Banken und die Hartwährungspolitik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1988, S. 102–106, hier S. 102. Androsch, zu diesem

Die ›Hartwährungs-Fraktion‹ entschied den – weitgehend innenpolitischen – Streit, der auch ein persönliches Duell zwischen Kreisky und seinem eigentlichen ›Kronprinzen‹ Androsch war, letztlich für sich.⁶⁸

Die Emotionalität, mit der die einschlägigen Debatten geführt wurden, thematisierte 1977 in den *Finanz Nachrichten* (ein Medium, das man in qualitativer Hinsicht durchaus als Nachfolger des in der Zwischenkriegszeit erschienenen *Österreichischen Volkswirts* sehen darf) zum Beispiel der ›Statistikpapst‹ Anton Kausel, der falsch interpretierte Wirtschaftsdaten ins Treffen führte und den »derzeit grassierenden Schilling-Defätismus« beklagte. Vor einer »unmotivierten Aufweichung des Schilling« warnte Kausel ausdrücklich – er verwies zudem auf die nachteiligen Auswirkungen einer Weichwährung auf Budgetdefizit und Zahlungsbilanz und kritisierte die übermäßige Betonung der »Vollbeschäftigung« durch die Bundesregierung.⁶⁹ In dieselbe Kerbe schlug bereits 1975 der renommierte Wirtschaftspublizist und Herausgeber der *Finanz Nachrichten* Horst Knapp, der mit der expansiven Budgetpolitik der Regierung Kreisky hart ins Gericht ging – und den direkten Bezug zu den 1920er Jahren herstellte: Knapp pochte nicht nur auf ein rasches Drehen des hohen Budgetsaldos, sondern darüber hinaus auf »die härtesten budgetpolitischen Maßnahmen seit Ignaz Seipel«.⁷⁰

Auf der anderen Seite verstummten die Hartwährungskritiker nicht, und die Diskussionen flammten besonders dann von neuem auf, als sich diese Ende der 1970er Jahre angesichts eines zweiten ›Ölpreisschocks‹ und der nicht mehr zu kaschierenden Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft in ihrem Ansinnen bestärkt sahen. In den 1980er Jahren kritisierte der Ökonom Gunter Tichy die Hartwährungspolitik als »ein irreführendes Schlagwort zur Maskierung einer überholten Politik«.⁷¹ Er meinte damit, dass die Hartwährungspolitik längst nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck aus der Zeit des ersten ›Ölpreisschocks‹ diene, nämlich der Beibehaltung der ›harten‹ Schilling-Kaufkraft im Inneren. Vielmehr sei sie inzwischen zu einem bloßen Anhängsel verkommen, das sich (seit 1982) »sklavisch« an die D-Mark gehalten habe (während es bis dahin durchaus eine aktive Wechselkurspolitik mit Auf- und Abwertungen gegenüber der D-Mark gegeben hatte). Der OeNB warf Tichy vor, »mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine wissenschaftliche Diskussion über die österreichische Wechselkurspolitik und insbeson-

Zeitpunkt nicht mehr Finanzminister, sondern Generaldirektor der Creditanstalt, beruft sich hier auf J. Schumpeter: *Wesen des Geldes*.

68 Kreisky empfand den Umstand, dass sich Androsch in der Währungsfrage gegen ihn durchgesetzt hatte, als schwere persönliche Niederlage. Letztlich war dies freilich nur einer von mehreren Gründen für das massive Zerwürfnis zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler. Vgl. dazu R. Kriechbaumer: *Die Ära Kreisky*, S. 86–98.

69 A. Kausel: *Der Schilling-Defätismus*.

70 Knapp, Horst: »Dimensionsverlust...«, in: *Finanz-Nachrichten* vom 05.12.1975.

71 G. Tichy: *Hartwährungspolitik*, S. 35.

dere darüber zu verhindern, dass der DM-Standard mit verschiedenen Nachteilen verbunden ist«. Und er fragte durchaus provokant:

»Wollen wir diese enge Bindung an die DM politisch? Warum diskutieren wir intensiv, in welcher Form eine Integration mit der EG neutralitätspolitisch unbedenklich ist, wenn wir im Bereich der Währungspolitik den Anschluss an Deutschland in einem extremen Ausmaß bereits vollzogen haben?«⁷²

Dass die OeNB nicht nur die hohen Budgetdefizite der Regierung Kreisky mitunter harsch kritisierte,⁷³ sondern sich auch gegenüber größer angelegten Abwertungs- ›Experimenten‹ verschloss, mochte vor allem damit zusammenhängen, dass das Thema Währung für die österreichische Bevölkerung immer noch ein sehr heikles war. Als sich die Notenbank im Herbst 1977 flexibel zeigte und eine (relativ geringe) Abwertung des Schillings gegenüber der D-Mark in Kauf nahm, blieb dies weitgehend unkommentiert und daher auch unbemerkt. Im OeNB-Direktorium legte man fest, dass »eine gesonderte Mitteilung an die Öffentlichkeit [...] nicht vorgesehen« sei.⁷⁴ Die Vorsicht kam nicht von ungefähr. Kurz zuvor erhobene Daten eines Meinungsforschungsinstituts hatten ergeben, dass die Österreicherinnen und Österreicher die damals diskutierte Einführung einer 5000 Schilling-Note mit deutlicher Mehrheit ablehnten. Rund ein Viertel der Befragten befürchtete, bei Einführung der Note könne es zu einer eklatanten Geldentwertung, ja zu einer Währungskatastrophe wie in der Zwischenkriegszeit kommen. Für die *Finanz Nachrichten* war dies »ein weiterer Beweis, wie sensibel die Bevölkerung in Sachen Geld ist.«⁷⁵ Ihren Befund sah die Zeitung zudem durch die Tatsache bestätigt, dass über eine seit 1976 geplante (und letztlich niemals durchgeführte) Währungsumstellung im Verhältnis 5:1 (was zu einer fast gleichwertigen Relation zwischen Schilling, Schweizer Franken und Deutscher Mark geführt hätte) in der Öffentlichkeit gar nicht erst diskutiert wurde.⁷⁶

Auch von jenem Bedeutungswandel, den die Hartwährungspolitik bis in die 1980er Jahre durchlebte, blieb die öffentliche Wahrnehmung relativ unberührt. Ihr zufolge war und blieb der Schilling ein Bollwerk gegen die Inflation. Sie war bestimmt von den Alltagssorgen der Menschen – und diese ließen sich auch in den 1980er Jahren anhand von Meinungsumfragen ablesen, welche verdeutlichten: Immer noch herrschte eine beträchtliche Inflationsangst. So zeigte eine im Jahr 1982

72 Ebd., S. 37.

73 Vgl. N.N.: »Interview mit OeNB-Präsident Stephan Koren«, in: profil vom 03.01.1978, S. 16-18.

74 C. Jobst/H. Kernbauer: Die Bank, S. 231.

75 S. J.: »Sind 5.000 Schilling nur mehr 1.000 Schilling wert?«, in: Finanz Nachrichten vom 01.04.1977.

76 Vgl. ebd.

durchgeführte Umfrage, dass viele das – wiederum hohe – Budgetdefizit mit einer drohenden Geldentwertung in Verbindung brachten. 41 Prozent der Befragten fürchteten Preiserhöhungen als unmittelbare Folge, und immerhin elf Prozent waren der Meinung, man würde zur Defizitabdeckung »einfach mehr Geld drucken und dadurch die Geldentwertung beschleunigen«.⁷⁷ Indessen belegte eine weitere, im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1986 durchgeführte Umfrage (»Erwartungen an die kommende Regierung«), dass weit mehr als der Hälfte der Bevölkerung stabile Preise ein zentrales Anliegen waren. Selbst unter jungen Menschen (16 bis 29 Jahre) war dieser Wunsch ausgeprägt, wenn auch deutlich schwächer als bei den über 50jährigen⁷⁸ – und damit bei jener Altersgruppe, die zum Teil die Preisexplosion durch den Währungsverfall der 1920er Jahre noch persönlich (zumindest im Kinder- oder Jugendalter) erlebt hatte.

Hier spielte es auch eine Rolle, dass diese Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal »aufgefrischt« wurden: Angesichts der »ungeheuren Geldwolke« – die Geldmenge war 1945 auf das Vier- bis Sechsfache des Vorkriegsniveaus angestiegen – wurden hier nur allzu leicht Erinnerungen an die 1920er Jahre wach. Die Regierung musste danach trachten, einen ähnlichen Währungsverfall zu verhindern und den Geldmengenüberhang abzuschöpfen. Dies geschah zunächst im Juli 1945 mit der Einführung des »Schaltergesetzes« (Wiedereinführung des Schillings), durch das die vorhandenen Reichsmarkguthaben zu 60 Prozent eingefroren wurden. Einen weiteren Schnitt vollzog man schließlich im Herbst 1947 durch das »Währungsschutzgesetz«: Im Zuge einer Währungsreform wurde (ausgenommen 150 Schilling pro Lebensmittelkartenbesitzer) der Schilling auf ein Drittel seines Wertes abgewertet. Abermals waren Kriegsanleihen und Sparguthaben verloren (wenn auch bei weitem nicht in jenem Ausmaß, wie dies nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war), wobei letztere zum Teil der Staat abschöpfte und sie in den Wiederaufbau fließen ließ.⁷⁹ Manche nahmen es mit Galgenhumor: »Iss und trink solange Dir's schmeckt, / schon zweimal ist uns's Geld verreckt.«⁸⁰ Freilich, nach diesem Rückschlag konnte sich der Schilling vor allem in Kontext des »Wirtschaftswunders« bewähren und war ein Garant dafür, dass in Österreich der Aufbau eines funktionsfähigen Kapitalmarktes gelang.⁸¹

77 Daten nach Dr. Fessel + GfK-Institut, Juli 1982, abgedruckt in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, S. 482–489, hier S. 484.

78 Daten nach IMAS-Umfrage, 09.-29.10.1986, abgedruckt in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, S. 890–895, hier S. 890, 892.

79 Vgl. F. Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 278–280; R. Sandgruber: Ökonomie und Politik, S. 463f.

80 Zitiert nach ebd., S. 464.

81 Vgl. H. Matis: Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder, S. 205–233.

IV. Resümee

Bis in die 1990er Jahre hinein betonte die Medienlandschaft, stolz und manchmal durchaus ironisch,⁸² die Stabilität des Schillings, der mitunter als »härteste Währung der Welt« gefeiert wurde. Wie sehr der Schilling inzwischen ein bedeutsames Stück österreichischer Identität geworden war, zeigte sich am Beginn der 2000er Jahre anlässlich seiner bevorstehenden Ablösung durch den Euro. Der Abschied von der altgedienten Währung beschäftigte die Öffentlichkeit in hohem Maße, er wurde von Wissenschaft, Kunst und Kultur groß umrahmt.⁸³ Ein weiteres Mal wurde aus diesem Anlass auch seines Ursprungs gedacht: Der Schilling war ein Kind der Inflation – und er gab der Bevölkerung jenes Staates, an dessen Lebensfähigkeit nach dem Zerfall der Donaumonarchie nur die Wenigsten geglaubt hatten – in der Zwischenkriegszeit in Ansätzen, nach 1945 weitaus stärker –, ein ›Österreich-Bewusstsein‹. Nur unter diesen Gesichtspunkten lässt sich verstehen, warum sich die Schillingwährung im öffentlichen Bewusstsein als unumstößlicher Orientierungspunkt, als stabiler Rettungsanker, als »heilige Kuh«, an der tunlichst niemand rütteln sollte, manifestierte. Drei Aspekte, die zugleich als Fazit aus den vorangegangenen Ausführungen zu sehen sind, fallen dabei besonders ins Auge:

1. Das Trauma der Hyperinflation entfachte Emotionen, die bis weit in die Zweite Republik hinein nachwirkten. In den 1970er und 1980er Jahre durchgeführte Meinungsumfragen belegen deutlich die Ängste vor Währungsverfall und Preisumstürzen. Sie waren vor allem unter älteren Generationen stark ausgeprägt, grassierten aber auch unter der jüngeren Bevölkerung. Die traumatischen Erfahrungen der 1920er Jahre, als sich Erspartes in Luft auflöste und die Preise explodierten, waren in der kollektiven Erinnerung weitertradiert worden, zudem wurden sie durch die Währungsreform (Währungsschutzgesetz) nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal aufgefrischt. Die Tatsache, dass sich ökonomische Krisenerscheinungen der folgenden Jahrzehnte eigentlich nur noch eingeschränkt mit jenen der Zwischenkriegszeit vergleichen ließen, spielte hier kaum eine Rolle.

82 Vgl. dazu die Karikaturen in Liebscher, Klaus/Seipel, Wilfried (Hg.), *Vom Schilling zum Euro. Kontinuität und Stabilität. Eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums und der Oesterreichischen Nationalbank*, 27. Februar bis 31. Oktober 2002, Wien: Oesterreichische Nationalbank/Kunsthistorisches Museum 2002, S. 154–161.

83 So etwa durch eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums und der Oesterreichischen Nationalbank: »Vom Schilling zum Euro. Kontinuität und Stabilität« (Ausstellungskatalog: vgl. ebd.) oder durch die vom Styria-Verlag in Auftrag gegebene Publikation Bachinger, Karl/Butschek, Felix/Matis, Herbert/Stiefel, Dieter: *Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte*, Graz/Wien/Köln: Styria 2001.

2. Angesichts derartiger Ängste galt ein stabiler Schilling nicht nur in der öffentlichen Meinung als unabdingbar, sondern er wurde auch von den politischen Entscheidungsträgern ganz bewusst als Gegenmittel eingesetzt und propagiert. Etappenweise war der ›harte‹ Schilling aber ein Mythos, wie mehrere von der OeNB in Kauf genommene Währungsabwertungen (z.B. in den 1930er, 1960er und 1970er Jahren) belegen. Dass diese Abwertungen (wie andere währungspolitisch heikle Themen auch) von Seiten der Politiker öffentlich kaum zur Sprache kamen, zeigt wiederum, wie sensibel die österreichische Bevölkerung im Hinblick auf ›ihre‹ Währung tatsächlich war.
3. In Krisenzeiten führten besagte Entwicklungen fast zwangsläufig zu starken Reibungen zwischen Währungs- und Wirtschaftspolitik – dies umso mehr, als Letztere ab den 1930er Jahren und vor allem nach 1945 stark vom Keynesianismus durchdrungen wurde. Die 1920er Jahre hatten die Zusammenhänge zwischen Budget- und Währungskrise deutlich vor Augen geführt. Daher verwundert es nicht, dass jene Maßnahmen im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik, die im Kontext der Weltwirtschaftskrise und des ›Ölpreisschocks‹ zur Anwendung kamen, Sorgen um die Stabilität des Schillings hervorriefen und Warnungen vor ›Währungsexperimenten‹ die Runde machten. Wer den ›harten‹ Schilling kritisch hinterfragte, galt mitunter gar als »unpatriotisch«. Die – teils sehr hitzigen – Debatten darüber, ob nun die Wirtschaft den Vorrang gegenüber der Währung haben sollte oder umgekehrt, verkörperten letztlich eine wirtschaftsideologische Glaubensfrage. Fest steht: Im Wesentlichen bildeten die Hartwährungs-Befürworter eine relativ starke Phalanx. Auch der im Zuge der ›Ölpreisschocks‹ aufkeimende »Schilling-Defätismus« vermochte diese nicht zu durchbrechen.

Literatur

- Androsch, Hannes: »Vorwort«, in: Herbert Matis/Karl Bachinger (Hg.), Schilling bleibt Schilling. Ausstellung im Bundesministerium für Finanzen: 50 Jahre Schillingwährung, Wien: Bundesministerium für Finanzen 1975, S. 3.
- Androsch, Hannes: »Die Banken und die Hartwährungspolitik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1988, S. 102-106.
- Ausch, Karl: Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien/Frankfurt a.M./Zürich: Europa Verlag 1968.
- Bachinger, Karl/Matis, Herbert: Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung, Graz/Wien/Köln: Styria 1974.
- Bachinger, Karl/Butschek, Felix/Matis, Herbert/Stiefel, Dieter: Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz/Wien/Köln: Styria 2001.

- Bachinger, Karl: »Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik«, in: Ders. et al.: Abschied vom Schilling, S. 11-134.
- Bauer, Leonhard: »Anmerkungen zu einer modernen Wirtschaftspolitik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 2/1976, S. 9-29.
- Bauer, Otto: »Das Budgetsanierungsgesetz. Vortrag, gehalten am 9. Oktober 1932 vor den Vertrauensmännern der Postgewerkschaft«, in: Ders., Werkausgabe. Band 3, Wien: Europaverlag 1976, S. 695-718.
- Bauer, Otto: »Die österreichische Revolution«, in: Ders., Werkausgabe. Band 2, Wien: Europaverlag 1976 [1923], S. 489-866.
- Butschek, Felix: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Gustav Fischer/Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1985.
- Butschek, Felix: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2011.
- Deutsch, Otto/Vértes, Alexander: Aufbau, nicht Abbau!, Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1932.
- Dudler, Hermann-Josef: »Die Erfolge und Mißerfolge des Keynesianismus in der Nachkriegszeit«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1982, S. 16-23.
- Fibich, Alexander: Die Entwicklung der österreichischen Bundesausgaben in der Ersten Republik (1918-1938). Dissertation, Wien 1977.
- Fritz, Wolfgang: Für Kaiser und Republik. Österreichs Finanzminister seit 1848, Wien: Edition Atelier 2003.
- Haber, Gottfried/Neck, Reinhard: »Sustainability of Austrian public debt: a political economy perspective«, in: Empirica 33 (2006), S. 141-154.
- Haberler, Gottfried: »Mit oder ohne Inflation«, in: Der österreichische Volkswirt vom 05.11.1932, S. 136f.
- Hagspiel, Hermann: Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien: Braumüller 1995.
- Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2011.
- Hülsmann, Jörg Guido: Mises. The Last Knight of Liberalism, Auburn: Ludwig von Mises Institute 2007.
- Iber, Walter M./Kleinert, Jörn/Zwick, Christoph: »Land der Sparer, schuldenreich. Österreich und seine Staatsschulden«, in: Die Presse (SPECTRUM) vom 28.2.2015.
- Iber, Walter M.: »Den Schuldenkanzler relativieren? Bemerkungen zu einem (nicht nur) österreichischen Phänomen«, in: Michaela Hohenwarter/Walter M. Iber/Thomas Krautzer (Hg.), Mensch im Mittelpunkt. Bevölkerung – Ökonomie – Erinnerung. Festschrift für Peter Teibenbacher zum 65. Geburtstag (= Wissenschaft kompakt: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Band 2), Wien: LIT 2019, S. 221-235.

- Iber, Walter M.: »Währungsreform im Schatten der Sanierung. Zur Einführung des Schillings 1924/25«, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2015, S. 569-593.
- Iber, Walter M.: »Inflation, hyperinflation and financial reconstruction. Austria 1914-25«, in: Andrea Bonoldi/Andrea Leonardi/Cinzia Lorandini (Hg.), Wartime and Peacetime Inflation in Austria-Hungary and Italy (1914-1925) (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 134), Stuttgart: Steiner 2019, S. 17-31.
- Iber, Walter M.: »Rettungsschirm« für Österreich. Die Völkerbundanleihen«, in: Michael Gehler et al. (Hg.), Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs 9:2 (2019): Der Vertrag von St. Germain 1919 im Kontext der europäischen Nachkriegsordnung, S. 384-395.
- IMAS-Umfrage, 09.-29.10.1986, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, S. 890-895.
- Jobst, Clemens/Kernbauer, Alois: Die Bank. Der Staat. Das Geld. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816-2016, Frankfurt a.M.: Campus 2016.
- Karner, Stefan: »Problemfelder des wirtschaftlichen Aufbaus in Österreich 1918/19«, in: Ders./Gerald Schöpfer (Hg.), Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, Graz: Leykam 1990, S. 67-78.
- Kausel, Anton: »Der Schilling-Defätismus. Eine Spätfolge falscher Prognosen«, in: Finanz Nachrichten vom 13.05.1977, S. 4-9.
- Kienböck, Viktor: Das österreichische Sanierungswerk (= Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen, Band 85), Stuttgart: F. Enke 1925.
- Klingenstein, Grete: Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931-1934, Wien: Stiasny 1965.
- Knapp, Horst: »Dimensionsverlust...«, in: Finanz-Nachrichten vom 05.12.1975.
- Kriechbaumer, Robert: Die Ära Kreisky, Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2006.
- Liebscher, Klaus/Seipel, Wilfried (Hg.): Vom Schilling zum Euro. Kontinuität und Stabilität. Eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums und der Oesterreichischen Nationalbank, 27. Februar bis 31. Oktober 2002, Wien: Oesterreichische Nationalbank/Kunsthistorisches Museum 2002.
- März, Eduard: »Die große Depression in Österreich 1930-1933«, in: Wirtschaft und Gesellschaft 16 (1990), S. 409-438.
- Matis, Herbert: »Notleidende Funktionäre bevölkerten damals Österreich«. Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik«, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.), ...der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik. Band 2, Wien: Gerold 2008, S. 33-48.
- Matis, Herbert: »Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder – Der Schilling im ›goldenen Zeitalter‹«, in: K. Bachinger et al.: Abschied vom Schilling, S. 155-286.

- MRP Dollfuß, Stg. 901/11, 12./13.10.1933, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918-1938. Abteilung VIII: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, Band 4: MRP Nr. 883 vom 16. Juni 1933 bis MRP Nr. 904 vom 27. Oktober 1933, bearbeitet von Eszter Dorner-Brader, Wien: Verlag Österreich 1984.
- MRP Schuschnigg, Stg. 991/1., 3.4.1935, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918-1938. Abteilung IX: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg, Band 2: MRP Nr. 973 vom 30. Oktober 1934 bis MRP 997 vom 24. Mai 1935, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Wien: Verlag Österreich 1993.
- MRP Schuschnigg, Stg. 1007/21, 28.08.1935, in: Gertrude Enderle Burcel (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918-1938. Abteilung IX: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg, Band 3: MRP Nr. 998 vom 31. Mai 1935 bis MRP 1015 vom 30. November 1935, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Wien: Verlag Österreich 1995.
- N.N.: »Wie es vor Genf war und nach Genf ist«, in: Reichspost vom 20.10.1923, S. 1.
- N.N.: »Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik. Aus der Werkstätte des Finanzministers. – Finanzminister Dr. Ahrer bei der Grazer Presse«, in: Grazer Volksblatt vom 22.12.1924, S. 1.
- N.N.: »Warum Prof. Haberer Graz verlässt«, in: Grazer Tagblatt vom 20.02.1928, S. 3.
- N.N.: »Währungen untereinander«, in: Neue Freie Presse vom 22.09.1931, S. 6f.
- N.N.: »Interview mit OeNB-Präsident Stephan Koren«, in: profil vom 03.01.1978, S. 16-18.
- N.N.: »Modell Österreich – abgewirtschaftet«, in: Der Spiegel 3/1982, S. 92-94.
- Otruba, Gustav: »Kienböck, Viktor«, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 583f.
- Pammer, Michael: »Krise, Krieg, Normalisierung: die österreichische Wirtschaft 1918-1983«, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag 2008, S. 219-228.
- Polanyi, Karl: »Ein gefährlicher Aufbauplan«, in: Der österreichische Volkswirt vom 05.11.1932, S. 133-136.
- Redaktionskomitee der Wirtschaftskommission: Bericht über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs, Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1931.
- S.J.: »Sind 5.000 Schilling nur mehr 1.000 Schilling wert?«, in: Finanz Nachrichten vom 01.04.1977, S. 3.
- Sandgruber, Roman: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien: Ueberreuter 1995.
- Schöpfer, Gerald: »Das Notgeld. Ein seltsames Phänomen der österreichischen Währungsgeschichte«, in: Karl Bachinger/Dieter Stiefel (Hg.), Auf Heller und

- Cent. Beiträge zur Finanz- und Währungsgeschichte, Frankfurt a.M./Wien: Ueberreuter 2001, S. 325-344.
- Schumpeter, Joseph: Das Wesen des Geldes, aus dem Nachlass herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Fritz Karl Mann, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970.
- Stefan, Gabriela: Die Einführung des Schillings in Österreich 1924 und seine Rezeption in den Massenmedien. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Graz 2003.
- Streissler, Erich: »Die Fiktion des Austrokeynesianismus. Zum real existierenden ›Keynesianismus‹ im Schrifttum von Hans Seidel«, in: Peter Mitter/Andreas Wörgötter (Hg.), Austro-Keynesianismus. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag (= Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Band 38), Heidelberg: Physica 1990, S. 58-75.
- Tichy, Gunther: »Hartwährungspolitik – ein irreführendes Schlagwort zur Maskierung einer überholten Politik«, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1988, S. 35-46.
- Tremel, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, Wien: Deuticke 1969.
- Weber, Fritz: »Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit«, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien: Manz 1995, S. 531-551.

Die Währungskrise als emotionale Krise

Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937)

und Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* (1925)

Nina Peter

I. Einleitung

Die deutsche Währungskrise, die im Jahr 1923 kulminierte, war nicht nur ein einschneidendes ökonomisches Ereignis, sondern wird immer wieder auch als prägend für eine kollektive deutsche Emotionalität beschrieben. Das ›deutsche Inflationstrauma‹ ist zu einem stehenden Begriff geworden, der sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der journalistischen Berichterstattung immer wieder herangezogen wird, um Reaktionen auf unterschiedliche ökonomische Geschehnisse zu erklären und nationalhistorisch zu kontextualisieren, sei es die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die Einführung des Euro oder die europäische Schuldenkrise des beginnenden 21. Jahrhunderts.¹ Der auf diese Weise zum Ausdruck kommenden Vorstellung, dass ökonomische Ereignisse eine kollektiv-emotionale Wirkung entfalten, geht der Aufsatz im Folgenden nach. Im Zentrum steht dabei nicht die Frage nach den potentiellen Langzeitwirkungen der Währungskrise, sondern die Beschreibung einer durch sie verursachten emotionalen Stimmung in literarischen Texten, deren Autoren die Ereignisse in Deutschland erlebt und relativ zeitnah fiktional verarbeitet haben.

1 Vgl. dazu z.B. Hartwich, Hans-Herman: Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems. Alte Fundamente, neue Realitäten, Zukunftsperspektiven, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 67; Kuhnau, Petra: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk *Masse und Macht*, Würzburg: Königshausen & Neumann 1996, S. 185-189; Schulz, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 75), München: Oldenbourg 2014, S. 29; Schulz, Gerhard: »Inflationstrauma, Finanzpolitik und Krisenbekämpfung in den Jahren der Wirtschaftskrise, 1930-1933«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933 (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Band 6), unter Mitarbeit von Elisabeth von Müller-Luckner, München: Oldenbourg 1985, S. 261-296; Taylor, Frederick: The Downfall of Money. Germany's Hyperinflation and the Destruction of the Middle Class, New York u.a.: Bloomsbury 2013, S. 343-345.

Mit dem Begriff der emotionalen Stimmung (»emotional mood« bzw. »emotional atmosphere«) beschreibt Joseph de Rivera temporäre kollektive Emotionen, die durch ein Ereignis ausgelöst werden, das den gemeinsamen Fokus der Mitglieder einer Gruppe bildet und von diesen übereinstimmend beurteilt wird.² Hiervon unterscheidet er den Begriff des emotionalen Klimas (»emotional climate«), unter dem längerfristige affektive Dispositionen einer Gesellschaft zu verstehen sind.³ Die folgende Untersuchung fragt unter Rückgriff auf de Riveras Konzepte nach der Darstellung individueller und kollektiver Emotionen in Hans Falladas »Inflationsroman«⁴ *Wolf unter Wölfen* (1937) und Thomas Manns »Inflationsgeschichte«⁵ *Unordnung und frühes Leid* (1925). Damit werden zwei sehr unterschiedliche literarische Texte miteinander in Beziehung gesetzt: Auf der einen Seite Falladas umfangreicher Roman, in dem ein ganzes Gesellschaftspanorama entworfen wird und die Auswirkungen der Inflation auf Angehörige ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten geschildert werden, auf der anderen Seite Manns Novelle, deren Handlung sich ausschließlich im privaten Raum einer (groß-)bürgerlichen Familie entfaltet. Gerade angesichts der Verschiedenheit der Texte erscheint die Frage um so interessanter, ob sich Spuren der kollektiven emotionalen Stimmung, die Falladas Roman entwirft, auch in der Novelle Thomas Manns finden, die sich – zumindest auf den ersten Blick – auf historisch wenig spezifische familiäre Ereignisse zu beschränken scheint.⁶

2 Vgl. Rivera, Joseph de: »Emotional Climate. Social Structure and Emotional Dynamics«, in: Kenneth T. Strongman (Hg.), *International Review of Studies on Emotion*. Vol. 2, New York: Wiley 1992, S. 197–218, hier S. 197.

3 Vgl. Rivera, Joseph de/Páez, Darío: »Emotional Climate, Human Security, and Cultures of Peace«, in: *Journal of Social Issues* 63:2 (2007), S. 233–253, hier S. 234.

4 So bezeichnete Fallada den Roman in einem Brief vom 6. Dezember 1936 an seine Schwester Elisabeth, zitiert nach Kuhnke, Manfred: »Anständige Bücher schreiben und verlegen. Mühen um »Wolf unter Wölfen«, in: *Hans-Fallada-Jahrbuch* 5 (2006), S. 206–221, hier S. 211.

5 So bezeichnete Thomas Mann selbst den Text, in: Wysling, Hans/Fischer, Marianne (Hg.): *Dichter über ihre Dichtungen*. Band 14:2: Thomas Mann. Teil 2: 1918–1943, Zürich/München/Frankfurt a.M.: Heimeran/Fischer 1979, S. 63.

6 Diese Einschätzung vertritt beispielsweise Wiegmann, der konstatiert, das Ökonomische spiele in der Erzählung keine Rolle, vgl. Wiegmann, Hermann: *Die Erzählungen Thomas Manns*. Interpretationen und Realien, Bielefeld: Aisthesis 1992, S. 222. Auch Müller und Kolbe sehen den Text nicht als Verarbeitung gesamtgesellschaftlich relevanter Ereignisse, sondern deuten ihn als Rückzug ins Bürgerlich-Private bzw. Familiär-Idyllische, vgl. Müller, Joachim: »Thomas Manns Sinfonia Domestica«, in: *Zeitschrift für Deutsche Philologie* 83:2 (1964), S. 142–170; Kolbe, Jürgen: *Heller Zauber. Thomas Mann in München, 1894–1933*, Berlin: Siedler 1987, S. 322.

II. Inflation als Lebensgefühl: Hans Falladas Roman *Wolf unter Wölfen*

Hans Falladas Roman *Wolf unter Wölfen* erschien im Jahr 1937.⁷ Der Roman spielt in den Inflationsjahren 1923/1924. Der erste Teil schildert einen Tag im Juli 1923; er entwirft eine Vielzahl von Figuren und Handlungssträngen und skizziert in einem multiperspektivischen Panorama hauptsächlich das von der Inflation geprägte Leben in der Großstadt Berlin. Der zweite Teil wechselt den Schauplatz und das Erzähltempo. Er berichtet vor allem von Ereignissen rund um das Landgut Neuloh und umfasst Sommer und Herbst 1923. Ein kurzer Epilog, situiert im Frühsommer 1924, ein knappes Jahr nach dem Romanauftakt, schließt den Roman mit einer Beschreibung der veränderten Verhältnisse nach der Einführung der Rentenmark ab.

7 Zur Entstehungs- und Publikationsgeschichte des Romans vgl. z. B. Lutz, Daniel: »Bewährung in der Krise. Hans Falladas ›Wolf unter Wölfen‹ und die moderate Moderne während des ›Dritten Reichs‹«, in: Gustav Frank/Stefan Scherer (Hg.), Hans Fallada (= Text+Kritik, Band 200), München: Text+Kritik 2013, S. 61–71, hier S. 61–63. Dass Fallada während der nationalsozialistischen Herrschaft weiter publizieren konnte, führt Titzmann auf die »ideologische Unbestimmtheit« seiner Texte zurück, die damit »für ideologisch sehr verschiedene Gruppen« akzeptabel gewesen seien (Titzmann, Michael: »Selbstfindung und Selbstverlust. Aspekte der textinternen Anthropologie in Falladas ›Wolf unter Wölfen‹ (1937)«, in: Fritsch-Lange/Hagstedt, Hans Fallada (2011), S. 169–188, hier S. 173). Eine eindeutige politische Position lässt sich aus dem Roman nicht erschließen (vgl. ebd.). Die Erstpublikation des Romans ergänzte Fallada zudem um ein Vorwort, in dem er die erzählte Zeit der 1920er Jahre in Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Deutung der Zwischenkriegszeit als »kranke Zeit« adressierte und das sich damit als strategische Annäherung an die NS-Ideologie deuten lässt, vgl. Liersch, Werner: »Die Chance der Distanz. Hans Fallada: *Wolf unter Wölfen*«, in: Sigrid Bock/Manfred Hahn (Hg.), Erfahrung Nazi-Deutschland. Romane in Deutschland 1933–1945. Analysen, Berlin (Ost)/Weimar: Aufbau-Verlag, S. 99–131, 478–479, hier S. 124. Zur zeitgenössischen Rezeption des Textes vgl. Hübner, Anja Susan: »Erfolgsautor mit allem Drum und Dran«. Der Fall Fallada oder Sollbruchstellen einer prekären Künstlerbiographie im ›Dritten Reich‹, in: Carsten Würmann/Ansgar Warner (Hg.), Im Pausenraum des Dritten Reiches. Zur Populärkultur im nationalsozialistischen Deutschland (= Publikationen zur Zeitschrift für Germanistik. Neue Folge, Band 17), Bern u.a.: Peter Lang 2008, S. 197–208, hier S. 204; Frank, Gustav/Scherer, Stefan: »›Lebenswirklichkeit‹ im ›gespaltenen Bewußtsein‹. Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* und die Erzählliteratur der 30er Jahre«, in: Fritsch-Lange/Hagstedt, Hans Fallada (2011), S. 23–38, hier S. 24; Heinrich, Bernhard: »Der Verlust der Werte durch den Wertverlust. Die Inflation in Falladas Werk«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 454–464, hier S. 456. Zur Positionierung und zum Schreiben Falladas während der NS-Herrschaft vgl. außerdem Lamp, Hannes: Fallada unter Wölfen. Schreiben im Dritten Reich. Die Geschichte des Inflationsromans *Wolf unter Wölfen*, Friedland: Steffen 2002; Schnell, Ralf: »Anpassungsstrategien und indirekter Widerstand im Dritten Reich«, in: Frank/Scherer, Hans-Fallada-Handbuch (2019), S. 38–49; Deupmann, Christoph/Gürgen, Hannes: »Zwischen innerer Emigration und NS-Literatur: Falladas Poetik im literarischen Kontext des Dritten Reiches«, in: Frank/Scherer, Hans-Fallada-Handbuch (2019), S. 138–147.

Im Verlauf der Handlung konzentriert sich der Roman immer stärker auf eine kleiner werdende Gruppe von Figuren, insbesondere der durch seinen Namen mit dem Romantitel assoziierte Wolf(gang) Pagel und seine Entwicklung rücken in den Fokus der Aufmerksamkeit. Durch seine heterogenen Teile vereint der Text in sich Elemente des Gesellschafts- und des Entwicklungsromans: Während der erste Teil eine kollektive Inflationsemotionalität und -mentalität beschreibt, an der die Figur Wolf Pagel partizipiert, schildert der zweite Teil die psychologische Emanzipation der hier zum Protagonisten werdenden Figur von den wirtschaftlichen Ereignissen.

Ökonomische Erklärungsmodelle spielen weder in den Betrachtungen der Figuren des Romans eine Rolle noch werden sie den Lesenden zugänglich gemacht. Stattdessen erscheint die Inflation in Falladas Roman meist als depersonalisiertes und dekontextualisiertes eigenmächtiges Geschehen. Exemplarisch hierfür steht der Eindruck des Gutspächters von Prackwitz, der verzweifelt und wütend auf die Geldentwertung reagiert, ohne diese Emotionen jedoch auf eine verantwortliche Instanz richten zu können:

»Und ein Gefühl hilflosen Hasses überfiel den Rittmeister Joachim von Prackwitz. Irgendwo in dieser Stadt stand eine Maschine – natürlich eine Maschine, Menschen würden sich nie zu so etwas mißbrauchen lassen! – und erbrach Tag und Nacht Papier über die Stadt, das Volk. ›Geld‹ nannten sie es, druckten Zahlen darauf, wunderbare, glatte Zahlen mit vielen Nullen, die immer runder wurden. Und wenn du gearbeitet hast, wenn du dich geschunden hast, wenn du dir etwas erspart hast auf deine alten Tage – es ist schon alles wertlos geworden, Papier, Papier – Dreck!«⁸

Nicht menschliches Handeln macht der Roman für die Inflation verantwortlich, sondern die »kranke [...], verfaulte [...] Zeit«.⁹ Die von Fallada beschriebene Bevölkerung figuriert dabei nicht nur als Produkt, sondern geradezu als Spiegel dieser Zeit: Die Vorstellung der Inflation als pathologisches Phänomen, als Krankheit der Zeit, wird vom Roman auf die Figuren übertragen – die Inflation scheint buchstäblich die Gefahr einer ›Ansteckung‹ zu bergen. Mit dem Diener Räder und dem Baron von Bergen, der wegen »Verschwendungssucht«¹⁰ entmündigt wurde, lässt der Roman zwei Figuren auftreten, die als psychisch deviant markiert werden und deren Ausleben ihrer Phantasien als Zeitphänomen gedeutet wird: »Meistens, in gesunden Zeiten, lassen die andern sie nicht hochkommen, aber in einer kranken, verfaulten Zeit, da wird es geil, solch Gewächs«.¹¹ In eine ähnliche Richtung weist

8 Fallada, Hans: *Wolf unter Wölfen*, Reinbek: Rowohlt 1994, S. 53.

9 Ebd., S. 632.

10 Ebd., S. 186.

11 Ebd., S. 632.

die Befürchtung einer anderen Figur, die fragt: »Sind wir denn alle wahnsinnig geworden? Sind wir denn alle krank? Ist denn diese Inflation ein Gift, das in der Luft herumfliegt? Das jedermann ansteckt?!«¹² Verhalten, Einstellungen und Psychologie der Mehrheitsbevölkerung scheinen sich unmerklich dem vom Roman diagnostizierten Charakter der Inflation und ihres Geldes anzupassen: Die Menschen selbst bemerkten kaum, »[d]aß sie selber alle eingefangen sind von dem schillernen Sumpfzauber dieser schlimmen Zeit, daß sie nur an den Tag und die Stunde denken, statt an die Ewigkeit danach – wie die Notenpresse in Berlin nur für Tag und Stunde arbeitet.«¹³

Die Aufrechterhaltung einer gesunden Psyche, das Potential, sich der kollektiven emotionalen Stimmung zu widersetzen, scheint eine bewusste Entscheidung und gezielte Widerstandsstrategien vorauszusetzen, wie sie eine Figur an den Tag legt, die sich ausgerechnet als Pfleger in eine Nervenheilanstalt zurückzieht, da sie »nicht geneigt [ist], die Tollheiten dieser tollen Zeit mitzumachen, selber toll zu werden.«¹⁴

Individuelle ökonomische und soziale Folgen der Inflation werden jedoch keineswegs ausgeblendet: Anhand zahlreicher Figuren unterschiedlicher sozialer Milieus thematisiert der Text von der Inflation verursachte existentielle Nöte, die veränderten Alltagspraktiken und gesellschaftlichen Umwälzungen. Der Roman schildert das wachsende Elend in der Großstadt, die Zunahme von Prostitution und Kriminalität – insbesondere von Diebstahl, häufig Mundraub, Schwarzmarkt-Aktivitäten und illegalem Glücksspiel –, die Entwertung von Ersparnissen, die veränderte gesellschaftliche Stellung ehemaliger Angehöriger des Militärs, die politische Radikalisierung, soziale Unruhen, die Problematik von Hypotheken, die nun zu einem Bruchteil ihres ursprünglichen Werts zurückgezahlt werden, die Verringerung der Kaufkraft der Löhne und die in immer kürzeren Abständen eintretenden Geldentwertungen, die ein schnelles Ausgeben jedes Bargeldes erforderlich machen, aber auch die Rolle von Inflationsgewinnern und Spekulanten. Mindestens im gleichen Maße werden aber die Auswirkungen der Geldentwertung auf die kollektive emotionale Stimmung und die allgemeinen Wertvorstellungen in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. In Übereinstimmung mit Georg Simmels Annahme, dass das Geld in modernen Gesellschaften nicht nur zu einem wichtigen Teil des Selbstverständnisses ihrer Mitglieder, sondern auch zum zentralen Faktor der Gestaltung sozialer Beziehungen wird,¹⁵ beschreibt Fallada die Einwirkung der Instabilität der Währung auf die kollektive Mentalität. Untrennbar mit den durch

12 Ebd., S. 543.

13 Ebd., S. 571.

14 Ebd., S. 669.

15 Vgl. z.B. Simmel, Georg: Gesammelte Werke. Erster Band: Philosophie des Geldes, Berlin: Duncker & Humblot 1958, S. VI.

die Inflation verursachten veränderten Alltagspraktiken verbunden, entsteht, so schildert es der Roman, eine kollektive Inflationspsychologie, die auch Lebensbereiche betrifft, die auf den ersten Blick unabhängig vom Ökonomischen zu sein scheinen. Charakteristisch für diese Inflationsmentalität ist der Verlust des Vertrauens in Stabilität und Dauer jeglicher Beziehungen, das ersetzt wird durch ein umfassendes Gefühl der Instabilität und Kurzfristigkeit: »Sie rannten so auf den Straßen, sie hatten alle Eile, liefen, den Zug noch zu fassen, das Mädchen zu treffen, diesen Schein noch vor seiner völligen Entwertung auszugeben. Was dauerte denn –? Und Liebe sollte dauern –?!«¹⁶ Die Geschwindigkeit der Entwertung der Mark und der damit einhergehende Zwang zur Beschleunigung der Abwicklung ökonomischer Transaktionen sorgt für den Eindruck, dass das Lebenstempo insgesamt ins Unkontrollierbare steigt und den Einzelnen der Entscheidungsfreiheit und der Einflussnahme auf die Gestaltung seines Lebens beraubt. Die daraus resultierende grundlegende Verunsicherung und das Gefühl einer existentiellen, zugleich aber diffus bleibenden Bedrohung führt bei Falladas Figuren zu einer Lockerung der etablierten Normen und zu Bemühungen um die Intensivierung der Erlebnisse der Gegenwart: »Schamlosigkeit, Feilheit aus Elend oder Gleichgültigkeit. Geilheit aus der Gier, sich einmal selbst zu fühlen, selbst etwas zu sein in einer Welt, die in sausender, irrer Fahrt jeden mitriß, unbekannten Dunkelheiten zu.«¹⁷ Mit der verlässlichen Währung schwindet auch das Vertrauen in die Zukunft, jeder Maßstab für die Orientierung des eigenen Lebens verliert seine Gültigkeit, für viele bleibt lediglich eine hedonistische Hinwendung zur Gegenwart:

»Dem Rittmeister war es, als hörte er sie alle rufen, schreien, jagen: nichts gilt außer Geld! Geld!! Aber auch das Geld galt nichts, in jeder Minute mußte der größtmögliche Genuß aus ihm herausgepreßt werden! Für was sich bewahren – für morgen? Wer weiß, wie morgen der Dollar steht, wer weiß, ob wir morgen noch leben.«¹⁸

Die »Zeit der hüpfenden, springenden, stürzenden Mark«,¹⁹ deren Kurs keinem verlässlichen, antizipierbaren System zu folgen scheint, ist zugleich eine Zeit, in der das Vertrauen in orientierende Wertmaßstäbe jeglicher Art verloren geht: »nichts hat Bestand. Was eben noch galt, ist schon wieder ungültig.«²⁰ Die Infragestellung der Werte nimmt dabei vom Geld seinen Ausgang und weitet sich auf alle Lebensbereiche aus:

16 H. Fallada: *Wolf unter Wölfen*, S. 60.

17 Ebd., S. 15.

18 Ebd., S. 62f.

19 Ebd., S. 128.

20 Ebd., S. 130.

»Es laufen [...] jetzt so viele Menschen aus ihrer Arbeit. Arbeiten, überhaupt etwas tun, ist plötzlich für sie sinnlos geworden. Solange sie einen festen, greifbaren Wert dafür am Ende der Woche, am Ende des Monats in die Hand bekamen, hatte auch die ödeste Büroarbeit für sie einen Sinn. Der Marksturz hat ihnen die Augen geöffnet. Warum leben wir eigentlich? fragen sie plötzlich. Warum tun wir was? Irgendwas?«²¹

Das hier angedeutete, mit der Verunsicherung einhergehende Potential einer Neuorientierung und eines neuen Blicks auf das eigene Leben scheint jedoch, so die Diagnose des Romans, in den meisten Fällen zugunsten einer auf Kurzfristigkeit und schnelles, ablenkendes Vergnügen ausgerichteten Lebensweise ungenutzt zu bleiben:

»In dieser Zeit, in diesen wenigen Erntewochen stieg der Dollar von vier Millionen Mark auf hundertsechzig Millionen! / Wofür arbeiten wir? Fragten die Leute. Wofür leben wir? fragten sie. Die Welt geht zugrunde, alles zerfällt, sagten sie. Laßt uns noch fröhlich sein und unsere Schmach vergessen, ehe wir dahin müssen! / So sagten sie, dachten sie, handelten sie.«²²

Mit der Erschütterung des zentralen Wertmaßstabs der Gesellschaft schwindet, folgt man der Darstellung des Romans, das Vertrauen in Werte insgesamt.²³ Während eine stabile Währung neben dem Vertrauen in »persönliche Sicherheit«²⁴ zugleich auch das Vertrauen in die staatliche und normative Ordnung begünstigt,²⁵ führt umgekehrt die Entwertung dieses grundlegenden Wertmaßstabs zu einem ›Wertezweifel‹, der sich in allen Bereichen des Lebens geltend macht.²⁶

21 Ebd., S. 224.

22 Ebd., S. 470.

23 Die Beschreibung der Inflation als allgemeiner Werteverfall findet sich auch in literarischen Texten der Ersten österreichischen Republik, vgl. Achberger, Friedrich: »Die Inflation und die zeitgenössische Literatur«, in: Franz Kadrnoska (Hg.), *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*, Wien: Europaverlag 1981, S. 29-42; Hofeneder, Veronika: »Freier Fall der Werte oder Beziehungswahn. Inflationäre Verhältnisse in der Literatur der österreichischen Ersten Republik«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 148-168. Zum Zusammenhang zwischen Inflation und der Infragestellung kultureller Werte vgl. auch Widdig, Bernd: *Culture and Inflation in Weimar Germany (= Weimar and Now: German Cultural Criticism, Band 26)*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press 2001, S. 10. Als zeitgenössische Diagnose findet sich diese These bereits bei Ostwald, Hans: *Sittengeschichte der Inflation. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marksturzes*, Berlin: Neufeld & Henius 1931.

24 G. Simmel: *Philosophie des Geldes*, S. 165.

25 Vgl. ebd.

26 Canetti beschreibt die Inflation darüber hinaus als einen Selbstwertverlust, dem sowohl das Individuum als auch das Kollektiv einer von der Geldentwertung betroffenen Gesellschaft ausgesetzt sind. Sei bei stabilen Währungsverhältnissen eine sowohl ökonomisch als auch

Untergraben wird Fallada zufolge auf diese Weise auch die soziale Kohäsion einer Gesellschaft: Unter dem Einfluss der schnellen Geldentwertung wird der Alltag zum Überlebenskampf. Die Bevölkerung verwandelt sich in »Jäger und Gejagte«,²⁷ wobei jeder Einzelne die Doppelrolle in sich vereint: Gejagt von der Entwertung beginnt eine Jagd auf die rechtzeitige Ausgabe des vorhandenen Geldes, auf Lebensmittel, auf ein günstiges Geschäft, auf die Sicherung der (Geld-)Mittel zum Überleben, auf intensive Erlebnisse vor dem erwarteten Untergang. Der omnipräsente Kampf, in den die veränderten ökonomischen Bedingungen den Alltag verwandeln, offenbart, so suggeriert der Romantitel, eine egoistische Tendenz des Menschen, die in stabileren ökonomischen Verhältnissen weniger deutlich zum

psychologisch versichernde »Gleichsetzung des einzelnen Menschen« mit seinem Geld zu beobachten, so verkehre sich deren Effekt in der Inflation in ihr Gegenteil: »Sie [die Mark] hat ihre Festigkeit und Grenze verloren, sie ist jeden Augenblick etwas anderes. Sie ist *nicht* mehr wie eine Person, und sie hat keinerlei Dauer. Sie hat weniger und weniger Wert. Der Mensch, der ihr früher vertraut hat, kann nicht umhin, ihre Erniedrigung als seine eigene zu empfinden. Zu lange hat er sich mit ihr gleichgesetzt, das Vertrauen in sie war wie das Vertrauen in sich selbst. Nicht nur gerät durch die Inflation alles äußerlich ins Schwanken, nichts ist sicher, nichts bleibt eine Stunde am selben Fleck – durch die Inflation wird er selber, der Mann, *geringer*. Er selbst oder was er immer war, ist nichts, die Million, die er sich immer gewünscht hat, ist nichts. [...] Man kann die Inflation als einen Hexensabbat der Entwertung bezeichnen, in dem Menschen und Geldeinheit auf das sonderbarste ineinanderfließen. Eines steht fürs andere, der Mensch fühlt sich so schlecht wie das Geld, das immer schlechter wird; und alle zusammen sind diesem schlechten Gelde ausgeliefert und fühlen sich auch *zusammen* ebenso wertlos. / In der Inflation kommt also etwas zustande, was bestimmt nie bezweckt worden ist, etwas so Gefährliches, daß jeder, der irgendeine Form von öffentlicher Verantwortung trägt und es absehen könnte, davor zurückschrecken müßte: eine *doppelte Entwertung*, die aus einer doppelten Gleichsetzung entspringt. Der *einzelne* fühlt sich entwertet, weil die Einheit, auf die er sich verließ, die er sich selber gleich achtete, ins Abgleiten geraten ist.« (Canetti, Elias: Masse und Macht, Frankfurt a.M.: Fischer 2003, S. 218, Herv. i. Orig.) Dieser Gedanke ist bei Simmel bereits angelegt, der im 5. Kapitel seiner *Philosophie des Geldes* den Zusammenhang zwischen dem Geld und der Wertung bzw. »Wertschätzung« (G. Simmel: Philosophie des Geldes, S. 387) des Menschen untersucht. Auch Thomas Mann formuliert eine ähnliche Einschätzung: »die schwindelerregenden Zahlen, mit denen man es [das deutsche Volk] traktierte, Millionen von Mark für den Krieg, Hunderttausende von Toten im Kriege, führten im Gefühl der Leute zu einer Entwertung sowohl des Menschenlebens wie des Volksvermögens« (Mann, Thomas: »Erinnerungen aus der deutschen Inflation«, in: Ders., Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Band 8: Über mich selbst. Autobiographische Schriften, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1983, S. 361–371, hier S. 363). Dass Mann in diesem Text – wie Canetti später – die Metapher des »Hexensabbat[s]« (ebd., S. 368) für die Inflation verwendet, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass Canetti Manns Text rezipiert hat. Wie Canetti sieht auch Thomas Mann eine enge Verbindung zwischen der Inflation und der späteren massenhaften Unterstützung des Nationalsozialismus (vgl. ebd., S. 371).

27 H. Fallada: Wolf unter Wölfen, S. 43.

Ausdruck kommt – in der Inflation wird der Mensch zum »Wolf unter Wölfen«. Unter Rückgriff auf die Thomas Hobbes' Menschenbild zugrunde liegende anthropologische Grundformel »homo homini lupus«, mit der dieser den ungezügelten, vorstaatlichen Zustand menschlichen Zusammenlebens beschreibt,²⁸ charakterisiert Fallada die Inflationszeit als Phase des unregulierten Kampfes aller gegen alle: »Heute kämpft jeder für sich allein – und gegen alle«.²⁹

Neben ihren drastischen ökonomischen Auswirkungen scheint die Inflation also, folgt man der Darstellung des Romans, nicht nur wirtschaftlich zu wirken, sondern auch die Entstehung einer bestimmten Lebenseinstellung und Mentalität zu begünstigen. Diese Inflationsmentalität lässt sich zusammenfassend durch die folgenden Aspekte charakterisieren: Die Planungsunsicherheit und der Verlust der Vorsorgemöglichkeiten durch die ständige Geldentwertung führen zu einem Gefühl der Beschleunigung und des beständigen Zeitdrucks, das einhergeht mit dem Eindruck der Kurzfristigkeit aller Beziehungen und einem vermehrten Bemühen um ein intensives Erleben der Gegenwart. Mit dem Geldwert werden auch bislang unhinterfragt geltende Annahmen unsicher: sowohl moralische und emotionale Normen als auch die bisherige Ordnung des eigenen Lebens verlieren ihre selbstverständliche Gültigkeit. Die stark reduzierte Zukunftsperspektive und die weit über das Ökonomische hinausgehende Verunsicherung durch die als Krisensituation erlebte Inflation führen zu einer allgemeinen Orientierungslosigkeit. Soziale Beziehungen verlieren an Verbindlichkeit und Stabilität, der alltägliche Überlebenskampf führt zu einer Vereinzelung und bringt eine kämpferische »wölfische« Einstellung gegenüber den Mitmenschen hervor. Die Bevölkerung scheint nicht nur in ihrem ökonomischen, sondern auch in ihrem sozialen Handeln und Denken die Eigenschaften des Inflationsgeldes zu übernehmen: Alles Handeln wirkt ausgerichtet auf kurzfristige Ziele; stabile Orientierungen, die über den Moment hinaus Gültigkeit haben, existieren nicht, das Verhalten wird unberechenbar und unvorhersehbar, die »Krankheit« und »Verrücktheit« der Wirtschaft übertragen sich auf ihre Subjekte – in den Worten Osteens: »social life mirrors its medium of exchange«.³⁰

28 Der Wolfs-Vergleich findet sich in der Widmung von Hobbes' Text *De Cive*. Vgl. Hobbes, Thomas: Vom Menschen. Vom Bürger. Elemente der Philosophie II/III (= Philosophische Bibliothek, Band 158), eingeleitet und herausgegeben von Günter Gawlick, übersetzt von Max Frischeisen-Köhler Hamburg: Meiner 1994, S. 59. Er variiert einen Aphorismus des römischen Dichters Titus Maccius Plautus.

29 H. Fallada: Wolf unter Wölfen, S. 231.

30 Osteen, Marc: »The Currency of DeLillo's *Cosmopolis*«, in: Critique 55 (2014), S. 291-304, hier S. 292. Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis wie Falladas literarischer Text kommt auch der Historiker von Kruedener in seiner sozialpsychologischen Analyse der »Entstehung des Inflationstraumas«. Er konstatiert: »Die sozialen Systemwirkungen der Hyperinflation finden sich also im gesamten Feld des sozialen Handelns, der Normen, der Erwartungen, des Verhal-

Dass Fallada gewissermaßen als ›Ausweg‹ aus dieser gesellschaftlichen Konstellation die individuelle psychische Entwicklung eines Einzelnen stellt, erscheint vor diesem Hintergrund als naiv und unrealistisch. War Wolf Pagels Alltag in Berlin noch vom alltäglichen Existenzkampf geprägt, einer fieberhaften Suche nach Geld und der Teilnahme an illegalen Glücksspielen, so entdeckt er mit seinem Umzug aufs Land die Freude an der Arbeit unabhängig von deren finanzieller Entlohnung und entwickelt sich zu einem ethisch handelnden Individuum: »Er faßt wohl kaum einen Entschluß, mit den ausgedachten Entschlüssen ist es nicht so weit her – aber er läßt etwas wachsen in sich, was sachte schon immer in ihm war. Er gibt ihm allen Raum, einer sehr einfachen Sache: so gut und anständig zu sein, wie nur immer möglich.«³¹

So gewandelt ist Pagel nun bereit, nach Berlin zurückzukehren und Verantwortung für seine Partnerin Petra Ledig und ihr gemeinsames Kind zu übernehmen. Für eine ›Läuterung‹ Pagels genügt es äußerlich, dass er aufs Land geht, sich »richtige Arbeit«³² und eine »Aufgabe«³³ sucht und sich innerlich von Geld und Glücksspiel emanzipiert,³⁴ um sich von einem Vertreter und Exponenten der Inflations-

tens [...]. Sie stellen sich dar als Einbrüche in soziale Absicherungen und Stützungen des Verhaltens, als Unübersehbarkeit von Handlungsabläufen, als Erwartungsunsicherheiten aufgrund der Reduzierung des Zeithorizonts, als allgemeine Orientierungsverluste infolge der Mehrdeutigkeit der Handlungsfelder, ja, als Destabilisierungen des Normensystems selbst« (Krüedener, Jürgen Freiherr von: »Die Entstehung des Inflationstraumas. Zur Sozialpsychologie der deutschen Hyperinflation 1922/23«, in: Gerald D. Feldmann/Carl-Ludwig Holtfriedrich/Gerhard A. Ritter et al. (Hg.), *Konsequenzen der Inflation* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 67), Berlin: Colloquium-Verlag 1989, S. 213–286, hier S. 248.

31 H. Fallada: *Wolf unter Wölfen*, S. 624.

32 Ebd., S. 311.

33 Ebd., S. 373.

34 Vgl. ebd., S. 262. Damit entspricht der Romane gerade nicht – bzw. nur *ex negativo* – Preisingers Diagnose, dass in den Romanen der Neuen Sachlichkeit die »monetäre Verkettung« zentral für die Logik der Handlung ist, vgl. Preisinger, Alexander: »Monetäre und literarische Sachlichkeit. Zur narrativen Logik des Geldes in Romanen der neuen Sachlichkeit«, in: *Jahrbuch zur Kultur und Literatur der Weimarer Republik* 12 (2008), S. 203–223. Mattern deutet Falladas Roman daher auch als generelle (Papier-)Geldkritik, vgl. Mattern, Nicole: »Zerstörerische Schöpfung. Geld und Inflation in Heinrich Eduard Jacobs *Jacqueline und die Japaner* (1928) und Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937)«, in: Dies./Timo Rouget (Hg.), *Der große Crash. Wirtschaftskrisen in Literatur und Film* (= Film – Medium – Diskurs, Band 63), Würzburg: Königshausen und Neumann 2016, S. 193–215, hier S. 207.

mentalität³⁵ zu einem ›gesundeten‹³⁶ Akteur zu wandeln, der »die eigenen Gedanken, die eigenen Arbeiten, seine Beziehungen zur Umwelt«³⁷ verantwortungsvoll kontrolliert und durch seinen Berufswunsch – »Psychiater. Seelenarzt. [...] [E]in wirklicher Arzt.«³⁸ – zudem das Potential andeutet, auch andere Menschen zu ›heilen‹. Dieser Entwurf ignoriert wesentliche inflationstypische Problematiken, so beispielsweise die schlichte *Unmöglichkeit*, sich innerlich vom überlebenswichtigen Geld zu emanzipieren, in der Phase hoher Arbeitslosigkeit eine ›richtige Arbeit‹ zu finden, geschweige denn eine als ›sinnvolle Aufgabe‹ empfundene Ausbildung zu machen (Pagels Ausbildung zum Psychiater finanziert im Roman voraussichtlich dessen Mutter). Falladas Reduktion der Inflation auf ein psychologisches Problem wird den historischen Tatsachen auf diese Weise keineswegs gerecht, macht aber auf der anderen Seite deutlich, in welchem Maße die Inflation auch psychologische und emotionale Auswirkungen zeitigte, so dass es für Fallada naheliegend erschien, diese Aspekte als Hauptproblem zu betrachten.³⁹ Implizit formuliert die zweite Hälfte des Romans eine ›Antwort‹ auf den krisenhaften ersten Teil, die in der individuellen Entwicklung des ›Romanhelden‹ zum Ausdruck kommt. Bereits diese Struktur zeigt an, welche Perspektive der Roman auf die Inflation einnimmt: Im Mittelpunkt des Textes stehen nicht die ökonomischen und politischen Ursachen der Inflation, sondern vielmehr ihre sozialen und psychologischen Auswirkungen. Die Inflation wird nicht in erster Linie als wirtschaftliches Problem adressiert – dies geschieht lediglich hinsichtlich der finanziellen Nöte einzelner Figuren, nicht jedoch in Hinblick auf das ursächliche Problem der staatlichen Finanzpolitik –, sondern als Phase einer problematischen kollektiven emotionalen Stimmung. Falladas vereinfachender und den historischen ökonomischen Gegebenheiten nicht gerecht werdender ›Lösungsvorschlag‹ verhindert nicht, dass der Text vor allem in seinem ersten Teil eine anschauliche Schilderung und Reflexion der sozialen und psychologischen Merkmale der deutschen Inflation liefert; der zweite Teil macht

35 Vgl. Peter, Nina: »Währungskurs und Weltanschauung. Ökonomie als Psychologie in Falladas *Wolf unter Wölfen*«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 464-484, hier S. 472-474. Teile dieser Analyse wurden an dieser Stelle in ähnlicher Form bereits publiziert.

36 Vgl. H. Fallada: *Wolf unter Wölfen*, S. 373.

37 Ebd., S. 719.

38 Ebd., S. 720.

39 Fallada ist dabei keineswegs der einzige, der die Inflation als ein (auch) psychologisches Phänomen beschrieb. Auch Thomas Mann beispielsweise vermutete unter den Ursachen der Inflation auch psychologische, so die vermeintlich typisch »deutsche Neigung zum Uferlosen, zum radikal Unvernünftigen« (T. Mann: *Erinnerungen*, S. 365), und beschreibt die Inflation als »Krankheit« (ebd., S. 362).

deutlich, welche Relevanz der Autor den psychologischen Effekten der Währungs-
krise zuschreibt.⁴⁰

III. Die Verdrängung der Inflation und ihre Wiederkehr: Thomas Manns Novelle *Unordnung und frühes Leid*

Thomas Manns Erzählung entstand verhältnismäßig kurz nach dem mit der Einführung der Rentenmark im November 1923 eingeleiteten Ende der Inflation.⁴¹ Auf den ersten Blick handelt es sich um eine private Familiengeschichte: Die erzählte Zeit umfasst etwa einen Tag und berichtet, fast durchgehend aus der Perspektive des Geschichtsprofessors Abel Cornelius, von einer Feier, die dessen zwei ältere Kinder, die 18jährige Ingrid und der um ein Jahr jüngere Bert, in der Familienvilla veranstalten. Nicht nur Cornelius nimmt – oszillierend zwischen Abstoßung und Anziehung⁴² – zeitweise an dem Fest teil, sondern auch seine beiden jüngeren Kinder, das fünfjährige ›Lorchen‹ und der vierjährige ›Beißer‹. Das novellentypische ›unerhörte Ereignis‹ findet am Abend statt, als Lorchen – der erklärte Liebling ihres Vaters – sich heftig und angesichts ihres Alters ›verfrüht‹ in einen der anwesenden Studenten verliebt und nur durch dessen Erscheinen an ihrem Kinderbett zu beruhigen und in ihrem ›frühen Leid‹ zu trösten ist. Unverkennbar bildet Thomas

40 Künzels These, die Inflation fungiere in *Wolf unter Wölfen* »lediglich als austauschbare Variable für das für Fallada typische Szenario einer – wie auch immer gearteten – politisch-wirtschaftlich-sozialen Krisenzeit [...], in der sich Individuen bewähren oder scheitern« (Künzel, Christine: »Literarische Inflationen. Falladas *Wolf unter Wölfen* im Kontext der literarischen Darstellung der Hyperinflation von 1923«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 340–361, hier S. 344), ist damit nur eingeschränkt zuzustimmen. Tatsächlich hat Fallada wiederholt Texte geschrieben, die sich als ›Krisen-Romane‹ bezeichnen lassen und bei denen eine ›Lösung‹ der geschilderten gesellschaftlichen Krisensituation durch das individuelle Handeln bzw. die persönlichen Werte der entworfenen Charaktere postuliert wird (vgl. z.B. Wilkes, Geoff: Hans Fallada's Crisis Novels 1931–1947 (= Australisch-Neuseeländische Studien zur deutschen Sprache und Literatur, Band 19), Bern u.a.: Peter Lang 2002, S. 11f.; Zachau, Reinhard K.: »Fallada's Modernist Characters in his Berlin Novels *Little Man*, *What Now?*, *Wolf Among Wolves* and *Every Man Dies Alone*«, in: Fritsch-Lange/Hagstedt, Fallada, S. 201–211, hier S. 201). Dieser als formelhaft zu kritisierende Ansatz der literarischen ›Problemlösung‹ impliziert jedoch nicht, dass die Inflation selbst und ihre Auswirkungen ebenfalls formelhaft beschrieben wären.

41 Vgl. einführend zum Text Reents, Friederike: »*Unordnung und frühes Leid* (1925)«, in: Andreas Blödorn/Friedhelm Marx (Hg.), Thomas Mann Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart: Metzler 2015, S. 135f.

42 Vgl. detailliert Hoffmeister, Werner: »Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid*: Neue Gesellschaft, neue Geselligkeit«, in: Monatshefte 82:2 (1990), S. 157–176, hier S. 172f.

Manns eigene Familie ein Vorbild für die Erzählung,⁴³ die Mann selbst als »Dokument persönlichsten Charakters«⁴⁴ beschrieb, dennoch ist der Text keineswegs (ausschließlich) als autobiographisches Zeugnis zu lesen, wie schon aus der Gestaltung der Hauptfigur ersichtlich wird, in der Thomas Mann mehrere Vorbilder zu einer Kunstfigur amalgamierte.⁴⁵

Cornelius' Verwunderung und amüsiertes Befremden angesichts des Verhaltens seiner älteren Kinder und ihrer Gäste, das den bürgerlichen Konventionen seiner eigenen Sozialisierung mitunter deutlich widerspricht, hat Anlass dazu gegeben, dass die Erzählung in der Forschung – zu Recht – häufig als Auseinandersetzung mit der Thematik des Generationenkonflikts bzw. mit Differenzen im Verhalten und in den Normen verschiedener Generationen gedeutet wurde.⁴⁶ Neben bzw. in Verbindung mit der Generationenthematik spielt aber auch die Inflation eine wichtige Rolle im Text – er lässt sich nicht nur als Auseinandersetzung mit intergenerationeller, sondern auch mit ökonomischer »Unordnung« interpretieren.⁴⁷

-
- 43 Vgl. z.B. H. Wiegmann, Die Erzählungen Thomas Manns, S. 218; Kurze, Hermann: Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk. Eine Biographie, München: C.H. Beck 2006, S. 308.
- 44 Mann, Thomas: »Unordnung und frühes Leid«, in: Ders., Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Band 15: Rede und Antwort. Über eigene Werke. Huldigungen und Kränze: Über Freunde, Weggefährten und Zeitgenossen, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1984, S. 90-92, hier S. 91.
- 45 Während einige Figurendetails und die Familienkonstellation an Thomas Mann selbst erinnern, identifiziert Nordalm den mit Mann bekannten Historiker Erich Marcks als weiteres Vorbild, vgl. Nordalm, Jens: »Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid*, Erich Marcks und Philipp II. von Spanien«, in: Thomas Mann Jahrbuch 14 (2001), S. 225-232. Den Namen der Figur ›Ieh‹ Thomas Mann hingegen möglicherweise vom Kunsthistoriker Carl Cornelius, vgl. Brockmeier, Alke: »...es ist ihnen alles einerlei«. Das Porträt einer Generation in Thomas Manns ›Unordnung und frühes Leid«, in: Gerhard Lauer (Hg.), Literaturwissenschaftliche Studien zur Generationsforschung, Göttingen: Wallstein 2010, S. 22-46, hier S. 23.
- 46 Vgl. z.B. Füllmann, Rolf: Alte Zöpfe und Vatermörder. Mode- und Stilmotive in der literarischen Inszenierung der historisch-politischen Umbrüche von 1789 und 1914, Bielefeld: Aisthesis 2008, S. 386-465; A. Brockmeier: Porträt einer Generation; F. Reents: Unordnung. Mehrere Beiträge beschäftigen sich mit dem Text als Element eines literarisch ausgetragenen Generationenkonflikts, indem sie *Unordnung und frühes Leid* zu Klaus Manns *Kindernovelle* (1926) in Beziehung setzen und diese als ›Antwort‹ auf den Text des Vaters deuten, vgl. Kiefer, Sascha: »Gesellschaftlicher Umbruch und literarisierte Familiengeschichte. Thomas Manns ›Unordnung und frühes Leid‹ und Klaus Manns ›Kindernovelle‹«, in: Wirkendes Wort 49 (1999), S. 355-371; Marx, Friedhelm: »Väter und Söhne. Literarische Familienentwürfe in Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* und Klaus Manns *Kindernovelle*«, in: Thomas Mann Jahrbuch 17 (2004), S. 83-103.
- 47 Frühwald weist darauf hin, dass die Münchner Inflationsdebatte – anders als die Texte von Berliner Autoren, die vor allem das Leben in der Großstadt und moralische Außenseiter thematisiert hätten, – sich vor allem mit dem Thema der bürgerlichen Familie beschäftigt habe. Sie »kreist um ein bürgerliches Kernproblem, das Eindringen des inflationären Wertsturzes in die Familie« (Frühwald, Wolfgang: »Eine Kindheit in München. Die Familie Mann und das

Hinweise auf inflationsbedingte alltagspraktische Einschränkungen durchziehen die ganze Erzählung; bereits der erste Satz situiert die Handlung im Kontext der Inflationszeit: »Als Hauptgericht hat es nur Gemüse gegeben, Wirsing-Koteletts; darum folgt noch ein Flammeri, hergestellt aus einem der nach Mandeln und Seife schmeckenden Puddingpulver, die man *jetzt* kauft«. ⁴⁸ Auch wenn die zumindest ehemals (groß-)bürgerlich lebende Familie von der Inflation nicht existentiell betroffen ist – weiterhin arbeiten beispielsweise mehrere Angestellte im Haus –, so machen sich die Auswirkungen der Währungskrise dennoch deutlich bemerkbar: Cornelius trinkt ein »Achttausend-Mark-Dünnbier«, ⁴⁹ ärgert sich »täglich mehrmals« ⁵⁰ über eine nicht zu ersetzende kaputte Waschschüssel ⁵¹ und muss seinen »bürgerlichen Ehrgeiz«, »eine Torte« oder zumindest »etwas Tortenähnliches« ⁵² zum Fest seiner Kinder beizutragen, auf Anraten seiner Frau zugunsten der Akzeptanz der aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten zurückstellen: »Frau Cornelius erklärt, daß das zu weit führen würde«. ⁵³ Für die »Hausfrau« scheinen die Inflationskonsequenzen dabei auf den ersten Blick noch deutlich präsenter als für ihren Mann, wie der Text in einer der wenigen nicht aus der Perspektive von Cornelius fokalisierten und damit besonders hervorgehobenen Textpassagen deutlich macht:

»Die Hausfrau [...] ist mürbe und matt von den verrückten Schwierigkeiten der Wirtschaft. Sie müßte ein Bad aufsuchen, aber das Schwanken des Bodens unter den Füßen, das Drüber und Drunter aller Dinge machen das vorläufig untunlich. Sie denkt an die Eier, die heute unbedingt eingekauft werden müssen, und spricht davon: von den Sechstausend-Mark-Eiern, die nur an diesem Wochentage von ei-

Genre der Inflationsliteratur«, in: Andreas Kablitz/Ulrich Schulz-Buschhaus (Hg.), *Literarhistorische Begegnungen. Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von Bernd König*, Tübingen: Narr 1993, S. 43–56, hier S. 52).

48 Mann, Thomas: »Unordnung und frühes Leid«, in: Ders., *Gesammelte Werke in Einzelbänden*. Frankfurter Ausgabe. Band 6: *Späte Erzählungen*, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1981, S. 146–186, hier S. 146, eigene Hervorhebung.

49 Ebd., S. 152.

50 Ebd., S. 163.

51 Allein die Ausführlichkeit der Beschreibung diese für die Handlungsentwicklung unerheblichen Details macht die Bedeutsamkeit der ökonomischen Lage als Erzählthema deutlich: »Die Waschschüssel ist seit einem Jahre entzwei. Es ist eine Kippschüssel, die an einer Seite aus dem Gelenke gebrochen ist und nicht repariert werden kann, weil keine Handwerker kommen, und nicht erneuert, weil kein Geschäft in der Lage ist, eine zu liefern. So ist sie notdürftig über ihrem Ablauf ab den Rändern der Marmorplatte aufgehängt und kann nur entleert werden, indem man sie mit beiden Händen hochhebt und ausgießt.« (Ebd., S. 162f.)

52 Ebd., S. 150.

53 Ebd.

nem bestimmten Geschäft, eine Viertelstunde von hier, in bestimmter Anzahl abgegeben werden«.⁵⁴

Für Ingrid und Bert hingegen, die den Eierkauf übernehmen und durch eine Täuschung, nämlich indem sie »unter verschiedenen angenommenen Namen den Laden betreten« »zwanzig Eier im ganzen für die Villa Cornelius zu erringen«,⁵⁵ ist die Inflationssituation anders als für ihre Eltern keine emotionale Belastung.⁵⁶ Die Täuschung bei der Abgabe der Eier empfinden sie als »wöchentliche[n] Hauptspaß«⁵⁷ und bedienen sich der hier offenbar unter Billigung der Eltern zur Anwendung kommenden »Mystifikation und Irreführung ihrer Mitmenschen«⁵⁸ nicht nur zweckorientiert in ökonomischen Situationen, sondern als »Unterhaltung«,⁵⁹ indem sie beispielsweise in der Öffentlichkeit verschiedene Rollen spielen und erfundene Dialoge führen, die die Passanten mitunter vor den Kopf stoßen, oder Telefonstreiche spielen. In diesem Zusammenhang übernehmen sie spielerisch die durch die Inflation verursachte soziale Mobilität, indem sie sich mal als »Ladenfräulein«, mal als »Graf und Gräfin Mannsteufel«⁶⁰ am Telefon melden. Für die Jugendlichen, die weder die Verantwortung für einen Haushalt tragen noch durch ein lang eingeübtes Standesbewusstsein unter dem Verlust einer sozialen Stellung leiden, scheint »das Drüber und Drunter aller Dinge«⁶¹ eine eher befreiende als belastende Wirkung zu haben, zumal sie ohnehin eine alterstypische Phase der Abgrenzung von der Lebensweise ihrer Eltern durchleben, die von ihnen liebevoll,

54 Ebd.

55 Ebd.

56 Allerdings formuliert Klaus Mann in seiner Autobiographie die Vermutung, die Inflationszeit habe trotz der ›Leichtigkeit‹ im Umgang mit ihr eine nachhaltige Wirkung auf seine Persönlichkeitsentwicklung gehabt. Er hält fest, »daß man keinesfalls glauben darf, der Mangel an Interesse oder das oberflächliche Interesse, welches wir den politischen Zuständen und Begebenheiten widmeten, ließe darauf schließen, diese Zustände hätten uns unberührt und unverändert gelassen. Mir scheint eher, daß sie in einer tieferen Schicht unseres Wesens Spuren ließen, als in der, wo das intellektuelle Interesse entsteht.« (Mann, Klaus: Kind dieser Zeit, München: Nymphenburger Verlagshandlung 1965, S. 96.) Vgl. auch: »Der Knabe wußte nicht, daß der Boden ihm unter den Füßen wankte; aber er ahnte es doch. Wie ein Tier das Nahen eines Erdbebens wittert, spürte er, daß, während er auf dieser Schulbank saß, eine Wirtschaftsordnung und eine moralische Wertskala drauf und dran waren, zum Teufel zu gehen. Die Wirtschaftsordnung interessierte ihn damals weniger. Die Krise aber der europäischen Moral machte er sich früher bewußt, als es einer ›normalen Entwicklung‹ zuträglich sein konnte.« (Ebd., S. 95f.)

57 T. Mann: Unordnung und frühes Leid, S. 150.

58 Ebd., S. 151.

59 Ebd.

60 Ebd., S. 152.

61 Ebd., S. 150.

aber distanzbetonend als »Greise«⁶² angesprochen werden. Den »unbürgerlichen« Berufswunsch des Kellners oder Tänzers, den Bert hegt, während Ingrid Schauspielerinnen werden möchte, empfindet Cornelius dementsprechend als gleichermaßen alters- wie zeitbedingtes Phänomen, als »knabenhaftes und zeitverstörtes Irrlichtelieren«.⁶³ Anders als die Jugendlichen, die spielerisch⁶⁴ unterschiedliche gesellschaftliche Rollen »anprobieren«,⁶⁵ liefert der Text mit zwei Hausangestellten »den Damen Hinterhöfer, zwei ehemals bürgerlichen Schwestern, die »au pair« [...], das ist gegen Kost und Logis, die Ämter der Köchin und des Zimmermädchens versehen«,⁶⁶ ein Beispiel für eine als leidvoll erfahrene Deklassierung, die auch Cornelius nicht übersieht:

62 Ebd., S. 147.

63 Ebd., S. 171. Insgesamt sah Thomas Mann die ökonomische Krise auch als eine geistige Krise, ein Hindernis für jede »Gedankenarbeit«, vgl. Oelkers, Ann-Cathrin: »Was jetzt auf beiden Seiten geschieht, ist so falsch wie möglich.« Die außenpolitisch-ökonomische Doppelkrise von 1923 im Urteil Heinrich und Thomas Manns«, in: Gregor Ackermann/Walter Delabar/Michael Grisko (Hg.), Erzählte Wirtschaftssachen. Ökonomie und Ökonomisierung in Literatur und Film der Weimarer Republik (= JUNI-Magazin für Literatur und Kultur, Band 47/48), Bielefeld: Aisthesis 2013, S. 143-156, hier S. 145.

64 Als weniger spielerisch, aber gleichermaßen flexibel und zum eigenen Vorteil auf die Inflation reagierend erscheint die gesellschaftliche Rolle von einem der Gäste auf der Feier, der als Börsenspekulant hohe Gewinne erzielt und von Cornelius als »rein abenteuerliche und von der Zeit eigens erfundene Existenz« (T. Mann: Unordnung und frühes Leid, S. 175) wahrgenommen wird.

65 Auch in einem autobiografischen Beitrag über die Inflationszeit berichtet Thomas Mann von dieser Wirkung der Inflation auf Erika und Klaus Mann: »Meinen älteren Kindern [...] stieg der Inflations-Karneval unvermeidlich zu Kopf.« (T. Mann: Erinnerungen, S. 369.) Mann betont hier vor allem die Auswirkungen der Aufhebung einer Grenze zwischen Betrügerischem und Erlaubten: »Es wurde Trumpf und Mode, die hergebrachten Regeln zu verachten.« (Ebd.) Deutlich wird hier, wie eng Generationskonflikt und Inflation – zumindest in Manns Perspektive und dementsprechend auch in seiner Erzählung – miteinander verbunden sind. Auch Klaus Mann stellt in seiner Autobiografie diese Verbindung her, indem er das vermeintlich lediglich aus »jugendlichem Übermut« resultierende Verhalten mit der Wirtschaftskrise in Verbindung bringt: »Der Herbst 1923 war von einer tollen und wirbeligen Bewegtheit, auch für uns, die gerade Siebzehn- und Achtzehnjährigen. Diese Bewegtheit schien, was uns betraf, rein privat und zufällig-persönlich – denn zu meinem nachträglichen Erstaunen muß ich gestehen, daß wir an der nationalen und sozialen Katastrophe unheimlich wenig Anteil nahmen –; in Wahrheit waren wir natürlich nur mitergriffen. Während wir uns auf eigene Faust toll zu gebärden dachten, tanzten wir nur nach dem Takt, den die Zeit uns angab.« (K. Mann: Kind dieser Zeit, S. 212.) Vgl. auch Klaus Manns nachträgliche Einschätzung, »daß uns der feste Boden unter den Füßen fehlte, den unsere Eltern noch hatten. Sowohl geistig-moralisch als wirtschaftlich hatten wir gar nichts, womit wir rechnen konnten. Auf irgendwelche ethischen Voraussetzungen war ebensowenig zu bauen, wie auf die Zinsen irgendwelcher Vermögen.« (Ebd., S. 8.)

66 T. Mann: Unordnung und frühes Leid, S. 160.

»Sehr bitter leidet Fräulein Cäcilia unter ihrem Sturz aus der kleinbürgerlichen Sphäre in die Dienstbotenregion. [...] [I]hre schwerste Stunde kommt regelmäßig am Mittwohabend, wenn [...] sie servieren muß. Sie serviert mit abgewandtem Gesicht und gerümpfter Nase, eine gefallene Königin; es ist eine Qual und tiefe Bedrückung, ihre Erniedrigung mit anzusehen.«⁶⁷

Die generationel je unterschiedlichen Reaktionsweisen auf die Einschränkungen durch die ökonomische Krise kommt auch im folgenden Zitat zum Ausdruck:

»Viele Leute haben das Telephon bei der letzten Verteuerung aufgeben müssen, aber die Cornelius' haben es gerade noch halten können, kraft des leidlich den Umständen angepaßten Millionengehalts, das der Professor als Ordinarius für Geschichte bezieht. Das Vorstadthaus ist elegant und bequem, wenn auch etwas verwahrlost, weil Reparaturen aus Materialmangel unmöglich sind, und entstellt von eisernen Öfen mit langen Rohren. Aber es ist der Lebensrahmen des höheren Mittelstandes von ehemals, worin man nun lebt, wie es nicht mehr dazu paßt, das heißt ärmlich und schwierig, in abgetragenen und gewendeten Kleidern. Die Kinder wissen nichts anderes, für sie ist es Norm und Ordnung, es sind geborene Villenproletarier. Dies Geschlecht hat sich ein zeitgemäßes Kostüm erfunden, ein Produkt aus Armut und Pfadfindergeschmack [...]. Die bürgerlich Alten haben es schwerer.«⁶⁸

Deutlich wird hier, wie die je unterschiedlichen Sozialisierungen und Lebensphasen einen Einfluss auf die Wahrnehmung und Verarbeitung der kollektiven Inflationsmentalität haben.

Auch bei Cornelius zeigen sich im Fühlen, Verhalten und Denken auch jenseits der ökonomischen Sphäre Auswirkungen der Inflationsemotionalität und -mentalität, insbesondere in seiner Liebe zu der jüngeren Tochter Lorch. Cornelius selbst formuliert die Vermutung, »daß etwas nicht ganz recht und gut ist in dieser seiner Liebe [...]. Sie hat ihrem Ursprung nach etwas Tendenziöses, diese Liebe; es ist Feindseligkeit darin, Opposition gegen die geschehende Geschichte zugunsten der geschehenen.«⁶⁹ In seiner Liebe zu Lorch. erlebt Cornelius Zeitlosigkeit und Stabilität, es ist für ihn ein »lebensendgültig[es]«,⁷⁰ unvergängliches Gefühl, darüber hinaus erscheinen ihm »Vaterliebe und ein Kindchen an der Mutterbrust« grundsätzlich als »zeitlos und ewig«. ⁷¹ Seine Sehnsucht nach »Zeitlosigkeit«, aus der für ihn seine Liebe zur Tochter resultiert, führt Cornelius auf seine Profession zurück: Er vermutet,

67 Ebd., S. 173.

68 Ebd., S. 149f.

69 Ebd., S. 155.

70 Ebd., S. 154.

71 Ebd., S. 155.

»daß etwas in ihm bereit war, es [dieses Gefühl] im gegebenen Augenblick aus sich zu erzeugen, und daß dieses Etwas seine Eigenschaft als Professor der Geschichte gewesen ist [...]. Er weiß, daß Professoren der Geschichte die Geschichte nicht lieben, sofern sie geschieht, sondern sofern sie geschehen ist; daß sie die gegenwärtige Umwälzung hassen, weil sie sie als gesetzlos, unzusammenhängend und frech, mit einem Worte, als »unhistorisch« empfinden.«⁷²

Dass Cornelius ausgerechnet in der Phase der Inflation, vor deren Hintergrund die familiäre Handlung ja wie gezeigt dezidiert angelegt ist, einen Widerwillen gegen die als regellos empfundene »geschehende Gegenwart« bei sich diagnostiziert, mag dabei weniger mit einer generellen berufsbedingten Vorliebe für die vermeintlich zeitlose Vergangenheit zu tun haben, als vielmehr mit der Art der Gegenwart, der Cornelius sich ausgesetzt sieht. An Falladas Roman konnte aufgezeigt werden, dass die emotionale Stimmung der Inflation von einer grundlegenden Verunsicherung geprägt war, einer Infragestellung sämtlicher Werte, einer Lockerung sozialer Beziehungen sowie dem Eindruck der Kurzfristigkeit und Flüchtigkeit aller Faktoren des gesellschaftlichen Lebens, einer Verkürzung des Planungshorizontes und schließlich einer mitunter verzweifelt wirkenden hedonistischen Hinwendung zur Gegenwart. Bei Cornelius lässt sich nun eine dezidierte Gegenreaktion beobachten: Der Versuch einer Flucht ins vermeintlich Zeitlose und Ewige, einerseits durch die als überzeitlich und unerschütterlich empfundene Liebe zu seiner Tochter, andererseits durch die Konzeption seines wissenschaftlichen Interessensgebiets als geordnet, »zusammenhängend«,⁷³ umgeben von einer »Stimmung des Zeitlosen und Ewigen«.⁷⁴

Einen symbolisch lesbaren Kampf um die Hoheit über die Ordnung der Zeit und gegen die Tendenz zu Unordnung und Beschleunigung trägt Cornelius mit dem Hausdiener Xaver aus. Xaver, charakterisiert als »ein Kind und Früchtchen der gelösten Zeit, ein rechtes Beispiel seiner Generation«,⁷⁵ widersetzt sich den Disziplinierungsversuchen durch Cornelius. Dies betrifft besonders seinen auch in einem übertragenen Sinne lesbaren Eingriff in die »Zeitordnung« des Professors:

»Des Morgens, wenn der Professor frühstückt, reißt er auf dessen Schreibtisch das Kalenderblatt ab [...]. Er soll das Kalenderblatt in Ruhe lassen, Doktor Cornelius hat es ihm oftmals anbefohlen, da dieser dazu neigt, auch das nächste noch abzureißen, und so Gefahr läuft, aus aller Ordnung zu geraten. Aber diese Arbeit des Blattabreißens gefällt Xaver, und darum läßt er sie sich nicht nehmen.«⁷⁶

72 Ebd., S. 154f.

73 Ebd., S. 155.

74 Ebd.

75 Ebd., S. 173.

76 Ebd., S. 174.

Privilegiert und existentiell verhältnismäßig ungefährdet, wenn auch nicht unbelastet von den – unter anderem⁷⁷ – inflationsbedingten »Frechheiten der Gegenwart«,⁷⁸ bleibt auch Cornelius also von der kollektiven emotionalen Stimmung der Inflationszeit nicht unberührt, reagiert auf sie jedoch abwehrend mit einem Versuch der Verdrängung, einer ›Flucht‹ in die Gebiete, die ihm das versprechen, was in der kollektiven Emotionalität gerade fehlt: das Gefühl von Dauerhaftigkeit, Stabilität, Sicherheit. Selbst die vermeintlich ›ewige‹ Emotion der Vaterliebe erscheint also – ganz im Gegensatz zu Cornelius' einleitend zitierten Annahmen – als durchaus zeitbeeinflusst und -bedingt: »Es ist sein erhaltender Instinkt, sein Sinn für das ›Ewige‹ gewesen, der sich vor den Frechheiten der Zeit in die Liebe zu diesem Töchterchen gerettet hat.«⁷⁹ Dass Cornelius Lorch gegenüber ihrem Bruder ›Beißer‹ bevorzugt,⁸⁰ erscheint vor diesem Hintergrund ebenfalls alles andere als zufällig: ›Beißers‹ Charakter, seine Neigung zu Jähzorn und Emotionsausbrüchen, wird im Text als zeitbedingte psychische Reaktion dargestellt: »gehegt und geboren in wüsten, verstörten Zeiten, hat er ein recht labiles und reizbares Nervensystem mitbekommen, leidet schwer unter den Mißhelligkeiten des Lebens.«⁸¹ Es erscheint als unwahrscheinlich, dass ›Beißer‹ so anderen sozialen Prägungen ausgesetzt gewesen sein sollte als seine nur um ein Jahr ältere Schwester Lorch, dass sich dies in seinem Charakter und Temperament bemerkbar macht. Vielmehr wirkt seine Charakterisierung wie eine Projektion des seinerseits gegenüber den Zeitumständen höchst sensiblen Vaters – dem ›Beißer‹ zudem noch auffallend ähnlich sieht⁸² – und dessen emotionale »Vorliebe«⁸³ für die Tochter auf diese Weise umso mehr als (möglicherweise zunächst unbewusste) Vermeidungsstrategie erscheint. Das ›unerhörte Ereignis‹ der Erzählung, Lorchens frühzeitige Verliebtheit, die »recht- und heillose[] Leidenschaft«,⁸⁴ und ihre damit einhergehende Abwendung vom Vater, lässt dessen Ideal und ›Refugium‹ einer unveränderlich-stabilen, zeitlosen Beziehung als brüchig erscheinen, die nicht für immer in der

77 Bereits vor der Inflation wurde Deutschland durch den Ersten Weltkrieg, die Novemberrevolution und das Ende der Monarchie grundlegend erschüttert, so dass der inflationsbedingten ›emotionalen Stimmung‹ durch ein umfassenderes ›emotionales Klima‹ Vorschub geleistet wurde. Zum Zusammenwirken der genannten Faktoren, die ein allgemeines Krisenbewusstsein erzeugten, vgl. z.B. Greyer, Martin H.: *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914-1924* (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Band 128), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, S. 13-16.

78 T. Mann: *Unordnung und frühes Leid*, S. 155.

79 Ebd.

80 Vgl. ebd., S. 153.

81 Ebd.

82 Vgl. ebd.

83 Ebd.

84 Ebd., S. 183.

zuvor geschilderten scheinbar endlosen harmonischen »Wiederholung«⁸⁵ von Kinderspielen verharren wird.⁸⁶

Als ähnlich brüchig und keineswegs »zeitlos« erweist sich das Feld der Geschichtswissenschaft. Während seine Frau den Anforderungen der kurzfristigen Inflations-Wirtschaft gerecht zu werden versucht (»Sie muß [...] noch zu Rade mit ihrer Einkaufstasche in die Stadt fahren, um eine Summe Geldes, die sie in Händen hat, und die sie nicht der Entwertung aussetzen darf, in Lebensmittel umzusetzen.«⁸⁷), zieht sich Cornelius in sein Arbeitszimmer – »sein gefriedetes Reich«⁸⁸ – zurück, um ein Kolleg vorzubereiten. Auf den ersten Blick stehen sich in den unterschiedlichen Beschäftigungen von Frau und Herrn Cornelius drängende ökonomische Notwendigkeiten einerseits und intellektuelle Distanzierung von diesen andererseits gegenüber.⁸⁹ Tatsächlich ist jedoch die »geschehene Geschichte«, mit der sich Cornelius beschäftigt, nicht so weit entfernt von den zeitbestimmenden Zusammenhängen, wie er es sich erhofft.⁹⁰ Cornelius liest »über die Entstehung

85 Ebd., S. 160.

86 Bance geht so weit, eine Parallele zwischen Lorchens sich hier andeutender jugendlicher Entwicklung und der Lage des deutschen Staates zu sehen und schließt daraus, dass die Erzählung insgesamt – anders als ihre Figur Cornelius – den Wandel als naturgemäß affirmiert, vgl. Bance, Alan: »The Political Becomes Personal: *Disorder and Early Sorrow* and *Mario and the Magician*«, in: Ritchie Robertson (Hg.), *The Cambridge Companion to Thomas Mann*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2004, S. 107–119, hier S. 114. Auch Cantor deutet Lorchens Verliebtheit in einem übertragenen Sinne als »emotional equivalent of inflation« (Cantor, Paul A.: »Hyperinflation and Hyperreality: Thomas Mann in Light of Austrian Economics«, in: *The Review of Austrian Economics* 7:1 (1994), S. 3–29, hier S. 15). Insgesamt tendiert Cantors Interpretation, wenn sie auch treffend einige Beschreibungen von Inflationsphänomen in der Erzählung summiert, zu einer Generalisierung und Pauschalisierung, die den analytischen Mehrwert reduziert. So konstatiert er z.B., »[e]verywhere one looks in ›Disorder and Early Sorrow‹, one sees illusions substituting for reality« (ebd., S. 20) und deutet sogar die Beschreibung des Einsatzes moderner Medien wie des Grammophons als Symptom einer mit der Inflation einhergehenden »pervasive inauthenticity of the modern world« (ebd., S. 19).

87 T. Mann: *Unordnung und frühes Leid*, S. 161.

88 Ebd., S. 167.

89 Zum Potential der im Text »geordneten« Geschichte als Gegenmodell zur als ungeordnet empfundenen Gegenwart vgl. Bolkosky, Sydney: »Thomas Mann's ›Disorder and Early Sorrow‹: The Writer as Social Critic«, in: *Contemporary Literature* 22:2 (1981), S. 218–233, hier S. 224.

90 Symbolisch lesbar ist in diesem Kontext eine Beschreibung von Cornelius' in der Erzählung auffallend häufig erwähnter Brille. Diese hat »zum Lesen und Fernsehen abgeteilte Gläser« (T. Mann: *Unordnung und frühes Leid*, S. 153), wobei das Fernsehen hier nicht den Mediengebrauch, sondern das »in die Ferne Sehen« bezeichnet. Scheint es hier zunächst, als ließe sich die Brille als Symbol für eine klare Trennung des »Nahen« und des »Fernen« in der Wahrnehmung von Cornelius lesen, so wird auf den zweiten Blick klar, dass eher das Gegenteil der Fall ist und das Artefakt symbolisch veranschaulicht, dass Nahes und Fernes eben nicht klar voneinander trennbar sind, dient doch die Fernsicht hier dem Blick auf das historisch Nahe, die unmittelbare Umgebung, und die Nahsicht zum Lesen, also im Kontext der Erzählung

der englischen Staatsschuld zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts« und »über die wachsende Verschuldung Spaniens gegen Ende des sechzehnten«. ⁹¹ Auch wenn Cornelius keine Verbindung zwischen seinen Forschungsthemen und der Gegenwart herstellt, ⁹² ist diese für die Lesenden nur allzu offensichtlich. Sowohl in Spanien als auch in England resultierte die hohe Staatsverschuldung – wie in Deutschland ⁹³ – wesentlich aus hohen Kriegsausgaben, die im Falle Spaniens zu mehreren Staatsbankrotten, zu Inflation und wirtschaftlichem Niedergang führten, ⁹⁴ während in England mithilfe der Gründung der Bank of England im Jahr 1694 eine Neuordnung der Staatsfinanzen gelang, die zwar nicht krisenfrei war, aber nie zu einen Staatsbankrott führte und im 19. Jahrhundert von einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung begleitet war. ⁹⁵ Zentral für die Geschichte der Bank of England und ihre jeweils zeitgenössische Bewertung war dabei eine Frage, die auch in der deutschen Inflation in den 1920er Jahren kaum zu vermeiden war, nämlich die nach der »repräsentative[n] Kraft der Zeichen, d.h. die Frage, wie fest oder lose, eng oder weit der Bezug zu einer Wertgarantie hergestellt werden kann« ⁹⁶ bzw. in welchem Verhältnis »[r]epäsentierende Zeichen« und »repräsentierte Reichtümer« ⁹⁷ zueinander stehen und von welchen Faktoren und Maßnahmen dies abhängig ist oder sein sollte. Wie eine »Wiederkehr des Verdrängten« wirkt damit Cornelius' Auseinandersetzung mit der Geschichte. Wie um dies zu unterstreichen dient ihm die Thematisierung der englischen und spanischen Staatsschuldenkrisen lediglich als »Gelegenheit«, »auf das Zeitalter Philipps II. und der Gegenreformation zu kommen, das sein Steckenpferd ist«. ⁹⁸ Diese erneute Flucht vor den historischen ökonomischen Krisen, die derjenigen der eigenen Zeit allzu ähnlich zu sein scheinen, bleibt aber wiederum nicht frei von

zur Auseinandersetzung mit dem historisch Fernen, das auf diese Weise chiasmisch »nahe gerückt« wird.

91 Ebd., S. 161.

92 Vgl. Bolkosky, *Social Critic*, S. 225.

93 Vgl. Feldman, Gerald D.: *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924*, New York/Oxford: Oxford University Press 1997, S. 25-96; Knortz, Heike: *Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht/UTB 2010, S. 39-54; Borchert, Manfred: *Geld und Kredit. Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik*, 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, München/Wien: Oldenbourg 2003, S. 11f.

94 Vgl. Vicens Vives, Jaime: *An Economic History of Spain*, übersetzt von Frances M. López-Morillas, Princeton: Princeton University Press 1969, S. 382-455.

95 Vgl. Wood, John H.: *A History of Central Banking in Great Britain and the United States*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2005, S. 35-116.

96 Vogl, Joseph: *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich: Diaphanes 2010, S. 72.

97 Ebd.

98 T. Mann: *Unordnung und frühes Leid*, S. 161.

Störungen durch die »Frechheiten der Gegenwart«. ⁹⁹ Einerseits erkennt Cornelius selbst, dass der von ihm mit Sympathie betrachtete und seiner eigenen Einstellung ähnelnde ¹⁰⁰ »Kampf des langsamen Philipp gegen das Neue, den Gang der Geschichte, die reichszersetzenden Kräfte des Individuums und der germanischen Freiheit« ¹⁰¹ sich historisch als »aussichtslos« erwiesen hat, dass es sich um einen »vom Leben verurteilten und also auch von Gott verworfenen Kampf beharrender Vornehmheit gegen die Mächte des Fortschritts und der Umgestaltung« ¹⁰² gehandelt habe. Andererseits steckt auch in der Auseinandersetzung mit Philipp II. ein ganz unmittelbarer Bezug zur Gegenwart und der mit den Gästen seiner Kinder ins Haus einziehenden »Unordnung«: Unter ihnen ist der Schauspieler Herzl, der aktuell in einer Inszenierung von Schillers *Don Carlos* auftritt, ¹⁰³ also in einem fiktionalen Entwurf den Sohn Philipp des II., den gegen seinen konservativen und autoritären Vater rebellierenden Prinzen, verkörpert. ¹⁰⁴

Sowohl in seinen persönlichen Beziehungen als auch seinen historischen Interessensgebieten spiegelt sich also eine Ambivalenz in Cornelius' Reflexionen, Wün-

99 Cornelius' Versuche der Gegenwartsvergessenheit werden vom Erzähler dabei durchgehend mit einer sympathisierenden, aber ihre Widersprüche nicht ausblendenden, ironischen Distanz behandelt, vgl. ausführlich Turner, David: »Balancing the Account: Thomas Mann's *Unordnung und frühes Leid*«, in: *German Life and Letters* 52 (1999), S. 43-57. Die Erzählung ist damit nicht eindeutig bzw. ausschließlich als Plädoyer für die Erhaltung bürgerlicher Kultur zu lesen, wie Lehnert vorschlägt, vgl. Lehnert, Herbert: »Thomas Manns »Unordnung und frühes Leid«. Entstellte Bürgerwelt und ästhetisches Reservat«, in: *Text & Kontext* 6 (1978), S. 239-256. Die Figur Abel Cornelius wurde in der Forschung auch als Selbstreflexion Thomas Manns gedeutet, der sich in der Phase der Entstehungszeit der Erzählung hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Rolle neu definierte und sein Verhältnis zur Demokratie zu bestimmen versuchte, vgl. ausführlicher W. Hoffmeister: *Neue Gesellschaft*; Schwerin-High, Friederike von: »...aber sonst ist es eine verwandte Geschichte«. Gegenüberstellung von Gegenwart, Geschichte und Gefühl in *Unordnung und frühes Leid*«, in: Walter Delabar/Bodo Plachta (Hg.), *Thomas Mann (1875-1955) (= Memoria, Band 5)*, Berlin: Weidler 2005, S. 67-87, hier S. 82-86. Eine vergleichende Analyse von *Unordnung und frühes Leid* und Thomas Manns Novelle *Mario und der Zauberer* (1930) nimmt Scheufens vor und betont neben dem autobiografischen Ursprung beider Texte die Ähnlichkeit der passiven Hauptfiguren, die von den über sie hereinbrechenden Ereignissen überfordert sind, vgl. Scheufens, Alexander: »Einbrüche der Moderne: Thomas Manns Erzählungen *Unordnung und frühes Leid* sowie *Mario und der Zauberer*«, in: *Düsseldorfer Beiträge zur Thomas-Mann-Forschung* 2 (2013), S. 153-161.

100 Vgl. dazu ausführlich S. Bolkosky: *Social Critic*, S. 225-227.

101 T. Mann: *Unordnung und frühes Leid*, S. 162.

102 Ebd.

103 Vgl. ebd., S. 167.

104 Bezeichnenderweise vermischen sich in Cornelius' Vorstellung denn auch »Satzentwürfe über den in schwarzes Seidentuch gekleideten Philipp mit dem Gedanken an den Hausball der Kinder« (ebd., S. 162); sein gewohnter Mittagsschlaf, ein Rückzug »bei geschlossenen Läden und mit geschlossenen Augen« (ebd.) gelingt nur »auf fünf Minuten« (ebd.).

schen und Emotionen, die sich mit der von Fallada geschilderten kollektiven emotionalen Stimmung der Inflationszeit in Verbindung bringen lässt: Vorherrschend ist jeweils der Wunsch nach einer Flucht vor den zeittypischen Gefühlen der Instabilität, Unsicherheit, Kurzfristigkeit und ›Unordnung‹, die jedoch nie vollständig gelingt. Sowohl auf dem Gebiet der emotionalen Nahbeziehung als auch auf dem der Historie wird Cornelius ›zurückgeworfen‹ oder zumindest erinnert an die ›Frechheiten seiner Gegenwart‹ und die damit einhergehende emotionale Stimmung: das Verdrängte kehrt wieder, eine völlige Distanz zur ›Inflationsmentalität‹ ist nicht möglich.

IV. Fazit

Die Analyse der literarischen Texte von Hans Fallada und Thomas Mann konnte zeigen, dass beide eine Inflationsmentalität beschreiben, die als kollektive emotionale Stimmung über den Bereich des Ökonomischen hinausreicht und das ›Lebensgefühl‹ auch jenseits der wirtschaftlichen Sphäre prägt. Während Falladas Gesellschaftsroman das Vorherrschen eines Gefühls der Instabilität, Kurzfristigkeit und Unsicherheit an einer Vielzahl von Figuren unterschiedlicher sozialer Schichten aufzeigt, macht Manns Erzählung deutlich, wie die zeittypische emotionale Stimmung den Protagonisten Abel Cornelius zu einer – teils unbewussten – Gegenreaktion veranlasst, den Versuch eines ›Rückzugs‹ in vermeintlich zeitlose und unveränderliche Gefühle und Interessensgebiete zur Folge hat und seine Empfindungen und Reflexionen damit selbst im vermeintlich individuell-privaten Bereich entscheidend beeinflusst. Mit der Krise einer Währung ändern sich, folgt man den Darstellungen der Texte, nicht nur ökonomische Praktiken sowie die Gestaltung einkommens- und vermögensabhängiger Lebensbereiche, sondern auch die emotionale und normative ›Grundstimmung‹ einer Zeit, an der einzelne Akteure je unterschiedlich partizipieren. Als »gesellschaftliches [...] Leitmedium«¹⁰⁵ ist das Geld, so bestätigen es die literarischen Texte, weit mehr als ein bloßes Zahlungsmittel.¹⁰⁶ Das Geld und seine Krisen haben vielmehr einen entscheidenden Einfluss auf das Alltags- und Welterleben, die Formen des sozialen Zusammenlebens einer Gesellschaft sowie ihre kollektive emotionale und normative Stimmung.

105 Hörisch, Jochen: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 11.

106 In ökonomischer Hinsicht gelten Zahlungs-, Wertmessungs- und Wertaufbewahrungsfunktion als zentrale Funktionen des Geldes, vgl. Issing, Otmar: Einführung in die Geldtheorie, 13., wesentlich überarbeitete Auflage, München: Vahlen 2003, S. 1.

Literatur

- Achberger, Friedrich: »Die Inflation und die zeitgenössische Literatur«, in: Franz Kadrnoska (Hg.), *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*, Wien: Europaverlag 1981, S. 29-42.
- Bance, Alan: »The Political Becomes Personal: *Disorder and Early Sorrow* and *Mario and the Magician*«, in: Ritchie Robertson (Hg.), *The Cambridge Companion to Thomas Mann*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2004, S. 107-119.
- Bolkosky, Sydney: »Thomas Mann's ›Disorder and Early Sorrow‹: The Writer as Social Critic«, in: *Contemporary Literature* 22:2 (1981), S. 218-233.
- Borchert, Manfred: *Geld und Kredit. Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik*, 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, München/Wien: Oldenbourg 2003.
- Brockmeier, Alke: »...es ist ihnen alles einerlei«. Das Porträt einer Generation in Thomas Manns ›Unordnung und frühes Leid‹, in: Gerhard Lauer (Hg.), *Literaturwissenschaftliche Studien zur Generationsforschung*, Göttingen: Wallstein 2010, S. 22-46.
- Canetti, Elias: *Masse und Macht*, Frankfurt a.M.: Fischer 2003.
- Cantor, Paul A.: »Hyperinflation and Hyperreality: Thomas Mann in Light of Austrian Economics«, in: *The Review of Austrian Economics* 7:1 (1994), S. 3-29.
- Deupmann, Christoph/Gürgen, Hannes: »Zwischen innerer Emigration und NS-Literatur: Falladas Poetik im literarischen Kontext des Dritten Reiches«, in: G. Frank/S. Scherer, *Hans-Fallada-Handbuch* (2019), S. 138-147.
- Fallada, Hans: *Wolf unter Wölfen*, Reinbek: Rowohlt 1994.
- Feldman, Gerald D.: *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924*, New York/Oxford: Oxford University Press 1997.
- Frank, Gustav/Scherer, Stefan (Hg.): *Hans-Fallada-Handbuch*, Berlin/Boston: De Gruyter 2019.
- Frank, Gustav/Scherer, Stefan: »Lebenswirklichkeit im ›gespaltenen Bewußtsein‹. Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* und die Erzählliteratur der 30er Jahre«, in: P. Fritsch-Lange/L. Hagestedt, *Hans Fallada* (2011), S. 23-38.
- Fritsch-Lange, Patricia/Hagestedt, Lutz (Hg.): *Hans Fallada. Autor und Werk im Literatursystem der Moderne*, Berlin/Boston: De Gruyter 2011.
- Frühwald, Wolfgang: »Eine Kindheit in München. Die Familie Mann und das Genre der Inflationsliteratur«, in: Andreas Kablitz/Ulrich Schulz-Buschhaus (Hg.), *Literarhistorische Begegnungen. Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von Bernd König*, Tübingen: Narr 1993, S. 43-56.
- Füllmann, Rolf: *Alte Zöpfe und Vatermörder. Mode- und Stilmotive in der literarischen Inszenierung der historisch-politischen Umbrüche von 1789 und 1914*, Bielefeld: Aisthesis 2008.

- Greyer, Martin H.: *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914-1924* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 128), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998.
- Hartwich, Hans-Herman: *Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems. Alte Fundamente, neue Realitäten, Zukunftsperspektiven*, Opladen: Leske + Budrich 1998.
- Heinrich, Bernhard: »Der Verlust der Werte durch den Wertverlust. Die Inflation in Falladas Werk«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 454-464.
- Hobbes, Thomas: *Vom Menschen. Vom Bürger. Elemente der Philosophie II/III* (= Philosophische Bibliothek, Band 158), eingeleitet und herausgegeben von Günter Gawlick, übersetzt von Max Frischeisen-Köhler, Hamburg: Meiner 1994.
- Hofeneder, Veronika: »Freier Fall der Werte oder Beziehungswahn. Inflationäre Verhältnisse in der Literatur der österreichischen Ersten Republik«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 148-168.
- Hoffmeister, Werner: »Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid*: Neue Gesellschaft, neue Geselligkeit«, in: Monatshefte 82:2 (1990), S. 157-176.
- Hörisch, Jochen: *Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996.
- Hübner, Anja Susan: »Erfolgsautor mit allem Drum und Dran«. Der Fall Fallada oder Sollbruchstellen einer prekären Künstlerbiographie im »Dritten Reich«, in: Carsten Würmann/Ansgar Warner (Hg.), *Im Pausenraum des Dritten Reiches. Zur Populärkultur im nationalsozialistischen Deutschland* (= Publikationen zur Zeitschrift für Germanistik. Neue Folge, Band 17), Bern u.a.: Peter Lang 2008, S. 197-208.
- Issing, Otmar: *Einführung in die Geldtheorie*, 13., wesentlich überarbeitete Auflage, München: Vahlen 2003.
- Kiefer, Sascha: »Gesellschaftlicher Umbruch und literarisierte Familiengeschichte. Thomas Manns »Unordnung und frühes Leid« und Klaus Manns »Kindernovelle«, in: *Wirkendes Wort* 49 (1999), S. 355-371.
- Knortz, Heike: *Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht/UTB 2010.
- Kolbe, Jürgen: *Heller Zauber. Thomas Mann in München, 1894-1933*, Berlin: Siedler 1987.
- Kruedener, Jürgen Freiherr von: »Die Entstehung des Inflationstraumas. Zur Sozialpsychologie der deutschen Hyperinflation 1922/23«, in: Gerald D. Feldmann/Carl-Ludwig Holtfriedrich/Gerhard A. Ritter et al. (Hg.), *Konsequenzen der Inflation* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 67), Berlin: Colloquium-Verlag 1989, S. 213-286.

- Kuhnau, Petra: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk *Masse und Macht*, Würzburg: Königshausen & Neumann 1996.
- Kuhnke, Manfred: »Anständige Bücher schreiben und verlegen. Mühen um ›Wolf unter Wölfen‹«, in Hans-Fallada-Jahrbuch 5 (2006), S. 206-221.
- Künzel, Christine: »Literarische Inflationen. Falladas *Wolf unter Wölfen* im Kontext der literarischen Darstellung der Hyperinflation von 1923«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 340-361.
- Kurze, Hermann: Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk. Eine Biographie, München: C.H. Beck 2006.
- Lamp, Hannes: Fallada unter Wölfen. Schreiben im Dritten Reich. Die Geschichte des Inflationsromans *Wolf unter Wölfen*, Friedland: Steffen 2002.
- Lehnert, Herbert: »Thomas Manns ›Unordnung und frühes Leid‹. Entstellte Bürgerwelt und ästhetisches Reservat«, in: Text & Kontext 6 (1978), S. 239-256.
- Liersch, Werner: »Die Chance der Distanz. Hans Fallada: *Wolf unter Wölfen*«, in: Sigrid Bock/Manfred Hahn (Hg.), Erfahrung Nazi-Deutschland. Romane in Deutschland 1933-1945. Analysen, Berlin (Ost)/Weimar: Aufbau-Verlag, S. 99-131, 478-479.
- Lutz, Daniel: »Bewährung in der Krise. Hans Falladas ›Wolf unter Wölfen‹ und die moderate Moderne während des ›Dritten Reichs‹«, in: Gustav Frank/Stefan Scherer (Hg.), Hans Fallada (= Text+Kritik, Band 200), München: Text+Kritik 2013, S. 61-71.
- Mann, Klaus: Kind dieser Zeit, München: Nymphenburger Verlagshandlung 1965.
- Mann, Thomas: »Unordnung und frühes Leid«, in: Ders., Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Band 6: Späte Erzählungen, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1981, S. 146-186.
- Mann, Thomas: »Erinnerungen aus der deutschen Inflation«, in: Ders., Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Band 8: Über mich selbst. Autobiographische Schriften, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1983, S. 361-371.
- Mann, Thomas: »Unordnung und frühes Leid«, in: Ders., Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Band 15: Rede und Antwort. Über eigene Werke. Huldigungen und Kränze: Über Freunde, Weggefährten und Zeitgenossen, herausgegeben von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a.M.: Fischer 1984, S. 90-92.
- Marx, Friedhelm: »Väter und Söhne. Literarische Familienentwürfe in Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* und Klaus Manns *Kindernovelle*«, in: Thomas Mann Jahrbuch 17 (2004), S. 83-103.
- Mattern, Nicole: »Zerstörerische Schöpfung. Geld und Inflation in Heinrich Eduard Jacobs *Jacqueline und die Japaner* (1928) und Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937)«, in: Dies./Timo Rouget (Hg.), Der große Crash. Wirtschaftskrisen in

- Literatur und Film (= Film – Medium – Diskurs, Band 63), Würzburg: Königshausen & Neumann 2016, S. 193–215.
- Müller, Joachim: »Thomas Manns Sinfonia Domestica«, in: Zeitschrift für Deutsche Philologie 83:2 (1964), S. 142–170.
- Nordalm, Jens: »Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid*, Erich Marcks und Philipp II. von Spanien«, in: Thomas Mann Jahrbuch 14 (2001), S. 225–232.
- Oelkers, Ann-Cathrin: »Was jetzt auf beiden Seiten geschieht, ist so falsch wie möglich.« Die außenpolitisch-ökonomische Doppelkrise von 1923 im Urteil Heinrich und Thomas Manns«, in: Gregor Ackermann/Walter Delabar/Michael Grisko (Hg.), Erzählte Wirtschaftssachen. Ökonomie und Ökonomisierung in Literatur und Film der Weimarer Republik (= JUNI-Magazin für Literatur und Kultur, Band 47/48), Bielefeld: Aisthesis 2013, S. 143–156.
- Osteen, Marc: »The Currency of DeLillo's *Cosmopolis*«, in: Critique 55 (2014), S. 291–304.
- Ostwald, Hans: Sittengeschichte der Inflation. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marktsturzes, Berlin: Neufeld & Henius 1931.
- Peter, Nina: »Währungskurs und Weltanschauung. Ökonomie als Psychologie in Falladas *Wolf unter Wölfen*«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016): Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, S. 464–484.
- Preisinger, Alexander: »Monetäre und literarische Sachlichkeit. Zur narrativen Logik des Geldes in Romanen der neuen Sachlichkeit«, in: Jahrbuch zur Kultur und Literatur der Weimarer Republik 12 (2008), S. 203–223.
- Reents, Friederike: »*Unordnung und frühes Leid* (1925)«, in: Andreas Blödorn/Friedhelm Marx (Hg.), Thomas Mann Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart: Metzler 2015, S. 135f.
- Rivera, Joseph de: »Emotional Climate. Social Structure and Emotional Dynamics«, in: Kenneth T. Strongman (Hg.), International Review of Studies on Emotion. Vol. 2, New York: Wiley 1992, S. 197–218.
- Rivera, Joseph de/Páez, Darío: »Emotional Climate, Human Security, and Cultures of Peace«, in: Journal of Social Issues 63:2 (2007), S. 233–253.
- Schnell, Ralf: »Anpassungsstrategien und indirekter Widerstand im Dritten Reich«, in: G. Frank/S. Scherer, Hans-Fallada-Handbuch (2019), S. 38–49.
- Simmel, Georg: Gesammelte Werke. Erster Band: Philosophie des Geldes, Berlin: Duncker & Humblot 1958.
- Scheufens, Alexander: »Einbrüche der Moderne: Thomas Manns Erzählungen *Unordnung und frühes Leid* sowie *Mario und der Zauberer*«, in: Düsseldorfer Beiträge zur Thomas-Mann-Forschung 2 (2013), S. 153–161.
- Schulz, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 75), München: Oldenbourg 2014.

- Schulz, Gerhard: »Inflationstrauma, Finanzpolitik und Krisenbekämpfung in den Jahren der Wirtschaftskrise, 1930-1933«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933* (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Band 6), unter Mitarbeit von Elisabeth von Müller-Luckner, München: Oldenbourg 1985, S. 261-296.
- Schwerin-High, Friederike von: »...aber sonst ist es eine verwandte Geschichte«. Gegenüberstellung von Gegenwart, Geschichte und Gefühl in *Unordnung und frühes Leid*«, in: Walter Delabar/Bodo Plachta (Hg.), *Thomas Mann (1875-1955)* (= Memoria, Band 5), Berlin: Weidler 2005, S. 67-87.
- Taylor, Frederick: *The Downfall of Money. Germany's Hyperinflation and the Destruction of the Middle Class*, New York u.a.: Bloomsbury 2013.
- Titzmann, Michael: »Selbstfindung und Selbstverlust. Aspekte der textinternen Anthropologie in Falladas ›Wolf unter Wölfen‹ (1937)«, in: P. Fritsch-Lange/L. Hagedstedt, Hans Fallada (2011), S. 169-188.
- Turner, David: »Balancing the Account: Thomas Mann's *Unordnung und frühes Leid*«, in: *German Life and Letters* 52 (1999), S. 43-57.
- Vicens Vives, Jaime: *An Economic History of Spain*, übersetzt von Frances M. López-Morillas, Princeton: Princeton University Press 1969.
- Vogl, Joseph: *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich: Diaphanes 2010.
- Widdig, Bernd: *Culture and Inflation in Weimar Germany* (= *Weimar and Now: German Cultural Criticism*, Band 26), Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press 2001.
- Wiegmann, Hermann: *Die Erzählungen Thomas Manns. Interpretationen und Reaktionen*, Bielefeld: Aisthesis 1992.
- Wilkes, Geoff: *Hans Fallada's Crisis Novels 1931-1947* (= *Australisch-Neuseeländische Studien zur deutschen Sprache und Literatur*, Band 19), Bern u.a.: Peter Lang 2002.
- Wood, John H.: *A History of Central Banking in Great Britain and the United States*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2005.
- Wysling, Hans/Fischer, Marianne (Hg.): *Dichter über ihre Dichtungen. Band 14:2: Thomas Mann. Teil 2: 1918-1943*, Zürich/München/Frankfurt a.M.: Heimeran/Fischer 1979.
- Zachau, Reinhard K.: »Fallada's Modernist Characters in His Berlin Novels *Little Man, What Now?*, *Wolf Among Wolves* and *Every Man Dies Alone*«, in: P. Fritsch-Lange/L. Hagedstedt, Fallada, S. 201-211.

Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen

Beobachtungen zu drei Wirtschaftskrisen

im 20. Jahrhundert

Kristoffer Klammer

I. Einleitung

Für Zeitgenoss/-innen des 20. und 21. Jahrhunderts war und ist die Konfrontation mit gegenwärtigen, drohenden oder überstandenen Wirtschaftskrisen eine Alltagserfahrung. Von »Wirtschaftskrisen«¹ zu sprechen, bürgerte sich spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts ein.² Sieht man von einigen Jahren zu Beginn der zweiten Jahrhunderthälfte ab, ist die wirtschaftsbezogene Krisenrede seit dem 20. Jahrhundert ein ubiquitär verbreitetes Phänomen – so wie das 20. Jahrhundert ohnehin als ein Säkulum der Krisen gelten kann.³ Gleichwohl oder vielleicht gerade deshalb entzieht sich die Frage, was Wirtschaftskrisen sind, einer einfachen und eindeutigen Antwort. Für die Zusatzfrage, wie sie zu untersuchen sind, um ihrer Gesamtkomplexität gerecht zu werden, gilt dies in potenziertem Maße. Längst sind Wirtschaftskrisen nicht mehr allein oder vorrangig Gegenstand wirtschaftsgeschichtlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Forschungen, sondern sie haben das Interesse zahlreicher wissenschaftlicher (Sub-)Disziplinen geweckt. So vielfältig wie mithin die methodischen Herangehensweisen ausfallen, so unterschiedlich erscheinen auch die unterstellten Krisenverständnisse.⁴

-
- 1 Um einen bestimmten Begriff zu thematisieren oder den metaphorischen Gehalt eines Wortes zu betonen, werden einfache Anführungszeichen verwendet. Doppelte Anführungszeichen sind allein Zitaten vorbehalten.
 - 2 Vgl. Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617–650, hier S. 641.
 - 3 Vgl. Graf, Rüdiger: »Die Krise als epochemachender Begriff«, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.), *Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters (= Geschichte der Gegenwart, Band 13)*, Göttingen: Wallstein 2017, S. 161–178.
 - 4 Für Kommentare und Hinweise danke ich herzlich Jonas Kreienbaum (Rostock).

Originär wirtschaftsgeschichtliche Studien koppeln ›Krise‹ eng an konjunkturelle Abschwungs- oder Depressionsphasen. So definiert Werner Plumpe Wirtschaftskrisen als die »mehr oder weniger regelmäßigen Störungen der gesamtwirtschaftlichen Leistung«. ⁵ Jan-Otmar Hesse versteht unter Krisen insbesondere die Phasen »einer Schrumpfung des durchschnittlichen Sozialprodukts« und spricht vom »Normalwachstum«, das »immer wieder von tiefen Wirtschaftskrisen unterbrochen« werde. ⁶ Explizite Krisendefinitionen lassen sich anders. In mancher Weise befindet sich die Wirtschaftsgeschichte damit im Einklang mit den Wirtschaftswissenschaften, die heute ebenfalls keinen scharf definierten Krisenbegriff pflegen. ⁷

Aus historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive hat Hansjörg Siegenthaler Krisen als Phasen charakterisiert, in denen kommunikationsbasierte »Prozesse fundamentalen Lernens« notwendig werden und stattfinden. ⁸ (Ökonomische) Krisen entstehen demnach, wenn Akteure registrieren, dass sie mit ihrem bisherigen Wissen erwarteten ökonomischen Herausforderungen nicht mehr adäquat begegnen können. Die auf diese Weise ausgelösten Lernprozesse führen nicht allein zu Umbrüchen in Wissen und Handlungsweisen individueller Akteure, sondern provozieren auch institutionellen Wandel. ⁹

Studien aus der Diskurslinguistik sowie den Kommunikations- und Literaturwissenschaften beschäftigen sich zuletzt wiederholt mit den sprachlichen und sprachbildlichen Mechanismen der Konstruktion von Wirtschaftskrisen. ¹⁰ Zeitlich

-
- 5 Plumpe, Werner: *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München: C.H. Beck 2010, S. 11.
 - 6 Hesse, Jan-Otmar: *Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft*, Frankfurt a.M.: Campus 2013, S. 36, 39.
 - 7 Vgl. Nützenadel, Alexander: »Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2012, S. 47-58.
 - 8 Siegenthaler, Hansjörg: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens*, Tübingen: Mohr Siebeck 1993, u.a. S. 16f.
 - 9 Konzise zu Siegenthalers Krisentheorie auch Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Domman/Daniel Speich Chassé (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie. Historische Annäherungen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153-181, hier S. 172-174.
 - 10 Vgl. unter anderem: Lämmle, Kathrin/Peltzer, Anja/Wagenknecht, Andreas (Hg.): *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien*, Konstanz: UVK 2012; Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (Hg.): *Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive* (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Band 210), Stuttgart: Steiner 2013; Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Thema* (= Sprache – Politik – Gesellschaft, Band 12), Bremen: Hempen 2013; Römer, David: *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte* (= Sprache und Wissen, Band 26), Berlin: De Gruyter 2017.

lag ihr Schwerpunkt auf der Gegenwart und der jüngeren Zeitgeschichte seit den 1970er Jahren. Sie rückten die Muster in den Mittelpunkt, mit denen Krisen als Deutungen hervorgebracht und dargestellt wurden und werden. So ermöglichten sie, konkret nachzuvollziehen, wie in (massen-)medialen Öffentlichkeiten das Wissen über das Vorliegen einer ›krisenhaften‹ Situation vermittelt wird. Hier erscheinen Wirtschaftskrisen als politisch äußerst wirkmächtige Modi der Beschreibung eines Wirtschaftszustands, der aktuell oder perspektivisch als problematisch eingestuft wird.¹¹

Diese lediglich exemplarische und radikal verknappte Gegenüberstellung von Krisenverständnissen ließe sich mit Blick auf andere Disziplinen mühelos ergänzen und präzisieren. Sie allein zeugt aber bereits von der keineswegs überraschenden Tatsache, dass es ein einheitliches, interdisziplinär geteiltes Verständnis von Wirtschaftskrisen nicht gibt und wohl auch nicht geben kann. Die Ansatzpunkte und leitenden Interessen bei der Suche nach der Antwort auf die Frage, woraus Wirtschaftskrisen resultieren, sind schlicht zu unterschiedlich. Im Umkehrschluss führt die Vielfalt der Zugänge plastisch vor Augen, dass es sich bei Wirtschaftskrisen um hochgradig facettenreiche und komplexe Phänomene handelt. Insofern erscheinen nicht nur sämtliche Zugänge legitim. Vielmehr wäre idealiter perspektivisch eine synthetisierende Krisendarstellung wünschenswert, die aufzeigt, dass und wie Wirtschaftskrisen Komplexe mit ökonomischen, politischen und medialen Anteilen sind. Denn zweifellos müssen Veränderungen in der ökonomisch-strukturellen Sphäre (die statistisch zeitversetzt beispielsweise als konjunkturelle Veränderungen sichtbar werden) vorliegen, um die Deutung einer Wirtschaftskrise plausibel werden zu lassen. Genauso zweifellos aber resultiert die politische und gesellschaftliche Wirkmacht von Wirtschaftskrisen erst aus dem Zusammenspiel ökonomischer Veränderungen und öffentlicher Interpretationen. Kurzum: Die Semantik – oder präziser: die weithin geteilte Deutung – macht die ›Krise‹, aber die Möglichkeit zu dieser Deutung ist unabdingbar auf ökonomisch-›strukturelle‹ Verschiebungen und markante politische Ereignisse, die mit ihnen im Zusammenhang stehen, angewiesen. Was genau sich verändert oder verschoben haben muss, ist indes ausgesprochen kontextabhängig. Der Vergleich mehrerer Krisen zeigt, dass die Maßstäbe, die herangezogen wurden, um eine Krisendeutung vorzubringen und breitenwirksam zu verankern, von Fall zu Fall verschieden ausfielen. Ob eine bestimmte Arbeitslosenzahl, Wachstumsentwicklung oder Inflationsrate zeitgenössisch als ›krisenhaft‹ interpretiert oder nicht weiter kommentiert wurde, hing von einzelfallspezifischen Faktoren ab. Krisen pauschal mit wirtschaftlichen

11 Ähnlich hat Tanner dafür plädiert, eine Krise als spezifisches gesellschaftliches Erzähl- und Verständigungsmuster über den Zustand der Wirtschaft zu verstehen (vgl. J. Tanner: *Krise*, S. 153).

Abschwungphasen gleichzusetzen – oder von konjunkturellen Umschlagpunkten auszugehen, um Krisenphasen zu differenzieren – greift zu kurz.

Variiert man den Fokus und fragt, wo trotz aller Unterschiede gemeinsame Nenner in den Krisenverständnissen der unterschiedlichen Perspektiven liegen, gelangt man zu mindestens einem Treffer: Letztlich sehen alle Disziplinen in Krisen Umbrüche bzw. Umbruchskonstellationen, auch wenn sie die Umbrüche auf sehr verschiedenen Ebenen verorten. Somit schimmert allenthalben ein klassisches, über Jahrhunderte tradiertes Krisenverständnis durch, dem zufolge Krisen zeitgenössisch als offen erachtete Situationen sind, in denen eine »Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist.«¹²

Im Folgenden werden die Ergebnisse eines historisch-semanticen Forschungsprojekts, dessen Design eingangs umrissen wird (II), herangezogen, um Umbrüche und Konfigurationen auf drei Ebenen von Wirtschaftskrisendiskursen näher zu beleuchten: Zunächst geht es um Relevanz, Gestalt und Veränderungen von Erwartungen und Erfahrungen, die aus einer Gesamtschau dreier Krisendiskurse zwischen 1929 und 1976 deutlich werden (III). Diese spezifischen Formen von Zukunfts- und Vergangenheitsrepräsentationen interessieren dabei weniger unter einzelnen inhaltlichen Gesichtspunkten, sondern unter der leitenden Frage nach wiederkehrenden Mustern in ihrem Entwurf und in ihrer Funktion in Krisendiskursen. Gefragt wird somit nach Bedeutung und Veränderung von Erwartungen und Erfahrungen als Diskursbausteinen. Anschließend ändert sich die Perspektive leicht. Unter einem kleinteiliger empirisch, auf konkrete Gefühlsörter ausgerichteten Blick wird die Rolle von Emotionen in diesen Diskursen unter die Lupe genommen (IV). Das Fazit bündelt die Ergebnisse (V).

In der Summe verfolgt der Aufsatz mithin drei Ziele: Zum einen will er das Verständnis für die Mechanismen von Wirtschaftskrisendiskursen und den Verlauf von Krisendebatten vertiefen, zum anderen die diskursbezogene Krisenanalyse um eine emotionsgeschichtliche Perspektive erweitern. Methodisch geht damit – drittens – das Ansinnen einher, auszuloten, inwieweit aus originär sprachgeschichtlich angelegten Untersuchungen emotionsgeschichtlich weiterführende Ergebnisse gewonnen werden können.

II. Hintergrund und Perspektive: (Wirtschafts-)Krisen als Deutungsmuster

Die Argumentation fußt auf den Ergebnissen eines historisch-semanticen Forschungsprojekts, das ›Wirtschaftskrisen‹ als politisch höchst wirkmächtiges Deutungsmuster – im Sinne eines »übergreifende[n] sprachliche[n] Paradigma[s] der

12 R. Koselleck: *Krise*, S. 619.

Wirklichkeitswahrnehmung und -interpretation«¹³ – perspektivierte.¹⁴ Hierzu präparierte es die sprachliche Zusammensetzung, Rolle und argumentative Funktion des Deutungsmusters in der öffentlichen politischen Kommunikation heraus. Somit wurden das Aufkommen und die Entwicklung der Krisen unmittelbar anhand der zeitgenössischen Bedeutungsproduktion rekonstruiert und nachverfolgt. Dies geschah vergleichend für drei sehr unterschiedliche Wirtschaftskrisen, die für die (bundes-)deutsche Wirtschaftsgeschichte gleichwohl allesamt weitreichende Folgen zeitigten: die Weltwirtschaftskrise ab 1929, die sogenannte ›Wachstumsdelie‹ 1966/67 und die ›kleine Weltwirtschaftskrise‹ 1973–1976, die unmittelbar auf den ›Ölpreisschock‹ vom Herbst 1973 folgte, der jedoch keineswegs ihre alleinige Ursache war. Die Quellenbasis bildeten Parlamentsprotokolle – vor allem aus Reichstag und Bundestag, teils auch dem Preußischen Landtag – sowie printmediale Texte. Sie stammten aus der Boulevardpresse (*B.Z. am Mittag*, *BILD*) genauso wie aus täglich oder wöchentlich erscheinenden Qualitätszeitungen mit nationalem Anspruch (*Vossische Zeitung*, *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *ZEIT*), dem *SPIEGEL* als einem der führenden weiteren Leitmedien der Bundesrepublik sowie punktuell der Wirtschaftspresse (*Wirtschaftsdienst*, *Handelsblatt*).

Eines der Ergebnisse, das exemplarisch einmal mehr unterstreicht, wie sinnvoll es ist, Wirtschaftskrisen als multifaktorielle Phänomene mit ökonomischen, politischen und medialen Elementen zu betrachten, ergibt sich beim Blick auf die Anfangsstadien der Krisen. Die Frage, wann Krisendeutungen dauerhaft in der öffentlichen politischen Diskussion verankert wurden, führte fallübergreifend zur gleichen Antwort: Alle drei Krisen nahmen ihren Ausgangspunkt, als jeweils drei Faktoren zusammenkamen: eine wirtschaftliche oder finanzpolitische Problemlage (a), die sich mit einem politischen Konflikt verschränkte (b), wobei diese Verschränkung medial weithin rezipiert und verbreitet wurde (c). So war von einer (›Welt-)Wirtschaftskrise‹ verbreitet die Rede, seit im Sommer 1930 die seit spätestens 1929 ausgesprochen angespannte Haushalts- und Konjunkturlage auf den Streit um die erste Notverordnung der Regierung Brüning traf. Im Herbst 1966 verstetigten sich Krisensemantiken im politischen Kommunikationsraum, als zu einem wachsenden Haushaltsloch und einer erstmals seit Jahren für möglich gehaltenen Rezession der Bruch der christlich-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Ludwig Erhard trat. Sieben Jahre später, Anfang November 1973, verbreiteten sich Krisensemantiken in rasantem Tempo, als Medien und Politiker auf Basis von

13 Leonhard, Jörn: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London/Publications of the German Historical Institute London, Band 50), München: Oldenbourg 2001, S. 21.

14 Klammer, Kristoffer: ›Wirtschaftskrisen‹. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland 1929–1976 (= Historische Semantik, Band 28), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019.

Analogieschlussargumenten durchspielten, was in der Bundesrepublik passieren *könnte, falls* diese wie das Nachbarland der Niederlande von ausbleibenden oder drastischen gedrosselten Öllieferungen betroffen wäre. Diese waren seitens der OAEPC-Staaten¹⁵ Mitte Oktober als außen- und energiepolitische Positionierung im Jom-Kippur-Krieg beschlossen worden. Auf die Deutung einer ›Öl(-preis-)krise‹ folgte alsbald die Warnung vor einer möglichen ›Wirtschaftskrise‹.

III. Krisen als Umbrüche – oder: Neukonfigurationen von Zukunft und Vergangenheit

Naturgemäß bietet der Aufsatz nicht den Raum, vollständig auf die Entwicklungsgeschichten und Verästelungen aller drei Krisendiskurse einzugehen. Stattdessen rückt er gezielt verschiedene Dimensionen von Umbrüchen in den Blick, die sich in Wirtschaftskrisendiskursen beobachten lassen und diese Diskurse speisen. In diesem Abschnitt interessieren zunächst Umbrüche auf den Ebenen von Erwartung und Erfahrung. Sich dem Zustandekommen von Krisen über diese Metakategorien zu nähern, liegt schon deshalb nahe, weil ›Erfahrung‹ und ›Erwartung‹ – Reinhart Koselleck zufolge – »Vergangenheit und Zukunft verschränken«.¹⁶ Dass diese Verschränkung in ›Krisen‹ im Sinne offener Situationen, in denen sich Unsicherheiten über die künftige Entwicklung ergeben und ein entscheidender Umschlagpunkt bevorsteht, besondere Bedeutung erlangt, liegt auf der Hand. In Krisen wird insofern das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft neu austariert, was nicht selten zum unterstellten Zäsurcharakter von Krisen führt.

In jedem Fall waren folgenschwere Veränderungen im Raum dessen, was politisch und gesellschaftlich *erwartet* wurde, ein Faktor, der maßgeblich dazu beitrug, Krisendeutungen zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich unterlag vor der Folie gegenwärtig gemachter oder unmittelbar befürchteter neuer Erfahrungen die zurückliegende Zeit vielfältigen (Um-)Deutungsprozessen. Die zeitgenössischen Akteure hatten – sofort oder zeitversetzt – zu registrieren, dass die ihnen bekannten Erfahrungen im Umgang mit Krisen nicht länger ausreichten, um der aktuellen Krise erfolgreich zu begegnen. Hier wurde das von Koselleck als Grundmerkmal der Moderne betonte zunehmende Auseinanderklaffen von bisherigem Erfahrungsraum und neuen Erfahrungshorizonten plastisch greifbar. Genauso ließe sich im Rückgriff auf Siegenthalers Krisentheorie konstatieren, dass auf politischer,

15 OAEPC (Organization of Arab Petroleum Exporting Countries) bezeichnet die Gruppe der arabischen Staaten innerhalb der OPEC.

16 Koselleck, Reinhart: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien«, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, S. 349–375, hier S. 353.

zumal wirtschaftspolitischer Ebene Einsicht in die Notwendigkeit ›fundamentaler (wirtschafts-)politischer Lernprozesse‹ gewonnen wurde.

1. Verkürzt, verengt und wieder ausgedehnt: Erwartungen zu Beginn und im Verlauf von Wirtschaftskrisen

Präpariert man die Konzeptualisierungen von Erwartungen respektive ›Zukunft‹ heraus, die in den Wirtschaftskrisendiskursen sichtbar wurden, gelangt man zu zwei wiederkehrenden Beobachtungen. Die erste betrifft die Zeitpunkte des Aufkommens weitreichender Krisendeutungen im Verhältnis zu Konjunkturdaten. In allen drei Fällen brachen Krisensemantiken auf breiter Front durch und wurden debattenbestimmend, lange bevor konjunkturelle Tiefpunkte oder die Höhepunkte von Arbeitslosenzahlen erreicht wurden. Mithin kann man von einer jeweils vorgelegten Semantik sprechen. Einer ihrer Effekte bestand darin, dass jeweils relativ früh und – zumindest bei den beiden untersuchten Krisen aus der zweiten Jahrhunderthälfte – schlagartig politischer Handlungsdruck erzeugt wurde, der in teils sehr kurzer Zeit weitreichende politische Entscheidungen erforderlich und möglich machte.

Alle drei Wirtschaftskrisen lassen diese zeitliche Inkongruenz prägnant erkennen. So gilt für die Weltwirtschaftskrise, dass der konjunkturelle Tiefpunkt erst 1931/32¹⁷ und der Höhepunkt der (registrierten) Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 29,9 Prozent im Jahr 1932 erreicht wurde.¹⁸ Der Durchbruch massiver Krisendeutungen, die sodann von praktisch keinem Diskursteilnehmer mehr infrage gestellt wurden, erfolgte indes bereits im Zuge des Notverordnungsstreits vom Sommer 1930. Seither war im öffentlich-politischen Sprachgebrauch die Deutung einer schweren ›Wirtschaftskrise‹ in Deutschland sowie einer ›Weltwirtschaftskrise‹ fest etabliert. Der Volkswirt Paul Berkenkopf diagnostizierte Mitte Juli 1930 im *Wirtschaftsdienst*, bei der ›Krise in der Weltwirtschaft‹ handle es sich um eine seit längerem bestehende Strukturkrise, die jedoch »erst in der letzten Zeit in ein akutes Stadium getreten« sei.¹⁹ ›Verschärfung der Wirtschaftskrise‹ titelte die *B.Z. am Mittag* am Ende des gleichen Monats unmissverständlich.²⁰ Im August sprach die *Vossische Zeitung* wie selbstverständlich davon, dass »[d]ie Weltwirtschaftskrise

17 Vgl. Ritschl, Albrecht/Spoerer, Mark: »Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901-1995«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2:2 (1997), S. 27-54, hier S. 51, Tabelle A.1.

18 Vgl. Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987, S. 246.

19 Berkenkopf, Paul: »Goldmangel und Weltkrise«, in: *Wirtschaftsdienst* 15 vom 25.07.1930, S. 1273-1277, hier S. 1276.

20 N.N.: »Die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Berlin unter schwerstem Druck: Höhere Abgaben und Massen-Entlassungen«, in: *B.Z. am Mittag* vom 26.07.1930, S. 1.

[...] schwer auch auf der belgischen Börsenkonjunktur [laste]«,²¹ und Reichskanzler Heinrich Brüning argumentierte Mitte Oktober, »[d]ie ungeheure Wirtschaftskrise ha[be] in fast allen Ländern die Etatschätzungen durch die Entwicklung überholt«.²²

Im Krisendiskurs 1966/67 zeigte sich das Phänomen noch markanter. Interpretationen einer politischen Führungs-, Koalitions- und schließlich befürchteten Staatskrise zirkulierten seit dem Spätsommer 1966. Nach dem Bruch der christlich-liberalen Koalition im Oktober 1966 und der Entscheidung, eine Große Koalition zu bilden, wurden sie sukzessive abgelöst durch die Deutung einer ›Wirtschafts- und Finanzkrise‹. Dieses Sprachmuster und der Krisenbegriff selbst erlebten ihren Verwendungshöhepunkt im Winter 1966/67. Nachdem die Regierung im Januar 1967 ihren Maßnahmenkatalog zur Krisenbekämpfung (u.a. Kürzungen im regulären Haushalt, erstes Konjunkturprogramm, Einführung der sogenannten »konzertierten Aktion«) auf den Weg gebracht hatte und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Februar 1967 eine erste Besserungstendenz anzeigte,²³ ebte die Krisensemantik weitgehend ab – obwohl der konjunkturelle Tiefpunkt erst im Verlauf des Jahres 1967 erreicht wurde.²⁴

Auch bei der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹ der 1970er Jahre folgten verschiedene Krisendeutungen aufeinander. Angesichts der Folgen des gegen die Niederlande verhängten Ölembargos lösten Angst- und Warnungsprognosen ab dem Monatswechsel Oktober/November 1973 die Rede von einer – drohenden – ›Ölkrise‹ aus.²⁵ Bereits Mitte November trat die explizite Sorge vor einer ›Wirtschaftskrise‹ hinzu.²⁶ Nachdem die Gefahr drohender Engpässe in der Ölversorgung mit dem Teheraner Abkommen vom 23. Dezember 1973 gebannt war, verschwand die Deutung einer ›Ölkrise‹; jene einer ›Wirtschaftskrise‹ setzte sich hingegen fest und fort.

21 N.N.: »Börsensorgen überall«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 199, vom 21.08.1930, [S. 1].

22 Brüning, Heinrich: Reichstag, 5. WP, 3. Sitzung, 16.10.1930, S. 17 A-22 C, hier S. 17 C.

23 Vgl. exemplarisch: N.N.: »Jetzt geht es aufwärts. 50000 Arbeitslose weniger«, in: BILD vom 16.03.1967, S. 1.

24 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925.xls>. (letzter Abruf 20.06.2020).

25 Vgl. exemplarisch: N.N.: »Das Öl-Embargo trifft auch die Bundesrepublik. Der Verbraucher wird mehr zahlen müssen/Einschränkungen nicht in Sicht«, in: FAZ vom 01.11.1973, S. 15; N.N.: »Energie-Krisenplan in der Schublade. Das Bundeskabinett befaßt sich in Kürze mit Entwürfen des Wirtschaftsministers«, in: SZ vom 05.11.1973, S. 1; N.N.: »Ölkrise: Kein Verlaß auf Großmütter«, in: DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 05.11.1973, S. 23-27.

26 Vgl. prägnant: N.N.: »Rollt auf uns die große Wirtschaftskrise zu? Kurs stürzte an der Börse, Öl-Erpresser fügen unserer Industrie schweren Schaden zu«, in: BILD vom 13.11.1973, S. 2.

Ab Anfang 1974 kam es sukzessive zu einer grundlegenden Revision wirtschaftlicher und politischer Erwartungshaltungen. *ZEIT*-Herausgeberin Marion Dönhoff verdichtete sie im Februar 1974 zu der These, »[d]ie fetten Jahre [seien] nun vorüber«, denn »in absehbarer Zeit« werde es der Bundesrepublik nie wieder »so gut gehen wie während der letzten Jahre«.²⁷ Dieser Erwartungsumschwung ebnete jenem Credo einer »Fokussierung auf das (finanziell) Mögliche« den Weg, das Helmut Schmidt im Mai 1974 unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundeskanzler ausgab, als er den »Abschied vom Wunderglauben« ausrief.²⁸ Es sollte den Rahmen des politischen Sag- und Machbaren in den folgenden Jahren, in mancherlei Hinsicht bis in die Gegenwart, prägen. Eine tatsächliche Rezession – inklusive einer auf die Spitzenquote von 4,7 Prozent emporschnellenden Arbeitslosigkeit²⁹ – erlebte die Bundesrepublik jedoch erst ab Ende 1974 und im Jahr 1975.³⁰ Kurzum: Die Krisen Diskurse waren zu einem beträchtlichen und für politische Entscheidungen teils sehr bestimmenden Anteil Erwartungs- respektive Zukunftsdiskurse. Es ging um Befürchtungen und Szenarien, weit weniger um bereits vollumfänglich eingetretene wirtschaftliche Problemlagen.

Der zweite interessante Befund bezieht sich auf die Art, wie sich mit dem Aufkommen von Krisendeutungen die zeitliche Tiefe der Erwartungshorizonte veränderte – oder anders formuliert: die Frage, wie die Zukunft, die entworfen wurde, zeitlich bemessen wurde. Unabhängig von vorangegangenen politischen Zeithorizonten, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren bekanntlich sehr weit gefasst waren,³¹ schrumpfte die zeitliche Tiefe der wirtschaftlichen Erwartungshorizonte mit Krisenbeginn schlagartig zusammen. Statt um Jahre oder teils Jahrzehnte ging es fortan in der Regel nur mehr um Monate, manchmal nur Wochen, allenfalls das kommende Jahr. So erklärte Reichsfinanzminister Hermann Robert Dietrich (DStP) Anfang Dezember 1930, sämtliche angedachten »Maßnahmen [seien] auf der Überlegung aufgebaut, daß die Arbeitslosigkeit *in diesem Winter* noch stark anwachsen

27 Dönhoff, Marion: »Mit 15 Prozent ins Verhängnis? Die fetten Jahre sind nun vorüber«, in: *DIE ZEIT* vom 01.02.1974, S. 1.

28 Vgl. N.N.: »Der neue Bundeskanzler kündigt ›eisernes Sparen‹ an. Es muß jetzt Abschied vom Wunderglauben genommen werden, sagt der Nachfolger Brandts/Heute Regierungserklärung«, in: *SZ* vom 17.05.1974, S. 1f.

29 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Arbeitsmarkt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Iraro003.html> (letzter Abruf 10.10.2018).

30 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925-xls> (letzter Abruf 20.06.2020).

31 Vgl. hierzu exemplarisch: Seefried, Elke: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015.

wird.«³² Im Spätherbst 1966 verwies der kurz darauf zum Minister ernannte SPD-Wirtschaftsexperte Karl Schiller auf die Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der zufolge »im kommenden Winter vorübergehend eine Zahl von 500.000 Arbeitslosen«³³ erreicht werden könne. Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) beteuerte am 9. November 1973, als der Bundestag das eilig auf den Weg gebrachte Energiesicherungsgesetz verabschiedete, auf dessen Grundlage ab Ende des Monats die vier berühmt gewordenen »autofreien Sonntage« angeordnet wurden:

»Die Schaffung eines Vorsorgerahmens heißt nicht, daß man davon in der augenblicklichen Situation Gebrauch machen will oder gar muß, sondern bedeutet eine Investition für mehr Sicherheit in der Zukunft, möglicherweise allerdings in einer *sehr nahe vor uns liegenden Zukunft*. Wir müssen damit rechnen, daß die beschlossenen Förderkürzungen ab *Monatsende* zu einem Rückgang der Bezüge von Rohöl und Mineralölprodukten [...] führen.«³⁴

Das Zusammenschrumpfen der Zeiträume, für die überhaupt Prognosen gewagt wurden, betraf nicht nur Politiker und Presse, sondern auch Wissenschaft und Politikberatung. Zwei Beispiele aus den 1960er Jahren illustrieren dies: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung räumte im März 1967 offensiv ein, dass ihm »eine einigermaßen verlässliche *Projektion über ein halbes Jahr hinaus nicht möglich* [erscheine]. Selbst für das erste Halbjahr 1967 [sei] der Unsicherheitsbereich noch sehr groß«, was vor allem Folge des nur schwer kalkulierbaren Verhaltens von Investoren und Konsumenten sei.³⁵ Und die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ließ sich im Januar 1967 mit Blick auf die zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosenzahl sogar nur auf einen Prognosezeitraum von vier Wochen ein.³⁶

Mit diesem Schrumpfen der Erwartungshorizonte ging einher, dass sich das Spektrum der Aussagen zu Krisenursachen und notwendigen Maßnahmen zu Krisenbeginn stets drastisch zusammenzog. Was *unmittelbar* zu tun sei, war politisch

32 Dietrich, Hermann Robert: Reichstag, 5. WP, 7. Sitzung, 03.12.1930, S. 221 B-230 B, hier S. 229 D. Eigene Hervorhebung.

33 Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3361 B-3367 C, hier S. 3364 C. Eigene Hervorhebung.

34 Friderichs, Hans: Bundestag, 7. WP, 65. Sitzung, 09.11.1973, S. 3837 D-3840 B, hier S. 3838 B. Eigene Hervorhebung.

35 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Sondergutachten März 1967: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967«, in: Ders., Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart/Mainz: Kohlhammer 1967, S. 260-268, hier S. 262.

36 Vgl. N.N.: »Noch immer überwiegt die Vollbeschäftigung. Höhere Produktivität bei verringerter Belegschaft/Präsident Sabel: Keine Krise«, in: SZ vom 02.01.1967, S. 7.

nur begrenzt umstritten – trotz aller Konfrontation und parteipolitischen Disharmonie, die zuvor und danach herrschte. Für die Krisen der Nachkriegszeit gilt dieser Befund ohne Einschränkung. Für die Weltwirtschaftskrise ab 1929 ergibt sich die gleiche Beobachtung, sofern man die Stimmen vom äußersten rechten und äußersten linken Rand des politischen Spektrums, also NSDAP und KPD, außer Acht lässt. Konsequenz war, dass zu Krisenbeginn teils weitreichende politische Maßnahmen mit verhältnismäßig geringem Widerstand durchgesetzt werden konnten: die Deflationspolitik ab 1930, das erste Maßnahmenpaket der Großen Koalition zur Konjunkturstimulierung Anfang 1967 und das Energiesicherungsgesetz vom November 1973. Hieraus, so lässt sich als These festhalten, ergab (und ergibt) sich der Effekt, dass Krisen Regierenden anfangs zumeist nütz(t)en. Weniger ihre direkte Handlungsmacht in Form von Entscheidungskompetenz, sondern die Tatsache, dass ihren Deutungen und Handlungsvorschlägen nur wenige konkurrierende Aussagen entgegengestellt werden konnten, erleichterte ihnen erheblich, Entscheidungen zu begründen und durchzusetzen. Dieser Vorteil schwand, sobald sich im Krisenverlauf die Tiefe der Erwartungshorizonte und das Spektrum möglicher Aussagen zu Krisenursachen und notwendigen Maßnahmen wieder ausdehnten – anders formuliert: sobald ›Krise‹ nicht länger eine plötzlich aufgekommene Situation, die schnelles Handeln erfordert, bezeichnete, sondern eine länger anhaltende Problemlage. Dieses Phänomen einer zunächst beobachtbaren diskursiven Verknappung und einer nach einigen Monaten auszumachenden – zeitlichen wie inhaltlichen – Wiederausdehnung der Erwartungshorizonte kennzeichnete alle drei Krisen. Während (plötzlichen) Erwartungsveränderungen somit für das Aufkommen von Krisendiskursen eine entscheidende Bedeutung zukam, ging die Bedeutung des Faktors ›Erwartung‹ für die Krisendiskurse zurück, je länger die Krisen fortbestanden. Für ihren asymmetrischen Gegenpart, den Raum der ›Erfahrungen‹, galt hingegen tendenziell das Gegenteil.

2. Erfahrungen: ›nie dagewesene Situationen‹ und das Dilemma der Referenzlosigkeit

Doch mit welchen Formen von ›Erfahrungen‹ hat man es in Wirtschaftskrisen zu tun, oder präziser: welche Varianten von Erfahrungen waren in den untersuchten Wirtschaftskrisen wiederkehrend erkennbar? Im Kern führt diese Frage zu drei Beobachtungen.

Erstens war sowohl in den 1930er als auch den 1960er und 1970er Jahren die Artikulation eines Bruchs im Sinne eines Auseinanderklaffens zwischen der Situation in der vorangegangenen Zeit respektive bekannten Erfahrungen und der aktuellen Konstellation auszumachen. Er führte stets zum Redemuster der ›neuartigen, nie dagewesenen Situation‹. Diese Beobachtung ist deckungsgleich mit Ergebnissen der erwähnten diskurslinguistischen Studien, die sich mit Krisen zwi-

schen den 1970er Jahren und der Gegenwart beschäftigt haben. Sie sprechen vom »Singularitätstopos«.³⁷ Das Redemuster erweist sich damit als eines der prägnantesten konstitutiven Elemente von Wirtschaftskrisendiskursen im 20. und frühen 21. Jahrhundert. (Es liegt durchaus nahe, dass dieser Topos für das Deutungsmuster »Krise« in der politischen Kommunikation essentiell ist, unabhängig davon, in welchem gesellschaftlichen Bereich es aufkommt.) Schlagende Beispiele für diesen Topos liefern alle drei Krisen. Im Juli 1930 erklärte Heinrich Brüning, zu keiner Zeit im 20. Jahrhundert habe sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland so schwierig dargestellt wie in der Gegenwart.³⁸ 36 Jahre später stellte ein Kommentar in der *BILD*-Zeitung fest, der gerade gewählte Bundeskanzler Kiesinger habe eine neue Zeit eingeläutet, indem er schonungslos und offener über den wirtschaftlichen Zustand und die wirtschaftlichen Probleme gesprochen habe, als es bisher in der Bundesrepublik je geschehen sei.³⁹ Und noch als Finanzminister erklärte Helmut Schmidt Ende März 1974, dass aufgrund der Ölpreissteigerungen der vergangenen Monate eine weltwirtschaftliche Inflationsdynamik entstanden sei, die es in dieser Form zuvor noch niemals gegeben habe.⁴⁰

Indem der Topos der »neuartigen, nie dagewesenen Situation« das Verständnis eines Einschnitts produzierte, war er ausgesprochen tragend für das Stabilisieren der Deutung einer »Krise«. Der Topos war einsetzbar, um Aufmerksamkeit zu generieren, konnte vor allem Regierenden aber gerade auch als Entlastungsargument sprachstrategisch nützlich sein. So diente er in den 1970er Jahren, zusammen mit angrenzenden Topoi wie dem der »nun notwendigen Fokussierung auf das Mögliche«, der sozialliberalen Koalition als Begründung für eine Abkehr von ihren zuvor angekündigten kostspieligen Reformvorhaben. Das Redemuster konnte damit

37 Vgl. exemplarisch: Wengeler, Martin: »Die Analyse von Argumentationsmustern als Beitrag zur »transtextuell orientierten Linguistik«, in: Heidrun Kämper/Ingo H. Warnke (Hg.), Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven, Berlin: De Gruyter 2015, S. 47–62, hier S. 54. Vgl. ferner – inhaltlich sehr ähnlich, wenngleich ohne explizite Verwendung dieser Topos-Bezeichnung – Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Wie über Krisen geredet wird. Einige Ergebnisse eines diskursgeschichtlichen Forschungsprojekts«, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 173:1 (2014), S. 52–74, hier S. 70.

38 Vgl. »Wir stehen in einer wirtschaftlichen Entwicklung von einer Bedeutung, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten nicht gehabt haben.« (Brüning, Heinrich: Reichstag, 4. WP, 200. Sitzung, 15.07.1930, S. 6373 C–6375 D, hier S. 6373 D.)

39 Vgl. »Noch nie ist dem deutschen Volk so schonungslos die Wahrheit gesagt worden.« (N.N.: »Guter Start«, in: *BILD* vom 14.12.1966, S. 1.)

40 Vgl. »Wenn Sie sich heute die Rohstoffpreise auf der Welt und ihre Entwicklung in den letzten zwölf oder auch nur drei Monaten oder 18 Monaten angucken, dann werden Sie sehen, daß wir eine solche Dynamik in der Weltwirtschaft wie heute, was die nominelle Aufblähung oder, deutlicher gesagt, was die Weltinflation angeht, noch niemals erlebt haben.« (Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 92. Sitzung, 29.03.1974, S. 6200 D–6208 B, hier S. 6207 D.)

zielerichtet in Anschlag gebracht werden, um für veränderte politische Prioritäten zu sensibilisieren, Erwartungshaltungen zu dämpfen und von zuvor gemachten Ankündigungen zu entbinden. Zugleich – und genereller – verwies sein Aufkommen auf den jeweiligen zeitgenössischen Eindruck, dass die bislang geübte (wirtschaftspolitische) Praxis nicht länger ausreichte, um auf die aktuelle Situation angemessen zu reagieren. Hier trifft sich der historisch-semantiche Befund mit der referierten These Hans-Jörg Siegenthalers, der zufolge Krisen aufkommen, wenn Akteure nicht mehr darauf vertrauen, mit ihrem bisherigen Wissen eingetretenen oder unmittelbar erwarteten ökonomischen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.

Die These Siegenthalers führt zur zweiten Beobachtung. Sie bezieht sich auf die Frage, inwiefern das aus zurückliegenden Krisenerfahrungen gewonnene Wissen dennoch in den Krisendiskursen präsent war und herangezogen wurde. Die Antwort besteht aus einem zweigeteilten Befund: Denn fraglos waren bisherige Krisenerfahrungen indirekt durch die jeweils vorhandenen Kenntnisse und abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Wirtschaftswissenschaften präsent; zugleich wurde aber gerade für die beiden Weltwirtschaftskrisen die Erkenntnis tragend, dass dieses Wissen einer Revision bedürfe.

Freilich stellte die in sich zerstrittene Nationalökonomie am Ende der Weimarer Republik kaum direkt handlungsanleitendes Wissen bereit.⁴¹ Die Tatsache aber, dass bis ins Jahr 1931 hinein praktisch keinerlei staatliche Versuche zur aktiven Konjunkturanregung unternommen wurden, hing auch mit der bis dato dominierenden liberalen Lehre zusammen.⁴² Sowohl die Modellvorstellungen als auch die bisherigen Krisenerfahrungen ließen es demnach angeraten erscheinen, Krisen schlicht zuzulassen, weil sich so von selbst die notwendigen Marktbereinigungen ergäben, die eine Basis für einen neuerlichen Aufschwung bereiten würden. Als prominentester Vertreter einer derartigen Krisensicht kann Joseph Schumpeter gelten.⁴³ Im öffentlich-politischen Sprachgebrauch präsent war dieses Wissen zwischen 1929 und 1931 unter anderem in Form der wiederholt gebrauchten, teils dominierenden Metaphern ›Bereinigung‹ und ›Reinigung‹. Hans Buschmann, leitender Wirtschaftsredakteur der *Vossischen Zeitung*, urteilte angesichts der Folgen der New Yorker Börsenturbulenzen, dass »ein Reinemachen in der ganzen Welt ein[ge]setzt« habe und es kontraproduktiv wäre, wenn man versuchte, »diese Rei-

41 Vgl. grundlegend zur Nationalökonomie in der Weimarer Republik: Köster, Roman: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.

42 Vgl. Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 55-58.

43 Vgl. W. Plumpe: Wirtschaftskrisen, S. 118.

nigungskrise mit unzulänglichen Hilfsmitteln aufzuhalten«. ⁴⁴ Vielmehr sei sie speziell in Deutschland zu bejahren, denn »restlose Geschäftssicherheit und eine in jeder Beziehung hieb und stichfeste finanzielle Grundlage könn[t]en nur wiederkehren, wenn durchweg Sauberkeit herrsch[e], wenn mit allen Fehlspekulationen und sonstigen finanziellen Auswüchsen aufgeräumt« sei. ⁴⁵ So bringe die »Krise« den notwendigen »Humusboden für alle Wirtschaften« neu hervor. ⁴⁶ Im Sommer 1931, kurz nach Ausbruch der österreichisch-deutschen Bankenkrise, war an gleicher Stelle in der *Vossischen Zeitung* von der »deutsche[n] Wirtschaft [...] im Zeichen einer Generalreinigung« ⁴⁷ die Rede, und die Zeitungsleser/-innen erfuhren von der »reinigende[n] Wirkung der tausend monatlichen Insolvenzen«. ⁴⁸

Eine deutliche Abkehr von der liberalen Lehre setzte erst ab der Zuspitzung der Krise 1931 ein. ⁴⁹ Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise führten im Verlauf der 1930er Jahre bekanntermaßen zur Konjunkturtheorie von John Maynard Keynes. ⁵⁰ Insofern war und ist jedes Rekurren auf keynesianische Theorie-Annahmen bis heute indirekt auch ein Rekurren auf Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise – mit dem Ziel, aus ihnen zu lernen. In welchem Ausmaß dies geschah, war freilich sehr verschieden. Während die Konjunkturkrise 1967 mit dem keynesianischen Zauberkasten Karl Schillers und seinem Projekt eines »Aufschwung[s] nach Maß« ⁵¹ scheinbar perfekt überwunden wurde ⁵² – und sich damit passgenau in die

44 Buschmann, Hans: »Reinigungs-Krise«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 257 vom 27.10.1929, [S. 1].

45 Ebd.

46 Ebd.

47 N.N.: »General-Reinigung«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 130 vom 02.06.1931, [S. 1].

48 Delmonte, Edmund: »Bessere Auslese«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 205 vom 28.08.1931, [S. 1].

49 Vgl. R. Köster, *Wissenschaft der Außenseiter*, S. 258–260; Schulz-Forberg, Hagen: »Die Welt und wie sie sein sollte. Versuche transnationaler Normenbildung für eine globale Wirtschaftsordnung in den 1930er Jahren«, in: Jens Steffek/Leonie Holthaus (Hg.), *Jenseits der Anarchie. Weltordnungsentwürfe im frühen 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 174–202, hier S. 177f.

50 Vgl. Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, New York: Harcourt, Brace and Company 1935.

51 Gleichmaßen als Beschreibung dieses Projekts wie als eindrückliches Beispiel für die Fähigkeiten Schillers, sich und seine Politik selbst zu historisieren, vgl.: Schiller, Karl: »Ein Jahr neue deutsche Wirtschaftspolitik. Politik einer dauerhaften sozialen Kooperation zur Erhaltung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Chancen für die Wirtschaftspolitik, die Finanzreform und die mündige Gesellschaft. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen, 13.12.1967«, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 148, 15.12.1967, S. 1245–1248.

52 Lütjen konstatiert, dass die Frage, inwieweit der Aufschwung ab der zweiten Jahreshälfte 1967 tatsächlich primär Folge der beiden Konjunkturprogramme der Großen Koalition und

politischen Steuerungsphantasien der 1960er Jahre einfügte –,⁵³ zeugte die Krise der 1970er Jahre von der neuen Erfahrung, dass keynesianisches Agieren eben nicht zu einer Immunität vor Krisen führte. Im Verlauf der 1970er Jahre etablierte sich daher die neue Erfahrung, dass keine fallübergreifend gültige wirtschaftswissenschaftliche Leit-Empfehlung dafür bereit stehe, wie Krisen zu überwinden sind – es vielmehr darauf ankomme, Krisen situativ mit einem Mix aus Nachfragestimulation, angebotspolitischen Impulsen und geldpolitischen Maßnahmen zu begegnen.⁵⁴ Eine *eindeutige* Handlungsreferenz aus Erfahrungswissen gab und gibt es demnach spätestens seit den 1970er Jahren nicht mehr, was wiederum eine neue Form von Erfahrungswissen bedeutet, die heutige Krisendebatten prägt.

Die ausdrückliche, direkte Anlehnung an vorangegangene Krisen war – drittens – in den jeweiligen Krisendiskursen ohnehin marginal. Wie der Topos der ›nie dagewesenen Situation‹ zeigt, dominierte vielmehr die Überzeugung, dass es keine Referenz gebe, man vorherige Krisen kaum als Blaupause heranziehen könne. Gleichwohl kamen sowohl in den 1960er als auch den 1970er Jahren die Schlagworte ›Weimar‹ und ›große Weltwirtschaftskrise‹ auf. Gebrauchte wurden sie allerdings selten als unmittelbare Orientierungsreferenz. Lediglich die politischen Anstrengungen der 1970er Jahre, einen Rückfall in den Protektionismus zu vermeiden, der ab 1931 der Weltwirtschaft den Garaus bereitet hatte, zeugen mit Blick auf einzelne Akteure von einer solcherart erfahrungsgeleiteten Krisenpolitik.⁵⁵ Hauptsächlich

weniger der 1967 signifikant gestiegenen Außenhandelsnachfrage war, schwer zu bemessen sei und die Forschung wenig beschäftigt habe (vgl. Lütjen, Torben: Karl Schiller (1911-1994). ›Superminister‹ Willy Brandts (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 76), Bonn: Dietz 2008, S. 235). Ullmann urteilt hingegen offensiver, die Konjunkturprogramme hätten »ökonomisch wenig [bewirkt]« (Ullmann, Hans-Peter: Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, S. 151). Zu einem ähnlichen Urteil gelangt auch Nützenadel (vgl. Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005, S. 327).

- 53 Zu Schillers Politik als Wirtschaftsminister im Kabinett der Großen Koalition vgl. ausführlich T. Lütjen: Karl Schiller, Kap. VIII.
- 54 Zu dieser konzeptionellen Vielfalt bzw. Uneindeutigkeit wirtschaftspolitischen Handelns vgl. prägnant Schanetzky, Tim: »Von Keynes zu Friedman? Handlungsoptionen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.), Unternehmen am Ende des ›goldenen Zeitalters‹. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Band 16), Essen: Klartext 2008, S. 149-168, hier besonders S. 157-166.
- 55 Die von Abelshauser zuvorderst auf Basis einer von ihm ausgewerteten (anfangs geheim gehaltenen) Denkschrift Helmut Schmidts aus dem Frühjahr 1974 aufgestellte These, »die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise [hätten] den politisch Verantwortlichen in der Kleinen Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre als Kompass der Krisenpolitik« gedient, scheint in dieser Pauschalität deutlich übertrieben, auch wenn sie für konzeptionelle Überlegun-

aber dienten Weimar-Analogien als Gradmesser und Warnung: Gradmesser dafür, das potenzielle Krisenausmaß einzuschätzen und zu relativieren. Warnung in dem Sinne, dass die Erfahrung der 1930er Jahre zeige, was passiere, wenn man nicht oder zu spät handle. Die *BILD*-Zeitung, die 1966/67 unverkennbar einen Kurs pro Große Koalition vertrat, nutzte das Schlagwort ›Weimar‹ beispielsweise, um Ludwig Erhards Rücktritt einzufordern:

»Aus dieser sehr schwierigen, wenn auch nicht hoffnungslosen Situation führt uns keine Regierung mit verbrauchten Leuten heraus, die das Parlament nicht hinter sich hat. [...] Wir wollen keine Wiederholung der Zustände von Weimar. Wir wollen nicht mit schwachen und provisorischen Regierungen in die Krise treiben. Darum: Werft das Handtuch für Erhard bald [...]!«⁵⁶

Mitte 1975, auf dem Höhepunkt der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹, äußerte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, wegen der »tiefgehende[n] Erschütterung internationaler ökonomischer, monetärer, finanzwirtschaftlicher Verhaltensweisen und Beziehungen« habe er seit Ende 1973 »die ganze Zeit innerlich gezittert vor einer ähnlichen Entwicklung, wie sie [...] die verheerende Krise der dreißiger Jahre ausgelöst hat.«⁵⁷ Und Helmut Schmidt erklärte kurze Zeit später:

»Aus der ständig sich beschleunigenden Weltinflation, aus dem Auseinanderbrechen des Weltwährungssystems zu Beginn der 70er Jahre und aus der Öl- und Rohstoffkrise, die im Herbst 1973 begann, hat sich 1974 eine Weltrezession entwickelt, die alles in den Schatten stellt, was wir seit der Depression der 30er Jahre erlebt haben.«⁵⁸

Pragmatisch einsetzbar waren Weimar-Analogien somit zum einen als politische Handlungsaufforderungen. Zum anderen dienten sie, vor allem wenn Regierende sie gebrauchten, als Argument, um Erwartungen zu relativieren. Schließlich beinhalten ›Weimar‹ und ›Weltwirtschaftskrise‹ als Schlüsselbegriffe bis heute verdichtete Erinnerungen, die unmittelbar eine Vorstellung vom Ernst einer Situation oder potenziellen Entwicklung vermitteln. Den Effekt, Erinnerungen als ein Erfahrungskondensat bereitzuhalten, teilten sie mit dem Schlagwort ›Inflation‹. Die Hyperinflations-Erfahrung der frühen Weimarer Republik prägte alle drei Krisen Diskurse. Erkennbar war dies daran, dass das Vermeiden und Einbremsen inflatio-

gen einzelner Akteure partiell fraglos zutrifft (Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2., vollständig überarbeitete Auflage, München: C.H. Beck 2011, S. 392).

56 N.N.: »Werft das Handtuch!«, in: *BILD* vom 29.10.1966, S. 1.

57 Zitiert nach: Neumaier, Eduard: »Ich habe innerlich gezittert«. Ein Gespräch mit Herbert Wehner«, in: *DIE ZEIT* vom 04.07.1975, S. 3f., hier S. 3.

58 Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 184. Sitzung, 17.09.1975, S. 12885 A-12898 A, hier S. 12885 B.

närer Tendenzen durchweg weit oben auf der Agenda politischer Ziele rangierten, positiv gekleidet in den Zielbegriff der sicherzustellenden ›Stabilität‹. Jedes Abweichen oder Nicht-Erreichen dieses Ziels erregte sogleich Argwohn und provozierte Kritik oder Ängste – weckte und berührte also Emotionen.

IV. Wirtschaftskrisen als ›Gefühlsräume‹? Historisch-semantic Sondierungen

Nachdem die Umbrüche in der Konzeptualisierung und Lesart von Zukunft und Vergangenheit behandelt wurden, nimmt dieser Abschnitt eine anders gelagerte Perspektive ein. Er fragt, inwieweit die Krisendiskurse aus historisch-semantic Sicht als Aufkommen eines spezifischen begrifflich-emotionalen Settings interpretiert werden können.

Das methodische Instrumentarium, das im prosperierenden Feld der Emotions- bzw. Gefühlsgeschichte⁵⁹ zum Einsatz kommt, reicht zweifellos merklich über eine Suche nach Gefühlswörtern hinaus, wie sie hier versuchsweise unternommen wird.⁶⁰ Gleichwohl spielen das Aufspüren solcher Wörter und die Rekonstruktion ihrer Bedeutungsgehalte und Gebrauchsweisen für die Emotionsgeschichte eine wesentliche Rolle. Insofern tangieren sich historisch-semantic und emotionsgeschichtliche Vorgehensweisen unmittelbar. Mehr noch: Wie zahlreiche Proponent/-innen gefühlsgeschichtlicher Forschung prägnant vorgeführt haben, ist die Emotionsgeschichte auf begriffsgeschichtliches Arbeiten gleich in mehrfacher Hinsicht angewiesen. So ist eine begriffshistorisch inspirierte Analyse unabdingbar, um zu eruieren, was unter einer ›Emotion‹ bzw. einem ›Gefühl‹ zu verschiedenen historischen Zeiten prinzipiell verstanden und subsumiert wurde.⁶¹ Genauso ist sie unentbehrlich, um der Geschichte einzelner

59 Hier und im Folgenden gebrauche ich die Termini ›Emotionsgeschichte‹ und ›Gefühlsgeschichte‹ synonym, sowohl aus Gründen der Redundanzvermeidung als auch aufgrund der Tatsache, dass eine einfache und eindeutige Differenzierung beider Begriffe schwierig und in der Forschungspraxis nicht zu beobachten ist – vgl. Aschmann, Birgit: »Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte«, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen, Beiheft 62), Stuttgart: Steiner 2005, S. 9–32, hier S. 13.

60 Einen glänzenden Überblick über die Vielschichtigkeit und den Perspektivenreichtum, gegenwärtige Trends und historische Vorläufer, interdisziplinäre Ergänzungen, aber auch Inkompatibilitäten im Feld der ›Geschichte der Gefühle‹ bietet – trotz inzwischen partiell fortgeschrittenem Forschungsstand – Frevert, Ute: »Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?«, in: Geschichte und Gesellschaft 35:2 (2009), S. 183–208.

61 Vgl. Verheyen, Nina: »Geschichte der Gefühle«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.06.2010, http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 (letzter Abruf 20.06.2020), S. 3 (der pdf-Version). Die Frage, was heute unter einer ›Emotion‹ verstanden wird, steht hier nicht

Emotionen über längere Zeiträume nachzuspüren; sie ermöglicht, die »Historizität von Gefühlen«⁶² offenzulegen. Diese Überzeugung, dass »Gefühle historische[n] Konjunkturen« unterliegen – ergo: in spezifischen historischen Konstellationen sowie bei bestimmten sozialen Gruppen eine größere Verbreitung erfuhren als zu anderen Zeiten und an anderen Orten –, bildet eine der Grundannahmen emotionsgeschichtlicher Forschung.⁶³ Emotionen sind demnach keineswegs statisch. Ungeachtet der physischen oder neuronalen Prozesse, die mit ihnen einhergehen, unterliegen sie vielmehr einem Wandel in Ausdruck, Ausprägung und sozialer Relevanz.⁶⁴ Sie sind kulturell und sozial geformt, erlernt und veränderbar,⁶⁵ stets »zeitgebunden und in einen sozialen Raum eingeschrieben«.⁶⁶ Was wer wie fühlt und als welche »Emotion« benennt, ist somit historisch variabel. Doch nicht allein die Rekonstruktion dieser Historizität führt zügig zu begriffsgeschichtlichen Betrachtungen. Auch die Frage, wie Akteure zu bestimmten Emotionen gelangen, verweist auf die Relevanz und Prägekraft, die von der Sprache ausgeht, und verlangt sprachgeschichtlich sensible Analysen. Denn Gefühle – so eine weitere Grundannahme – werden sprachgebunden transportiert, und vom Gebrauch bestimmter Wörter geht eine gefühlsbildende Wirkung aus.⁶⁷ Mithin lässt sich vielfach eine effekt-zeitigende Wechselbeziehung zwischen dem Empfinden und dem – gerade auch sprachlichen – Äußern von Emotionen ausmachen.⁶⁸ Und keineswegs zuletzt sind Emotionen ein wirk- und geschichtsmächtiger Faktor, dem mit einer sprachgeschichtlichen Suche auf die Spur zu kommen ist.⁶⁹ Die Analyse von Gefühlswörtern in einzelnen historischen Sprachgebrauchssituationen kann konkret zeigen, dass und wie Emotionen »Bestandteil gesellschaftlicher Handlungs- und Deutungszusammenhänge« waren.⁷⁰

zur Debatte und wird von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen merklich verschieden beantwortet. Umfassende Überblicke über die unterschiedlichen Emotionsverständnisse, jeweils aus der Sicht von Historiker/-innen aufgestellt, bieten (die für die neuere Emotionsgeschichte grundlegende Arbeit von) Reddy, William M.: *The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions*, Cambridge: Cambridge University Press 2004, S. 3-139, sowie kompakter Plamper, Jan: *The History of Emotions. An Introduction*, Oxford: Oxford University Press 2015, S. 1-39.

62 Frevert, Ute: *Vergängliche Gefühle*, Göttingen: Wallstein 2013, S. 9.

63 Ebd.

64 Vgl. ebd.

65 Vgl. U. Frevert: *Gefühle in der Geschichte*, S. 199, 202.

66 Saxer, Daniela: »Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte«, in: *Traverse* 14:2 (2007), S. 15-29, hier S. 17.

67 Vgl. U. Frevert: *Vergängliche Gefühle*, S. 13.

68 Vgl. ebd., S. 14.

69 Zu den Formen, in denen und durch die Gefühle geschichtsmächtig werden, vgl. U. Frevert: *Gefühle in der Geschichte*, S. 202.

70 D. Saxer: *Mit Gefühl handeln*, S. 15.

Aus diesen Kernannahmen folgt, dass das Abklopfen des Sprachgebrauchs auf das wiederholte Vorkommen bestimmter Gefühlswörter einen fruchtbaren Zugang eröffnet, um auf jene Emotionen zu stoßen, die in einer spezifischen historischen Konstellation verbreitet und wirkmächtig waren.⁷¹ Diese Wirkmacht entfalten Emotionen, indem sie als Motiv oder Triebfeder für sprachgebundenes oder nicht-sprachgebundenes Handeln fungieren. Überspitzt hat die Soziologin Eva Illouz sie als die »energiegeladene« Seite des Handelns bezeichnet, »wobei diese Energie zugleich Kognition, Affekt, Bewertung, Motivation und den Körper implizier[e]«. ⁷² Letztlich verweisen Gefühlswörter als Indikatoren auf zeitgenössisch verbreitete Empfindungen, zugleich können sie als Faktoren interpretiert werden, die Handeln auslösten und beeinflussten. Sie sind eine zusätzlich nutzbare Sonde, um zu eruieren, auf welche Weise in einer historischen Konstellation, etwa einer Krise, Umbruchprozesse wahrgenommen und wie vor diesem Hintergrund Deutungen produziert wurden. Der Ertrag einer solchen emotionsgeschichtlichen Erweiterung der Krisenanalyse, die bislang kaum angegangen wurde,⁷³ ist ein doppelter: Zum einen wird das Verständnis der Krise erweitert, weil eine zusätzliche Erkenntnisdimension berücksichtigt wird; hier liegt der »krisengeschichtliche« Verstehenszuwachs. Zum anderen stellen Wirtschaftskrisen(-diskurse) auch für einen primär gefühlsgeschichtlich gespeisten Interessenfokus ein ausgesprochen spannendes Untersuchungsobjekt dar. Denn sie ermöglichen, die forschungspraktische Forderung umzusetzen, konkrete »historische Situationen, die Rückschlüsse auf den sozialen Gebrauch von Emotionen und deren Wandel erlauben, mikroanalytisch zu erschließen.«⁷⁴

Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend für die drei betrachteten Wirtschaftskrisen erprobt, welche Ergebnisse eine zielgerichtete Suche nach Gefühlswörtern zeitigt – stets unter der Einschränkung, dass das zugrundeliegende

71 Vgl. auch N. Verheyen: Geschichte der Gefühle, S. 5 (der pdf-Version). Verheyen plädiert explizit für historisch-semantic angelegte Untersuchungen von »Gefühlswortschatze[n]« (ebd.) und fordert, dabei nicht nur semantische, sondern auch (sprach-)pragmatische Dimensionen – also den Einsatz bestimmter Gefühlswörter und die sozialen Effekte, die von ihnen ausgehen, – zu berücksichtigen.

72 Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006, S. 10.

73 Wichtige Ausnahmen markieren Harold James' emotionsgeschichtliche Annäherung an den New Yorker Börsencrash vom Oktober 1929 (vgl. James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: *Representations* 110:1 (2010) S. 129-144) sowie Graf, Rüdiger: »Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst. Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74«, in: Patrick Bormann/Thomas Freiburger/Judith Michel (Hg.), *Angst in den internationalen Beziehungen*, Göttingen: V&R unipress/Bonn University Press 2010, S. 227-249.

74 Meier, Marietta/Saxer, Daniela: »Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Traverse* 14:2 (2007), S. 7-10, hier S. 8.

Quellenkorpus ursprünglich für eine allein historisch-semantiche Fragestellung zusammengestellt wurde, die auf die sprachlichen Bauprinzipien von Aussagen zielte, mit denen Krisendeutungen breitenwirksam hervorgebracht und in politischen Debatten zum Argument gemacht wurden.

1. Von übergreifender Konjunktur: ›Psychologie‹ und ›Vertrauen‹

Wie die Rekonstruktion dieser Bauprinzipien führt auch das Fahren nach Gefühlswörtern zum gleichen, zweigeteilten Befund.⁷⁵ Zum einen wies jede Krise einen spezifischen Gefühlswortschatz auf, der von der je eigenen Geschichte und Gestalt dieser Krise kündete und diese mit hervorbrachte. Zum anderen sind Begriffe auszumachen, die fallübergreifend eine hohe Konjunktur erfuhren. Unter letzteren ragten ›Psychologie‹/›psychologisch‹ und ›Vertrauen‹ heraus, mithin Termini, die weniger eine konkrete Emotion als vielmehr die Grenzen dessen beschreiben, was allein rational zu ermessen ist. Zumeist bezeichneten die Akteure mit ihnen Faktoren, die sie für ökonomisch relevant hielten, aber nicht genau(er) benennen oder gar quantifizieren konnten. Im November 1929 konnte es entsprechend heißen, US-Präsident Herbert Hoover plane ein Wirtschaftsprogramm und begründe dies damit, dass »zwar ein mangelndes Vertrauen in die wirtschaftliche Gesundheit des Landes töricht sei, daß aber angesichts der deprimierten Stimmung die Wirtschaft neue Anregungen« benötige.⁷⁶ Der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller (SPD) argumentierte im Herbst 1930, um eine weitere »Kapitalflucht« zu verhindern, sei es notwendig, »daß das Vertrauen zum deutschen Staat und zur deutschen Wirtschaft gehoben« werde.⁷⁷ Nach einer Diskontsatzsenkung durch die Bundesbank schrieb die SZ Anfang 1967, diese »Lockerung der Kreditbremse [...] soll[e] ein vor allem psychologisch wichtiges Signal der Ermutigung setzen.«⁷⁸

Grundsätzlich zeugt der Begriffsgebrauch vom Bewusstsein zahlreicher Akteure dafür, dass wirtschaftliches Verhalten, zumal am Kapitalmarkt, und Krisenentwicklungen nicht allein rational begründet, erklärt oder gar präzise prognostiziert werden konnten, sondern von zusätzlichen Faktoren abhingen, unter denen ›Vertrauen‹ besonders relevant erschien. Insofern spiegelt der Sprachgebrauch Beobachtungs- und Reflexionsleistungen wider, die von Krise zu Krise zunahmen. Was ›Vertrauen‹ genau bedeuten sollte, war aus den einzelnen Äußerungen oft

75 Zu den Spezifika und Gemeinsamkeiten der semantischen Konstruktion der drei analysierten Krisen vgl. zusammenfassend K. Klammer: ›Wirtschaftskrisen‹, S. 437–451.

76 N.N.: »[Folgen des New-Yorker Börsenkrachs.] Ueberraschendes Eingreifen Hoovers. Ohne Beispiel in Amerikas Geschichte«, in: B.Z. am Mittag vom 16.11.1929, S. 1.

77 Müller, Hermann: Reichstag, 5. WP, 4. Sitzung, 17.10.1930, S. 48 D–56 A, hier S. 54 B.

78 Czerwensky, Gerhard: »Zentralbankrat löst die Kreditbremse. Diskontsatz auf vier Prozent gesenkt. Durch gleichzeitige Verringerung der Mindestreserven werden 1,7 Milliarden Mark für Kredite frei«, in: SZ vom 17.02.1967, S. 1.

nicht eindeutig zu schließen. Nur selten war das unmittelbare Vertrauensverhältnis zwischen einzelnen Akteuren – etwa das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Geschäftspartnern – gemeint. Stattdessen bezeichnete ›Vertrauen‹ zumeist eine Mischung aus ›Zutrauen‹ und ›Zuversicht‹, zielte also auf die (Bedeutung der) Stimmungen und Erwartungshaltungen der Wirtschaftssubjekte. Die ›Vertrauensrede‹ konnte sich genauso auf die Stabilität des institutionellen und ökonomischen Rahmens beziehen, in dem sich die Wirtschaftssubjekte bewegten, wie auf die Gewährleistung von Investitionssicherheit. Ihre prägnanteste Verdichtung erfuhr eine derartige Sicht auf die Relevanz von ›Psychologie‹ und ›Vertrauen‹ schließlich in der bekannten Formel, der zufolge ›Wirtschafts-, besonders Konjunkturpolitik zu xy Prozent Psychologie‹ sei. Karl Schiller und Franz Josef Strauß brachten sie eindrücklich zum Ausdruck. Schiller erklärte im Februar 1967:

»Wir wissen [...], daß Konjunktur, daß Aufschwung nicht nur eine Angelegenheit des Geldes, der Aufträge, der Quanten sind; wir wissen, daß Konjunktur zu 50 % auch Psychologie ist. Deswegen dienen diese Maßnahmen [einer aktiven Konjunkturpolitik, K.K.] zusammen mit der gesamten Defizitbereinigung auch der Wiederherstellung des Vertrauens, des Vertrauens der Unternehmer bei ihren Dispositionen, aber auch und gerade des Vertrauens der Arbeitnehmer in die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.«⁷⁹

Strauß, anders als zu Zeiten der Großen Koalition nicht mehr Teil des als kongenial inszenierten Duos Schiller-Strauß, sondern inzwischen wortgewaltigste Stimme der Opposition, mahnte im Sommer 1974: »Konjunkturpolitik ist [...] in erster Linie Psychologie. Jeder konjunkturpolitische Abschwung signalisiert auch eine Vertrauenskrise. Jeder Aufschwung setzt die Wiedergewinnung des Vertrauens voraus. Nur dann kann die seit Jahren stillstehende Investitionstätigkeit [...] überwunden werden.«⁸⁰

2. ›Not‹ und ›Elend‹ – Gefühlssemantiken in der Weltwirtschaftskrise

Im wirtschaftlichen Krisendiskurs ab 1929 überlappten und ergänzten sich vielfältige Emotionen. Zu hören und zu lesen war unter anderem von ›Sorge‹⁸¹ und ›Furcht‹⁸² oder der »Weltkrise«, die »[zusammentreffe] mit einer großen seelischen Erregung, die geboren ist aus den Leiden und Enttäuschungen der vergangenen

79 Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 95. Sitzung, 17.02.1967, S. 4328 B-4331 D, hier S. 4329 C.

80 Strauß, Franz Josef: Bundestag, 7. WP, 19.09.1974, S. 7733 D-7745 B, hier S. 7739 D-7740 A.

81 Vgl. z.B. N.N.: »Ende der Berliner Geldsorgen«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Nr. 286, 4. Beilage vom 30.11.1929, [S. 1].

82 Vgl. z.B. Elsberg, Paul: »Falsche Börsenpolitik«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 211 vom 04.09.1931, [S. 1].

Jahre.«⁸³ Auf eine klare Dominanz einzelner Gefühlswörter lässt das untersuchte Quellenkorpus gleichwohl nicht schließen; eindeutig bestimmende Einzelemotionen stechen kaum hervor. Kennzeichnend für die Weltwirtschaftskrise war stattdessen das weit verbreitete Feld der ›Not‹-Semantiken. ›Not‹ trat dabei als einzelnes Wort wie auch Bestandteil von Komposita auf. Im Bedeutungsgehalt sehr offen fungierte ›Not‹ als Sammelbegriff für die vielfältigen – politischen, sozialen und emotionalen – Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Misere. Sein Vorkommen war eng verwandt mit dem Begriff des ›Elends‹. Der KPD-Abgeordnete Theodor Neubauer prangerte Ende 1929 die Folgen der »ungeheure[n] wirtschaftliche[n] Not an«, nicht zuletzt für die »Millionen Arbeiter, die in fürchterlichsten Höhlen hausen müssen, wo sie körperlich und geistig ruiniert« würden.⁸⁴ Zweieinhalb Jahre später klagte der Sozialdemokrat Peter Graßmann, »die deutsche Öffentlichkeit [sei] anscheinend gegen die Not der Arbeitslosen völlig abgestumpft«; geradezu gleichgültig begegne sie »dem »furchtbare[n] Jammer des Einzelnen und seiner Familie, [dem] physische[n] und psychische[n] Zugrundegehen des Individuums«. ⁸⁵ Reichskanzler Franz von Papen mahnte im Herbst 1932, es sei geboten, »alle willigen Kräfte [...] zusammenzufassen, um die furchtbare Not unserer Zeit zu überwinden.«⁸⁶ Günther Gereke, unter Papens Nachfolger Kurt von Schleicher Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, benannte zwei Faktoren, die politische Handlungsnotwendigkeiten maßgeblich bestimmten: »das Elend der Erwerbslosen [und] die Notlage der privaten Wirtschaft«. ⁸⁷

Wie die Zitate unterstreichen, waren beide Begriffe einerseits argumentativ einsetzbar, um Zustände zu beschreiben, andererseits, um ebendiese anzuprangern und durch Dramatisierung auf das Ausmaß der Krisenfolgen hinzuweisen. Sie eigneten sich somit hervorragend dazu, Handlungsnotwendigkeiten zu reklamieren, und wiesen einen entsprechend großen pragmatischen Gebrauchswert auf.

83 H. Brüning: Reichstag, 16.10.1930, S. 17 A.

84 Neubauer, Theodor: Reichstag, 4. WP, 115. Sitzung, 13.12.1929, S. 3544 A-3549 B, hier S. 3547 B.

85 Graßmann, Peter: Reichstag, 5. WP, 62. Sitzung, 10.05.1932, S. 2527 D-2536 C, hier S. 2530 A.

86 Papen, Franz von: »Rede des Reichskanzlers vor Vertretern der westdeutschen Wirtschaft in der Paderborner Schützenhalle am 16. Oktober 1932, 11:30 Uhr«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Band 2, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard: Booms 1989, S. 785-792, hier S. 787.

87 Gereke, Günther: »Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. 23. Dezember 1932«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard: Booms 1986, S. 156-162, hier S. 156f.

3. Mit ›Mut‹ durch die ›Wachstumsdelle‹?

Nicht allein aufgrund des geringeren Krisenausmaßes und der deutlich kürzeren Dauer unterschied sich die als ›Wachstumsdelle‹ titulierte Kurzzeitrezession 1966/67 von den beiden Weltwirtschaftskrisen. Auch wer die historisch-semantische Brille aufsetzt, erkennt in der ›Delle‹ eine Krise von reduziertem Ausmaß. Als Deutungsmuster basierte sie auf einem überschaubaren terminologischen Set von vergleichsweise wenigen tragenden Topoi und Einzelbegriffen.⁸⁸ Das Ergebnis der Suche nach Gefühlswörtern passt sich in diesen Befund ein. Die Trefferliste bleibt kurz; einzelne Emotionen als für den Gesamtdiskurs konstitutiv oder prägend einzuordnen, ist schwierig. Gleichwohl verdient ein Einzelbefund, hier erwähnt zu werden. Denn über sämtliche Krisenphasen hinweg war bemerkenswert oft vom ›Mut‹ die Rede. Der Begriff markierte zum einen den partiellen Zäsurcharakter der Krise. Nach einer Dekade mit beständig hohen Wachstumsraten und einer (ordo-)liberal orientierten Wirtschaftspolitik mussten sich die Akteure auf eine neue finanz- und wirtschaftspolitische Situation einstellen und auf die keynesianisch inspirierte Politik der ›Globalsteuerung‹ einlassen. In dieser Konstellation beschrieb ›Mut‹ die Notwendigkeit, bisherige Wahrnehmungen und Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage zu hinterfragen und politische Reaktionsweisen zu verändern. Zum anderen kam der Appell, ›mutig zu sein‹, einer Handlungsaufforderung gleich, die emotional positiv konnotiert und so von rhetorisch und pragmatisch hohem Wert war. Der sprachpragmatische Nutzen der ›Mut‹-Vokabel steigerte sich noch angesichts der Gegenvorstellungen, die schnell implizit mit-schwangen, sobald ›Mut‹ angesprochen wurde: ›Feigheit‹ oder ›Verzagtheit‹. Insofern berührten sich ›Mut‹- und ›Vertrauensrede‹ unmittelbar, da beide wiederholt darauf zielten, ›Zutrauen‹ und ›Zuversicht‹ auszulösen. Mutmaßlich deshalb waren es auffallend oft die handelnden Politiker selbst, die über den gesamten Krisenverlauf hinweg ›Mut‹ priesen oder einforderten. Als sich im November 1966 die Etatlage verschärfte und die Warnungen vor einer Rezession zunahmen, klagte Bundesfinanzminister Kurt Schmücker (CDU) im Bundestag: »Wenn man auf Gefahren hinweist, kann doch nicht [...] behauptet werden, daß man damit zugebe, sich schon in einer Krise zu befinden. Wollen Sie etwa denjenigen, die den Mut haben müssen, auf die Zwangsläufigkeiten hinzuweisen, jede Kraft nehmen, das zu tun?«⁸⁹

Sein Parteifreund Kurt Georg Kiesinger erklärte unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler, die »Gesundung der Bundesfinanzen« sei in erster Linie »eine Frage [...] des politischen Mutes und der Einsicht aller Mitverantwort-

88 Vgl. hierzu ausführlich K. Klammer: ›Wirtschaftskrisen‹, S. 203–290.

89 Schmücker, Kurt: Bundestag, 5. LP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3367 C–3375 C, hier S. 3368 B.

lichen.«⁹⁰ Als die Große Koalition im Januar 1967 ihr erstes Maßnahmenpaket auf den Weg brachte, lobte der CDU-Parlamentarier Albert Leicht »den Mut, der bei den zum Teil tief in die Gewohnheiten unserer Bürger einschneidenden Maßnahmen erforderlich war«, und fügte hinzu: »Unser Volk kann wieder Vertrauen haben, die Wirtschaft wieder atmen.«⁹¹ In der SZ hieß es Anfang März, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Joseph Wild, habe »die mutigen Maßnahmen des Wirtschafts- und Finanzministers [gelobt].«⁹² Im September 1967, als sich die Anzeichen einer konjunkturellen Belebung verdichteten, zitierte *BILD* Wirtschaftsminister Schiller mit der Forderung an die deutsche Automobilindustrie, wieder »mit Mut [zu starten]«, um so neu »in eine Aufwärtskurve zu gelangen.«⁹³

Auch hier war die politisch-pragmatische Absicht, über den ›Mut‹-Begriff Vertrauen und Zuversicht herzustellen, gut erkennbar. Wenige Tage zuvor hatte die gleiche Zeitung ein noch plastischeres Exempel für die semantische Nähe von ›Vertrauens-‹ und ›Mut‹-Rede im Krisendiskurs geliefert. Leicht gewitzt berichtete *BILD*: »Die Wirtschaft hat bereits, ermutigt durch das zielstrebige Vorgehen der Großen Koalition, wieder Tritt und Vertrauen gefaßt. [...] Mut schöpfen auch die Bauern. Ihnen hat zwar nicht Bonn, [aber] das Wetter geholfen.«⁹⁴

4. ›Verängstigung‹ durch Worte und die Wende zur ›Vernunft‹ – Sprachreflexion und Emotionen in der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹

Die 1970er Jahre in der Bundesrepublik gelten vielfach als »Zeit des Streits«, als Periode einer besonders scharfen parteipolitischen und ideologischen Konfrontation.⁹⁵ Eindringlich zutage trat sie in Losungen wie ›Freiheit statt/oder Sozialis-

90 Kiesinger, Kurt Georg: Bundestag, 5. LP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656 C-3665 C, hier S. 3657 D.

91 Leicht, Albert: Bundestag, 5. LP, 88. Sitzung, 26.01.1967, S. 4100 C-4104 D, hier S. 4101 D.

92 N.N.: »Kiesinger eröffnet Münchner Handwerksmesse. Appell an Unternehmer und Verbraucher. ›Wieder Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen‹/Der Wille zur Entspannung bekräftigt«, in: SZ vom 10.03.1967, S. 1f., hier S. 2.

93 Zitiert nach: N.N.: »Gebt Gas, ihr müßt die Kurve kriegen«. – Minister Schillers Appell auf der Automobil-Ausstellung, – »Wieder schärferer Wind in den Segeln der Wirtschaft«, – Keine weiteren Belastungen für Deutschlands Autofahrer«, in: *BILD* vom 15.09.1967, S. 1f., hier S. 1.

94 N.N.: »Letzter Appell an 38 Frauen und 480 Männer in Bonn. Haltet unser Geld zusammen!«, in: *BILD* vom 06.09.1967, S. 1, 6, hier S. 6.

95 Vgl. Mergel, Thomas: »Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts«, in: Michael Wildt (Hg.), *Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 224-243.

mus«, den Slogans der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1976.⁹⁶ Sie gründete nicht allein auf konträren inhaltlichen Positionen, sondern war auch Folge einer gezielten semantischen Auseinandersetzung, eines bewusst organisierten und geführten Kampfs um Begriffe. Damit fügte sie sich in einen Großtrend ein, den sprachgeschichtliche Forschungen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgearbeitet haben: einen deutlich gesteigerten Grad an Sprachreflexion.⁹⁷ Das Bewusstsein und die Sensibilität dafür, dass politische Auseinandersetzungen in einem beträchtlichen Maße Auseinandersetzungen um Sprache sind, die Verwendung bestimmter Wörter und Topoi unmittelbare politische Folgewirkungen entfaltet und der Kampf um Begriffe im direkten Sinne ein politischer Machtkampf ist, nahm rapide zu. Plastischer Ausdruck dieser Entwicklung war die Gründung einer ›Projektgruppe Semantik‹ der CDU, die deren Generalsekretär Kurt Biedenkopf und der bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) 1973 anstießen.⁹⁸ Mit ihrer Hilfe versuchten CDU und CSU, Begriffe, die der sozialdemokratisch-links-liberale Zeitgeist angeblich ihrer ›eigentlichen‹ Bedeutung beraubt hatte, neu ›zu besetzen‹.⁹⁹ Auf diese Weise wollte die Union politische Deutungshoheit zurückgewinnen. ›Emanzipation‹, ›Friede‹ ›Fortschritt‹, ›Mitbestimmung‹ und ›Reform‹ stellten prominente Beispiele für derartige Begriffe dar.

Auch die Suche nach Gefühlswörtern im Krisendiskurs zeigt eine bemerkenswert reflektierte Debatte; sie untermauert und erweitert den generellen sprachgeschichtlichen Befund. Denn Gefühlswörter evozierten und indizierten nicht allein bestimmte Grundströmungen des Diskurses. Vielmehr diskutierten die zeitgenössischen Akteure explizit darüber, welche Rolle Emotionen – insbesondere ›Ängste‹ – für ökonomisches Handeln spielten und inwiefern bestimmte Redeweisen angstauslösend wirkten. Dass Angst zum Debattengegenstand wurde, passt sich dabei

96 Zu den Hintergründen dieser Slogans im »hochideologisierten Wahlkampf von 1976« vgl. Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen: Wallstein 2010, S. 263-270, Zitat S. 270.

97 Vgl. Steinmetz, Willibald: »New Perspectives on the Study of Language and Power in the Short Twentieth Century«, in: Ders. (Hg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 3-51, hier S. 3.

98 Eine Zusammenfassung der Ziele und zugrunde gelegten Überlegungen bietet Biedenkopf, Kurt H.: »Politik und Sprache«, in: Bernhard Vogel (Hg.), Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford: Nicolai 1975, S. 21-32.

99 Vgl. dazu insgesamt Geyer, Martin H.: »War over Words. The Search for a Public Language in West Germany«, in: Steinmetz: Political Languages, S. 293-330, hier S. 294-309. Die Projektgruppe bestand bis 1977. Von 1974 bis 1976 existierte mit »Sematest. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung« zudem eine CDU-nahe Einrichtung, mit deren Hilfe die Arbeit der »Projektgruppe« auf eine wissenschaftlichere Basis gestellt werden sollte – vgl. Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 220-229.

ein in das Gesamtbild einer in den 1970er Jahren – gerade auch jenseits der sozioökonomischen Sphäre – von immer mehr Ängsten erfassten bundesrepublikanischen Gesellschaft.¹⁰⁰ Insofern ist weniger bemerkenswert, dass Ängste Thema wurden, sondern auf welche Weise die politisch handelnden Akteure sie in den Blick nahmen.¹⁰¹ Denn letztlich ging es um die performativen Konsequenzen ihres eigenen Sprachgebrauchs. Zahlreiche Beispiele führen dies prägnant vor Augen: Im November 1973, mitten während der Ölpreiskrise, lobte Otto Graf Lambsdorff das Verhalten seines Parteifreundes, des liberalen Wirtschaftsministers Hans Friderichs. Dieser habe »unbestritten umfassend und richtig informiert, [...] keine Spekulationen veröffentlicht und psychologisch genau die richtige Haltung getroffen, die man mit dem Wort ›Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‹ umschreiben« könne.¹⁰² Schließlich seien »[i]n diesem Land [...] nun einmal auf Grund geschichtlicher Erfahrungen [...] die Neigung zu Vorrats-, Angst- und Hortungskäufen [...] unbestreitbar vorhanden, und es [müsse] die Pflicht des verantwortlichen Mitglieds der Bundesregierung sein, einer solchen Neigung entgegenzuwirken.«¹⁰³

Konträr zu dieser Sicht kritisierte Oppositionsführer Karl Carstens im Januar 1974:

»An der Lage, die wir jetzt vor uns finden, trägt die Regierung ein erhebliches Maß an Mitverantwortung. Ihr Verhalten während der Ölkrise war durch Unsicherheit und Zwiespältigkeit gekennzeichnet. Düstere Prognosen, die der Bundeskanzler selbst aussprach, führten zu Angstkäufen, und die Forderung nach Höchstpreisen bewirkte natürlich, wie hätte es anders sein können, eine[n] alsbaldigen Preisauftrieb.«¹⁰⁴

Helmut Schmidt wiederum attackierte in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler die Redeweisen der Opposition. Er habe »Verständnis für [...] Sorgen angesichts dieser neuen, völlig ungewohnten Vorgänge auf den Weltmärkten«, jedoch »kein Verständnis, wenn einzelne Sprecher der Opposition diese berechtigten Sorgen zu einer Kampagne ausnutzen möchten, die doch nur Angst schüren

100 Vgl. hierzu umfassend Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt 2019, Kap. 7, prägnant S. 297–301, der eine Reihe von Faktoren diskutiert, die – jenseits von und zusätzlich zu sozioökonomischen Veränderungsprozessen – jeweils teilsächlich für diese Verängstigungen gewesen seien.

101 Für eine Komplementärperspektive zum hier analysierten öffentlichen Sprachgebrauch vgl. R. Graf: Gefährdungen der Energiesicherheit, S. 238–246, der für Oktober und November 1973 auf Basis interner Regierungsdokumente und des diplomatischen Verkehrs Ängste als Handlungsmotive und Kommunikationsinhalte untersucht.

102 Lambsdorff, Otto Graf: Bundestag, 7. WP, 67. Sitzung, 29.11.1973, S. 3926 D–3932 C, hier S. 3927 C.

103 Ebd.

104 Carstens, Karl: Bundestag, 7. WP, 76. Sitzung, 24.01.1974, S. 4777C–4785 C, hier S. 4778 A.

soll[e].«¹⁰⁵ Seine »Regierung [werde] nicht zulassen, dass die Opposition damit genau den Zustand herbeired[e], den sie als existent suggerieren« wolle.¹⁰⁶

In letzter Konsequenz kreiste der Streit um die Frage, inwiefern eine »tatsächliche« Krise vorliege oder aber diese nur »herbeigeredet« sei. Mitunter griffen Redner diesen Aspekt auch direkt auf. So wies Hans Katzer für die Unionsparteien den Vorwurf der Regierung zurück, sie betreibe »ein Geschäft mit der Angst« und zeichne ein abwegiges Bild von der Lage, das den »Tatsachen« entbehre – schließlich bestünden diese »Tatsachen« in »600.000 Arbeitslose[n]« und »300.000 Kurzarbeiter[n]«. ¹⁰⁷

Für die Sozialdemokraten antwortete Peter Reuschenbach, indem er eine Mahnung zitierte, die Jahre zuvor ausgerechnet Franz Josef Strauß formuliert hatte:

»Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe Krise, Depression, Inflation, und ähnliche.«¹⁰⁸

Leicht anders gelagert war ein zweiter, eher indirekter emotionsgeschichtlicher Strang im Krisendiskurs der 1970er Jahre. Gestritten wurde nämlich nicht nur über die Frage, ob und wie Redeweisen bestimmte Emotionen weckten. Vielmehr gewann im Verlauf der engeren finanz- und wirtschaftspolitischen Debatte auch ein semantischer Gegenpol des »Emotionalen« eine beachtliche Bedeutung: das Feld der »Vernunft«-Semantiken.¹⁰⁹ Sie lassen sich als ein Baustein der partiellen Hinwendung zu neoliberalen, angebotsorientierten Konzepten in der Wirtschaftspolitik lesen. Im Kern priesen sie dauerhaften – insbesondere finanziellen – Verzicht als

105 Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 100. Sitzung, 17.05.1974, S. 6593 C-6605 D, hier S. 6600 B-6600 C. Schmidt knüpfte mit dieser Kritik an eine Argumentation an, die sein Vorgänger Willy Brandt bereits im Vormonat formuliert hatte – vgl. Brandt, Willy: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6246 C-6253 B, hier S. 6248 B-6248 C.

106 H. Schmidt: Bundestag, 17.05.1974, S. 6600 C.

107 Katzer, Hans: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6253 B-6255 D, hier S. 6253 D.

108 Reuschenbach, Peter: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6260 A-6263 B, hier S. 6261 A-6261 B.

109 Mithin tangiert die Beobachtung das grundlegende Bedingungsverhältnis von »Rationalität« und »Emotionalität«, das wissenschaftlich beachtliche Aufmerksamkeit erfahren und zu zahlreichen Studien angeregt hat, vgl. Jensen, Uffa/Morat, Daniel: »Die Verwissenschaftlichung des Emotionalen in der langen Jahrhundertwende (1880-1930)«, in: Dies. (Hg.), Rationalisierungen des Gefühls. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880-1930, München: Fink 2008, S. 11-34, hier S. 15 (mit zahlreichen weiterführenden Literaturhinweisen in Anm. 17).

ein Mittel zur Krisenüberwindung, indem sie dieses Verhalten als ›vernünftig‹ deklarieren. Entsprechend verbreitet waren ›Vernunft‹-Semantiken im Zusammenhang von Tarifaueinandersetzungen. Hieß es von Willy Brandt Anfang 1974 noch, er fordere die »Arbeitnehmer zu einer angesichts der wirtschaftlichen Lage maßvollen Lohnpolitik [auf]«,¹¹⁰ wurde Wirtschaftsminister Friderichs kurz darauf dezidiert mit der Mahnung »an alle Bürger« zitiert, »sich in diesem Jahr vernünftig zu verhalten. Nur dann könnten die wirtschaftlichen Probleme gemeistert werden.«¹¹¹ Konkret meinte Friderichs damit, keine Tarifverträge abzuschließen, die Lohnsteigerungen von mehr als zehn Prozent vorsahen. In der Summe verdichteten sich die Aussagen zum Topos ›Wer unvernünftig hohe Lohnerhöhungen beschließt, heizt die Inflation weiter an, überfordert die öffentlichen Haushalte, vor allem aber Unternehmen, und gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze.‹ Das Redemuster sollte elementar für den Krisendiskurs werden, wie ein *FAZ*-Kommentar aus dem Herbst 1975 pointiert unterstrich, in dem es hieß:

»Die Lohnrunde hat ihren ersten Schatten vorausgeworfen. [...] Schon die Vorgeplänkel lassen erkennen, wie schwierig es wieder werden wird, vernünftigen Überlegungen eine Chance zu geben. Zwar haben einige Gewerkschaftsführer gelegentlich Einsicht in die veränderte Lage unserer Volkswirtschaft angedeutet; doch die offiziellen Reden vor Mitgliedern verraten nach wie vor eine aggressive Einstellung, die alle Opfer von der eigenen Klientel wegwenden und anderen zumuten möchte.«¹¹²

Ähnlich wie beim Beispiel der ›Mutrede‹ bezog die ›Vernunftrede‹ ihre argumentative Schlagkraft aus den – ausgesprochen und unausgesprochen – wirkmächtigen Gegenbegriffen: ›Unvernunft‹ und ›Uneinsichtigkeit‹. Mithin lassen sich die ›Vernunft‹-Semantiken als eine abgeschwächte Variante von ›Sachzwang‹-Argumentationen interpretieren.¹¹³ Gemeinsam ist ihnen zum einen der Verweis auf Rationalität, zum anderen eine unterstellte (in diesem Fall: volkswirtschaftliche) Eigenlogik, die im Kern zu akzeptieren sei. Einen Unterschied zum ›Sachzwang‹ – und zu der in den Krisendebatten ab 2008 verbreiteten Rede von ›Alternativlosigkeit‹ – markierten die eingestanden Spielräume. Denn es stand nicht bloß eine einzige, ›rational betrachtet zwangsläufig zu wählende‹

110 N.N.: »Arbeitnehmer zum Maßhalten aufgefordert. Brandt hält zweistellige Lohnforderungen im Öffentlichen Dienst für überhöht«, in: *SZ*, 25.01.1974, S. 1f., hier S. 1.

111 N.N.: »Minister Friderichs: Alle müssen vernünftig sein«, in: *BILD* vom 07.02.1974, S. 1.

112 Vetter, Ernst Günter: »Das Schlagwort ›Lohnpause‹«, in: *FAZ* vom 24.09.1975, S. 1.

113 Zur Redefigur des ›Sachzwangs‹ und ihren hier thematisierten Merkmalen vgl. Steinmetz, Willibald: »Anbetung und Dämonisierung des ›Sachzwangs‹. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur«, in: Michael Jeismann (Hg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 293-333, hier besonders S. 293-296.

Handlungsoption im Raum, sondern prinzipiell waren mehrere Entscheidungen möglich, wenngleich nicht anzuraten. Somit zielte die ›Vernunftrede‹ auf ein bestimmt formuliertes ›Soll‹, beschrieb und bedeutete aber kein unbedingtes ›Muss‹.

V. Fazit

Was Krisen ›sind‹, kann auch dieser Aufsatz nicht beantworten. Aber er hat ausgeleuchtet, auf welche Weise Veränderungen auf der Ebene von Erwartungen und Erfahrungen dazu beitrugen, ›Krise‹ als politisch handlungsleitendes Deutungsmuster im öffentlich-politischen Sprachgebrauch zu etablieren und zu wandeln. Dabei zielte er auf wiederkehrend beobachtbare, musterhafte Veränderungen, um die Mechanismen der Krisendiskurse präziser zu rekonstruieren und so das Verständnis dafür zu vertiefen, wie wirtschaftliche Krisendebatten funktionieren und verlaufen.

Erwartungsumschwünge erwiesen sich als essentiell für die Frühphasen der Krisendiskurse, die in vielfacher Hinsicht zunächst Zukunftsdiskurse waren. Die zeitliche Tiefe dieser Zukunft zog sich drastisch zusammen, für möglich erachtete wirtschaftspolitische Herausforderungen nahmen merklich zu, die Bandbreite der Sichtweisen auf diese Probleme und die Mittel, ihnen zu begegnen, waren gering. Hieraus resultierte die Wucht, mit der Krisendeutungen in die politische Kommunikation geschleust wurden, und die zum Phänomen der vorgelagerten Semantik führte: Das Aufkommen der Krisendiskurse und teils gar die Spitzen der Krisendebatten gingen den Krisenhöhepunkten, wie sie Konjunkturdaten ausweisen, in allen drei Fällen signifikant voraus.

Im Krisenverlauf dehnte sich das Erwartungsspektrum zeitlich und inhaltlich wieder aus; die diskurskonstituierende Relevanz der ›Zukunft‹ ging zurück. Hingegen nahm die Bedeutung von Erfahrungen in mehrfacher Hinsicht zu. Elementar für die Krisendebatten war zunächst vor allem die neue Erfahrung, mit einer Situation konfrontiert zu sein, die so noch ›nie dagewesen‹ und der allein mit Erfahrungswissen nicht adäquat zu begegnen sei. Vorangegangene Krisen erschienen also gerade nicht oder nur sehr bedingt als taugliche Referenzmodelle für aktuelles Krisenhandeln. Zugleich spielten diese vorangegangenen Krisen doch eine entscheidende Rolle. Zum einen waren sie indirekt präsent in Form der Gesamtheit des wirtschaftswissenschaftlichen (Krisen-)Wissens, das angesichts der jeweils neuen Krisenerfahrung als modifizierungs- und ausbaubedürftig erschien. Zum anderen war die Erinnerung an die Krise der 1930er Jahre in Schlagworten wie ›Weimar‹ und ›Weltwirtschaftskrise‹ kondensiert und in dieser Form in den Krisendebatten der Nachkriegszeit präsent. Redner und Autoren konnten so mit dem Gebrauch weniger Worte unmittelbar den Ernst einer ökonomischen oder politi-

schen Situation vermitteln, Handlungsdruck erzeugen und Erwartungshaltungen dämpfen, was vor allem Regierenden zupass kam.

Die Sensibilität der Akteure dafür, dass ihr Sprachgebrauch politische Effekte zeitigte, nahm kontinuierlich zu. Die Analyse der Krisendiskurse bestätigt damit grundlegende sprachgeschichtliche Befunde zur Entwicklung der Sprachreflexion in der politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert. Zugleich erweitert sie diese Befunde mit Blick auf den Gebrauch von Gefühlswörtern in Krisendiskursen. In allen drei Krisen war den Akteuren bewusst, dass wirtschaftliches Handeln nicht allein rational bedingt und zu verstehen ist. Davon zeugte die durchweg hohe Verwendungsrate der Begriffe ›Psychologie‹ und ›Vertrauen‹. Spätestens in den 1970er Jahren ereignete sich jedoch ein entscheidender qualitativer Wandel der Form, in der die Akteure die Relevanz der Gefühle in den Krisendebatten diskutierten. Denn angesprochen wurden Emotionen nicht länger nur unter dem Aspekt der von ihnen ausgehenden ökonomischen Effekte. Hinzu trat die intensive Diskussion der Frage, inwieweit der Sprachgebrauch politischer Akteure breitenwirksam Emotionen – vor allem ›Ängste‹ – geweckt und so bestimmtes krisenverursachendes Handeln provoziert habe. Indem nicht länger allein die Rolle von Emotionen, sondern nun auch das Zustandekommen einzelner Emotionen Gegenstand tagespolitischer Auseinandersetzungen war, potenzierte sich das Gespür für die performativen Folgen des Sprachgebrauchs. Zugleich ließen diese Debatten ein vertieftes Verständnis für die Komplexität von Wirtschaftskrisen erkennen, in denen sich politisches Sprachhandeln und ökonomisches Alltagsagieren, emotionales und interessengeleitetes Handeln untrennbar verquick(t)en.

Es bleibt zu erproben, inwieweit sich zusätzlich zu diesen Einzelbeobachtungen auf der Schwelle von Emotionsgeschichte und Historischer Semantik weitere Erkenntnisdimensionen eröffnen, wenn man Wirtschaftskrisen gezielt als ›Gefühlsräume‹¹¹⁴ untersucht. Eine umfassende emotionshistorische Sicht auf ökonomische Krisen steht bislang aus, wäre aber wünschenswert.¹¹⁵ Mit ihr ließe sich

114 Begriff entlehnt bei Langewiesche, Dieter: »Gefühlsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefühlsraum nicht einebnen«, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 15 (2012), S. 195–215.

115 Auch insgesamt fristen emotionsgeschichtliche Erkundungen in wirtschaftsgeschichtlichen Kontexten – abgesehen von der gewachsenen Sensibilität für ›Vertrauen‹ und (Ir-)Rationalität – nach wie vor ein eher randständiges Dasein, insbesondere verglichen mit anderen Teildisziplinen des Fachs. Insofern hat sich an der gleichlautenden Beobachtung, die Bettina Hitzer vor knapp einer Dekade formuliert hat, wenig geändert (vgl. Hitzer, Bettina: »Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen«, in: H-Soz-Kult 23.11.2011, <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221> (letzter Abruf 20.06.2020), S. 1–80, hier S. 25). An Potenzialen und Fragerichtungen, mit denen sich wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen entsprechend erweitern ließen, mangelt es jedoch nicht, wie Plamper exemplarisch gezeigt hat (vgl. J. Plamper: History of Emotions, S. 282–284). Deutlich mehr Aufmerksamkeit, in- des jeweils aus nicht wirtschaftsgeschichtlicher Sicht, erfährt hingegen das Verhältnis von

noch deutlicher die multifaktorielle Gestalt von Wirtschaftskrisen herauspräparieren. Demnach resultierte die Wirkmacht der Wirtschaftskrisen nicht nur daraus, dass in bestimmten ökonomischen Situationen einzelne politische Ereignisse die Akteure auf breiter Front dazu brachten, die Situation als ›krisenhaft‹ zu interpretieren – und so die ›Krise‹ als politisch bestimmende, weil handlungsleitende Deutung entstehen zu lassen. Vielmehr ließe sich zusätzlich untersuchen, wie diese Deutung auf bestimmten emotionalen Äußerungen beruhte und das breitenwirksame Aufkommen weiterer Gefühle provozierte. Und es wäre nachzuverfolgen, wie diese Emotionen das Deutungsmuster ›Krise‹ aktualisierten und veränderten. Mit-hin ließe sich eruieren, wie Prozesse des Erfahrens, Fühlens und Deutens ineinandergriffen, die politischen Debatten formten, politische Zielhierarchisierungen veränderten und den Raum des (wirtschafts-)politisch denkbar, machbar und notwendig Erscheinenden neu vermaßen. Auf diese Weise wäre das Zusammenspiel von emotionalem, semantischem und im engeren Sinne politischem Wandel plastisch greifbar – und letztlich jener wirtschaftspolitische und institutionelle Wandel, der Wirtschaftskrisen als Umbruchphasen kennzeichnet, noch präziser zu verstehen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2., vollständig überarbeitete Auflage, München: C.H. Beck 2011.
- Aschmann, Birgit: »Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte«, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen, Beiheft 62), Stuttgart: Steiner 2005, S. 9–32.
- Berkenkopf, Paul: »Goldmangel und Weltkrise«, in: Wirtschaftsdienst 15 vom 25.07.1930, S. 1273–1277.
- Biedenkopf, Kurt H.: »Politik und Sprache«, in: Bernhard Vogel (Hg.), Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford: Nicolai 1975, S. 21–32.
- Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt 2019.
- Brandt, Willy: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6246 C–6253 B.

Emotionen und Kapitalismus, vgl. exemplarisch Frevert, Ute: »Gefühle und Kapitalismus«, in: Gunilla Budde (Hg.), Kapitalismus. Historische Annäherungen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 50–72; Illouz, Eva (Hg.): Emotions as Commodities. Capitalism, Consumption and Authenticity (= Routledge Studies in the Sociology of Emotions, Band 2), London: Routledge 2018.

- Brüning, Heinrich: Reichstag, 4. WP, 200. Sitzung, 15.07.1930, S. 6373 C-6375 D.
- Brüning, Heinrich: Reichstag, 5. WP, 3. Sitzung, 16.10.1930, S. 17 A-22 C.
- Buschmann, Hans: »Reinigungs-Krise«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 257 vom 27.10.1929, [S. 1].
- Carstens, Karl: Bundestag, 7. WP, 76. Sitzung, 24.01.1974, S. 4777C-4785 C.
- Czerwensky, Gerhard: »Zentralbankrat löst die Kreditbremse. Diskontsatz auf vier Prozent gesenkt. Durch gleichzeitige Verringerung der Mindestreserven werden 1,7 Milliarden Mark für Kredite frei«, in: SZ vom 17.02.1967, S. 1.
- Delmonte, Edmund: »Bessere Auslese«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 205 vom 28.08.1931, [S. 1].
- Destatis (Statistisches Bundesamt): Arbeitsmarkt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrarbo03.html> (letzter Abruf 10.10.2018).
- Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925-xls> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Dietrich, Hermann Robert: Reichstag, 5. WP, 7. Sitzung, 03.12.1930, S. 221 B-230 B.
- Dönhoff, Marion: »Mit 15 Prozent ins Verhängnis? Die fetten Jahre sind nun vorbei«, in: DIE ZEIT vom 01.02.1974, S. 1.
- Elsberg, Paul: »Falsche Börsenpolitik«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 211 vom 04.09.1931, [S. 1].
- Frevert, Ute: »Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?«, in: Geschichte und Gesellschaft 35:2 (2009), S. 183-208.
- Frevert, Ute: »Gefühle und Kapitalismus«, in: Gunilla Budde (Hg.), Kapitalismus. Historische Annäherungen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 50-72.
- Frevert, Ute: Vergängliche Gefühle, Göttingen: Wallstein 2013.
- Friderichs, Hans: Bundestag, 7. WP, 65. Sitzung, 09.11.1973, S. 3837 D-3840 B.
- Gereke, Günther: »Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. 23. Dezember 1932«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard: Booms 1986, S. 156-162.
- Geyer, Martin H.: »War over Words. The Search for a Public Language in West Germany«, in: Willibald Steinmetz (Hg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 293-330.
- Graf, Rüdiger: »Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst. Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74«, in: Patrick Bormann/Thomas Freiburger/Judith Michel (Hg.), Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen: V&R unipress/Bonn University Press 2010, S. 227-249.

- Graf, Rüdiger: »Die Krise als epochemachender Begriff«, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.), *Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters* (= Geschichte der Gegenwart, Band 13), Göttingen: Wallstein 2017, S. 161-178.
- Graßmann, Peter: Reichstag, 5. WP, 62. Sitzung, 10.05.1932, S. 2527 D-2536 C.
- Hesse, Jan-Otmar: *Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft*, Frankfurt a.M.: Campus 2013.
- Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: *Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939*, Frankfurt a.M.: Campus 2014.
- Hitzer, Bettina: »Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen«, in: *H-Soz-Kult* 23.11.2011, <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221> (letzter Abruf 20.06.2020), S. 1-80.
- Illouz, Eva: *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Illouz, Eva (Hg.): *Emotions as Commodities. Capitalism, Consumption and Authenticity* (= Routledge Studies in the Sociology of Emotions, Band 2), London: Routledge 2018.
- James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: *Representations* 110:1 (2010), S. 129-144.
- Jensen, Uffa/Morat, Daniel: »Die Verwissenschaftlichung des Emotionalen in der langen Jahrhundertwende (1880-1930)«, in: Dies. (Hg.), *Rationalisierungen des Gefühls. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880-1930*, München: Fink 2008, S. 11-34.
- Katzer, Hans: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6253 B-6255 D.
- Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, New York: Harcourt, Brace and Company 1935.
- Kiesinger, Kurt Georg: Bundestag, 5. LP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656 C-3665 C.
- Klammer, Kristoffer: »Wirtschaftskrisen«. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland 1929-1976 (= *Historische Semantik*, Band 28), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019.
- Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3*, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617-650.
- Koselleck, Reinhart: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien«, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, S. 349-375.
- Köster, Roman: *Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.
- Lambsdorff, Otto Graf: Bundestag, 7. WP, 67. Sitzung, 29.11.1973, S. 3926 D-3932 C.
- Lämmle, Kathrin/Peltzer, Anja/Wagenknecht, Andreas (Hg.): *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien*, Konstanz: UVK 2012.

- Langewiesche, Dieter: »Gefühlsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefühlsraum nicht ein-ebnet«, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaften* 15 (2012), S. 195-215.
- Leicht, Albert: Bundestag, 5. LP, 88. Sitzung, 26.01.1967, S. 4100 C-4104 D.
- Leonhard, Jörn: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters* (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London/Publications of the German Historical Institute London, Band 50), München: Oldenbourg 2001.
- Lütjen, Torben: Karl Schiller (1911-1994). »Superminister« Willy Brandts (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 76), Bonn: Dietz 2008.
- Meier, Marietta/Saxer, Daniela: »Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Traverse* 14:2 (2007), S. 7-10.
- Mergel, Thomas: *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990*, Göttingen: Wallstein 2010.
- Mergel, Thomas: »Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts«, in: Michael Wildt (Hg.), *Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 224-243.
- Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (Hg.): *Krisengeschichte(n). »Krise« als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive* (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Band 210), Stuttgart: Steiner 2013.
- Müller, Hermann: Reichstag, 5. WP, 4. Sitzung, 17.10.1930, S. 48 D-56 A.
- Neubauer, Theodor: Reichstag, 4. WP, 115. Sitzung, 13.12.1929, S. 3544 A-3549 B.
- Neumaier, Eduard: »»Ich habe innerlich gezittert«. Ein Gespräch mit Herbert Wehner«, in: *DIE ZEIT* vom 04.07.1975, S. 3f.
- N.N.: »[Folgen des New-Yorker Börsenkrachs.] Ueberraschendes Eingreifen Hoo-vers. Ohne Beispiel in Amerikas Geschichte«, in: *B.Z.* am Mittag vom 16.11.1929, S. 1.
- N.N.: »Ende der Berliner Geldsorgen«, in: *Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung*, Nr. 286, 4. Beilage vom 30.11.1929, [S. 1].
- N.N.: »Die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Berlin unter schwerstem Druck: Höhere Abgaben und Massen-Entlassungen«, in: *B.Z.* am Mittag vom 26.07.1930, S. 1.
- N.N.: »Börsensorgen überall«, in: *Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung*, 3. Beilage zu Nr. 199, vom 21.08.1930, [S. 1].
- N.N.: »General-Reinigung«, in: *Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung*, Beilage zu Nr. 130 vom 02.06.1931, [S. 1].
- N.N.: »Werft das Handtuch!«, in: *BILD* vom 29.10.1966, S. 1.
- N.N.: »Guter Start«, in: *BILD* vom 14.12.1966, S. 1.

- N.N.: »Noch immer überwiegt die Vollbeschäftigung. Höhere Produktivität bei ver-ringerter Belegschaft/Präsident Sabel: Keine Krise«, in: SZ vom 02.01.1967, S. 7.
- N.N.: »Kiesinger eröffnet Münchner Handwerksmesse. Appell an Unternehmer und Verbraucher. ›Wieder Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen/Der Wille zur Entspannung bekräftigt«, in: SZ vom 10.03.1967, S. 1f.
- N.N.: »Jetzt geht es aufwärts. 50000 Arbeitslose weniger«, in: BILD vom 16.03.1967, S. 1.
- N.N.: »Letzter Appell an 38 Frauen und 480 Männer in Bonn. Haltet unser Geld zu-sammen!«, in: BILD vom 06.09.1967, S. 1, 6.
- N.N.: »›Gebt Gas, ihr müßt die Kurve kriegen‹. – Minister Schillers Appell auf der Automobil-Ausstellung, – ›Wieder schärferer Wind in den Segeln der Wirt-schaft‹, – Keine weiteren Belastungen für Deutschlands Autofahrer«, in: BILD vom 15.09.1967, S. 1f.
- N.N.: »Das Öl-Embargo trifft auch die Bundesrepublik. Der Verbraucher wird mehr zahlen müssen/Einschränkungen nicht in Sicht«, in: FAZ vom 01.11.1973, S. 15.
- N.N.: »Energie-Krisenplan in der Schublade. Das Bundeskabinett befaßt sich in Kürze mit Entwürfen des Wirtschaftsministers«, in: SZ vom 05.11.1973, S. 1.
- N.N.: »Ölkrise: Kein Verlaß auf Großmütter«, in: DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 05.11.1973, S. 23-27.
- N.N.: »Rollt auf uns die große Wirtschaftskrise zu? Kurs stürzte an der Börse, Öl-Erpresser fügen unserer Industrie schweren Schaden zu«, in: BILD vom 13.11.1973, S. 2.
- N.N.: »Arbeitnehmer zum Maßhalten aufgefordert. Brandt hält zweistellige Lohn-forderungen im Öffentlichen Dienst für überhöht«, in: SZ vom 25.01.1974, S. 1f.
- N.N.: »Minister Friderichs: Alle müssen vernünftig sein«, in: BILD vom 07.02.1974, S. 1.
- N.N.: »Der neue Bundeskanzler kündigt ›eisernes Sparen‹ an. Es muß jetzt Abschied vom Wunderglauben genommen werden, sagt der Nachfolger Brandts/Heute Regierungserklärung«, in: SZ vom 17.05.1974, S. 1f.
- Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Exper-tenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen: Vandenhoeck & Ru-precht 2005.
- Nützenadel, Alexander: »Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie«, in: Thomas Mergel (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche An-näherungen, Frankfurt a.M.: Campus 2012, S. 47-58.
- Papen, Franz von: »Rede des Reichskanzlers vor Vertretern der westdeutschen Wirtschaft in der Paderborner Schützenhalle am 16. Oktober 1932, 11:30 Uhr«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Pa-pen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Band 2, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard: Booms 1989, S. 785-792.

- Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Plamper, Jan: The History of Emotions. An Introduction, Oxford: Oxford University Press 2015.
- Plumpe, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München: C.H. Beck 2010.
- Reddy, William M.: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions, Cambridge: Cambridge University Press 2004.
- Reuschenbach, Peter: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6260 A-6263 B.
- Ritschl, Albrecht/Spoerer, Mark: »Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901-1995«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2:2 (1997), S. 27-54.
- Römer, David: Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte (= Sprache und Wissen, Band 26), Berlin: De Gruyter 2017.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Sondergutachten März 1967: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967«, in: Ders., Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart/Mainz: Kohlhammer 1967, S. 260-268.
- Saxer, Daniela: »Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte«, in: Traverse 14:2 (2007), S. 15-29.
- Schanetzky, Tim: »Von Keynes zu Friedman? Handlungsoptionen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.), Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Band 16), Essen: Klartext 2008, S. 149-168.
- Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3361 B-3367 C.
- Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 95. Sitzung, 17.02.1967, S. 4328 B-4331 D.
- Schiller, Karl: »Ein Jahr neue deutsche Wirtschaftspolitik. Politik einer dauerhaften sozialen Kooperation zur Erhaltung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Chancen für die Wirtschaftspolitik, die Finanzreform und die mündige Gesellschaft. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen, 13.12.1967«, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 148, 15.12.1967, S. 1245-1248.
- Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 92. Sitzung, 29.03.1974, S. 6200 D-6208 B.
- Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 100. Sitzung, 17.05.1974, S. 6593 C-6605 D.
- Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 184. Sitzung, 17.09.1975, S. 12885 A-12898 A.
- Schmücker, Kurt: Bundestag, 5. LP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3367 C-3375 C.
- Schulz-Forberg, Hagen: »Die Welt und wie sie sein sollte. Versuche transnationaler Normenbildung für eine globale Wirtschaftsordnung in den 1930er Jahren«,

- in: Jens Steffek/Leonie Holthaus (Hg.), *Jenseits der Anarchie. Weltordnungsentwürfe im frühen 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 174-202.
- Seefried, Elke: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015.
- Siegenthaler, Hansjörg: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens*, Tübingen: Mohr Siebeck 1993.
- Steber, Martina: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980*, Berlin: De Gruyter 2017.
- Steinmetz, Willibald: »Anbetung und Dämonisierung des ›Sachzwangs‹. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur«, in: Michael Jeismann (Hg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 293-333.
- Steinmetz, Willibald: »New Perspectives on the Study of Language and Power in the Short Twentieth Century«, in: Ders. (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 3-51.
- Strauß, Franz Josef: *Bundestag, 7. WP, 19.09.1974, S. 7733 D-7745 B*.
- Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Domman/Daniel Speich Chassé (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie. Historische Annäherungen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153-181.
- Ullmann, Hans-Peter: *Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009.
- Verheyen, Nina: »Geschichte der Gefühle«, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.06.2010, http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 (letzter Abruf 20.06.2020).
- Vetter, Ernst Günter: »Das Schlagwort ›Lohnpause‹«, in: *FAZ* vom 24.09.1975, S. 1.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Thema (= Sprache – Politik – Gesellschaft, Band 12)*, Bremen: Hempen 2013.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Wie über Krisen geredet wird. Einige Ergebnisse eines diskursgeschichtlichen Forschungsprojekts«, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 173:1 (2014), S. 52-74.
- Wengeler, Martin: »Die Analyse von Argumentationsmustern als Beitrag zur ›trans-textuell orientierten Linguistik‹«, in: Heidrun Kämper/Ingo H. Warnke (Hg.), *Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven*, Berlin: De Gruyter 2015, S. 47-62.

Vom »Wunder« zur »Zahl«?

Überlegungen zu Kontinuität, Wandel und emotionaler Umwertung des »Mythos vom risikolosen Kapitalismus« in der Rezession 1966/67

Sanne Ziethen

»Die deutsche Wirtschaft ähnelte bei dem Regierungsantritt der Großen Koalition an der Jahreswende 1966/67 einem Patienten, der infolge des Entzugs eines jahrelang genossenen Rauschgifts einen Kreislaufkollaps erlitten hatte«, resümiert der Wirtschaftsjournalist Walter Wannenmacher in seinem 1967 veröffentlichten Buch *Die Krise. Das Ende eines deutschen Mythos*.¹ »In solchen Fällen pflegt der Patient zu toben und nach seinem gewohnten Aufputzungsmittel zu verlangen«, fährt der Autor in seiner Diagnose fort. Es sei so eine unvermeidliche Folge gewesen, dass

»die einstigen »Kämpfer wider die schleichende Inflation« vor solchem Toben die Flucht ergriffen. Mit einem Schlag verstummten die Gebetsmühlen, die jahrelang die Forderung nach »gesunder Währung« dahergeplappert hatten, weil dies so tugendhaft aussah und so vortrefflich zu dem herrschenden Mythos paßte.«²

Der Journalist zeichnet hier nicht nur das Bild einer »kranken« Wirtschaft, die jahrelang mit »Drogen« – sprich: falscher Wirtschaftspolitik – betäubt worden sei. Er stellt auch dar, wie auf einen Regierungswechsel neue wirtschaftspolitische Maßnahmen und die Umwertung geltender Meinungen folgen – die »abhängige« Politik sozusagen »auf Entzug« gesetzt wird.³

1 Wannenmacher, Walter: *Die Krise. Das Ende eines deutschen Mythos*, 2. Auflage, Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs Verlag 1967. *DER SPIEGEL* kündigt das Buch in seinem »Bücherspiegel« in der Heftausgabe 37/1967 am 04.09.1967 in der Kategorie »Neu in Deutschland« an. (*DER SPIEGEL* 37/1967, S. 143). Noch im selben Jahr erscheint eine druckgleiche zweite Ausgabe, aus der hier zitiert wird.

2 W. Wannenmacher: *Krise*, S. 109.

3 Der Wirtschaftsjournalist Walter Wannenmacher (1902-1985) hatte während seines VWL-Studiums beim *Prager Tagblatt* angefangen und dort bis zur Gründung der Sudetendeutschen Zeitung *Die Zeit* als volkswirtschaftlicher Redakteur gearbeitet. Von 1938-1943 war er Chefredakteur der Zeitschrift *Der neue Tag* in Prag. Er befand sich bis 1955 in tschechoslowakischer

Dass in einer krisenhaften Situation Politiker, Unternehmensvertreter oder eben auch Wirtschaftsjournalisten ihre unterschiedlichen Ansichten, Bewertungen und Deutungen oder Forderungen artikulieren, erstaunt zunächst wenig. Mitte der 60er Jahre werden ebenso wie heute die Veröffentlichung von Wirtschaftszahlen, die Ankündigung wirtschaftspolitischer Maßnahmen oder erscheinende Prognosen in großem Maße mit Kritik am Vorhergegangenen, der Forderung von Maßnahmen und vor allem mit Schuldzuweisungen oder anderen emotionalen Wertungen verbunden, die meist darum kreisen, was »rational«, »vernünftig«, »kalkulierbar« oder im Gegenteil »Wunschdenken«, »irrationale« gar »irrwitzig« sei.

Eine Analyse der verschiedenen Aussagen und der ihnen inhärenten Intentionen verspricht vor allem dann besonders ertragreich zu sein, wenn auch die Art und Weise untersucht wird, in der die genannten Interessengruppen durch ihre Beurteilungen Emotionen erzeugen, diese zu lenken oder zu zügeln versuchen.

Auffallend häufig werden in der Argumentation und Emotionserzeugung Wirtschaftsmythen bemüht: Prägende nationale Währungserfahrungen, die sich in Begriffen wie »Währungsreform«, »Wirtschaftswunder«, »D-Mark«, aber auch in Emotionen wie »Inflationstrauma« oder »deutsche Angst« sedimentiert haben, treten immer dann besonders stark in der Presse und Politiklandschaft auf, wenn sich Umbrüche vollziehen oder Krisen sich anzukündigen drohen.⁴

Auf was bezieht sich der eingangs zitierte Walter Wannenmacher, wenn er vom »herrschenden Mythos« spricht und in diesem Zusammenhang auf die hochemo-

Haft und reiste anschließend in die BRD aus. Er war als Wirtschaftsjournalist und als Redaktionsleiter der Zeitschrift *Christ und Welt* tätig und schrieb unter anderem für die *FAZ*, *DER SPIEGEL* oder *Merkur*. *Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*. Es steht noch aus, an seiner Biografie Kontinuitäten von NS-Zeit und BRD aufzuzeigen, wie dies etwa Nina Grunenberg in ihrer Studie »Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942-1966« (München: Siedler Verlag 2007) für andere Personen tut. An dieser Stelle kann und soll eine solche Beurteilung und Untersuchung der Person Wannenmachers jedoch nicht vorgenommen werden. Es sei stattdessen auf die Hinweise in folgenden Studien verwiesen: Weichselbaumer, Ludwig: Walter Brand (1907-1980). Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluss (= Quellen und Studien zur Geschichte und Kultur der Sudetendeutschen, Band 3), München: Sudetendeutsches Archiv 2008, zu Wannenmacher siehe S. 335; Vierling, Birgit: Kommunikation als Mittel politischer Mobilisierung. Die Sudetendeutsche Partei (SdP) auf ihrem Weg zur Einheitsbewegung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1933-1938), Marburg: Verlag Herder-Institut 2014, zu Wannenmacher S. 206ff.

- 4 Vor allem erstere werden häufig derart nostalgisch verklärt, dass sie – so der Historiker Hans-Ulrich Wehler – bisweilen Züge einer »Säkularreligion« trügen. Siehe: Wehler, Hans-Ulrich: »Der Deutsche Fetisch. Hans-Ulrich Wehler über die Verklärung des Wirtschaftswunders«, in: *DER SPIEGEL* 52/2005 (23.12.2005), S. 54f., hier S. 54. Eine der neuesten Dekonstruktionen des Wirtschaftswunders stammt aus der Feder der Tagungsteilnehmerin Ulrike Herrmann: Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind, Frankfurt: Westend 2019.

tional besetzten Themen »Inflation« und »gesunde Währung« rekurriert? Er entlarvt hier nicht – wie man vielleicht zunächst vermuten würde – das »Wirtschaftswunder« als einen Mythos, sondern bezieht sich vielmehr auf die ihm zugrundeliegende Wirtschaftsform: Die »Soziale Marktwirtschaft« – so seine These – habe einen »Mythos des risikolosen Kapitalismus« ausgebildet. Die Überzeugung, dass Wirtschaft planbar sei und es fortan keine Krisen mehr geben könne, habe wie ein Rauschgift die Sinne vernebelt und blind gemacht.

Die folgenden Ausführungen wollen zusammenführen, was bislang eher unbunden erscheint: der höchst emotionale und identitätsstiftende Diskurs über das Wirtschaftswunder und die Soziale Marktwirtschaft in der jungen BRD, die ersten wirtschaftlichen Krisenerfahrungen, die das »Wunder« fragil erscheinen lassen und Misstrauen und Ängste auslösen, und als Folge die Auswirkungen dieser Erfahrungen auf die Wirtschaftsform Soziale Marktwirtschaft.

In einem ersten Teil werden Überlegungen dazu angestellt, wie ein emotionsgeschichtlicher Ansatz einen Erkenntnisgewinn für die Erforschung kollektiver Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen bedeuten kann. Die Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung einer »Geschichte der Gefühle« beziehungsweise des »Gefühlsraums« Nation sollen besonders im Hinblick auf die Fragen nach den Funktionen von (Wirtschafts-)Mythen in der BRD der 50er und 60er Jahre beleuchtet werden. In einem zweiten Teil soll die These eines »risikolosen Kapitalismus« (Wannenmacher) nachgezeichnet und in den Verlauf der Rezession 1966/67 eingebettet werden. Ein dritter Teil stellt Wannenmachers Thesen eigene Beobachtungen entgegen und betrachtet Konstanz, Wandel und emotionale Umdeutungen der Definition des Wirtschaftssystems.

I. Wirtschaftskrisengeschichte als kollektive Emotionsgeschichte

Die Emotionsforschung hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, die Verflechtungen von Ideologien, Gesellschaftsstrukturen und wirtschaftlichen Interessen mit Emotionen offenzulegen. Die seit dem propagierten »emotional turn« gesuchte und angemahnte Kooperation zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen lässt aber noch viele Wünsche offen und geht zum Teil mit heftigen Kontroversen einher.

Die Wirtschaftsgeschichte ist in der emotionsgeschichtlichen Forschung erstaunlicherweise nach wie vor unterrepräsentiert, obgleich es sich um ein ertragreiches Forschungsfeld handelt. Bekannte Überlegungen zum Zusammenhang und Wechselspiel von Währung, Markt und Emotionen wie bei Georg Simmel oder Max Weber sind vielzitiert, ebenso wie der von Joseph Alois Schumpeter konstruierte Zusammenhang zwischen kollektiven Mentalitäten, Emotionen und wirtschaftlichen Krisen. Das Geldwesen, so der Nationalökonom schon im Jahr 1929, spiege-

le die kollektive Identität eines Volkes, seine Gemütszustände, »Leidenschaften«, aber auch »Leidenserfahrungen« wider. Das habe Rückwirkungen auf die Art und Weise, wie ein Volk mit seiner Währung und seiner Wirtschaft umgehe, wie es auf Krisen reagiere und welche Erinnerungen an vergangene Katastrophen abgerufen würden.⁵ In neuerer Zeit zielt besonders die Soziologin Eva Illouz auf eine Verknüpfung von Emotionen und Wirtschaftssystem, indem sie die These aufstellt, die »Bildung des Kapitalismus [sei] Hand in Hand [gegangen] mit der Bildung einer stark emotionalisierten Kultur.«⁶ Durch die Verbindung von affekttheoretischen Überlegungen mit sozialkonstruktivistischen Ansätzen, sprich: die Anerkennung der Tatsache, dass Emotionen kulturell geprägt und von historischen Erlebnissen beeinflusst sind, könne eine Gefühlsforschung die soziale Dynamik offenlegen, »die Ideologien, Gesellschaftsstrukturen und wirtschaftliche Interessen mit Emotionen« verquicke.⁷ In eine ähnliche Stoßrichtung gehen Plädoyers anderer Forscher, etwa die Forderung der Wirtschaftshistorikerin Margit Grabas nach einer »kulturalistisch erweiterten Kulturgeschichtsforschung« bzw. einer »Wirtschaftskrisen integrierende[n] kulturalistische[n] Erweiterung der (historischen) Konjunkturforschung«.⁸

»Nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, wie das, was es währungspolitisch tut«, führt oben zitierter Schumpeter aus.⁹ Offenbar, so lässt sich folgern, kann sich etwas wie eine kollektive »wirtschaftliche Identität« ausbilden und beschreiben lassen. Diese wird besonders in Krisensituationen – hier im

5 »Das oft leidenschaftliche, stets große Interesse, das den praktischen Fragen des Geldwesens und des Geldwertes gilt«, so Schumpeter, »erklärt sich ja nur daraus, daß sich im Geldwesen eines Volkes alles spiegelt, was dieses Volk will, tut, erleidet, ist [...]«. »Zugleich gehe »vom Geldwesen eines Volkes ein wesentlicher Einfluß auf sein Wirtschaften und sein Schicksal überhaupt aus [...]«. Siehe Schumpeter, Joseph A.: Das Wesen des Geldes. Aus dem Nachlaß hg. und mit einer Einführung versehen von Fritz K. Mann, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, hier S. 1.

6 Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a.M., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.

7 Schließen kann man dies aus einer Rezension der Publikation von M. Nussbaum, der diese Funktion abgesprochen wird: Illouz, Eva: »Martha Nussbaum. Lieben bis zum Abwinken«, aus dem Englischen von Michael Adrian, in: ZEIT Nr. 42/2014 (23.10.2014), www.zeit.de/2014/42/martha-nussbaum-politik-emotionen/komplettansicht (letzter Abruf 04.04.2020).

8 Grabas, Margit: »Wirtschaftskrisen in soziokultureller Perspektive. Plädoyer für eine kulturalistisch erweiterte Konjunktur(geschichts)forschung«, in: Werner Abelshauser/David Gilgen/Andreas Leutzsch (Hg.), Kulturen der Weltwirtschaft (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Sonderheft 24: Kulturen der Weltwirtschaft), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012, S. 261-283.

9 J.A. Schumpeter: Wesen des Geldes, S. 1.

Sinne wirtschaftlicher Einbrüche, Versorgungs-, Energie oder Währungskrisen – auf die Probe gestellt. Zwar gelten wirtschaftliche Krisen in vielen ökonomischen Schulen als zyklisch wiederkehrende, »normale« Bestandteile des ökonomischen Geschehens. Sie können jedoch auch als »Kristallisationspunkte« betrachtet werden, in denen sich eine mentalitätsgeschichtliche Verfasstheit in expliziter Emotionalität ausdrückt und so besonders zum Tragen kommt. Krisenerfahrungen mit der Währung bzw. dem Wirtschaftssystem können so zu einem Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses einer Nation werden.¹⁰ Sie drücken sich in Ideen, Werthaltungen, kulturell vermittelten, historisch gewachsenen und ideologisch bestimmten Bildern von »Realität«, Wirtschaftskonzepten und -modellen aus.¹¹ Dabei wird aber nicht jeder Umschwung von einem Boom in Richtung Rezession ähnlich rezipiert oder empfunden. Offenbar gibt es »Phasen, in denen Krisen eher hingenommen werden, und Phasen, in denen die Bedeutung von Krisen dramatisch zunimmt und das gesamte Gesellschaftssystem in Mitleidenschaft« gezogen wird.¹² Eine besondere Rolle kommt hierbei den Medien zu. So können Veränderungen von ökonomischen Rahmenbedingungen von der politischen und wirtschaftlichen Kommunikation – verbreitet durch Medien – derart wirksam als »Krise« interpretiert werden, dass sich das Empfinden stärker ausprägt, als ein Blick auf ökonomische Zahlen nahelegen würde.¹³ Durch Emotionen wie Angst könne sich gar eine latent empfundene Krisenstimmung zu einer »echten« Krise weiterentwickeln, sprich: Emotionen können Krisen erst zu Krisen werden lassen.

Krisen sind »in der Regel das, was das Publikum als solche versteht«¹⁴, sie können so als »kollektive Wahrnehmungsphänomene« bezeichnet werden.¹⁵ Da-

-
- 10 Zur Frage danach, wie eine Erforschung des »Gefühlsraums Nation« überhaupt zu bewerkstelligen sei, siehe Langewiesche, Dieter: »Gefühlsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefühlsraum nicht einebnen«, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 15:1 (2012), S. 195-215.
 - 11 Neben zahlreichen weiteren Veröffentlichungen siehe: Brangsch, Lutz: »Krisentheorien und Krisenkonzepte in der Geschichte des Kapitalismus«, in: Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hg.), Kritische Theorie der Krise (= Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 72), Berlin: Karl Dietz Verlag 2012, S. 47-70.
 - 12 Plumpe, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, unter Mitarbeit von Eva Dubisch, München: C.H. Beck 2011, S. 11.
 - 13 »Alle Krisen, die wir kennen, sind erst durch Krisenstimmungen, gar Krisenangst zu eigentlichen Wirtschaftskrisen geworden«, betont etwa Knut Borchard. Siehe: Borchardt, Knut: »Wandel im Denken über wirtschaftliche Krisen«, in: Georg Vobruba (Hg.), Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich (= Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 3:6), Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, S. 9-31, hier S. 28.
 - 14 Ebd., S. 22.
 - 15 So beispielsweise Thomas Mergel in seiner kulturwissenschaftlichen Annäherung: Mergel, Thomas: »Krisen als Wahrnehmungsphänomene«, in: Ders. (Hg.), Krisen verstehen. Histo-

bei können Krisen in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen durchaus gegensätzlich wahrgenommen werden, etwa kann Angst vor dem Verlust des Ersparten neben der Hoffnung auf einen »reinigenden Effekt« der Krise stehen.¹⁶

Inwieweit in Krisendebatten nationale historische Erfahrungen eine entscheidende Rolle spielen, wird dabei durchaus unterschiedlich beurteilt. Während Teile der Forschung eine Hinwendung zur Vergangenheit als Reaktion auf kollektive Krisensituationen beschreiben,¹⁷ konstatieren andere Untersuchungen im Gegensatz dazu eine nur »geringe Bedeutung der Vergangenheit als Erklärungsinstanz« und sehen Krisendebatten als Resultat veränderter Gegenwartsdeutungen und Zukunftserwartungen, in denen Befürchtungen Ängste und Warnungen artikuliert werden.¹⁸

Schon Maurice Halbwachs betont, Erinnerung sei eine Rekonstruktion von Vergangenheit unter Zuhilfenahme von Gegebenheiten der Gegenwart – zielführend scheint es also, sich zu vergegenwärtigen, aus welchen zeitgenössischen Gemengelagen die Rückwendung in die Vergangenheit resultiert und wofür sie dienlich ist.¹⁹

rische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a.M./New York: Campus 2012, S. 9–22.

16 Ebd., S. 16.

17 So betont beispielsweise Harold James in seiner Untersuchung zur Weltwirtschaftskrise 1929, dass in Paniksituationen Erinnerungen an ähnlich katastrophale Ereignisse abgerufen werden und sich mit aktuellen Geschehnissen vermengen: »The historical reference is [...] a continuous and necessary driver of financial crises: in euphoric states, people are prepared to imagine futures that they can paint in utopian terms; when the euphoria collapses, they pick up memories of past disasters (that they never have personally witnessed).« Siehe James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: *Representations* 110:1 (2010), S. 129–144, hier S. 139.

18 Zu diesem Schluss kommt beispielsweise K. Klammer – Beiträger dieses Bandes – in seinem Aufsatz: Klammer, Kristoffer: »Die ›(Wirtschafts-)Krisen‹ von 1966/67 und 1973–75. Annäherungen aus historisch-semanticischer Perspektive«, in: Inga Klein/Sonja Windmüller (Hg.), *Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen*, Bielefeld: transcript 2014, S. 215–234, hier S. 229.

19 Siehe Halbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis*, aus dem Französischen von Holde Lhoest-Offermann, Frankfurt a.M.: Fischer, 1991 [1950], S. 55. Siehe auch: »Die Praxis kollektiven Erinnerns ist eng verbunden mit kreativen Konstruktionsprozessen. Ausgerichtet ist das Gedächtnis weniger auf die Vergangenheit als auf gegenwärtige Bedürfnisse, Belange und Herausforderungen von sozialen Gruppen oder Gesellschaften.« Erll, Astrid: »Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-)kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff«, in: Dies./Ansgar Nünning (Hg.), *Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität*, Berlin/New York: De Gruyter 2004, S. 3–22, hier S. 4.

II. Wirtschaftliche Identität in der BRD der 50er und 60er Jahre

Wie lässt sich eine »kollektive Identität« der jungen Bundesrepublik beschreiben? Angesichts der kulturellen, politischen, moralischen und wirtschaftlichen Situation nach dem NS-Regime fällt es schwer, die neue Republik mit einer politischen Gründungserzählung zu legitimieren, die einen emotionalen Kitt erzeugt.²⁰ Die Erzeugung von Emotionen liegt auch nicht im Interesse der Gründungsväter. Die Vereinnahmung von Massenemotionen durch den Faschismus lassen bei »Emotionen« eines Kollektivs automatisch an Triebhaftigkeit, Entzivilisierung oder Freiheitsverlust denken. In der jungen Demokratie gilt als »Konsequenz, politische Prozesse zu rationalisieren«²¹ – eingefordert beispielsweise von Bundespräsident Theodor Heuss, der in einem Brief an Konrad Adenauer 1951 mahnt, die Deutschen »an das Pathos der Nüchternheit [...] heranzuführen« und ein Verhalten an den Tag zu legen, das von Sachlichkeit und Bescheidenheit geprägt sei.²²

Auch die Wirtschaftskultur der BRD soll an keine Kontinuitäten anknüpfen, sondern neu fundiert werden. In welcher Überzeugung dies geschieht, legt beispielsweise Ludwig Erhard in der Rede zu den *Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik* vor der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Antwerpen am 31. Mai 1954 dar:

»Wir wollten nicht an die kapitalistische Wirtschaft der Vergangenheit anknüpfen, und wir waren auch nicht bereit, die Politik eines nationalen staatlichen Dirigismus als Grundgesetz unserer wirtschaftlichen Ordnung anzuerkennen. Im Gegenteil, wir haben in Deutschland in einer entscheidenden Stunde – das war der

-
- 20 Das vorausgegangene politische System war diskreditiert, ein Anknüpfen nicht möglich und »weder die Westbindung noch die europäische Integration hatten das Zeug, zu politischen Gründungsmythen [...] zu werden [...]. Sie blieben in der politischen Vernunft angesiedelt und vermochten kaum, politische Emotionen zu mobilisieren.« Münkler, Herfried: »Währungsreform und Wirtschaftswunder. Die politischen Mythen der Bundesrepublik«, in: Ders., Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin: Rowohlt 2009, S. 455–476, hier S. 457.
- 21 Schaal, Gary/Heidenreich, Felix: »Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2013, S. 3–11, hier S. 4.
- 22 Brief von Heuss an Adenauer, 19. Juni 1951, <https://www.konrad-adenauer.de/dokumente/briefe/1951-06-19-brief-von-heuss> (letzter Abruf 12.11.2020); siehe auch Heer, Sebastian: »Mythos und kollektive Selbstdeutung. Das ›Wirtschaftswunder‹ als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion«, in: Werner J. Patzelt (Hg.), Die Machbarkeit politischer Ordnung. Transzendenz und Konstruktion (= Edition Politik, Band 8), Bielefeld: transcript 2013, S. 127–155, hier S. 127: »mehrere Gründe sprachen in der Anfangsphase der Bundesrepublik dafür, die politische Aufladung jeder Gründungserzählung gering zu halten.« Zu Heuss Amtsverständnis siehe auch: Günther, Frieder: »Ein schwacher Bundespräsident? Amtsverständnis und Amtsführung von Theodor Heuss«, in: Robert Chr. van Ooyen/Martin H.W. Möllers (Hg.), Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden: Springer VS 2011, S. 169–182.

Tag der Währungsreform, der 20. Juni 1948 – das Steuer unserer Wirtschaftspolitik um 180 Grad herumgerissen, um von einer völlig verkrusteten und verkrampften Zwangswirtschaft, vom staatlichen Dirigismus, zu einer freien Wirtschaft umzuschalten.«²³

Erkennbar setzt sich Erhard sowohl vom Nationalsozialismus als auch von Sozialismus und Dirigismus ab. Man könnte auch sagen: In der Bundesrepublik prägt sich in den 50er Jahren eine wirtschaftspolitische Auffassung aus, die wirtschaftliche Freiheit ohne staatliche Lenkung als Fundament politischer Demokratie versteht.²⁴ Die Etablierung der »freien Wirtschaft« wird als »Wende« inszeniert. Sie gilt als der »dritte Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus.²⁵

Die »Soziale Marktwirtschaft« wird allerdings nicht so undiskutiert etabliert, wie heute gemeinhin dargestellt wird. Im Gegenteil übt zu Beginn angesichts der rasanten Preissteigerungen eine Planwirtschaft bei Teilen der Bevölkerung sogar einen gewissen Reiz aus.²⁶ Unternehmerverbänden wie DIE WAAGE scheint es sogar notwendig, die Vorteile der Marktwirtschaft breitenwirksam zu bewerben.²⁷ Letztlich ist es aber wohl weniger Werbung als der wirtschaftlichen Erfolg der jungen Bundesrepublik – vor allem die doch relativ rasche Rückkehr zur Vollbeschäftigung, der Anstieg der Einkommen und die Rentenreform –, die für große Zustimmung und die absolute Mehrheit für die CDU in der Bundestagswahl 1957 sorgen.²⁸

23 Erhard, Ludwig, »Die Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik«, Vortrag, gehalten am 31. Mai 1954 in Antwerpen, <https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/standpunkt/die-prinzipien-der-deutschen-wirtschaftspolitik/> (letzter Abruf 07.12.2020).

24 Siehe Scholl, Stefan: Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert (= Historische Politikforschung, Band 23), Frankfurt a.M./New York: Campus 2015.

25 Nach Herrmann bietet sich hier allem für Ludwig Erhard die Möglichkeit, sich in Abgrenzung zum politischen Gegner SPD, als »Verteidiger des »freien Marktes« zu inszenieren, der die Zumutungen einer »Planwirtschaft« abwehrte.« U. Herrmann: Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen, Kindle-Ausgabe, Position 887 von 6891.

26 Siehe hierzu beispielsweise die mit »vertraulich!« gekennzeichneten Roh-Ergebnisse der Allensbach-Studie »Die soziale Spannung« von April 1955: Institut für Demoskopie Allensbach: Die soziale Spannung (II). Roh-Ergebnisse einer Bevölkerungs-Umfrage, April 1955. Siehe dazu auch Fuhrmann, Uwe: Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine Historische Dispositionsanalyse, Konstanz: UVK Verlag 2018.

27 Siehe dazu beispielsweise Schindelbeck, Dirk/Ilggen, Volker: »Haste was, biste was!« Werbung für die Soziale Marktwirtschaft, Darmstadt: Primus 1999 oder Simone Görl, Die Werbefilme des Kölner Interessenverbands Die WAAGE – Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e.V., in: Geschichte in Köln, Band 56, Heft 1, Böhlau 1978.

28 »Die rasche Rückkehr zur Vollbeschäftigung in den 50er Jahren, die bis 1958 [...] gelang, und der allmähliche Anstieg der Masseneinkommen dürften die wesentlichen Gründe für die relativ hohe Zustimmung zum neuen Wirtschaftssystem in der breiten Öffentlichkeit gewesen sein.« Zinn, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Leipzig/Wien/Zürich: B.I. Taschenbuchverlag 1992, S. 49.

So werden die Währungsreform, die Wirtschaftsform »Soziale Marktwirtschaft« und der »Mythos Wirtschaftswunder« miteinander gekoppelt und zum identitätsstiftenden Element.

Dass die wirtschaftliche Entwicklung so wundersam nicht war, sondern an viele Kontinuitäten anknüpfen kann, ist vielfach erforscht und soll hier nicht weiter vertieft werden. Bedeutsamer scheint an dieser Stelle, die emotionale Dimension des »Wunder-Mythos« und seine Bedeutung für die kollektive nationale Identität nachzuvollziehen.²⁹

Wenn man bereits der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft eine starke Orientierungsfunktion zusprechen kann³⁰, so erfüllt die Narration vom »Wirtschaftswunder« alle Funktionen eines Mythos: Sie meistert den krisenhaften Übergang, überbrückt soziokulturelle Verschiedenheiten, beschleunigt Entwicklung, macht Geschichte vergessen und verbindet »durch unterschiedliche Lebens- und Geschichtserfahrung getrennte[...] Generationen der Bevölkerung«.³¹ Sie füllt sozusagen das gründungsmythische Vakuum und verkörpert geradezu »idealtypisch eine von vielen Menschen geteilte Befindlichkeit [...]«. Was als wirtschaftlicher Aufschwung begann, verstetigte sich zusehends zu einer Art Lebensgefühl³². Ein weiterer ständiger Aufstieg scheint quasi »naturegegeben«, die Wirtschaft steuerbar. So formuliert Fritz Baade, Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, optimistisch in diesem Sinne 1955: »Die Vorstellung eines unentrinnbaren Konjunkturzyklus trifft für die moderne Wirtschaft, die über Instrumente der aktiven Konjunkturpolitik verfügt, nicht mehr zu.«³³ Dass Konjunktur aber sehr wohl in Zyklen verläuft, wird den Zeitgenossen spätestens mit der Rezession der Jahre 1966/67 vor Augen geführt. Sie löst nicht nur erhebliche Ängste aus, sondern führt auch zu einem Politikwechsel und zu einem damit verbundenen Wandel der Wirtschaftspolitik.

29 Zur psychologischen Dimension siehe beispielsweise auch S. Heer: Mythos und kollektive Selbstdeutung.

30 »Insbesondere, wenn die politische Sensibilität und Partizipation der Bürger gering ausgeprägt sind, gewinnt offenbar die in eine politische Ordnung eingelassene Wirtschaftsordnung an Bedeutung und wächst in eine Orientierungsrolle hinein.« Ebd., S. 127f.

31 Leggewie, Claus: »Der Mythos des Neuanfangs. Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989«, in: Helmut Berding (Hg.), Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 275–302. Zur Bedeutung des Mythos und seiner »langfristig wirkenden sozioökonomischer Orientierungs- und Steuerungskapazität« siehe auch Grabas, Margrit: »Große Nationalökonomien zwischen Glorifizierung und Verachtung – Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Rezeptions-, Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert«, in: Historical Social Research 27:4 (2002), S. 204–241, hier S. 176f.

32 S. Heer: Mythos und kollektive Selbstdeutung, S. 132.

33 Baade, Fritz: »Einige grundsätzliche Gedanken zur Konjunkturdebatte«, in: Die Weltwirtschaft (1955), S. 147–157, hier S. 149.

Aber werden Anzeichen für eine nahende Krise wirklich übersehen? Wie äußert sich der »Wahn« des »Mythos des risikofreien Kapitalismus«?

1. Wannenmachers »Mythos des risikofreien Kapitalismus« und die Rezession 1966/67

»...unsere Gegenwart steht wieder einmal zwischen einer Vergangenheit des Wahns und einer Zukunft, die der Bewältigung der Folgen des Wahns gewidmet sein wird«, kommentiert der eingangs zitierte Wirtschaftsjournalist Walter Wannenmacher in seinem Buch *Die Krise. Das Ende eines deutschen Mythos*.³⁴ Dramaturgisch wirkungsvoll stellt der Journalist ohne Vorrede seinem Buch ausgewählte Zitate prominenter Vertreter aus Politik und Wirtschaft voran, die den Weg in die Krise illustrieren.³⁵ Ludwig Erhard macht den Anfang dieser Aufzählung und kommt in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister im November 1957 gleich zwei Mal zu Wort. Deutlich wird nicht nur seine Ansicht, die Trias von Hochkonjunktur, Vollbeschäftigung und stabilen Preisen gewährleisten zu können, sondern auch seine Einschätzung, Gefahren drohten eher von einer »überschäumenden«, denn von einer sich eintrübenden Konjunktur.³⁶ Die Überzeugung, Konjunktur sei »ein Werk von Menschenhand« und könne »daher gestaltet und beeinflusst werden«³⁷ zieht sich, so suggerieren Wannenmachers ausgewählte Zitate, durch die folgenden Jahre. Wiederum Erhard ist es, der zu Beginn des neuen Jahrzehnts stellvertretend für die Überzeugung angeführt wird, eine »Weltwirtschaftskrise [werde] sich gewiß nicht mehr ereignen. Ebenso undenkbar [sei] es, daß sich in der Zukunft wirtschaftliche Wechsellagen [...] zu sozialem Unheil verdichten können.«³⁸ Durch eine Weiterentwicklung der Leistungskraft der Volkswirtschaft sei, so Erhard Ende 1962, »die Möglichkeit für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum und für wirtschaftliche Sicherheit im besten Wortsinn gegeben.«³⁹ Auch seine 1963

34 W. Wannenmacher: *Krise*, S. 7f.

35 Selbstverständlich müssen sich die Lesenden der Tatsache bewusst sein, dass es sich um Wannenmachers (subjektive) Auswahl an Zitaten handelt.

36 Siehe »Unser Ziel, Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung bei stabilen Preisen aufrechtzuerhalten, ist zu gewährleisten möglich.« (Bundeswirtschaftsminister Erhard im Bulletin der Bundesregierung, 5. November 1957) und »Ein Konjunktureenbruch ist sehr viel leichter auszubuchten, denn eine überschäumende Konjunktur wieder einzufangen.« (Bundeswirtschaftsminister Erhard im »Handelsblatt«, Düsseldorf, 23. November 1957), beide Zitate zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 5.

37 Staatssekretär im Bundes-Wirtschaftsministerium Westrick (7. Februar 1958), zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 5.

38 Bundeswirtschaftsminister Erhard in der Zeitschrift »Via Aperta«, 1960, zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 6.

39 Regierungserklärung im Namen von Bundeskanzler Adenauer, vorgetragen durch Bundeswirtschaftsminister Erhard (29. November 1962), zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 6.

noch ungehört verhallenden Forderungen nach einer »antizyklischen Finanzpolitik« werden von Wannenmacher in seine Liste aufgenommen, wird aus Erhards Äußerungen am 24. April 1963 im Bundestag doch deutlich, dass der »Mythos vom risikolosen Kapitalismus« sich nun auf den Glauben an jene »neuen Techniken der Konjunkturpolitik« verlagert, »auf die wir uns künftig werden stützen müssen«. ⁴⁰ Untergründig erkennt man hier zwar schon die Forderungen nach politischer Wirtschaftssteuerung, die mit der Kanzlerschaft Erhards ab Oktober 1963 lauter werden – diese werden aber noch 1964 von großen Teilen der Politik deutlich abgelehnt, da sie für »in der politischen Wirklichkeit nicht ausreichend durchsetzbar« gehalten werden. ⁴¹

Die Industrie, die bei solchen Signalen keine einschneidenden Maßnahmen zu befürchten hat, zeigt sich so natürlich zuversichtlich. So äußert sich der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Zementindustrie, Wilhelm Koch, im August 1965:

»Man kann gemäß wissenschaftlicher Analyse der Zukunftsaussichten mit einer gewissen Zuversicht folgern, daß die Entwicklung der nächsten 10 Jahre einen Bedarfs- und Produktionszuwachs [...] aufweisen wird, wenn weder starke politische noch konjunkturelle Einbrüche eintreten. Was wir erhoffen, ja von unserer Regierung erwarten. Denn man ist heute in der Lage, diese Dinge zu beeinflussen.« ⁴²

Diesen Optimismus teilt noch Ende September 1966 das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv: »Eine Wirtschaftskrise«, konstatiert der *Blick in die Wirtschaft*

40 Bundeskanzler Ludwig Erhard in der Bundestagssitzung vom 24. April 1963: »Wer anerkennt, daß die bloße Einsicht in das richtige Verhalten noch nicht ohne weiteres das richtige Verhalten nach sich zieht, sollte vor einer gewissen Institutionalisierung eines konjunkturgerechten Verhaltens der öffentlichen Hand im Sinne antizyklischer Fiskalpolitik nicht zurückschrecken. Sie gehört zu den neuen Techniken der Konjunkturpolitik, auf die wir uns künftig werden stützen müssen.«, siehe Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 und die Aussichten für 1963 (Drucksache IV/1010), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 4. Wahlperiode 1963, Stenographische Berichte, Plenarprotokoll 04/72 vom 24.04.1963, S. 3340, <https://pdok.bundestag.de/> (letzter Abruf 04.04.2020).

41 »Nach meiner Auffassung ist die Forderung [...] in Zeiten der Konjunkturerhitzung Steuermehreinnahmen stillzulegen oder zusätzlich Schulden zu tilgen, in der politischen Wirklichkeit nicht ausreichend durchsetzbar.« Bundesfinanzminister Dahlgrün im Bulletin der Bundesregierung (5. August 1964), zitiert nach W. Wannenmacher: Krise, S. 6.

42 Wilhelm Koch, Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Zementindustrie (10. August 1965), zitiert nach W. Wannenmacher: Krise, S. 6.

vom 28. September 1966 sei »ein Alptraum aus vergangener Zeit, sie droht ebenso wenig wie eine Rezession.«⁴³

So kann sich auch nach Bewältigung der Krise der neue Bundesfinanzminister, mit dessen Zitat Wannenmachers Auflistung endet, am 15. Februar 1967 auf Experten berufen und entschuldigen: Die soeben erlebte Rezession – so Franz Josef Strauß vor dem Industrie- und Handelstag – sei »von den Wirtschaftsforschungsinstituten noch kurz vorher nicht vorausgeahnt worden.«⁴⁴

Er habe seit mehr als einem Jahrzehnt Belege für den »Wahn« der Vergangenheit (wie der Zukunft) als »Zeichen des Zweifels« zusammengetragen, so Wannenmacher, und er kündigt an, in einem ersten Analyseteil seines Buches den »psychologischen Hintergrund für den Mythos vom risikolosen Kapitalismus [zu] skizzieren«.⁴⁵

Dazu widmet sich der Journalist zunächst der Entscheidung der Bundesrepublik für das kapitalistische System: Dessen Wirtschaftsform rechtfertige sich im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus »aus der Erfahrungstatsache, daß ihm allein die Fähigkeit innewohnt, die Erfindungsgabe des Menschen zu friedlichen Zwecken frei zu entwickeln [...]«. Er gelte daher »unter vernünftigen Menschen [...] zur Zeit als das kleinere Übel.«⁴⁶ Es sei allerdings ein »Wagnis«, die »Erfindungsgabe des Menschen marktwirtschaftlich zu nützen«, was Wannenmacher an Beispielen ausführt. Seine Schlussfolgerung lautet daher, ein »risikofreier Kapitalismus [sei] in Wirklichkeit gar nicht auf die Dauer möglich.«⁴⁷ Die Tatsache, dass die Wirtschaftsform akzeptiert worden sei, erklärt Wannenmacher psychologisch mit dem »Grundanliegen« jedes Menschen, »in Sicherheit seinen Wohlstand zu mehren.« Erfahre der Mensch

»von einer Autorität, er könne in Sicherheit seinen Wohlstand mehren, dann glaubt er es und verhält sich demgemäß. Die Unterwerfung unter eine fremde Urteilskraft wird kritiklos vollzogen, empfindet der Mensch der Autorität gegenüber eine Dankespflicht.«⁴⁸

43 Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (Blick in die Wirtschaft vom 28. September 1966), zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 7.

44 Bundesfinanzminister F. J. Strauß vor dem Industrie- und Handelstag, 15. Februar 1967, zitiert nach W. Wannenmacher: *Krise*, S. 7.

45 »Es geht darum, den psychologischen Hintergrund für den Mythos vom risikolosen Kapitalismus zu skizzieren. Dieser Hintergrund muß verstanden werden, wenn wir die Gegenwart verstehen wollen. Denn unsere Gegenwart steht wieder einmal zwischen einer Vergangenheit des Wahns und einer Zukunft, die der Bewältigung der Folgen des Wahns gewidmet sein wird.« W. Wannenmacher: *Krise*, S. 7f.

46 Ebd., S. 8.

47 Ebd.

48 Ebd., S. 9.

Diese unkritische Unterwerfung unter eine Autorität⁴⁹ sei im Anfangsjahrzehnt besonders in der Bundesrepublik durch die »Dankspflicht gegenüber jenen Männern, die sie für ihre Retter hielten«, verstärkt worden.⁵⁰ Als Resultat – so Wannenmacher – ergaben

»sich die Deutschen, die eben erst dem Herrenmenschen-Mythos abgeschworen hatten, dem neuen Mythos vom modernen, risikolosen Kapitalismus, genannt »soziale Marktwirtschaft«. Vor diesen Mythos legte sich der Schutzgürtel, um gegen die Zersetzung durch Argumente gefeit zu sein. Die Überlegung, daß »risikofreier Kapitalismus« eine *contradictio in adjecto* bedeute, konnte in das Bewußtsein der Menschen nicht eindringen [...].«⁵¹

Nach den Erfahrungen der NS-Zeit – so Wannenmachers Folgerung – konnte »kein anderer Mythos akzeptiert werden, als ein solcher, der sich mit materialistischer Ich-Bezogenheit vertrug.«⁵² Der Autor konstruiert an dieser Stelle einen Gegensatz zwischen Mythos und Logik: Die »Bereitschaft, sich an Mythen zu orientieren«, sei bei den Deutschen »weit stärker ausgebildet als bei anderen Nationen.«⁵³ In seiner »besondere[n] Mythenanfälligkeit« neige der Deutsche dazu, »seine Urteilskraft dem Unverständlichen zu unterwerfen, wenn es ihm mit Ernst serviert« werde.⁵⁴ Daher werde auf eine »Zersetzung«, sprich: Kritik, empfindlich reagiert:

»Zersetzung liegt vor, wenn die Logik an den Voraussetzungen eines den Mächtigen erwünschten Mythos knabbert. Das Vernünftige ist nicht zersetzbar, nur das Geglaubte, sofern es mit der Wirklichkeit in Konflikt zu geraten beginnt. Wer mittels eines Mythos zu regieren wünscht, dem bleibt nichts übrig, als die Logik der »Zersetzung« zu beschuldigen und sie so zu diffamieren.«⁵⁵

Der Mythos habe zunächst eine wichtige Funktion ausgeübt: er sei »segensreich« und »notwendig [gewesen], um Fleiß und Tüchtigkeit in einem so erstaunlichen

49 »Autorität schließt keineswegs Nörgelei aus, wohl aber eine Kritik, der sie zum Opfer fallen könnte.« Ebd., S. 10.

50 Ebd.

51 Ebd., S. 12.

52 So Wannenmacher unter Berufung auf den Mythosforscher Eugen Böhler und dessen Werke *Der Mythos in Wissenschaft und Wirtschaft* (1965) und *Die Zukunft als Problem des modernen Menschen* (1966). Beide Freiburg i.Br.: Verlag Rombach. Von Wannenmacher wird zitiert: »Der Mythos ist der Heiligenschein, mit dem die Phantasie unsere Zukunftserwartungen und damit die jeweilige neue Wirklichkeit umgibt, um sie für uns lebenswert zu machen.« Und: »Alle menschlichen Bestrebungen haben einen Mythos, aber wir erkennen normalerweise dies erst, wenn er vergangen ist und seine Macht über uns verloren hat.« W. Wannenmacher: *Krise*, S. 13.

53 Ebd., S. 14.

54 Ebd., S. 15.

55 Ebd., S. 14f.

Ausmaß zu entfesseln.« Daher seien auch die »Männer, die den Mythos vom risikofreien Kapitalismus begründeten, [...] keineswegs für etwas anzuklagen, das nur so und nicht anders sein konnte.«⁵⁶ Unter der Bewusstseinsschwelle lagernd, sei der Mythos »individueller Entscheidungsgewalt« entzogen und daher »Schicksal«.⁵⁷

Es wäre jedoch, so folgt sogleich Wannenmachers Kritik, die Aufgabe der Politik gewesen, »den Mythos selbst zu zerstören, als seine Gefahr offenkundig wurde, weil er zu somnambulen Wagnissen verleitete.«⁵⁸ Ludwig Erhard sei, so Wannenmacher, selbst »Opfer« dieses Mythos geworden:

»Instinktiv spürte Ludwig Erhard diese Gefahr [...]. Er konnte jedoch nicht über den Schatten seiner eigenen Autorität springen, weil er selbst Opfer seines Mythos geworden war. Wenn er sagt, er habe die Konjunktur im Griff, so glaubte er daran.«⁵⁹

Der »Wahn«, so kann man Wannenmachers Einführung zusammenfassen, resultiere aus dem in der Bundesrepublik fest verankerten Glauben daran, dass es fortan keine Krisen mehr geben werde, ja könne. Dies habe in der Gesellschaft zunächst »Fleiß und Tüchtigkeit« in erstaunlichem Maße erzeugt. Langfristig sei aber der »Zweifel aus dem Denken verbannt« und fortan nur blind gedacht worden, »was angenehm und wünschenswert war.«⁶⁰

Wie sind diese Einschätzungen nun zu bewerten? Im Folgenden sollen der Wannenmacherschen Liste Beobachtungen hinzugefügt werden, die nicht ganz so eindeutig ausfallen.

2. »Wenn das deutsche Volk nicht hören will, dann muss es eben fühlen«: »Sorge« um die Marktwirtschaft

»Wir dürfen uns nicht blind stellen und müssen die roten Zahlen rechtzeitig erblicken. Denn nicht alle unsere Unternehmen sind krisenfest«, formuliert Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie am 16. Mai 1958 auf der Kundgebung zur 9. Mitgliederversammlung. In seinem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft scheint aber schon die Forderung nach Steuerungsmaßnahmen der Politik auf, wenn er fortfährt:

»Ich bin auch gewiß, daß die Regierung Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft als ihre ureigensten Aufgaben ansieht. Wir vertrauen den selbstheilenden Kräften

56 Beide Zitate ebd., S. 13.

57 Ebd.

58 Ebd., S. 14.

59 Ebd.

60 Ebd., S. 14 und S. 7.

der Wirtschaft. Aber da, wo sie nicht ausreichen, muß auch in der freien Marktwirtschaft der Staat aktive Konjunkturpolitik betreiben.«⁶¹

Nachdem im Jahr 1961 die Löhne und die öffentlichen Ausgaben stärker als die Produktivität steigen, fordert Ludwig Erhard im März 1962 in seinem berühmten »Maßhalteapell« eine Mäßigung, um der Überhitzung der Konjunktur vorzubeugen:

»Noch ist Zeit, aber es ist höchste Zeit, Besinnung zu üben und dem Irrwahn zu entfliehen, als ob es einem Volk möglich sein könnte, für alle öffentlichen und privaten Zwecke in allen Lebensbereichen des Einzelnen und der Nation mehr verbrauchen zu wollen, als das gleiche Volk an realen Werten erzeugen kann oder zu erzeugen gewillt ist.«⁶²

Die Abkehr vom »Wahn« ewigen Wachstums und »Wohlstandssucht«, die Unterstellung von Faulheit, die Forderung nach »Besinnung« und nach Mehrarbeit werden ungern gehört und in der Presse, von Gewerkschaften, aber auch in der eigenen Partei kritisiert und für nicht durchsetzbar gehalten.⁶³ Auf Berichte europäischer Partner über deutsche Krisensymptome reagiert die deutsche Presse empört. Heftig kritisiert beispielsweise *DER SPIEGEL* in seiner Ausgabe Ende 1963 einen Bericht des Londoner *Sunday* über eine Finanzkrise der Stahlfirma Krupp. Aus solchen Berichten »keime das Mißtrauen«. Erinnerungen an vergangene Zusammenbrüche würden wach, Ängste geschürt. Das könne

»eine katastrophale Kettenreaktion auslösen – ähnlich dem deutschen Bankenkrisen von 1931, als die unerwartete Illiquidität der »Danat-Bank« [...] eine Konkurswelle größten Ausmaßes verursachte.«⁶⁴

Neben der als missgünstig diskreditierten Londoner Presse und direkter historischer Parallelisierung durch Bezugnahme auf die Auswirkungen der Weltwirt-

61 Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie am 16. Mai 1958 auf der Kundgebung zur 9. Mitgliederversammlung. Siehe: Berg, Fritz: »Ziel: eine krisenfeste Gesamtwirtschaft«, in: Wolfgang Mansfeld (Hg.), Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln: Deutsche Industrieverlags-GmbH 1958, Nr. 21, S. 2-5, hier S. 2.

62 Erhard, Ludwig: »Maßhalten! Rundfunkansprache, 21. März 1962«; abgedruckt in: Ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, ausgewählt und herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf/München: Econ 1988, S. 729-737.

63 So erwidert der Bundesfinanzminister Dahlgrün abwehrend auf die Forderung Erhards, eine antizyklische Konjunkturpolitik einzuführen: Dies sei »in der politischen Wirklichkeit nicht ausreichend durchsetzbar.« Bundesfinanzminister Dahlgrün im Bulletin der Bundesregierung (5. August 1963). Siehe die Auflistung der Zitate Wannenmakers in diesem Aufsatz. W. Wannenmacher: Krise, S. 6.

64 N.N.: »Industrie. Finanzkrisen. Zweite Welle«, in: *DER SPIEGEL* 51/1963 (18.12.1963), S. 26-39, hier S. 26.

schaftskrise 1931 in Deutschland wird von den deutschen Journalisten allerdings ebenfalls mit Sorge auf europäische Partner geschaut – in diesem Falle die inflationsgefährdeten Länder Italien und Frankreich. Unter dem Titel »Römische Grippe« fürchtet der *SPIEGEL* im April 1964:

»Die Zeit drängt[], denn mittlerweile drohen die EWG-Inflationsherde Italien und Frankreich auch noch die bislang halbwegs immunen Volkswirtschaften der Belgier, Holländer und Deutschen zu infizieren [...]. Schon heute sind die sechs EWG-Länder durch den Gemeinsamen Markt derart stark miteinander verzahnt, daß Konjunkturschwankungen ebenso wie Zitronen zollfrei eingeschleust werden können. [...] Minister Schmücker: ›Ich bin als deutscher Wirtschaftsminister allein nicht mehr in der Lage, die Probleme zu lösen.«⁶⁵

Auch wenn hier einerseits deutsches Selbstbewusstsein und nationale Stärke als führende Wirtschaftsnation Europas artikuliert wird, scheint auch eine gewisse Überforderung durch. So bekommt auch die deutsche Regierung Schelte:

»Schuld an der europäischen Inflation [...] sind jedoch nicht so sehr die europäischen Konsumenten. Laut EWG-Vizepräsident Marjolin haben vielmehr die Regierungen der Sechs weit über ihre Verhältnisse gelebt. [...] Dies gilt nicht zuletzt auch für die Bonner Maßhalter, deren finanzielle Maßlosigkeit sich nur deshalb noch nicht gerächt hat, weil Frankreich und Italien eine noch schlechtere Finanzpolitik betrieben haben.«⁶⁶

Eine mögliche »Schuld« wird nicht den Bürgern, wohl aber der Regierung und EWG-Partnern zugewiesen. »Inflation durch EWG?« fragt *DER SPIEGEL* auf dem Titelblatt der Juniausgabe 1964 und stellt im Leitartikel fest:

»In einem halben Jahrhundert hat die eigene Maßlosigkeit den Deutschen zweimal die Währung ruiniert. Mit zwei Abwertungen, 1923 und 1948, büßten sie dafür. Beim dritten Mal ist es kurios umgekehrt: Der Deutschen Mark droht heute eine schleichende Inflation, weil sie von allen Währungen in Europa am besten gehütet wird. Das Gift dringt durch die Nabelschnur der EWG, die Westdeutschlands

65 »Ein Übergreifen der italienischen oder französischen Inflation auf die Bundesrepublik läßt sich heute nur noch verhindern, wenn die sechs Regierungen zusammen mit der Brüsseler Kommission das Übel an der Wurzel, am Inflationsherd, bekämpfen. [...] Außer Frankreich – es leidet seit 50 Jahren nahezu ununterbrochen an der Inflation – wird strenge Zucht vor allem den Italienern auferlegt, deren Wirtschaftswunder im vergangenen Jahr in eine galoppierende Inflation umschlug.« N.N.: »INFLATION: Römische Grippe«, in: *DER SPIEGEL* 17/1964 (22.04.1964), S. 21.

66 Ebd.

Wirtschaft allmählich auf das engste mit den Inflationsherden in Frankreich und Italien verbindet.«⁶⁷

Der auch hier auftauchende Verweis auf deutsche historische Erfahrungen wird rhetorisch mit den Vokabeln der »Maßlosigkeit« und des »Wahns« verbunden. Die Gefahr droht hier aber nicht von innen: die stolz gehütete feste Währung ist in Gefahr, weil Europa als Gesamtkörper sich an wenigen »kranken« Wirtschaftssystemen infiziert.

Die Krise der EWG durch Frankreichs »Politik des leeren Stuhls« ab dem 30.06.1965 verstärkt in Deutschland das Gefühl der Unsicherheit,⁶⁸ parallel dazu werden die latenten Haushaltsschwierigkeiten der Bundesrepublik thematisiert und sind ab Mai 1965 Gegenstand der Diskussionen im Bundeskabinett. Unter dem Titel »Gesetze null«, fällt *DER SPIEGEL* im Juli 1965 ein vernichtendes Urteil über die endende Legislaturperiode der Koalition von CDU/CSU und FDP. Scheinheiligkeit wird angeprangert, unverantwortliches Handeln mit inflationären Folgen kritisiert.⁶⁹

Für die Wahlen zur neuen Legislaturperiode haben dementsprechend Wirtschaftsthemen hohen Stellenwert. Angesichts seiner ungehört bleibenden Maßhalte-Appelle stellt Erhard nun sein Konzept einer »formierten Gesellschaft« in den Mittelpunkt, das Krisensymptome bekämpfen soll. Auf dem 13. CDU-Bundesparteitag am 31. März 1965 erläutert der Bundeskanzler:

»Formierte Gesellschaft heißt, [...] daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft [...] formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit.«⁷⁰

67 N.N.: »Währung/Inflation: Via Brüssel«, *DER SPIEGEL* 27/1964 (29.06.1964), S. 26-29, hier S. 26.

68 Eine umfassende Untersuchung darüber, welche anderen Einflussfaktoren – wie etwa die europäische Krise – das Gefühl von Unsicherheit und Angst der Bürger der Bundesrepublik in diesen Jahren beeinflussen, steht noch aus. Auch in diesem Aufsatz können weitere Einflussfaktoren leider nur angedeutet werden.

69 Vgl. N.N.: »Haushalt: Gesetze null«, in: *DER SPIEGEL* 30/1965 (21.07.1965), S. 19.

70 »Nation verstehen wir in diesem Bezüge nicht mehr im Sinne eines überholten Nationalismus; wir verstehen die Nation in der Perspektive der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung als eine »Formierte Gesellschaft.« Rede von Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem XIII. CDU-Parteitag im März 1965 in Düsseldorf, in: *Archiv der Gegenwart* 35 (1965), S. 11776.

Das Konzept ist also Kritik an egoistischen Interessen und ein Appell an eine Einheit von Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmern, die aber ohne »autoritären Zwang«, sondern aus innerem Antrieb heraus funktionieren soll. Man könnte es allerdings gleichzeitig auch als Eingeständnis lesen, dass der freie Wettbewerb der Sozialen Marktwirtschaft in derzeitiger Form nicht funktioniert. Obgleich sich Erhard nach wie vor von Sozialismus und Kollektivierung entschieden distanziert, reagieren zahlreiche Magazine kritisch und empört, fühlen sich bevormundet und fürchten das Wiedererwachen kollektivistischer oder nationaler Strömungen.⁷¹

Erhards Strategie der Beruhigung, des Vertrauens und Zusammenhalts, der Appell an das Altbewährte und die Hervorhebung des Erreichten scheint aufzugehen: Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 wird er erneut als Bundeskanzler bestätigt.⁷² Fachleute deuten das Ergebnis allerdings weniger als Zeichen gelungener Politik denn als »Bekenntnis der Wähler zur Marktwirtschaft«.⁷³ Erhards »Erfolgs-Nimbus«, sein Ansehen als »Person gewordenes vierblättriges Kleeblatt«⁷⁴ schwindet in der folgenden Zeit zunehmend mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage.

71 Siehe dazu beispielsweise den Bericht N.N.: »Wahlwerbung: Führen und folgen«, in: DER SPIEGEL 27/1965 (30.06.1965), S. 22.

72 Obwohl in der Zeit in der medialen Öffentlichkeit durchaus Inflationstendenzen beklagt werden, siehe z.B. Kunze, Heinrich: »Mit dem Haushalt wachsen die Sorgen«, in: DIE ZEIT 33/1965 (09.08.1965). DER SPIEGEL hatte schon kurz vor der Wahl betont, die Verdienste Erhards lägen weniger in seiner Politik als Kanzler denn in den ihm zugeschriebenen Wirkungen des Wirtschaftswunders auf der einen und in der Abneigung gegen »reine Politik« – d.h., gegen »die Politik als Interessenausgleich, als Handwerk, als Geschäft, als Parteipolitik« auf der anderen Seite, die viele Bürger mit Erhard teilten. Siehe: Schreiber, Hermann: »Der gute Mensch vom Tegernsee«, in: DER SPIEGEL 37/1965 (08.09.1965), S. 26–35, hier S. 26.

73 Siehe beispielsweise das Wirtschaftsressort der FAZ, etwa Ernst Günter Vetter in seinem Artikel »Votum für die Marktwirtschaft« (21.09.1965). Hier zitiert nach Kutzner, Maximilian: Marktwirtschaft schreiben. Das Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1949 bis 1992 (= Medienakteure der Moderne, Band 1), Tübingen: Mohr Siebeck 2019, S. 176.

74 »Noch hat Ludwig Erhard offenbar die Wirkung des Wundermannes. Noch ist er das Abbild eines gesicherten Bürgertums, das man eigentlich eher »in die Zeit der Jahrhundertwende, wenn nicht in noch frühere Zeiten, statt in die Gegenwart« placieren würde (so der Motivforscher Ohde). Noch ist Erhard »Person gewordenes vierblättriges Kleeblatt«, ist ein »Amulett, dem man aus Not blind vertraut und von dem man sich alles erhofft: Wohlstand ebenso wie Frieden und Sicherheit«. Doch dieser Zauber, so fügte Ohde schon 1963 hinzu, wird schwinden, wenn (Erhards) Erfolgs-Nimbus in Mitleidenschaft gezogen wird. Dann hat das Amulett sich als untüchtig erwiesen, und man wird es behandeln wie ein Stück tote Materie: Mene tekel upharsin. Aber ob Ludwig Erhard die Schrift an der Wand nun lesen kann oder nicht: Er wird entweder Volkskanzler oder gar nicht Kanzler sein.« H. Schreiber: Der gute Mensch, S. 35.

3. Verspieltes Vertrauen und »Weltuntergangsstimmung«

Ökonomische Probleme werden ab November 1965 immer deutlicher öffentlich artikuliert. Ludwig Erhard selber ist es, der in seiner Regierungserklärung vom 10.11.1965 den Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und politischem System betont:

»Meine Damen und Herren! Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag standen unter der Forderung nach Sicherheit und Stabilität unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die Wahlentscheidung selbst bewies, wie eng im Bewußtsein der Wähler der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stabilität und politischer Sicherheit geworden ist.«⁷⁵

Mit seiner Wiederwahl, so scheint hier durch, hätten sich die Wähler für Stabilität, sprich für die Soziale Marktwirtschaft entschieden. Erhard kündigt eine »nüchterne Analyse« der »wirtschafts- und finanzpolitischen Situation und der sich daraus ergebenden notwendigen Maßnahmen« an, denn die »wirtschaftliche Situation und die Lage der Staatsfinanzen [könne, S.Z.] nicht ohne Sorge betrachtet werden.«⁷⁶ In nicht ganz so nüchternem Ton fährt er an späterer Stelle mit einem Plädoyer für die Einhaltung der Stabilität fort:

»Erfolg werden wir nur haben, wenn wir auf die Dauer und auf allen Gebieten diesem Ziel der Stabilität zu dienen bereit sind. Die öffentliche Zustimmung ist uns auf lange Sicht gewiß, wenn wir nur entschlossen handeln. Aber die Regierung wäre verpflichtet, auch dann zu handeln, wenn sie dieser öffentlichen Zustimmung nicht in jedem Augenblick gewiß sein könnte. Denn die Idylle eines trügerischen Wohlergehens um den Preis einer inflationären Entwicklung müßte mit der Zerreißung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung enden.«⁷⁷

Es ist vielfach kritisiert worden, dass Erhard sich »fast bedenkenlos für Stabilität auf Kosten von Beschäftigung und Wachstum« entschieden und viel zu lange daran festgehalten habe.⁷⁸ Häufig werden in diesem Zusammenhang die Sätze »Wenn das deutsche Volk nicht hören will, dann muss es eben fühlen« oder »Wir gehen den Weg der Stabilität, auch wenn wir dabei noch einmal durch ein Tal der Nöte für den deutschen Staatsbürger hindurch müssen« angeführt.⁷⁹ Schwierigkeiten, vor allem

75 Erhard, Ludwig: »Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung«, in: Deutscher Bundestag, 4. Sitzung (10. November 1965), S. 17–33, hier S. 17, Abschnitt B.

76 Ebd.

77 Ebd., S. 18, Abschnitt D.

78 Siehe dazu beispielsweise Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech Olzog-Verlag 1996, S. 616.

79 Bundesvorstandprotokoll 11. Juli 1966, zitiert nach V. Hentschel: Ludwig Erhard, S. 854.

bei Kohle und Stahl, und Einbrüche in der bisherigen Preisstabilität werden von der Bevölkerung zunehmend als bedrohlich empfunden. Inflationsangst erwacht. Nun bekommen diejenigen Stimmen stärker öffentlich Gehör, die schon lange Kritik an der Unzulänglichkeit der Person Erhards und den Fehlern seiner Wirtschaftspolitik äußern.⁸⁰ Die Sorgen, die die Kalkulationen des Staatshaushalts für das Jahr 1966 auslösen und die in verschiedenen Medien publikumswirksam verbreitet worden waren, bestimmen nach dem Jahreswechsel die Presse. Mit dem Angstszenario »Ist das Wirtschaftswunder zu Ende?« startet *DER SPIEGEL* in das Jahr 1966.⁸¹ Der auf der Titelseite offensichtlich werdende Vertrauensverlust wird vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags jedoch vorerst noch abgemildert:

»Präsident Schneider [...] ermahnte und tröstete in Berlin die Gemeinschaft der Wunderkinder zugleich: »Noch ist nichts verloren.« Wenn wir uns nur nicht anschicken, ein zweites Wirtschaftswunder zu exerzieren, nämlich eine blühende Wirtschaft in eine schwere Krise stürzen, weil aus Gruppenegoismus jeder mehr haben will, als er zu leisten gewillt ist; weil wir wieder einmal – wie schon so oft in unserer Geschichte – in Maßlosigkeit verfallen, um dann, wenn es sehenden Auges schiefeht, uns selbst zu bemitleiden.«⁸²

Zu beobachten ist: Appelle an Zusammenhalt und an das Vermeiden von Eigeninteressen (»formierte Gesellschaft«) scheinen nun in die Wirtschaft abzuwandern. Andere deutsche Unternehmer sorgen sich allerdings durchaus um die wirtschaftliche Stärke der BRD, vor allem auch im europäischen Kontext. »Die Bundesrepublik [ist] außenpolitisch nur so stark [...], wie sie wirtschaftlich gesund ist.«,⁸³ äußert der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, »es komme«, so der *Industriekurier* im April 1966, »einem »politischen Selbstmord gleich«, wenn man das einzige [...] Positivum [...] in der Deutschlandbilanz, die »wirtschaftliche Stärke« entwerfe«.⁸⁴

Auch wenn die Satirezeitschrift *pardon* im April 1966 unter dem Titel »Keine Konjunkturprobleme« die Wirtschaftsprobleme als nur eines von vielen gesellschaftlichen Problemen karikiert, zeigt die Karikatur dennoch deutlich: Erhards

80 Vor allem auch angesichts der anhaltenden EWG-Krise wird der Vorwurf laut, Erhard habe »[k]ein[en] Plan für Europa, keine[n] für Deutschland«, Rudolf Augstein in gleichnamigem Artikel, in: *DER SPIEGEL* 47/1965 (17.11.1965), S. 26. Auf der Titelseite ist ein 1 D-Mark-Stück mit Erhards Gesicht abgebildet. Der Titel der Ausgabe lautet »Erhards Haushalt 1966: Gefahr für die D-Mark«.

81 Titelseite *DER SPIEGEL* 1/1966 (03.01.1966).

82 N.N.: »Bonn/Wohlstand: Über alles in der Welt«, in: *DER SPIEGEL* 1/1966 (03.01.1966), S. 13–24, hier S. 24.

83 Fertsch-Röver, Was muss die Wirtschaftspolitik heute leisten? (Juli 1967), zitiert nach S. Scholl: Begrenzte Abhängigkeit, S. 246.

84 *Industriekurier*, April 1966.

Posten steht zur Disposition. Als Luftballon in der Kinderabteilung eines Warenhauses schwebend werden seine Beteuerungen als »heiße Luft« interpretiert, dem – als Kinderstreich dargestellt – die »Luft abgelassen« werden solle.⁸⁵ Aus einer wirtschaftlichen ist eine politische Krise und eine Krise des wirtschaftlichen Steuerungssystems geworden. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* klagt Ende Juni 1966:

»Die Politik des guten Zuredens und der homöopathischen Mittel aus der Bonner Apotheke haben sich als unzureichend erwiesen. Wenn es so nicht weitergehen soll, muß die Bundesregierung nun mit einem Instrumentarium ausgerüstet werden, das ihr in Zukunft eine wirksame Konjunkturpolitik erlaubt.«⁸⁶

Topoi der »führungslosen Regierung« oder »zerstrittenen Koalition« prägen ab Oktober 1966 die Diskussionen. Ende Oktober zerbricht das Kabinett und der Bundesrat lehnt den Haushaltsentwurf des Minderheitenkabinetts ab. Erhards Autoritätsverlust in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit ist immens. Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion erklärt er sich am 2. November 1966 zum Rücktritt bereit. »Fiel der Mythos Erhard, mußte auch eine Regierung Erhard fallen. Beide hatten einander getragen, sie konnten nur gemeinsam untergehen«, kommentiert *DER SPIEGEL* mit einem Auszug aus Walter Wannenmachers *Die Krise* den Regierungswechsel.⁸⁷

4. »Planung als Reformprinzip«: Der neue Mythos von Steuerbarkeit und einem »zweiten Wirtschaftswunder«

Auf die Bildung der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik mit einem Wirtschaftsminister der SPD folgen schnell die Ankündigungen von Maßnahmen für eine wirtschaftspolitische Wende. Ein neu entwickeltes Instrumentarium wird vorgestellt: Während vorher in Abgrenzung von kommunistischer oder staatssozialistischer Planwirtschaft die staatliche Steuerung der Wirtschaft deutlich abgelehnt wurde, betreibt der Staat nun eine aktive staatliche Konjunkturpolitik. Konjunkturschwankungen sollen geglättet und so eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung gewährleistet werden. Die rechtliche Grundlage dafür legt das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft«, kurz »Stabilitäts- und Wachstumsgesetz«, das am 08.06.1967 in Kraft tritt. Parallel dazu wird die

85 Karikatur »Keine Konjunkturprobleme«, in: pardon. die deutsche satirische Monatsschrift 5:4 (1966), S. 73.

86 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Juni 1966, zitiert nach K.G. Zinn: Soziale Marktwirtschaft, S. 69.

87 Unter dem Titel »Siegfriedstimmung im Bürgerrock« druckt *DER SPIEGEL* einen Auszug aus Wannenmachers Publikation, um das politische Geschehen zu kommentieren. Siehe *DER SPIEGEL* 44/1967 (23.10.1967), S. 36-49.

»Konzertierte Aktion« etabliert: Der Zusammenschluss aus Vertretern von Ministerien, Bundesbank, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden soll Lösungen für die Überwindung der ersten Nachkriegsrezession finden. Laut der Zeitschrift *junge Wirtschaft* weicht nun »die Weltuntergangsstimmung vom November« einer nüchternen und sachlichen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage,⁸⁸ die Verfasser appellieren an die Vernunft und einen »sachgemäßen Umgang«, an »klares Denken«, »kühles Kalkulieren« und »schnelles Handeln«, mit dem erklärten Ziel, ein »Zweites Wirtschaftswunder« zu erreichen.⁸⁹ Der Artikel erlaubt aber noch einen weiteren Befund: Durch die optimistische Aussage »Die Wirtschaft wird nur dann in eine Krise kommen, wenn wir dies zulassen« scheint durch: Offenbar war das Empfinden der vergangenen Krise zwar in der Bevölkerung, nicht aber in der Wirtschaft ausgeprägt.⁹⁰

Dies verdeutlicht einmal mehr die Rolle, die die Medien für das allgemeine Krisenempfinden spielen: Diese betonen zur selben Zeit die Gefährlichkeit der Lage: Es sei die »gefährlichste Situation seit 1948« gewesen, wird Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in dem *SPIEGEL*-Artikel »Notopfer Bonn« am 12. Dezember 1966 zitiert, der die alte und neue Steuerpolitik kritisch betrachtet.⁹¹

Schilderungen brachliegender Wirtschaft lassen sich allerdings auch dazu nutzen, Maßnahmen wie etwa die Steuererhöhungen zu legitimieren. Abgesehen von gelegentlicher Kritik setzt sich die einhellige vertretene Argumentationslinie durch, die wirtschaftliche Situation mache es unabdingbar und für alle notwendig, »Opfer« zu erbringen.⁹²

Trotz teils harscher Kritik bringt der Regierungswechsel die erhoffte Beruhigung, erste konjunkturfördernde Maßnahmen beginnen zu wirken. In den Medien rückt die Empfindung einer Krise in den Hintergrund und Topoi der sich bald bessernden Lage werden verbreitet, obgleich im Februar Arbeitslosenzahlen auf Rekordwerte steigen und eigentlich erst hier der Tiefpunkt der Krise auszumachen ist. Selbstbewusst formuliert Karl Schiller in einem Interview mit dem *SPIEGEL*: »Das Wort Wirtschaftskrise hören Sie von mir zur Zeit nicht.«⁹³ Konjunktur ist –

88 *junge wirtschaft. Magazin für fortschrittliches Unternehmertum* 14:12 (1966), S. 506.

89 Ebd.

90 Ebd.

91 N.N.: »Steuererhöhungen: Notopfer Bonn«, in: *DER SPIEGEL* 51/1966 (12.12.1966), S. 32–44, hier S. 32.

92 Siehe dazu auch den Beitrag von K. Klammer in diesem Band.

93 N.N.: »Wir sind zum Erfolg verurteilt.« *SPIEGEL*-Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller, in: *DER SPIEGEL* 03/1967 (09.01.1967), S. 29–32, hier S. 29.

so das vielzitierte Credo Schillers – nicht mehr »unser Schicksal, sondern unser Wille«.⁹⁴

III. »Aufgeklärte Marktwirtschaft« statt »risikoloser Kapitalismus«?

Was passiert nun in dieser Rezession 1966/67? Ist sie auch ein Ende des »Wirtschaftswunders« und beendet den Glauben an eine planbare Wirtschaft? Die in Forschungsliteratur vielfach als »mini-Delle« marginalisierte Rezession 1966/67 kann durchaus als Wende deutscher Wirtschaftspolitik bezeichnet werden, findet doch ein Umdenken über die Möglichkeiten staatlichen Eingreifens statt: »Wirtschaftsplanung« ist nun kein Synonym mehr für eine stets abgelehnte sozialistische Marktwirtschaft. Wirtschaftsminister Karl Schiller nutzt das bewährte Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, setzt aber sozialdemokratische Akzente: Etabliert werden soll eine »Soziale Marktwirtschaft von links«, bzw. eine »aufgeklärte« statt »konventionelle Marktwirtschaft«, die man auch als eine Wirtschaftspolitik mit dezidiert rationalem Anspruch beschreiben kann.⁹⁵ »Planung« wird nun als zukunftsweisend inszeniert, wird zum »Reformprinzip«⁹⁶ und begrifflich von einem rhetorisch geschickten Schiller progressiv verpackt: Begriffe wie »vorausschauende Arbeitsmarktpolitik«, »Aufschwung nach Maß« oder »Globalsteuerung« muten kraftvoll an, umgeben die Planung mit dem Flair des Fortschrittlichen, Zukunftsweisenden, des Rationalen und diskreditieren gleichzeitig die Politik Erhard'scher Prägung.⁹⁷ Letzterer wird auf das rein Rhetorisch-Emotionale, Kraftlose, seine Politik auf puren »Schlendrian« reduziert, so beispielsweise von Karl Schiller auf der SPD-Bundeskonferenz im November 1967:

94 Tichy, Gunther: »Bedingen neue Ansätze der Konjunkturtheorie eine neue Stabilisierungspolitik?«, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 33:4 (2007), S. 507-527, hier S. 509.

95 Siehe beispielsweise Schiller, Karl: »Zukunftsaufgaben der Industriegesellschaft«, in: Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA*. Mit einem Vorwort von Karl Schiller. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1968, S. XVII.

96 Siehe beispielsweise Hockerts, Hans Günter: »Einführung«, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Band 44)*, Paderborn u.a.: Schöningh 2003, S. 249-257, hier S. 249ff. Vgl. auch Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart: Klett-Cotta 2006, S. 230f.

97 Ergänzend siehe z.B. Wolfrum, Edgar: »Zeitgeschichte, 1966-1983: Aufruhr und Zuversicht«, in: *DIE ZEIT* Nr. 9/2006 (23.02.2006), https://www.zeit.de/2006/09/II_Essay_2 (letzter Abruf 14.10.2019).

»Auf jeden Fall haben wir verhindert, daß der Schlendrian der Wirtschaftspolitik, des Treibenlassens und der bloßen Maßhalte-Appelle nach freischaffender Künstlerart fortgesetzt wurde.«⁹⁸

Auch die »schicksalsmäßige« Verbundenheit, die Erhard mit dem Konzept der formierten Gesellschaft berufen hatte, wird ins rein Emotionale verschoben und abgewertet, während Schiller – ebenfalls auf der SPD-Bundeskonzferenz 1967 – die Rationalität der SPD-Wirtschaftspolitik hervorhebt:

»Wir haben in der Wirtschaftspolitik die Zahl als solche wieder zu Ehren gebracht, die Zahl an Stelle der reinen Moralpredigt.«⁹⁹

Durch rationales Handeln statt mit »Moral« und »Predigt«, so Schiller, sei die Krise bezwungen worden. Damit stilisiert er sich selbst zum rational-kalkulierend Handelnden und wertet Erhards Warnungen vor einer Krise als moralinsaures Geschwafel, als Handlungslosigkeit, als Schwäche ab. Seine Ansätze und Äußerungen werden in den Bereich der Irrationalität und Emotion verschoben, während die Zahl im Bereich des Rationalen verhaftet ist. In dieser Logik ist auch der vielzitierte Satz »Konjunktur ist nicht unser Schicksal, sondern unser Wille« zu verstehen.

Wie beurteilt nun Walter Wannenmacher die neue Politik? Auch er entlarvt die antizyklische Konjunkturpolitik als einen »illusionsfördernde[n] Mißbrauch«:

»Unter eifrigem Gebrauch des Wortes ›Verantwortungsbewußtsein‹ wird mit dem Wort ›antizyklisch‹ ein illusionsfördernder Mißbrauch getrieben. ›Antizyklisch‹ handelt derjenige, der in Notzeiten noch mehr Schulden zu machen wünscht als zuvor im Überfluß.«¹⁰⁰

Wannenmacher kritisiert vor allem den fehlenden Mut der Politik, einschneidende Maßnahmen zu initiieren. Dies, so der Autor, sei offenbar »typisch deutsch«:

»Aber man zeigt dem Volk nicht seine gebundenen Hände, man fürchtet der deutschen politischen Tradition dieses Jahrhunderts gemäß, die kurze, schmerzhaft Operation, man zieht den langen, durch Illusion verzierten Leidensweg vor. Immer wieder verlieren die Deutschen, nach den von ihnen selbst herbeigeführten orgiastischen Rauschzuständen, den Sinn für realistische Möglichkeiten. Statt aus

98 Karl Schiller am 14. November 1967 auf der SPD-Bundeskonzferenz. Siehe: Bundeskonferenz der SPD 1967. Thema: Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Protokoll, 13. bis 15. November 1967. Bad Godesberg, Stadthalle, Bonn 1967.

99 Ebd. Für weitere Zitate siehe auch N.N.: »Wahlkampf: ›Wir waren nicht immer einer Meinung...‹ Was Schiller und Erhard einmal voneinander hielten«, in: DIE ZEIT 42/1972 (20.10.1972), <https://www.zeit.de/1972/42/wir-waren-nicht-immer-einer-meinung> (letzter Abruf 14.10.2019).

100 W. Wannenmacher: Krise, S. 212.

einer verlorenen Sache schnell auszusteigen, wollen sie sich des Trostes ihrer Illusionen bis zum bitteren Ende erfreuen.«¹⁰¹

Diese fehlende Konsequenz und der fehlende »Mut zur Bewältigung der Gegenwart« führe dazu, dass »kommenden Generationen« erneut »eine Vergangenheit zwecks Bewältigung« hinterlassen werde.¹⁰² Es werde »weitergewurstelt«¹⁰³ und damit die »Rettung des Mythos vom risikolosen Kapitalismus« versucht.¹⁰⁴

Aber nicht nur die Politik und Regierung, sondern auch die Bürger geraten in den Fokus der Wannenmacherschen Kritik: Auch wenn es dem »08/15-Denken des Bundesbürgers« entspräche, »daß die von ihm gewählten Männer seit eh und je anders reden als sie handeln, welcher Partei sie auch immer angehören mögen«, sei der Bürger doch offensichtlich nicht bereit, die Politik zu hinterfragen.¹⁰⁵ Fast resignierend konstatiert Wannenmacher:

»Die Menschen sind immer bereit, die Annehmlichkeiten auf kurze Sicht mit Opfern auf lange Sicht zu bezahlen. Sie wollen nicht Opfer auf kurze Sicht bringen, um dafür Annehmlichkeiten auf lange Sicht einzutauschen.«¹⁰⁶

Die vorhergehenden Ausführungen zur Rezession 1966/67 haben – überwiegend aus der Sicht eines prominenten Wirtschaftsjournalisten – folgendes deutlich gemacht: Die Reaktionen auf die Rezession sind nicht ohne ein Verständnis der emotionalen Grundstimmung der frühen Bundesrepublik zu verstehen. Die Rezession 1966/67 wird nicht nur zur Krise, weil die überwiegende Anzahl Bundesbürger in der Rezession wieder wirtschaftliche Not spürt, sondern mehr, weil sie Angst vor möglichem Verlust hat.¹⁰⁷

101 Ebd., S. 212f. Dies gelte nicht allein für die Wirtschaftspolitik, sondern habe sich bereits mehrfach in der deutschen Geschichte gezeigt: »Man hat zwei verlorene Kriege zu spät aufgegeben, man hat zwischen den Kriegen die Erfüllungspolitik zu spät aufgegeben und man hat in der Bundesrepublik den politischen Slogan »soziale Marktwirtschaft« zu spät aufgegeben.« Ebd., S. 213.

102 »Der von Bethmann-Hollweg begründeten Tradition gemäß trachtet man, die Folgen der Niederlage möglichst hinauszuschieben. Es fehlt der Mut zur Bewältigung der Gegenwart. Deshalb wird kommenden Generationen wieder eine Vergangenheit zwecks Bewältigung hinterlassen.« Ebd.

103 Ebd., S. 214.

104 »Wir dürfen daher mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sich die Konjunkturpolitik der Bundesregierung weiterhin um die Rettung des Mythos vom risikofreien Kapitalismus mit jenen keynesianischen Vorstellungen bemühen wird, die dem Mythos genehm sind.« Ebd.

105 Ebd., S. 217.

106 Ebd., S. 222.

107 Zur »Restaurationsthese: Die Deutschen haben es sich in ihrem Wirtschaftswunder gemüht gemacht und wollen im neuen Wohlstand und in der Konsumkultur Vergangenes vergessen machen«, Rüdiger, Mark: »Goldene 50er« oder »Bleierne Zeit«? Geschichtsbilder der 50er

Die Krise erschüttert auf ihrem Höhepunkt Elemente des nationalen Selbstverständnisses und der kollektiven Erinnerung und stellt herrschende Wirtschaftsmythen – wenn auch nur kurz – in Frage. Im Laufe dieses Prozesses werden vor allem wirtschaftliche Begriffe, die Teil dieser Identität sind, emotional umgewertet. Fast unbemerkt wird zu ihrer Lösung ein Steuerungsmechanismus etabliert, der Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« aber nicht verabschiedet. Was macht das mit dem »Mythos des risikolosen Kapitalismus«? Zwar sprechen die etablierten Steuerungsmittel der Wirtschaftspolitik für ein neues Verständnis von Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig wird mit ihnen das Vertrauen auf eine krisenfreie Entwicklung und stetiges Wachstum weiter verstärkt. Insofern könnte man von einer Weitertradierung des Mythos sprechen – nur eben mit anderen Mitteln und einer – vermeintlich – rationalen Fundierung. Man könnte auch sagen: Die Krise wird gemeistert, indem ein neuer Anschluss an den Mythos geschafft wird.

Als die Krise gelöst zu sein scheint, gerät sie zwar schnell wieder aus dem Blick, Reaktionen in Kunst und Kultur der Zeit zeigen aber, dass das »Wunder« nun als fragil empfunden wird. Hier eröffnen sich weite Untersuchungsfelder für eine »kulturalistisch erweiterte Konjunktur(geschichts)forschung«.¹⁰⁸

Was lässt sich aus dieser »mini-Krise« für die Untersuchung anderer Krisen folgern? Markus Brunnermeier, Harold James und Jean-Pierre Landau sehen in ihrem Buch *EURO. Der Kampf der Wirtschaftskulturen* in den unterschiedlichen Wirtschaftsphilosophien, ökonomischen Traditionen und Denkschulen den Grund dafür, dass es schwerfalle, angesichts von Krise im Euroraum eine gemeinsame ökonomische Sprache zu entwickeln. Da Verhandlungen »den Zusammenstoß der Kulturen eher noch verstärkt als abgeschwächt« hätten, fordern sie eine »Union der ökonomischen Ideen« oder die Überwindung »nationaler Denkweisen«.¹⁰⁹

Hier beachten sie vielleicht nicht ausreichend, dass Emotionalität ein integraler Bestandteil nationaler Geschichte, Politik und wirtschaftspolitischer Überzeugungen ist. Die emotionalen untergründigen Konnotationen und Unterschiede von nationalen Wirtschaftskulturen herauszuarbeiten, trägt nicht dazu bei, Unterschiede zu kritisieren, sondern sie – im Gegenteil – wahrnehmbar machen. Hier liegen die Möglichkeiten, die eine emotionshistorische Forschung noch weit stärker aufgreifen und ertragreich untersuchen kann.

Jahre im Fernsehen der BRD, 1959-1989 (= Historische Lebenswelten in populären Wissenskulturen, Band 13), Bielefeld: transcript 2014, S. 116.

108 M. Grabas: Wirtschaftskrisen, S. 261.

109 Brunnermeier, Markus K./James, Harold/Landau, Jean-Pierre: *EURO. Der Kampf der Wirtschaftskulturen*, München: C.H. Beck 2018, S. 18.

Literatur

- Augstein, Rudolf: »Kein Plan für Europa, keinen für Deutschland«, in: DER SPIEGEL 47/1965 (17.11.1965), S. 26.
- Baade, Fritz: »Einige grundsätzliche Gedanken zur Konjunkturdebatte«, in: Die Weltwirtschaft (1955), S. 147-157.
- Berg, Fritz: »Ziel: eine krisenfeste Gesamtwirtschaft«, in: Wolfgang Mansfeld (Hg.), Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln: Deutsche Industrieverlags-GmbH 1958, Nr. 21, S. 2-5.
- Böhler, Eugen: Der Mythos in Wissenschaft und Wirtschaft, Freiburg i.Br.: Verlag Rombach 1965.
- Ders.: Die Zukunft als Problem des modernen Menschen, Freiburg i.Br.: Verlag Rombach 1966.
- Borchardt, Knut: »Wandel im Denken über wirtschaftliche Krisen«, in: Georg Vobruba (Hg.), Krisen. Prozeß, Wahrnehmung und Vergleich (= Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 3:6), Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, S. 9-31.
- Brangsch, Lutz: »Krisentheorien und Krisenkonzepte in der Geschichte des Kapitalismus«, in: Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hg.), Kritische Theorie der Krise (= Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 72), Berlin: Karl Dietz Verlag 2012, S. 47-70.
- Brunnermeier, Markus K./James, Harold/Landau, Jean-Pierre: EURO. Der Kampf der Wirtschaftskulturen, München: C.H. Beck 2018.
- Erhard, Ludwig: »Rede von Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem XIII. CDU-Parteitag im März 1965 in Düsseldorf«, in: Archiv der Gegenwart 35 (1965), S. 11776.
- Ders.: »Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung«, in: Deutscher Bundestag, 4. Sitzung (10. November 1965), S. 17-33.
- Ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, ausgewählt und herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf/München: Econ 1988, S. 729-737.
- Ders.: »Die Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik«, Vortrag, gehalten am 31. Mai 1954 in Antwerpen, <https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/standpunkt/die-prinzipien-der-deutschen-wirtschaftspolitik/> (letzter Abruf 07.12.2020).
- Erl, Astrid: »Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-)kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff«, in: Dies./Ansgar Nünning (Hg.), Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität, Berlin/New York: De Gruyter 2004, S. 3-22.
- Fuhrmann, Uwe: Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine Historische Dispositionsanalyse, Konstanz: UVK Verlag 2018.
- Grabas, Margrit: »Große Nationalökonomen zwischen Glorifizierung und Verechtung – Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Rezeptions-,

- Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert«, in: *Historical Social Research* 27:4 (2002), S. 204-241.
- Dies.: »Wirtschaftskrisen in soziokultureller Perspektive. Plädoyer für eine kulturalistisch erweiterte Konjunktur(geschichts)forschung«, in: Werner Abelshaußer/David Gilgen/Andreas Leutzsch (Hg.), *Kulturen der Weltwirtschaft* (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Sonderheft 24: Kulturen der Weltwirtschaft), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012, S. 261-283.
- Grunenberg, Nina: *Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942-1966*, München: Siedler Verlag 2007.
- Günther, Frieder: »Ein schwacher Bundespräsident? Amtsverständnis und Amtsführung von Theodor Heuss«, in: Robert Chr. van Ooyen/Martin H.W. Möllers (Hg.), *Der Bundespräsident im politischen System*, Wiesbaden: Springer VS 2011, S. 169-182.
- Halbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis, aus dem Französischen von Holde Lhoest-Offermann*, Frankfurt a.M.: Fischer 1991.
- James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: *Representations* 110:1 (2010), S. 129-144.
- Heer, Sebastian: »Mythos und kollektive Selbstdeutung. Das »Wirtschaftswunder« als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion«, in: Werner J. Patzelt (Hg.), *Die Machbarkeit politischer Ordnung. Transzendenz und Konstruktion* (= Edition Politik, Band 8), Bielefeld: transcript 2013, S. 127-155.
- Hentschel, Volker: *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München/Landsberg am Lech: Olzog-Verlag 1996.
- Herrmann, Ulrike: *Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind*, Frankfurt a.M.: Westend 2019.
- Hockerts, Hans Günter: »Einführung«, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik* (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Band 44), Paderborn u.a.: Schöningh 2003, S. 249-257.
- Illouz, Eva: *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004*, Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a.M., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Dies.: »Martha Nussbaum. Lieben bis zum Abwinken«, aus dem Englischen von Michael Adrian, in: *ZEIT* Nr. 42/2014 (23.10.2014), <http://www.zeit.de/2014/42/martha-nussbaum-politik-emotionen/komplettansicht> (letzter Abruf 04.04.2020).
- Institut für Demoskopie Allensbach: *Die soziale Spannung (II). Roh-Ergebnisse einer Bevölkerungs-Umfrage*, April 1955.

- Klammer, Kristoffer: »Die ›(Wirtschafts-)Krisen‹ von 1966/67 und 1973-75. Annäherungen aus historisch-semantischer Perspektive«, in: Inga Klein/Sonja Windmüller (Hg.), *Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen*, Bielefeld: transcript 2014, S. 215-234.
- Kunze, Heinrich: »Mit dem Haushalt wachsen die Sorgen«, in: *DIE ZEIT* 33/1965 (09.08.1965).
- Langewiesche, Dieter: »Gefühlsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefühlsraum nicht ein ebnet«, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 15:1 (2012), S. 195-215.
- Leggewie, Claus: »Der Mythos des Neuanfangs. Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989«, in: Helmut Berding (Hg.), *Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit* 3, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 275-302.
- Mergel, Thomas: »Krisen als Wahrnehmungsphänomene«, in: Ders. (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2012, S. 9-22.
- Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin: Rowohlt 2009.
- N.N.: »Industrie. Finanzkrisen. Zweite Welle«, in: *DER SPIEGEL* 51/1963 (18.12.1963), S. 26-39.
- N.N.: »INFLATION: Römische Grippe«, in: *DER SPIEGEL* 17/1964 (22.04.1964), S. 21.
- N.N.: »Währung/Inflation: Via Brüssel«, in: *DER SPIEGEL* 27/1964 (29.06.1964), S. 26-29.
- N.N.: »Wahlwerbung: Führen und folgen«, in: *DER SPIEGEL* 27/1965 (30.06.1965), S. 22.
- N.N.: »Haushalt: Gesetze null«, in: *DER SPIEGEL* 30/1965 (21.07.1965), S. 19.
- N.N.: »Bonn/Wohlstand: Über alles in der Welt«, in: *DER SPIEGEL* 1/1966 (03.01.1966), S. 13-24.
- N.N.: »Steuererhöhungen: Notopfer Bonn«, in: *DER SPIEGEL* 51/1966 (12.12.1966), S. 32-44.
- N.N.: »»Wir sind zum Erfolg verurteilt.« SPIEGEL-Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller«, in: *DER SPIEGEL* 03/1967 (09.01.1967), S. 29-32.
- N.N.: »Wahlkampf: ›Wir waren nicht immer einer Meinung...‹ Was Schiller und Erhard einmal voneinander hielten«, in: *DIE ZEIT* 42/1972 (20.10.1972), <https://www.zeit.de/1972/42/wir-waren-nicht-immers-einer-meinung> (letzter Abruf 14.10.2019).
- Plamper, Jan: *Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte*, München: Siedler Verlag 2012.
- Plumpe, Werner: *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, unter Mitarbeit von Eva Dubisch, München: C.H. Beck 2011.

- Rüdiger, Mark: »Goldene 50er« oder »Bleierne Zeit«? Geschichtsbilder der 50er Jahre im Fernsehen der BRD, 1959-1989 (= Historische Lebenswelten in populären Wissenskulturen, Band 13), Bielefeld: transcript 2014.
- Schaal, Gary/Heidenreich, Felix: »Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32-33/2013, S. 3-11.
- Schiller, Karl: »Zukunftsufgaben der Industriegesellschaft«, in: Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA*. Mit einem Vorwort von Karl Schiller, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1968.
- Schindelbeck, Dirk/Ilggen, Volker: »Haste was, biste was!« Werbung für die Soziale Marktwirtschaft, Darmstadt: Primus 1999.
- Scholl, Stefan: *Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert* (= Historische Politikforschung, Band 23), Frankfurt a.M./New York: Campus 2015.
- Schreiber, Hermann: »Der gute Mensch vom Tegernsee«, in: *DER SPIEGEL* 37/1965 (08.09.1965), S. 26-35.
- Schumpeter, Joseph A.: *Das Wesen des Geldes*, aus dem Nachlaß hg. und mit einer Einführung versehen von Fritz K. Mann, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.
- Tichy, Gunther: »Bedingen neue Ansätze der Konjunkturtheorie eine neue Stabilisierungspolitik?«, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 33:4 (2007), S. 507-527.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 4. Wahlperiode 1963, Stenographische Berichte, Plenarprotokoll 04/72 vom 24.04.1963; Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 und die Aussichten für 1963 (Drucksache IV/1010), S. 3340, <https://pdok.bundestag.de/> (letzter Abruf 04.04.2020).
- Vierling, Birgit: *Kommunikation als Mittel politischer Mobilisierung. Die Sudentendeutsche Partei (SdP) auf ihrem Weg zur Einheitsbewegung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1933-1938)*, Marburg: Verlag Herder-Institut 2014.
- Wannenmacher, Walter: *Die Krise. Das Ende eines deutschen Mythos*, 2. Auflage, Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs Verlag 1967.
- Ders.: »Siegfriedstimmung im Bürgerrock«, in: *DER SPIEGEL* 44/1967 (23.10.1967), S. 36-49.
- Wehler, Hans-Ulrich: »Der Deutsche Fetisch. Hans-Ulrich Wehler über die Verklärung des Wirtschaftswunders«, in: *DER SPIEGEL* 52/2005 (23.12.2005), S. 54f.
- Weichselbaumer, Ludwig: *Walter Brand (1907-1980). Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluss* (= Quellen und Studien zur Geschichte und Kultur der Sudetendeutschen, Band 3), München: Sudetendeutsches Archiv 2008.

- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart: Klett-Cotta 2006.
- Ders.: »Zeitgeschichte, 1966-1983: Aufruhr und Zuversicht«, in: DIE ZEIT Nr. 9/2006 (23.02.2006), https://www.zeit.de/2006/09/II_Essay_2 (letzter Abruf 14.10.2019).
- Zinn, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Leipzig/Wien/Zürich: B.I. Taschenbuchverlag 1992.

Von der Großen Depression zur Großen Rezession

Emotionen und Illusionen im transatlantischen Kontext 1929-2019

Hans-Jürgen Schröder

I. Vorbemerkung

»It's the economy, stupid«.¹ Dieser Slogan aus dem Wahlkampf des im November 1992 zum Präsidenten gewählten Bill Clinton hat Geschichte gemacht. In einer beispiellosen Kürze ist hier die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für das politische Geschehen auf den Punkt gebracht. Diese Interdependenz von Wirtschaft und Politik manifestiert sich besonders deutlich in Zeiten von Währungs- und Wirtschaftskrisen, weil hier die politischen Akteure unter einem für die Öffentlichkeit auch erkennbaren Handlungsdruck stehen, möglichst schnell erkennbare wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Was die Reaktionen der betroffenen Menschen anbelangt, ist der Slogan Clintons allerdings nicht immer schematisch anwendbar. Das zeigt sich, wenn die hier zur Debatte stehenden emotionalen Reaktionen der von Krisen betroffenen Menschen in den Kontext nationaler Besonderheiten gestellt werden. Im Folgenden wird daher das Spannungsfeld von staatlichen Krisentherapien und emotionalen Reaktionen der von Wirtschaftskrisen betroffenen Menschen am Beispiel der USA und Deutschland skizziert. Drei Krisen stehen im Mittelpunkt. Die Große Depression 1929-1939, der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und die Große Rezession in den Jahren nach 2007/08.

1 Vgl. Porter, Tom: »The Winning Slogan from Every US Presidential Campaign Since 1948«, in: Business Insider vom 15.05.2019, <https://www.businessinsider.de/every-winning-slogan-from-us-presidential-campaigns-1948-2016-2019-5?r=US&IR=T#/#1992-bill-clinton-for-people-for-a-change-12> (letzter Abruf 20.06.2020).

II. Franklin D. Roosevelt: Confidence President Emotionale Dimensionen des New Deal

1. Freedom from Fear

Die für die USA in der Großen Depression beispiellose Verelendung großer Teile der Bevölkerung berührte Grundfesten von Politik und Gesellschaft. Die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung formulierten Grundrechte »Life, Liberty and the pursuit of Happiness«, ² der Traum von einem besseren Leben, waren für Millionen zur Makulatur geworden. Das *American System* schien am Ende. Mitten in der Depression sorgte der Journalist und Historiker James Truslow Adams dafür, dass der Traum von einer besseren Zukunft in Amerika nicht in Vergessenheit geriet. ³ Mehr noch: Adams bot eine Definition des *American Dream*, der sich nicht auf materielle Güter beschränkte, sondern auf eine gesellschaftliche Ordnung zielte, die allen Menschen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten bieten sollte. Adams hat den Begriff nicht als erster benutzt, aber er hat mit seiner Definition den Terminus *American Dream* als zentralen Bezugspunkt in den gesellschaftlichen Diskurs eingeführt und derart geprägt, dass ihm bis heute die Autorenschaft zugeschrieben wird. ⁴ Er beschreibt den *American Dream* folgendermaßen:

»The American dream [...] is not a dream of motor cars and high wages merely, but a dream of social order in which each man and each woman shall be able to attain to the fullest stature of which they are innately capable [...], regardless of the fortuitous circumstances of birth or position.« ⁵

Ungeachtet der dramatischen Lage mussten die Amerikaner alles daran setzen, den *American Dream* als gesellschaftliches Leitmotiv zu bewahren und schließlich zu verwirklichen. Ein Scheitern würde das Ende der Demokratie und Hoffnungslosigkeit für die Menschen bedeuten. Die Lage sei zwar entmutigend »but not hopeless«. ⁶

Hoffnung keimte auf, als ein Mann ins Zentrum der amerikanischen Politik rückte, der Besserung versprach: der Gouverneur des Staates New York, Franklin Delano Roosevelt. Als die Demokratische Partei ihn im Juli 1932 zum Präsidentschaftskandidaten ausrief, versprach er einen Neuanfang, eine neue Ordnung, ei-

2 Zitiert nach National Archives: »The Declaration of Independence: A Transcription«, in: America's Founding Documents, <https://www.archives.gov/founding-docs/declaration-transcript> (letzter Abruf 20.06.2020).

3 Vgl. Adams, James Truslow: *The Epic of America*, Boston: Little, Brown, and Company 1931.

4 Zur Geschichte des *American Dream* in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Churchwell, Sarah: *Behold, America. A History of America First and the American Dream*, London u.a.: Bloomsbury 2018.

5 J.T. Adams: *Epic*, S. 404.

6 Ebd.

nen *New Deal*: »I pledge you, I pledge myself to a new deal for the American people. Let us all here assembled constitute ourselves prophets of a new order of competence and of courage.« Und dies unter Wahrung der demokratischen Traditionen zum Wohle aller Bürger. Amerika sollte seinen Bürgern zurückgegeben werden, »to return America to its own people«. ⁷ Mit der Ankündigung seines *New Deal*, der Begriff sollte zur Signatur der 1930er Jahre werden, wurde Roosevelt in der Depression zum Hoffnungsträger der Amerikaner.

Das zeigte sich deutlich in den Präsidentschaftswahlen vom November 1932. Amtsinhaber Hoover war chancenlos. Roosevelt errang einen Erdrutschsieg. Er erhielt 57 Prozent der *Popular Vote* und 89 Prozent der *Electoral Vote*, weil er in 42 Staaten (Hoover lediglich in 6 Staaten) die Mehrheit erringen konnte. ⁸ In seiner Antrittsrede ließ Roosevelt dann erkennen, die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen zu wollen. Er versprach »action, and action now« und ließ keinen Zweifel daran, dass dies die Stunde der Exekutive sei, um Krieg gegen die Depression zu führen: er forderte »broad Executive power to wage war against the emergency, as great as the power that would be given to me if we were in fact invaded by a foreign foe.« Roosevelt proklamierte kein detailliertes Programm, formulierte allerdings inhaltliche Prioritäten, an erster Stelle Schaffung von Arbeitsplätzen, »to put people to work«. Eine Kampfansage an das Finanzkapital (»The money changers have fled from the high seats in the Temple of our civilization.«) verband er mit der Forderung, soziale Werte über finanziellen Profit zu stellen. Schließlich war die Rede stark emotional geprägt. Die amerikanischen Bürger hätten nicht versagt, in gemeinsamen Anstrengungen könne die Krise überwunden werden. Es gelte, Zuversicht zu verbreiten und in diesem Kontext formulierte er seine feste Überzeugung: »the only thing we have to fear is fear itself«. ⁹

2. Roosevelt: *Connector-In-Chief*

Im Wissen um die psychologischen Dimensionen der Ökonomie setzte Roosevelt auf Vertrauensbildung. Die Bürger sollten zum einen den Glauben an sich selbst zurückgewinnen. Zum anderen sollten sie dem neuen Präsidenten Vertrauen entgegenbringen, seiner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie

7 Roosevelt, Franklin D.: »Address Accepting the Presidential Nomination at the Democratic National Convention in Chicago, 02.07.1932«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/275484> (letzter Abruf 20.06.2020).

8 Zahlenangaben nach David Leip's Atlas of U.S. Presidential Elections: »1932 Presidential General Election Results«, <https://uselectionatlas.org/RESULTS/national.php?year=1932> (letzter Abruf 20.06.2020).

9 Roosevelt, Franklin D.: »Inaugural Address, 04.03.1933«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/208712> (letzter Abruf 20.06.2020).

seinem Führungsstil. Um diese Ziele zu erreichen, hat Roosevelt eine beispiellose, zuweilen intim wirkende Kommunikation zu den amerikanischen Bürgern aufgebaut. Hierzu dienten vor allem die als *Fireside Chats* bekannt gewordenen Radioansprachen, Briefwechsel mit Bürgern aller Schichten sowie ein neuer Stil von Pressekonferenzen.

Den Auftakt bildete die Radioansprache vom 12. März 1933 über die Bankenkrise.¹⁰ Von einem Zimmer im Weißen Haus, neben einem Kamin sitzend, wandte sich Roosevelt an die amerikanische Bevölkerung. Mit ruhiger Stimme und einer für jeden verständlichen Wortwahl verstand es Roosevelt, die komplexen Zusammenhänge zwischen Bankensystem, Volkswirtschaft und der Rolle jedes einzelnen Bürgers in einer für alle Zuhörer verständlichen Weise zu präsentieren. Ziel war es, nach Wiedereröffnung der Banken einen Banken-Run zu verhindern. Das ist ihm nicht zuletzt auch deshalb gelungen, weil er seinen Zuhörern den Eindruck vermitteln konnte, sie seien in den Entscheidungsprozess zur schrittweisen Wiedereröffnung der Banken quasi eingebunden. Dieses erste *Fireside Chat* (der Begriff wurde übrigens erst im Kontext der zweiten Radioansprache vom 7. Mai 1933 geprägt) war entscheidend für die Überwindung der Bankenkrise.¹¹

In der Herstellung von Vertrauen zwischen Bürgern und der neuen politischen Führung hatten die sogenannten *Fireside Chats* eine zentrale Funktion. In den insgesamt dreißig abendlichen Radioansprachen suchte und fand Roosevelt den direkten Draht zu den Amerikanern in einer informell zwanglosen, ja quasi familiären Atmosphäre. Die Wirkungen der *Fireside Chats* spiegeln sich in zahlreichen Bekundungen amerikanischer Bürger. So heißt es in einem Brief an den Präsidenten vom Oktober 1934:

»As your voice began to come to us, the room became very quiet. If you could have seen the faces of those folks, hanging on your every word: their expressions when your talk was finished, you would have new strength to go ahead. [...] [T]he ordinary people with whom I came in contact showed new faith and courage after listening to your words. [...] They are willing to follow as long as you face forward.«¹²

10 Vgl. Roosevelt, Franklin D.: »Fireside Chat on Banking, 12.03.1933«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/207762> (letzter Abruf 20.06.2020); Tonaufzeichnung in: Franklin D. Roosevelt Library and Museum, Hyde Park/NY: Recorded Speeches and Utterances of Franklin D. Roosevelt, 1920-1945, www.fdr-library.marist.edu/archives/collections/utterancesfdr.html (letzter Abruf 20.06.2020). Zu dieser Ansprache vgl. insbesondere Kiewe, Amos: FDR's First Fireside Chat. Public Confidence and the Banking Crisis, College Station: Texas A&M University Press 2007.

11 Vgl. Silber, William L.: »Why Did FDR's Bank Holiday Succeed?«, in: Economic Policy Review 15:1 (2009), S. 19-30.

12 C. H. Van Scoy, Seattle, an Roosevelt, 02.10.1934, in: American Radio Works: Letters to Franklin Delano Roosevelt, www.americanradioworks.org/segments/letters-to-franklin-delano-roosevelt/ (letzter Abruf 20.06.2020).

Es entwickelte sich eine Interdependenz zwischen den an Roosevelt gerichteten Briefen und den *Fireside Chats*. Viele Briefe waren Reaktionen auf die Botschaften des Präsidenten. Roosevelt nutzte diese Schreiben zur zweifachen Rückkoppelung mit der Öffentlichkeit, indem er gelegentlich in seinen *Fireside Chats* aus diesen Briefen zitierte. Das verstärkte zum einen die emotionalen Bindungen zwischen Präsident und Bürgern, weil diese erfuhren, dass ihre Botschaften den Präsidenten auch erreichten. Zum anderen dienten Zitate aus den Briefen dazu, diejenigen Bürger, die Roosevelt kritisch beurteilten, wissen zu lassen, dass sie sich außerhalb des amerikanischen Mainstream befänden.¹³ Die Wirkungen der *Fireside Chats* und namentlich die zahlreichen Briefe an den Präsidenten dokumentieren eindrucksvoll Roosevelts Fähigkeit zur Kommunikation mit den Bürgern, ja zur emotionalen Steuerung der öffentlichen Meinung. Er war fraglos ein »Connector-In-Chief«.¹⁴

Beim Aufbau von Vertrauen zwischen Präsident und Bevölkerung hatte die *First Lady* Eleanor Roosevelt eine wichtige Funktion. Das belegen die zahlreichen an sie gerichteten Briefe, in denen die Absender zuweilen eine Art Gottvertrauen in den Präsidenten formulierten: »we feel if there ever was a saint. He is one.«¹⁵ Von besonderer Bedeutung war Eleanor Roosevelts Präsenz in den Printmedien. Ihre seit 1935 sechsmal in der Woche erscheinenden Kolumne »My Day«, in der sie zu politischen und gesellschaftlichen Fragen Stellung nahm, stieß in der Öffentlichkeit auf große Resonanz.¹⁶

3. Hollywood und der neue Präsident

Präsident Roosevelt war es bereits in den ersten Wochen seiner Amtszeit gelungen, bei der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung Vertrauen aufzubauen und dieses in den folgenden Jahren auszubauen. Externe Unterstützung wurde ihm

- 13 Vgl. Steele, Richard W.: »The Pulse of the People. Franklin D. Roosevelt and the Gauging of American Public Opinion«, in: *Journal of Contemporary History* 9:4 (1974), S. 195-216, hier S. 202. Zur kritischen Bewertung der *Fireside Chats* vgl. Lim, Elvin T.: »The Lion and the Lamb: De-Mythologizing Franklin D. Roosevelt's Fireside Chats«, in: *Rhetoric and Public Affairs* 6:3 (2003), S. 437-467.
- 14 Razzaque, Russell: »FDR Was the Connector-In-Chief«, in: *Psychology Today* vom 03.04.2012, <https://www.psychologytoday.com/intl/blog/political-intelligence/201204/fdr-was-the-connector-in-chief?amp> (letzter Abruf 20.06.2020).
- 15 Mrs. L.K.S. an Mrs. F.D. Roosevelt, 05.03.1934, in: Robert S. McElvaine (Hg.), *Down and Out in the Great Depression. Letters from the Forgotten Man*, Chapel Hill: The University of North Carolina Press 2008, S. 218f.; vgl. auch Cohen, Robert (Hg.): *Dear Mrs. Roosevelt. Letters from Children of the Great Depression*, Chapel Hill: The University of North Carolina Press 2002.
- 16 Die Texte sind verfügbar in The Eleanor Roosevelt Papers Project (Columbian College of Arts & Sciences) (Hg.): *An Comprehensive, Electronic Edition of Eleanor Roosevelt's »My Day« Newspaper Columns*, <https://erpapers.columbian.gwu.edu/browse-my-day-columns> (letzter Abruf 20.06.2020).

hier von einem Medium zuteil, das wie kein anderes in der Lage ist, Emotionen zu erzeugen: dem Film. Vor allem in der Anfangsphase des *New Deal* haben die meisten Hollywood-Studios Roosevelts Politik überaus positiv begleitet, ja aktiv unterstützt.¹⁷ Das hat sich in der ganzen Bandbreite der unterschiedlichen Filmgenres niedergeschlagen, die darauf zielten, in Bezug auf die Politik des neuen Präsidenten Zustimmung, Vertrauen und die Hoffnung auf bessere Zeiten zu verbreiten.

Von den Filmen, die unmittelbar auf Person und Politik Roosevelts fokussiert waren, sollen hier für das Jahr 1933 drei Filme genannt werden: *The Fighting President* (Universal Pictures) ist ein *documentary*, hier werden filmische Dokumente und fiktive Handlungen kombiniert. Biographische Elemente dienen als Grundlage für die Projektion eines positiven Ausblicks für die von Roosevelt zu erwartende Entschlossenheit zur Überwindung der Depression. *The Road is Open Again* (Warner Brothers, Regie: Alfred A. Green), ein Musical-Kurzfilm, handelt von einem Komponisten, der verzweifelt nach der zündenden Idee für einen neuen Song sucht und schließlich in seinem Gedanken an die Schaffenskraft des neuen Präsidenten zum Ziel kommt. Das Werben um Vertrauen in den neuen Präsidenten steht im Mittelpunkt des Animations-Kurzfilms *Confidence* (Walter Lantz Productions, Regie: Bill Nolan). Oswald the Rabbit betreibt eine zunächst erfolgreiche Hühnerfarm, doch in der Wirtschaftskrise werden die Hühner von Depression befallen. Sie hören schließlich auf Eier zu legen. Der herbeigerufene Tierarzt gibt mit einem Hinweis auf ein Roosevelt-Plakat den entscheidenden Hinweis, dieser sei der Arzt, der Heilung bringen könne. Oswald the Rabbit eilt ins Weiße Haus. Aus einer mit »Confidence« beschrifteten Tonne gibt Roosevelt ihm reichlich Impfstoff mit auf die Rückreise. Oswald the Rabbit impft seine Hühner, diese erholen sich von der Lethargie, die Eierproduktion kann wieder anlaufen, die Farm ist gerettet.

Während die zitierten Filme die Politik Roosevelts explizit und direkt unterstützen, wählen die Spielfilme einen indirekt allegorischen Ansatz. Die fiktionalen Handlungen dienen primär der Unterhaltung und zielen auf eine emotionale Wirkung. Die konkreten Schlussfolgerungen für die aktuelle Politik, den Führungsstil des Präsidenten und gesellschaftliche Probleme bleiben dem Zuschauer überlassen. Im Hinblick auf die Führungsrolle des Präsidenten kommt dem vom Medientycoon William Randolph Hearst finanzierten Fantasy-Film *Gabriel Over the White House* (1933, Metro-Goldwyn-Mayer, Regie: Gregory La Cava) eine besondere Bedeutung zu.¹⁸ Der fiktive Präsident Judson Hammond entpuppt sich nach einem spi-

17 Vgl. Kotlowski, Dean: »Ratifying Greatness: Franklin D. Roosevelt in Film and Television«, in: *Journal of American Studies* 53:1 (2019), S. 252-279.

18 Vgl. dazu insbesondere Carmichael, Deborah: »Gabriel Over the White House (1933). William Randolph Hearst's Fascist Solution for the Great Depression«, in: Peter Rollins/John E. O'Connor (Hg.), *Hollywood's White House. The American Presidency in Film and History*, Lexington: The University Press of Kentucky 2005, S. 159-179.

rituellen Erweckungserlebnis als populistischer Diktator, der sein Kabinett feuert und den Kongress entmachtet. Der kommerziell erfolgreiche Film spiegelt zum einen die Stimmung im Land, dessen Bürger von der Regierung angesichts der Krise entschlossenes Handeln forderten. »For dictatorship if necessary« titelte die *New York Herald Tribune* am Tag nach der Amtseinführung Roosevelts.¹⁹ Die *New York Times* brachte das in einem historischen Rückblick auf den Film pointiert überspitzt auf die Formel: »What this country needs is a dictator.«²⁰ Zum anderen ist die Machtfülle in Händen des fiktiven Präsidenten Hammond Plädoyer für eine starke Führung der USA durch Franklin D. Roosevelt.

Während *Gabriel Over the White House* die Machtkonzentration im Weißen Haus ins Zentrum stellte, thematisierten die meisten Spielfilme das Spannungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft. Mit melodramatischen Darstellungen von Einzelschicksalen wurde Roosevelts *New Deal*-Philosophie, die sich in ihrer liberalen Rhetorik dem Schicksal der von der Depression besonders hart betroffenen Menschen widmete, dem *Forgotten Man*, emotional unterstützt, wie die Historikerin Anna Siomopoulos betont: »Hollywood melodrama was generally working to support the New Deal shift in the public/private division. [...] Hollywood melodrama aims to make a spectator feel for an individual character.«²¹

4. Wahlsieg 1936 und Kampf gegen soziale Ungleichheit

In welchem großen Maße es innerhalb weniger Jahre gelungen war, starke emotionale Bindungen der Bevölkerung an den Präsidenten herzustellen, zeigte sich in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1936. Obwohl die Arbeitslosigkeit seit dem Amtsantritt Roosevelts nur langsam zurückgegangen war – im Wahljahr lag sie immer noch bei über 16 Prozent –, erzielte Roosevelt im November 1936 einen grandiosen Wahlsieg, der die Ergebnisse des Jahres 1932 noch überbot. Roosevelt erhielt 61 Prozent der *Popular Vote*; in 46 Staaten konnte er sich durchsetzen, das bedeutete eine Mehrheit der *Electoral Vote* von 98,5 Prozent. Der Herausforderer Landon siegte lediglich in zwei Staaten (Maine und Vermont).²² Der Wahlsieg belegt, dass

19 New York Herald Tribune vom 05.03.1933, zitiert nach Alter, Jonathan: *The Defining Moment. FDR's Hundred Days and the Triumph of Hope*, New York: Simon & Schuster 2006, S. 5.

20 Murphy, Mary Jo: »A Hollywood White House for Interesting Times«, in: *New York Times* vom 10.06.2016, <https://www.nytimes.com/2016/06/10/arts/design/a-hollywood-white-house-for-interesting-times.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

21 Siomopoulos, Anna: *Hollywood Melodrama and the New Deal*. Public Daydreams, London/New York: Routledge 2012, S. 7.

22 Zahlenangaben nach David Leip's Atlas of U.S. Presidential Elections: »1936 Presidential General Election Results«, <https://uselectionatlas.org/RESULTS/national.php?year=1936> (letzter Abruf 20.06.2020).

Roosevelt zum »Confidence« President« geworden war.²³ Roosevelt prägte Amerika zu einem »Commonwealth of Hope«.²⁴

In seiner zweiten Antrittsrede präsentierte der wiedergewählte Präsident ein ungeschminktes Bild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, die er in dem vielzitierten Satz zum Ausdruck brachte: »I see one third of a nation ill-housed, ill-clad, ill nourished.« Er prangerte soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten an und versprach, sich um jeden amerikanischen Bürger zu kümmern: »The test of our progress is not whether we add more to the abundance of those who have much; it is whether we provide enough for those who have too little.«²⁵ Bereits während des Wahlkampfs hatte Roosevelt die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einer kleinen Gruppe kritisiert. Politische Freiheit sei angesichts wirtschaftlicher Ungleichheit bedeutungslos geworden. »For too many of us life was no longer free, liberty no longer real; men could no longer follow the pursuit of happiness.«²⁶

Der Wahlsieg des Jahres 1936 hatte Roosevelt ein klares Mandat gegeben, die Widerstände von *Big Business* und *Wall Street* gegen den *New Deal*²⁷ zurückzudrängen und seinen Kampf gegen soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zu intensivieren. Hier galt es, in allen Bevölkerungsschichten Empathie für die von der Depression am härtesten betroffenen Menschen zu erzeugen und damit die Basis zur Akzeptanz sozialpolitischer Reformen zu legen. Diesem Ziel dienten die zahlreichen *New Deal*-Kulturprogramme zur finanziellen Unterstützung von Künstlern. Der »New Deal for the Arts«²⁸ hatte mehrere Funktionen: Arbeitsbeschaffung für Künstler, Präsentation ihrer Arbeiten im öffentlichen Raum sowie insbesondere die

23 So Keyishian, Harry: »The »Confidence« President: Franklin D. Roosevelt in Film«, in: Iwan W. Morgan (Hg.), *Presidents in the Movies. American History and Politics on Screen*, New York: Palgrave Macmillan 2011, S. 109-129.

24 Lawson, Alan: *A Commonwealth of Hope: The New Deal Response to Crisis*, Baltimore: Johns Hopkins University Press 2006.

25 Roosevelt, Franklin D.: »Inaugural Address, 20.01.1937«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/209135> (letzter Abruf 20.06.2020).

26 Roosevelt, Franklin D.: »Acceptance Speech for the Renomination for the Presidency Philadelphia, Pa, 27.06.1936«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/208917> (letzter Abruf 20.06.2020).

27 Vgl. Phillips-Fein, Kim: *Invisible Hands. The Businessmen's Crusade Against the New Deal*, New York/London: W.W. Norton 2010.

28 Einen vorzüglichen Einstieg bietet der Ausstellungskatalog Bustard, Bruce I.: *A New Deal for the Arts*, Seattle: University of Washington Press/National Archives and Records Administration 1997, auch als Online-Ausstellung verfügbar: The National Archives: A New Deal for the Arts, https://www.archives.gov/exhibits/new_deal_for_the_arts/index.html (letzter Abruf 20.06.2020); vgl. auch Nate, Richard: *Amerikanische Träume. Die Kultur der Vereinigten Staaten in der Zeit des New Deal*, Würzburg: Königshausen & Neumann 2003.

Dokumentation des Amerikas der 1930er Jahre in einer sozialkritischen Perspektive. Eine besondere Bedeutung haben in diesem Kontext Tausende Fotos, die die Schicksale der Menschen und insbesondere der verarmten Bauern und die vor dem *Dust Bowl* in den Westen der USA fliehenden Landarbeiter dokumentieren.²⁹ Die meisten dieser Bilder vermitteln einen bedrückenden Eindruck von Verelendung, Not und Hoffnungslosigkeit. Diese Fotos hatten und haben starke emotionale Wirkungen. Das entsprach ganz der Intention der *New Deal*-Philosophie, Empathie mit dem *Forgotten Man* zu wecken und damit von der Notwendigkeit sozialer Reformen zu überzeugen. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre haben die Künstler auch die sichtbaren Erfolge der Staatsintervention visualisiert. Das gilt namentlich für die im Mai 1933 ins Leben gerufene *Tennessee Valley Authority*.³⁰ In der Kunst spiegelt sich auch die Rhetorik des *New Deal*: Rückbesinnung auf die Vergangenheit, Bestandsaufnahme der Gegenwart und Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

5. Roosevelt-Rezession und *Military Keynesianism*

Der Blick in die Zukunft wurde in wirtschaftlicher Hinsicht im Verlauf des Jahres 1937 allerdings zunehmend getrübt. Die Roosevelt-Administration hatte die während des Wahljahrs 1936 erhöhten Staatsausgaben zurückgefahren. Die Arbeitslosigkeit war daraufhin wieder gestiegen, von 14 Prozent im Jahre 1937 auf 19 Prozent zur Jahreswende 1937/38.³¹ Für diese Entwicklung stand der Präsident in der politischen Verantwortung, es handelte sich um eine Roosevelt-Rezession.³² Zu den prominentesten Kritikern zählte John Maynard Keynes: Er forderte zum einen höhere

29 Die meisten Bilder sind online zugänglich in: Library of Congress, Washington D.C./Farm Security Administration/Office of War Information: Black and White Negatives, <https://www.loc.gov/pictures/collection/fsa/> (letzter Abruf 20.06.2020); zahlreiche Fotos veröffentlicht in: Walther, Peter: *New Deal Photography. USA 1935-1943*, Köln: Taschen 2016; vgl. auch Böger, Astrid: »Die Foto-Kampagnen der Farm Security Administration«, in: Hans-Jörg Czech/Nikola Doll (Hg.), *Kunst und Propaganda im Streit der Nationen 1930-1945*, im Auftrag des Deutschen Historischen Museums Berlin, Dresden: Sandstein 2007, S. 366-373.

30 Vgl. Smith, Todd: »Almost Fully Modern. The TVA's Visual Art Campaign«, in: Tim Culvahouse (Hg.), *The Tennessee Valley Authority: Design and Persuasion*, New York: Princeton Architectural Press 2007, S. 108-119; als Beispiel ein *Mural* von Cropper, William: »Construction of the Dam«, in: Utah State University Libraries Digital Exhibits, <http://exhibits.usu.edu/exhibits/show/americanguideseries/item/18821> (letzter Abruf 20.06.2020).

31 Vgl. Statista: Historische Arbeitslosenquote in den USA in den Jahren 1919 bis 1945, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/276006/umfrage/historische-arbeitslosenquote-in-den-usa/> (letzter Abruf 20.06.2020).

32 Vgl. Guttenplan, Don David: »A History Lesson for George Osborne«, in: *The Guardian* vom 21.06.2010, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2010/jun/21/george-osborne-fdr-new-deal> (letzter Abruf 20.06.2020).

Staatsausgaben,³³ zum anderen kritisierte er Roosevelts Haltung in Bezug auf das Spannungsfeld zwischen Staatsintervention und Privatwirtschaft: »you are treading a very dangerous middle path. You must either give more encouragement to business or take over more of their functions yourself«, so Keynes. »Your present policies seem to presume that you possess more power than you actually have.«³⁴ Die weltpolitische Entwicklung veränderte die Lage grundlegend. Der Kriegseinsatz in Europa und schließlich der Kriegseintritt der USA führten zu drastisch wachsenden Rüstungsausgaben. So stiegen die Staatsausgaben von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahre 1938 auf 40 Prozent im Jahre 1943. Die Arbeitslosigkeit fiel unter den Stand von 1929. Der *Military Keynesianism* entfaltete seine konjunkturellen Wirkungen.³⁵

6. »The Good War«

Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor und dem amerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 stand die Mobilisierung der amerikanischen Ressourcen ganz im Mittelpunkt der Roosevelt'schen Politik. Aus *Dr. New Deal* wurde *Dr. Win-the-War*. Die Konzentration auf die Kriegsführung bedeutete jedoch nicht das Ende des *New Deal*. Im Gegenteil: In seiner Jahresbotschaft vom 11. Januar 1944, die er der Öffentlichkeit per Radio übermittelte, verkündete Roosevelt den Amerikanern »a second Bill of Rights under which a new basis of security and prosperity can be established for all – regardless of station, or race or creed.«³⁶ Nach dem Krieg sollte der *American Dream* für alle Amerikaner Wirklichkeit werden können.

Zunächst galt es jedoch, den Krieg gegen die totalitären Mächte Deutschland, Italien und Japan zu gewinnen. Die Achsenmächte führten einen erbarmungslosen Raub- und Vernichtungskrieg. Die USA und ihre Verbündeten haben unter Führung Roosevelts Freiheit und Menschenrechte gegen die Aggressoren verteidigt. Das hat der westlichen Kriegsführung bis heute Legitimität verliehen. Der Zweite Weltkrieg ist daher im kollektiven Gedächtnis der Amerikaner verankert als

33 Vgl. Keynes, John Maynard an Roosevelt, 01.02.1938, in: Franklin D. Roosevelt Library and Museum, https://www.fdrlibrary.org/documents/356632/390886/smFDR-Keynes_1938.pdf/e6a5b-bc6-dbo7-4d65-8576-e4ea058c5641 (letzter Abruf 20.06.2020).

34 Keynes, John Maynard an Roosevelt, 25.03.1938, in: Franklin D. Roosevelt Library and Museum, www.fdrlibrary.marist.edu/_resources/images/psf/psfa0359.pdf (letzter Abruf 20.06.2020).

35 Vgl. Rauchway, Eric: *The Great Depression and the New Deal. A Very Short Introduction*, Oxford u.a.: Oxford University Press 2008, S. 97.

36 Roosevelt, Franklin D.: »State of the Union Radio Address to the Nation, 11.01.1944«, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/268064> (letzter Abruf 20.06.2020).

»Good War«, ³⁷ geführt von »The Greatest Generation«. ³⁸ Diese stark emotional geprägte Rückbesinnung ist allerdings zum großen Teil das Ergebnis einer staatlich beeinflussten Erinnerungspolitik. ³⁹ Die positive Erinnerung ergibt sich auch aus der Tatsache, dass die USA aus dem Krieg als ökonomische Supermacht hervorgingen: »the years immediately following World War II found the United States at the pinnacle of comparative affluence and preponderance in the international economy«. ⁴⁰ Die Revitalisierung des *American Dream* wurde Realität.

Es gehört zu den großen Verdiensten Roosevelts, dass er auf die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Großen Depression eine demokratische Antwort gefunden hat. Er hat das privatkapitalistische System durch Staatsintervention und durch bis heute nachwirkende sozialpolitische Komponenten ergänzt, das *American System* reformiert und damit stabilisiert. Die von Roosevelt erneuerte Hoffnung auf Verwirklichung des *American Dream* hat der Mehrheit der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg über mehr als ein halbes Jahrhundert einen stark emotional geprägten Fortschrittsglauben vermittelt. Das *American System* wurde überdies zum Modell für den größten Teil der Welt.

III. »Arbeitsschlacht« und »Führer«-Mythos im »Dritten Reich«

1. Scheinlegitimierung durch Vergleiche mit Roosevelts *New Deal*

Die Antwort auf die Große Depression in Deutschland stand zum demokratisch legitimierten *New Deal* in radikalem Gegensatz. Die Ergebnisse sind bekannt: Zerstörung der Demokratie im Zuge der »Machtergreifung« Hitlers, Entfesselung des Zweiten Weltkriegs mit katastrophalen Folgen für Deutschland und die Welt. Hitlers Herrschaft war zu keinem Zeitpunkt durch demokratische Wahlen legitimiert. Umso mehr war das nationalsozialistische Regime vor allem in der Phase der Machtkonsolidierung bemüht, durch pseudodemokratische Argumente eine solche Legitimierung vorzutauschen. Zu dieser Scheinlegitimierung gehörte die

37 Vgl. Bodnar, John E.: *The »Good War« in American Memory*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press 2010.

38 Brokaw, Tom: *The Greatest Generation*, New York: Random House 1998.

39 Vgl. Haak, Sebastian: *The Making of the Good War. Hollywood, das Pentagon und die amerikanische Deutung des Zweiten Weltkrieges 1945-1962*, Paderborn: Schöningh 2013.

40 Abramovitz, Moses/David, Paul A.: »American Macroeconomic Growth in the Era of Knowledge-Based Progress. The Long-Run Perspective«, in: Stanley L. Engerman/Robert E. Gallman (Hg.), *The Cambridge Economic History of the United States. Vol. III: The Twentieth Century*, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 1-92, hier S. 5.

»Abschirmung der inneren Machtergreifung«⁴¹ durch eine vorsichtige Außenpolitik. Das Regime proklamierte Kontinuität in der Außenpolitik und verzichtete zunächst auf außenpolitische Konfrontationen. Das diente auch der Beruhigung des Auslands, dem der Eindruck vermittelt wurde, die internationalen Beziehungen seien von den Umwälzungen in Deutschland nicht betroffen. Diese Taktik ging auf. Präventivkriegspläne blieben Gedankenspiele.⁴² Die Tatsache, dass sich die Staatenwelt mit dem nationalsozialistischen Regime arrangierte, strahlte dann wiederum auf die deutsche Innenpolitik zurück. In diesem Kontext benutzte das Regime Vergleiche mit dem Ausland zur Rechtfertigung der innerdeutschen Entwicklung. Das gilt insbesondere für den hier zur Debatte stehenden Faktor USA und namentlich die zunächst überaus positive Bewertung von Präsident Roosevelt und seinem *New Deal* vor allem in den Jahren 1933 und 1934.⁴³

»Auch wir deutschen Nationalsozialisten schauen nach Amerika. [...] Roosevelt macht Experimente, und die sind kühn«, kommentierte der *Völkische Beobachter* die Währungspolitik des amerikanischen Präsidenten.⁴⁴ Im Zentrum der von den Nationalsozialisten kontrollierten Berichterstattung stand die starke Stellung des neuen amerikanischen Präsidenten. Roosevelt habe »die staatsmännische Eigenschaft des taktisch beherrschten Handelns in vollem Maße«. Diese Fähigkeit habe er bewiesen, »als er sich im Lande der ausgeprägten Demokratie diktatorische Vollmachten [...] zu verschaffen wußte«.⁴⁵ Die USA erscheinen so quasi als Vorbild für das nationalsozialistische Deutschland. Mehr noch: »Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen« seien »von symptomatischer Bedeutung für den Ausbruch eines neuen Zeitalters«.⁴⁶

2. »Arbeit und Brot«

In der Innenpolitik suchte sich das nationalsozialistische Regime vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft zu legitimieren. Mit der Parole »Arbeit und Brot« hatte die NSDAP in den Reichstagswahlen des Jahres 1932 geworben.⁴⁷ Die nach der »Macht-

41 Bracher, Karl Dietrich: »Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5:1 (1957), S. 63-76, hier S. 74.

42 Vgl. z.B. Roos, Hans: »Die Präventivkriegspläne Pilsudskis von 1933«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3:4 (1955), S. 344-363.

43 Zum Faktor USA für die deutsche Politik der 1930er Jahre vgl. Gassert, Philipp: *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933-1945*, Stuttgart: Steiner 1997.

44 N.N.: »Roosevelts Währungspolitik«, in: *Völkischer Beobachter* vom 17.01.1934.

45 N.N.: »Taktiker Roosevelt«, in: *Kölnische Zeitung* vom 02.10.1934.

46 N.N.: »Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen«, in: *Völkischer Beobachter* vom 11.05.1933.

47 Vgl. die abgedruckten Plakate in Witamwas, Birgit: *Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat*, Berlin: De Gruyter 2016, S. 223, 225-227, 236.

ergreifung« initiierte antizyklische Konjunkturpolitik diente dann im Wesentlichen zwei Zielen: Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung. Während sich die seit 1934/35 forcierte Aufrüstung zunächst außerhalb der Öffentlichkeit vollzog, standen Arbeitsbeschaffung und deren Erfolge im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. Hier konnte das Regime auch schnell beachtliche statistische Erfolge verzeichnen. Die Arbeitslosenquote ging im Jahr 1933 von ca. 25 Prozent auf ca. 15 Prozent zurück. Die Rüstungskonjunktur führte bis 1939 zu Vollbeschäftigung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit des ersten Jahres resultiert allerdings weniger aus spezifisch nationalsozialistischen Maßnahmen als aus den Tatsachen, dass sich der konjunkturelle Wendepunkt bereits im Herbst 1932 vollzogen hatte und die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierung Papen ihre Wirkung entfalteten.

Das ändert nichts daran, dass das NS-Regime die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen um annähernd die Hälfte (von über 6 Millionen auf weniger als 4 Millionen) für sich reklamierte, was »erheblich zur Reputation Hitlers als Bezwinger der Massenarbeitslosigkeit beigetragen haben [dürfte]«. ⁴⁸ Mehr noch: Der schnelle Rückgang der Arbeitslosenzahlen nach der »Machtergreifung« ist ein wesentliches Element in der Etablierung eines »Führer«-Mythos. ⁴⁹ Die Hitler-Regierung schien von Anfang an »eine Dynamik und Kraft auszustrahlen, die in scharfem Kontrast stand zur Lähmung der vorangegangenen Regierungen.« ⁵⁰ Man komme »eigentlich gar nicht mehr zum Diskutieren vor lauter Wundern und Staunen, was unser Hitler alles macht. [...] Seit der Mann die Geschichte in die Hand genommen hat, da klappt«, kommentierte eine Regionalzeitung im September 1933. ⁵¹

3. »Führer«-Kult

Bereits im Jahre 1933 entstand ein Hitlerkult, der in den folgenden Jahren systematisch verstärkt wurde. Das wurde zum einen durch entsprechende Inszenierungen von öffentlichen Auftritten Hitlers bei Massenveranstaltungen verwirklicht, die eine vermeintliche Einheit von »Führer« und Volk suggerierten. Der Führerkult war ein wesentliches Element der nationalsozialistischen Propaganda, die auf die zunehmend gleichgeschalteten Medien zurückgreifen konnte. Hervorzuheben sind Radio und Film. Das Medium Film schien besonders geeignet, emotionale Beziehungen des »Volkes« zum »Führer« aufzubauen. Als Beispiel sei hier der Film über

48 Buchheim, Christoph: »Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56:3 (2008), S. 381-414, hier S. 395.

49 Vgl. hierzu insbesondere Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 41), Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1980; vgl. auch Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München: dtv 2013.

50 I. Kershaw: Hitler-Mythos, S. 47.

51 Zitiert nach ebd., S. 46.

den Parteitag der NSDAP von 1934 der Regisseurin Leni Riefenstahl genannt: *Triumph des Willens* (1935).⁵² Bereits die Anfangssequenz setzt die emotionalen Akzente. Hitler schwebt im Flugzeug vom Himmel ein wie ein messiasähnlicher Heilsbringer.

Die nationalsozialistische Propaganda sowie innen- und außenpolitische Erfolge mündeten in zunehmender Zustimmung des größten Teils der Bevölkerung zum nationalsozialistischen Regime. Wesentliches Element der Propaganda blieb im weiteren Verlauf der 1930er Jahre das Thema Arbeitsbeschaffung. Dies belegt auch die Tatsache, dass der Parteitag der NSDAP des Jahres 1937 den Titel »Parteitag der Arbeit«⁵³ erhielt. Hier hatte das Regime fraglos Erfolge zu verkünden. Der kontinuierliche Rückgang der Arbeitslosigkeit führte schließlich zu Arbeitskräftemangel und Vollbeschäftigung. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannte »Arbeitsschlacht«, war zentrales Element der erfolgreichen Mobilisierung von Zustimmung für das NS-Regime.⁵⁴

Im Kontext des sich »ins schier Unglaubliche« steigernden »Führerkultes«⁵⁵ entwickelten große Teile der Bevölkerung emotionale Bindungen an den »Führer«, ja sogar eine Art »gegenseitiger emotionaler Resonanz«.⁵⁶ Das betraf auch jene Teile der Bevölkerung, die dem NS-Regime zunächst ablehnend gegenüber standen. »Alle Tage muß mein Dirndl für den Führer ein Vaterunser beten«, so die Ehefrau eines ehemaligen Kommunisten, »weil er uns das tägliche Brot wiedergegeben hat«.⁵⁷ Diese emotionalen Bindungen lassen sich nicht zuletzt daraus ableiten, wie die Bevölkerung auf wirtschaftliche Entwicklungen reagierte, die hinter ihren Erwartungen zurückblieben. Fehlentwicklungen wurden der NSDAP, nicht aber dem »Führer« angelastet. Ian Kershaw verweist in diesem Kontext auf die »auffällige Erscheinung, dass Hitlers zunehmende Popularität keineswegs eine Entsprechung hatte in einem ähnlichen Zuwachs des Ansehens der Partei«. In dieser »Diskrepanz zwischen dem populären Bild des Dritten Reiches, das Hitler verkörperte, und dem sehr viel weniger beliebten Bild des NS-Regimes, das die NSDAP und ihre einzel-

52 Vgl. dazu Loiperdinger, Martin: *Rituale der Mobilmachung. Der Parteitagfilm ›Triumph des Willens‹ von Leni Riefenstahl* (= *Forschungstexte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Band 22), Frankfurt a.M.: Leske + Budrich 1987.

53 Vgl. N.N. (Hg.): *Der Parteitag der Arbeit vom 6.-13. September 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden*, München: Franz Eher 1938.

54 Vgl. grundlegend hierzu Humann, Detlev: »Arbeitsschlacht«. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939, Göttingen: Wallstein 2011.

55 N. Frei: *Führerstaat*, S. 16.

56 Ciompi, Luc/Endert, Elke: *Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 62.

57 I. Kershaw: *Hitler-Mythos*, S. 88.

nen örtlichen Repräsentanten bei der Bevölkerung abgaben«, sieht Kershaw einen »Grundzug der politischen Meinungsbildung in der NS-Zeit«.⁵⁸

4. Kanonen statt Butter

Mit der »Arbeitsschlacht«-Propaganda wurde eine ständige Dynamik zur Mobilisierung der Bevölkerung etabliert. Damit sollte auch von den wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen abgelenkt, ja die »Illusion eines guten Lebens«⁵⁹ suggeriert werden. Das Schlagwort »Wirtschaftswunder« machte die Runde. Die Wirklichkeit sah anders aus. Hier ist etwa auf die Versorgungskrise der Jahre 1935/36 zu verweisen.⁶⁰ Soziale Ungleichheit wurde nicht abgebaut, sondern eher noch verstärkt; die Propagierung der vermeintlich klassenlosen »Volksgemeinschaft« sollte dies kaschieren. Und die Nettolöhne lagen im Jahre 1938 immer noch unter dem Niveau von 1928. Aufgrund der Erhöhung der Arbeitszeiten hatten die Wochenlöhne den Stand von 1929 erreicht. »Kanonen statt Butter«⁶¹ war die wirtschaftliche Realität, die eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards ausbremste. »Die Vorbereitung auf den Krieg hatte Vorrang und entsprechend mussten die Konsumwünsche der Deutschen zurückstehen.«⁶² Das wurde der Öffentlichkeit auch unverblümt mitgeteilt. So erklärte Rudolf Hess, der »Stellvertreter des Führers«, im Oktober 1936:

»Wir sind bereit, auch künftig – wenn notwendig, mal etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren, weil wir wissen, daß dieses kleine Opfer ein Opfer bedeutet auf dem Altar der Freiheit unseres Volkes. Wir wissen, daß die Devisen, die wir dadurch sparen, der Aufrüstung zugute kommen. Auch heute gilt die Parole ›Kanonen statt Butter‹.«⁶³

Offenbar war das Trauma der Arbeitslosigkeit im kollektiven Bewusstsein der Menschen so stark verankert, dass die erwähnten Defizite der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik die Zustimmung zum Regime nicht ernsthaft gefährdeten. Die

58 Ebd., S. 72.

59 So Howind, Sascha: Die Illusion eines guten Lebens. Kraft durch Freude und nationalsozialistische Sozialpropaganda (= Politische Kulturforschung, Band 8), Frankfurt a.M.: Peter Lang 2013.

60 Vgl. dazu insbesondere Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1993, S. 371-375.

61 Vgl. als neueren Beitrag Schanetzky, Tim: »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, München: C.H. Beck 2015.

62 G. Morsch: Arbeit und Brot, S. 141.

63 Völkischer Beobachter vom 23.10.1936, zitiert nach N. Frei: Führerstaat, S. 228.

»Verlusterfahrung aus der Weltwirtschaftskrise«⁶⁴ führte dazu, dass die »Arbeitsschlacht«-Propaganda auf fruchtbaren Boden fiel und allein der Rückgang der Arbeitslosigkeit von der Mehrheit der Bevölkerung als Erfolgsstory angesehen wurde.⁶⁵ Die außenpolitischen Erfolge vor allem im Jahre 1938 taten ihr übriges. Hier liegen wesentliche Ursachen für die emotionalen Bindungen großer Teile der Bevölkerung an den »Führer«, die die Realitäten von Zwangswirtschaft und Repression des nationalsozialistischen Regimes weitgehend ausblendeten.

5. Fernwirkungen der NS-Propaganda

Die nationalsozialistische »Arbeitsschlacht«-Propaganda, die sich fraglos auf statistische Erfolge berufen konnte, entfaltete eine über den Zusammenbruch des »Dritten Reichs« hinausgreifende Wirkung.⁶⁶ Die Fernwirkung von NS-Propaganda und »Führer«-Mythos spiegelte sich beispielsweise in einer Gedenkrede des damaligen Bundestagspräsidenten Jenninger vom 10. November 1988. Die Jahre 1933 bis 1938 seien »selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum insofern, als es in der Geschichte kaum eine Parallele zu dem politischen Triumphzug Hitlers während jener ersten Jahre« gegeben habe. »Man genoss vielleicht in einzelnen Lebensbereichen weniger individuelle Freiheiten, aber es ging einem persönlich doch besser als zuvor, und das Reich war doch unbezweifelbar wieder groß, ja größer und mächtiger als je zuvor.« Die »staunenerregenden« wirtschaftlichen und politischen Erfolge Hitlers seien »insgesamt und jeder für sich eine nachträgliche Ohrfeige für das Weimarer System« gewesen.⁶⁷

Hier manifestiert sich die naive Vorstellung, man könne aus der NS-Diktatur vermeintlich »gute Seiten« herausfiltern und als Teil der Erinnerungskultur pflegen. Nach einer *Forsa*-Umfrage vertrat noch im Jahre 2007 jeder vierte Deutsche die Auffassung, der Nationalsozialismus habe »auch gute Seiten« gehabt.⁶⁸ Bei der

64 Süß, Dietmar: »Ein Volk ein Reich ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich, München: C.H. Beck 2017, S. 89.

65 Vgl. in diesem Kontext auch die Hinweise auf glücksökonomische Forschungsansätze bei Wahl, Fabian: Die Entwicklung des Lebensstandards im Dritten Reich: Eine glücksökonomische Perspektive, FZID Discussion Paper No. 32-2011, Universität Hohenheim, Forschungszentrum Innovation und Dienstleistung (FZID), Stuttgart 2011, <http://opus.uni-hohenheim.de/volltexte/2011/633/> (letzter Abruf 20.06.2020).

66 Zitiert nach D. Humann: Arbeitsschlacht, S. 742.

67 Jenninger, Philipp: Rede am 10. November 1988 im Deutschen Bundestag, in: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, https://www.lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Handouts/2018-06-13-jenninger-rede.pdf (letzter Abruf 20.06.2020).

68 Vgl.: Statista: Glauben Sie, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten hatte?, 16.10.2007, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/410/umfrage/vorhandensein-guter-seiten-am-nationalsozialismus/> (letzter Abruf 20.06.2020); vgl. auch Klimeš, Tim: »Auch gute

Frage nach den vermeintlich »guten Seiten« des Nationalsozialismus ist schon die Fragestellung falsch. Sie verkennt generell die zerstörerische Dynamik faschistischer Regime. Das gilt auch für die hier zur Debatte stehende Wirtschaftspolitik. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik war ganz auf die geplante gewaltsame territoriale Expansion ausgerichtet, eine Kriegswirtschaft bereits in Friedenszeiten. Auch im Hinblick auf die Entwicklung nach Kriegsbeginn spricht der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze treffend von einer »Ökonomie der Zerstörung«.⁶⁹

Hier wird deutlich, dass sich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in ihrer Zielsetzung von Anfang an grundlegend vom *New Deal* Roosevelts unterscheidet. Allerdings gibt es in den Antworten auf die Große Depression in Deutschland und den USA auf einigen Gebieten fraglos auch Parallelen. Darauf hat der amerikanische Historiker John A. Garraty Anfang der 1970er Jahre in einem grundlegenden Aufsatz verwiesen.⁷⁰ Als Beispiele werden der Einsatz staatlicher Mittel zur direkten Arbeitsbeschaffung und die staatliche Organisation von Arbeitsdiensten genannt: Reichsarbeitsdienst im »Dritten Reich« und *Civilian Conservation Corps* (CCC) in den USA. Der Kulturhistoriker Schivelbusch hat diese vergleichende Perspektive aufgegriffen und »entfernte Verwandtschaften« zwischen dem deutschen Nationalsozialismus, dem italienischen Faschismus und dem amerikanischen *New Deal* diagnostiziert; in der englischsprachigen Ausgabe sind daraus »Three New Deals« geworden.⁷¹ Dies ist eine Einladung zu einem grundlegenden Missverständnis. In Assoziation mit der 1963 von Ernst Nolte publizierten Untersuchung *Der Faschismus in seiner Epoche (Three Faces of Fascism)*⁷² kann der Eindruck eines über die USA hinausgreifenden *New Deal* in seiner Epoche entstehen. Der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik wird mit der Charakterisierung als *New Deal* quasi eine Art Gütesiegel verliehen. Damit droht insofern die Gefahr einer Apologie des »Dritten Reichs«, weil die grundlegenden Unterschiede zwischen Nationalsozialismus

Seiten«, in: Tagesspiegel vom 18.10.2007, <https://www.tagesspiegel.de/politik/auch-gute-seiten/1071318.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

- 69 Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, übersetzt von Yvonne Badal, München: Siedler 2018.
- 70 Vgl. Garraty, John A.: »The New Deal, National Socialism, and the Great Depression«, in: *American Historical Review* 78:4 (1973), S. 907-944.
- 71 Vgl. Schivelbusch, Wolfgang: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal, 1933-1939*, München: Hanser 2005; Titel der englischen Übersetzung: *Three New Deals. Reflections on Roosevelt's America, Mussolini's Italy, and Hitler's Germany, 1933-1939*, übersetzt von Jefferson Chase, New York: Picador 2006.
- 72 Nolte, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus*, München: Piper 1963; Englischsprachige Fassung: *Three Faces of Fascism. Action Française, Italian Fascism, National Socialism*, übersetzt von Leila Vennewitz, London: Weidenfeld & Nicolson 1963.

und dem *New Deal* Roosevelts verwischt werden. Deshalb muss an folgende fundamentalen Unterschiede immer wieder erinnert werden: Roosevelt hat mit seiner »broad Executive power« fraglos eine *Imperial Presidency* etabliert, um einen von Arthur Schlesinger Anfang der 1970er Jahre geprägten Begriff zu benutzen.⁷³ Roosevelt war jedoch durch vier Wahlen legitimiert, und er hat sich immer im Rahmen der amerikanischen Verfassung bewegt. Hitlers Politik zielte von Anfang an auf die Zerstörung der demokratischen Ordnung in Deutschland und die Etablierung einer Gewaltherrschaft in Europa und darüber hinaus. Das Ergebnis ist bekannt. Der von Hitler entfesselte Krieg führte in die Katastrophe für Deutschland, Europa und die Welt. Nach dem Ende des »Dritten Reichs« wurde das Ausmaß der Zerstörung in Europa für alle Welt sichtbar. Nicht nur das besiegte Deutschland, sondern ganz Europa steckte in einer schweren ökonomischen Krise. Das wirtschaftliche Chaos drohte überdies in ein politisches Chaos zu münden. Wie nach dem Ersten Weltkrieg haben die USA nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der sowjetischen Bedrohung eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung initiiert. Hier fiel wie nach dem Ersten Weltkrieg Deutschland eine Schlüsselrolle zu.

IV. Emotionale Dimensionen des Marshallplans

1. Hauptziele der Marshallplan-Propaganda

Das vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall im Juni 1947 angekündigte *European Recovery Program* (ERP) war weit mehr als ein wirtschaftliches Hilfsprogramm. Es war ein Eckpfeiler der amerikanischen Europapolitik im Kontext des Kalten Krieges. Es zielte auf die wirtschaftliche Stabilisierung Westeuropas als Voraussetzung auch der politischen Stabilisierung. Diese ökonomisch-politische Doppelfunktion bildete die Grundlage zur Eindämmung vor allem der Sowjetunion. Zugleich war das ERP ein Instrument zur Lösung der deutschen Frage: Ziel war die Eindämmung des deutschen Machtpotentials durch wirtschaftliche und später auch politische Integration Westdeutschlands in das westliche Staatensystem. Dieses Kalkül ist voll aufgegangen. Der Marshallplan wurde zu einer Erfolgsstory, das ist aus der historischen Rückschau zu konstatieren.⁷⁴

73 Schlesinger, Arthur M.: *The Imperial Presidency*, Boston: Houghton Mifflin 1973.

74 Vgl. als neuere Beiträge Behrman, Greg: *The Most Noble Adventure. The Marshall Plan and the Time When America Helped Save Europe*, New York u.a.: Free Press 2007; Sorel, Eliot/Padoan, Pier Carlo (Hg.): *The Marshall Plan. Lessons for the 21st Century*, Paris: OECD 2008; ausführliche Literaturhinweise bei Lehmann, Axel: *Der Marshall-Plan und das neue Deutschland. Die Folgen amerikanischer Besatzungspolitik in den Westzonen*, Münster: Waxmann 2000, S. 501-524.

Aus der Perspektive der Jahre 1947/48 war dies allerdings nicht selbstverständlich. Daher hat die Regierung Truman gigantische Propagandakampagnen initiiert. Dafür wurden beträchtliche Mittel eingesetzt, immerhin 5 Prozent der gesamten ERP-Hilfe in Höhe von 13,4 Milliarden US-Dollar. Welch große Bedeutung diese Propaganda für Washington hatte, dokumentieren die bilateralen Abkommen zwischen den USA und den Empfängerländern. Hier verpflichteten sich diese, die Öffentlichkeit »weitgehend« über »Ziele und Fortschritte« des ERP und »alle zur Förderung dieses Programms unternommenen Schritte zu unterrichten«.⁷⁵

Die Marshallplan-Propaganda hatte folgende Schwerpunkte: Information über Mechanismen und anvisierte Wirkungen des ERP; Einstimmung der Bevölkerung in den Empfängerländern auf die wirtschaftlichen und politischen Ziele, Werben um Zustimmung von Legislative und Öffentlichkeit in den USA; Kampf gegen sowjetische Expansion und kommunistische Propaganda, Zurückdrängung von Ambitionen der europäischen nicht-kommunistischen Linken zur Etablierung Europas als »Dritte Kraft« und schließlich die ständige Erinnerung daran, dass die Hilfe zum Wiederaufbau Europas aus Amerika kommt. Die Propagandakampagnen stützten sich auf die ganze Bandbreite der modernen Kommunikationsmittel. Hervorgehoben werden hier die besonders akzentuiert auf emotionale Wirkung zielenden visuellen Medien: Fotos und Plakate, Filme sowie Ausstellungen.⁷⁶

2. Hilfe kommt aus Amerika

Bei der Analyse der Marshallplan-Propaganda lassen sich zwei Grundtendenzen erkennen. Zum einen die rational-ökonomische Komponente: von der allgemein verständlichen Erläuterung der ökonomischen Zusammenhänge bis zu fachspezifischen Ratschlägen an Unternehmen zur Steigerung der Produktivität. Zum anderen die hier im Mittelpunkt stehende emotionale Komponente, die auf vielfältige Weise visualisiert wurde. Das begann damit, dass alle Lieferungen im Rahmen des Marshallplans entsprechend gekennzeichnet wurden. Ein Sack mit Weizen genauso wie eine Landmaschine. Hinweise, dass Hilfe aus Amerika kam, waren allgegenwärtig, auch in Bezug auf die Versorgung mit damals heiß begehrten Produkten: »Amerika hilft Deutschland mit Textilien«,⁷⁷ »Schuhe und Leder durch

75 Bundesrepublik Deutschland: »Abkommen über die Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika«, in: Bundesgesetzblatt 15, Bonn 1950, S. 10-21 hier S. 17.

76 Vgl. ausführlicher Schröder, Hans-Jürgen: »Marshallplan-Werbung in Österreich und West-Deutschland«, in: Günter Bischof/Dieter Stiefel (Hg.), »80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998, Wien: Ueberreuter 1999, S. 315-342.

77 Amerika hilft Deutschland mit Textilien. ERP. Marshallplan-Europa, Plakat im Besitz des Verfassers.

den Marshallplan«. ⁷⁸ Mit ERP-Mitteln geförderte Bauprojekte für Wohnungen sowie Industrie und Landwirtschaft wurden mit entsprechenden Schildern versehen: »Hier hilft der Marshallplan«. ⁷⁹ Welch großen Wert die Regierung in Washington auf die jeweiligen Herkunftsbezeichnungen der Gelder legte, dokumentieren die Akten der Kreditanstalt für Wiederaufbau. ⁸⁰

3. Das Filmprogramm

Ein besonders wirksames Medium der ERP-Propaganda waren die mehr als 200 Marshallplan-Filme, die in der internationalen Forschung seit den 1990er Jahren zunehmend Beachtung gefunden haben. ⁸¹ Wichtige Impulse hat hier der am amerikanischen Filmprogramm beteiligte Albert Hemsing gegeben. Als neuere Publikation ist die Untersuchung von Maria Fritsche zu nennen. ⁸² In dem hier zur Debatte stehenden Kontext hat der Film auch deshalb eine herausragende Bedeutung, weil kein anderes Medium so gut geeignet ist, an die Emotionen der Zuschauer zu appellieren. Aus der Fülle der Marshallplanfilme sollen zwei Beispiele zitiert werden.

Der Film *The Marshall Plan at Work in Western Germany* (GB/USA 1950, Regie: James Hill) ist ein Beleg dafür, dass sich die sogenannten *One Country Films*, also Filme, die nur ein Land fokussieren, nicht nur an die Bevölkerung des Landes richteten, auf das der Film thematisch fokussiert ist. Neben Erfolgsberichten aus Landwirtschaft und Industrie Westdeutschlands enthält der Film eine zentrale Botschaft an das Ausland, warum die Deutschen, die den Zweiten Weltkrieg zu verantworten haben, in die ERP-Hilfe einbezogen wurden. Das rational-ökonomische Argument zielt auf die zentrale ökonomische Bedeutung Westdeutschlands für die europäische Wirtschaft: »Today, industrial Germany is still the factory of Europe. [...] The wheels of Europe are still closely geared to the wheels of German industry.« Das zweite Argument stützt sich auf einen emotional-dramatischen Appell an die Zuschauer. Angesichts der humanitären Katastrophe und namentlich des

78 Schuhe und Leder durch den Marshallplan, Plakat im Besitz des Verfassers.

79 Vgl. z.B. die Abbildung eines Schilds mit der Aufschrift »Hier hilft der Marshallplan«, in: LEMO (Lebendiges Museum Online, Stiftung Deutsches Historisches Museum/Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Bundesarchiv), <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/alltagskultur-hier-half-der-marshallplan.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

80 Vgl. z.B. Musterbrief an deutsche Unternehmen, undatiert, in: Historisches Archiv der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Berlin, Bestand HA/BS 19.

81 Der umfangreichste Bestand befindet sich in den National Archives in College Park/MD. Zahlreiche Filme sind inzwischen online verfügbar, z.B. auf der Homepage des Deutschen Historischen Museums, www.dhm.de/filmarchiv/die-filme/ (letzter Abruf 20.06.2020).

82 Fritsche, Maria: *The American Marshall Film Campaign and the Europeans. A Captivated Audience?*, London: Bloomsbury 2018.

Flüchtlingseleids sei es ein Gebot der Menschlichkeit (»duty of mankind«), Westdeutschland, wo sich die europäischen Nachkriegsprobleme besonders dramatisch präsentierten, zu helfen: »It has been said that you have only to name a post war problem and Germany has it, usually in a grave form.« Das gelte insbesondere für den ständigen Strom von Flüchtlingen vor allem aus Ostdeutschland (»Soviet Germany«), Polen, Lettland, Litauen und Estland. All diese Flüchtlinge könnten zwar notdürftig untergebracht und versorgt werden, aber wie solle es weitergehen?

»Where are they to go from here? How find work? And there is the double tragedy. The old are unwanted, because they are past work; the young as well, they have not yet reached working age; the families also, they consume more than they can produce. Only the single and the unattached have a good chance of work and wages. A double tragedy, a premium on loneliness.«

Trotz aller Trostlosigkeit endet der Film mit einem Hoffnungsschimmer: Mit dem Marshallplan hat der Wiederaufbau begonnen.

Auch andere *One Country Films* enthalten emotionale Botschaften an alle ERP-Länder. Das gilt etwa für den Film *The Story of Koula* (IT/GR/USA 1951, Regie: Vittorio Gallo). Der Film zeigt die Ankunft amerikanischer Maulesel in Griechenland, die die Wiederbelebung der griechischen Landwirtschaft unterstützen sollen. Koula, eines dieser Tiere, steht im Mittelpunkt der Handlung. Die neuen Besitzer haben zunächst Schwierigkeiten, das störrische Tier zu zähmen. Was die Erwachsenen nicht schaffen, gelingt dem Bauernsohn Kyriakos. Er spannt den übergroßen amerikanischen Maulesel mit einem kleinen griechischen Esel zusammen vor den Pflug. Nach einer kurzen Eingewöhnung pflügen sie einträchtig gemeinsam. Die emotional vermittelten Botschaften sind vielfältig: Hilfe kommt aus Amerika. Damit man das nicht übersieht, ist der Maulesel mit dem Brandzeichen »USA« versehen. Das pflügende Tandem ist eine Metapher; in doppelter Hinsicht: die beiden Tiere symbolisieren zum einen die Versöhnung griechischer Traditionen mit der Moderne, zum anderen die fruchtbare Zusammenarbeit von alter und neuer Welt. Der Größenunterschied ist ein Hinweis auf die Überlegenheit Amerikas. Und die erfolgreiche Arbeit des Jungen symbolisiert schließlich den Aufbruch in die Zukunft durch die junge Generation. Kinder und Tiere sind offenbar Garanten für die Realisierung der intendierten emotionalen Wirkungen. Diese sollten sich nicht auf die griechischen Zuschauer beschränken. Schließlich wurde der Film in neun Sprachen übersetzt und in Westeuropa positiv aufgenommen.

4. Visualisierung der Erfolge

Die ERP-Propaganda war nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil der Marshallplan zu wirken begann. Die amerikanische Diplomatie hat dann auch alles unternommen, um die Fortschritte sichtbar zu machen. Neben dem Filmprogramm ist

hier der Einsatz der Fotografie zu erwähnen. Im amerikanischen Nationalarchiv befindet sich eine umfangreiche Sammlung von Fotos aus allen ERP-Ländern. Jedes mit ERP-Mitteln finanzierte Projekt, jede Marshallplan-Ausstellung und jeder Fortschritt in der innereuropäischen Zusammenarbeit wurde im Bild festgehalten. Die Fotos wurden der europäischen Presse zur Verfügung gestellt, damit die jeweils frohe Kunde Verbreitung fand und das Publikum daran erinnert wurde, woher die Unterstützung kommt. Die Visualisierung der Erfolge diente auch der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Propaganda und sollte die Überlegenheit des ›Westens‹ demonstrieren.

Für die Bundesrepublik hatten diese Erfolgsbilanzen eine über das Wirtschaftliche hinausgehende Bedeutung. Das gilt namentlich für Fortschritte in der innereuropäischen Zusammenarbeit. Als die Bundesrepublik am 31. Oktober 1949 Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde, hatte dies für die Bevölkerung eine beachtliche politisch-emotionale Dimension. Es war ein wichtiger Schritt aus der außenpolitischen Isolation. »Westdeutschland spricht mit!«, so der Titel einer aus diesem Anlass gezeigten Wanderausstellung.⁸³ In einer in diesem Kontext publizierten volkstümlichen Broschüre heißt es: »Das ERP bringt Deutschland Glück: Die neue Bundesrepublik ist nun auch in Paris vertreten, Vereinte Kraft hilft aus den Nöten!«⁸⁴

5. Massen-Suggestion?

Mit der ständigen Erinnerung daran, dass aus den USA Hilfe kam, wurden die Europäer auf die für sie große Bedeutung der transatlantischen Beziehungen eingestimmt. Diese wurden zuweilen in subtiler Weise visualisiert. Ein italienisches Plakat zeigt eine aus den Flaggensymbolen der ERP-Länder erbaute Brücke.⁸⁵ Das eine Fundament ist in Europa verankert, das andere in der Neuen Welt. Der entscheidende Baustein in der Mitte ist durch die amerikanische Fahne symbolisiert. Auch auf einem deutschen Plakat, das zum Besuch des Marshallplan-Zuges einlädt, ist diese Verbindungslinie visualisiert. Die Rauchfahne der Lokomotive verknüpft Europa optisch mit dem amerikanischen Kontinent.⁸⁶

Die massive Propaganda für den Marshallplan hat insbesondere in der westdeutschen Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, die ERP-Hilfe sei für den

83 Vgl. z. B. das Poster mit dem Ankündigungstext für die Ausstellungsstation in Gießen mit dem Titel »Westdeutschland spricht mit!«, Stadtarchiv Gießen; Abbildung in: Schröder, Hans-Jürgen: »Das Europäische Wiederaufbauprogramm. Zum Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Sebastian Lorenz/Marcel Machill (Hg.), Transatlantik. Transfer von Politik, Wirtschaft und Kultur, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 52-72, hier S. 61.

84 Europa Bildungswerk (Hg.): Deutschlands Weg ins ERP, Regensburg o.J. [1950].

85 Ricostruzione Europea – E.R.P. = Pace e Lavoro, Postkarte im Besitz des Verfassers.

86 Marshall-Plan-Zug. Einladung, Stadtarchiv Leverkusen.

wirtschaftlichen Aufstieg ausschlaggebend gewesen. Das führte zu einer starken Relativierung, ja Vernachlässigung von Faktoren wie der Währungsreform und dem Aufbauwillen der Bevölkerung. Dies rief bereits zeitgenössische Kritik auf den Plan, die sich insbesondere in der von Ludwig Erhard herausgegeben Zeitschrift *Währung und Wirtschaft* artikuliert.⁸⁷ Ludwig Erhard sprach im Hinblick auf die massive Marshallplan-Propaganda von einer »Massen-Suggestion«. Dass diese »übersteigert« werde und »dann selbst Übertreibungen« herbeiführe, werde »kaum beachtet« und in seinen »bedenklichen Auswirkungen nicht ernst genug genommen«. Auch der Rundfunk unterliege dieser »Massen-Suggestion« und mache sich »zugleich zu ihrem Werkzeug«. Anlass zu diesen Überlegungen war eine Schulfunksendung des Nordwestdeutschen Rundfunks über den Marshallplan vom April 1950, in der es heißt: »Ohne den Marshallplan hätten wir nicht die D-Mark«. Dieses Fazit könne nur als »grobe Fälschung« bezeichnet werden, so Erhard. Man frage sich vergeblich, »was es für einen Sinn haben soll, sogar den Schulkindern [...] und außerdem dem ganzen Volk das Vertrauen in die eigene Kraft zu nehmen und die Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von Auslandshilfe der Wahrheit zuwider zu behaupten«.⁸⁸

Mitte der 1950er Jahre, Erhard war inzwischen zum »Vater des Wirtschaftswunders« avanciert, fiel sein Urteil wesentlich milder aus. In seinem Buch *Wohlstand für alle* verhehlte er nicht sein Unbehagen an den planerischen Elementen des Marshallplans und anfänglichen amerikanischen Widerständen gegen seine stürmische Liberalisierungspolitik.⁸⁹ Er ließ aber keinen Zweifel daran, dass der Marshallplan-Hilfe »der besondere Dank des deutschen Volkes« gebühre. Diese »großherzige Unterstützung« verdiene, »vor allem um ihrer moralischen Wirkung willen gewürdigt zu werden«.⁹⁰

Die Marshallplan-Propaganda hat neben einer rational-ökonomischen Argumentation in subtiler Weise an die Gefühle der Europäer appelliert. In Westdeutschland war dies besonders wirksam. Zum einen war durch die Propaganda der Eindruck entstanden, die Marshallplan-Hilfe sei ein Geschenk der USA. Der Bevölkerung war meist nicht bewusst, dass die Lieferungen und auch die Propaganda-Kampagnen von den Empfängerländern in ihrer Landeswährung bezahlt werden mussten. Hinzu kam, dass durch die Einbeziehung in das ERP das

87 Vgl. Hardach, Gerd: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952, München: dtv 1994, S. 293.

88 Erhard, Ludwig: »Massen-Suggestion über die Auslandshilfe« (1949/50), zitiert nach Werner Abelshauser/Reinhard Neebe (Hg.), Deutschland und Europa in der Weltwirtschaft seit 1945. Quellen zur Geschichte und Politik, Stuttgart: Klett 2008, S. 36.

89 Vgl. dazu ausführlich Koch-Wegener, Anette: *Apostle of the Free Market Economy*. Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus US-amerikanischer Perspektive, 1949-1955, Marburg: Tectum 2005.

90 Erhard, Ludwig: *Wohlstand für alle*, Düsseldorf: Econ 1957, S. 334.

Selbstwertgefühl der Westdeutschen emotional gestärkt wurde. Und schließlich war der Wiederaufbau für alle erlebbar. Durch die genannten Faktoren wurden die Westdeutschen quasi auf Amerika und die transatlantischen Beziehungen emotional eingepolt. Dies hat in den Jahrzehnten nach dem Krieg zu einem idealisierenden Amerikabild beigetragen.

6. Erinnerungspolitik

Von allen Empfängerländern hat die Bundesrepublik die intensivste Erinnerungspolitik betrieben. Das reichte von der Ausgabe von Sonderbriefmarken bis zu Würdigungen im Deutschen Bundestag. Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 bereits den Ton angegeben: »Ich glaube nicht, dass jemals in der Geschichte ein siegreiches Land versucht hat, dem besiegten Land in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und zu seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und tun.« Das deutsche Volk dürfe dies dem amerikanischen Volk »niemals vergessen« und »es wird auch nicht vergessen.«⁹¹ Zum 25. Jahrestag der Rede Marshalls stellte die Bundesregierung finanzielle Mittel für die Errichtung einer Marshall-Gedächtnisstiftung bereit. Bundeskanzler Willy Brandt betonte bei diesem Anlass, Marshall habe das »verschüttete Selbstbewusstsein Europas« aufgerüttelt und vielen Bürgern des alten Kontinents »einen konkreten Anstoß« gegeben, »um die Vision eines einigen und dauerhaft befriedeten Europas von den Sternen auf die Erde herunterzuholen«.⁹² Die nachfolgenden Kanzler Schmidt, Kohl und Schröder äußerten sich mit ihren jeweiligen Dankesformeln in ähnlichem Sinne.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte in ihren Gedenkreden der Jahre 2007 und 2017 die Außenpolitik in den Mittelpunkt.⁹³ Sie erinnerte daran, »welche Strahlkraft eine einzige historische Sternstunde wie die Rede Marshalls über Jahre und Jahrzehnte hinaus entwickeln konnte«, vermied aber eine einseitig idealisierende Darstellung der amerikanischen Motive. »Natürlich« sei die Strategie

91 Adenauer, Konrad: »Regierungserklärung vom 20. September 1949«, in: Peter Pulte (Hg.), Regierungserklärungen 1949–1973, Berlin/New York: De Gruyter 1973, S. 7–29, hier S. 29.

92 Bundeskanzler Brandt an der Harvard University am 2. Juni 1972, in: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 83 vom 07.06.1972, S. 1139.

93 Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag des Marshallplans am 14. November 2007 in Berlin, in: Bulletin 130-1 vom 19.11.2007, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-2000-bis-2009/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796840> (letzter Abruf 20.06.2020); Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Festveranstaltung »70 Jahre Marshall-Plan« am 21. Juni 2017 in Berlin, in: Bulletin 76-1 vom 24.06.2017, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-2010-bis-2017/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-798044> (letzter Abruf 20.06.2019).

des Marshallplans »kein altruistischer Ansatz« gewesen, sondern habe »im besten Sinne« dazu gedient, »Eigeninteressen der USA zu vertreten«. Dies zeige, »wie Politik auf der Grundlage eigener Werte und Interessen verstanden werden kann und dass sie dann auch zum Wohle aller gelingt«.⁹⁴

Die emotionale Strahlkraft des Marshallplans ist in ihren positiven Wirkungen auf die transatlantischen Beziehungen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg inzwischen verblasst. Das gilt namentlich für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Das zum Teil idealisierende Amerikabild der Deutschen wurde schrittweise von einer kritischen Einschätzung der USA abgelöst; seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten wird man von einer stark emotional geprägten Ablehnung der amerikanischen Außen- und Innenpolitik durch die Mehrheit der Deutschen sprechen müssen.⁹⁵ In diesem Umfeld finden die Formeln der Dankbarkeit an die USA in der staatlichen Erinnerungspolitik der Bundesrepublik in der Bevölkerung kaum noch Resonanz. Diese Distanz zu den USA ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass der Marshallplan im kollektiven Gedächtnis besonders der Deutschen, der Europäer und der Amerikaner ohne Vorbehalte als Erfolgsstory verankert ist. Die in der Wissenschaft geführte Debatte, ob der Marshallplans für den Wiederaufbau Europas wirklich entscheidend war, perlt an Regierenden und Bevölkerung ab, weil Rekonstruktion und Marshallplan auch in der historischen Erinnerung zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen bleiben.

7. Marshallplan als Modell?

Wie stark diese Erinnerung an die Erfolgsstory Marshallplan letztlich global verankert ist, zeigt sich immer wieder, wenn zur Lösung aktueller wirtschaftlicher und auch weltwirtschaftlicher Probleme ein Marshallplan gefordert wird. »Ein Marshallplan für ...« ist zur universalen Rettungsformel mutiert. Selbst der russische Präsident Putin fordert einen Marshallplan für Nahost.⁹⁶ In der jüngsten Debatte steht vor allem Afrika im Mittelpunkt. So hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller Anfang 2017 einen Online-Dialog »Marshallplan für Afrika« eröffnet.⁹⁷ Aus

94 Ebd.

95 Vgl. die Zusammenfassung einer Allensbach-Umfrage vom November 2016: N.N.: »Trump verdüstert das Amerikabild der Deutschen weiter«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/deutsche-halten-donald-trump-fuer-ruecksichtslos-und-unqualifiziert-14529588.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

96 Vgl. N.N.: »Putin schlägt Marshall-Plan für Nahost vor«, in: Der Standard vom 27.10.2016, <https://www.derstandard.at/story/2000046589018/putin-schlaegt-marshall-plan-fuer-nahost-vor> (letzter Abruf 20.06.2020).

97 Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Marshallplan mit Afrika, Stand: Januar 2017, https://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/index.html (letzter Abruf 20.06.2020).

wirtschaftshistorischer Perspektive wird gegen die Verwendung des Begriffes Marshallplan eingewandt, dass es sich bei der Suche nach Lösungen für ökonomische Probleme in der sogenannten »Dritten Welt« um Fragen der wirtschaftlichen *Entwicklung* handelt. Der Marshallplan war aber, wie schon seine offizielle Bezeichnung ERP zeigt ein Europäisches *Wiederaufbauprogramm*.⁹⁸

Auch hier verhält die rational-ökonomische Argumentation offenbar ungehört. Das resultiert auch aus den Begleitumständen der Genesis des ERP. Die skizzierten emotionalen Elemente waren wesentlich nicht nur für den Erfolg des ERP, sie haben auch eine bis heute anhaltende Fernwirkung. Nicht rational-ökonomische Argumente, sondern das emotional geprägte kollektive Gedächtnis prägen den Mythos Marshallplan. Solange sich die Politik an den Lehren der Geschichte orientiere, werde dies auch so bleiben, argumentieren die amerikanischen Sozialwissenschaftler Agnew und Entrikin: »the Marshall Plan, one of the few positive metaphors in circulation in the gloomy circuit of world affairs, will continue to be recycled as both a model and legitimation of actions planned or under way.«⁹⁹ Wie wenig sich der Marshallplan als Modell für das 21. Jahrhundert eignet, belegen die im Vergleich zur Nachkriegszeit grundlegend veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Nicht zuletzt die Große Rezession der Jahre nach 2007/08 macht dies deutlich.

V. *American Dream* und »Wohlstand für alle?« Große Rezession und Krisenwahrnehmung in den USA und Deutschland

1. Wiederholt sich die Geschichte?

Der Zusammenbruch des New Yorker Bankhauses Lehman Brothers im Oktober 2008 hat einen Kollaps des internationalen Zahlungsverkehrs ausgelöst. Dies war, wie sich schnell zeigen sollte, weit mehr als eine Finanzkrise. Es kam weltweit zu gravierenden Konjunkturerinbrüchen und zu einem globalen Vertrauensverlust bis hin zu der Frage, ob das westlich privat-kapitalistische System überhaupt noch eine Zukunft habe. Diese dramatischen Entwicklungen als Finanzkrise zu charakterisieren, wie das häufig geschieht, ist allerdings irreführend und wirkt insofern ver-

98 Vgl. insbesondere Abelshauser, Werner: »Mythos Marshallplan«, in: Gerd Müller et al. (Hg.), Ein Marshallplan mit Afrika: Geeignetes Konzept für eine nachhaltige Entwicklung?, in: ifo Schnelldienst 70:4 (2017), S. 14-17, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/165879/1/ifo-sd-70-2017-i04-p03-20.pdf> (letzter Abruf 20.06.2020).

99 Agnew, John/Entrikin, J. Nicholas: »Introduction: The Marshall Plan as Model and Metaphor«, in: Dies. (Hg.), *The Marshall Plan Today. Model and Metaphor*, London/New York: Routledge 2004, S. 1-22, hier S. 18.

harmlosend, weil es die markanten weltwirtschaftlichen Verwerfungen der Jahre nach 2008 nicht hinreichend berücksichtigt. Der Begriff Große Rezession scheint eher angemessen. Er charakterisiert auch die großen Herausforderungen für die Eliten von Politik und Wirtschaft und die Menschen überall in der Welt. Erinnerungen an die Große Depression wurden wach. »Wiederholt sich die Geschichte doch?«, fragte ein deutsches Nachrichtenmagazin.¹⁰⁰ Vergleiche mit den 1930er Jahren wurden von zahlreichen Zeitschriften mit Fotos aus der Weltwirtschaftskrise häufig bereits auf den Titelseiten visualisiert.¹⁰¹ Menschen auf der verzweifelten Suche nach Arbeit, Menschen in langen Warteschlangen vor Suppenküchen in der Hoffnung auf eine Mahlzeit. Hier spiegelt sich, wie stark das Elend der Großen Depression im kollektiven Bewusstsein der Menschen noch heute verankert ist.

Auch den Entscheidungsträgern von Wirtschaft und Politik war dies bewusst. Die Regierenden, allen voran der USA, dem Ursprung der *Great Recession*, haben daher mit einer Reihe interventionistischer Instrumente gegengesteuert: Konjunkturprogramme, Rettung von Banken und Firmen durch Subventionen oder Übernahmen in Staatsregie, Maßnahmen der Notenbanken wie drastische Zinssenkungen und der Aufkauf von Anleihen (*Quantitative Easing*). Aus der historischen Rückschau waren diese Maßnahmen erfolgreich, wenn man sich an gesamtwirtschaftlichen Konjunkturdaten wie Wachstum und Arbeitslosenquote orientiert. Doch wie haben die Menschen den Schock der Großen Rezession emotional »verarbeitet? Welche Rolle spielen hier die im Verlauf der Krise verschärften sozialen Ungleichheiten? Hat sich die Einstellung gegenüber den westlichen privat-kapitalistischen Ordnungsvorstellungen verändert? Diese Fragen sollen im Folgenden am Beispiel Deutschlands und der USA zur Debatte gestellt werden.

2. Barack Obama, ein neuer Franklin Delano Roosevelt?

Die Hoffnungen der Amerikaner richteten sich in der Krise auf Barack Obama, der mit den Slogans »change« und »yes, we can« im November 2008 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte. Politiker und Journalisten zogen Vergleiche mit der Situation in der Großen Depression und namentlich mit Franklin D. Roosevelts *New Deal*. Das Nachrichtenmagazin *Time* visualisierte sogar eine Kontinuität, als es auf der Titelseite Obama mit typischen Markenzeichen Roosevelts abbildete, mit Zigarettenspitze sitzend im Cabriolet.¹⁰² Politiker und Journalisten erteilten Obama Ratschläge, was er in der Krisenbekämpfung von Roosevelt lernen könne. In seiner Antrittsrede stellte sich Obama selber in eine Kontinuität Roosevelts: »we have chosen hope over fear, unity of purpose over conflict«. Obama sprach von der

100 Der Spiegel 18/2009 vom 27.04.2009, Titel.

101 Vgl. z.B. Time vom 13.10.2008.

102 Vgl. Time vom 24.11.2008, Titel.

Erneuerung Amerikas (»remaking America«) und bekräftigte die Leitideen von *New Deal* und *American Dream*: »the God-given promise that all men are equal and free, and all deserve a chance to pursue their full measure of happiness.«¹⁰³

Fraglos hat Obama mit seinem Kampf gegen die Große Rezession sichtbare Erfolge vorzuweisen. Das belegt vor allem der kontinuierliche Rückgang der Arbeitslosigkeit: vom Höchststand im Jahre 2010 (9,61 Prozent) auf 4,88 Prozent im Jahre 2016, seinem letzten Amtsjahr.¹⁰⁴ Auch das Wirtschaftswachstum entwickelte sich positiv. Nach dem Konjunkturereinbruch 2008 (-2,54 Prozent) bewegten sich die Wachstumsraten in den Jahren 2010 bis 2016 innerhalb einer Bandbreite von 1,6 Prozent und 2,9 Prozent.¹⁰⁵ Die sich hier manifestierende relativ schnelle Erholung der amerikanischen Wirtschaft und damit einhergehende Stabilisierung des *American System* insgesamt sind allerdings begleitet von einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache.

3. Thematisierung der sozialen Ungleichheit

Die Zunahme der sozialen Ungleichheit ist eine seit Ende der 1970er Jahre zu beobachtende Entwicklung. So hat das obere ein Prozent der Amerikaner seinen Anteil am Nationaleinkommen in den Jahren 1980 bis 2016 verdoppelt (von 10 Prozent auf 20 Prozent), während sich der Anteil der unteren 50 Prozent von rund 20 Prozent auf rund 13 Prozent verringerte.¹⁰⁶ Dieser langfristige Trend hat sich in der Großen Rezession markant verschärft. Während sich die Haushaltsvermögen von 7 Prozent der wohlhabenden Haushalte in den Jahren 2009 bis 2011 um 28 Prozent erhöhten, mussten die übrigen 93 Prozent der Amerikaner einen Rückgang von 4 Prozent hinnehmen.¹⁰⁷ Wesentlich dramatischer manifestiert sich die ökonomische Ungleichheit in der Vermögenskonzentration. 1 Prozent der Amerikaner

103 Obama, Barack: »Inaugural Address«, 20.01.2009, in: The American Presidency Project, <http://www.presidency.ucsb.edu/node/217053> (letzter Abruf 20.06.2020).

104 Statista: USA: Arbeitslosenquote von 2008 bis 2018, 11.04.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/> (letzter Abruf 16.09.2019).

105 Statista: USA: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr), 02.05.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/> (letzter Abruf 16.09.2019).

106 Vgl. Durden, Tyler: »Who Is Getting Screwed the Hardest?«, in: ZeroHedge vom 22.12.2017, <https://www.zerohedge.com/news/2017-12-21/who-getting-screwed-hardest> (letzter Abruf 20.06.2020).

107 Vgl. Fry, Richard/Taylor, Paul: »A Rise in Wealth for the Wealthy; Declines for the Lower 93 %«, in: Pew Research Center. Social and Demographic Trends vom 23.04.2013, <https://www.pewsocialtrends.org/2013/04/23/a-rise-in-wealth-for-the-wealthydeclines-for-the-lower-93/> (letzter Abruf 20.06.2020).

verfügen über 40 Prozent des Vermögens, das ist mehr als der Anteil der unteren 90 Prozent.¹⁰⁸

Derartige Zahlen haben Obama bewogen, die soziale Ungleichheit in öffentlichen Proklamationen wiederholt zu thematisieren und an die Grundgedanken des *American Dream* zu erinnern, an »the basic American promise that if you worked hard, you could do well enough to raise a family, own a home, send your kids to college, and put a little away for retirement«.¹⁰⁹ Es sei von entscheidender Bedeutung, ob dieses Versprechen erhalten werden könne, betonte der Präsident in seiner Jahresbotschaft vom Januar 2012: »We can either settle for a country where a shrinking number of people do really well [...] or we can restore an economy where everyone gets a fair shot, and everyone does their fair share, and everyone plays by the same rules.«¹¹⁰ In seiner sogenannten »inequality speech« vor dem *Center of American Progress*, um ein weiteres Beispiel anzuführen, geißelte Obama die soziale Ungleichheit und machte den Rückgang sozialer Mobilität für den von ihm diagnostizierten »opportunity gap« verantwortlich. Zugleich wandte er sich gegen den verbreiteten Irrglauben, die Regierung sei gegenüber diesen Problemen machtlos, im Gegenteil:

»we've also seen how government action time and again can make an enormous difference in increasing opportunity and bolstering the ladder into the middle class. Investments in education, laws establishing collective bargaining, and a minimum wage – these all contributed to rising standards of living for massive numbers of Americans.«¹¹¹

In diesem Sinne werde er, wie in den vergangenen fünf Jahren, auch in seiner verbleibenden Amtszeit an einer Erneuerung des *American Dream* arbeiten, »to make sure that every striving, hardworking optimistic kid in America has the same incredible chance that this country gave me.«¹¹² Auch in seiner letzten Jahresbotschaft beklagte Obama die anhaltende soziale Ungleichheit. Zwar konnte er in seiner wirtschaftlichen und sozialen Bilanz durchaus Erfolge aufweisen wie den Rückgang der

108 Vgl. Ingraham, Christopher: »The richest 1 percent now owns more of the country's wealth than at any time in the past 50 years«, in: Washington Post vom 06.12.2017, <https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2017/12/06/the-richest-1-percent-now-owns-more-of-the-countrys-wealth-than-at-any-time-in-the-past-50-years/> (letzter Abruf 20.06.2020).

109 Obama, Barack: »Address Before a Joint Session of the Congress on the State of the Union«, 24.01.2012, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/299426> (letzter Abruf 20.06.2020).

110 Ebd.

111 Obama, Barack: »Remarks at the Town Hall Education Arts Recreation Campus«, 04.12.2013, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/304669> (letzter Abruf 20.06.2020).

112 Ebd.

Arbeitslosigkeit und die Ausweitung der Krankenversicherung (*Affordable Care Act*), sein Postulat nach Bekämpfung der von ihm immer wieder thematisierten sozialen Ungleichheit ist allerdings zumindest letztlich ein Eingeständnis des Scheiterns in dieser Frage.¹¹³

4. Ambivalente Emotionen

Zahlreiche *Think Tanks*, Meinungsforschungsinstitute und die Finanzindustrie haben die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Großen Rezession analysiert und die Einstellungen der Bevölkerung in Umfragen dokumentiert. Fünf Jahre nach Beginn der Großen Rezession stellte das *Pew Research Center* die Frage, wie die Amerikaner das amerikanische Wirtschaftssystem im Vergleich mit der Zeit vor der Großen Rezession einstufen. 33 Prozent waren der Meinung, die wirtschaftliche Situation habe sich verbessert (»more secure«), während 63 Prozent keinen Zuwachs an Sicherheit (»no more secure«) sahen.¹¹⁴ Die Frage, ob das amerikanische Wirtschaftssystem gegenüber allen Amerikanern fair sei, bejahten lediglich 31 Prozent, während 65 Prozent der Auffassung waren, einflussreiche Gruppen würden in einer gegenüber der Gesamtgesellschaft unfairen Weise begünstigt.¹¹⁵ Damit ist auch das Problem der ökonomischen Ungleichheit angesprochen, das seit der Großen Rezession von den Forschungsinstituten verstärkt aufgegriffen wird. In einer Umfrage im Juli 2017, ob sie die wirtschaftliche Ungleichheit als Problem empfinden, antworteten immerhin 82 Prozent mit ja (»very big problem«: 48 Prozent, »moderately big«: 34 Prozent). Und 65 Prozent waren davon überzeugt, dass mächtige Interessengruppen in unfairen Weise begünstigt würden.¹¹⁶

Angesichts der sich hier manifestierenden kritischen Haltung der Mehrheit der Amerikaner gegenüber dem amerikanischen Wirtschaftssystem stellt sich die Frage nach der Aktualität des *American Dream*. Hier begab sich das *Pew Research Center* im Sommer 2017 auf die Suche nach Antworten. Die Frage lautete: »Do you believe

113 Obama, Barack, »Address Before a Joint Session of the Congress of the United States«, 12.01.2016, in: the American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/313186> (letzter Abruf 05.07.2020).

114 Vgl. Pew Research Center: Five Years after Market Crash, U.S. Economy Seen as »No More Secure«, 12.09.2013, <https://www.people-press.org/2013/09/12/five-years-after-market-crash-u-s-economy-seen-as-no-more-secure/1-7/> (letzter Abruf 20.06.2020).

115 Vgl. Fingerhut, Hannah: »Most Americans say U.S. economic system is unfair, but high-income Republicans disagree«, in: Pew Research Center Facttank, 20.02.2016, www.pewresearch.org/fact-tank/2016/02/10/most-americans-say-u-s-economic-system-is-unfair-but-high-income-republicans-disagree/ (letzter Abruf 20.06.2020).

116 Vgl. Pew Research Center: Political Typology Reveals Deep Fissures on the Right and the Left, 24.02.2017, <https://www.people-press.org/2017/02/24/5-views-of-the-economy-and-the-social-safety-net/> (letzter Abruf 20.06.2020).

your family has achieved the American dream?«. 36 Prozent waren der Überzeugung, dass für sie der *American Dream* bereits Wirklichkeit sei (»already achieved«), 48 Prozent sahen sich auf dem Wege, den *American Dream* für sich zu erreichen (»on way to achieving it«); lediglich 17 Prozent glaubten, dass der *American Dream* für Sie unerreichbar sei (»out of reach«).¹¹⁷ Im Kontext der zitierten Vorbehalte einer Mehrheit der Amerikaner gegenüber dem amerikanischen Wirtschaftssystem ist das Ergebnis überraschend. Diese sich hier manifestierenden emotionalen Ambivalenzen sind offenbar damit zu erklären, dass die emotionale Bindung an das Ideal des *American Dream* die statistischen Fakten weitgehend überdeckt. Das würde auch erklären, warum die amerikanische Gesellschaft eher bereit zu sein scheint, soziale Ungleichheit zu akzeptieren als die Bevölkerungen anderer wohlhabender Länder.¹¹⁸

5. Soziale Ungleichheit in Deutschland

Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik ist ähnlich wie in den USA kein neues Phänomen. Hans-Ulrich Wehler hat in den 1990er Jahren in seiner Geschichte der deutschen Gesellschaft nachdrücklich darauf hingewiesen und vor allem die Vermögenskonzentration und eine seit Gründung der Bundesrepublik nahezu konstante »eklatante Ungleichverteilung« der Haushaltseinkommen betont.¹¹⁹ Dieses Problem wurde in der Öffentlichkeit damals allerdings kaum problematisiert. Ähnlich wie der *New Deal* hat die Soziale Marktwirtschaft mit ihren als »Wirtschaftswunder« beschriebenen ökonomischen Erfolgen den Menschen mit niedrigem Einkommen Aufstiegsperspektiven vermittelt nach dem Motto »Wohlstand für alle«. Seit der Großen Rezession wird auch in Deutschland eine breitere Debatte über Probleme der sozialen Ungleichheit geführt. Das hat mehrere Gründe. Zunächst liegt es daran, dass die soziale Ungleichheit zugenommen hat. Zum anderen hat die Große Rezession die Kapitalismuskritik verstärkt und insbesondere die Frage aufgeworfen, ob das privat-kapitalistische Modell noch in der Lage ist, nachhaltig Wohlstand und soziale Sicherheit zu gewähren. Im Unterschied zur Obama-Administration, die den Abbau ökonomischer Ungleichheit als politisches Ziel nannte, hielt und hält sich die Bundesregierung hier zurück. Die Debatte über

117 Vgl. Smith, Samanta: »Most think the ›American dream‹ is within reach for them«, in: Pew Research Center Facttank, 31.10.2017, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/10/31/most-think-the-american-dream-is-within-reach-for-them/> (letzter Abruf 20.06.2020).

118 Vgl. N.N.: »Why is America more tolerant of inequality than many rich countries?«, in: The Economist vom 18.12.2017, <https://www.economist.com/democracy-in-america/2017/12/18/why-is-america-more-tolerant-of-inequality-than-many-rich-countries> (letzter Abruf 20.06.2020).

119 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München: C.H. Beck 2008, S. 119–124, Zitat auf S. 123.

soziale Ungleichheit wird in der Bundesrepublik überwiegend von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Forschungsinstituten und Sozialverbänden geführt.

In den Zahlen der Statistiker ist die soziale Ungleichheit in eindeutiger Weise dokumentiert. So haben sich die Anteile der verschiedenen Einkommensgruppen am gesamten Netto-Einkommen seit den 1960er Jahren bis zum Jahre 2014 drastisch verändert. Die Top 10 Prozent haben ihren Anteil von 37 Prozent auf über 40 Prozent gesteigert, der Anteil der unteren 50 Prozent ist dagegen dramatisch von 32 Prozent auf 18 Prozent gesunken; profitiert haben allerdings die mittleren 40 Prozent mit einem Zuwachs von 31 Prozent auf 40 Prozent.¹²⁰ Nimmt man das oberste ein Prozent als Bezugspunkt, ist die Diskrepanz wesentlich drastischer. Ein indexierter Vergleich (1983 = 100) zeigt, dass die Einkommensanteile der oberen ein Prozent im Jahre 2013 auf den Indexwert von 135 angestiegen sind, während der Indexwert der unteren 90 Prozent im gleichen Zeitraum auf 88 gesunken ist. Noch deutlicher spiegelt sich die soziale Ungleichheit in der Vermögenskonzentration, wie die von der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2017 erhobenen Zahlen deutlich belegen. Demnach besitzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung 3 Prozent des Vermögens, die oberen 10 Prozent kommen auf 55 Prozent.¹²¹

Welche Wirkungen haben diese Befunde auf die Bevölkerung? Hat die Große Rezession die Einstellung zum Problem sozialer Ungleichheit und damit auch zum Wirtschaftssystem der Bundesrepublik insgesamt verändert? In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass der Konjunkturereinbruch nach der Lehman-Pleite dramatischer war als in den USA. Im Jahr 2009 ging das Bruttoinlandsprodukt um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Regierung Merkel und die Europäische Zentralbank haben hier wie die Obama-Administration durch eine Reihe antizyklischer Maßnahmen entschlossen und überaus erfolgreich gegengesteuert. Bereits im Jahr 2010 kam es wieder zu einem Wachstum von 4,1 Prozent.¹²² Durch sozialpolitische Maßnahmen blieben negative Wirkungen des Konjunkturereinbruchs auf den Arbeitsmarkt überdies begrenzt. Zur Stabilisierung wesentlich beigetragen hatte die von der Bundesregierung gegenüber den Sparerinnen und Sparern abgegebene Versicherung, »dass ihre Einlagen sicher sind.«¹²³ Angesichts der Tat-

120 Zahlenangaben nach World Inequality Report 2018, <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf> (letzter Abruf 20.06.2020).

121 Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht April 2019, <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/monatsberichte/monatsbericht-april-2019-793790> (letzter Abruf 20.06.2020), S. 23.

122 Vgl. Statista: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland von 2008 bis 2018 und Prognose des DIW bis 2020 (gegenüber dem Vorjahr), 20.08.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74644/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-deutschland/> (letzter Abruf 19.09.2019).

123 Vgl. z.B. N.N.: »Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind«, in: Der Tagesspiegel vom 05.10.2008, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/schwarzer-oktobe>

sache, dass die Hyperinflation von 1923 im kollektiven Gedächtnis der Deutschen – man muss von einem Inflationstrauma sprechen – tief verankert ist, kann diese Erklärung der Bundesregierung in ihrer psychologischen Wirkung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies unterstreicht einmal mehr die emotionale Dimension als integralen Bestandteil einer erfolgreichen Krisentherapie.

Ungeachtet der konjunkturellen Erfolge der Staatsintervention ist jedoch eine sinkende Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft zu konstatieren. Die von zahlreichen Forschungsinstituten während und nach der Großen Rezession unternommenen Meinungsforschungen belegen dies. Auf die im Jahre 2010 gestellte Frage, ob sich die Soziale Marktwirtschaft »bislang bewährt« habe, gaben 40 Prozent der Befragten eine negative Antwort, eine Verdoppelung gegenüber 1994.¹²⁴ Ähnliche Vorbehalte spiegeln sich in einer Allensbach-Umfrage aus dem selben Jahr.¹²⁵ Infratest dimap hat die Fragen nach der Beurteilung der Sozialen Marktwirtschaft im Januar 2012 stärker differenziert. Die Soziale Marktwirtschaft ist für Deutschland »immer noch am besten«, glaubten 65 Prozent, und 67 Prozent waren der Überzeugung, die Soziale Marktwirtschaft sei »maßgeblich für die derzeit gute wirtschaftliche Lage in Deutschland«. Diese positiven Einschätzungen wurden jedoch überlagert von einer Reihe kritischer Einwände. Die Soziale Marktwirtschaft »funktioniert nicht mehr so wie früher« meinten 73 Prozent; sie sei verantwortlich für die Ungerechtigkeit in Deutschland (42 Prozent); mache die »Reichen reicher und die Armen ärmer« (77 Prozent); 51 Prozent plädierten für eine grundlegend[e] Veränderung.¹²⁶

Wenngleich die Bundesregierung die Bekämpfung sozialer Ungleichheit nicht öffentlich zum politischen Ziel erklärt hat, scheint sich ein Umdenkungsprozess in Ansätzen abzuzeichnen. So erklärte Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede zum 70jährigen Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft, es gebe »keinen Automatismus, dass die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft einfach so wie bisher« funktioniere. »Denn das Thema Wohlstand für alle« sei heute »nicht mehr so selbstverständlich«. Die Soziale Marktwirtschaft sei keine »statische Sache«, sondern »Auf-

r-2008-wir-sagen-den-sparerinnen-und-sparern-dass-ihre-einlagen-sicher-sind-/23130906.html (letzter Abruf 20.06.2020).

- 124 Vgl. Statista: Hat sich die soziale Marktwirtschaft bislang bewährt?, 14.06.2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12428/umfrage/bewertung-soziale-marktwirtschaft/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- 125 Vgl. Statista: Haben Sie von der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?, 08.02.2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/77126/umfrage/meinung-zur-sozialen-marktwirtschaft-in-deutschland/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- 126 Statista: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eher zu oder stimmen Sie ihnen eher nicht zu?, 02.02.2012, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214816/umfrage/ansichten-ueber-die-soziale-marktwirtschaft/> (letzter Abruf 20.06.2020).

trag für die tägliche Arbeit«. ¹²⁷ Hat die Soziale Marktwirtschaft ihre Bedeutung als Zukunftsperspektive für alle verloren?

VI. Soziale Ungleichheit als Sprengsatz der Demokratie

Wirtschafts- und Währungskrisen gefährden mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Menschen die politische Stabilität und stellen letztlich die Frage nach der Überlebensfähigkeit politischer Systeme. In der Großen Depression haben die USA und Deutschland diametral unterschiedliche Antworten gefunden. In den USA vollzog sich unter Präsident Roosevelt der Kampf gegen die größte Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts im Rahmen der amerikanischen Verfassung. In Deutschland nutzte Hitler die Wirtschaftskrise zur sogenannten »Machtergreifung«. Die schnelle Zerstörung der Demokratie in Deutschland ist eine ständige Mahnung an die Führungseliten von Wirtschaft und Politik, sich abzeichnende Wirtschaftskrisen im Keim zu ersticken und durch wirtschaftliche Stabilisierung für einen wesentlichen Beitrag für die Stabilisierung der Demokratie Sorge zu tragen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen in Reaktion auf das vom »Dritten Reich« hinterlassene politische und wirtschaftliche Chaos mit amerikanischer Hilfe eine demokratische Antwort gefunden. Die mit dem Marshallplan einhergehende emotionale Bindung der Westdeutschen an die USA ging einher mit einer emotionalen Bindung an das demokratische System der Bundesrepublik. Die Soziale Marktwirtschaft hat der zweiten deutschen Republik Stabilität verliehen. Die Formel vom »Wohlstand für alle« hat eine ähnliche Wirkung entfaltet wie der *American Dream* in den USA: den Glauben der weniger Privilegierten an die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs durch die Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt. Seit der Großen Rezession haben sich die Zustimmungswerte der Bevölkerungen in beiden Ländern zu zentralen Elementen der Wirtschaftssysteme deutlich verringert. In beiden Ländern hat die staatliche Interventionspolitik in der Großen Rezession zwar beeindruckende gesamtwirtschaftliche Erfolge erzielt, die sich auch in der Arbeitslosenstatistik positiv widerspiegeln, die soziale Ungleichheit hat sich aber verschärft, wenngleich in Deutschland weniger ausgeprägt als in den USA.

In den USA hat die Steuerpolitik der Trump-Administration die Entwicklung verschärft. Mit der Steuerreform des Jahres 2018 wurden unter dem Vorwand »Make America great again« der Oberschicht in hemmungsloser Weise finanzielle Vorteile verschafft. Hier ist ein staatliches Gegensteuern gegen soziale Ungleichheit gegenwärtig nicht zu erwarten. Und in Deutschland ist ein wirksames Gegensteuern gegen die soziale Ungleichheit offenbar nicht auf der

127 A. Merkel: Rede am 15. Juni 2018.

politischen Agenda. Zum Teil wird das Problem von den Eliten sogar relativiert oder negiert. So konstatiert der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2017 in Bezug auf den Ungleichheitsdiskurs ein »Auseinanderklaffen« von Wahrnehmung und statistischer Faktenlage, allerdings mit einem Minderheitsvotum.¹²⁸

Allerdings mehren sich sowohl in den USA als auch in Deutschland die Stimmen auch von Exponenten des Privat-Kapitalismus, die sich besorgt zum Problem der ökonomischen Ungleichheit äußern. So warnt Siemens-Chef Joe Kaeser vor einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und fordert einen »inklusiven Kapitalismus«.¹²⁹ Und in den USA beginnen selbst diejenigen sich Gedanken über die Zukunft des Kapitalismus zu machen, die diesem ihren Reichtum verdanken.¹³⁰ Derartige Bekundungen belegen die Sorge, dass bei anhaltender, ja sich verschärfender Ungleichheit *American Dream* und »Wohlstand für alle« ihre emotionale Bindekraft zur Stabilisierung des gesamten politischen Systems verlieren könnten. Die zitierten Meinungsumfragen deuten in diese Richtung. Nicht nur Wissenschaft, sondern auch Politik sollte dieses emotionale Krisen-Frühwarnsystem ernst nehmen, denn in letzter Konsequenz manifestiert sich in der sozialen Ungleich, wie der britische Wirtschaftshistoriker Martin Wolf nachdrücklich betont, eine Gefährdung der westlichen Demokratien.¹³¹

128 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 17/18, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2017, S. 410; vgl. kritisch dazu das Minderheitenvotum: Eine andere Meinung, ebd., S. 426-428.

129 Vgl. Höpner, Alex/Rexer, Andrea/Afhüppe, Sven: »Interview. Siemens-Chef Kaeser fordert neuen Kapitalismus« in: Handelsblatt vom 28.01.2019, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/interview-siemens-chef-kaeser-fordert-neuen-kapitalismus-arm-und-reich-zu-sehr-voneinander-entfernt/23918240.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

130 Vgl. Jaffe, Greg: »Capitalism in Crisis: U.S. billionaires worry about the survival of the system that made them rich«, in: Washington Post vom 20.4.2019, https://www.washingtonpost.com/politics/capitalism-in-crisis-us-billionaires-worry-about-the-survival-of-the-system-that-made-them-rich/2019/04/20/3e06ef90-5ed8-11e9-bfad-36a7eb36cb60_story.html?utm_term=.c6ee8705805d&wpisrc=al_trending_now__alert-economy--alert-politics--alert-national&wpmk=1 (letzter Abruf 20.06.2020).

131 Vgl. Wolf, Martin: »Inequality is a threat to our democracies«, in: Financial Times vom 19.12.2017, <https://www.ft.com/content/47e3e014-e3ea-11e7-97e2-916d4fbacoda> (letzter Abruf 20.06.2020).

Literatur

1. Texte

- Abelshauser, Werner: »Mythos Marshallplan«, in: Gerd Müller et al. (Hg.), Ein Marshallplan mit Afrika: Geeignetes Konzept für eine nachhaltige Entwicklung?, in: ifo Schnelldienst 70:4 (2017), S. 14-17, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/165879/1/ifo-sd-v70-2017-io4-p03-20.pdf> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Abramovitz, Moses/David, Paul A.: »American Macroeconomic Growth in the Era of Knowledge-Based Progress. The Long-Run Perspective«, in: Stanley L. Engerman/Robert E. Gallman (Hg.), The Cambridge Economic History of the United States. Vol. III: The Twentieth Century, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 1-92.
- Adams, James Tuslow: The Epic of America, Boston: Little, Brown, and Company 1931.
- Adenauer, Konrad: »Regierungserklärung vom 20. September 1949«, in: Peter Pulte (Hg.), Regierungserklärungen 1949-1973, Berlin/New York: De Gruyter 1973, S. 7-29.
- Agnew, John/Enrikin, J. Nicholas: »Introduction: The Marshal Plan as Model and Metaphor«, in: Dies. (Hg.), The Marshall Plan Today. Model and Metaphor, London/New York: Routledge 2004, S. 1-22.
- Alter, Jonathan: The Defining Moment. FDR's Hundred Days and the Triumph of Hope, New York: Simon & Schuster 2006.
- American Radio Works: Letters to Franklin Delano Roosevelt, www.americanradioworks.org/segments/letters-to-franklin-delano-roosevelt/ (letzter Abruf 20.06.2020).
- Behrman, Greg: The Most Noble Adventure. The Marshall Plan and the Time When America Helped Save Europe, New York u.a.: Free Press 2007.
- Bodnar, John E.: The »Good War« in American Memory, Baltimore: The Johns Hopkins University Press 2010.
- Böger, Astrid: »Die Foto-Kampagnen der Farm Security Administration«, in: Hans-Jörg Czech/Nikola Doll (Hg.), Kunst und Propaganda im Streit der Nationen 1930-1945, im Auftrag des Deutschen Historischen Museums Berlin, Dresden: Sandstein 2007, S. 366-373.
- Bracher, Karl Dietrich: »Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5:1 (1957), S. 63-76.
- Brandt, Willy: »Bundeskanzler Brandt an der Harvard University am 2. Juni 1972«, in: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 83 vom 07.06.1972.
- Brokaw, Tom: The Greatest Generation, New York: Random House 1998.

- say-u-s-economic-system-is-unfair-but-high-income-republicans-disagree/ (letzter Abruf 20.06.2020).
- Franklin D. Roosevelt Library and Museum, Hyde Park/NY: Recorded Speeches and Utterances of Franklin D. Roosevelt, 1920-1945, <http://www.fdrlibrary.marist.edu/archives/collections/utterancesfdr.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München: dtv 2013.
- Fritsche, Maria: The American Marshall Film Campaign and the Europeans. A Captivated Audience?, London: Bloomsbury 2018.
- Fry, Richard/Taylor, Paul: »A Rise in Wealth for the Wealthy; Declines for the Lower 93 %«, in: Pew Research Center. Social and Demographic Trends vom 23.04.2013, <https://www.pewsocialtrends.org/2013/04/23/a-rise-in-wealth-for-the-wealthydeclines-for-the-lower-93/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Garraty, John A.: »The New Deal, National Socialism, and the Great Depression«, in: American Historical Review 78:4 (1973), S. 907-944.
- Gassert, Philipp: Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933-1945, Stuttgart: Steiner 1997.
- Gropper, William: »Construction of the Dam«, in: Utah State University Libraries Digital Exhibits, <http://exhibits.usu.edu/exhibits/show/americanguideseries/item/18821> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Guttenplan, Don David: »A History Lesson for George Osborne«, in: The Guardian vom 21.06.2010, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2010/jun/21/george-osborne-fdr-new-deal> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Haak, Sebastian: The Making of the Good War. Hollywood, das Pentagon und die amerikanische Deutung des Zweiten Weltkrieges 1945-1962, Paderborn: Schöningh 2013.
- Hardach, Gerd: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952, München: dtv 1994.
- Höpner, Alex/Rexer, Andrea/Afhüppe, Sven: »Interview. Siemens-Chef Kaeser fordert neuen Kapitalismus« in: Handelsblat vom 28.01.2019, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/interview-siemens-chef-kaeser-fordert-neuen-kapitalismus-arm-und-reich-zu-sehr-voneinander-entfernt/23918240.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Howind, Sascha: Die Illusion eines guten Lebens. Kraft durch Freude und nationalsozialistische Sozialpropaganda (= Politische Kulturforschung, Band 8), Frankfurt a.M.: Peter Lang 2013.
- Humann, Detlev: »Arbeitsschlacht«. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939, Göttingen: Wallstein 2011.
- Ingraham, Christopher: »The richest 1 percent now owns more of the country's wealth than at any time in the past 50 years«, in: Washington Post vom 06.12.2017, <https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2017/12/06/the->

- richest-1-percent-now-owns-more-of-the-countrys-wealth-than-at-any-time-in-the-past-50-years/ (letzter Abruf 20.06.2020).
- Jaffe, Greg: »Capitalism in Crisis: U.S. billionaires worry about the survival of the system that made them rich«, in: Washington Post vom 20.4.2019, https://www.washingtonpost.com/politics/capitalism-in-crisis-us-billionaires-worry-about-the-survival-of-the-system-that-made-them-rich/2019/04/20/3e06ef90-5ed8-11e9-bfad-36a7eb36cb60_story.html?utm_term=.c6ee8705805d&wpisc=al_trending_now__alert-economy--alert-politics--alert-national&wpmk=1 (letzter Abruf 20.06.2020).
- Jenninger, Philipp: Rede am 10. November 1988 im Deutschen Bundestag, in: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, https://www.lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Handouts/2018-06-13-jenninger-rede.pdf (letzter Abruf 20.06.2020).
- Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 41), Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1980.
- Keyishian, Harry: »The ›Confidence‹ President: Franklin D. Roosevelt in Film«, in: Iwan W. Morgan (Hg.), Presidents in the Movies. American History and Politics on Screen, New York: Palgrave Macmillan 2011, S. 109-129.
- Keynes, John Maynard an Roosevelt, 01.02.1938, in: Franklin D. Roosevelt Library and Museum, https://www.fdrlibrary.org/documents/356632/390886/smFDR-Keynes_1938.pdf/e6a5bbc6-dbo7-4d65-8576-e4eao58c5641 (letzter Abruf 20.06.2020).
- Keynes, John Maynard an Roosevelt, 25.03.1938, in: Franklin D. Roosevelt Library and Museum, www.fdrlibrary.marist.edu/_resources/images/psf/psfao359.pdf (letzter Abruf 20.06.2020).
- Kiewe, Amos: FDR's First Fireside Chat. Public Confidence and the Banking Crisis, College Station: Texas A&M University Press 2007.
- Klimeš, Tim: »Auch gute Seiten«, in: Tagesspiegel vom 18.10.2007, <https://www.tagesspiegel.de/politik/auch-gute-seiten/1071318.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Koch-Wegener, Anette: Apostle of the Free Market Economy. Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus US-amerikanischer Perspektive, 1949-1955, Marburg: Tectum 2005.
- Kotlowski, Dean: »Ratifying Greatness: Franklin D. Roosevelt in Film and Television«, in: Journal of American Studies 53:1 (2019), S. 252-279.
- Lawson, Alan: A Commonwealth of Hope: The New Deal Response to Crisis, Baltimore: Johns Hopkins University Press 2006.
- Lehmann, Axel: Der Marshall-Plan und das neue Deutschland. Die Folgen amerikanischer Besatzungspolitik in den Westzonen, Münster: Waxmann 2000.

- Library of Congress, Washington D.C./Farm Security Administration/Office of War Information: Black and White Negatives, <https://www.loc.gov/pictures/collect/lon/fsa/> (letzter Abruf 20.06.2020)
- Lim, Elvin T.: »The Lion and the Lamb: De-Mythologizing Franklin D. Roosevelt's Fireside Chats«, in: *Rhetoric and Public Affairs* 6:3 (2003), S. 437-467.
- Loiperdinger, Martin: *Rituale der Mobilmachung. Der Parteitagfilm ›Triumph des Willens‹ von Leni Riefenstahl* (= *Forschungstexte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Band 22), Frankfurt a.M.: Leske + Budrich 1987.
- McElvaine, Robert S. (Hg.): *Down and Out in the Great Depression. Letters from the Forgotten Man*, Chapel Hill: The University of North Carolina Press 2008.
- Merkel, Angela: »Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag des Marshallplans am 14. November 2007 in Berlin«, in: *Bulletin* 130-1 vom 19.11.2007, <https://www.bundesregierung.de/br-eg-de/service/bulletin/bulletin-2000-bis-2009/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796840> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Dies.: »Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Festveranstaltung ›70 Jahre Marshall-Plan‹ am 21. Juni 2017 in Berlin«, in: *Bulletin* 76-1 vom 24.06.2017, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-2010-bis-2017/rede-von-n-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-798044> (letzter Abruf 20.06.2019).
- Morsch, Günter: *Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37*, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1993.
- Murphy, Mary Jo: »A Hollywood White House for Interesting Times«, in: *New York Times* vom 10.06.2016, <https://www.nytimes.com/2016/06/10/arts/design/a-hollywood-white-house-for-interesting-times.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Nate, Richard: *Amerikanische Träume. Die Kultur der Vereinigten Staaten in der Zeit des New Deal*, Würzburg: Königshausen & Neumann 2003.
- National Archives: »The Declaration of Independence: A Transcription«, in: *America's Founding Documents*, <https://www.archives.gov/founding-docs/declaration-on-transcript> (letzter Abruf 20.06.2020).
- N.N.: »Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen«, in: *Völkischer Beobachter* vom 11.05.1933.
- N.N.: »Roosevelts Währungspolitik«, in: *Völkischer Beobachter* vom 17.01.1934.
- N.N.: »Taktiker Roosevelt«, in: *Kölnische Zeitung* vom 02.10.1934.
- N.N. (Hg.): *Der Parteitag der Arbeit vom 6.-13. September 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden*, München: Franz Eher 1938.
- N.N.: »Wir sagen den Sparerninnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind«, in: *Der Tagesspiegel* vom 05.10.2008, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/schwarzer-oktober-2008-wir-sagen-den-sparerinnen-und-sparern-dass-ihre-einlagen-sicher-sind-/23130906.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

- N.N.: »Putin schlägt Marshall-Plan für Nahost vor«, in: Der Standard vom 27.10.2016, <https://www.derstandard.at/story/2000046589018/putin-schlaegt-marshall-plan-fuer-nahost-vor> (letzter Abruf 20.06.2020).
- N.N.: »Trump verdüstert das Amerikabild der Deutschen weiter«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/trump-s-praesidentschaft/deutsche-halten-donald-trump-fuer-ruecksichtslos-und-u-nqualifiziert-14529588.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- N.N.: »Why is America more tolerant of inequality than many rich countries?«, in: The Economist vom 18.12.2017, <https://www.economist.com/democracy-in-america/2017/12/18/why-is-america-more-tolerant-of-inequality-than-many-rich-countries> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, München: Piper 1963.
- Ders.: Three Faces of Fascism. Action Française, Italian Fascism, National Socialism, übersetzt von Leila Vennewitz, London: Weidenfeld & Nicolson 1963.
- Obama, Barack: »Inaugural Address«, 20.01.2009, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/217053> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Address Before a Joint Session of the Congress on the State of the Union«, 24.01.2012, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/299426> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Remarks at the Town Hall Education Arts Recreation Campus«, 04.12.2013, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/304669> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Address Before a Joint Session of the Congress of the United States«, 12.01.2016, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/313186> (letzter Abruf 05.07.2020).
- Pew Research Center: Five Years after Market Crash, U.S. Economy Seen as »No More Secure«, 12.09.2013, <https://www.people-press.org/2013/09/12/five-years-after-market-crash-u-s-economy-seen-as-no-more-secure/1-7/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Pew Research Center: Political Typology Reveals Deep Fissures on the Right and the Left, 24.02.2017, <https://www.people-press.org/2017/10/24/5-views-of-the-economy-and-the-social-safety-net/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Phillips-Fein, Kim: Invisible Hands. The Businessman's Crusade Against the New Deal, New York/London: W.W. Norton 2010.
- Porter, Tom: »The Winning Slogan from Every US Presidential Campaign Since 1948«, in: Business Insider vom 15.05.2019, <https://www.businessinsider.de/every-winning-slogan-from-us-presidential-campaigns-1948-2016-2019-5?r=US&IR=T#/#1992-bill-clinton-for-people-for-a-change-12> (letzter Abruf 20.06.2020).

- Rauchway, Eric: *The Great Depression and the New Deal. A Very Short Introduction*, Oxford u.a.: Oxford University Press 2008.
- Razzaque, Russell: »FDR Was the Connector-In-Chief«, in: *Psychology Today* vom 03.04.2012, <https://www.psychologytoday.com/intl/blog/political-intelligence/201204/fdr-was-the-connector-in-chief?amp> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Roos, Hans: »Die Präventivkriegspläne Pilsudskis von 1933«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3:4 (1955), S. 344-363.
- Roosevelt, Franklin D.: »Address Accepting the Presidential Nomination at the Democratic National Convention in Chicago, 02.07.1932«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/275484> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Inaugural Address, 04.03.1933«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/208712> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Fireside Chat on Banking, 12.03.1933«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/207762> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Inaugural Address, 20.01.1937«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/209135> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »Acceptance Speech for the Renomination for the Presidency Philadelphia, Pa, 27.06.1936«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/208917> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Ders.: »State of the Union Radio Address to the Nation, 11.01.1944«, in: *The American Presidency Project*, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/268064> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 17/18*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2017.
- Schanetzky, Tim: »Kanonen statt Butter«. *Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich*, München: C.H. Beck 2015.
- Silber, William L.: »Why Did FDR's Bank Holiday Succeed?«, in: *Economic Policy Review* 15:1 (2009), S. 19-30.
- Schivelbusch, Wolfgang: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal, 1933-1939*, München: Hanser 2005.
- Ders.: *Three New Deals. Reflections on Roosevelt's America, Mussolini's Italy, and Hitler's Germany, 1933-1939*, übersetzt von Jefferson Chase, New York: Picador 2006.
- Schlesinger, Arthur M.: *The Imperial Presidency*, Boston: Houghton Mifflin 1973.
- Schröder, Hans-Jürgen: »Das Europäische Wiederaufbauprogramm. Zum Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Sebastian Lorenz/Marcel Machill (Hg.), *Transatlantik. Transfer von Politik, Wirtschaft und Kultur*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 52-72.

- Ders.: »Marshallplan-Werbung in Österreich und West-Deutschland«, in: Günter Bischof/Dieter Stiefel (Hg.), »80 Dollar«. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998, Wien: Ueberreuter 1999, S. 315-342.
- Siomopoulos, Anna: *Hollywood Melodrama and the New Deal. Public Daydreams*, London/New York: Routledge 2012.
- Smith, Todd: »Almost Fully Modern. The TVA's Visual Art Campaign«, in: Tim Culvahouse (Hg.), *The Tennessee Valley Authority: Design and Persuasion*, New York: Princeton Architectural Press 2007, S. 108-119.
- Smith, Samanta: »Most think the »American dream« is within reach for them«, in: Pew Research Center Facttank, 31.10.2017, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/10/31/most-think-the-american-dream-is-within-reach-for-them/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Sorel, Eliot/Padoan, Pier Carlo (Hg.): *The Marshall Plan. Lessons for the 21st Century*, Paris: OECD 2008.
- Statista: Historische Arbeitslosenquote in den USA in den Jahren 1919 bis 1945, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/276006/umfrage/historische-arbeitslosenquote-in-den-usa/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Statista: Glauben Sie, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten hatte?, 16.10.2007, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/410/umfrage/vorhandensein-guter-seiten-am-nationalsozialismus/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Statista: Haben Sie von der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?, 08.02.2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/77126/umfrage/meinung-zur-sozialen-marktwirtschaft-in-deutschland/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Statista: Hat sich die soziale Marktwirtschaft bislang bewährt?, 14.06.2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12428/umfrage/bewertung-soziale-marktwirtschaft/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Statista: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eher zu oder stimmen Sie ihnen eher nicht zu?, 02.02.2012, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214816/umfrage/ansichten-ueber-die-soziale-marktwirtschaft/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Statista: USA: Arbeitslosenquote von 2008 bis 2018, 11.04.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/> (letzter Abruf 16.09.2019).
- Statista: USA: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr), 02.05.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/> (letzter Abruf 16.09.2019).
- Statista: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland von 2008 bis 2018 und Prognose des DIW bis 2020 (gegenüber

- dem Vorjahr), 20.08.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74644/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-deutschland/> (letzter Abruf 19.09.2019).
- Steele, Richard W.: »The Pulse of the People. Franklin D. Roosevelt and the Gauging of American Public Opinion«, in: *Journal of Contemporary History* 9:4 (1974), S. 195-216.
- Süß, Dietmar: »Ein Volk ein Reich ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich, München: C.H. Beck 2017.
- The Eleanor Roosevelt Papers Project (Columbian College of Arts & Sciences) (Hg.): An Comprehensive, Electronic Edition of Eleanor Roosevelt's »My Day« Newspaper Columns, <https://erpapers.columbian.gwu.edu/browse-my-day-columns> (letzter Abruf 20.06.2020).
- The National Archives: A New Deal for the Arts, https://www.archives.gov/exhibit/new_deal_for_the_arts/index.html (letzter Abruf 20.06.2020).
- Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, übersetzt von Yvonne Badal, München: Siedler 2018.
- Wahl, Fabian: Die Entwicklung des Lebensstandards im Dritten Reich: Eine glücksökonomische Perspektive, FZID Discussion Paper No. 32-2011, Universität Hohenheim, Forschungszentrum Innovation und Dienstleistung (FZID), Stuttgart 2011, <http://opus.uni-hohenheim.de/volltexte/2011/633/> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Walther, Peter: *New Deal Photography. USA 1935-1943*, Köln: Taschen 2016.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990*, München: C.H. Beck 2008.
- Witamwas, Birgit: *Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat*, Berlin: De Gruyter 2016.
- Wolf, Martin: »Inequality is a threat to our democracies«, in: *Financial Times* vom 19.12.2017, <https://www.ft.com/content/47e3e014-e3ea-11e7-97e2-916d4fba coda> (letzter Abruf 20.06.2020).
- World Inequality Report 2018, <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf> (letzter Abruf 20.06.2020).

2. Filme

- Confidence* (USA 1933, R: Bill Nolan).
- Gabriel Over the White House* (USA 1933, R: Gregory La Cava).
- The Fighting President* (USA 1933, R: nicht bekannt).
- The Marshall Plan at Work in Western Germany* (GB/USA 1950, R: James Hill).
- The Road is Open Again* (USA 1933, R: Alfred A. Green).
- The Story of Koula* (IT/GR/USA 1951, R: Vittorio Gallo).

Triumph des Willens (D 1935, R: Leni Riefenstahl).

Narrative in der Eurokrise – Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Jens Boysen-Hogrefe und Ulrich Stolzenburg

I. Einleitung

Die Eurokrise hat Konfliktlinien zwischen Europas Nationalstaaten aufbrechen lassen. Als Konfliktparteien werden immer wieder zwei Gruppen von Mitgliedsländern genannt: die Länder der Peripherie und Frankreich auf der einen Seite und die nördlichen Mitgliedsländer mit Deutschland auf der anderen Seite. Auf der einen Seite wird eine großzügigere Finanzpolitik gefordert, die – im Zweifel durch geldpolitische Maßnahmen flankiert – weitreichendere Handlungsspielräume erhalten soll. Auf der anderen Seite wird verlangt, die Geld- und Finanzpolitik an klaren Regeln auszurichten, vordringlich mit dem Ziel, zukünftige Krisen zu vermeiden. Während die eine Gruppe den Grund der Krise vor allem im Verhalten der volatilen Finanzmärkte sucht, denen der Staat ein starkes Gewicht entgegensetzen soll, sieht die andere Gruppe das Versagen des Staates selbst als wesentliche Ursache für die Krise. Auf den ersten Blick scheint die Konfliktlage leicht zu überblicken. Die Länder der Peripherie waren deutlich mehr von den direkten Folgen der Krise betroffen und verlangen nach Transfers und Schuldenvergemeinschaftung, die die Länder des Kerns bzw. im Norden nicht geben möchten. Die wirtschaftspolitischen Forderungen und die sie begleitenden Sichtweisen scheinen also schlicht eine Funktion des jeweiligen nationalen Interesses zu sein.

Doch das Bild, dass einzelne Länder als rational agierende Akteure schlicht nach ihrem ökonomischen Vorteil streben, ist schwer durchzuhalten. Brunnermeier, James und Landau argumentieren, dass es bei weitem nicht klar ist, wer von der Rettungspolitik profitiert.¹ Deutsche Anleger hätten bei einem Ausbleiben von solchen Politikmaßnahmen sicherlich große Teile ihres Auslandsvermögens schnell verloren. Die nationalen Interessen sind mit Blick auf die Rettungspolitik für viele Mitgliedsländer zumindest nicht eindeutig zu benennen. Als weiterer Grund für

1 Vgl. Brunnermeier, Markus K./James, Harold/Landau, Jean-Pierre: *The Euro and the Battle of Ideas*, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2016.

die Aufgliederung der Konfliktparteien gelten ferner unterschiedliche Auffassungen über grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik sowie über die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen, was wiederum den Blick auf mögliche Ursachen und den Verlauf der Krise, also das Krisennarrativ bestimmt. Zum Teil scheinen die Auffassungen auf den jeweiligen wirtschaftspolitischen Traditionen zu fußen: Die deutsche Wirtschafts- und Krisenpolitik gilt als stark durch die ordoliberale Schule geprägt.² Die französische Wirtschaftspolitik hingegen hat zumindest seit der Nachkriegszeit eher eine interventionistische Tradition.³

Ein Krisennarrativ kann verschiedene Funktionen erfüllen. Wie in der Medizin kommt die Diagnose vor der Therapie, und ohne eine zutreffende Diagnose kann eine zielgerichtete Behandlung kaum gelingen. Ein Krisennarrativ kann also als Grundlage verstanden werden, auf deren Basis sich geeignete Antworten zur Krisenbekämpfung (akut) und zur Krisenprävention (für die Zukunft) ableiten lassen. Aus dem Narrativ werden dann konkrete Handlungsanweisungen an die Wirtschaftspolitik abgeleitet. Sofern grundlegende Überzeugungen der Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Krisennarrativs im Wege stehen, dürfte es schwer fallen eine klare Antwort der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu erreichen – häufig war vom »durchwurschteln« die Rede. Brunnermeier, James und Landau fordern daher eine »Ideen-Union« für den gemeinsamen Währungsraum.⁴ Es bedürfe einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Grundorientierung. Dazu passend gibt es inzwischen unter international führenden Ökonomen durchaus gemeinsame Initiativen, um ein möglichst objektives, gemeinsames Krisennarrativ für die Schuldenkrise zu entwickeln, mit dem Ziel, die Wirtschaftspolitik im Euroraum effizienter und effektiver zu gestalten.

Politisch dient ein Narrativ jedoch nicht nur einer möglichst objektiven Aufarbeitung der Krisenursachen. Ein Narrativ ist eine Erzählweise über ein Thema, das geeignet ist, Werte und Emotionen zu transportieren und das für eine bestimmte Gruppe oder einen Kulturkreis sinn- und identitätsstiftend sein kann. Narrative können Rechtfertigung bieten und ein wichtiges Element im politischen Diskurs einer Demokratie sein. Schließlich sind die handelnden Politiker zum einen gehalten, sich ihren Wählern zu erklären, und zum anderen sind sie sicherlich versucht, den Stimmungen und vorherrschenden Narrativen zu entsprechen. So dient ein Krisennarrativ aus nationaler Perspektive wohl oft auch dazu, (1) Verantwortung für die Entstehung der Krise zu negieren, um dadurch (2) eigenen Handlungsdruck für politisch unpopuläre Maßnahmen zu reduzieren und (3) die ökonomische Anpassungslast bei anderen Ländern abzuladen. Selbst wenn die Gegenseite

2 Vgl. Bulmer, Simon: »Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics«, in: *West European Politics* 37:6 (2014), S. 1244-1263.

3 Vgl. M.K. Brunnermeier/H. James/J.-P. Landau: *The Euro*.

4 Vgl. ebd.

der Debatte dieses Narrativ nicht übernimmt und es somit im Rahmen der international auszuhandelnden Krisenantwort keine konkreten Folgen hat, kann eine Gruppe sich damit gegenseitig bestärken und sich selbst vergewissern und den »schwarzen Peter« im Ausland verorten.

Hängt das Gedeihen oder gar der Fortbestand der derzeitigen europäischen Institutionen nun davon ab, dass sich die Mitgliedsländer auf ein Krisennarrativ und somit einen gemeinsamen Blick auf die Wirtschaftspolitik einigen, weil sonst der immer noch andauernde Konflikt unlösbar wird? Oder kommt bei dieser Sichtweise dem Narrativ bzw. den mit ihm verbundenen wirtschaftspolitischen Grundideen ein zu großes Gewicht zu? Im weiteren Text werden zunächst einige der konkurrierenden Narrative der Eurokrise vorgestellt und dann ihr Widerschein in der europäischen Krisenpolitik aufgezeigt. Im vierten Abschnitt wird dann am Beispiel der deutschen Wirtschafts- und Europapolitik der vermeintliche Einfluss der wirtschaftspolitischen Grundideen auf das tatsächliche wirtschaftspolitische Handeln diskutiert und schließlich werden daraus Schlussfolgerungen gezogen, welche dauerhafte Bedeutung ein heutiger Konsens über die Ursachen der Krise haben kann.

II. Narrative in der Euro-Schuldenkrise

Die Krise hat die Frage nach der Rechtfertigung des Euro-Projekts nach oben gespült. Solange die wirtschaftlichen Rahmendaten gut waren und zumindest in der großen Mehrheit der Mitgliedsländer die ökonomischen Perspektiven rosig, hat sich die Frage nach einer Rechtfertigung des Euro-Projekts gar nicht gestellt. Das Regelwerk wurde effektiv nicht hinterfragt. Angesichts der Krise, die viele »Verlierer« und zumindest aus Sicht der Verlierer relative »Gewinner« hervorgebracht hat, ist das Projekt Euro unter Rechtfertigungsdruck geraten und zugleich dem Verdacht ausgesetzt, dass das Regelwerk der Europäischen Union und besonders des Euros bzw. des Eurosystems dazu genutzt wird, die jeweils eigene Gruppe auf Kosten der jeweils anderen Gruppe zu übervorteilen.⁵

Bemerkenswerterweise haben sich Erzählungen in beiden Lagern, Süd wie Nord, Kern wie Peripherie, gebildet, die diese relativ extreme Sichtweise der gegenseitigen Übervorteilung und Dominanz beinhalten. Entsprechend wird auch die Verantwortlichkeit der Krise der jeweils anderen Gruppe zugeordnet.

5 Vgl. Ademmer, Esther/Boeing-Reicher, Claire/Boysen-Hogrefe, Jens/Gern, Klaus-Jürgen/Stolzenburg, Ulrich: Euro-Area Fiscal Stance: Definition, Implementation and Democratic Legitimacy. In-Depth Analysis Provided at the Request of the Economic and Monetary Affairs Committee, European Parliament, Brüssel: EGOV (Economic Governance Support Unit) 2016.

Die ›deutsche‹ Perspektive, für die beispielhaft Buchtitel von Hans-Werner Sinn wie *Die Targetfalle* oder *Gefangen im Euro*⁶ stehen, lässt sich überspitzt wie folgt zusammenfassen: Deutschland bzw. der Kern haben sich mit falschen Versprechen bzw. Zusagen in die gemeinsame Währung treiben lassen. Die Länder der Peripherie haben die Vorteile der neuen gemeinsamen Institution EZB, die die Glaubwürdigkeit der geldpolitischen Institutionen des Kerns geerbt hat, gerne mitgenommen, aber kaum eine der zugesagten Anstrengungen unternommen, um strukturell Anschluss zu finden. In der Folge kam es zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und einem Anschwellen der Verschuldung von privater und staatlicher Seite, die in diesem Maß nur möglich wurde, weil die gemeinsame – noch glaubwürdige – Institution EZB für niedrige Risikoaufschläge sorgte, womit diese quasi wie eine Allmende von den Ländern der Peripherie ausgenutzt werden konnte. Schließlich wurden die Länder des Kerns auf verschiedenen Wegen in Haftung genommen und ihnen die Kosten der Krise somit aufgebürdet.

Die Gegenposition, für die beispielhaft Paul Krugman steht,⁷ sieht den Auslöser der Krise in Deutschland und schreibt einen Großteil der negativen Krisenfolgen der verfehlten Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu, die unter dem Druck deutscher Dominanz durchgesetzt wurde. Deutschland habe in den Jahren vor der Krise durch eine Politik der Lohnmoderation das europäische Wettbewerbsgefüge erschüttert.⁸ In der Folge ist der Leistungsbilanzsaldo Deutschlands stark gestiegen, während der übrige Euroraum quasi genötigt war, das ›billige‹ Waren- und Kreditangebot aus Deutschland abzunehmen, da ein zügiger Preisausgleich in Ermangelung eines Wechselkurses ausblieb. Die Industrien in der Peripherie verkümmerten.

Diese beiden konkurrierenden Narrative könnten kaum weiter auseinanderliegen. Zudem fokussieren sie sich weniger auf die Krise als auf die Schuldfrage und die Institution der gemeinsamen Währung insgesamt, in der ein Vehikel der Ausübung wirtschaftspolitischer Dominanz des jeweils anderen Lagers vermutet wird. Die Krise ist somit das Aufbrechen eines schwerwiegenden Konstruktionsfehlers – nämlich eines ungleichmäßigen Machtgefüges – der Währungsunion, die durch die Krise in ihrer derzeitigen Form in Frage gestellt wird. Beide Narrative gehen sehr stark in eine Verteidigungshaltung. An der Krise ist das jeweils andere Lager schuld. Die Rolle eines Narrativs zur Selbstrechtfertigung wird an dieser Stelle

6 Vgl. Sinn, Hans-Werner: *Die Targetfalle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, München: Hanser 2012; Sinn, Hans Werner: *Gefangen im Euro*, München: Redline 2014.

7 Vgl. z.B. Krugman, Paul: »Being Bad Europeans«, in: *The New York Times* vom 30.11.2014, https://www.nytimes.com/2014/12/01/opinion/paul-krugman-being-bad-europeans.html?_r=1 (letzter Abruf 20.06.2020).

8 Vgl. Bofinger, Peter: »Deutschland ist ein Vorbild für Europa«, in: Henning Meyer/Andrew Watt (Hg.), *Die 10 Mythen der Eurokrise... und warum sie falsch sind*, Düsseldorf/Berlin: IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung)/SE Publishing 2014, S. 47-58.

deutlich. Ein gemeinsamer politischer Gestaltungsweg in Europa ist wohl kaum denkbar, wenn solche Positionen aufeinandertreffen. Der Euro als Geschichte der gegenseitigen Unterwerfung lässt sich kaum im Konsens erzählen, sondern bleibt wohl bei jeweiligen Schuldzuweisungen.

1. Krise im Euroraum: Solvenz- gegen Liquiditätskrise

Doch weisen auch Narrative, die nicht den Euro als Instrument der wirtschaftspolitischen Dominanz, sondern mehr die akute Krise fokussieren, große Unterschiede auf. Als Stereotypen unterscheiden Brunnermeier, James und Landau hier zum einen das Narrativ, das in der Krise vordringlich eine Solvenzkrise sieht, die durch das Missmanagement einiger Akteure entstanden sei, vor allem von staatlicher Seite (»Staatsversagen«).⁹ Durch das Fehlverhalten hätten sich Schulden aufgetürmt und einzelne Ökonomien hätten an Wettbewerbsfähigkeit verloren. In diesem Narrativ wird die Bedeutung von Anreizstrukturen betont und es wird vermutet, dass entsprechend Akteure aktiv waren bzw. sind, die nicht vollständig für ihr Tun verantwortlich gemacht werden konnten und können. Dies wiederum treibe diese dazu, sehr riskante Agenden zu verfolgen (»moral hazard«). Auf die aktuelle Krise bezogen könne insbesondere das Verhalten griechischer Politiker vor der Krise, durchgängig überhöhte Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen und dabei sogar Haushaltszahlen zu fälschen, beispielhaft genannt werden. Die wirtschaftspolitische Handlungsempfehlung, die einem solchen Narrativ folgt, strebt die Schaffung von Anreizstrukturen an, die »moral hazard« und »Zeitinkonsistenzprobleme« mindert. Folglich gelte es, das diskretionäre Verhalten insbesondere der Fiskalpolitik zu kontrollieren und an Regeln zu binden.¹⁰ Das Aufspannen von Rettungsschirmen würde hingegen zu weiterem Fehlverhalten anregen, da die Kosten des Fehlverhaltens zumindest teilweise nicht den Verantwortlichen entstünden, sondern auf die Bereitsteller der Rettungsschirme abgewälzt würden.

Da in diesem Denken der Verantwortung eine zentrale Rolle zukommt, sollte die Wirtschaftspolitik die Eigenverantwortung stärken, also einen entsprechenden Ordnungsrahmen schaffen, und selber berechenbar sein. Dem freien Markt wird die Rolle zugewiesen, Informationen effizient verarbeiten zu können. Dies führe schließlich zu einer effizienten Allokation der Mittel, solange die Marktteilnehmer eigenverantwortlich handeln. Die Wirtschaftspolitik hingegen solle berechenbar sein, um den Marktprozess letztlich so wenig wie möglich zu stören. Eine starke

9 Vgl. Brunnermeier/James/Landau: The Euro.

10 Als Vorbild werden immer wieder Erfolge in der Geldpolitik ins Feld geführt, wo die Unabhängigkeit der Zentralbanken und deren selbst gewählte Bindung an Inflationsziele immer wieder als wesentlicher Grund für die Einhegung der Inflation in den jüngeren Jahrzehnten genannt wird.

Regelbindung der Wirtschaftspolitik ist die konsequente Forderung. Im Bereich der Geldpolitik spielt diese Sichtweise auf die Wirtschaftspolitik unter den Stichworten ›Unabhängigkeit der Zentralbank‹ und ›Inflationsziel‹ seit längerer Zeit eine wesentliche Rolle. Analog sollte aus dieser Sichtweise heraus auch die Finanzpolitik an feste Regeln gebunden werden. Die »No-Bail-Out«-Klausel wird als eine solche Regel aufgefasst und das Aufspannen der Rettungsschirme als Regelbruch, der den Markt in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigt.

Dieses Narrativ lässt sich ideengeschichtlich bei der *Public Choice Theory* und der Ordnungspolitik verorten. Das Auseinanderfallen von Handlung und Verantwortung wird hier grundsätzlich als zentrales Problem wahrgenommen. Im Fokus vieler Überlegungen dieser Schulen stehen daher vor allem staatliche Akteure, da diese typischerweise nicht persönlich haftbar für ihr politisches Tun sind bzw. ihnen langfristige Folgen ihrer Politiken nicht mehr selber, sondern zumeist späteren Politikergenerationen angelastet werden. Ferner können staatliche Institutionen durch Machtausübung die Kosten bestimmter Handlungen auf eigentlich Unbeteiligte abwälzen.

Im Kontrast zu dem Narrativ, das die Krise im Euroraum vordringlich als Solvenzkrise sieht, steht das Narrativ, das die Eurokrise vor allem als Liquiditätskrise erfasst. Im Unterschied zur Solvenzkrise sind die Probleme einer Liquiditätskrise nicht strukturell und dauerhaft angelegt, sondern vorübergehend, aber akut. In einer Liquiditätskrise besteht eigentlich genügend Vermögen, um alle Gläubiger zu bedienen, doch gibt es Probleme mit der Umsetzung in der Zeit. Im Fokus steht die Vorstellung, dass eine eigentlich beherrschbare Situation durch die mehr oder weniger plötzliche Verschiebung gewisser Rahmenbedingungen in eine krisenhafte Entwicklung falle, die erhebliche Kosten mit sich bringe, die aber eigentlich vermeidbar gewesen wäre. Ziel der Wirtschaftspolitik müsse es sein, auf die akute Situation derart einzuwirken, dass die krisenhafte Entwicklung ausbleibt oder gemindert wird.

Konkret entsteht eine Liquiditätskrise, wenn die Kapitalgeber bei einer eigentlich kaum veränderten Solvenzsituation des Schuldners nicht mehr bereit sind, diesen mit Krediten zu versorgen. In einer typischen Liquiditätskrise sieht sich das Unternehmen oder das Land kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen gegenüber. Das eigene Vermögen ist aber langfristig gebunden oder erst über die Zeit abrufbar, so dass man auf Kredite angewiesen ist, deren Rückzahlung zu einem späteren Zeitpunkt aber eigentlich unproblematisch wäre. Wenn nun die Kreditgeber z. B. durch eine plötzliche Änderung der Risikowahrnehmung davon abgehalten werden, kurzfristig Kredite auszugeben, stünde ein eigentlich solventes Land vor der Zahlungsunfähigkeit. Sofern die wahrgenommene Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit dann wiederum selber für Kosten – wie höhere Refinanzierungszinsen – sorgt, die wiederum das Vermögen angreifen, kann die Liquiditätskrise erst die befürchtete Solvenzkrise hervorrufen, gewissermaßen als selbsterfüllende Pro-

phezeiung. Ziel der Politik sollte es hier sein, dem Aufkommen der Liquiditätskrise entgegenzuwirken. Das Aufspannen von Rettungsschirmen und das Eingreifen der Geldpolitik (»lender of last resort«) sind in diesem Szenario die Mittel der Wahl.

In diesem Zusammenhang wird häufig von »Multiplen Zinsgleichgewichten« gesprochen. Demnach sind bei gleichen Fundamentaldaten des Schuldners die von den Kreditgebern geforderten Zinsen niedrig, solange alle darauf vertrauen, dass sich der Schuldner leicht bei anderen Kreditgebern refinanzieren kann. Die Gläubiger vertrauen also darauf, dass ihre Forderungen jederzeit von anderen Gläubigern übernommen würden. Kommen hier Zweifel auf, würden Gläubiger einen höheren Kreditzins (Risikoaufschlag) verlangen. Sind alle (potenziellen) Gläubiger skeptisch, steigen die geforderten Zinsen. Als beispielhaft für eine solche Situation gilt die Finanzkrise, in der mehr oder minder schlagartig nach der Pleite von Lehman Brothers die Kreditfinanzierung zwischen den Banken (Interbankenmarkt) zusammengebrochen ist. Die Krise des Euroraums wird im Zuge dieses Narrativs ähnlich wahrgenommen. Ausgehend vom (vielleicht tatsächlich) gefährdeten Griechenland hat sich die Risikowahrnehmung der Gläubiger schnell gewandelt und auch Länder, die zuvor nicht gefährdet waren, sahen sich steigenden Zinsforderungen gegenüber. Ohne die Griechenland-Erfahrung hätte es hier womöglich gar keinen Zinsanstieg gegeben. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerung wäre, solchen Ansteckungseffekten zu begegnen und einen »lender of last resort« für Staatsschulden zu platzieren.

Dieses Narrativ weist Finanzmärkten eine zentrale Rolle in der Krisendynamik zu. Keynesianische und verhaltensökonomische Ansätze korrespondieren hiermit. Kern ist das Verhalten der Finanzmarktakteure, die demnach nicht über vollständige Information verfügen und daher auch Emotionen folgen und auf das Verhalten anderer Akteure reagieren (Herdenverhalten). Die Wirtschaftspolitik hingegen sollte sich ein diskretionäres Element bewahren, um in der Krisensituation effektiv handeln zu können.

2. Rheingraben und Ideen-Union

Die beiden Narrative lassen sich – wenn nicht an einzelnen Denkschulen, so doch an Denkrichtungen – im ökonomischen Diskurs festmachen. In den Verhandlungen zur europäischen Krisenpolitik weisen die deutschen Positionen vielfach Argumente auf, die deutlich vom Narrativ der Solvenzkrise beeinflusst sind. Feld, Köhler und Nientiedt konstatieren, dass die deutsche Krisenpolitik durchaus merklich von der Ordnungspolitik beeinflusst war.¹¹ Im Gegensatz dazu weisen französische

11 Vgl. Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel: »Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe«, in: *European Review of International Studies* 2:3 (2015), S. 48–61.

Initiativen und Argumente Bezüge zum alternativen Narrativ auf. Brunnermeier, James und Landau machen daher entlang dieser beiden Sichtweisen auf die Krise eine ideengeschichtliche Spaltung zwischen der Wirtschaftspolitik Deutschlands und Frankreichs aus, den sogenannten Rheingraben (»Rhine divide«).¹² Letzterer wird auf eine historisch bedingte, ideengeschichtliche Spaltung zurückgeführt, die sich nun in der Krise offenbart habe und zum Problem geworden sei.

Die Hypothese, dass letztlich Unterschiede in der Ideengeschichte die Wirtschafts- und Krisenpolitik im Euroraum stark beeinflussen, wird durch die Komplexität der Krise selbst gestützt. Die Krise ist sehr facettenreich und bietet Beobachtungen, die beide Sichtweisen stützen. Die Finanzpolitik Griechenlands vor der Krise und das resultierende Ausmaß der Staatsschuld sind schwerlich allein mit den Termini einer Liquiditätskrise zu erfassen. Zugleich weisen zum Teil sehr plötzliche Veränderungen der Risikoeinschätzung der Marktakteure ausweislich der Renditen der an den Sekundärmärkten gehandelten Staatsanleihen auf die Existenz multipler Zinsgleichgewichte hin – vor der Krise waren bei zum Teil vergleichbaren Unterschieden der Fundamentaldaten die Renditen für nahezu alle Länder identisch, doch mit dem Beginn der Krise in Griechenland stiegen die Risikoaufschläge auch für andere Euroraumländer.¹³ Die Empirie ist somit nicht wirklich geeignet, eindeutig den Ausschlag für eines der beiden Krisennarrative zu geben.

Ebenso ist die schlichte Frage, was für den jeweiligen Nationalstaat von Vorteil ist, an was sich also die nationale Wirtschafts- und Krisenpolitik entsprechend orientieren sollte, kein Schlüssel zum Verständnis der widerstreitenden Positionen. So haben Rettungsschirme unter anderem auch deutsche Vermögen geschützt. Eine Liquiditätskrise, die auf viele Märkte übergreift, ist gerade nicht im Interesse der Gläubiger. Hingegen hätte zumindest aus heutiger Perspektive der Krisenverlauf für Griechenland womöglich weniger langwierig und drastisch erfolgen können, wenn das Land im Jahr 2010 die Rettungsschirme nicht in Anspruch genommen und den Staatsbankrott erklärt hätte.

Die Schlussfolgerung von Brunnermeier, James und Landau ist, dass die europäische Politik Einvernehmen über wirtschaftspolitische Grundfragen herstellen muss, um die Handlungsfähigkeit gegenüber Krisen zu bewahren und eine verlässliche Struktur des Währungsraums zu gestalten.¹⁴ Sie fordern, dass sich die

12 Vgl. Brunnermeier/James/Landau: The Euro.

13 Die Vertreter des Narrativs, dass die Solvenzkrise in den Vordergrund stellt, argumentieren an dieser Stelle, dass die Marktteilnehmer vor der Krise trotz der Festlegung im Maastricht-Vertrag bereits einen *Bail-In* erwartet haben und daher die Risikoaufschläge vor der Krise »künstlich« niedrig waren, vgl. Boysen-Hogrefe, Jens: »Für einen Schuldenschnitt und gegen den Rettungsschirm?«, in: Wirtschaftsdienst 91:7 (2011), S. 12-16.

14 Vgl. Brunnermeier/James/Landau: The Euro.

europäischen Partner in einen gemeinsamen Diskurs begeben, um ein gemeinsames Fundament der Ideen zu erlangen. Die Krise als ein prägendes historisches Ereignis könnte hierzu eine Chance liefern. In der Tat finden sich inzwischen Initiativen unter Beteiligung französischer und deutscher Ökonom/-innen, die ein gemeinsames Verständnis der Krise entwickeln, um daraus wirtschaftspolitische Empfehlungen herzuleiten.¹⁵

Eine wesentliche Erkenntnis dieser gemeinsamen Krisenanalysen ist, dass die enge Verbindung von finanzpolitischer und finanzwirtschaftlicher Stabilität – bzw. Instabilität – ein Brandbeschleuniger der Krise war (*Bank-Sovereign-Loop* bzw. *Nexus* von Staaten und Banken). So war die Aufgabe, eine systemische Finanzkrise zu verhindern, falls eine stark vernetzte Bank in Schieflage geraten sollte, implizit der jeweiligen heimischen Regierung zugeordnet. Dies führte dazu, dass ausufernde Bankenrettungen wie diejenigen im Zuge der Weltfinanzkrise auch die jeweiligen Staatsfinanzen in Bedrängnis bringen konnten (Beispiel: Irland). Gleichzeitig hatte diese stillschweigende staatliche Übernahme der Rolle des »lender of last resort« für das heimische Bankensystem zur Folge, dass die Bonität der heimischen Banken direkt von der wahrgenommenen Zahlungsfähigkeit des Staates abhängig war; im Falle einer Staatsschuldenkrise war die finanzielle Rückendeckung nicht mehr garantiert, da der finanzielle Rückhalt ja bereits selbst ins Wanken geraten war. Dieselbe Ansteckungsrichtung von den Staatsfinanzen auf die Finanzwirtschaft verstärkte sich zusätzlich, wenn Banken ein Klumpenrisiko in ihren Bilanzen aufwiesen, da sie häufig überproportional viele Anleihen des eigenen Staates hielten. Im Fall einer Staatsschuldenkrise schmilzt der Wert dieser Anleihen notwendigerweise zusammen, so dass die Kapitaldecke angegriffen wird und die Zahlungsfähigkeit der Bank ebenfalls bzw. zusätzlich in Zweifel geraten kann. Im Ergebnis dieser gegenseitigen Abhängigkeit droht eine Staatspleite den heimischen Bankensektor mit sich zu reißen, und da die EZB nur solvente Banken mit Liquidität versorgen darf, wäre eine Währungskrise unvermeidlich – das betreffende Land müsste über die Einführung einer eigenen Währung nachdenken. Eine Schlussfolgerung aus diesem Teufelskreis ist, dass der enge Zusammenhang von finanzpolitischer Solidität und finanzwirtschaftlicher Stabilität entflochten werden muss.

15 Vgl. Baldwin, Richard/Giavazzi, Francesco (Hg.): *The Eurozone Crisis. A Consensus View of the Causes and a Few Possible Solutions*, London: CEPR (Centre for Economic Policy Research) Press 2015; Bénassy-Quéré, Agnès/Brunnermeier Markus K./Enderlein, Henrik et al.: »Reconciling Risk Sharing with Market Discipline: A Constructive Approach to Euro Area Reform«, in: CEPR Policy Insight 91 (2018), S. 1-23.

III. Entsprechungen der Narrative in der europäischen Krisenpolitik

Beide der im vorangegangenen Abschnitt zunächst diskutierten Narrative haben Eingang in die europäische Krisenpolitik genommen. In der akuten Phase der Staatsschuldenkrise wurden Rettungsschirme von den Euro-Staaten aufgespannt. Im Jahr 2010 hat Griechenland ein Hilfspaket der anderen Mitgliedsländer (»Greek Loan Facility«) unter Mitwirkung des IMF erhalten. Später traten EFSM und EFSF auf den Plan, die schließlich vom ESM abgelöst wurden. Die Rettungsschirme wurden in einer Situation installiert, als – ausgehend von der Krise Griechenlands – die Risikoaufschläge anderer Staaten ebenfalls stiegen. Ähnlich wie die Rettungsschirme für Banken in der Finanzkrise 2008/2009 sollte auch die Finanzhilfe für Griechenland dazu dienen, die Erwartungen auf den Finanzmärkten zu stabilisieren. Das Signal, dass die griechischen Anleihen ausdrücklich nicht ausfallen, war vordringlich an potenzielle Gläubiger anderer Staaten gerichtet, damit diese auch mit Staatsanleihen von Portugal, Irland, Spanien oder Italien ein niedrigeres Risiko verbinden würden. Im Blick waren dabei nicht nur die betroffenen Staaten, sondern ausdrücklich auch das europäische Banken- und Finanzsystem, das einen bedeutenden Teil der Staatsschuld der betroffenen Länder hielt.

Der Versuch, eine Ansteckung anderer Länder zu unterbinden, hat jedoch nicht in ausreichendem Maße verfangen. Nach Griechenland folgten weitere Rettungspakete für Portugal, Irland und abermals Griechenland. Erst das Einschreiten der EZB durch die Ankündigung des OMT-Programms, wonach diese notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von in Bedrängnis geratenen Ländern aufkaufen könnte, führte schließlich zu einem allgemeinen Rückgang der Risikoaufschläge. Während bei den Rettungspaketen der Euroländer der Zweifel an der ausreichenden Finanzausstattung mitschwang, um auch große Mitgliedsländer wie Spanien oder Italien Finanzhilfe leisten zu können, konnte erst die EZB die Rolle des »lender of last resort« glaubwürdig ausfüllen. Es genügte die bloße Ankündigung, um den Stimmungsumschwung an den Anleihemärkten einzuleiten, ohne dass die EZB bislang auch nur eine einzige Anleihe unter dem OMT-Programm erworben hat.¹⁶

Diese Art der Krisenpolitik war getrieben von der Idee einer Liquiditätskrise, der Vorstellung, eigentlich solvente Länder bräuchten »nur« eine hinreichende Zwischenfinanzierung. Es schien somit geboten, den zeitweisen Vertrauensverlust an den Finanzmärkten zu überbrücken. Das Eingreifen der Staaten und der Zentralbanken stabilisierte die Märkte, während diese auf ein »schlechtes Zinsgleichgewicht« zusteuerten, das letztlich mehrere Mitgliedsländer hätte in Bedrängnis bringen können. Das Bild eines Gleichgewichts ist zwar etwas schief, da steigende

16 Zum Einfluss von OMT auf die Anleihemärkte in Europa vgl. Boysen-Hogrefe, Jens: »Risk Assessment on Euro Area Government Bond Markets: The Role of Governance Quality«, in: *Journal of International Money and Finance* 73 (2017), S. 104-117.

und untragbar hohe Refinanzierungskosten offensichtlich keinen Gleichgewichtszustand darstellen. Gleichwohl hat der Eingriff der EZB letztlich geholfen, die akute Krise zu überwinden und ein Abgleiten in eine Solvenzkrise – jenseits vielleicht der Krise in Griechenland – zu verhindern.

Auf der anderen Seite wurde das europäische Regelwerk im Zuge der Krise mehrfach reformiert und verschärft, um Solvenzkrisen für die Zukunft vorzubeugen. Der Fiskalpakt sieht striktere Regeln für die Haushaltsdisziplin vor und zielt auf einen allmählichen Rückgang der öffentlichen Schuldenquoten ab. Das sogenannte Europäische Semester wurde eingeführt und nach wenigen Jahren nochmals reformiert. Das makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren brachte weitere Felder der Wirtschaftspolitik neben der Finanzpolitik unter die Aufsicht durch die Europäische Kommission. Schließlich wurde die Gläubigerbeteiligung in Rettungspaketen für Griechenland und Zypern aufgenommen. Im Hinblick auf die Bankenregulierung wurden die Kapitalanforderungen schrittweise erhöht, um die Fähigkeit des Bankensystems zu verbessern, eintretende Verluste zu absorbieren. Zudem wurden die Abwicklungsregeln für den Bankensektor grundlegend reformiert, so dass im Krisenfall zunächst private Gläubiger und Besitzer großer Bankeinlagen haftbar gemacht werden können. Schließlich wurden private Banken verpflichtet, darüber hinaus im Zeitverlauf einen Abwicklungsfonds aufzubauen, der im Fall einer Bankenschieflage zum Einsatz kommen soll, bevor staatliche Mittel herangezogen werden können. In vielen der genannten Punkte lässt sich das Narrativ einer Solvenzkrise wiederfinden. So soll z.B. die Einbeziehung der Gläubiger die Verantwortung der Marktakteure stärken und dem Markt wieder stärker die Rolle einer Kontrollfunktion zuweisen, die diesem unter dem Narrativ der Liquiditätskrise zumindest in der akuten Situation gerade abgesprochen würde.

Jenseits dessen sind weitere, substanzielle Veränderungen am institutionellen Rahmenwerk der Währungsunion derzeit nicht zu erwarten. Das hat verschiedene Gründe: Erstens steht das Krisenvermächtnis einiger Länder zusätzlichen Maßnahmen im Wege. Beispielsweise hat Italien mit seiner hohen öffentlichen Schuldenlast wohl kein Interesse daran, den Kreis der potenziellen Käufer seiner eigenen Staatsanleihen irgendwie einzuschränken. Somit dürfte das Privileg von Staatsanleihen in der Bankenregulierung nicht angetastet werden, wonach diese regulatorisch als ausfallsicher behandelt werden und folglich nicht mit Kapital unterlegt werden müssen. Auch Klumpenrisiken bei den Banken, welche oft überproportional viele Anleihen des eigenen Heimatlandes halten, können aus demselben Grund kaum reduziert werden. Zweitens ist der Leidensdruck nach einigen Jahren wirtschaftlicher Erholung und sinkenden Arbeitslosenzahlen wohl nicht mehr groß genug, um zusätzliche, weit reichende Reformen zu vereinbaren, die der Wählerschaft verkauft werden müssen. Politisches Kapital ist begrenzt, und ohne ein akutes Bedrohungsszenario können Widerstände gegen substanzielle Veränderungen kaum überwunden werden. Drittens sind einige diskutierte Maßnah-

men häufig auch umstritten, da es dabei potenziell einfach um sehr viel Geld geht. Beispielsweise würde eine europäische Arbeitslosenversicherung milliardenschwere zwischenstaatliche Transfers ermöglichen, die je nach Ausgestaltung potenziell dauerhaft in eine Richtung laufen könnten. Eine gemeinsame Einlagensicherung für Bankguthaben würde eine grenzüberschreitende Haftung einführen, die naturgemäß nicht gleichermaßen im Interesse aller Beteiligten ist. Letztlich gibt es doch erhebliche Uneinigkeit bei der Frage, ob man sich in der langen Frist auf einen europäischen Superstaat zubewegen möchte (Fiskalunion, politische Union), oder aber ob Wirtschafts- und Finanzpolitik vollständig auf nationaler Ebene belassen werden sollen.

IV. Wie prägend sind die wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen für die Wirtschaftspolitik? – Die deutsche Erfahrung

Das vorangegangene Kapitel hat belegt, dass es vor allem in der akuten Phase eine gemeinsame Krisenpolitik der europäischen Mitgliedsländer gegeben hat. Die Positionen beider Lager tauchen in den Einigungen und Beschlüssen auf. Auf der einen Seite wurden Rettungsschirme gespannt und mit dem ESM institutionalisiert, auf der anderen Seite wurden die Regeln für Finanzpolitik und die Finanzwirtschaft verschärft und neue Kontrollmechanismen für die Wirtschaftspolitik geschaffen.

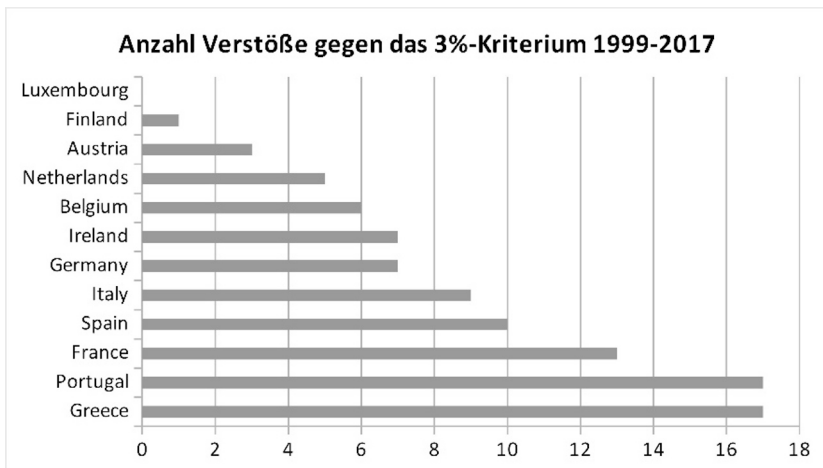
Dieser Konsens war allerdings mit erheblichen Konflikten verbunden und hatte spürbare politische Kosten. Kosten, die vielleicht geringer gewesen wären, wenn es vorab einen stärkeren Konsens über Fragen der grundlegenden wirtschaftspolitischen Ausrichtung gegeben hätte. Doch wirft dies die Frage auf, welche Bedeutung zum Beispiel die ordnungspolitische Tradition tatsächlich für die Wirtschaftspolitik in Deutschland und für den deutschen Beitrag zur europäischen Wirtschaftspolitik hat.

Dazu nochmal ein Blick auf den »Rheingraben«. Überspitzt man dieses Bild, schreiben die Deutschen die Regeln, und die Franzosen brechen sie. Seit der Krise schien dieses Bild an Plausibilität zu gewinnen. Während Deutschland in jüngerer Zeit die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhielt, gelang dies Frankreich durchgängig nicht. Nicht früher als im Jahr 2018 lag das Budgetdefizit des Staates erstmalig unter der Marke von 3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2019 stieg das Budgetdefizit wegen konjunktureller und politischer Entwicklungen wieder auf 3 Prozent. Das Erreichen der noch strikteren Vorgaben des Fiskalpakts liegt in weiter Ferne.

Die französischen Haushaltszahlen laden zur Interpretation ein, dass ein Vertrag unterzeichnet wurde, ohne die Intention, sich daran zu halten. Doch muss das vertragstreue Bild, das Deutschlands Staatshaushaltszahlen in den vergange-

nen Jahren zeigen, nicht unbedingt Ausdruck einer stark an Regelbindung und Vertragserfüllung orientierten Politik sein. In den Jahren 1999 bis 2008 waren die deutschen Haushaltsdefizite genauso oft jenseits der 3 Prozent wie die französischen (vgl. Abbildung 2). Dass sich dies gerade nach der Krise 2008/2009 änderte (vgl. Abbildung 1), liegt auch an einer wirtschaftlichen Entwicklung, die durchgängig besser war als während der jeweiligen Haushaltsplanung erwartet. Ähnliches gilt mit umgekehrten Vorzeichen für die Zinsausgaben des Staates. Die selbst auferlegte Schuldenbremse konnte der deutsche Staat ohne größere Konsolidierungsanstrengungen einhalten. Der Bund hatte lediglich das so genannte »Zukunftspaket« im Jahr 2011 als Konsolidierungsmaßnahme zur Einhaltung der Schuldenbremse auf den Weg gebracht und es auch nur halbherzig umgesetzt bzw. umsetzen müssen. Die politischen Kosten einer an den Regelvorgaben gebundenen Politik waren praktisch nicht vorhanden.

Abbildung 1: Anzahl der Verstöße gegen das 3 %-Kriterium 1999–2017.

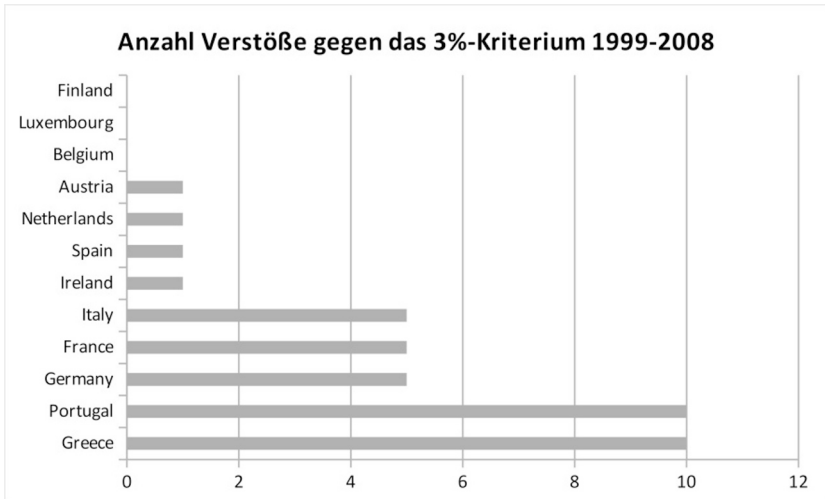


Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

Dass die deutsche Wirtschaftspolitik auch in jüngeren Jahren die Vorgaben aus Brüssel nicht zu intensiv verfolgt, sieht man hingegen an den wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens getätigt werden. Deutschland liegt laut Alcidi und Gros bei der Zahl der nicht umgesetzten Empfehlungen in der Spitzengruppe.¹⁷ Dazu sei erwähnt, dass

17 Vgl. Alcidi, Cinzia/Gros, Daniel: How To Further Strengthen the European Semester? In-Depth Analysis Provided at the Request of the Economic and Monetary Affairs Committee, European Parliament, Brüssel: EGOV (Economic Governance Support Unit) 2017.

Abbildung 2: Anzahl der Verstöße gegen das 3 %-Kriterium 1999–2008.



Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

viele der nicht umgesetzten wirtschaftspolitischen Empfehlungen, wie z.B. die Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts durchaus in eine ordnungspolitische Agenda passen würden. Zwar sind die Empfehlungen aus dem Ungleichgewichtsverfahren nicht im gleichen Maße verbindlich wie die Maastricht-Kriterien, doch deutet ihr Missachtung an, dass die deutsche Politik ähnlich stark oder schwach an europäischen Regeln ausgerichtet wird, wie es bei vielen anderen Staaten der Fall ist.

Dass möglicherweise viele der deutschen Ökonom/-innen ordoliberalen Ansätzen nahe stehen,¹⁸ bedeutet eben nicht, dass dadurch die Wirtschafts- und Euroapolitik Deutschlands festgelegt sind. Wie weit die deutsche Wirtschaftspolitik mit Blick auf kurzfristige politische Überlegungen geht, zeigt vielleicht die Rettung des Baukonzerns Holzmann, die dem damaligen Kanzler Schröder durchaus

18 Vgl. Bofinger, Peter: »German Macroeconomics: The Long Shadow of Walter Eucken«, in: VoxEU/CEPR Policy Portal vom 07.06.2016, <https://voxeu.org/article/german-macroeconomics-long-shadow-walter-eucken> (letzter Abruf 20.06.2020). Döpke, Waldhof und Fritsche konstatieren angesichts einer von ihnen durchgeführten Befragung deutscher Makroökonom/-innen anhand des Antwortmusters auf einige Fragen eine entsprechende Ausrichtung. Vgl. Döpke, Jörg/Waldhof, Gabi/Fritsche Ulrich: »Theories, Techniques and the Formation of German Business Cycle Forecasts: Evidence from a Survey of Professional Forecasters«, in: Journal of Economics and Statistics/Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239:2 (2019), S. 203–241.

Sympathien eingebracht hat. Aus ordnungspolitischer Sicht ein klarer Fehltritt, der dann durch die später doch erfolgte Insolvenz als solcher bestätigt wurde. So weisen auch Feld, Köhler und Nientiedt darauf hin, dass die Wirtschaftspolitik in Deutschland nicht selten von ordnungspolitischen Grundsätzen abweicht.¹⁹

Um die deutsche Wirtschaftspolitik in der europäischen Schuldenkrise einzuordnen, ist ein Blick auf eine Umfrage des ifo Instituts informativ. Im Jahr 2016 haben Dolls und Wehrhöfer 2834 Personen in Deutschland über das Internet nach einer Bewertung der Transferpolitiken in Europa und Deutschland befragt.²⁰ Während die Einstellung gegenüber Transferzahlungen auf europäischer Ebene sehr kritisch ist, ändert sich das Bild, wenn Transfers innerhalb Deutschlands bewertet werden. Die problematischen Anreizwirkungen von Transfers gelten allerdings sowohl im europäischen wie im nationalen Kontext. Kurz gesagt, hier deutet sich an, dass das Stimmungsbild in Deutschland in der Europa- und Krisenpolitik keinem festen wirtschaftspolitischen Kalkül entspringt, sondern von anderen Einflüssen – etwa der Stärke von Gruppenidentitäten – dominiert wird.

Die Stimmungslage unter der Wählerschaft dürfte wiederum einen gewissen Einfluss auf die auf europäischer Ebene handelnden Politiker haben. Anhand der Beispiele darf bezweifelt werden, dass diese Stimmungslage stark an wirtschaftspolitischen Grundeinschätzungen orientiert ist.

Darüber hinaus dürfte selbst ein Konsens über die wirtschaftspolitischen Grundzüge unter Nicht-Politikern die Konflikte über die Ausgestaltung der Krisenpolitik nicht ausräumen. Dies konnte beispielhaft bei deutschen Wirtschaftswissenschaftler/-innen beobachtet werden, die der Ordnungspolitik nahestehen. Während Ottmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt der EZB, einen Schuldenschnitt für das angeschlagene Griechenland im Juni 2011 für katastrophal hielt, weil er den Schuldner aus der Verantwortung nehmen würde, haben die sogenannten Wirtschaftsweisen genau diesen Schuldenschnitt strikt gefordert, damit die Gläubiger mit in die Verantwortung genommen werden.

V. Fazit

Für den Fortgang des europäischen Projekts ist es sicherlich hilfreich, dass die politischen Berater über Ländergrenzen hinweg ins Gespräch kommen und an einem Konsens arbeiten, wie es bei den zuvor genannten Initiativen der Fall ist. Doch ist

19 Vgl. Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel: The ›Dark Ages‹ of German Macroeconomics and Other Alleged Shortfalls in German Economic Thought, *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, No. 17/03 (2017), S. 1-15.

20 Vgl. Dolls, Mathias/Wehrhöfer, Nils: Attitudes Towards Euro Area Reforms: Evidence from a Randomized Survey Experiment, *EconPol Working Paper* 2018/11.

der Einfluss von Narrativen auf die politisch relevante Stimmungslage immer in Bewegung und Narrative selbst sind nicht unabhängig von Erfahrungswissen. Eine gemeinsame wirtschaftspolitische Position, die aus einer gemeinsamen Erzählung der Krise abgeleitet wird, ist daher wohl eher eine Momentaufnahme denn eine Garantie für eine dauerhafte und erfolgreiche Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion.

Diese Skepsis gegenüber einer »Ideen-Union« soll nicht bedeuten, dass wirtschaftspolitische Grundüberlegungen und entsprechende Narrative keinen Einfluss hätten. Am Anfang der Währungsunion stand das Narrativ, dass der Euro den Ländern der Peripherie eine schnellere Konvergenz hin zu den Einkommensniveaus der Kernländer erlauben würde, was von Wirtschaftswissenschaftler/-innen als »Vehikeltheorie« bezeichnet wurde. Die Einführung einer gemeinsamen Währung sei demnach ein Vehikel, um die europäische Integration dauerhaft zu vertiefen. Dieses sehr optimistische Narrativ könnte Gläubiger und Schuldner verleiten haben, die Schuldentragfähigkeit öffentlicher wie privater Kreditnehmer zu überschätzen.

Die Skepsis gegenüber einer »Ideen-Union« ist somit auch kein Freibrief für wirtschaftspolitische Beliebigkeit. Das sehr ernsthafte Bestreben vieler europäischer Ökonom/-innen, gemeinsam Lehren aus der Krise zu ziehen und Lösungen für die Krise und die strukturellen Fragen der Währungsunion zu finden, beinhaltet substantielle Ideen, die den Euroraum krisenfester machen könnten. Doch bleibt unklar, was aus einem jetzigen Konsens im Fall einer nächsten Krise würde, wenn die Akteure – möglicherweise in ganz anderen Koalitionen zusammengewürfelt – den dann für sie relevanten Gegebenheiten ausgesetzt wären. Stimmungen und politische Mehrheiten könnten anders verteilt sein und dies dürfte die handelnden Politiker in einer solchen Situation mehr beeindrucken als ein zwischenzeitlicher Konsens.

Damit die »Ideen-Union« Wirklichkeit wird und kein bloßer Vorübergang bleibt, bedürfte es wohl Wählerinnen und Wähler, die sich als europäische Bürgerinnen und Bürger verstehen, und ein gerüttelt Maß ökonomischer Bildung. In der Zwischenzeit bleibt die Hoffnung, dass die Krise den Euroraum zwar auf eine harte Probe gestellt hat, aber er unter den Bedingungen des »Durchwurschtelns« bisher überlebensfähig war – und bleibt.

Literatur

Ademmer, Esther/Boeing-Reicher, Claire/Boysen-Hogrefe, Jens/Gern, Klaus-Jürgen/Stolzenburg, Ulrich: Euro-Area Fiscal Stance: Definition, Implementation and Democratic Legitimacy. In-Depth Analysis Provided at the Request

- of the Economic and Monetary Affairs Committee, European Parliament, Brüssel: EGOV (Economic Governance Support Unit) 2016.
- Alcidi, Cinzia/Gros, Daniel: How To Further Strengthen the European Semester? In-Depth Analysis Provided at the Request of the Economic and Monetary Affairs Committee, European Parliament, Brüssel: EGOV (Economic Governance Support Unit) 2017.
- Baldwin, Richard/Giavazzi, Francesco (Hg.): The Eurozone Crisis. A Consensus View of the Causes and a Few Possible Solutions, London: CEPR (Centre for Economic Policy Research) Press 2015.
- Bénassy-Quéré, Agnès/Brunnermeier Markus K./Enderlein, Henrik et al.: »Reconciling Risk Sharing with Market Discipline: A Constructive Approach to Euro Area Reform«, in: CEPR Policy Insight 91 (2018), S. 1-23.
- Bofinger, Peter: »Deutschland ist ein Vorbild für Europa«, in: Henning Meyer/Andrew Watt (Hg.), Die 10 Mythen der Eurokrise... und warum sie falsch sind, Düsseldorf/Berlin: IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung)/SE Publishing 2014, S. 47-58.
- Bofinger, Peter: »German Macroeconomics: The Long Shadow of Walter Eucken«, in: VoxEU/CEPR Policy Portal vom 07.06.2016, <https://voxeu.org/article/german-macroeconomics-long-shadow-walter-eucken> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Boysen-Hogrefe, Jens: »Für einen Schuldenschnitt und gegen den Rettungsschirm?«, in: Wirtschaftsdienst 91:7 (2011), S. 12-16.
- Boysen-Hogrefe, Jens: »Risk Assessment on Euro Area Government Bond Markets: The Role of Governance Quality«, in: Journal of International Money and Finance 73 (2017), S. 104-117.
- Brunnermeier, Markus K./James, Harold/Landau, Jean-Pierre: The Euro and the Battle of Ideas, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2016.
- Bulmer, Simon: »Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics«, in: West European Politics 37:6 (2014), S. 1244-1263.
- Dolls, Mathias/Wehrhöfer, Nils: Attitudes Towards Euro Area Reforms: Evidence from a Randomized Survey Experiment, EconPol Working Paper 2018/11.
- Döpke, Jörg/Waldhof, Gabi/Fritsche Ulrich: »Theories, Techniques and the Formation of German Business Cycle Forecasts: Evidence from a Survey of Professional Forecasters«, in: Journal of Economics and Statistics/Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239:2 (2019), S. 203-241.
- Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel: »Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe«, in: European Review of International Studies 2:3 (2015), S. 48-61.
- Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel: The »Dark Ages« of German Macroeconomics and Other Alleged Shortfalls in German Economic Thought, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 17/03 (2017), S. 1-15.

Krugman, Paul: »Being Bad Europeans«, in: The New York Times vom 30.11.2014, https://www.nytimes.com/2014/12/01/opinion/paul-krugman-being-bad-europeans.html?_r=1 (letzter Abruf 20.06.2020).

Sinn, Hans-Werner: Die Targetfalle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München: Hanser 2012.

Sinn, Hans-Werner: Gefangen im Euro, München: Redline 2014.

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Ulrike Herrmann

Der Kapitalismus ist ein Rätsel. Er hat längst alle Lebensbereiche durchdrungen, aber seine Deutung ist noch immer umstritten. Das beginnt schon beim Begriff: Das Wort Kapitalismus zu verwenden, gilt in Deutschland häufig als ›links‹ oder gar ›marxistisch‹. In den USA hingegen wird der Ausdruck Kapitalismus völlig selbstverständlich benutzt, der im Übrigen auch gar nicht von Karl Marx stammt.¹

Der Begriff Kapitalismus hat den Vorteil, dass er präzise beschreibt, was die heutige Wirtschaftsform auszeichnet: Es geht um den Einsatz von Kapital mit dem Ziel, hinterher noch mehr Kapital zu besitzen, also einen Gewinn zu erzielen. Es handelt sich um einen Prozess, der exponentielles Wachstum erzeugt.²

Aber was ist dieses ›Kapital‹? Es ist nämlich nicht das Gleiche wie Geld, obwohl der Begriff im Alltag oft synonym verwendet wird. Geld gab es schon immer, es ist mindestens 4000 Jahre alt: Die ersten Texte der Menschheit stammen aus Mesopotamien und wurden nicht etwa verfasst, um Literatur zu überliefern – sondern um Zahlungsverpflichtungen zu verzeichnen.

Während das Geld uralt ist, ist das Kapital noch jung. Der moderne Kapitalismus ist etwa 1760 im Nordwesten Englands entstanden, als Textilfabrikanten Webstühle und Spinnereien mechanisierten. Heute wirken diese Maschinen klein und zierlich, aber mit ihnen begann eine neue Epoche. Erstmals in der Geschichte wurde die menschliche Arbeitskraft systematisch durch Technik ersetzt, und damit stieg das Einkommen deutlich. Seit Jahrtausenden hatte die Wirtschaft weitgehend stagniert, aber nun wuchs sie exponentiell. Das ›Kapital‹ im Kapitalismus ist also nicht das Geld, sondern es sind die effizienten Produktionsprozesse und der technische Fortschritt.

1 Der Begriff Kapitalismus wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts gebräuchlich und setzte sich in Deutschland spätestens mit Werner Sombarts Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* (1902) durch, vgl. Sombart, Werner: *Der moderne Kapitalismus*. Erster Band: Die Genesis des Kapitalismus, Leipzig: Duncker & Humblot 1902.

2 Diese grobe Definition lässt sich natürlich beliebig verfeinern. Schon 1918 wurden in der damaligen Wirtschaftsliteratur 111 verschiedene Definitionen von Kapitalismus gefunden, vgl. Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München: C.H. Beck 2011, S. 953.

Es war eine Revolution, kein Mehr vom Gleichen. Der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter hat für diesen fundamentalen Wandel ein prägnantes Bild gefunden: »Man kann beliebig viele Postkutschen aneinanderreihen – und trotzdem wird daraus niemals eine Eisenbahn.«³

Doch warum hat die Industrialisierung ausgerechnet in England eingesetzt? Und warum ab 1760? »Obwohl tausende von Büchern geschrieben wurden, bleibt es ein gewisses Rätsel«, konstatiert die amerikanische Wirtschaftshistorikerin Joyce Appleby.⁴ Technologisch waren die Briten nämlich nicht besonders avanciert und wussten anfangs auch nicht mehr als die antiken Römer. Die Dampfmaschine beruhte auf Prinzipien, die seit Archimedes bekannt waren.

Die Wirtschaftshistoriker/-innen haben inzwischen weit mehr als zwanzig verschiedene Theorien entwickelt, um zu erklären, warum der moderne Kapitalismus in England seinen Anfang nahm.⁵ Die überzeugendste Analyse setzt bei den Produktionskosten an: Die englischen Löhne waren im 18. Jahrhundert die höchsten der Welt – so dass die britischen Waren international nicht mehr konkurrenzfähig waren. Nur weil die Menschen teuer waren, lohnte es sich erstmals, Maschinen einzusetzen und mit der Industrialisierung zu beginnen.⁶

Die britische Erfahrung ist noch immer aktuell: Der Kapitalismus entwickelt sich nur stabil, solange die Reallöhne steigen und mit der zunehmenden Effizienz mithalten. Viele Unternehmer wollen es nicht glauben, aber hohe – nicht niedrige – Gehälter fördern das Wachstum und machen die Firmen reich.

Obwohl der Kapitalismus nun rund 250 Jahre alt ist, halten sich noch immer hartnäckige Missverständnisse. Dazu zählt der Glaube, dass der Kapitalismus das Gleiche wie eine »Marktwirtschaft« sei. Doch die Marktwirtschaft gibt es nicht, oder nur in kleinen Nischen.

Bereits ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der moderne Kapitalismus mehr sein muss als nur eine Ansammlung von Märkten. Märkte existierten bereits in der griechischen Antike vor 2500 Jahren. Auch die Araber hatten ihre Souks, Türken und Perser ihre Basare. Inder und Chinesen tauschten ihre Waren ebenfalls auf Märkten aus, aber ein moderner Kapitalismus ist daraus nirgends entstanden.

Allerdings meint die Theorie von der Marktwirtschaft mehr, als dass nur Märkte vorhanden seien. Sie will vor allem beschreiben, wie faire Preise entstehen –

3 Schumpeter, Joseph A.: *The Theory of Economic Development. An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest and the Business Cycle*, übersetzt von Redvers Opie, New Brunswick/London: Transaction Publishers 1983, S. 64.

4 Appleby, Joyce: *The Relentless Revolution. A History of Capitalism*, New York: Norton 2010, S. 10, eigene Übersetzung.

5 Vgl. Vries, Peer: *Escaping Poverty. The Origins of Modern Economic Growth*, Wien: Vienna University Press/V&R unipress 2013.

6 Für eine umfassende Darstellung vgl. Allen, Robert C.: *Global Economic History. A Very Short Introduction*, Oxford u.a.: Oxford University Press 2011.

nämlich durch umfassenden Wettbewerb. Viele Anbieter sollen auf viele Nachfrager treffen, so dass diese Konkurrenz sicherstellt, dass weder Firmen noch Kunden übervorteilt werden.

Diese attraktive Theorie hat jedoch einen Nachteil: Den unterstellten Wettbewerb gibt es höchstens eingeschränkt. Stattdessen wird unsere Wirtschaft von Großkonzernen geprägt, die von den Rohstoffen bis zum Absatz die gesamte Wertschöpfungskette kontrollieren. Bereits eine trockene Zahl des Statistischen Bundesamts sagt alles: Die bundesdeutsche Wirtschaft ist inzwischen extrem konzentriert, wie aus dem neuesten *Statistischen Jahrbuch* hervorgeht. Die Großkonzerne machen nur 0,7 Prozent aller Firmen in Deutschland aus – aber sie kontrollieren 66,7 Prozent des Umsatzes.⁷ Diese extreme Konzentration wirtschaftlicher Macht ist übrigens auch in allen anderen westlichen Ländern festzustellen.

Echte Marktwirtschaft gibt es zwar, aber sie findet meist in Nischen statt. Es sind die kleinen Selbstständigen, die sich im gnadenlosen Wettbewerb behaupten müssen. Ob Handwerker/-innen, Friseur/-innen, Gastwirt/-innen, Architekt/-innen, kleine Ladenbesitzer/-innen oder die Betreiber/-innen einer Reinigung – sie alle müssen sich der Konkurrenz stellen. Wenn das Essen nicht schmeckt, gehen die Kund/-innen beim nächsten Mal in ein anderes Restaurant. Kleine Firmen gibt es viele, doch dort findet nur ein Bruchteil der eigentlichen Wertschöpfung statt. Dominiert wird die Wirtschaft von wenigen Großkonzernen, die sich dem Wettbewerb weitgehend entziehen können.

Diese Entwicklung ist keineswegs neu, sondern war schon im 19. Jahrhundert zu beobachten. Allein zwischen 1879 und 1886 dürften rund 90 Kartelle in Deutschland entstanden sein, die meisten davon waren Preiskartelle.⁸ Aus der Sicht der Firmen war dies rational und sogar zwingend: Mit dem steigenden Einsatz von Technik nahmen die Investitionskosten ständig zu, und daher wollten die Unternehmen sicherstellen, dass Absatz und Preise hinterher stimmten und nicht durch schrankenlosen Wettbewerb ruiniert wurden. Damals zeigte sich erstmals ein Paradox, das den Kapitalismus bis heute prägt: Nur wenn das Risiko weitgehend ausgeschlossen ist, werden hohe Investitionen riskiert.

Exemplarisch ist die Geschichte der deutschen Elektroindustrie: 1882 begann der internationale Siegeszug der Glühlampe, die der US-Amerikaner Thomas Alva Edison erfunden hatte. In Deutschland gründete Emil Rathenau schon 1883 die Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität. Um jeden Ärger zu vermeiden, einigte er sich bereits vorab mit dem einzig denkbaren Konkurrenten – mit der Firma Siemens & Halske, die seit den 1860er Jahren Dynamomaschinen baute. Als Arrangement schlug Rathenau vor, dass er sämtliche Vorprodukte von

7 Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis): Statistisches Jahrbuch 2018, S. 526.

8 Vgl. Ziegler, Dieter: Die industrielle Revolution, 3., bibliographisch aktualisierte Auflage, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2009, S. 108ff.

Siemens beziehen würde – aber die Glühbirnen wollte er selbst herstellen.⁹ Der Markt wurde also schon verteilt, noch bevor er existierte.

Technische Entwicklungen machten diesen Glühbirnen-Vertrag zwar bald überflüssig, aber die gedeihliche Zusammenarbeit blieb. Als Emil Rathenau 1887 seine Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) gründete, stiegen Siemens und auch die Deutsche Bank als Kapitalgeber ein, so dass sie zusammen 75 Prozent der elektrotechnischen Produktion in Deutschland kontrollierten.¹⁰ Statt einer wettbewerbsorientierten »Marktwirtschaft« setzte sich eine Variante des Kapitalismus durch, die später gern »Deutschland AG« genannt wurde: Jeder war mit jedem verflochten, um lästige Konkurrenz gar nicht erst aufkommen zu lassen. Auch in anderen Leitbranchen wie der Chemie ging es ähnlich zu.

Den wichtigen Großkonzernen ist es daher gelungen, den Markt seit mehr als 100 Jahren zu kontrollieren. Erhellend ist ein Blick auf den Börsenindex DAX, der die dreißig größten deutschen Aktiengesellschaften versammelt. Die Mehrzahl dieser Unternehmen wurde bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründet, und sie konnten sich bis heute behaupten, weil gegen ihre schiere Größe niemand mehr ankommt. Ob Stahl, Autos, Chemie oder Pharma: Diese Märkte sind weitgehend geschlossen und für Neulinge nicht mehr zu knacken.

Dieser Trend zur Konzentration erfasst auch neue Märkte, die durch technische Innovationen entstehen. Ein gutes Beispiel ist das Internet: Es dauerte jeweils weniger als zehn Jahre, bis Neugründungen wie Google, Facebook oder Amazon eine marktbeherrschende Stellung erreichten. Von echtem Wettbewerb ist auch das Internet weit entfernt, das einst als eine Zone der Freiheit gepriesen wurde.

Die Herrschaft der Großkonzerne ist selbst dem »Vater der sozialen Marktwirtschaft«, Ludwig Erhard, nicht gänzlich entgangen. In seinem berühmten Buch *Wohlstand für alle* (1957) beklagte er: »Die Entwicklung der modernen Technik förderte ihrerseits noch einmal gewisse Monopolisierungstendenzen, so dass ohne Zweifel die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen allenthalben störend beeinträchtigt wurde.«¹¹ Allerdings war Erhard nicht bereit, sich zu fragen, was von seiner »Marktwirtschaft« noch übrig bleibt, wenn die wichtigen Branchen allesamt »Monopolisierungstendenzen« aufweisen.

Der moderne Kapitalismus ist eine Art Planwirtschaft – auch wenn sie der sozialistischen Planwirtschaft überhaupt nicht ähnelt. Natürlich ist es ein diametraler Unterschied, ob die Kalkulationen zentral in einem Ministerium oder dezentral bei privatwirtschaftlichen Firmen erfolgen. Aber geplant wird immer, weil geplant

9 Vgl. ebd., S. 124; sowie Gall, Lothar: Die Deutsche Bank 1870-1955. 125 Jahre Deutsche Wirtschafts- und Finanzgeschichte, München: C.H. Beck 1995, S. 35.

10 Dies ist die Zahl für 1910, vgl. ebd., S. 34ff.

11 Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Köln: Anaconda 2009, S. 200.

werden muss. Wenn das Risiko – und damit der Gewinn – nicht kalkulierbar wäre, würde überhaupt niemand investieren.

Unternehmen und Staat sind sich also viel ähnlicher, als gemeinhin gedacht wird. Dies räumt mit einem zweiten häufigen Missverständnis auf: Oft wird geglaubt, privates Unternehmertum und Staatsaktivitäten würden sich ausschließen. Doch Kapitalismus und Staat sind kein Gegensatz – sondern gemeinsam gewachsen.

Der Kapitalismus hätte sich ohne den Staat gar nicht entfalten können, denn es war notwendig, die Bevölkerung besser auszubilden, Universitäten zu gründen und Forschung zu finanzieren. Die explodierenden Städte mussten geplant und verwaltet, Straßen und Eisenbahnen gebaut werden. Potentiell gefährliche Medikamente mussten überwacht, die Sicherheit der Fabriken kontrolliert und Umweltschäden vermieden werden. Auch mussten Rentner/-innen abgesichert und Arbeitslose versorgt werden. Der Staat war plötzlich überall gefragt.

Zudem hätten zentrale technische Entwicklungen gar nicht stattfinden können, wenn der Staat nicht mitgezogen hätte. Um noch einmal auf die Firmengeschichte der AEG zurückzukommen: Für Emil Rathenau lohnte es sich nur, ins Elektrizitätsgeschäft einzusteigen, weil die Stadt Berlin als sicherer Kunde zur Verfügung stand und 1884 einen Konzessionsvertrag mit seiner Firma abschloss.

Die wachsende Bedeutung des Staates spiegelt sich in der sogenannten Staatsquote wieder, die den Anteil öffentlicher Ausgaben an der jährlichen Wirtschaftsleistung misst, und diese Staatsquote ist rasant gestiegen. Lag sie im Kaiserreich noch bei fünf bis sieben Prozent, hatte sie in der Weimarer Republik schon 15 bis 20 Prozent erreicht – und 2019 betrug sie in Deutschland 45,4 Prozent.¹²

Diese Entwicklung könnte die Vermutung nahelegen, dass die Staatsausgaben ständig steil nach oben klettern würden. Tatsächlich jedoch verharren sie seit 40 Jahren auf fast unverändertem Niveau. In Westdeutschland belief sich die Staatsquote 1975 auch schon auf 48,8 Prozent – und seither musste sogar noch eine Wiedervereinigung finanziert werden. Die Sorge ist also gänzlich unbegründet, dass ein Moloch namens Staat das angeblich zarte Pflänzchen namens Kapitalismus restlos zermalmen könnte.

Die hohe Staatsquote ist zudem keine Belastung für die Wirtschaft – sondern ihr Sicherheitsnetz. Denn die öffentlichen Ausgaben stabilisieren den Kapitalismus in Krisenzeiten: Renten laufen weiter, Arbeitslose werden unterstützt, und auch die Krankenkassen schränken ihre Leistungen nicht ein, wenn es zu einer Rezession kommt. Diese sogenannten »automatischen Stabilisatoren« garantieren einen Basissockel an Einkommen, was wiederum für Konsum, Umsatz und Arbeitsplätze

12 Bundesministerium der Finanzen: BMF Monatsbericht. April 2020, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2020/04/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-12-entwicklung-der-staatsquote.html> (letzter Abruf 20.06.2020).

sorgt, während die Firmen ihre Investitionen und Kapazitäten reduzieren. Würde die deutsche Wirtschaft nur aus privaten Unternehmen bestehen, würde sie in jeder Krise weitgehend kollabieren. Das 19. Jahrhundert ist dafür ein abschreckendes Beispiel, als es noch keine Sozialversicherungen gab und der Staat nicht intervenierte: Nach dem Gründerkrach 1873 wurden in der deutschen Eisenindustrie 40 Prozent aller Arbeiter entlassen. Die Löhne halbierten sich, und die Preise fielen um 38 Prozent.¹³ Dies wäre heute undenkbar.

Der Kapitalismus produziert Wachstum und damit Wohlstand, dennoch war im England des 19. Jahrhunderts nicht zu übersehen, dass das Proletariat verelendete. Hohe Löhne hatten die Industrialisierung in Großbritannien zwar ausgelöst, aber anschließend sank der Lebensstandard der Massen wieder, weil Menschen durch Maschinen ersetzt wurden. Die Volkswirtschaft als Ganzes wurde reicher, aber die Mehrheit der Bürger ärmer. Dieses Phänomen ist als »early growth paradox« in die Geschichtswissenschaft eingegangen.¹⁴

Eine Wende trat erst ab etwa 1880 ein, als die Gewerkschaften endlich legalisiert wurden und für höhere Löhne kämpfen konnten. Die steigende Kaufkraft der Massen hat den Kapitalismus bleibend verändert: Heute leben wir in einem Konsumkapitalismus, in dem die Nachfrage der Beschäftigten das gesamte System steuert.

Seither gilt im Kapitalismus ein ehernes Gesetz: Die Reallöhne müssen mit der Produktivität steigen. Nur wenn die Kaufkraft parallel zum technischen Fortschritt zunimmt, reicht die Nachfrage, um die wachsenden Gütermengen auch abzusetzen.

Sobald die Reallöhne stagnieren, gerät der Kapitalismus in Krisen. Lehrreich sind die USA nach dem Ersten Weltkrieg. Damals wurden die Reichen immer reicher, während die Beschäftigten von dem allgemeinen Wirtschaftswachstum nicht profitierten. Wie der französische Ökonom Emmanuel Saez berechnet hat, verfügte 1927 das reichste Zehntel der Amerikaner über 46 Prozent des US-Volkseinkommens. Allein das oberste eine Prozent, also das reichste Hundertstel, monopolisierte bereits fast 24 Prozent der Wirtschaftsleistung.¹⁵

13 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914, München: C.H. Beck 1995, S. 552ff.

14 Vgl. z.B. Jong, Herman de: »Living Standards in a Modernizing World – A Long-Run Perspective on Material Wellbeing and Human Development«, in: Wolfgang Glatzer et al. (Hg.), Global Handbook of Quality of Life. Exploration of Well-Being of Nations and Continents, Dordrecht u.a.: Springer 2015, S. 45-74, hier S. 58ff.

15 Vgl. Saez, Emmanuel: Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States (Updated with 2013 Preliminary Estimates), WID.world TECHNICAL NOTE SERIES N° 2015/1.

Prompt wurde es gefährlich: Die Produktivität in der Industrie hatte in den USA zwischen 1919 und 1929 pro Arbeiter um 43 Prozent zugelegt.¹⁶ Jeder einzelne Beschäftigte produzierte also fast 1,5-mal so viele Waren wie noch ein Jahrzehnt zuvor. Um eine Überproduktion zu vermeiden, hätten die Löhne entsprechend steigen müssen, damit die Arbeiter diese Flut an neuen Gütern auch hätten kaufen können. Doch da die Massenkaufkraft stagnierte, kam es schon bald zu einer Absatzkrise.

Spätestens ab 1927 gab es nur noch einen Ausweg, um doch noch, zumindest scheinbar, Gewinne zu generieren: die hemmungslose Spekulation. Doch diese Börsen-Hausse endete so furios, wie sie begonnen hatte. 1929 kam es zum »Schwarzen Freitag« an der Wall Street, und die Weltwirtschaftskrise begann.

Leider wiederholt sich diese Geschichte momentan: Erneut sind Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt, wie der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem internationalen Bestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* anhand von aktuellen und historischen Steuerdaten nachgewiesen hat.¹⁷ Und erneut drohen Verwerfungen: Seit der Jahrtausendwende wurde Europa bereits von drei schweren Finanzkrisen heimgesucht, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis eine vierte Finanzkrise ausbricht.

Dennoch wird der Kapitalismus nicht an seinen Finanzkrisen scheitern. Stattdessen ist er zum Untergang verdammt, weil er Wachstum benötigt, um stabil zu sein, aber in einer endlichen Welt unendliches Wachstum nicht möglich ist. Die Rohstoffe werden knapp, und zudem zerstört der Mensch seine eigenen Lebensgrundlagen, indem er die Umwelt verseucht.¹⁸

Der Kapitalismus wird chaotisch und brutal zusammenbrechen – nach allem, was man bisher weiß. Dieser Pessimismus mag zunächst übertrieben wirken. Schließlich fehlt es nicht an Konzepten, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, die den Kapitalismus überwinden soll. Einige Stichworte lauten: erneuerbare Energien, Recycling, langlebige Waren, öffentlicher Verkehr, weniger Fleisch essen, biologische Landwirtschaft und regionale Produkte.¹⁹

Doch das zentrale Problem ist leider ungelöst: Es fehlt die Brücke, die vom Kapitalismus in diese neue »Postwachstumsökonomie« führen soll. Über den Prozess der Transformation wird kaum nachgedacht. Der Kapitalismus fährt gegen eine Wand, aber niemand erforscht den Bremsweg.

16 Vgl. Galbraith, John Kenneth: *The Great Crash 1929*, Boston/New York: Mariner Books/Houghton Mifflin Harcourt 2009, S. 175.

17 Vgl. Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, übersetzt von Ilse Utz und Stefan Lorenzer, München: C.H. Beck 2014.

18 Vgl. Bardi, Ugo: *Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen*, übersetzt von Eva Leipprand et al., München: oekom 2013.

19 Vgl. etwa Klein, Naomi: *Die Entscheidung Kapitalismus vs. Klima*, übersetzt von Gabriele Gockel, Sonja Schuhmacher, Christa Prummer-Lehmair, Frankfurt a.M.: Fischer 2015.

Die Vorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft basieren immer auf der Idee, Arbeit und Einkommen zu reduzieren. Doch der Kapitalismus ist keine Badewanne, bei der man den Stöpsel ziehen und einfach die Hälfte des Wassers ablassen kann. Er ist kein stabiles System, das zum Gleichgewicht neigt und verlässliche Einkommen produziert, die man ruhig senken kann. Stattdessen ist der Kapitalismus ein permanenter Prozess. Sobald es kein Wachstum gibt, droht chaotisches Schrumpfen.²⁰

Wie dieser Strudel funktioniert, hat der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger beschrieben, der unter anderem die Ökosteuer erfunden hat. Binswanger trieb die Frage um, ob der Kapitalismus auf das zerstörerische Wachstum verzichten könne. Seine Antwort lautete: Nein. Denn die »Investitionsketten« würden reißen, wie er es technisch ausdrückte. Übersetzt: Firmen investieren nur, wenn sie Gewinne erwarten. Gesamtwirtschaftlich sind diese Gewinne aber identisch mit Wachstum. Ohne Wachstum müssen die Unternehmen also Verluste fürchten. Sobald aber Profite ausbleiben, investieren die Unternehmen nicht mehr, und ohne Investitionen bricht die Wirtschaft zusammen.²¹ Es würde eine unkontrollierbare Abwärtsspirale einsetzen, die an die Weltwirtschaftskrise ab 1929 erinnert: Arbeitsplätze gehen verloren, die Nachfrage sinkt, die Produktion schrumpft, noch mehr Stellen verschwinden.

Nicht wenigen Wachstumskritiker/-innen ist diese systemische Sicht suspekt, die die Wirtschaft von »oben« betrachtet. Sie würden lieber von »unten« beginnen, indem jede und jeder Einzelne seinen Konsum, aber auch seine Arbeitszusammenhänge verändert. Sie stellen sich die Wirtschaft als eine Summe vor, bei der viele kleine Nischen am Ende ein neues Ganzes ergeben.²²

Doch damit machen die Wachstumskritiker/-innen den gleichen Fehler wie ihre neoliberalen Gegner/-innen: Sie glauben, dass die Wirtschaft nur eine Summe aller Unternehmen sei. Sie verwechseln Betriebs- mit Volkswirtschaft und verstehen nicht, dass der Kapitalismus ein Prozess ist, der Einkommen nur erzeugen kann, wenn es die Aussicht auf Wachstum gibt.

Da sich das Wachstum nicht einfach abschaffen lässt, machen neuerdings Konzepte wie »Green New Deal« oder »nachhaltiges Wachstum« Karriere. Sie wollen

20 Vgl. etwa Rifkin, Jeremy: Die Null-Wachstums-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, übersetzt von Bernhard Schmid, Frankfurt a.M.: Campus 2014. Rifkin konzentriert sich auf den technologischen Wandel, kümmert sich aber nicht um die makroökonomischen Implikationen, die es hätte, falls seine These richtig wäre, dass im Kapitalismus keine Gewinne mehr zu generieren sind.

21 Vgl. Binswanger, Hans Christoph: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg: Metropolis 2006.

22 Vgl. etwa Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in einer Postwachstumsökologie, München: oekom 2012. Oder: Felber, Christian: Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien/München: Deuticke 2010.

Wachstum und Rohstoffverbrauch »entkoppeln«, indem die Effizienz gesteigert wird.

Diese »Entkoppelung« ist nicht völlig abwegig, denn seit 1970 hat sich der Energieverbrauch pro Wareneinheit halbiert. Die Umwelt wurde allerdings nicht entlastet, weil prompt der »Bumerang-Effekt« zuschlug. Die Kostenersparnis wurde genutzt, um die Warenproduktion auszudehnen, so dass der gesamte Energieverbrauch nicht stark fiel.²³

Als Ausweg reicht es auch nicht, auf regenerative Energien umzustellen. Denn weite Bereiche der Wirtschaft lassen sich nicht mit Ökostrom betreiben. Das Elektroauto befindet sich noch immer im Versuchsstadium, und auch Passagierflugzeuge heben nur mit Kerosin ab. Allein der Flugverkehr zerstört aber jede Hoffnung, die Klimaziele zu erreichen, wie eine einfache Rechnung zeigt: Wenn die Erderwärmung begrenzt bleiben soll, darf jeder Mensch nur noch 2,7 Tonnen CO₂ pro Jahr verursachen. Ein Flug von Frankfurt nach New York schlägt aber bereits mit 4,2 Tonnen zu Buche, und nach Sydney sind es gar 14,5 Tonnen. Damit wird wieder jener Verzicht unvermeidlich, der das Wachstum bedroht.

Es ist ein Dilemma: Ohne Wachstum geht es nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und normales Wachstum führt unausweichlich in die ökologische Katastrophe. Es bleibt nur ein pragmatisches Trotzdem: trotzdem wenig fliegen, trotzdem Abfall vermeiden, trotzdem auf Wind und Sonne setzen, trotzdem biologische Landwirtschaft betreiben. Aber man sollte sich nicht einbilden, dass dies rein »grünes« Wachstum sei. Wie man den Kapitalismus transformieren kann, ohne dass er chaotisch zusammenbricht – dies muss noch erforscht werden.

Literatur

- AG Energiebilanzen e.V.: Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2018, Berlin: AGEB 2019.
- Allen, Robert C.: *Global Economic History. A Very Short Introduction*, Oxford u.a.: Oxford University Press 2011.
- Appleby, Joyce: *The Relentless Revolution. A History of Capitalism*, New York: Norton 2010.
- Bardi, Ugo: *Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen*, übersetzt von Eva Leiprand et al., München: oekom 2013.
- Binswanger, Hans Christoph: *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*, Marburg: Metropolis 2006.

23 AG Energiebilanzen e.V.: Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2018, Berlin: AGEB 2019, S. 45.

- Bundesministerium der Finanzen: BMF Monatsbericht. April 2020, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2020/04/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-12-entwicklung-der-staatsquote.html> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Köln: Anaconda 2009.
- Felber, Christian: Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien/München: Deuticke 2010.
- Galbraith, John Kenneth: The Great Crash 1929, Boston/New York: Mariner Books/Houghton Mifflin Harcourt 2009.
- Gall, Lothar: Die Deutsche Bank 1870-1955. 125 Jahre Deutsche Wirtschafts- und Finanzgeschichte, München: C.H. Beck 1995.
- Jong, Herman de: »Living Standards in a Modernizing World – A Long-Run Perspective on Material Wellbeing and Human Development«, in: Wolfgang Glatzer et al. (Hg.), Global Handbook of Quality of Life. Exploration of Well-Being of Nations and Continents, Dordrecht u.a.: Springer 2015, S. 45-74.
- Klein, Naomi: Die Entscheidung Kapitalismus vs. Klima, übersetzt von Gabriele Gockel, Sonja Schuhmacher, Christa Prummer-Lehmair, Frankfurt a.M.: Fischer 2015.
- Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München: C.H. Beck 2011.
- Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in einer Postwachstumsökologie, München: oekom 2012.
- Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, übersetzt von Ilse Utz und Stefan Lorenzer, München: C.H. Beck 2014.
- Rifkin, Jeremy: Die Null-Wachstums-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, übersetzt von Bernhard Schmid, Frankfurt a.M.: Campus 2014.
- Saez, Emmanuel: Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States (Updated with 2013 Preliminary Estimates), WID.world TECHNICAL NOTE SERIES N° 2015/1.
- Schumpeter, Joseph A.: The Theory of Economic Development. An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest and the Business Cycle, übersetzt von Redvers Opie, New Brunswick/London: Transaction Publishers 1983.
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. Erster Band: Die Genesis des Kapitalismus, Leipzig: Duncker & Humblot 1902.
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Statistisches Jahrbuch 2018.
- Vries, Peer: Escaping Poverty. The Origins of Modern Economic Growth, Wien: Vienna University Press/V&R unipress 2013.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914, München: C.H. Beck 1995.
- Ziegler, Dieter: Die industrielle Revolution, 3., bibliographisch aktualisierte Auflage, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2009.

Biographische Informationen und Abstracts

Binswanger, Mathias

Geld aus dem Nichts: Geldschöpfung der Banken und ihre Folgen für die Wirtschaft

Zusammenfassung

Das heute als Zahlungsmittel verwendete Geld kann durch Banken fast ohne Arbeitsaufwand geschaffen werden. Aus diesem Grund wird in diesem Zusammenhang von »Geldschöpfung aus dem Nichts« oder eben »Geld aus dem Nichts« gesprochen. Diese »Geldschöpfung aus dem Nichts« gibt es mittlerweile seit bald 400 Jahren, als englische Goldschmiede damit begannen, Papiergeld zu schaffen, ohne dass bei ihnen vorher entsprechende Ersparnisse deponiert wurden. Der einzige wesentliche Unterschied zu damals besteht darin, dass Geld nicht mehr in erster Linie in Form von Papiergeld, sondern in Form von Bankguthaben (Giralgeld) geschaffen wird, die heute das wichtigste Zahlungsmittel darstellen.

Trotz der langen Tradition von Geldschöpfung durch Banken sind sich viele Menschen dieser Tatsache nicht bewusst. Man glaubt nach wie vor, dass Sparer zuerst Geld bei einer Bank vorbeibringen und diese dann die Ersparnisse wieder ausleiht, indem sie Kredite vergibt. Diese Vorstellung wird uns auch in vielen Lehrbüchern so vermittelt und entspricht dem Wunschbild der ökonomischen *Mainstream*-Theorie. Doch diese Vorstellung ist falsch und steht unserem Verständnis des ökonomischen Prozesses im Wege.

Auch die jüngsten Finanzkrisen lassen sich nicht richtig erklären, wenn man die Geldschöpfungstätigkeit der Banken außer Acht lässt. Ein Teil des von den Banken geschaffenen Geldes wird in einer modernen Wirtschaft nicht mehr für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen verwendet, sondern für den Kauf von Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten. Auf diese Weise führt Geldschöpfung immer wieder zu spekulativen Blasen an der Börse oder auf dem Immobilienmarkt.

Zentralbanken versuchen seit langem, diesen Prozess der Geldschöpfung zu kontrollieren. Eine Einflussnahme auf den Prozess der Geldschöpfung ist aber nur

solange möglich, wie die Banken auf die Zentralbank angewiesen sind. Diese Abhängigkeit besteht, weil die Banken auch Zentralbankengeld (Reserven) brauchen, welches aus Giroguthaben der Banken bei der Zentralbank und Bargeld besteht. Für diesen Bedarf an Zentralbankengeld gibt es drei Gründe. Erstens beziehen Bankkunden nach wie vor etwas Bargeld von den Banken, welches sich diese von der Zentralbank beschaffen müssen. Zweitens gibt es in der Schweiz wie in anderen Ländern sogenannte Mindestreservevorschriften und drittens brauchen die Banken das Zentralbankengeld um Zahlungen untereinander abwickeln zu können. Traditionell bestand die Geldpolitik der Zentralbanken darin, den Preis für zusätzliche Reserven (den Zinssatz) zu variieren, und somit Geldschöpfung billiger oder teurer zu machen. Allerdings haben die Banken dank massiver Käufe von Wertpapieren oder Devisen (Schweiz) durch die Zentralbanken nach der letzten Finanzkrise dermaßen viele Reserven erhalten, dass sie die Zentralbanken seither nicht mehr brauchen. Deshalb findet die Geldschöpfung heute weitgehend unkontrolliert statt.

Vita

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Er war Gastprofessor an der Technischen Universität Freiberg in Deutschland, an der Qingdao Technological University in China und an der Banking University in Saigon (Vietnam). Mathias Binswanger ist Autor von zahlreichen Büchern und Artikeln in Fachzeitschriften und in der Presse. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomie, Finanzmarkttheorie, Umweltökonomie sowie in der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Glück und Einkommen. Gemäß dem Ökonomen-Ranking der NZZ gehört Mathias Binswanger seit Jahren zu den einflussreichsten Ökonomen in der Schweiz.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Binswanger, Mathias: Die Tretmühlen des Glücks. Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?, Freiburg/Basel/Wien: Herder 2006.

Binswanger, Mathias: Sinnlose Wettbewerbe. Warum wir immer mehr Unsinn produzieren, Freiburg/Basel/Wien: Herder 2010.

Binswanger, Mathias: Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen, Weinheim: Wiley-VCH-Verlag 2015.

Binswanger, Mathias: Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim: Wiley-VCH-Verlag 2019.

Boysen-Hogrefe, Jens/Stolzenburg, Ulrich

Narrative in der Eurokrise – Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Zusammenfassung

Die Schuldenkrise im Euroraum hat Konflikte über die Ausgestaltung der Geld- und Finanzpolitik im Währungsraum zu Tage gefördert. Auf der einen Seite wird eine großzügigere Finanzpolitik gefordert, die im Zweifel durch geldpolitische Maßnahmen ihre Handlungsfähigkeit behalten soll. Auf der anderen Seite wird verlangt, die Geld- und Finanzpolitik an klaren Regeln auszurichten, vordringlich mit dem Ziel zukünftige Krisen zu vermeiden. Beide Positionen finden sich im Politikmix der Europäischen Staatengemeinschaft und ihrer Institutionen während des Verlaufes der Krise wieder. Rettungsschirme wurden gespannt und neue Wege in der Geldpolitik beschritten. Zugleich wurde das Regelwerk reformiert. Diese scheinbare Synthese bedeutet aber nicht, dass der Konflikt über die Ausrichtung der Geld- und Finanzpolitik nachhaltig gelöst wäre. Vielmehr ist zu beobachten, dass es immer wieder zu Regelverletzungen kommt – wie die jüngste Auseinandersetzung zwischen EU-Kommission und Italien illustriert – und zugleich ist in vielen Ländern deutliche Kritik über die Krisenpolitik der EZB zu hören.

Als Konfliktparteien bezüglich der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik werden immer wieder verschiedene Mitgliedsländer genannt: die Länder der Peripherie und Frankreich auf der einen Seite und die nördlichen Mitgliedsländer auf der anderen Seite. Als ein Grund für die Aufgliederung der Konfliktparteien gelten unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen und den Verlauf der Krise sowie über die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen. Zum Teil scheinen die Auffassungen auf den jeweiligen wirtschaftspolitischen Traditionen zu fußen. Unterschiedliche Krisennarrative finden sich allerdings auch innerhalb des deutschen Diskurses, auch wenn dieser deutlich von der ordoliberalen Schule geprägt ist. Festzuhalten bleibt, dass die Krisennarrative wahrscheinlich eine bedeutende Rolle in der Formulierung von Politikalternativen bzw. -empfehlungen spielen.

Vita Jens Boysen-Hogrefe

Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe ist stellvertretender Leiter des Prognosezentrums des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und außerplanmäßiger Professor an der CAU Kiel. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen des Bundesministeriums der Finanzen. Jens Boysen-Hogrefe hat an zahlreichen Gutachten für Bundes- und Landesregierungen sowie für das Europäische Parlament mitgewirkt und mehrere Jahre deutsche Delegationen für Arbeitsgruppen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU beraten. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kon-

junkturprognose und öffentliche Finanzen sowie Fragen der makroökonomischen Steuerung im Euroraum.

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Boysen-Hogrefe, Jens: »Risk Assessment on Euro Area Government Bond Markets: The Role of Governance Quality«, in: *Journal of International Money and Finance* 73 (2017), S. 104-117.
- Ademmer, Esther/Boeing-Reicher, Claire/Boysen-Hogrefe, Jens/Gern, Klaus-Jürgen/Stolzenburg, Ulrich: *Euro-Area Fiscal Stance: Definition, Implementation and Democratic Legitimacy*. Gutachten im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. 2016.
- Boysen-Hogrefe, Jens/Stolzenburg, Ulrich: »Rettungsprogramme und ›Ownership‹ – Irland, Portugal und Griechenland im Vergleich«, in: *Wirtschaftsdienst* 95:8 (2015), S. 534-540.
- Boysen-Hogrefe, Jens/Gern, Klaus-Jürgen/Groll, Dominik/Jannsen, Nils/Kooths, Stefan/Plödt, Martin/Schwarz Müller, Tim/van Roye, Björn/Scheide, Joachim: »Das europäische Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte – Auswertung der bisherigen Erfahrung und mögliche Reformansätze«, in: *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 7 (2015).
- Boysen-Hogrefe, Jens: »Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der ›sichere Hafen.‹«, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 13 (2012, Sonderheft), S. 81-91.
- Boysen-Hogrefe, Jens/Gern, Klaus-Jürgen: »Der italienische Schuldenberg – Ursachen und Schlussfolgerungen«, in: *Kiel Policy Brief* 45 (2012).

Vita Ulrich Stolzenburg

Dr. Ulrich Stolzenburg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Prognosezentrum und im Forschungszentrum »Wissensakkumulation und Wachstum« des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Im Prognosezentrum ist er verantwortlich für die Analyse und Prognose der Konjunktur im Euroraum und betreut die inhaltliche Organisation der Kieler Konjunkturgespräche, der halbjährlichen internationalen Konjunkturkonferenz des Instituts. Er hat an zahlreichen Gutachten für Bundesministerien sowie für das Europäische Parlament mitgewirkt. Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte umfassen die Bereiche Konjunkturanalyse im Euroraum, geld- und währungspolitische Fragestellungen, globale Wertschöpfungsketten, Industriepolitik, Innovationspolitik und Klimapolitik.

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Stolzenburg, Ulrich: »Effektive nationale Klimapolitik: Die Stärken der Marktwirtschaft konsequent einsetzen«, in: *Makronom* (2020).

- Gern, Klaus-Jürgen/Kooths, Stefan/Stolzenburg, Ulrich: Euro at 20: The Monetary Union from a Bird's Eye View. A Concise Critical Assessment. Gutachten im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. 2019.
- Stolzenburg, Ulrich: »Vollgeld: Das Für und wider einer neuen Geldordnung«, in: ifo Schnelldienst 71:16 (2018), S. 6-8.
- Gern, Klaus-Jürgen/Stolzenburg, Ulrich: Italien am Scheideweg: Wachstumschwäche erfordert weitere Reformen, in: Kiel Policy Brief 102 (2016).

Deutschmann, Christoph

Die Bedeutung ›technologischer Visionen‹ in der kapitalistischen Entwicklung

Zusammenfassung

Der Beitrag erläutert zunächst das Konzept technologischer »Visionen« an drei aktuellen Beispielen: »Smart home«, »automatisiertes Fahren« und »Industrie 4.0«. An den drei Beispielen wird gezeigt, wie technologische Visionen soziale Unsicherheit durch Emotionalisierung reduzieren. Sie wirken auf eine positiv getönte Wahrnehmung neuer Technologien und ihrer Entwicklungspotentiale hin und lassen damit eine soziale Agenda entstehen, in der die Weiterentwicklung der jeweiligen Projekte als kollektiv wünschenswert oder gar unvermeidlich inszeniert werden kann. Der zweite Teil des Beitrages zielt auf eine systematische Erklärung der Schlüsselbedeutung technologischer Visionen im Prozess kapitalistischer Entwicklung. Die kapitalistische Entgrenzung der Märkte – so das Argument – lässt einen privaten Eigentumsanspruch auf die kreativen Potentiale menschlicher Arbeit entstehen, der definitiv niemals einzulösen ist, sondern der Rahmung durch immer neue technologische Visionen bedarf.

Vita

Prof. Dr. Christoph Deutschmann, geb. 1946, ist Professor für Soziologie (i.R.) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Seine Arbeitsgebiete liegen im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitssoziologie sowie der Soziologischen Theorie.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Deutschmann, Christoph: Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus, 2. Aufl., Frankfurt a.M.: Campus 2001.

Deutschmann, Christoph: Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten, Weinheim: Juventa 2002.

Deutschmann, Christoph: Kapitalistische Dynamik. Eine Gesellschaftstheoretische Perspektive, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS 2019.

Deutschmann, Christoph: Disembedded Markets. Economic Theology and Global Capitalism, London: Routledge 2019.

Deutschmann, Christoph: Trügerische Verheißungen. Markterzählungen und ihre ungeplanten Folgen, Wiesbaden: Springer VS, 2020.

Herrmann, Ulrike

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Zusammenfassung

Drei Finanzkrisen in nur zehn Jahren zeigen: Der Kapitalismus tritt in eine neue Phase ein. Ulrike Herrmann erklärt, wie der Kapitalismus entstanden ist, warum Geld und Kapital nicht das Gleiche sind, warum Geld nicht reich macht, warum die Löhne hoch sein müssen, warum die Globalisierung kein Problem ist – und warum der Kapitalismus demnächst zusammenbrechen wird.

Vita

Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der *tageszeitung* (taz). Sie ist ausgebildete Bankkauffrau, hat die Henri-Nannen-Schule für Journalismus absolviert sowie Geschichte und Philosophie an der FU Berlin studiert. Sie ist regelmäßiger Gast im Radio und im Fernsehen.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Herrmann, Ulrike: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, München: Piper 2012.

Herrmann, Ulrike: Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen, München: Piper 2015.

Herrmann, Ulrike: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie – oder was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können, München: Piper 2018.

Herrmann, Ulrike: Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind, Frankfurt a.M.: Westend 2019.

Hörisch, Jochen

Thesen zur Ir/Rationalität des Geldes

Zusammenfassung

Um die Rationalität des Mediums Geld ist es seltsam bestellt. Geld ist einerseits zahlenzentriert, man kann mit ihm kalkulieren, rechnen, rational umgehen. Geld hat andererseits unübersehbar irrationale Dimensionen, man kann mit ihm spekulieren, es kann sich vermehren, es ist vollgesogen mit religiösen, mythologischen und sexuellen Resonanzen.

Geld ist ersichtlich kein Werkzeug; es gehört vielmehr zu den rätselhaften Dingen, die nur dann funktionieren, wenn man sie aus der Hand gibt. Sein eigentlicher und ultimativer Zweck ist es ja, veräußert, weggegeben und gegen etwas anderes eingetauscht zu werden. Geld muss Akzeptanz in dem präzisen Sinne finden, dass ein anderer bereit ist, mir für dieses Geldzeichen Waren zu überlassen oder Dienstleistungen zu gewähren. Und das setzt geteiltes Vertrauen voraus: *ego* muss glauben, dass *alter* ebenso wie er selbst darauf vertraut, dass auch andere dem Geld vertrauen und es als Wert anerkennen. Dass es sich hierbei nicht um abstrakte Theorien, sondern um handfeste Problemdimensionen handelt, macht jede Banken-, Währungs- und Inflationskrise deutlich. Das Wertversprechen, das Geld innewohnt, steht dann im Verdacht, ein Versprecher zu sein, dem man nicht vertrauen darf. Der prekäre Beglaubigungs-Status des Geldwertes wird wirtschaftswissenschaftlich als ›Geldillusion‹ (*money illusion*) gefasst. Geld funktioniert dann besonders gut, wenn nicht ausdrücklich wahrgenommen wird, wenn also intransparent bleibt, was an ihm Illusion ist. Sich allzu viele Gedanken über den Wert und die Deckung von Geld(zeichen) zu machen, heißt an der Dekonstruktion des Mediums zu arbeiten, an das alle, Gläubige wie Ungläubige, glauben müssen, wenn sie nicht dran glauben wollen.

Vita

Jochen Hörisch wurde 1951 in Bad Oldesloe geboren, ist seit 1975 verheiratet und hat drei Kinder. 1970-1976 Studium von Germanistik, Philosophie und Geschichte in Düsseldorf, Paris und Heidelberg. Nach der Promotion 1976-1988 Assistent bzw. nach der Habilitation (1982) Privatdozent und Professor (C 2) an der Universität Düsseldorf. Seit 1988 Ordinarius für Neuere Germanistik und Medienanalyse an der Universität Mannheim. Längere Gastprofessuren 1986 an der Universität Klagenfurt, 1993 am CIPH und der ENS in Paris, 1996 in Charlottesville (USA/Virginia), 1999 in Princeton (USA), 2002 in Bloomington (USA/Indiana); Kurzzeitdozenturen 2003 in Buenos Aires, 2006 an der EPHE in Paris, 2007 an der Marmara Universität in Istanbul, 2012 an der Universität St. Gallen; Vorträge (häufig auf Einla-

dung des Goethe-Instituts bzw. des DAAD) u.a. in Frankreich (wiederholt ab 1979), Italien (1982, 1984, 2000, 2008), Großbritannien (Cambridge 1985, 2005, London 2013), USA und Kanada (1989, 1991, 1993, 1995, 2000, 2003, 2006, 2014), Niederlande (1987, 2009, 2010, 2012), Japan (1994, 1998, 2005), Marokko (1995), Bulgarien (1997), Indien (1998), Spanien (1998), Litauen (1999), Türkei (1999, 2007), Dänemark (1994, 2000, 2003, 2005), Österreich (1998, 2000, 2007, 2008, 2010, 2013), Israel (2001, 2006, 2007, 2008, 2010), Portugal (2002, 2003, 2005), Brasilien und Argentinien (2003, 2005), Irland (2005), Korea (2005), Schweiz (ab 1985 wiederholt), Slowakei (2006), Tschechien (2009), China (2009), Südafrika (2012). Mitglied der europäischen Akademie für Wissenschaften und Künste in Salzburg, der Freien Akademie der Künste in Mannheim und der Freien Akademie der Künste in Hamburg. Preise: Heynen-Preis der Stadt Düsseldorf 1988; Reimers-Preis der Aby-Warburg Stiftung Hamburg 1999, zweijähriges Stipendium der VW-Stiftung »Pro Geisteswissenschaften/Opus magnum«; Fellow im Forschungsprojekt des Zentrums für Religion, Wirtschaft, Politik (ZRWP – Collegium Helveticum) in Basel über »Ökonomie und Religion« (2010/2011). Zahlreiche Rundfunk- und Fernsehsendungen zu kultur- und medienanalytischen Themen.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Hörisch, Jochen: Gott, Geld und Glück. Zur Logik der Liebe in den Bildungsromanen Goethes, Kellers und Thomas Manns, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983.

Hörisch, Jochen: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996.

Hörisch, Jochen: Der Sinn und die Sinne. Eine Geschichte der Medien, Frankfurt a.M.: Eichborn, Die Andere Bibliothek 2001.

Hörisch, Jochen: Gott, Geld, Medien, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004.

Hörisch, Jochen: Tauschen, Sprechen, Begehren. Eine Kritik der unreinen Vernunft. München: Hanser 2011.

Hörisch, Jochen: Man muss dran glauben. Die Theologie der Märkte, München: Fink 2013.

Iber, Walter M.

Vom Trauma der Hyperinflation oder Der Schilling als ›heilige Kuh‹. Währung und Wirtschaft in Krisenzeiten – das Fallbeispiel Österreich

Zusammenfassung

Die Folgen des Ersten Weltkrieges trafen Österreich auch im Hinblick auf seine Staatsfinanzen äußerst schwer. Zur Abdeckung der hohen Ausgaben für Soziales,

Verwaltung und Staatsbetriebe griffen die Regierungskabinette der jungen Republik nämlich zu einem Mittel, dessen man sich zur Kriegsfinanzierung auch in der Habsburgermonarchie bedient hatte: Man druckte ständig neues Geld. In Kombination mit den psychischen Auswirkungen des Zerfalls der Monarchie – man denke an den in allen politischen Lagern verbreiteten Glauben an die wirtschaftliche Lebensunfähigkeit der Republik und an das daraus resultierende Streben nach einem Anschluss an Deutschland – waren die Auswirkungen dieser Politik verheerend: Von der Kriegsinflation schlitterte Österreich innerhalb weniger Jahre in eine Hyperinflation, Währung und Kaufkraft fielen ins Bodenlose. Tatsächlich stand das Land im Herbst 1922 am Rande des volkswirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor dem es letztlich nur durch umfassende Auslandskredite bewahrt werden konnte. Der Völkerbund übernahm die dafür erforderlichen Garantien und Österreich hatte sich im Gegenzug ein striktes Sanierungskonzept aufzuerlegen. Bis 1926 stand die Republik unter ausländischer Finanzkontrolle. Während Staatsfinanzen und Währung tatsächlich relativ rasch saniert werden konnten, blieb die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin ein Sorgenkind.

Die Erfahrung der Hyperinflation brannte sich tief im öffentlichen Bewusstsein ein und beeinflusste die österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik der folgenden Jahrzehnte maßgeblich mit, wobei die Grenzen zwischen Emotion und Rationalität, zwischen Anspruch und Wirklichkeit zunehmend verschwammen. Es ist klar, dass sich dies vor allem in Krisenzeiten bemerkbar machte und nicht zuletzt wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne des (Prä-)Keynesianismus im Wege stand. Die »Player«, die das Argument des »nationalen Traumas« Hyperinflation immer wieder aufs Tapet brachten, bildeten hier eine Konstante, kamen sie doch im Wesentlichen stets aus den Reihen von Politik, Interessensvertretungen, Nationalbank und Medien. Diese Konstellation schlug zunächst während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre durch, zeigte aber auch bis weit in die Zweite Republik hinein ihre Wirkung. In den 1970er Jahren, im Zuge der »Ölpreisschocks«, kam sie schließlich abermals zum Tragen.

Vita

Priv.-Doz. Mag. Dr. Walter M. Iber, geb. 1979, Historiker; 2013-2018 Universitätsassistent am Institut für Wirtschafts-, Sozial- Unternehmensgeschichte der Universität Graz, seit Oktober 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz; im November 2018 Habilitation in Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte.

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Dornik, Wolfram/Gießauf, Johannes/Iber, Walter M. (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien-Verlag 2010.
- Iber, Walter M.: »Erdöl statt Reparationen. Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich 1945-1955«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57:4 (2009), S. 571-605.
- Iber, Walter M.: Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945-1955, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien-Verlag 2011.
- Iber, Walter M.: »Währungsreform im Schatten der Sanierung. Zur Einführung des Schillings 1924/25«, in: Andreas Khol et al. (Hg), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2015, Wien: Böhlau 2016, S. 569-593.
- Iber, Walter M.: Staatsverschuldung, Budget und Fiskalpolitik in Österreich, 1918-1995. Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte. Habilitationsschrift Univ. Graz, 2017.
- Iber, Walter M.: »Inflation, Hyperinflation and Financial Reconstruction: Austria (1914-1925)«, in: Andrea Bonoldi/Andrea Leonardi/Cinzia Lorandini (Hg.), War-time and Peacetime Inflation in Austria-Hungary and Italy (1914-1925) (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 134), Stuttgart: Franz Steiner 2019, S. 17-31.
- Iber, Walter M./Treibenbacher, Peter (Hg.): Österreich, Europa und die Welt. Internationale Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert (= Wissenschaft kompakt: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. Schriften des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, Band 1), Wien: Lit Verlag 2019.

Klammer, Kristoffer

Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen. Beobachtungen zu drei Wirtschaftskrisen im 20. Jahrhundert

Zusammenfassung

Wirtschaftskrisen sind ein komplexes Phänomen, in dem sich ökonomische, politische, mediale und nicht zuletzt emotionale Faktoren verschränken und wechselseitig beeinflussen (können). Entsprechend haben sie das Interesse sehr verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen geweckt, die unterschiedliche Aspekte in den Mittelpunkt rücken und divergierende Krisenverständnisse pflegen. Bei aller Vielfalt im Detail erkennen sie in Krisen letztlich aber allesamt spezifische Umbruchkonstellationen.

An dieser Stelle setzt der Aufsatz an. Aus einer historisch-semanticen Warte analysiert er Umbrüche auf drei Ebenen, die für Wirtschaftskrisendiskurse besondere Relevanz aufweisen: den Ebenen von Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen. Konkret fragt er nach der Rolle sich verändernder Erwartungen, gemachter Erfahrungen und auf Begriffe gebrachter Emotionen für das Aufkommen und den Wandel von Krisendiskursen. Hierzu beleuchtet er den öffentlichen Sprachgebrauch in drei sehr unterschiedlichen, aber jeweils folgenschweren Wirtschaftskrisen in der (bundes-)deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts: der Weltwirtschaftskrise ab 1929, der sogenannten ›Wachstumsdele‹ 1966/67 und der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹ der 1970er Jahre. Grundlage ist ein breitgefächertes Quellenkorpus, das sowohl Parlamentsprotokolle aus Reichstag, Preußischem Landtag und Bundestag als auch printmediale Erzeugnisse aus der Boulevard-, Qualitäts- und Wirtschaftspresse umfasst. Mit Politiker/-innen und Journalist/-innen kommen zwei Akteursgruppen zu Wort, deren Sprachhandeln für das breitenwirksame Verankern und Verändern des Deutungsmusters ›Krise‹ besonders bedeutsam ist. An ihrem Sprachgebrauch lässt sich zudem plastisch vorführen, wie ›Krisen‹ – und das heißt gerade auch: wie Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen – pragmatisch eingesetzt wurden, um mit ihnen Politik zu machen.

In der Summe zielt der Aufsatz darauf, wiederkehrende Formen respektive fallübergreifende Muster aufzuzeigen: einerseits mit Blick auf die oft rasanten Neuvermessungen von Erwartungshorizonten, die mit Krisenausbrüchen einhergingen und die Krisen mit-auslösten, andererseits in der (Art der) Bezugnahme auf zurückliegende Erfahrungen. Mithin geht es um die Mechanismen von Krisendiskursen und die Funktion von Erwartungen und Erfahrungen als Diskursbausteinen. Drittens eruiert der Beitrag, inwieweit ein sprachgeschichtlicher Ansatz es erlaubt, einen Zugriff auf dominierende zeitgenössische Emotionen und ihre handlungsleitende politische Wirkmacht zu erlangen. Auf diese Weise ist er auch ein konzeptioneller Versuch, auszuloten, inwieweit sich historisch-semantiche Befunde unmittelbar mit emotions- und wirtschaftsgeschichtlichen Erkenntnisinteressen verknüpfen lassen.

Vita

Kristoffer Klammer, Dr. phil., geboren 1986 in Hagen, seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen. Von 2005 bis 2010 Studium der Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld, Promotion ebendort 2017 mit einer historisch-semanticen Studie zu ›Wirtschaftskrisen‹ als Effekt und Faktor politischer Kommunikation. 2016, 2017 und 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld, von Januar bis März 2018 Post-Doc-Stipendiat

am Deutschen Historischen Institut London, anschließend bis März 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Rostock. Forschungsschwerpunkte: Historische Semantik, Geschichte politischer Kommunikation, Globalisierungsgeschichte (u.a. des modernen Sports) und Geschichte des Schiedsrichtens; aktuelles Forschungsprojekt: »Regelhüter für die Welt? Eine Kulturgeschichte des Schiedsrichters, ca. 1860-1980«.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Klammer, Kristoffer: »Wirtschaftskrisen«. Effekt und Faktor politischer Kommunikation, Deutschland 1929-1976 (= Historische Semantik, Band 28), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019.

Klammer, Kristoffer: »Die »(Wirtschafts-)Krisen« von 1966/67 und 1973-75. Annäherungen aus historisch-semantischer Perspektive«, in: Inga Klein/Sonja Windmüller (Hg.), Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen, Bielefeld: transcript 2014, S. 215-234.

Klammer, Kristoffer: »Körper und Krankheit, Maschine und Mechanik. Formen und Funktionen von Metaphern in ökonomischen Krisendiskursen«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook 57:2 (2016) (= Themenheft Wirtschaftskrisen und Krisendiskurse, hg. von Roman Rossfeld/Ingo Köhler), S. 397-422.

Klammer, Kristoffer: »Vom Ölpreisschock zur »kleinen Weltwirtschaftskrise«. Zeitdeutungen und Interpretationsweisen im bundesdeutschen Krisendiskurs 1973-75«, in: Meik Woyke/Johannes Platz (Hg.), Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten, Bonn: Dietz (im Erscheinen).

Peter, Nina

Die Währungskrise als emotionale Krise.

Hans Falladas *Wolf unter Wölfen* (1937) und Thomas Manns *Unordnung und frühes Leid* (1925)

Zusammenfassung

Der Aufsatz untersucht zwei literarische Texte, deren Autoren die deutsche Währungskrise und Inflation erlebt und relativ zeitnah in fiktionalen Formaten verarbeitet haben. Im Zentrum steht dabei die Frage nach der literarischen Beschreibung einer durch die ökonomische Krise verursachten kollektiven »emotionalen Stimmung« (de Rivera/Páez). Analysiert wird die Darstellung individueller und kollektiver Emotionen in Hans Falladas »Inflationsroman« *Wolf unter Wölfen* (1937) und Thomas Manns »Inflationsgeschichte« *Unordnung und frühes Leid* (1925). Damit ste-

hen zwei sehr unterschiedliche Texte im Fokus der Aufmerksamkeit: Auf der einen Seite Falladas umfangreicher Roman, in dem ein ganzes Gesellschaftspanorama entworfen wird und die Auswirkungen der Inflation auf Angehörige ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten geschildert werden, auf der anderen Seite Manns Novelle, deren Handlung sich ausschließlich im privaten Raum einer (groß-)bürgerlichen Familie entfaltet. Gerade angesichts der Verschiedenheit der Texte erscheint die Frage um so interessanter, ob sich Spuren der kollektiven emotionalen Stimmung, die Falladas Roman entwirft, auch in der Novelle Thomas Manns finden, die sich – zumindest auf den ersten Blick – auf historisch wenig spezifische familiäre Ereignisse zu beschränken scheint.

Vita

Nina Peter, Dr. des., seit 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sportwissenschaft und Motologie der Philipps-Universität Marburg. 2015-2019 Assistentin am Institut für Germanistik der Universität Bern. Dort 2019 Promotion mit einer Arbeit über »Poetiken der Ökonomie. Finanzkrisen und Spekulation in der Literatur vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart«. Forschung und/oder Lehre an der FU Berlin, der Leuphana Universität Lüneburg und der Universität Basel. 2005-2011 Studium der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft an der FU Berlin und der ENS Paris. Zahlreiche Vorträge und Publikationen zu den Themenschwerpunkten Literatur und Ökonomie, Gattungssemantik, Literatur und neue Medien, Narratologie.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Peter, Nina: »Financial Fiction«: Der Flash Crash als Medienereignis und seine Deutung in *Fear Index* von Robert Harris«, in: Archiv für Mediengeschichte 17 (2017) (= Themenheft Medien der Finanz, hg. von Friedrich Balke/Bernhard Siegert/Joseph Vogl), S. 33-43.

Peter, Nina: »Währungskurs und Weltanschauung. Ökonomie als Psychologie in Falladas *Wolf unter Wölfen*«, in: Hans-Fallada-Jahrbuch 7 (2016) (= Themenheft Hans Fallada und die Literatur(en) zur Finanzwelt, hg. von Daniel Börner/Andrea Rudolph), S. 465-485.

Peter, Nina: »Like a real thing? Reale Operationen im Reich virtueller Werte«, in: Wilhelm Amann/Natalie Bloch/Georg Mein (Hg.), Ökonomie, Narration, Kontingenz. Kulturelle Dimensionen des Marktes, Paderborn: Fink 2014, S. 209-230.

Peter, Nina: »Worte für bare Münze nehmen? Macht und Münze in Schillers Wallenstein-Trilogie«, in: Focus on German Studies 20 (2013), S. 79-100.

Peter, Nina: »Die Krise als Drama. Explikations- und Darstellungsstrategien der Finanzkrise in der Gegenwartsdramatik«, in: Anja Peltzer/Kathrin Lämmle/An-

dreas Wagenknecht (Hg.), *Krise, Cash & Kommunikation. Analysen zur Darstellung der Finanzkrise in den Medien*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2012, S. 227-248.

Schröder, Hans-Jürgen

Von der Großen Depression zur Großen Rezession. Emotionen und Illusionen im transatlantischen Kontext 1929-2019

Zusammenfassung

Wirtschafts- und Währungskrisen sind wiederkehrende Phänomene der Weltwirtschaft, die das kollektive Bewusstsein der Menschen in unterschiedlicher Weise prägen. Die emotionalen Wirkungen von Wirtschaftskrisen des 20. und 21. Jahrhunderts sollen im Kontext der transatlantischen Beziehungen an einigen Beispielen verdeutlicht werden: Weltwirtschaftskrise 1929-1939, Zusammenbruch und Rekonstruktion der europäischen Wirtschaft 1945-1952, Finanzkrise seit 2008. Deutschland und die USA bilden die Schwerpunkte für eine vergleichende Perspektive der jeweiligen kollektiven emotionalen Wirkungen der genannten Krisen. Eine tiefe Zäsur im internationalen System markiert die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise, von der die USA und Deutschland am stärksten betroffen waren. Die dramatischen Folgen, vor allem die Massenarbeitslosigkeit, sowie die jeweiligen Krisentherapien sind im kollektiven Bewusstsein beider Länder tief verankert. Unter dem Eindruck der politischen Folgen namentlich in Deutschland und des vom ›Dritten Reich‹ entfesselten Weltkriegs hat die amerikanische Regierung nach 1945 mit der Verkündung des Marshallplans eine ökonomische Rekonstruktion und damit auch politische Stabilisierung Europas eingeleitet. Die das Europäische Wiederaufbauprogramm begleitenden amerikanischen Propagandakampagnen enthielten neben einer rationalen ökonomisch-politischen Argumentationsebene zahlreiche emotionale Komponenten. Diese sind im Kontext der deutschen Frage besonders pointiert und nachhaltig ausgeprägt. Der Erfolg des Marshallplans und die subtile amerikanische Propaganda haben insbesondere bei den Deutschen zu einer Jahrzehnte anhaltenden starken emotionalen Bindung an Amerika geführt, die durch aktive Erinnerungspolitik und Amerika-Propaganda gepflegt wurde. Auf diese Weise entstand bei der Mehrheit der Deutschen auch ein stark idealisierendes Amerika-Bild. Politiker beiderseits des Atlantiks haben daraus den Schluss gezogen, es handele sich hier um eine Konstante in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Das erwies sich als Illusion. Positive emotionale Bindungen laufen immer Gefahr, schnell und radikal in das Gegenteil umzuschlagen, wenn die hohen emotionalen Erwartungen nicht erfüllt werden. Deutsche Reaktionen

auf die Große Rezession seit 2007/8 und das gegenwärtig von Donald Trump geprägte Amerika machen dies deutlich. Unter Hinweis auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Großen Depression in den USA und in Deutschland wird abschließend die Frage aufgeworfen, ob »American Dream« und »Wohlstand für alle« ihre integrative Funktion auch in Zukunft noch entfalten können.

Vita

Hans-Jürgen Schröder, geboren 1938 in Rathenow; 1980-2003: Professor für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 1970-1980: wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor des Instituts für Europäische Geschichte, Abteilung Universalgeschichte, in Mainz. Forschungsschwerpunkte: US-amerikanische und deutsche Außen- und Außenwirtschaftspolitik im 20. und 21. Jahrhundert.

Veröffentlichungen (zuletzt)

Schröder, Hans-Jürgen: Österreichischer Staatsvertrag 1955 und Deutsche Frage.

Michael Gehlers großes Werk zur europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, Giessener Elektronische Bibliothek, 2015.

Schröder, Hans-Jürgen: »Anspruch und Wirklichkeit der USA als globale Ordnungsmacht. Perspektiven für eine Weltgesellschaft?«, in: Michael Gehler/Silvio Vietta/Sanne Ziethen (Hg.), Dimensionen und Perspektiven einer Weltgesellschaft. Fragen, Probleme, Erkenntnisse, Forschungsansätze und Theorien, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2018, S. 405-434.

Schröder, Hans-Jürgen: »Imperien und Demokratie«, in: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Severin Cramm/Miriam Hetzel (Hg.), Internationale Geschichte im globalen Wandel, Hildesheimer Europagesprache IV. Teilband 1: Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration (= Historische Europa-Studien, Band 13), Hildesheim/Zürich/New York: Olms 2018, S. 33-62.

Schröder, Hans-Jürgen: »Integration und Hegemonie. Die Europapolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Severin Cramm/Miriam Hetzel (Hg.), Internationale Geschichte im globalen Wandel, Hildesheimer Europagesprache IV. Teilband 1: Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration (= Historische Europa-Studien, Band 13), Hildesheim/Zürich/New York: Olms 2018, S. 131-153.

Thiel, Christian

Die Sozialität und Emotionalität des Geldes.

Ein mikrosoziologischer Blick auf die Geldkrisen des Alltags

Zusammenfassung

Betrachtet man die Geldverwendung im Alltag, so fällt auf, dass diese – selbst in Krisenzeiten – erstaunlich konsistent ist. Dies soll nicht heißen, dass Geld im Alltag (abgesehen von Extremsituationen wie beispielsweise Hyperinflationen) krisenfest ist – im Gegenteil. Richtet man, wie dieser Beitrag, den Blick auf die Situationen des alltäglichen Geldhandelns, so finden sich zahlreiche krisenhafte Ereignisse. Wenn Individuen nur noch vom rastlosen Streben nach dem »absoluten Mittel« (Simmel) Geld getrieben werden oder in Dauersorge um die Sicherung des eigenen Vermögens sind, wenn irrational-emotionale Geldverwendung zu Verlusten und Verschuldung führt, wenn Arme zunehmend von der identitätsschaffenden Konsumwelt ausgeschlossen und damit gesellschaftlich exkludiert werden, wenn Paare sich über die Verwendung und Verteilung des Geldes streiten, wenn Geld moralische Normen zu korrumpieren beginnt oder wenn eine der vielfältigen sozialen Regeln, die sich um den Geldgebrauch ranken, gebrochen wird – immer dann entstehen die kleinen und großen Geldkrisen des Alltags. Derartige Krisen sind deswegen soziologisch spannend, weil sie die zumeist unbewussten und unreflektierten Bedeutungen und Regeln sichtbar machen, nach denen Geld im Alltag funktioniert. Denn Geld liegt zwar – theoretisch betrachtet – wie ein allgegenwärtiges Netz über dem gesamten Alltag und ordnet diesen in räumlicher, zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht, wobei hier v.a. seine formale Rechenhaftigkeit (Weber) und sein verallgemeinertes soziales Machtpotential (Simmel) maßgeblich sind. Empirisch betrachtet differenziert Geld sich jedoch mannigfaltig aus: Es tritt einerseits in unterschiedlichsten materialen (physischen wie virtuellen) Formen in Erscheinung. Andererseits wird es von seinen Benutzern ständig je nach Situation, sozialem Kontext, psychischen Dispositionen usw. mit verschiedensten Bedeutungen aufgeladen. Diese materialen und symbolischen Ausdifferenzierungen dienen häufig als »Grenzziehungen« – sie begrenzen die Verwendbarkeit und die »Logik« des Geldes auf bestimmte Kontexte und Zwecke, sie bestimmen Bereiche, in denen Geld nicht oder nur mit nicht-ökonomischen Intentionen verwendet werden kann. Alltägliche »Geldkrisen« (mit all den damit verbundenen Emotionen) entstehen beim Überschreiten oder (diskursiven wie praktischen) Aushandeln der vielfältigen materiellen und symbolischen Grenzen des Geldes.

Vita

Christian Thiel studierte Soziologie, Psychologie und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg und wurde dort 2010 promoviert mit einer Arbeit über alternative Geldsysteme. Es folgten Lehr- und Forschungstätigkeiten an der LMU München, der Universität der Bundeswehr München sowie an der Universität Augsburg. Derzeit leitet er das DFG-Projekt »Zur Herstellung von Täuschung und Vertrauen beim Betrug«. Forschungsinteressen: Geld- und Wirtschaftssoziologie, Ethnographie, Kriminalsoziologie

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Thiel, Christian: »Bargeld in privaten Geldsystemen«, in: Jakob Lempp/Thomas Pitz/Jörn Sickmann (Hg.), *Die Zukunft des Bargelds. Aktuelle Diskussionen in Wissenschaft und Praxis*, Wiesbaden: VS Springer 2018.
- Thiel, Christian/Hartmann, Stefan (Hg.): *Der schöne Schein. Symbolik und Ästhetik von Banknoten*, Regenstauf: Gietl 2016.
- Thiel, Christian: »Geld und Nachhaltigkeit. Alternative Währungen in der Praxis«, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 36:1 (2013), S. 47–67.
- Thiel, Christian: »Der schöne Schein. Banknoten als Untersuchungsgegenstand einer visuellen Soziologie«, in: *Soziale Welt* 1-2 (2013), S. 191–216.
- Thiel, Christian: *Das ›bessere‹ Geld. Eine ethnographische Studie über Regionalwährungen*, Wiesbaden: VS Verlag 2011.

Ziethen, Sanne

Vom »Wunder« zur »Zahl«? Überlegungen zu Kontinuität, Wandel und emotionaler Umwertung des »Mythos vom risikolosen Kapitalismus« in der Rezession 1966/67

Zusammenfassung

Artikulieren in einer krisenhaften ökonomischen Situation Politiker, Unternehmensvertreter oder auch Wirtschaftsjournalisten ihre unterschiedlichen Ansichten, Bewertungen und Deutungen oder Forderungen, werden sie stets in großem Maße mit Kritik am Vorhergegangenen, der Forderung von Maßnahmen und vor allem mit Schuldzuweisungen oder anderen emotionalen Wertungen verbunden. Meist kreisen sie darum, was »rational«, »vernünftig«, »kalkulierbar« oder im Gegenteil »Wunschdenken«, »irrational« gar »irrwitzig« sei.

Eine Analyse der verschiedenen Aussagen und der ihnen inhärenten Intentionen verspricht vor allem dann besonders ertragreich zu sein, wenn auch die Art und Weise untersucht wird, in der die genannten Interessengruppen durch ihre

Beurteilungen Emotionen erzeugen, diese zu lenken oder zu zügeln versuchen. Besonders geraten hier die in der Argumentation und Emotionserzeugung auffallend häufig bemühten Wirtschaftsmythen in den Blick: Prägende nationale Währungserfahrungen, die sich in Begriffen wie »Währungsreform«, »Wirtschaftswunder«, »D-Mark«, aber auch in Emotionen wie »Inflationstrauma« oder »deutsche Angst« sedimentiert haben, treten immer dann besonders stark in der Presse und Politiklandschaft auf, wenn sich Umbrüche vollziehen oder Krisen sich anzukündigen drohen.

Am Beispiel einer Publikation des Wirtschaftsjournalisten Walter Wannenmacher aus dem Jahr 1967 wird in der vorliegenden Untersuchung dem von ihm heftig kritisierten »Mythos des risikolosen Kapitalismus« und dessen Wandel in der Rezession 1966/67 nachgespürt.

Die Ausführungen wollen dabei zusammenführen, was bislang eher unverbunden erscheint: den höchst emotionalen und identitätsstiftenden Diskurs über das Wirtschaftswunder und die Soziale Marktwirtschaft in der jungen BRD, die ersten wirtschaftlichen Krisenerfahrungen, die das »Wunder« fragil erscheinen lassen und Misstrauen und Ängste auslösen, und als Folge die Auswirkungen dieser Erfahrungen auf die Wirtschaftsform Soziale Marktwirtschaft.

In einem ersten Teil werden Überlegungen dazu angestellt, wie ein emotionsgeschichtlicher Ansatz einen Erkenntnisgewinn für die Erforschung kollektiver Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen bedeuten kann. Die Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung einer »Geschichte der Gefühle« beziehungsweise des »Gefühlsraums« Nation sollen besonders im Hinblick auf die Fragen nach den Funktionen von (Wirtschafts-)Mythen in der BRD der 50er und 60er Jahre beleuchtet werden. In einem zweiten Teil soll die These eines Mythos vom »risikolosen Kapitalismus« (Wannenmacher) nachgezeichnet und in den Verlauf der Rezession 1966/67 eingebettet werden. Ein dritter Teil stellt Wannenmachers Thesen eigene Beobachtungen entgegen und betrachtet Konstanz, Wandel und emotionale Umdeutungen der Definition des Wirtschaftssystems.

Deutlich wird, wie weitreichend Emotionalität ein integraler Bestandteil nationaler Geschichte, Politik und wirtschaftspolitischer Überzeugungen ist und wie ertragreich es für eine »kulturalistisch erweiterte Konjunktur(geschichts)forschung« (Margit Grabas) sein kann, diese emotional untergründigen Konnotationen und Unterschiede von nationalen Wirtschaftskulturen weiter herauszuarbeiten.

Vita

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim. Studium der Kulturwissenschaften und der Ästhetischen Praxis an der Universität Hildesheim u.a. bei Prof. Dr. Silvio Vietta. 2000–2001: Auslandsstudium an der Università degli studi di Pavia. Diverse Praktika im In- und Ausland (z.B. Vil-

la Vigoni, Como). 2012: Abschluss der Promotion mit summa cum laude bei Prof. Dr. Silvio Vietta und Prof. Dr. Michael Gehler (beide Universität Hildesheim) sowie Prof. Dr. Renate Stauf (TU Braunschweig).

Nach einigen Jahren in der Privatwirtschaft/Projektmanagement seit Wintersemester 2015 als Mitarbeiterin in Forschung und Lehre am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, vornehmlich im Bereich der Wirtschafts- und Währungsgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Nationalismus- und Feindbildforschung, Deutsch-Französische Beziehungsgeschichte, Erinnerungskultur, Emotionsgeschichte, Wirtschafts- und Währungsgeschichte.

Konzeption, Organisation und Durchführung des Symposiums.

Veröffentlichungen (Auswahl)

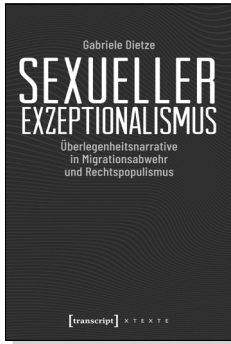
Ziethen, Sanne: »Barbares et Bandits: der *heilige Hass* auf die äußeren und inneren Angreifer Frankreichs. Paul de Saint-Victor und die Instrumentalisierung des Religiösen im Prozess der französischen Nationalisierung um 1871«, in: Silvio Vietta/Stephan Porombka (Hg.), *Ästhetik – Religion – Säkularisierung*. Band II. Die klassische Moderne, München: Fink 2009, S. 37–61.

Ziethen, Sanne: »...im Gegensatz erst fühlt es sich notwendig«. Deutsch-französische Feindbilder (1807–1930) (= Germanisch Romanische Monatsschrift, Band 57), Heidelberg: Winter 2014 (Dissertation).

Gehler, Michael/Vietta, Silvio/Ziethen, Sanne (Hg.): *Dimensionen und Perspektiven einer Weltgesellschaft. Fragen, Probleme, Erkenntnisse, Forschungsansätze und Theorien*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2018.

Ziethen, Sanne: »Währung, Krise, Emotionen. Ansätze zu einer Wirtschaftskrisengeschichte als Emotionsgeschichte«, in: *Emotionen, Politik und Medien in der Zeitgeschichte. Ein interdisziplinärer deutsch-französischer Vergleich im Rahmen einer europäischen Emotionsgeschichte*. (8. Interdisziplinärer deutsch-französischer Workshop für NachwuchswissenschaftlerInnen/8^{ème} Atelier interdisciplinaire franco-allemand pour jeunes chercheurs, Saarbrücken, 17.–19.10.2018, Bern: Peter Lang, Publikation erscheint 2021.

Kulturwissenschaft

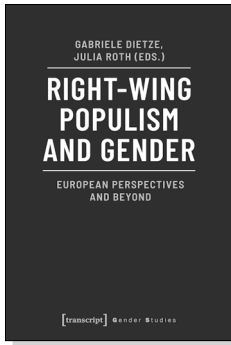


Gabriele Dietze

Sexueller Exzeptionalismus

Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus

2019, 222 S., kart., Dispersionsbindung, 32 SW-Abbildungen
19,99 € (DE), 978-3-8376-4708-2
E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4708-6



Gabriele Dietze, Julia Roth (eds.)

Right-Wing Populism and Gender

European Perspectives and Beyond

April 2020, 286 p., pb., ill.
35,00 € (DE), 978-3-8376-4980-2
E-Book: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4980-6



Stephan Günzel

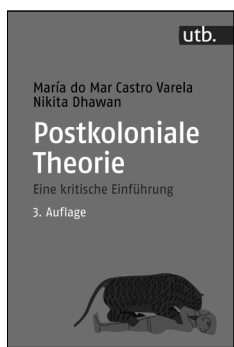
Raum

Eine kulturwissenschaftliche Einführung

März 2020, 192 S., kart.
20,00 € (DE), 978-3-8376-5217-8
E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5217-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Kulturwissenschaft



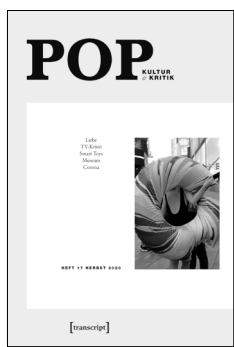
María do Mar Castro Varela, Nikita Dhawan

Postkoloniale Theorie Eine kritische Einführung

Februar 2020, 384 S., kart.

25,00 € (DE), 978-3-8376-5218-5

E-Book: 22,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5218-9



Thomas Hecken, Moritz Baßler, Elena Beregow,
Robin Curtis, Heinz Drügh, Mascha Jacobs,
Annekatrin Kohout, Nicolas Pethes, Miriam Zeh (Hg.)

POP

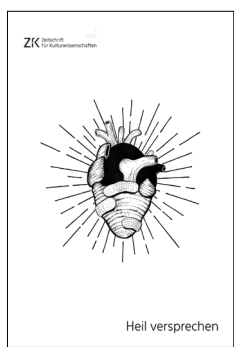
Kultur & Kritik (Jg. 9, 2/2020)

Oktober 2020, 178 S., kart.

16,80 € (DE), 978-3-8376-4937-6

E-Book:

PDF: 16,80 € (DE), ISBN 978-3-8394-4937-0



Karin Harrasser, Insa Härtel,
Karl-Josef Pazzini, Sonja Witte (Hg.)

Heil versprechen

Zeitschrift für Kulturwissenschaften, Heft 1/2020

Juli 2020, 184 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-4953-6

E-Book:

PDF: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4953-0

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

